

Rudolf Bahro auf der Suche nach dem Bösen in uns selbst S. 46



C 21734 D

# Arbeiterkampf

Jg. 11 Nr. 205 6.7.81
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 3
Förderpreis DM 5,–

# SPD:
## Kommt jetzt die Austrittswelle?

Die Regierungspartei SPD hat eine Reihe von Parteitagen hinter sich gebracht. Intrigen in Hamburg, salbungsvolle Rethorik in Westberlin, ein Ja zur Aufrüstung in Nordrhein-Westfalen und Atomdurchmarsch in Hessen sind die Ergebnisse. Willy Brandt sieht nun Anzeichen für ein Ende der SPD-Krise. Aus seiner Sicht kein Wunder: Überall siegte noch einmal die Anpassung. Geradezu schmeichelhafte Mehrheiten fanden sich für die Schmidts, Börners, Dohnanys, Raus und Vogels – Ergebenheitsadressen eines Parteiapparats, dessen Existenz engstens mit dem Schicksal seiner Führer verbunden ist.

Die obere SPD-Etage hat – das war immerhin eindrucksvoll – demonstriert, daß in der „realen Politik" 1981 kein Platz mehr ist für Kompromisse mit fortschrittlichen oder linken Tendenzen. Das gilt für die Friedenspolitik, für die Sozial-, Umwelt- und Energiepolitik (wo gilt es eigentlich nicht?). In den unteren SPD-Etagen wird diskutiert über Abspaltungen. Dies ist an sich nichts ungewöhnliches oder neues. Doch diesmal ist es spürbar ernster als sonst. Stattlich ist die Zahl derjenigen, die bereits „in aller Stille" mit den Füßen abgestimmt und die Partei verlassen haben. Ganze Unterbezirke und insbesondere die Jusos klagen über die „Ausdünnung der Mitgliedschaft".

In vielen Großstädten ist die Zahl noch aktiver Jusos an einer Hand abzuzählen; auf Versammlungen, die früher von Hunderten besucht wurden, findet sich heute nur noch ein verzagtes Häuflein ein.

Aktuell bereiten sich aber nun auch Teile der SPD darauf vor, sich mit einem bewußten politischen Schritt von ihrer Partei zu trennen. Nur ganz knapp unterlag der Stamokap-Kandidat auf dem Juso-Kongreß in Lahnstein dem bisherigen Vorsitzenden Piezyk. Sein Programm: Die sozialliberale Regierungspolitik „bis zum Ausschluß" bekämpfen. Ein noch größerer Aderlaß droht der Partei beim Ausschluß des linken Bundestagsabgeordneten Hansen, der von „seinem" SPD-Bezirk Niederrhein entschlossen betrieben wird. Hansen hat in kürzester Zeit eine Flut an Solidaritäts-Adressen von SPD-Mitgliedern erhalten, darunter zahlreicher Betriebs- und anderer Kader. Auch Hansen führt über seine mögliche politische Zukunft Gespräche. In Hessen hat die Diskussion um ein Bündnis „Unabhängiger" (ausgetretener) Sozialdemokraten mit den Grünen zur Landtagswahl '82 bereits ein konkretes Stadium erreicht.

Fortsetzung Seite 3

# Iran: Strategie der Bomben

Der Bombenanschlag auf das Hauptquartier der im Iran herrschenden „Islamischen Republik Partei" (IRP) tötete von mehr als 90 anwesenden Kadern der Partei mindestens 72. Unter den Toten befindet sich der zweitmächtigste Ayatollah der Islamischen Republik, Mohammed Beheshti, ansonsten vor allem Kader der zweiten und dritten Garnitur. Das Attentat war ein schwerer Schlag für die in breitesten Schichten der Bevölkerung immer mehr verhaßte IRP, Statthalterin der blutigen Diktatur der Mullahs.

Die Nachricht vom gelungenen Anschlag löste in Teheran Freudenkundgebungen und Hupkonzerte der Taxifahrer aus, bis nach kurzer Zeit die Pasdaran und Schlägertruppen wieder die Kontrolle über die Straßen übernahmen.

Die Machthabenden beschuldigten zunächst die USA und den Zionismus des Attentats. Parlamentspräsident Rafsanjani bezeichnete die Attentäter als *„geschworene Genossen Saddams"* (irakischer Präsident) und als Agenten der USA. Khomeiny machte in der Traueransprache direkt die religiöse Organisation der Volksmodjahedin verantwortlich: *„Die Bande von Ignoranten, die so tun, als kämpften sie für das Volk, hat 72 Menschen, die dem Volke dienten, das Leben genommen"* („taz", 2.7.81) Regierungssprecher Nabavi (als Ministerpräsident vorgesehen, wenn Rajai für das Staatspräsidentenamt kandidiert) erklärte in Radio Teheran, daß die schahtreue „Iranische Gleichheitspartei", die sich vor allem in der Türkei befindet, sich zu dem Attentat bekannt habe. Kurze Zeit später machte er dann die revolutionären Organisationen Volksmodjahedin, Volksfedayin und Peykar sowie die mysteriöse Organisation „Forghan", die sich schon 1979 für mehrere Anschläge auf Einzelpersonen verantwortlich erklärt hatte, verantwortlich („SZ", 1.7.81).



Das Hauptquartier der IRP nach dem Bombenanschlag

Das Hauptquartier der IRP nach dem Bombenanschlag

Der nach dem Ableben Beheshtis neue Vorsitzende der IRP, Bahonar, erklärte: *„Alle Konterrevolutionäre, ob rechts oder links, haben sich zu Verschwörungen gegen uns zusammengetan. Es ist keine einzelne Gruppe, die dafür verantwortlich ist"* („taz", 3.7.). Zur Hatz auf alle, die sich den Machtmonopolisten in den Weg stellen wollen, rief der jetzige Ministerpräsident Rajai, Handlanger Beheshtis und Gegenspieler Banisadrs, die Bevölkerung direkt auf: Sie solle, *„die Bewegungen verdächtiger Elemente beobachten und dem Obersten Ankläger der Revolutionsgarden anzeigen"* („FR", 30.6.81).

Ohne Zweifel kann die IRP das Attentat für ihre Zwecke ausnutzen: Die mit der Amtsenthebung Banisadrs begonnene Jagd auf Oppositionelle wird verstärkt fortgesetzt. Bislang wurden mindestens 80 Menschen erschossen, darunter ein 13jähriger Junge und ein 9jähriges Mädchen – nach islamischem Recht schon hinrichtungswürdig. Tausende wurden willkürlich verhaftet. Trotz der hohen Opfer konnte sich die Linke scheinbar kontrolliert in den Untergrund zurückziehen. Außerdem konnten die Machthaber ihre Anhänger wieder stärker mobilisieren. Bei den letzten Demonstrationen waren sie auf 200.000 bis 300.000 zusammengeschrumpft. Der Trauerzug hingegen soll wieder eine Million auf die Beine gebracht haben. So paradox es im ersten Augenblick scheint, sind die scheinbaren Opfer des Anschlags die eigentlichen Nutznießer, eben die reaktionären Mullahs.

Fortsetzung Seite 2

# Majdanek-Urteil, Hoffmann-Verhaftung: Faschismus-Bewältigung à la BRD '81

Nach fünfjähriger Dauer ging jetzt einer der letzten großen Prozesse gegen Nazimörder zuende. Es ging um die juristische Bewältigung der Massenvernichtung von Majdanek. Was aber nach fünfjähriger Verschleppung am Ende herauskam, ist wieder einmal, wie zu erwarten, ein überaus mildes Urteil, triefend vor Verständnis für den allgemeinen Befehlsnotstand der Angeklagten, denen eine eigene Motivation bei der Durchführung der Massenmorde nicht habe nachgewiesen werden können, während andererseits ja den in Majdanek vernichteten Menschen „über die Tötung hinaus kein Leid zugefügt worden" sei. Aus dieser Sprache spricht dieselbe Menschenverachtung, mit der die KZ-Massenvernichtungsfabriken betrieben wurden.

Das Urteil ist über die Rechtfertigung und Schonung der Angeklagten und über die Verharmlosung des historischen Faschismus hinaus auch eine Ermunterung gegenüber reaktionären und offen (neo)faschistischen Kräften der heutigen BRD.

Die in diesen Tagen erfolgte Festnahme von Nazi Hoffmann und seiner Freundin sowie die damit in Zusammenhang stehende Wiedereröffnung des Ermittlungsverfahrens zum Münchener Attentat, beweist nicht das Gegenteil, ein etwaiges und so oft angekündigtes „Durchgreifen" der Justizbehörden gegen den (Neo)Nazismus, im Gegenteil: Erst das Auftauchen eines „Kronzeugen", Odfried Hepp, der gegen Hoffmann auspackte, veranlaßte die Justiz, Tatsachen öffentlich zuzugeben, die ihr schon seit langem bekannt sind, denen aber nicht nachgegangen wurde. Zudem sieht es ganz so aus, als werde es bei einer allgemeinen Anklage wegen „Bildung einer Kriminellen Vereinigung" gegen Hoffmann bleiben – das heißt, die k o n k r e t e n Verbrechen bleiben vertuscht.

Von der Justiz dieses Landes ist offensichtlich nichts anderes zu erwarten als die Beschönigung des historischen und die Deckung eines sich neu entwickelnden Faschismus. Das dürfte dieser Tage mal wieder überdeutlich geworden sein.

Fortsetzung Seiten 31 - 34

# Todes-Urteil für Ilse Schwipper?

**Trotz gutachterlich festgestellter Haftunfähigkeit und akuter Lebensgefahr soll Ilse Schwipper nun doch weiterhin im Knast bleiben. Die 13. Große Strafkammer im Schmücker-Prozeß machte eine Kehrtwende um 180 Grad, nachdem das Kammergericht Berlin den Haftverschonungsbeschluß des Landgerichts aufgehoben hatte. Mit diesen Entscheidungen wird der Tod von Ilse Schwipper z u m i n d e s t billigend in Kauf genommen.**

Die 13. Große Strafkammer hatte ihren Haftverschonungsbeschluß damit begründet, daß *„die Angeklagte unter schweren reaktiven Depressionen mit Suicidgefährdung und unter quälenden körperlichen Beschwerden"* leidet (vgl. hierzu AK 202 und 203). *„Insgesamt befinde sich die Angeklagte im Zustand eines schwerkranken Menschen. ... Art und Schwere der Krankheit sind geeignet, die Fluchtgefahr erheblich zu verringern."* Das Gericht stützte sich auf die gutachterlichen Ausführungen der Sachverständigen Prof. Dr. Cabanis und Dr. Barth, aus denen sich ergab, *„daß die dringend gebotene Behandlung unter Haftbedingungen unmöglich ist." „Von der Richtigkeit des dargestellten Krankheitsbildes ist die Kammer überzeugt. Schon die seit dem 26. August 1974 dauernde Haft mit den Besonderheiten ihres Vollzuges* (insbesondere dreieinhalb Jahre Isolation, Anm. AK) *macht dies wahrscheinlich."*

In ihrer Beschwerde gegen diese Entscheidung hatte die Staatsanwaltschaft mit einem unfaßbaren Zynismus sich über Ilses offensichtlich katastrophalen Gesundheitszustand hinweggesetzt und behauptet, Ilse sei *„verhandlungs- und auch fluchtfähig"* (vgl. AK 204).

Das Kammergericht Berlin gab der Beschwerde der Staatsanwaltschaft am 29. Juni statt.

Fortsetzung Seite 2

# Startbahn West:
# Vor der Räumung des Hüttendorfes

Große Ereignisse werfen in Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet ihre Schatten voraus: Die bevorstehende Räumung des Hüttendorfes der Startbahn-West-Gegner und die für Herbst (Spätsommer?) angekündigte Rodung von drei Millionen Bäumen. Daß dieses Vorgehen auf breiten Protest stoßen wird ist bekannt. Große Massenproteste allerdings sind häufig von seltsamen Phänomenen begleitet: Flugblätter tauchen auf, die zu offenkundig irrwitzigen Taten aufrufen, Anschläge werden begangen, deren Sinn im Dunkeln bleibt, ein Klima von Angst und Hysterie wird produziert. Wer erinnert sich nicht an die gefälschten KPD/ML-Flugblätter vor einer Brokdorf-Demonstration, in denen den Bauern der Wilster Marsch damit gedroht wurde, ihre Höfe anzuzünden? Für den Starbahnkonflikt hat der hessische Innenminister Gries (FDP) angekündigt, er werde *„schlimmer als Brokdorf"* werden. Startbahngegner würden *„Anschläge auf den Luftverkehr"* planen („Spiegel", 22.6.81). Diese Behauptung ist so ungeheuerlich, daß sie stutzig macht. Wer plant hier eigentlich was, und wie kommt die hessische Landesregierung zu derartigen „Erkenntnissen"?

Fortsetzung Seite 4

### Sommerpause

**Liebe AK-Leser(innen)!**

**Die nächste Ausgabe dieser Zeitung kommt erst am 17. August 1981. Wir (d.h. alle, die in den verschiedensten Bereichen der Zeitungsarbeit stecken) brauchen diese Verschnaufpause, um neue Kräfte zu sammeln – und Sachen zu machen, zu denen wir sonst zu wenig kommen.**
**Seid herzlich gegrüßt von Eurer AK-Redaktion und -Technik!**



# Todes-Urteil für Ilse Schwipper?

Fortsetzung von Seite 1

Mit Hilfe einer geradezu absurden Phantasie geht das Kammergericht davon aus, daß für Ilse die „*Fluchtgefahr unverändert groß*“ sei, wenn sie aus der Haft entlassen werde. Ihre schweren Krankheitssymptome „*hindern die Angeklagte nach wie vor nicht, sich dem Verfahren nach Belieben zu entziehen. ... Das Vorbringen der Verteidigung, daß die Angeklagte nicht fluchtwillig, sondern vielmehr daran interessiert sei, sich in die Behandlung eines Psychotherapeuten zu begeben, ändert nichts. Dieser Behandlung kann sich die Angeklagte auch dann unterziehen, wenn sie untertaucht*“, um „*die Feststellung der Schuld und die Bestrafung unmöglich zu machen*“. Daß dieser Prozeß mit der „*Feststellung der Schuld*“ enden wird, ist dabei für das Kammergericht bereits eine ausgemachte Sache: „*Der Bundesgerichtshof hat das in dieser Sache zuletzt ergangene Urteil ... aus verfahrensrechtlichen Gründen aufgehoben. Es besteht die hohe Wahrscheinlichkeit, daß die Angeklagte auch bei fehlerfreiem Verfahrensablauf der ihr vorgeworfenen Straftat überführt werden wird*“.



Mit willkürlichen Spekulationen hielt sich das Kammergericht auch bei der Interpretation der Sachverständigengutachten nicht zurück. Beide Gutachter hatten einer dringend erforderlichen psychotherapeutischen Behandlung in der Haft keine Erfolgschancen beigemessen. Völlig abwegig legte das Kammergericht diese Feststellung dahin aus, daß „*eine psychotherapeutische Behandlung während des Vollzuges der Untersuchungshaft offensichtlich (?) deshalb für kaum erfolgversprechend (gehalten wird), weil die Angeklagte in der Haftanstalt nicht die Möglichkeit der freien Arztwahl hat*“. In Wirklichkeit hatten die Ärzte eine Therapie in Freiheit für dringend notwendig erachtet.

Aber letzten Endes komme es darauf gar nicht an, denn „*auch dann, wenn ... eine psychotherapeutische Behandlung der Angeklagten in der Haftanstalt undurchführbar ist ..., kommt eine Haftentlassung nicht in Betracht.*“ Nach dem Grundgesetz „*hat der Angeklagte zwar einen verfassungsrechtlich geschützten Anspruch auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Dieses Grundrecht hat gegenüber dem staatlichen Strafverfolgungsanspruch aber nicht schlechthin Vorrang; vielmehr sind die Interessen gegen die öffentlichen Belange abzuwägen. ... Die Grenze, bis zu der der Angeklagte gesundheitliche Beeinträchtigungen infolge des Strafverfahrens hinzunehmen hat, verläuft da, wo mit einem gewissen Grad an Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß die Durchführung des Verfahrens zu einer naheliegenden, konkreten Gefahr für das Leben des Angeklagten oder zu schwerwiegenden, nicht wiedergutzumachenden Schäden für seine Gesundheit führen werde*“.

In diesem Zusammenhang verweist der Kammergerichtsbeschluß auf eine Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) aus dem Jahre 1979. Diese Entscheidung macht deutlich, wo das BVerfG diese „Grenze“ in anderen Fällen für erreicht hält. Bei diesem Fall ging es um den SS-Mörder und ehemaligen Obersturmbannführer Bischoff, gegen den vor dem Landgericht Hamburg ein Strafverfahren eröffnet werden sollte. Das BVerfG hielt Bischoff für verhandlungsunfähig und hob die Gerichtsentscheidung über die Eröffnung der Hauptverhandlung auf. Bereits Jahre zuvor wurde ein anderes Verfahren gegen Bischoff vom Oberlandesgericht Hamm aus demselben Grunde eingestellt. Es lohnt sich, die Begründung zur Kenntnis zu nehmen: „*Zwar hat der Sachverständige ... ausgeführt, generelle Verhandlungsunfähigkeit liege bei dem Angeklagten Bischoff nicht vor. ... Falls Reizworte fallen oder Reizkonstellationen auftreten sollten, bestehe allerdings mit Wahrscheinlichkeit die Gefahr, daß es bei dem Angeklagten Bischoff zu einer excessiven Blutdrucksteigerung und zu Gefäßrissen kommen könne, die den Tod des Angeklagten Bischoff zur Folge haben können. ... Dabei ist aus dem Gesamtzusammenhang des Gutachtens zu entnehmen, daß der Sachverständige unter einer Reizkonstellation auch den Vorwurf versteht, der Angeklagte Bischoff habe sich des Mordes schuldig gemacht*“ (OLG Hamm vom 26.5.1970). Das Bundesverfassungsgericht schloß sich dieser Ansicht an: „*Der Beschwerdeführer reagierte auf eine womöglich hohe Strafandrohung wie auf ein kränkendes Unrecht und gerate dadurch in einen Erregungszustand, der ihn unter Umständen in Lebensgefahr bringe*“ (BVerfG vom 19.6.79).

Im Falle dieses Nazi-Mörders wurde also zur Vermeidung von „Erregungszuständen sogar gänzlich auf eine Strafverfolgung verzichtet, weil die „Grenze“ der zumutbaren Gesundheitsbeeinträchtigung erreicht gewesen sei. Demnach müßte Ilse Schwipper – möchte man/frau meinen – auf der Stelle und ohne weiteres für haftunfähig erklärt werden. Aber für linke Angeklagte gelten bekanntlich andere Maßstäbe: „*Die von der Ärztin Lilian Barth geäußerte Befürchtung, daß sich die Angeklagte selbst töten könnte, läßt keine naheliegende Gefahr erkennen, weil dieser nach § 119 Abs. 5 Nr. 3 Strafprozeßordnung durch geeignete Maßnahmen im Vollzug begegnet werden kann* (d.h. Beobachtung und Fesselung, Anm. AK). *Bei den übrigen geschilderten Verhaltensstörungen der Angeklagten, wie schweren depressiven Zuständen, Tränenausbrüchen, innerer Unruhe, Schlafstörungen und Einschränkungen der Merk- und Konzentrationsfähigkeit, handelt es sich um gesundheitliche Beeinträchtigungen, die weit unterhalb der zuvor beschriebenen Grenze liegen und die im Hinblick auf den äußerst schweren Tatvorwurf von der Angeklagten hingenommen werden müssen*“.

Nachdem Ilses Anwalt, Philipp Heinisch, von der Kammergerichts-Entscheidung erfahren hatte, wagte er mit gutem Grund nicht, Ilse Schwipper diesen Beschluß sofort mitzuteilen. Sie erfuhr davon erst am nächsten Tag (30.6.), als RA Heinisch im Prozeß einen neuen Haftverschonungsantrag stellte: „*Die Verteidigung hat guten Grund zu der Annahme, daß Frau Schwipper diese Entscheidung des Kammergerichts nicht verkraften wird, so daß sie zumindest nunmehr nicht mehr haftfähig ist, – es sei denn, ein Gericht machte die Probe aufs Exempel und versuchte zu erkunden, wielange es noch ‚gut geht'. Hierzu beantragt die Verteidigung, die Sachverständige Frau Dr. Barth zu hören, die Haftunfähigkeit nunmehr schon deswegen attestieren wird, weil Frau Schwipper seit fast einem Monat ihre letzten Kraftreserven gesammelt und dieses Verfahren bis jetzt durchgehalten hat... Für Frau Schwipper stellt sich dieser Beschluß als Ausspruch der ‚vorläufigen Todesstrafe' dar.*“

Anstatt sofort über diesen Antrag zu entscheiden, wurde die Verhandlung bis Donnerstag unterbrochen. Am Donnerstag sollte dann Frau Dr. Barth gehört werden. Doch zunächst kam wiedermal die „große Stunde“ der Staatsanwaltschaft; sie lehnte Frau Barth wegen Befangenheit ab! Begründung: RA Heinisch war am Montag nach der KG-Entscheidung zu Frau Barth gefahren, um ihr den Beschluß zu zeigen und zu fragen, was sie davon halte. „*Das kann doch wohl nicht wahr sein*“, war der Kommentar von Frau Barth, als sie las, wie ihre Befunde in ihren Ergebnissen und Schlußfolgerungen pervertiert worden waren. RA Heinisch hat im Prozeß von seinem „Besuch“ bei Frau Barth berichtet. Das ist alles.

Wie erwartet, wurde der unverschämte Befangenheitsantrag der Staatsanwaltschaft vom Gericht abgelehnt; was aber eigentlich mit diesem Antrag bezweckt wurde, klappte ebensowenig: Frau Dr. Barth ließ sich in keiner Weise einschüchtern, sondern begründete als sachverständige Zeugin nochmals Ilses Haftunfähigkeit und auch Verhandlungsunfähigkeit. Ilse Schwippers Gesundheitszustand – so Frau Barth – habe sich weiterhin und „linear“ verschlechtert; der Haftverschonungsbeschluß sei ihr letztes Fünkchen Hoffnung gewesen, die Suicidgefahr sei nun akuter denn je, auch und gerade wenn – wie vom KG „vorgeschlagen“ – Überwachungsmaßnahmen durchgeführt werden würden. Entgegen der Behauptung des Kammergerichtes halte sie die Lebensgefahr nach wie vor für „außerordentlich naheliegend“. Ihrer Überzeugung nach sei eine sofortige Haftverschonung medizinisch geboten; auch sei Ilse – jedenfalls momentan – mit Sicherheit nicht mehr verhandlungsfähig.

Das Landgericht gab seine Entscheidung am nächsten Tag (3.7.) bekannt. Entgegen seinem Haftverschonungsbeschluß vom 5. Juni entschied das Gericht nun ganz im Sinne des Kammergerichtes. Mit einem erbärmlichen Kniefall vor den Richtern, die über Ilses Leben entschieden hatten, ohne sie jemals gesehen und ohne auch nur einen der Gutachter selbst gehört zu haben, machte sich das Landgericht nunmehr die „Rechtsauffassung“ des Kammergerichts ohne Abstriche zu eigen – auch wenn diese „Rechtsauffassung“ freilich von falschen Tatsachen ausgeht, wie Frau Barth einen Tag vorher nochmals bestätigt hatte.

Die Anwälte von Ilse mochten bei Verkündung dieses Beschlusses ihren Ohren nicht trauen. RA Remè begann mit einer Erklärung, die er aber unterbrechen mußte, weil seine Stimme vor Verzweiflung erstickte.

Alle Anwälte, auch die der übrigen Angeklagten, beantragten ihre Entpflichtung, da sie sich an diesem Possenspiel nicht mehr freiwillig beteiligen könnten. Äußerungen der Ohnmacht, Wut und Empörung fielen, die sicherlich wieder eine Reihe von Ehrengerichtsverfahren nach sich ziehen werden.

Die Entpflichtungsanträge wurden abgelehnt, da kein „wichtiger Grund“ vorliege. Die Verhandlung wurde bis zum 14. Juli unterbrochen; das Gericht macht erstmal zehn Tage Urlaub. Ob es Ilse Schwipper noch mal wiedersehen wird, muß bezweifelt werden.

Tatsache jedenfalls ist, daß Ilse unter den jetzigen Umständen einzig und allein durch die emotionale Unterstützung und den Einsatz ihrer Freunde draußen am Leben gehalten wird. Aber auch diese Unterstützung wird nicht ausreichen, wenn Ilse im Knast bleibt.

Juristisch sind vorerst und aktuell alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Es wird von der Reaktion der Öffentlichkeit auf diese mörderischen Beschlüsse abhängen, ob Ilse Schwipper trotz alledem überleben wird, das heißt, in allernächster Zeit doch freikommt.

Antirepressionskommission des KB/Westberlin

**Impressum**

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 20 oder 43 53 46; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 75; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 7.000

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

# Iran: Strategie der Bomben

### Wer ist verantwortlich ?

Die offensichtliche Genugtuung der „Bild“-Zeitung über das Attentat sowie die Durchführung selbst sind sehr sichere Anzeichen dafür, daß die Urheber in der Linken nicht zu suchen sind. Während die Urheber für die kurz vorher erfolgten Anschläge auf einen Zug in Qom und auf den Imam des Freitagsgebetes in Teheran, Khamenei, von der Presse hier noch bei Rechten gesucht werden, wird dieses Attentat sehr leichtfertig oder aber bewußt in Zusammenhang mit dem Aufruf Banisadrs zum Widerstand gegen die Despotie (Hans Hoyng im „Stern“, 2.7.) oder aber mit Aufrufen der Volksmodjahedin, sich jetzt bei Angriffen zur Wehr zu setzen („taz“, die schon immer schwer ihre Sympathien für das Khomeinyregime verbergen konnte) gebracht. Die „Neue“ (30.6.) schießt in einem Kommentar den Vogel ab: Banisadr und die Volksmodjahedin werden beschuldigt, den Bruderkrieg bzw. den Krieg gegen die Islamische Republik eröffnet zu haben. Die Volksmodjahedin werden direkt für den Bombenterror verantwortlich gemacht. Die Entscheidungen des Parlamentes werden ausdrücklich begrüßt – als antiimperialistischer Kampf, ganz der Linie der Tudeh-Partei und der Volksfedayin (Mehrheit) entsprechend.

Nun, bei der „Neuen“ wundern solche Lügen nicht.

Die gesamte andere Presse versucht an der Schwelle eines Bürgerkrieges dem linken Lager und anderen oppositionellen Kräften, also den hauptsächlichen Opfern des Terrors der religiösen Fanatiker der Islamischen Republik, nicht durchgeführte Terrorakte großen Stils anzulasten. Die Organisation der Volksmodjahedin hat jedenfalls die Verantwortung für das Attentat ausdrücklich dementiert und als nicht ihrer politischen Linie entsprechend bezeichnet.

Die linken Kräfte können derzeit gar kein Interesse an einer Anheizung des Bürgerkrieges haben, weil die herrschende Machtclique ganz rasant abwirtschaftet und sich in Machtkämpfen untereinander zu zerreiben beginnt. Es liegt allein im Interesse der Imperialisten, Widersprüche anzuheizen und bürgerkriegsähnliche Unruhen zu schüren. Resignation und Ratlosigkeit sind schon heute vorherrschend in großen Teilen der Bevölkerung. Kämpfe, für die gleichermaßen „linke Terroristen“ und religiöse Fanatiker verantwortlich gemacht würden, könnten in gar nicht so ferner Zukunft eine blutige Militärdiktatur a la Türkei als eine Erlösung erscheinen lassen.

Über die technische Perfektion des Attentats bestehen unterschiedliche Angaben. Von Seiten der Regierung werden Versionen wie Bombe im Papierkorb oder im Nachbarhaus verbreitet. Andere Quellen sprechen von mehreren Bomben im Hauptquartier selbst, die so geschickt angebracht waren, daß das Dach mit einem Mal einstürzte, der Anschlag also gekonnt durchgeführt wurde. Einer für den Anschlag notwendigen präzisen Planung widersprechen allerdings die bekannten schlampigen Sicherheitsmaßnahmen der Herrschenden im Iran.

Vermutungen über die Urheber des Attentates können auch in das Lager der Religiösen selbst verweisen.

Interessant für diese Frage sind die Teilnehmer der Versammlung: Der Sohn Khomeinys, der in der Vergangenheit oft genug die Politik der IRP kritisiert hatte, erschien nicht, obwohl er an der Versammlung teilnehmen sollte. Unmittelbar vor der Explosion verließen Ministerpräsident Rajai und Regierungssprecher Nabavi die Versammlung. Parlamentspräsident Rafsanjani wurde durch Zufall bei dem Attentat nicht verletzt. Außer Beheshti entgingen also alle wichtigen Personen der herrschenden Clique dem Attentat.

Nahost-Kommission

# Italien-Urlauber/innen: Aufgepaßt!

Vor einem Jahr, am 2. August 1980, fand der faschistische Anschlag im Bahnhof von Bologna statt.

80 Menschen wurden dabei ermordet. Zum mahnenden Gedenken und zur politischen Abwehr des Neofaschismus organisiert die Stadtverwaltung von Bologna (PCI/PSI-Mehrheit) ein internationales Treffen vom 30. Juli bis zum 2. August. Es wird Veranstaltungen, Diskussionen etc. ... geben.

Die revolutionäre Organisation „Democrazia Proletaria“ (im Bologna-Stadtrat übrigens mit einem Mitglied vertreten) organisiert im Rahmen dieser vier Tage eigene Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung.

Themen werden sein:
- *Krieg und Frieden, Gegen die Mittelstreckenraketen (Cruise Missiles, Pershing 2, SS 20),*
- *Wohnkampf,*
- *Rechtstendenzen in Europa und Repression,*
- *Jugendbewegung, insbesondere Häuserbesetzungen,*
- *Die revolutionäre Linke in Europa.*

Schließlich wird am 2. August eine Demonstration zum Bahnhof von Bologna stattfinden.

Weitere Details werdet ihr aus der entsprechenden Presse entnehmen können („Unita“, „Quotidiano dei Lavoratori“ u.a.).

# SPD: Kommt jetzt die Austrittswelle?

Fortsetzung von Seite 1

Hier waren auf dem Sonderparteitag am 21.6., auf dem sich Börner das „Vertrauen" aussprechen ließ, selbst ausgefuchste Reformisten aus der Fassung gekommen. Eher „gemäßigte" Kritiker wie Martin Wentz oder Klaus Traube wurden von einer grölenden Meute von Ministerialbeamten und anderen Börner-Bediensteten derart niedergemacht, daß Wentz, sichtlich am Ende seiner Kräfte, vor einer „Gehirnwäsche" in der SPD warnte. Doch es sind andere als die „prominenten Linken", die im Moment entschlossen sind, Konsequenzen zu ziehen und man kann ihnen nur raten, mit dem, was sie für richtig erkannt haben, nicht so lange zu warten, bis auch die großen Namen mitziehen.

Sollte eine Neuformierung linker Sozialdemokraten in nächster Zeit spruchreif werden, so würden wir in aller Bescheidenheit einige Hoffnungen daran knüpfen wollen:

1) daß die Genossinnen und Genossen nicht darauf verfallen, sich mit den Grünen um ein und dasselbe Potential zu streiten, sondern sich ein Herz nehmen und inhaltlich ein Stück weiter gehen. Neben den Umweltfragen sollte die Friedens- und Sozialpolitik eine wichtige Rolle bei der Neubesinnung spielen. Das Gedankengut von Karl Marx, Friedrich Engels, Karl Liebknecht und Rosa Luxenburg kann dabei keinesfalls schaden.

2) daß ihr Austritt dazu beitragen möge, innerhalb der gesamten Opposition zur Politik dieses Staates den Wunsch zur einheitlichen Aktion zu stärken. Denn dies ist und bleibt die Voraussetzung dafür, die existentiellen Probleme, die auf uns zukommen, zugunsten der Menschen und Völker zu entscheiden.

Allerdings sollten wir uns keine vorschnellen Illusionen machen. Vom aktuellen Stand der Debatte bis zur Herausbildung einer autonomen linkssozialdemokratischen Strömung in der BRD ist es noch ein langer Weg, und die SPD-Führung wird alles versuchen, eine solche Entwicklung zu behindern. Trotzdem drücken wir die Daumen.

[redacted]

## Zentrale Friedensdemonstration in Bonn geplant!

Am 10.10.81 soll in Bonn eine weitere große und zentrale Friedens-Demonstration mit internationaler Beteiligung stattfinden. Die Demonstration steht unter dem Motto: „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen – für Abrüstung und Entspannung in Europa". Die Initiative zu dieser Demonstration geht vom niederländischen Interkirchlichen Friedensrat aus, der diese Demonstration als Auftakt verschiedener Internationaler Aktionen sieht: Im November steht im holländischen Parlament die Entscheidung über die Stationierung von Mittelstreckenraketen an. Am 12.12. ist der zweite Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses. Dazu sind Demonstrationen in Den Haag und Brüssel in Vorbereitung.

In der BRD wird diese Initiative zentral von der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden" und der „Aktion Sühnezeichen" getragen; weitere Organisationen (KOFAZ, BBU, Grüne, Jusos) wurden zu Gesprächen eingeladen. In diesem Kreis wurde ein Aufruf verabschiedet. Weitere Vorbereitungsgespräche sind am 13.7. und 27.8. in Bonn im AGdF-Büro geplant (bedauerlicherweise jeweils wochentags, vormittags um 11 Uhr). Die Koordinationsstelle ist die AGdF, Blücherstraße 14, 53 Bonn 1, Tel.: 0228/229192.

In einem ‚Offenen Brief' hat inzwischen die Hamburger Friedenskoordination sich an die Organisatoren dieser Demonstration gewandt. Kritisiert wird die Vorbereitung in bislang kleinem Kreis ausgewählter Organisationen. Weiterhin wird zum Aufruf bzw. zur Kundgebungsplanung erklärt, daß diese eine Widerspiegelung der Friedensbewegung in der BRD darstellen müßten (der Offene Brief liegt dem AK vor).

[redacted]

## Die Zensoren sind ••• wieder da

*„Bei einer Aktion gegen ‚harte Pornos' hat die Münchener Polizei auf einen Schlag 90 Sex-Filme sowie 1.900 Sexmagazine und Bücher beschlagnahmt"* („Hamburger Morgenpost", 26.6.81).

Diese Kurzmeldung erinnert zwar frappierend an Volkswartbund-Zeiten vor der Strafrechtsreform, allein der Hinweis auf ‚harte Pornos' läßt viele Leser/innen befriedigt zu anderem übergehen. Was hier jedoch tatsächlich ablief, umfaßte Bücher von Rowohlt (!), Psychologie heute (!), Trikont usw. usf. Hamburgs schwuler Buchladen „Männerschwarm" schreibt dazu: *„....was an schwuler Literatur immer noch oder gerade jetzt unterdrückt wird. Der Polizeiüberfall auf unsere Schwester, den Buchladen SODOM in München,... zeigt uns, durch welch unsicheres Terrain uns unsere schwachen Beine tragen müssen. Was gestern in München passierte, kann morgen auch uns und viele andere linke Buchläden treffen. Deshalb brauchen wir möglichst breite Unterstützung, um stark und wehrhaft zu werden".*

Im Rahmen einer großangelegten Beschlagnahmeaktion wurden am 24.6. die Räume der SODOM-Buchhandlung sowie die Privaträume des Geschäftsführers (incl. die Zimmer von dessen Untermieter) fünf Stunden lang polizeilich durchsucht. Mitgenommen wurden nicht nur Bücher im Wert von DM 2.000 sowie eine Graphikausstellung im Wert von DM 4.200, sondern auch die gesamte Buchhaltung sowie Karteikarten mit Verlagsangaben und Bezugsquellen. Eine Übersicht von einigen beschlagnahmten Titeln zeigt, daß jede halbwegs gutsortierte Buchhandlung in die Schußlinie derartiger Aktionen fällt:

ROSA WINKEL VERLAG:
Reinacher, Befreiung von der Kindheit
Gaiser u.a. (Hrsg.), Milchsilber
Kraushaar (Hrsg.), Schwule Lyrik, schwule Prosa
FÖRSTER:
Hohmann (Hrsg.), Pädophilie heute
Birken, Knabenträume
MELZER:
Dukahz, Knabenliebe (eine gesuchte antiquarische Rarität eines Buches, welches vor 10 Jahren frei im Handel erhältlich war.)
Schult/Stüben, Ich liebe Jungs
ROWOHLT:
Gorsen, Sexualästethik
PSYCHOLOGIE HEUTE:
Bornemann u.a., Sexualität
BUCHER:
Vogel, Kino wider die Tabus
JESKE:
Arbeitshefte für die Sekundarstufe, Heft „Prostitution,Pornographie"
TRIKONT:
Scherer/Hocquenghem, Co-ire
IDEA BOOKS:
Inga-Pin, Performances
PETER HAMMER:
McBride, Zeig mal!
LETU:
Tress, Facing up
FRÖHLICH & KAUFMANN:
In the gutter

Das Engagement solcher Verlage wie Rowohlt, S. Fischer, Suhrkamp, Universitas, Goldmann (um nur die größten zu nennen) auf dem Gebiet schwuler Literatur läßt diese Polizeiaktion umso unglaublicher erscheinen, zumal ein Polizist äußerte, *„gegebenenfalls sei auch gegen Verlage, die ‚so was' publizieren vorzugehen"* (daher auch die Karteibeschlagnahme).

Bei der Beschlagnahme der zehn Originalgraphiken äußerte *„auf unseren ironischen Vorschlag hin, sich doch mal die Alte Pinakothek näher anzusehen, ein Beamter, dies wäre auch noch zu tun".* – Die darüber hinausgehende Meinung eines Beamten, der *„ganze Dreck (gehöre) nach Großlappen gefahren"* (Münchens zentrale Müllverbrennungsanlage), *„erinnerte uns fatal an die Zeiten des Rosa Winkels, als nicht nur Bücher brannten".*

*„Mit dieser Erklärung möchten wir unsere Entschlossenheit bekunden, uns nicht ausgrenzen zu lassen, und erhoffen die Unterstützung aller Buchhandlungen / Verlage / Projekte / Autoren, welche morgen selbst betroffen sein können, in unserer Auseinandersetzung mit dem Versuch staatlicher Reglementierung von Literatur und Kunst."*

**SODOM**
**Buchhandlung Wiedemann GmbH**
**Reichenbachstr. 51**
**8000 München 5**
**Tel.: 089/266713**

**Nachschlag – Peng!**

Zur Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung wurde ebenfalls in München in der vergangenen Woche der Journalist und Knastkämpfer Peter Schult verhaftet. Ihm werden sexuelle Kontakte zu Jungen (in 1979/80!), also ein Verstoß gegen §§ 175 und 176 StGB, vorgeworfen. Er wird von RA Arnold verteidigt, der ihn auch schon in früheren Verfahren vertreten hat.

## Wehrpässe entwertet und an Apel zurückgeschickt

Auf dem schon traditionell gewordenen Marburger Umweltfest machte die „Reservisten-Gruppe Marburg" eine Wehrpaßentwertungsaktion. Mit Bürolochern konnten Noch-Besitzer von Wehrpässen ihren Wehrpaß selbst entwerten und mit dem Stempel „Ich verweigere jede Zusammenarbeit mit dem Militär" versehen. Anschließend wurden die entwerteten Wehrpässe in einen Karton verpackt – es kamen immerhin 41 Stück zusammen – und an Kriegsminister Apel zurückgeschickt, mit folgendem Begleitschreiben:

*„Sehr geehrter Herr Apel!*
*Anbei senden wir Ihnen unsere Wehrpässe zurück, da wir uns außerstande sehen, sie weiterhin ‚sorgfältig aufzubewahren und vor Mißbrauch zu schützen'.*

*Wir haben Angst bekommen vor der Entwicklung der modernen Waffentechnik, die einen Krieg immer wahrscheinlicher macht.*

*Wir haben Angst bekommen vor der westlichen Verteidigungspolitik, die sich anschickt, die Angst vor dem begrenzten Atomkrieg zu verlieren, die sich anschickt, die atomare Verwüstung Deutschlands in ihre Strategie mit einzubeziehen.*

*Deshalb halten wir es für unsere Gewissenspflicht, jetzt aus diesem Militärsystem auszusteigen, was wir symbolisch mit der Entwertung unserer Wehrpässe ausdrücken.*

*Wir rufen alle Soldaten und Reservisten der Bundeswehr auf, dasselbe zu tun.*

*Anlage: 41 entwertete Wehrpässe, davon zwei als Asche."*

**KB/Gruppe Marburg**

## 50 Tagessätze wegen »gemeinschaftlich begangener Beleidigung der Bundeswehr«

In Wetzlar (nahe Gießen) erscheint seit einiger Zeit ein Blättchen, der „Lahn-Dill-Bote". Anläßlich einer Rekrutenvereidigung in Wetzlar erschien eine Ausgabe der Zeitung mit einem Artikel, in dem Armeen und Soldaten einer recht kritischen Betrachtung unterzogen wurden. Der Artikel betrachtete Soldaten unter anderem als „berufsmäßig trainierte Mörder" und Armeen als „Terrorbanden".

Einige Bundeswehrchefs fühlten sich offenbar bei der „Feierlichkeit des Gelöbnisses" von einer solchen Betrachtungsweise arg gestört und erstatteten mit Unterstützung von Kriegsminister Apel Anzeige wegen „Beleidigung der Bundeswehr". Und zwar gegen den Verleger der Zeitung, den Autoren des Artikels und den verantwortlichen Redakteur. Diese „Beleidungs"-Klage ist umso verrückter, als die Bundeswehr in den inkriminierten Passagen nicht einmal genannt ist und im Prozeß die Angeklagten betont haben, daß sich der Artikel auf *„alle Armeen aller Länder zu allen Zeiten"* beziehe. Das Gericht sah trotzdem *„ein vorsätzlich beleidigendes Werturteil über die Bundeswehr als Institution und alle ihre Soldaten gegeben"* („Frankfurter Rundschau" vom 26.6.) und verurteilte die drei Angeklagten (der Verleger ist übrigens örtlicher Juso-Vorsitzender) wegen „gemeinschaftlich begangener Beleidigung der Bundeswehr" zu je 50 Tagessätzen. Das entspricht je nach Einkommen einer Geldstrafe von 1.000 DM bis 3.500 DM.

Als Begründung meinte der Richter, daß die Ausführungen in dem Artikel nur in bezug auf „kriminelle Sachverhalte" anzuwenden seien (ganz richtig!!), „vor dem Hintergrund des Verteidigungsauftrags aber nicht geäußert werden könnten". Die Äußerungen des Richters gipfelten schließlich darin, die Artikelpassagen als *„sprachliche Exzesse, die die Menschenwürde aller Soldaten der Bundeswehr herabsetzen"*, zu bezeichnen.

Der südhessische Juso-Vorstand protestierte gegen das Urteil *„als einen Akt politischer Zensur und eine unzumutbare Einschränkung der Pressefreiheit"* („Frankfurter Rundschau" vom 26.6.81).

Die Verurteilten gehen natürlich in die Berufung.

**KB/Gruppe Marburg**

## Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung

Willi P., seinerzeit Bezirkssekretär des KBW, zeichnete ab 1976 für zehn Ausgaben der „Oldenburger Militärzeitung" und sechs Ausgaben der „Volksmiliz", herausgegeben von den Soldaten- und Reservistenkomitees Weser-Ems, verantwortlich. Dafür wurde Willi P. wegen Wehrkraftzersetzung am 30.10.79 angeklagt. Inzwischen wird der Prozeß vorbereitet; er wird vor der Staatsschutzkammer Oldenburg geführt werden. Als Revisionsinstanz gibt es zwar noch den Bundesgerichtshof, der allerdings lediglich die Formalien des Prozeßverlaufes prüft. Willi P. wird vorgeworfen, er habe auf Bundeswehrangehörige *„fortgesetzt ... planmäßig eingewirkt", „um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der BRD ... oder der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben".*

Als Beleg dafür werden 21 Seiten aus den Veröffentlichungen des Soldaten- und Reservisten-Komitees zitiert. Weiterhin heißt es in der Anklage, daß die Forderung nach Wahl der Offiziere die Schriften „wie ein roter Faden" durchziehe. Diese Forderung – heißt es – verstoße gegen Verfassungsgrundsätze, da eine derartige Wahl die Streitkräfte aus dem Verantwortungsbereich der Bundesregierung „herauslösen" würde.

Der Anklageparagraph ist der § 89 StGB. Dieser übernimmt die Verordnung der Faschisten vom 28.2.33 gegen den „Verrat am deutschen Volk" und „hochverräterische Umtriebe". (Informationen aus Materialien des KBW).

Fortsetzung von S.1

# Vor der Räumung des Hüttendorfes

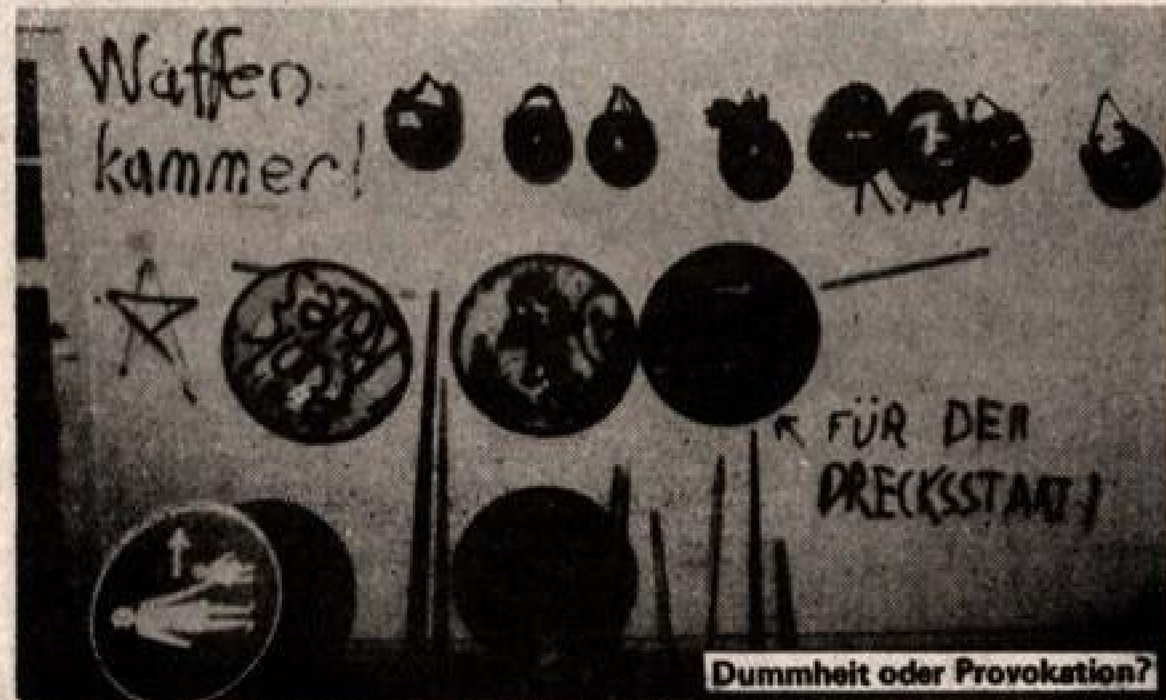
Nun ist der „Spiegel" nicht irgendein Organ, sondern eines mit besonders guten Beziehungen. Daher ist es bestimmt kein Zufall, daß in derselben Ausgabe gemeldet wurde, die hessischen Staatsschützer seien nun endgültig davon überzeugt, daß der „Bekennerbrief" der „Revolutionären Zellen" zum Karry-Mord „echt" sei. Die Verfasser dieses Schreibens stellen sich – das ist wirklich unübersehbar – in den Zusammenhang des Widerstands gegen die Startbahn West und gegen alle anderen geplanten Umweltverbrechen in Hessen. XY-Fahnder Zimmermann, der das Stichwort von der „grünen Terrorszene" geprägt hat, fand so eine der schönsten Bestätigungen in seiner Laufbahn. Doch die Verfasser des „Bekennerbriefes" sprechen von einem „Zufall" und „Fehler". Karry sollte, wenn man ihnen Glauben schenkt, in die Beine geschossen und nicht getötet werden. Da angeblich „Revolutionäre Zellen" gerade einige Wochen zuvor mit „Fehlern" bei einigen Kaufhausbränden hervorgetreten waren, sind wir auf die Idee gekommen zu prüfen, ob es vergleichbare „Pannen" früher schon einmal gegeben hat. Das Ergebnis ist verblüffend einfach: „Pannen", „Fehler", „Zufälle" passieren in Frankfurt häufig vor großen Ereignissen der oben erwähnten Art, speziell im Vorfeld von Massendemonstrationen.

Krassestes Beispiel: Rock gegen Rechts 1979, die gleichzeitig brisanteste und erfolgreichste Frankfurter Demonstration der letzten Jahre. Damals wurde im Vorfeld eine Hetzpropaganda betrieben („blutigste Schlacht seit Jahren?"), die an Brokdorf-Verhältnisse heranreichte. Auf dem Höhepunkt des psychologischen Krieges, am Vortag der Demonstration, wurde ein Sprengsatz vor einer Daimler Benz-Niederlassung gefunden. Unmittelbar darauf verbot OB Wallmann sämtliche Demonstrationen für den 16.6., darunter auch die vom DGB geplante Kundgebung. Wie aus einer DGB-Dokumentation hervorgeht, telefonierte Wallmann noch am gleichen Abend (15.6.) mit dem DGB-Vorsitzenden Kiesewetter, um ihn dazu zu bewegen, „freiwillig" auf die Kundgebung zu verzichten und die Leute aufzufordern, zuhause zu bleiben. Argument Nr. 1 des Oberbürgermeisters: *„Die Mercedes-Bombe"*. Der DGB sollte durch die Unterstellung, er mache gemeinsame Sache mit „Terroristen", zum Rückzug bewegt werden. N a c h dem (trotzdem überaus erfolgreich verlaufenen) 16./17.6. tauchte die „Mercedes-Bombe" als Begründung für das städtische Demonstrationsverbot n i c h t mehr auf.

Dafür ging beim „ID" am 18. Juni ein nicht unterzeichneter „Bekennerbrief" ein, in dem es hieß, der 30-kg-Sprengsatz (ein Satz später ist sogar von 40 kg die Rede) habe die *„Daimler-Bude in eine Ruine verwandeln"* sollen, da Daimler *„bis heute das Folterregime Somozas unterstützt"*. Weitere drei Tage später trudelte beim „ID" ein zweites Schreiben ein, in dem von einem *„technischen Mangel"* und *„absurden Fehler"* die Rede war, die die Zündung der Bombe verhindert hätten. Der „ID" (Nr. 287) machte in diesem Zusammenhang auf einige „Kleinigkeiten" aufmerksam. Innerhalb des Bereichs um den Fundort der Bombe, der von 30 bis 40 kg Sprengstoff „in eine Ruine verwandelt" worden wäre, liegen (bzw. lagen damals):

- **sechs Wohnhäuser mit 68 Familien;**
- **das Frauengesundheitszentrum;**
- **der „Pflasterstrand";**
- **der „ID" selber;**
- **die Bonifatius-Grundschule für 480 Kinder von sechs bis zehn Jahren;**
- **sechs weitere fünfstöckige Wohnhäuser;**
- **die Regionalredaktion der „taz".**

Das Schreiben war diesmal unterzeichnet: **„Revolutionäre Zelle Nicaragua"**. Aber RZ ist in Frankfurt nicht das einzige Markenzeichen für „Pannen". Am frühen Morgen des 13.3.81 wurde vor dem Amerika-Haus eine 5-kg-Bombe mit *„hochbrisantem Sprengstoff"* gefunden, die aus *„ungeklärten Ursachen"* nicht explodierte. Am selben Abend bekannte sich eine bis zu diesem Zeitpunkt, aber auch danach, unbekannte Gruppe *„Solidarität mit der RAF"* zu dem mißglückten Anschlag („Frankfurter Rundschau", 14.3.). In diesen Tagen gab es tatsächlich eine Menge kleinerer Anschläge anläßlich des Hungerstreiks, doch kaum einmal war „hochbrisanter Sprengstoff" im Spiel, und wenn, dann nicht gerade aus „Solidarität mit der RAF" (Kölner U-Bahnhof!). Jedenfalls kam die Amerika-Haus-Bombe gerade rechtzeitig für Wallmann, um eine zentrale Demonstration gegen die türkische Militärjunta am 14.3. – die er verboten hatte, was vom Verwaltungsgericht aber wieder aufgehoben worden war – erneut zu verbieten (womit er allerdings wieder nicht durchkam). Wobei daran erinnert werden muß, daß gerade diese Demonstration für die Auseinandersetzungen um die westdeutsche Türkeihilfe von erheblicher Bedeutung war.



Dummheit oder Provokation?

Geht man von diesen Erfahrungen aus, so wäre beispielsweise mit folgendem „Modell" zu rechnen: Die Polizei gibt die Räumung des Hüttendorfes einige Tage vorher bekannt. In einer der Nächte vor dem „Tag X" passiert ein Bombenanschlag. Daraufhin werden alle Demonstrationen gegen die Räumung verboten; für dennoch Protestierende werden schlimme Strafen angedroht. **Wir weisen auf diese Möglichkeit hin, da wir befürchten, daß der Begriff „Panne" mittlerweile eine Sinn-Veränderung bekommen hat (siehe Karry). Der „Fehler" kann auch darin bestehen, daß das Zeug tatsächlich hochgeht! Nur soll** dann jeder wissen, wo die Urheber eines solchen Anschlags zu suchen sind.

Kommen wir noch einmal auf Rock gegen Rechts zurück. 1980 fand das Rock-Festival auf dem Frankfurter Rebstock bereits am 14./15.6. statt. Am 15.6. besetzten Jugendliche ein Haus in der nahegelegenen Siesmayerstraße in Bockenheim. Wenn auch diese Aktion auf den Widerwillen eines Teils der RgR-Veranstalter stieß, war doch die Sympathie von zig-tausend Jugendlichen auf Seiten der Besetzer, so daß sich die Polizei zunächst Zurückhaltung auferlegen mußte. Die nächste Siegesmeldung kam schon einen Tag später: Am Nachmittag des 16.6. statteten einige Antifaschisten dem Frankfurter Nazibuchladen einen nachhaltigen Besuch ab und konnten unentdeckt wieder abhauen. Selten dürfte eine miltante Aktion auf soviel Zustimmung selbst unter älteren Bürgern gestoßen sein. Doch noch in derselben Nacht geschah eine „unbegreifliche Dummheit": Ohne daß irgendein Grund dazu ersichtlich gewesen wäre, wurde ein SPD-Stadtteilbüro mit einem Mollie bedacht. Ein siebzehnjähriger Jugendlicher, den die Polizei auf frischer Tat fassen konnte, gab in den Vernehmungen an, die Aktion sei **„auf dem RgR-Konzert verabredet"** worden. Einen Tag später und fast schon wunschgemäß erzählte er der Polizei, **„der Brandsatz sei in dem besetzten Haus in der Siesmayerstraße hergestellt worden. Dort wohnten auch seine drei in der Nacht entkommenen Mittäter"** („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 20.6.). In den Morgenstunden des 19.6. räumte die Polizei das Haus. Dort fand sie einen als *„Waffenkammer"* deklarierten Raum vor. Die Presse ließ sich das Fressen nicht entgehen: Am 20.6. war in jeder Frankfurter Tageszeitung ein wunderschönes Foto mit dem eindeutig lesbaren Schriftzug „Waffenkammer" und einschlägigen Utensilien daneben zu finden. Das Resultat war, daß die ursprünglich sicher sehr gelungene Besetzung nach nur vier Tagen ohne jeden Protest beendet werden konnte. So einfach war das 1980.

**Fazit: Wenn im Flughafenwald ein „Waffenlager" „gefunden" werden sollte (möglichst mit fotogenem Schild: „Dies ist unsere Waffenkammer"), dann wurde dieses nicht von Startbahngegnern angelegt, sondern von denjenigen, denen es ausschließlich um die möglichst problemlose Bewerkstelligung der Räumung des Hüttendorfes geht.**

Vieles, u. a. Erklärungen des Innenministers selber, spricht dafür, daß die Polizei versucht, Leute in das Hüttendorf einzuschleusen. Nicht nur das, sondern a l l e s spricht gegen Leute, die bei Schlägereien auf dem RgR-Festival, bei mysteriösen Vorgängen in der Kampagne gegen die „Bild" und bei allem möglichen Scheiß in Frankfurt dabei waren, und die jetzt versuchen, im Hüttendorf das große Wort zu schwingen und zu „radikalen Aktionen" aufzufordern.

Mit gefälschten Flugblättern wird bereits gearbeitet: In einem Aufruf mit dem Emblem der „Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren" (!) heißt es: *„Die Landesregierung hat die Räumung des Naturdorfes angekündigt, warten wir nicht! Es wird höchste Zeit! Mit Volksbegehren, Platzbesetzung und Zerstörung der Baumaschinen, Kabel und der gesamten technischen Anlagen die Startbahn endgültig zu Fall bringen!!!"* („Frankfurter Rundschau", 3.7.). Das klingt auf den ersten Blick nicht viel anders als ähnliche, durchaus nicht provokatorisch gemeinte Aufrufe von Teilen der Anti-AKW-Bewegung. Doch die Sache hat zwei kleine Haken: Warum erstens das Volksbegehren da hereinziehen, und was ist zweitens mit den „gesamten technischen Anlagen" gemeint? Die des Flughafens schlechthin? Ende November wurde bei einer Aktion gegen Baustellenfahrzeuge am Flughafen auch ein Gerät der Flugsicherung (Instrumentenanflug) zerstört. Zwar soll dadurch der Flugverkehr nicht beeinträchtigt worden sein, aber: Welchen Sinn soll diese Aktion (zu der es kein „Bekennerschreiben" gab) gehabt haben? Wie soll dadurch der Bau einer neuen Startbahn „zu Fall gebracht" werden? In der Tendenz richtete sich diese Aktion gegen die Flugsicherheit und damit letztlich auch gegen die Passagiere, was niemals im Sinne der Startbahngegner sein kann.

Daß es einen Z u s a m m e n h a n g zwischen dieser, wenn auch vergleichsweise harmlosen Aktion gegen die Flugsicherung, den bombastischen Aufforderungen zu Sabotage-Akten in dem „Bekennerbrief" zum Karry-Mord, den öffentlich vorgetragenen Spekulationen über „Anschläge gegen den Luftverkehr" und der tatsächlichen Vorbereitung von Gewaltmaßnahmen durch die Landesregierung gibt – das wird immer deutlicher.

Nun muß nur noch das auf mysteriöse Weise aus der Karry-Waffe verschwundene Magazin im Hüttendorf „gefunden" werden ...

# Wettlauf mit der Zeit

Ginge es in diesem Land auch nur halbwegs demokratisch zu (wobei die hohen Hürden, die übersprungen werden müssen, um durch „Volksbegehren" einen „Volksentscheid" überhaupt erst zu erzwingen, nicht gerade „demokratisch" sind) – dann müßten Landesregierung und FAG bereits jetzt um ihre Startbahn West bangen. Denn die Bürgerinitiativen und Umweltschützer haben sich tatsächlich eine politische Basis schaffen können, die das in den Bereich des Möglichen rückt, was vielen noch vor kurzem als Überschätzung der eigenen Kräfte erschien: Die Unterstützung von 20 % der Stimmberechtigten in Hessen und damit das erfolgreiche „Bestehen" des schwierigen Volksbegehrens. Käme es aber erst einmal zum Volksentscheid, dann würden die Startbahngegner – davon sind die Initiatoren der Kampagne zu Recht überzeugt – erheblich mehr Menschen an die Urnen mobilisieren als die Befürworter. Denn diese verfügen zwar über den Machtapparat, nicht aber über eine aktive Unterstützung in der Bevölkerung.

Doch in dieser Gesellschaft gibt es kein „fair play". Ohne Zweifel setzt die Landesregierung auf Gewalt: das Hüttendorf soll geräumt, mit dem Bau (Untertunnelung der Okriftelerstraße) soll schon in allernächster Zeit begonnen werden: der Antrag auf Volksbegehren soll abgelehnt werden, und während vor dem Staatsgerichtshof die mühsame Prozedur eines Rechtsstreits beginnt, will man mit dem Abholzen von drei Millionen Bäumen im Herbst vollendete Tatsachen schaffen. Ist dadurch die mit dem Volksbegehren eingeschlagene Strategie gescheitert, weil das „Ende der demokratischen Fahnenstange" erreicht ist? Was kann überhaupt noch getan werden, um den Startbahnbau zu verhindern?

So entschlossen die Landesregierung ist, die Startbahn zu bauen und sei es, daß die hessische Verfassung außer Kraft gesetzt wird und zehntausende von Wählern in den Anliegergemeinden des Flughafens „verloren" gehen, so wenig dürfte ihr daran liegen, mit Methoden zu regieren, die von der M e h r h e i t d e r B e v ö l k e r u n g als „Notstand" oder „Diktatur" empfunden werden. Solange es der Landesregierung gelingt, ihre Gewaltanwendung damit zu legitimieren, daß diese sich „nur" gegen eine „radikale Minderheit" richtet, wird sie diesen Konflikt (wenn auch mit schweren Verlusten) bestehen können. Sinn des Volksbegehrens war es aber gerade, nicht nur Zehntausende, sondern Hunderttausende in diese Auseinandersetzung einzubeziehen und die Landesregierung in eine Situation zu bringen, in der sie gegen den erklärten Willen der Mehrheit der hessischen Bevölkerung Gewalt anwenden muß. Daß sie sich daran „übernimmt" – darin besteht unsere Chance.

**Deshalb hat die Bürgerinitiative beschlossen, bereits im ersten Durchgang der Unterschriftensammlung nicht nur die für den Antrag erforderlichen 120 000 Unterschriften zu sammeln, sondern weit mehr als das: „Soviel wie möglich", ist angesagt.**

Darüber hinaus muß es gelingen, das gesamte Potential der Umweltschützer (gegen die Waldvernichtung), der demokratischen Kräfte (gegen den Verfassungsbruch), der Friedenskräfte (gegen die Funktion der Startbahn als US-„Sprungbrett" in den Nahen Osten) und hoffentlich auch der Gewerkschaftsbewegung (gegen den Arbeitsplatzbetrug) zu mobilisieren, um den Durchmarsch der Landesregierung zu stoppen.

Börner hat mehrfach versichert, mit dem Roden des Waldes werde erst im Herbst begonnen. Stichtag, bis zu dem Unterschriftensammlung und Massenmobilisierung der Startbahngegner abgeschlossen sein müßten, wäre demnach der 23. September. Da einiges dafür spricht, daß die Regierenden nicht unbedingt darauf erpicht sind, die Buchmesse (Mitte Oktober) als internationale Kulisse für ihre Polizeieinsätze in Frankfurt und Nachbarschaft zu haben, könnte der Beginn des Kahlschlags vielleicht auf Ende Oktober verlegt werden, ähnlich wie im Vorjahr. Länger haben wir auf keinen Fall Zeit. Daher reicht es nicht, sich darüber zu freuen, daß überall in Hessen bis zu den WAA-Gegnern im äußersten Norden neue Gruppen zum Volksbegehren hinzustoßen. **Die ganze Kampagne muß jetzt ungemein beschleunigt und systematisch werden, wenn sie ihr „Klassenziel" in so kurzer Zeit erreichen will.**

Die von der Landesregierung beabsichtigte Räumung des Hüttendorfs hat vor allem zum Ziel, eine Art „Vorentscheidung" zu erzwingen, um die Bewegung zu demoralisieren und ihre hessenweite Ausbreitung zu stoppen. Doch anders als Gorleben liegt der Flughafen Rhein-Main inmitten eines einzigartigen Ballungszentrums, aus dem heraus trotz Sommerpause stündlich eine Massenmobilisierung möglich ist. Unser Ziel muß es sein, daß bei einem Räumungsversuch derart viele Menschen in den Wald kommen, daß der Polizeieinsatz abgebrochen werden muß. Wenn erst einmal Zehntausende auf dem Weg sind, dann läuft – gewollt oder ungewollt – in diesem zentralen Verkehrsknotenpunkt nicht mehr viel. So besteht eine Chance, die Landesregierung an ihrem Vorhaben zu hindern. Nach Lage der Dinge wäre es hingegen aussichtslos, sich auf ein „militärisches Kräftemessen" mit der Polizei („Schlacht im Wald") einzulassen. Alles hängt davon ab, möglichst viele Menschen zu mobilisieren und sich so zu verhalten, daß a l l e Aktionen auf Verständnis und Sympathie bei der Bevölkerung treffen, daß sie geeignet sind, den Kreis der Startbahngegner und ihrer Unterstützer noch weiter zu verbreitern und nicht einzuengen. Selbst im schlimmsten Fall, daß es der Polizei gelingt, das Dorf zu zerstören, ist nicht Resignation angesagt. Im Gegensatz dazu müßte alles versucht werden, um die Empörung über diese Gewaltmaßnahme in Energie für den weiteren Widerstand zu verwandeln. Denn die Entscheidung fällt erst im Herbst.



# Eskalation am Frankfurter Flughafen

Mit zunehmenden Drohungen und Einschüchterungen versucht die hessische Landesregierung, das seit Anfang Juni angelaufene Volksbegehren gegen die Startbahn West zu be- oder gar zu verhindern. Wie befürchtet, hat sie, im Windschatten des für sie „erfolgreichen" SPD-Sonderparteitags, Maßnahmen gegen das Hüttendorf und das Volksbegehren angekündigt.

Der Grund für die E i l e und die H ä r t e der angedrohten Maßnahmen ist ziemlich offensichtlich! Das Volksbegehren hat in den letzten vier Wochen in Hessen „voll eingeschlagen"! Immer mehr Gruppen und Organisationen – gerade auch aus dem kirchlichen und gewerkschaftlichen Bereich – schließen sich tagtäglich der Massenkampagne an. Aber auch (weitere) SPD-Gliederungen und ganze Stadtparlamente beginnen mit einer Unterstützung. Bislang scheint zwar noch der südhessische Raum Schwerpunkt der Kampagne zu sein, aber auch aus den anderen Teilen Hessens werden Erfolgsmeldungen bekannt. Trotz Sommerferien läuft die Unterschriftensammlung auf vollen Touren und ist im Kreis Groß-Gerau schon fast abgeschlossen ... wobei die Zahl der bereits gesammelten Unterschriften zu den bestgehüteten Geheimnissen der Bürgerinitiativen gehört.

Aber auch andernorts sieht die Mobilisierung der ersten vier Wochen

zu den bestgehüteten Geheimnissen der Bürgerinitiativen gehört.
Aber auch andernorts sieht die Mobilisierung der ersten vier Wochen

bereits sehr gut aus. In vielen Dörfern, Gemeinden und Städten finden Veranstaltungen statt, die zumeist sehr gut besucht sind – zum großen Teil auch von älteren Bürgern, denen es anscheinend endgültig mit der Umweltpolitik der Landesregierung reicht.

Im Moment kommt es darauf an, festere Strukturen in den Kreisen und Orten zu schaffen und systematisch H a u s f ü r H a u s abzuklappern. Erste Versuche in dieser Richtung haben sich als äußerst lohnend erwiesen.

## Diktatur in Hessen?

Jüngste Erklärungen der hessischen Landesregierung (und Taten) lassen Schlimmes befürchten:

– In einer geheimen Mission fuhren Anfang Juni Hessens Innenminister Gries, der Frankfurter Polizeipräsident Gemmer, der Direktor der hessischen „Schutz"-polizei und der Sicherheitsbeauftragte der Flughafen AG (FAG) nach Narita/Japan. Dort wollten die „Herren des Morgengrauens" lt. „Spiegel" vom 22.6. *„an einem konkreten Objekt"* sehen, *„womit man sich auseinandersetzen mußte und wie man damit fertig geworden ist"*. Mit diesem „konkreten Objekt" (gewaltsame Durchsetzung des Flughafens Narita) wurden die Bullen in Japan nur mit äußerster Brutalität und Grausamkeiten „fertig". Im Laufe des 15jährigen Kampfes wurden sechs Menschen getötet und mehrere hundert z.T. lebensgefährlich verwundet. Über 3.000 (!) Bauern und Flughafengegner wurden in dieser Zeit eingeknastet, über 200 von ihnen sitzen noch heute in den japanischen Kerkern! Über 500.000 (!!) Bullen wurden in dieser weltweit bekannten und berüchtigten Auseinandersetzung gegen die Umweltschützer eingesetzt. Noch heute – drei Jahre nach Inbetriebnahme des Flughafens – müssen 2.000 Bullen den Flughafen vor einer erneuten Besetzung schützen! (Jetzt versteht man/frau auch, warum die Startbahn West Arbeitsplätze schaffen soll.) Der Besuch des hessischen Polizeiministers Gries gerade an diesem Schauplatz und das Bekenntnis, d a v o n lernen zu wollen, spricht für sich.

– Am 9. Juni gibt die hessische Landesregierung den Standort für die geplante WAA bekannt (Diemelstadt-Wethen).

– Am 11. Juni wird das Hüttendorf

Landesregierung den Standort für die geplante WAA bekannt (Diemelstadt-Wethen).
– Am 11. Juni wird das Hüttendorf

gegen die geplante Giftmülldeponie in Mainhausen (Kreis Offenbach) gewaltsam geräumt.

– Am 15. Juni erklärt der hessische Justizminister Günther (SPD), in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der hessischen „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald", daß das Volksbegehren unzulässig sei, da es in die Gesetzeskompetenz des Bundes eingreifen würde. Günther versucht anscheinend, die von ihm geführte „Schutzgemeinschaft" in eine *„Gemeinschaft zum Schutz der Landesregierung vor dem Widerstand aus dem Wald"* (A. Schubart) umzuwandeln.

– Am 18. Juni spricht sich der hessische DGB für den Bau des Blocks C im AKW Biblis aus – eine deutliche Ergebenheitserklärung für Börner.

– Am 21. Juni findet der SPD-Sonderparteitag in Wiesbaden statt. Börner fordert zunächst den Ausschluß aller SPD-Mitglieder, die Volksbegehren und Volksentscheid unterstützen! Verabschiedet wird anschließend nicht nur eine „Absage" an das Volksbegehren, sondern die Zustimmung zu a l l e n umstrittenen umweltzerstörerischen Projekten in Hessen.

– Einen Tag später erklärt Börner vor dem hessischen Landtag, daß die Landesregierung voraussichtlich Volksbegehren und Volksentscheid nicht zulassen werde, da es „verfassungswidrig" sei.

– Am selben Tag erscheint im „Spiegel" (22.6.81) ein wahrer Hetzartikel gegen die Startbahngegner – Zitat: *„Staatsschützer haben Hinweise, daß bei Aktionen Frauen mit Kindern in die vorderste Linie geschickt werden, um einen Polizeieinsatz unmöglich zu machen"*.

Selbige Staatsschützer haben dem „Spiegel" auch „Hinweise" gegeben, daß die Startbahngegner *„Anschläge auf den Flugverkehr"* planten, wobei wir es interessant finden, daß diese bisher tollste Provokation keineswegs von der „Bild"-Zeitung, sondern vom „seriösen" Hamburger Nachrichtenmagazin kommt.

**– Einen Tag später – 23.6.81 – erklärt Innenminister Gries, daß das Hüttendorf der Startbahngegner zum geeigneten Zeitpunkt geräumt werden soll!**

– Gleichzeitig mit Beginn der Hetzkampagne werden am 22.6. und 23.6. mehrere besetzte Häuser in Frankfurt geräumt oder polizeilich durchsucht.

– In derselben Woche versucht die Frankfurter CDU, eine demonstrative Unterschriftensammlung der Grünen vor dem Frankfurter Römer zu kriminalisieren...was ihr nicht gelingt. Hunderte von Startbahngegnern nehmen am 25.6. an der Aktion anläßlich einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung teil.

– Am 22. Juni wird eine Frau der BI von einer Polizeistreife angehalten und nach „verfassungsfeindlichen Materialien" untersucht. Sie hatte Unterschriftenlisten für das Volksbegehren dabei. Die BI-Frau ließ sich nicht einschüchtern: nach einstündiger Diskussion mit den Beamten über Startbahn West und Volksbegehren unterschrieben diese die Liste und ließen sie weiterfahren.

– Ein weiterer Höhepunkt der Hetz- und Einschüchterungskampagne: Innenminister Gries „befürchtet" in einem Interview mit der „Abend-

und Einschüchterungskampagne:
Innenminister Gries „befürchtet" in
einem Interview mit der „Abend-

post"/Nachtausgabe (29.6.81) den Ausbruch eines *„Bürgerkriegs um die Startbahn West"*. Zitat aus der „AN": *„Polizeistrategen befürchten: – ‚Das wird schlimmer als Brokdorf'"*.

Recht unbeeindruckt von diesen Drohungen geht die Kampagne für das Volksbegehren weiter. Auch der Beschluß des SPD-Sonderparteitages, daß sich SPD-Mitglieder nicht an der Kampagne beteiligen sollen, hat bislang noch keine großen Früchte getragen. Im Gegenteil: immer mehr SPD-Ortsvereine auch größerer Städte (Offenbach, Rüsselsheim, Dietzenbach) schließen sich an. Die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren schreibt in einem Flugblatt zu den Einschüchterungsversuchen: *„Wir Startbahngegner beugen uns nicht der Drohung mit Gewalt und Terror. Mehr denn je sind wir entschlossen, der Demokratie in Hessen endlich zum Durchbruch zu verhelfen. Wir appellieren insbesondere an die Gewerkschaften und die Kirchen in ganz Hessen, der Kahlschlagpolitik der Landesregierung – gegen 3 Mio Bäume wie auch demokratische Rechte – entgegenzutreten. Die massenhafte Beteiligung an dem Volksbegehren kann die Landesregierung in ihrem Amoklauf aufhalten. Gleichzeitig rufen wir dazu auf, Wald und Hüttendorf zu verteidigen, wenn die Landesregierung versuchen sollte, ihre Drohung in die Tat umzusetzen, unser Dorf zu räumen oder mit Baumaßnahmen zu beginnen.* **Alle Macht geht vom Volke aus! Volksbegehren – jetzt erst recht!"**

## Ist der Flächenbrand noch zu stoppen?

Ist der Flächenbrand
noch zu stoppen?

Nach vier Wochen Kampagne für das Volksbegehren, kann man schon von einigen großartigen Erfolgen sprechen: So haben im Kreis Groß-Gerau – der am meisten betroffenen Region – mittlerweile a l l e relevanten gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen ihre Unterstützung zugesagt, darunter die meisten DGB-Ortskartelle. Hessenweit hat der GEW-Landesvorstand einen Pro-Volksbegehren-Beschluß gefaßt. Auch die Vertrauensleute von Opel Rüsselsheim haben sich dafür entschieden!

Leider werden solche Erfolgsmeldungen – wenn überhaupt – nur in irgendeiner Lokalseite oder -Zeitung abgedruckt. Der hessischen Landesregierung dürfte es aber schon jetzt schwerfallen, an der Frage der Arbeitsplätze den Hebel zur Spaltung anzusetzen. Im Kreis Groß-Gerau mochte sich selbst die CDU dem Trend nicht entziehen und beschloß auf ihrem Kreisparteitag in aller Vorsicht: *„Der Kreisparteitag empfiehlt seinen Mitgliedern, das Volksbegehren – soweit es sich ausschließlich gegen die Startbahn West richtet – in dem verfassungsrechtlich und gesetzlich gezogenem Rahmen zu unterstützen"*.

Berücksichtigt man/frau noch, daß trotz Einspruchs von Innenminister Gries bereits vier Städte (Groß-Gerau, Nauheim, Mörfelden-Walldorf, Dietzenbach) durch Entscheidungen der Stadtparlamente ihre Unterstützung für das Volksbegehren beschlossen haben, so ist klar, wie stark diese Bewegung geworden ist.

**KB/Gruppe Frankfurt**

KB/Gruppe Frankfurt

### Verfassung des Landes Hessen

Art. 116

Die Gesetzgebung wird ausgeübt
a) durch das Volk im Wege des Volksentscheids,
b) durch den Landtag.

Außer in den Fällen des Volksentscheids beschließt der Landtag die Gesetze nach Maßgabe dieser Verfassung. Er überwacht ihre Ausführung.

Art. 124

Ein Volksentscheid ist herbeizuführen, wenn ein Fünftel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfes stellt. Dem Volksbegehren muß ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zugrunde liegen. Der Haushaltsplan, Abgabengesetze oder Besoldungsordnungen können nicht Gegenstand eines Volksbegehrens sein.

Das dem Volksbegehren zugrunde liegende Gesetz ist von der Regierung unter Darlegung ihres Standpunktes dem Landtag zu unterbreiten. Der Volksentscheid unterbleibt, wenn der Landtag den begehrten Gesetzentwurf unverändert übernimmt.

Die Volksabstimmung kann nur bejahend oder verneinend sein. Es entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Das Verfahren beim Volksbegehren und Volksentscheid regelt das Gesetz.

### DGB Dietzenbach für Volksbegehren

DIETZENBACH. Nach Vorstand der evangelischen Kirchengemeinde und Mehrheit des Stadtparlaments unterstützt nun auch das DGB-Ortskartell Dietzenbach das geplante Volksbegehren gegen die Startbahn West. Das ist das Ergebnis des jüngsten „Mittwoch-Treffs", bei dem sich die Gewerkschafter einmütig gegen die Neubaupläne auf dem Rhein-Main-Flughafen ausgesprochen haben. Unterschriftenlisten für Betriebe oder Einzelpersonen können jeden Mittwoch von 18.30 Uhr an beim DGB-Ortskartell, Schäfergasse 15, abgeholt werden. ttt

FR 3.7.81

FR 23.6.81

### Jusos weiterhin für Volksbegehren

HOCHTAUNUSKREIS. Die Jungsozialisten des Kreises halten an ihrer Entscheidung (trotz entgegenlautender Aufforderung der hessischen Parteispitze) fest und wollen auch künftig das Volksbegehren gegen den geplanten Bau der Startbahn West unterstützen. Die Unterbezirkskonferenz betonte ausdrücklich, die Jusos würden von ihrem getroffenen Kurs nicht abweichen, da es gelte, für eine umweltpolitische Wende zu sorgen. Der Unterbezirk kündigte an, er werde dem Unterstützerkreis der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren „Keine Startbahn West" beitreten. Dabei seien sich die Jusos durchaus bewußt, heißt es in ihrer Erklärung, daß sie möglicherweise „starken innerparteilichen Auseinandersetzungen entgegensehen müssen".

"Blitztip", 25.6.81

### Alt-Bornheimer Sozialdemokraten für Volksbegehren gegen Startbahn West

**Solche Artikel findet man jetzt jeden Tag in den Lokalzeitungen Hessens.**




**Aktionskeis Leben**

**Gewerkschafter gegen Atom – für menschenwürdige Arbeits-und Lebensbedingungen**

**Hessische Gewerkschafter gegen die Flughafenerweiterung**

# AUFRUF

**zur Unterstützung des Volksbegehrens mit anschließendem Volksentscheid**

Die hessische Landesregierung will, unterstützt von der CDU-Opposition, den Bau der Startbahn 18 West durchsetzen. Dies geschieht gegen den entschiedenen Willen großer Teile der Bevölkerung, insbesondere der Bewohner der umliegenden Gemeinden.

Während der verkehrstechnische und wirtschaftliche Nutzen mehr als fraglich ist, sind die daraus resultierenden Umweltbelastungen eindeutig. So beträgt z.B. der Rückgang der Passagiere und der Flugbewegungen in den ersten drei Monaten 1981 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum 3,7%.

Gerade in der Betonwüste Rhein-Main kann im Interesse der Arbeitnehmer ein weiterer Verlust an zugänglichen Grün- und Waldflächen nicht hingenommen werden.

Wir lassen uns von den zweifelhaften Arbeitsplatzversprechungen der Flughafenbetreiber nicht täuschen: Keiner von ihnen wird die bestehenden oder gar zusätzlichen Arbeitsplätze vertraglich garantieren.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat auf seinem 11. Bundeskongreß 1978 festgestellt, daß die Alternative Umweltschutz oder Arbeitsplätze für ihn nicht akzeptabel ist. Ferner heißt es im Umweltprogramm des DGB von 1974 u.a.: „Wälder in der Nähe von Ballungsräumen dürfen nicht der industriellen Expansion oder der Zersiedlung zum Opfer fallen. Sie müssen uneingeschränkt der Erholungsnutzung zur Verfügung stehen."

In Übereinstimmung mit diesen Positionen wenden wir uns heute gegen den Bau der Startbahn 18 West und schlagen an ihrer Stelle ein Programm zur Beseitigung der andauernden Umweltbelastung und Zerstörung als alternatives „Arbeitsbeschaffungsprogramm" vor.

Die unterzeichnenden Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter rufen alle Kolleginnen und Kollegen dazu auf, das Volksbegehren mit dem anschließenden Volksentscheid gegen den Bau der Startbahn 18 West zu unterstützen.

([illegible])

| Name | Anschrift | Gewerkschaft/Funktion | Unters chrift |
|---|---|---|---|
| | | | |

Spendenkonto, ebenfalls Bezahlungen: Aktionskreis Leben, Bank für Gemeinwirtschaft, 6000 Frankfurt/m.,Kto.-Nr. [illegible], Bankleitzahl [illegible]

# Riesen-Umweltschweinerei am Frankfurter Flughafen

**Aus dem unterirdischen Treibstoffversorgungssystem des Rhein-Main-Flughafens sind im Dezember letzten Jahres ungeheure Mengen Kerosin ausgelaufen. Dies wurde erst jetzt – mehr als ein halbes Jahr danach – von der zuständigen Wasserbehörde bekanntgegeben. Die Folgen für die ganze Region um den Flughafen und insbesondere für die Frankfurter Trinkwasserversorgung sind noch nicht abzusehen. Während die Bürgerinitiativen erbittert den Bau der Startbahn West bekämpfen, um den Frankfurter Wald zu erhalten, sind dessen Tage möglicherweise schon auf d i e s e Weise, durch eine irreparable Verseuchung des Bodens, gezählt. Was dem Skandal eine erschreckende Dimension gibt, ist die Tatsache, daß die Flughafen AG, die Behörden und insbesondere die Landesregierung s i e b e n Monate lang versucht haben, das Ausmaß des Unfalls zu vertuschen. Man/frau bedenke: Wer im Keller einen undichten Ölkessel hat, aus dem Öl in den Boden sickert, und wer das nicht sofort meldet, der wird mit empfindlichen Strafen belegt. Hier aber geht es um Millionen Liter Flugzeugbenzin !**

Mitte Dezember hatte die Presse gemeldet, daß am 8.12. ein Defekt im Kerosin-Leitungssystem festgestellt worden war, aus dem *„Flugzeugtreibstoff in bislang unbekannten Mengen in den Erdgrund unter einer Abrollbahn und der Nordbahn eingedrungen ist"* (FR, 18.12.80). Die Behörden lehnten eine Auskunft ab. Von zwei früheren ähnlichen „Kerosin-Pannen" auf Rhein-Main war aber die Brisanz der Angelegenheit klar. So waren 1977 ca.200.000 Liter und im Februar '79 ca.400.000 Liter ausgelaufen. Damals mußte das verseuchte Erdreich monatelang (!) Tag und Nacht abgetragen und mit LKWs in Giftmülldeponien (bis nach Hannover !) gefahren werden, um den Schaden in Grenzen zu halten und eine Gefährdung des Grundwassers zu vermeiden. Da diese Aktion begreiflicherweise erhebliche Unruhe in der Öffentlichkeit hervorgerufen hatte, beeilte man sich diesmal mit der dreisten Lüge, *„der Umfang des Schadens sei ‚bei weitem nicht so groß' wie damals im Februar 1979"* (FR, 18.12.). In der Folgezeit gab es nur noch zwei bis drei winzige Meldungen, nach denen die Sache ‚im Griff' sei, und das unterirdische Rohrsystem zukünftig ‚besser gesichert' werde.

**Jetzt aber wurde bekannt, daß seit dem Dezember-Unfall inzwischen 1,1 Millionen Liter Kerosin durch Abschöpfbrunnen aus dem Boden geholt worden sind, also eine Verseuchung, die die bisherigen „Pannen" um ein Vielfaches übertrifft. Das gesamte Ausmaß der Leckage ist demnach noch sehr viel höher, möglicherweise mehrere Millionen Liter ! Diese** Information platzt wie eine „Bombe" in die gegenwärtig laufende Diskussion über die Gefährdung des Frankfurter Trinkwassers, die durch Enthüllungen der GRÜNEN und des BBU angelaufen ist, und natürlich in die Auseinandersetzungen um die Startbahn West. Denn ausgerechnet wenige Tage vor dem Hearing des hessischen Landtags zur Startbahn West, auf dem auch die Frage des Grundwassers auf der Tagesordnung stand, verlautete aus dem Wiesbadener Umweltministerium, die Untersuchungen über die Dezember-Panne hätten nichts Beunruhigendes ergeben. Das heißt, daß in Hessen wieder einmal der Rücktritt eines „Umwelt"-Ministers (in diesem Fall: Karl Schneider) dringend fällig ist. Warum auch, fragt man sich, hält sich dieses Land, das für seine Atom-, Beton-, und Giftpolitik berühmt ist, überhaupt eine derartige Institution, die ihre Feigenblattfunktion längst verloren hat ?

Doch in diesem Skandal geht es um weit mehr: Es geht um die Mafia-Methoden der Frankfurter Flughafen AG (FAG). Schon im Januar vermutete der AK (Nr. 192, S. 19, *„Was ist mit dem Kerosin ?"*), was der Grund für das verdächtige Herunterspielen

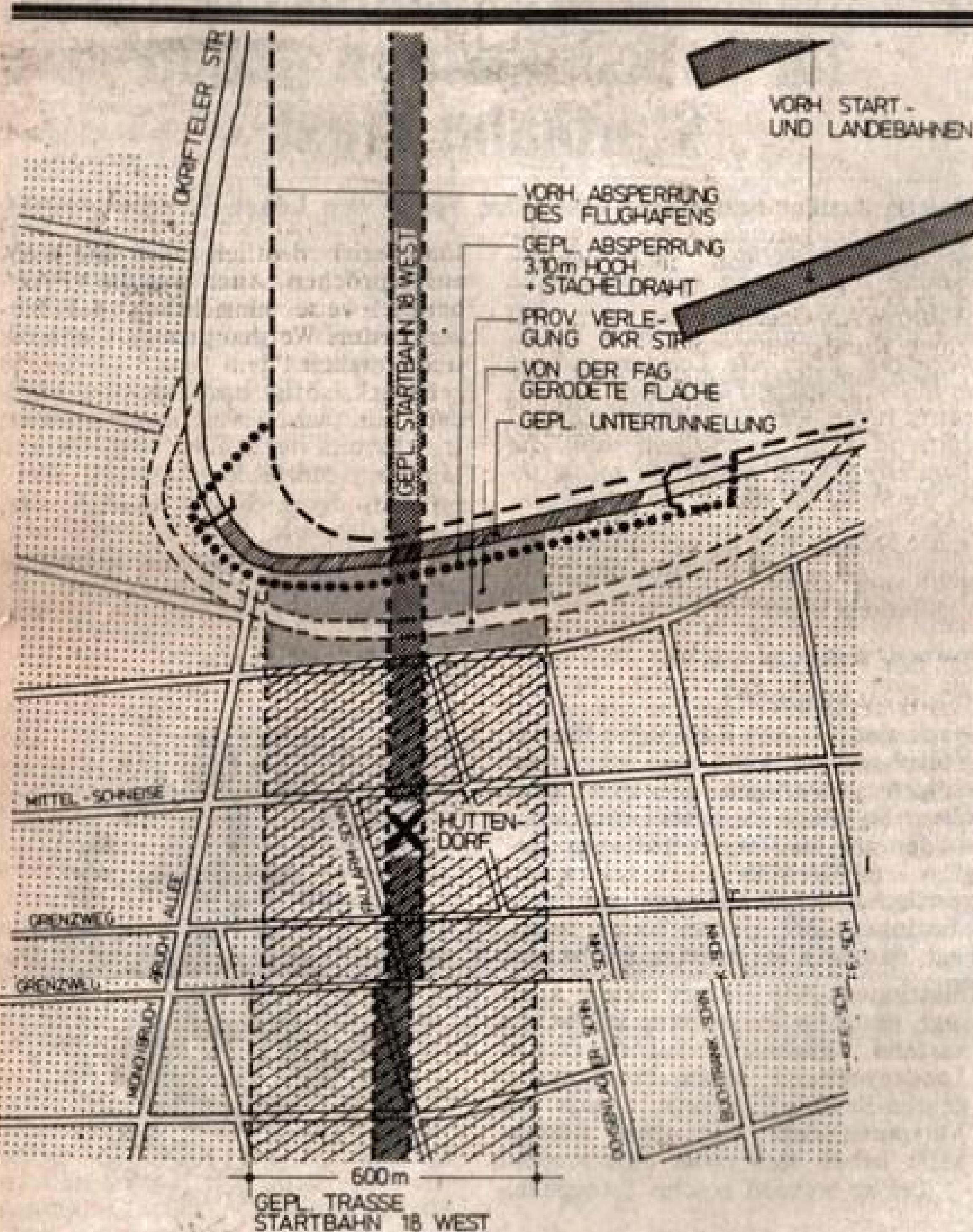
Fortsetzung nächste Seite

**Fortsetzung von letzter S.**

und Verschweigen des Unfalls sein könnte: *„Nach den ersten Nachforschungen stellte sich heraus, daß das Kerosin wahrscheinlich unter einer der beiden Startbahnen in die Erde gelaufen ist. Dies hätte zur Folge, daß die Betonpiste in dem betroffenen Bereich aufgerissen werden müßte – also eine schwerwiegende Beeinträchtigung des Flugverkehrs auf dem Airport."* Eine Ausgabe später (AK 193, S. 22, *„Nochmal: Was ist mit dem ausgelaufenen Kerosin ??"*) schrieben wir: *„Soll eine Grundwassergefährdung und möglicherweise sogar Trinkwasservergiftung in nahegelegenen Brunnen in Kauf genommen werden, nur um die Geschäfte der FAG nicht zu beeinträchtigen ? Oder will man unter allen Umständen vermeiden, angesichts der laufenden Auseinandersetzungen um die Flughafenerweiterung einen weiteren Öko-Konflikt aufbrechen zu lassen ? Das Schweigen über diese Angelegenheit ist mehr als seltsam !"*

**Heute steht einwandfrei fest: Das Ausmaß des Schadens wurde bewußt verschwiegen, um die eigentlich notwendige Stillegung einer der beiden Startbahnen des Flughafens zu umgehen.** Denn niemand kann erzählen, aus den Anzeigern der Treibstoff-Depots könne man nicht ablesen, daß derartige Riesenmengen auslaufen. Ebenso steht fest: Auf dem Startbahn-Hearing im Februar wurden von FAG, Landesregierung und korrumpierten „Gutachtern" alle Fragen nach der Umweltgefährdung durch den Frankfurter Flughafen beiseite gewischt, obwohl sie wissen mußten, welche Schweinerei dort ihren Lauf nimmt. Nicht weniger hart müssen die Frankfurter Stadtwerke angegriffen werden: Sie blockten jede Kritik der grünen Stadtverordneten an der Trinkwasserqualität ab, obwohl auch dort die Spitze sicherlich informiert war, daß möglicherweise noch viel schlimmere Gefahren drohen als die von den Ökologen angesprochenen.

Nun versuchen die Verantwortlichen damit zu beruhigen, daß sie behaupten, die laufenden Trinkwasseruntersuchungen hätten noch keine Verseuchung ergeben. Doch sie geben nach wie vor nicht einmal eine Schätzung davon an, wieviel Treibstoff tatsächlich versickert ist. Man kann sich denken warum. Möglicherweise ist das Ausmaß des Schadens s o g r o ß, daß niemand imstande ist zu sagen, wohin das versickerte Kerosin wandert, wann es auf Grundwasser stoßen wird, und welche Folgen dann eintreten. Vielleicht spekulieren die Verantwortlichen darauf, daß es zu diesem Zeitpunkt, der in einem Jahr, aber auch in zehn Jahren eintreten kann, ohnehin kein Trinkwasser aus Leitungshähnen mehr gibt ? Es ist zu hoffen, daß nun auch der letzte Skeptiker die Notwendigkeit des laufenden Volksbegehrens begreift, damit der nicht abreißenden Kette von Umweltverbrechen und Skandalen das Handwerk gelegt wird.




Diese Skizze verdeutlicht die erste, aktuell anstehende Baumaßnahme zur Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens um die Startbahn 18 West. Die am (jetzigen) Südrand des Flughafengeländes entlangführende Okriftelerstraße soll in einem Bogen umgeleitet werden und über das Gelände führen, das im Herbst letzten Jahres bereits gerodet worden ist. Gleich dahinter soll eine 3 m hohe Betonmauer errichtet werden, hinter der mit der Untertunnelung der Okriftelerstraße unter die zukünftige Startbahn begonnen werden soll.

Diese Baumaßnahme, mit der „vollendete Fakten" geschaffen werden würden, wirft gleichzeitig die Frage einer gewaltsamen Räumung des Waldhüttendorfes der Startbahngegner auf, das nur etwa 300 m von dieser Stelle entfernt ist. Daß die Landesregierung dazu entschlossen ist und die Polizei den „Tag X" bereits vorbereitet, hat Innenminister Gries in aller Offenheit angekündigt.

# Der Amoklauf geht weiter

Völlig überraschend meldete die „FR" am 3.7. ohne konkrete Quellenangabe aus „Wiesbaden", die Rodungsarbeiten im Flughafenwald würden „voraussichtlich in der zweiten Augusthälfte" beginnen. Anlaß zu dieser Meldung war ein Antwortschreiben der hessischen Staatskanzlei an die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren „Keine Startbahn West", in dem die Landesregierung noch einmal offiziell ein Moratorium für die Dauer des Volksbegehrens ablehnt. Dies wird wortwörtlich ebenso begründet, wie es Börner bereits am 22.6. vor dem Landtag vorgetragen hat: Das Volksbegehren sei „unzulässig" und die Landesregierung halte es daher „nicht für vertretbar", *„alle vorbereitenden Maßnahmen für die Durchführung des Planfeststellungsbeschlusses auszusetzen"* („FR", [illegible].7.81). Vor dem Landtag hatte [illegible]rner jedoch, wie schon oft zuvor, gesagt: *„Bei meiner Zusage, daß vor dem Herbst dieses Jahres keine Bäume für den Bau der Startbahn 18-West gefällt werden, bleibt es selbstverständlich"*. Diese Aussage fehlt in dem Brief der Staatskanzlei.

Was ebenso fehlt, ist die vor dem Landtag aufgestellte Behauptung Börners, die Landesregierung werde bei ihrer Ablehnung des Volksbegehrens *„durch einen namhaften Staatsrechtslehrer beraten"*. Letzteres wundert uns nicht: Bei dem, was hier bevorsteht, dürfte ein „namhafter" Professor seinen „Namen" schon recht bald verloren haben, wenn er Börner und Co. die Stange halten soll. Dem Ministerpräsidenten ist durchaus zuzutrauen, daß er selbst zig-mal wiederholte Versprechen bricht.

Wie dem auch sei: Eine Sommerpause findet für Startbahngegner ohnehin nicht statt.

# Woher kommt das Uran?

**Über tausend Menschen beteiligten sich am 27.6. an einer Demonstration gegen die Atomindustrie in Hanau (Nukem, Alkem), zu der die Bürgerinitiativen, die Grünen und der hessische BUND aufgerufen hatten. Der Protest richtete sich in erster Linie gegen den neuerrichteten Plutonium-Bunker, in dem bereits 400 kg des hochgiftigen Stoffes eingelagert sind – nuklearer Sprengstoff für 80 potentielle Atombomben oder Brennstoff für Schnelle Brüter. Der folgende Text ist einem KB-Flugblatt zu dieser Demo entnommen und macht auf einige weniger bekannte Aspekte des Atomgeschäfts aufmerksam.**

## Uran gegen Atomtechnologie

Seit langem weisen antiimperialistische Gruppen, vor allem die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), darauf hin, daß die BRD Uran aus Südafrika bezieht und auf diese Weise erheblich zur wirtschaftlichen und politischen Stützung des Rassisten-Regimes beiträgt. Im Gegenzug hat die BRD maßgeblich dazu beigetragen, Südafrika mit nuklearer Technologie und dem erforderlichen Know-How auszurüsten. So gab es Ende 1978 eine Debatte darüber, daß bundesdeutsche Firmen Südafrika Geräte lieferten, die zum Bau einer Urananreicherungsanlage benötigt werden, die eindeutig militärischen Zwecken dient. Die Bundesregierung dementierte eine atomare Zusammenarbeit – aber die Folgen sind mittlerweile längst eingetreten: Am 22.9.1979 zündete die Republik Südafrika (RSA) erstmals einen eigenen Atomsprengsatz.

Daß es sich trotz aller südafrikanischen „Dementis" tatsächlich um eine Kernwaffenexplosion gehandelt hat, geht aus einer Analyse der „Frankfurter Rundschau" vom 11.3. 80 klar hervor (Wissenschaftsseite: „Bisher hat sich der Satellit Vela noch niemals geirrt").

Selbst die „FAZ" (14.8.80) geht davon aus, daß Südafrika die A-Bombe „vermutlich schon hat", meint aber, „selbst eine Versuchsexplosion (sei) erst fällig, wenn sich das Land in einer verzweifelten Lage befände".

Inzwischen hat die RSA bereits einen zweiten Sprengsatz gezündet, was der Presse jedoch lediglich Meldungen von wenigen Zeilen wert war. was der Presse jedoch lediglich Meldungen von wenigen Zeilen wert war. Es ist keineswegs unbekannt, welche Art von Kernwaffen das südafrikanische Regime dabei verwandt hat. Es handelt sich dabei um eine 155-Millimeter-Artillerie-Granate mit atomarem Sprengkopf. Dieses NATO-Artillerie-System wurde auf vielfach verschlungenen Pfaden unter Beteiligung von Rüstungsfirmen mehrerer westlicher Länder nach Südafrika geliefert. Natürlich war auch die Bundesrepublik beteiligt, aus der eine Munitionsabfüllanlage der Firma Rheinmetall für dieses System importiert wurde (nach „Spiegel" 33/80, „Informationsdienst Südliches Afrika" – „isa" [illegible]/80 und „FR" v. 22.10.80).

[illegible] der atomare[illegible] Aufrüstung der Rassenfanatiker ist die BRD daher gleich in mehrfacher Hinsicht beteiligt. Dies sollte nicht vergessen werden, wenn von der „sauberen" und „billigen" Energiequelle Uran die [illegible] ist. Der Preis dafür ist u.a. die Ausstattung eines extrem reaktionären Regimes mit Massenvernichtungswaffen. Der Preis ist die blutige Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung im südlichen Afrika, die militärischen Überfälle auf Angola und Mozambique, die Verweigerung der Unabhängigkeit Namibias.

Wie eng die nukleare Zusammenarbeit BRD–Südafrika ist, zeigt sich am Ausmaß der Uran-Lieferungen: Nach offiziellen Angaben kommen rund 46 % der bundesdeutschen Importe aus Südafrika, der Löwenanteil davon aus Namibia (30 %). Dieser Anteil hat sich inzwischen bereits erhöht oder wird sich noch beträchtlich erhöhen, da Kanada und Australien wegen des bundesdeutschen Argentinien-Geschäfts (auch hier spielt die militärische Verwendbarkeit der gelieferten Nuklear-Anlagen eine entscheidende Rolle!) mit der Einstellung ihrer Uran-Exporte drohen.

In Kreisen des Bundeswirtschaftsministeriums und der Kernkraftbetreiber wird damit gerechnet, daß 60 bis 70 %, ja bis zu 90 % des in der BRD benötigten Urans dann aus dem südlichen Afrika kämen.

Gegen ausdrückliche UNO-Beschlüsse, die den Raub und die Weiterverarbeitung von Rohstoffen aus Namibia verbieten, wird dieses Uran in erster Linie in der Rössing-Mine in Namibia abgebaut. An der Errichtung dieser Anlage war die Firma Nukem aus Hanau beteiligt. Die Urangesellschaft mit Sitz in Frankfurt, die zu 2/3 in Staatseigentum ist, besitzt 25 % der Anteile der Rössing Uranium Ltd., die die Abbaurechte innehat. Obwohl dies von der Urangesellschaft dementiert wird, hat die Anti-Apartheid-Bewegung in jahrelangen Recherchen immer neue Beweise dafür ermittelt und diese Fakten auch dem UN-Rat für Namibia vorgetragen („isa" 8/80 – Anti-Apartheid-Bewegung, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1).

## Im Iran fliegt ein Geschäft auf

Im Iran fliegt ein Geschäft auf

Ein letzter überzeugender Beweis für die südafrikanisch-bundesdeutschen Geschäfte mit namibischem Uran kam dadurch zustande, daß nach dem Sturz des Schah-Regimes die neuen iranischen Politiker interessante Unterlagen in den Akten ihrer Vorgänger fanden.

Deutsche Firmen sollten ja Atomkraftwerke im Iran errichten und später auch die Brennelemente liefern. Über die entsprechenden Verträge unterrichteten die neuen iranischen Politiker auch die Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD. Daraus ergibt sich folgendes Bild (nach „isa" 8/80 und „Die Neue" v. 15.12.80; siehe auch Tabelle der AAB v. 15.7.80):

- Das Uran, das als Oxid ($U_3O_8$) in der Rössing-Mine abgebaut wird, wird in Großbritannien, Frankreich und in den USA zu Uranhexafluorid ($UF_6$) umgewandelt.
- Anschließend wird es in den USA und in der UdSSR angereichert. Für die Zukunft sind Anreicherungen auch in der von der BRD, Großbritannien und den Niederlanden geführten Anlage URENCO vorgesehen.
- Das angereicherte Uran wird hauptsächlich in der BRD, d.h. in Hanau, zu Brennelementen verarbeitet.

Für die iranischen Atomkraftwerke war z.B. folgende Brennsoffversorgung vorgesehen: *„Per Flugzeug gelangte Uranoxid von Windhoek nach Frankreich, von dort per Straße zur Weiterverarbeitung in Uran-Hexafluorid zur 'British Nuclear Fuels' in Springfield, Großbritannien. Mit der Bahn wurde das Material quer durch Europa zur Anreicherungsanlage der sowjetischen Firma 'Techsnabexport' in Moskau geliefert. Die Kraftwerksunion stapelt mittlerweile die ursprünglich für Busher/Iran bestimmten Brennstäbe in der Bundesrepublik: Sie erhielt das angereicherte Uran zur abschließenden Verarbeitung für den Iran aus der Sowjetunion"* („Neue" v. 15.2.80).

Uran aus Namibia, das in der UdSSR angereichert und in Hanau zu Brennelementen verarbeitet wird, wird z.B. in den AKWs Biblis B, Gundremmingen, Neckarwestheim, Grafenrheinfeld benutzt. Ebenfalls in Hanau werden die Brennstäbe für Stade, Würgassen, Unterweser, Grohnde produziert; hierbei findet die Anreicherung in den USA statt.

**Wir sind empört darüber, daß sich neben den westlichen Ländern, von denen man das ohnehin annimmt, auch die Sowjetunion an der illegalen Weiterverarbeitung von Rohstoffen aus Namibia beteiligt, da sie in der UNO verbal Sanktionen gegen Südafrika unterstützt. Dies ist ein Skandal, der die vor Jahren aufgeflogenen heimlichen Kupfer-Importe der DDR aus Chile an Tragweite noch übertrifft.**

## Hessen vorn?

Doch unvergleichlich stärker ist die

Hessen vorn?

Doch unvergleichlich stärker ist die Bonner Regierung in diese Geschäfte verwickelt, und auch die Wiesbadener Sozialliberalen trifft eine erhebliche Verantwortung. Wir wollen hier nicht die Spendenaffairen der FDP abhandeln und auch nicht die von der CDU vielleicht etwas zu laut und zu voreilig aufgeworfene Frage nach dem guten Ruf des ehemaligen hessischen Wirtschaftsministers Karry erörtern.

Es ist aber auffällig, daß in Hessen

**Fortsetzung nächste Seite**




Anti-Plutoniumlager-Demonstration 27.6.1981 von Hanau nach Hanau-Wolfgang

# Die Katze ist aus dem Sack: WAA soll nach Wethen!

**Das Rätselraten um den hessischen WAA-Standort ist vorbei! Am Vormittag des 9. Juni teilte die DWK mit, daß sie die geplante 350 Jato WAA ins nordhessische Wethen bauen wolle. Wethen ist ein Ortsteil von Diemelstadt und liegt nur 30 km nordwestlich von Kassel im Kreis Waldeck-Frankenberg an der nordrhein-westfälischen Landesgrenze.**

**Damit befindet sich der jetzt offiziell bekanntgegebene Standort für die Plutoniumfabrik nur knapp 10 km entfernt vom bisherigen „Tip Nr. 1", dem Iberg bei Volkmarsen. Das vorgesehene Gelände reicht sogar noch zu 20 % in die Gemarkung Volkmarsen hinein.**

**Unmittelbar nach Standortbekanntgabe stand nahezu die ganze Region Kopf. Noch am selben Abend fand eine spontane Demonstration mit weit über 3.000 Teilnehmern statt. In den darauffolgenden Tagen hagelte es Proteste und Ablehnungserklärungen von BI's, Parteien, Magistraten, Bürgermeistern, Bauern und Pfarrern.**

**Einziger Befürworter, der sich bisher hervorgetraut hat, ist der Landrat des Kreises Reccius – nach eigenen Angaben „parteifrei" – ein von Veranstaltern von SS-, Panzerdivisions- u.ä. Treffen im Arolsener Raum immer wieder gern gesehener Redner.**

### Börner will es wissen

Über ein Jahr hat sich das hessische Standortpoker hingezogen. Immer wieder wurde die Benennung von Standorten aufgeschoben. Lag es einmal an dem angeblich noch nicht vorliegenden „nuklearen Bundeskriterienkatalog", so wurde es beim nächsten Mal mit dem noch nicht erstellten nichtnuklearen, raumordnerischen und landschaftsplanerischen Landeskriterienkatalog begründet. Selbst als dieser schließlich vorlag, war die Landesregierung darauf bedacht, einen „politisch günstigen Zeitpunkt" abzuwarten. In der Zwischenzeit waren zahlreiche Orte Nordhessens durchgesickert, die für eine WAA angeblich infrage kämen, dabei war Volkmarsen seit einiger Zeit der Favorit. An jedem dieser Orte bildeten sich sehr schnell z.T. sehr große BI's gegen die WAA, so daß Nordhessen inzwischen mit einem Netz von BI's überzogen ist. In der SPD Nordhessens mehrten sich ebenfalls die Ablehner einer WAA, ebenso wie in Südhessen die Kritiker des Startbahn-West-Projektes.

Die jetzt erfolgte Standortbekanntgabe durch die DWK – kurz vor dem SPD-Sonderparteitag am 21.
Die jetzt erfolgte Standortbekanntgabe durch die DWK – kurz vor dem SPD-Sonderparteitag am 21.
Juni, auf dem Börner an die WAA und die Startbahn-West-Frage geknüpft die Vertrauensfrage stellte – erfolgte laut „Hessisch-Niedersächsische Allgemeine" (HNA) vom 11.6. *„auf Geheiß der hessischen Landesregierung"*.

Börner wollte es offensichtlich wissen und vor dem Parteitag klare Fronten schaffen.

Daß es sich jetzt nur um die Benennung von einem und nicht wie ursprünglich vorgesehen von mehreren zur Auswahl stehenden Standorten handelt, geht sicherlich auf das Kalkül der hessischen Landesregierung zurück, sich möglichst wenig Feinde zu machen. Es wäre vielleicht zu erwarten gewesen, daß ein etwas ruhigerer ost-hessischer Ort benannt würde; hiervor hatte jedoch schon die FAZ gewarnt: Es könne sich dann eine Haltung durchsetzen, daß man nur dagegen zu sein bräuchte, und schon sehe die Landesregierung davon ab, einem eine unliebsame Angelegenheit vor die Nase zu setzen.

### Wethen - ein "geeigneter" Standort?

Entsprechend dreist ist bei näherem Hinschauen auch der Vorschlag der DWK: Südlich des Standortes befindet sich ein Standortübungsplatz der Bundeswehr und nördlich davon eine Nato-Basis für Flugabwehrraketen. DWK Pressesprecher Marquard teilte dazu der dpa mit, der Ort sei "in voller Kenntnis" dieser Tatsache gewählt worden und: "Wir sehen darin kein Handicap." Ein Handicap ist für die DWK und die hessische Landesregierung ebenfalls nicht, daß im etwa 3 km entfernten Germete erst kürzlich gut zwei Millionen Mark für den Ausbau zum Kurort investiert wurden. Germete liegt schon in NRW und fällt somit aus der Beurteilung durch den Landeskriterienkatalog raus. Ebensowenig hat sich die DWK davon beeinträchtigen lassen, daß Diemelstadt selbst für seine 70.000 Besucher jährlich so etwas wie Kurortfunktion hat. Einheimische haben schon vorgeschlagen, den bisherigen Werbeslogans der Gemeinde: "nördliches Eingangstor des Ferienlandes Waldeck", "würzige Luft", "weite Wälder" (wovon übrigens einer der WAA zum Opfer fallen soll) und "liebliche Täler" noch "strahlende Zukunft" hinzuzufügen. Vorteilhaft ist der Standort für die DWK selber: Das Gelände liegt direkt an der A44 (Dortmund-Kassel). Die Nähe zu Warburg ermöglicht den Gleisanschluß an die DB Hauptstrecke Kassel–Warburg–Hagen. Das Gebiet befindet sich im Besitz des Landkreises, was eine Übernahme durch die DWK vereinfacht, da sich das Kreisparlament nicht gegen die WAA ausgesprochen hat.

Nicht zuletzt ist sich die DWK sehr sicher bzgl. Wethen. Gegenüber AP ließ sie verlauten: *"Eine Ablehnung aus sachlichen Gründen ist nicht möglich"* (nach "Neue Westfälische" vom 10.6.81). Zu denken geben sollte auch, daß das von der DWK beanspruchte Gelände fast dreimal so
vom 10.6.81). Zu denken geben sollte auch, daß das von der DWK beanspruchte Gelände fast dreimal so
groß ist, wie man es für eine 350 to Anlage benötigt. Erste Hinweise deuten darauf hin, daß die DWK für Wethen von vornherein eine 1400 Jato Anlage vorsieht.

### Ein feiner Landrat ist mit von der Partie

Zum örtlichen Fürsprecher hat sich unmittelbar nach Bekanntgabe des Standortes der "parteifreie" Landrat Dr. Karl-Hermann Reccius gemacht. Kaum hatte die DWK ihre Entscheidung mitgeteilt, begrüßte er sie auch schon mit den Worten: *"Es herrscht endlich Klarheit"* (Waldeckische Landeszeitung", ("WLZ") vom 10.6.). Er habe keine Befürchtung, daß eine WAA sich negativ auf den Fremdenverkehr auswirken werde, sondern erwarte eher das Gegenteil (nach "WLZ" 10.6.). Falls der Landrat damit auf auswärtige AKW-Gegner anspielt, dürfte er sogar recht haben. Reccius scheint es nun schon gar nicht mehr abwarten zu können, daß die WAA endlich gebaut wird. Er geht sogar davon aus, *"daß während des Genehmigungsverfahrens für die WAA eine 'kalte Anlage' errichtet wird, an der bereits Personal ausgebildet werde"* ("WLZ", 10.6.). Allerdings scheint er sehr genau zu wissen, was auf ihn als Landrat mit einer solchen Meinung zukommen kann. Deshalb appellierte er auch gleich an die Bevölkerung des Kreises, das Thema WAA nüchtern und leidenschaftslos zu behandeln *"und sich nicht von außenstehenden Unruhestiftern beeinflussen zu lassen."* (nach "Gießener Allg.", (GA), 10.6.). Reccius' Einsatz für die WAA ist denn auch von der Presse recht interessiert aufgenommen worden. Die "FAZ" vom 13.6. sprach ihm dafür sogar ihre Anerkennung als *"einer der wenigen, der den Mut hatte, den Zorn der Straße auf sich zu ziehen"* aus. Allerdings muß auch die "FAZ" zugeben, daß Reccius "redlicher Versuch" damit zu vergleichen ist, *„in einer vom Hochwasser überfluteten Stadt auf die Respektierung der Verkehrsampeln zu dringen."*
*einer vom Hochwasser überfluteten Stadt auf die Respektierung der Verkehrsampeln zu dringen."*
U.E. charakterisiert folgendes Zitat diesen feinen Landrat noch am besten: *"Die Gegner dieses Staates treten in mannigfacher Form und mit den verschiedensten Begründungen auf. Ob Hausbesetzer, Terroristen, Kernkraftgegner, Naturschützer, ob Bundeswehrreformer oder Bildungspolitiker, kein Gewand ist ihnen fremd oder zu schade"* (Dr. Reccius am 16.5.81 auf dem "Kameradschaftstreffen der ehemaligen Soldaten der Panzerdivision 'Großdeutschland' und 'Brandenburg' in Arolsen).




### Der Widerstand ist hellwach

Schon Tage vor der Bekanntgabe des Standortes befanden sich die Anti-WAA BI's des Kreises Waldeck Frankenberg gewissermaßen in den Startlöchern. Als die DWK schließlich ihre Entscheidung bekanntgab, wurde noch am selben Tag zu ein spontanen Protestdemonstration nach Diemelstadt aufgerufen. Trotz einer Mobilisierungszeit von nur wenigen Stunden, kamen am Abend weit über 3.000 WAA-Gegener zusammen. Auf einer Kundgebung sprachen Helmut Hirsch von der Ökologiegruppe Hannover, der Bürgermeister von Breuna (Nachbargemeinde von Diemelstadt) und ein Sprecher des seit 1 1/2 Jahren bestehenden Anti-Atom-Büros Diemelstadt. Außerdem überbrachte ein Sprecher der BI gegen die Startbahn West die Solidarität der Startbahn-West-Gegner und bat gleichfalls um Unterstützung des Volksbegehrens. Der Pfarrer von Wethen erklärte in seiner Rede, daß er nicht eimal an die Unfehlbarkeit des Papstes glaube, geschweige denn an die der Politiker. Unter großem Beifall machte er deutlich, daß fünf Finger eine Hand sind, gegebenenfalls aber auch eine Faust bilden können.

Ihre Mobilisierungsfähigkeit hatten die nordhessischen und ostwestfälischen BI's im März schon einmal unter Beweis gestellt, als sie mit etwa 10.000 Teilnehmern zwei Tage vor
fälischen BI's im März schon einmal unter Beweis gestellt, als sie mit etwa 10.000 Teilnehmern zwei Tage vor
den Kommunalwahlen eine Demonstration in Kassel machten. Mehrere der 30 BI's in dem Raum haben über 1.000 Mitglieder, nur sehr wenige unter 100. Die BI Warburg kam zur Kasseler Demonstration in einem Sonderzug mit allein schon über 2.000 Teilnehmern. Koordiniert werden die BI's über das Büro in Breuna. In Breuna zählt der Bürgermeister Hartmann (SPD) zu den WAA- und Börner-Gegnern. Insgesamt gibt es in und um Diemelstadt herum eine ganze Palette von Erklärungen und Beschlüssen gegen eine WAA. So hat sich in Warburg neben der BI auch der Rat der Stadt und ihr CDU-Bürgermeister dagegen ausgesprochen. In Diemelstadt selbst hat der Magistrat ebenfalls einen Beschluß gegen die WAA gefällt und Diemelstadts Bürgermeister Weishaupt erklärte, er wolle sich an den Beschluß des SPD Unterbezirks halten, der im Februar eine WAA "wegen der Unwägbarkeiten einer nuklearen Großanlage" ablehnte. In Kassel hat sich ebenfalls der SPD Unterbezirk deutlich gegen eine WAA ausgesprochen. Auch was die "FAZ" beispielsweise hinsichtlich des Bürgermeisters Weishaupt meint, er habe sich lediglich "dem Druck der Straße gebeugt", so ist das insgesamt trotzdem ein recht erfreuliches Zeichen.

### Überregionale Großdemonstration verschoben

Ursprünglich war geplant, spätestens drei Wochen nach Standortbekanntgabe eine mindestens landesweite Demonstration am Standort durchzuführen. Diese Absicht war auf mehreren hessischen Landeskonferenzen bekräftigt worden. Auf der Konferenz am Samstag nach Standortbenennung waren die BI's allerdings mit zwei Schwierigkeiten konfrontiert: Einmal war schon seit längerem für den 27.6., dem Tag an dem die Anti-WAA-Demo eigentlich hätte stattfinden müssen, eine landesweite Demonstration gegen die Plutoniumlagerung in Hanau geplant. Da das Problem der Pu-Lagerung in Hanau in der Anti-AKW-Bewegung noch absolut unterbelich-
gegen die Plutoniumlagerung in Hanau geplant. Da das Problem der Pu-Lagerung in Hanau in der Anti-AKW-Bewegung noch absolut unterbelich-
tet ist und eine Demo am selben Tag in Wethen magnetartig sicherlich auch die Südhessen angezogen hätte, wurde an der HANAU-DEMO festgehalten. Zum anderen steht gegenwärtig die Ernte auf den Feldern hoch und es wäre bei den beengten räumlichen Verhältnissen im Raum Diemelstadt zwangsläufig zu Ernteschäden gekommen, falls mehrere 10.000 AKW-Gegner eingetroffen wären. Frau/man einigte sich schließlich darauf, die geplante Demonstration zu verlegen und Ende August/Anfang September im bundesweiten Maßstab durchzuführen. Die Landwirte haben zugesagt, zu dem Zeitpunkt ein entsprechend großes Areal abgeerntet zu haben.

Im gleichen Zeitraum wird voraussichtlich die Entscheidung der Landesregierung über den Standort Wethen fallen.

**KB-Gruppe Marburg**

---

**Forts. von d. letzten S.**

beileibe nicht nur die Hanauer Nukem und die Frankfurter Urangesellschaft Geschäfte mit Südafrika treiben. Da ist z.B. die Ingenieurfirma Lurgi, die für die RSA strategisch bedeutsame Anlagen zur Benzin- und Gaserzeugung aus Kohle entwickelt hat (es gibt einen Ölboykott der arabischen Länder gegen Südafrika). Da sind vor allem auch die zahlreichen Abschreibungsfirmen mit ihren sog. „Verlust"-Investitionen in (Süd-)Afrika. Bekanntester Fall: Die OTRAG, die in Zusammenarbeit mit dem Apartheid-Regime in Afrika die Entwicklung von Billig-Raketen probt(e), mit ehemaligem Sitz in Neu-Isenburg. Hierbei werden westdeutschen Kapitalanlegern Steuern in Millionenhöhe erlassen, damit sie dazu beitragen, daß mörderische Kolonialregimes in Afrika mit Raketenwaffen ausgestattet werden.

Über all dies hält die hessische SPD/FDP-Regierung ihre schützende Hand, und sie sorgt sogar dafür, daß die Öffentlichkeit nichts davon erfährt. Umso mehr muß es uns darum gehen, alle Implikationen, die das Atomgeschäft mit sich bringt, bekannt zu machen und die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß der Weg in den Atomstaat – in unserem Interesse ind im Interesse der „Dritten Welt" – gestoppt werden muß!

---

# Aktion gegen die Lagerung des »Otto Hahn« Reaktor-Druckbehälter



Am 24.6.81 fand der Transport des Reaktordruckbehälters der „Otto Hahn" [atomgetriebenes Fracht- und Forschungsschiff — jetzt abgewrackt] vom Geesthachter Hafen zum Gelände der GKSS statt. Ca. 300 Umweltschützer beabsichtigten, durch einen spontanen Sitzstreik, den Transport zeitweise aufzuhalten und dadurch ihrem Protest Nachdruck zu verleihen.

Die inzwischen in der Öffentlichkeit diskutierten Befürchtungen der AKW-Gegner richteten sich gegen die beabsichtigte Endlagerung des Reaktordruckbehälters in Krümmel. Für den Reaktordruckbehälter wurde auf dem Gelände der GKSS ein ausbetoniertes Loch mit überdachter Lagerhalle geschaffen. Die Bedenken der Umweltschützer konnten durch die GKSS nicht entkräftet werden, da dort weder technische noch finanzielle Mittel für Forschungsvorhaben zur Verfügung stehen.

Mit einer, für Geesthachter Verhältnisse, bis daher nicht bekannten Brutalität, gingen 200—300 Polizisten gegen die Demonstranten vor.

Trotz des friedlichen Verhaltens der Demonstranten setzten die Polizisten Schlagstöcke ein und nahmen gezielte Festnahmen vor. Unter dauernder Gewaltanwendung trieb die Polizei die Demonstranten vor sich her. 20 Personen wurden vorläufig festgenommen und mehrere Stunden an einem geheimen Ort in Geesthacht festgehalten. Anwälte und Angehörige bekamen keine Auskunft über den Verbleib der Festgenommen.

Nachdem der Transport des Reaktordruckbehälters die Demonstranten passiert hatte, sammelten sich die Demonstranten und zogen gemeinsam zur Geesthachter Polizeiwache. Dort forderten sie die Freilassung der Inhaftierten. Gegen 23.30 Uhr, nach mehreren Stunden, wurden alle Festgenommenen freigelassen.

3 Mitglieder des Koordinationsausschusses zur Krümmel-Demo

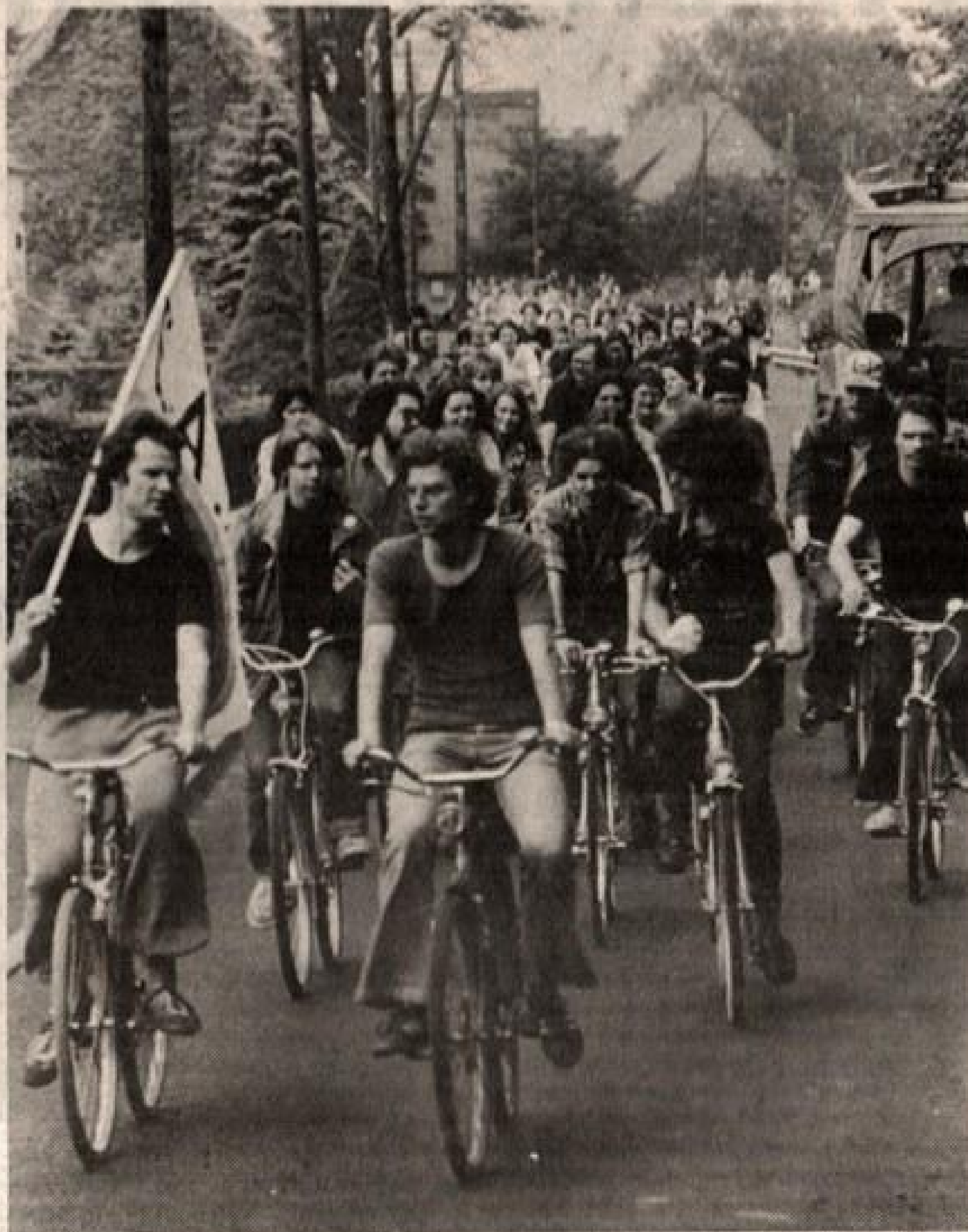
# 5.000 Demonstranten gegen das Krümmelmonster

Am 27.6. beteiligten sich 5000 Demonstranten an der Demonstration gegen das AKW Krümmel, zu der über 45 BIs und Organisationen aufgerufen hatten. Dies war die bisher größte Demonstration gegen die Inbetriebnahme des AKW. Seit dem 13. Mai war diese Demo vorbereitet worden. Die BIs sehen diese Demo als erfolgversprechenden Auftakt an für weitere Aktionen des Widerstandes — bis hin zu einer Groß-Demonstration gegen das AKW und die Atommülldeponie in Tesperhude-Grünhof im Herbst dieses Jahres (Zitat Pressemitteilung des Koordinationsausschusses nach der Demo vom 27.6.).

Begleitet wurde diese Demonstration mit den schon fast üblichen Auflagen von seiten der Behörden. So wurde die ursprüngliche Route — die am AKW vorbeiging — verboten. Es wurde der Demo-Leitung empfohlen, doch auf den Elbwiesen ca. 500 m vom AKW entfernt die Abschlußkundgebung abzuhalten. Diese „Empfehlung" wurde abgelehnt und man bestand darauf, die Kundgebung so nah wie möglich am AKW stattfinden zu lassen. In der Woche vor der Demo wurde dann die Befestigung des AKW verstärkt — so wurde ein Zaun vom AKW-Gelände quer über die Elbuferstraße gezogen. Um zu verhindern, daß Fahrzeuge bis an den Zaun vordringen können, war die Straße ca. 40 Meter davor durch Betonklötze versperrt worden.

Die Demo selbst wurde geprägt durch zahlreiche Fahrradfahrer. Von Bergedorf aus war eine ca. 600 Menschen starke Fahrraddemo nach Krümmel aufgebrochen. Unterwegs gab es dann zwei kleinere Zwischenfälle mit völlig unbelehrbaren Autofahrern, die aber die gute Stimmung nicht dämpfen konnten. In Geesthacht formierte sich der Zug der Demonstranten. In der Innenstadt wurde eine Zwischenkundgebung abgehalten, auf der auch ein Mitglied der BI Geesthacht sprach und die Ängste und Sorgen der Menschen in Geesthacht zum Ausdruck brachte.

Danach ging es dann mit Elan in Richtung AKW Krümmel. Die Abschlußkundgebung wurde direkt an der Absperrung durchgeführt. Hier wurde die Vielfältigkeit der Anti-AKW-Bewegung demonstriert. Während ein Teil der AKW-Gegner schnellstens dazu überging, den Zaun und die sich dahinter befindlichen Wasserwerfer zu bearbeiten, sahen andere interessiert dem Treiben zu und/oder griffen ein. Direkt daneben lauschten andere interessiert den Rednern.



Der offizielle Anmelder der Demo (Mitglied der BI Geesthacht) versuchte in seinem Sinne den Ablauf der Kundgebung zu bestimmen. Nachdem seine Aufrufe durch den Lautsprecher — das Gelände vor dem Zaun zu verlassen — keinen Erflog hatten, erklärte er kurzerhand die Kundgebung für beendet. Nicht nur, daß hier völlig selbstherrlich und ohne Diskussion mit den Vertretern der anderen BIs entschieden wurde. Nein, man wollte auch eine politische Distanzierung von den AKW-Gegnern am Zaun erreichen. Dieser Versuch wurde in einer kurzen Rede von einem Mitglied der BI Bergedorf zurückgewiesen. Er rief dazu auf, die Kundgebung wie geplant weiter fortzuführen, was dann auch geschah.

Daß die Kundgebung doch etwas früher enden mußte, lag an den Fortschritten, die am Zaun gemacht wurden. Gleichzeitig tauchten Zivilbullen mit Hunden am Rand der Kundgebung auf und in einer Seitenstraße formierten sich Hundertschaften, um der Demo den Rückweg abzuschneiden. Daraufhin entschloß man sich, geschlossen in Richtung Geesthacht abzuziehen.

Auf dieser von uns als Initialzündung verstandenen Demonstration hat sich gezeigt, daß es möglich ist, die verschiedenen Formen des Widerstandes unter „einen Hut" zu bekommen. In diesem Sinne werden wir weitermachen! (aus der Presseerklärung)

Dem ist nichts hinzuzufügen!

KB Bergedorf

# Aktion sauberes Frankfurt

Seit langer Zeit wurde in Frankfurt wieder mal ein Haus besetzt. Das auserwählte Objekt war der Musikantenweg 4, im Frankfurter Nordend. Dort zogen am 20. Juni um 3 Uhr nachts zwölf Besetzer ein. Gegen Mittag rückten dann 200 Helfer vom Flohmarkt und aus der Nachbarschaft an, um das Haus erstmal vom Müll zu säubern und zügig mit Streicharbeiten zu beginnen. Grund der Besetzung ist die katastrophale Wohnungsnot in Frankfurt, wo es für Wohngemeinschaften, kinderreiche Familien und Ausländer aussichtslos ist, eine Wohnung zu finden. Außerdem lehnten die Besetzer es ab, sich und ihre Wohnbedürfnisse Vermietern gegenüber zu verleugnen. Die Besetzer wollen sich Wohnbedingungen nicht länger von Immobilienhaien und Spekulanten diktieren lassen. Um für das Haus möglichst schnell einen Nutzungsvertrag zu kriegen, setzten sie sich mit ihrem Anwalt zusammen und schickten einen Entwurf für einen Nutzungsvertrag an das Züricher Postfach des Hausbesitzers. Dieser, A. Fränkel, läßt das Haus seit Januar 1978 verrotten. Zuvor hatte er dort noch 54 Ausländer einquartiert, um möglichst viel Geld rauszuholen, was die Behörden allerdings mit einer Schließung aus Hygienegründen beendeten. Danach gab es eine Reihe mysteriöser Wasserrohrbrüche. Das Haus verkam immer mehr zur Ruine, worüber sich die Nachbarschaft empörte.

Als im April 1980 19 Leute das Haus instandbesetzen wollten, hatte es A. Fränkel plötzlich sehr eilig; mit der Begründung, die Vandalen hätten sein Haus in Schutt und Asche gelegt, ließ er noch am gleichen Mittag räumen. Um sich den traurigen Anblick von Schutt und Asche zu ersparen, setzte sich der 76jährige in ein Schweizer Altersheim ab.

Am 22.6.81, morgens um 6 Uhr, wurden nun die neuen Besetzer sehr unsanft geweckt: Mit Äxten bewaffnet verschaffte sich die Polizei Zutritt in das Haus. Vorab jeglicher Verständigung mit dem Eigentümer wurde das Haus geräumt. Auf Hinweis des Rechtsanwaltes, daß dies völlig unrechtmäßig sei, antwortete Polizeipräsident Gemmer: *„Aus Erfahrung mit A. Fränkel wissen wir, daß er keine Besetzung duldet"* („FR", 23.6.81). Weiter meint Gemmer: *„Bei einer Gefahr für die Rechtsordnung sind wir nach eigenem Ermessen aufgefordert, die Gefahr zu beseitigen."* Mit dieser Begründung wurde jedoch nicht nur das Haus geräumt, sondern die Leute wurden auch noch in Polizeigewahr-
das Haus geräumt, sondern die Leute wurden auch noch in Polizeigewahr-
sam genommen und erkennungsdienstlich behandelt.

Da ist natürlich die Kriminalisierung auch nicht weit: Angeblich vorgefundene Steine in einem Rucksack und in Eimern sowie angeblich sichergestellte Steinschleudern, Totschläger und Motorradhelme müssen dazu herhalten, um ein Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch und Verstoß gegen das Waffengesetz einzuleiten. Aus Protest gegen die Räumung und Kriminalisierung demonstrierten am selben Abend ca. 250 Leute durchs Nordend, wobei Parolen gesprüht, Scheiben eingeworfen und angeblich Autos beschädigt wurden. Peinlicherweise wurde ein linkes Anwaltsbüro getroffen; außerdem fragen wir uns, ob die Auswahl von Einzelhandelsgeschäften sinnvoll war. Nach Angaben der Polizei sind die „bedauernswerten Beamten" wieder stark in Mitleidenschaft gezogen worden, nicht besser soll es ihren fahrbaren Untersätzen ergangen sein. Mit Knüppeln und Leuchtkugeln seien sie drangsaliert worden, worauf zwei Beamte dann schnell dabei waren, ihre Dienstwaffen zu ziehen. Zwei Frauen wurden festgenommen. Ihnen wird nun „Beschädigung von Kraftfahrzeugen" angehängt.

### „Die Wohnungsnot systematisch angehen ..."

will die Stadt Frankfurt, damit nicht noch mehr Leute auf die Idee kommen, Häuser zu besetzen, und damit Sympathien für Hausbesetzungen in der Bevölkerung keine Kreise ziehen.
So hat der Magistrat den Planungsdezernenten H. Küppers aufgefordert, den baulichen Zustand der leerstehenden Häuser zu ermitteln; weiter hofft man dann auf die Eigeninitiative der Hauseigentümer! So wurde auch A. Fränkel ein Modernisierungsvorschlag von der Stadt gemacht, beziffert auf eine halbe Million DM, wofür er natürlich auch öffentliche Gelder in Anspruch nehmen könnte. Fränkel sah sich dazu finanziell nicht in der Lage, woraufhin die Stadt sich nun überlegt, das Haus zu kaufen.

### Frankfurt den anständigen Deutschen!

In einem Artikel der „FAZ" vom 22.6. wird bejammert, daß in Frankfurt nun schon 130.000 Menschen ausländischer Nationalitäten leben, während die Deutschen (wohl die besserverdienenden) in den Taunus abwandern würden. Mit Schrecken sehen die Stadtväter Frankfurt schon als Ausländerstadt, die Deutschen würden weiter abnehmen, die Ausländer bei *„einem Geburtenüberschuß von 2.000 Ausländerkindern im Jahr"* an Zahl zunehmen. Diese Entwicklung muß natürlich schnellstens gestoppt werden. Nach Einschätzung Küppers' werde die Anzahl der Arbeitsplätze im produzierenden Bereich in Zukunft abnehmen, die im sogenannten tertiären Bereich (Banken, Versicherungen ...) — Arbeitsplätze für hochqualifizierte Leute — dagegen zunehmen. *„Diese Leute kommen in der Regel nicht aus dem Kreis der Gastarbeiter, und, was weiter zu bedenken ist, sie stellen meist hohe Ansprüche an den Wohn- und den*
*zu bedenken ist, sie stellen meist hohe Ansprüche an den Wohn- und den*
*Freizeitwert einer Stadt. Man müsse die Stadt eben 'sanieren, daß die Heide wackelt', folgert der Planungsdezernent."*

Die Frage, wo die Ausländer verbleiben sollen, wird in dem Artikel nicht beantwortet. Währenddessen schreiten die Stadtväter jedoch eilig voran, die Frankfurter Wohnverhältnisse den Ansprüchen der „deutschen Elite" (und natürlich denen der Haus- und Grundeigentümer!) anzupassen, wozu auch die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen gehört. Wer auf der Strecke bleibt, sind Ausländer, Arbeiterfamilien, kinderreiche Familien, Wohngemeinschaften ...

Zwei Frankfurter Genossinnen

# »Noch mehr Trecker als in Gorleben«




Am 19.6. fand in Wethen eine regionale Treckerdemonstration statt.

Schon Ende Januar hatte auf einer Veranstaltung in Volkmarsen ein Bauer aus dem Publikum die Wissenschaftler des ausschließlich mit Befürwortern besetzten Podiums unter Anspielung auf Gorleben gefragt: „Glauben Sie, daß es bei uns weniger Trecker gibt?" Leider blieben die Wissenschaftler hierauf bis heute eine Antwort schuldig. Folglich mußten die Bauern die Frage jetzt selbst beantworten: Mehr als 500 Traktoren behängt mit Transparenten kamen auf der Demonstration zusammen und es wurden mehr als 3000 Teilnehmer gezählt. Auf der Kundgebung nahe dem geplanten Standort forderten die Bauern „Mitspracherecht über die Landschaft" und sprachen sich zugleich gegen „den totalen Atomstaat" aus. In einer Resolution an die hessische Landesregierung kündigten sie an, „mit allen" ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die WAA Widerstand zu leisten.

## Nicht vergessen

Ein wichtiges Vorbereitungstreffen für die geplante Großaktion in Gorleben (s. AK 204) wird am 11. Juli ab 14 Uhr in Hannover, Jugendzentrum Kornstraße stattfinden (Kornstr. 3, Tel.: 0511/715032).

Nachdem am 29.6. zum erwarteten Baubeginn des Zwischenlagers bereits einige Hunderschaften aufmarschiert waren, machte im letzten Augenblick der Landkreis Lüchow-Dannenberg einen Rückzieher und erklärte, nun doch die gerichtliche Entscheidung über eine von Lüchow-Dannenbergern veranlaßte einstweilige Anordnung abwarten zu wollen. Ziel dieser kleine Atompause ist es, die aufgeheizte Stimmung im Landkreis ein wenig zu dämpfen.

Die Vermutungen, bis wann das Stader Verwaltungsgericht über die einstweilige Anordnung entschieden hat, schwanken zwischen 2 bis maximal 4 Wochen. Dies kann gewiß kein Grund sein, die angelaufenen Vorbereitungen für die Großaktion zu bremsen. Alles Nähere wird jedoch am 11.7. geklärt werden.

## 1000 gegen Atommüllager im Schacht Konrad und Asse II

Am 27.6. demonstrierten rund 1000 AKW-Gegner aus Braunschweig, Salzgitter, Wolfenbüttel und Wolfsburg in Salzgitter Bleckenstedt, 500 Meter vom Schacht Konrad entfernt und protestierten gegen das geplante Lager für radioaktive Stoffe und das atomare Endlager in Asse (Wolfenbüttel). Die Demonstration zog dann zum Rathaus in Salzgitter-Lebenstedt, vor dem ein 12 Meter hoher Holzturm (Schachtförderturm) aufgebaut wurde, der symbolisieren sollte, daß die Demonstranten den Ratsherren am liebsten gleich den ganzen Schacht vor die Tür gestellt hätten.

Für die BI Lüchow-Dannenberg berichtete Lilo Wollny auf der Abschlußkundgebung vom Kampf gegen „ihr" Atomlager.

Am 5.7. findet ein Nachbereitungstreffen statt, auf dem über das weitere Vorgehen nach diesem gelungenen Auftakt beraten werden soll.

Nach einem Bericht eines Wolfsburger Genossen

## Frankfurt

# Überfall auf Indercity

Am 20.6. abends um 23.00 Uhr überfielen ca. 30 bis 40 Leute mit Knüppeln und Molotow-Cocktails das besetzte Gelände des ehemaligen Eisenbahnausbesserungswerkes, „Indercity", im Frankfurter Stadtteil Nied (siehe AK 202). Dabei gab es mehrere Verletzte und zwei Autos wurden in Brand gesteckt. Glücklicherweise konnten die Angreifer abgewehrt werden, so daß nicht noch größere Schäden entstanden. Trotzdem hinterließen sie eine ganze Reihe von Verwüstungen.

Während die Polizei natürlich gleich von „unpolitischen" Jugendschlägereien sprach, erklärten die Besetzer, von Nazis überfallen worden zu sein. Die Polizeiversion wurde auch von so ziemlich der gesamten Nieder Jugend verbreitet. Danach seien am Abend des 19.6. vor der Gaststätte „Zum Rosengarten" neun oder zehn der Besetzer aufgetaucht und hätten ohne irgendeinen Grund drei „harmlose" Jugendliche mit Baseballschlägern zusammengeknüppelt. Einer dieser drei war gerade aus dem Krankenhaus gekommen und mußte auch gleich wieder eingeliefert werden. Daraufhin seien am nächsten Tag Leute aus mehreren Stadtteilen zusammengetrommelt worden, um einen „Gegenschlag" gegen „Indercity" zu führen.

Während sich die mehr oder weni-

## Jugendzentrum statt Ordnungsamt

In der niederrheinischen Kleinstadt Geldern (ca. 10 km östlich der niederländischen Grenze) haben ca. 20 Leute ein ehemaliges Ordnungsamt besetzt. Das Haus soll abgerissen und auf dem Gelände ein Supermarkt errichtet werden.

Mit ihrer Aktion wollen die Besetzer auf ihre Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum aufmerksam machen und außerdem das Haus erhalten. Wie der Stadtdirektor erklärte, soll das Haus abgerissen werden, unabhängig davon, ob eine Neubaugenehmigung vorliegt oder nicht. Diese ist erst für August/September in Sicht. Aus der Tatsache, daß ein Niederländer unter den Besetzern ist, konstruierte die Lokalpresse gleich eine „Kraaker-Invasion".

Der private Vermieter, dem das Haus gehört, hat bisher noch keine Erlaubnis zur Räumung erteilt, da er die Abbruchgenehmigung von der Bewilligung des Neubaus abhängig macht.

Ein AK-Leser aus Moers

# Bochum: Massenverhaftungen und Prügelorgie

Jetzt ist auch Bochums SPD-Oberbürgermeister auf der Suche nach dem Dialog mit der kritischen Jugend fündig geworden. Erst ließ er durch seine Bullen 130 Hausbesetzer festnehmen, und nur eine Woche später hetzte er sie erneut gegen Hausbesetzer und ließ den Knüppel sprechen. Diesmal hatte er nur das Pech, daß der WDR dabei war und über die Ereignisse so berichtete, wie sie sich tatsächlich abgespielt hatten. Am 26.6. versammelten sich etwa 500 Leute vor einer leerstehenden Fabrik an der Uni-Straße, um sie zu besetzen. „An der Fabrik angekommen, erwartete uns ein großes Polizeiaufgebot. Wir versammelten uns vor der Fabrik, um zu beratschlagen. Der FDP-Stadtrat Reneese teilte uns mit, daß der Oberstadtdirektor bald kommen würde. Während wir warteten, griff die Polizei fünf Leute aus unserer Mitte heraus und nahm sie fest. Als nach einer Stunde noch niemand gekommen war, beschlossen wir, gemeinsam zum Polizeipräsidium zu gehen, um auf die Freilassung der Festgenommenen zu drängen. Herr Reneese bestärkte uns in unserer Absicht und versprach, sein Möglichstes für die Freilassung zu tun. Am Präsidium angekommen, kam alles ganz anders als erwartet: Als die herbeigerufenen Anwälte sich nach dem Verbleib der Festgenommenen erkundigten, wurden sie kurzerhand vor die Tür gesetzt: aus polizeirechtlichen Gründen sei man nicht zur Auskunft verpflichtet. Damit kamen die Anwälte aus dem Präsidium heraus. Durch das Megafon wurde dieses ‚Ergebnis' bekanntgegeben. In diesem Augenblick stürmte ein Trupp Polizisten vor und schlug mit Knüppeln auf die Sprecherin und die nächststehenden Demonstranten ein. Dann trieben sie uns alle die Straße hinunter, wobei sie knüppelten und die chemische Keule auf uns abschossen. Wir hatten Angst und liefen die Straße Richtung Innenstadt hinunter. Im Blickfeld des WDR-Kamerateams ließ die Polizei von uns ab. Viele von uns hatten Augenverletzungen davongetragen, die wir im Schutze der Fernsehkamera notversorgen konnten. Doch es war nur eine kurze Atempause. Wenig später ‚griff' die Polizei wieder ein. Angst- und wuterfüllt flüchteten wir in die Innenstadt. Diejenigen, die von der Polizei eingeholt werden konnten, wurden zusammengeschlagen und festgenommen, selbst mit bereits Verletzten wurde genauso verfahren. Wir können nicht die Zahl der Festgenommenen oder Verletzten genau angeben, wir wissen aber, daß sich wenigstens vier von uns im Krankenhaus befinden". (Flugblatt der Hausbesetzer)

Diese auch vom WDR verbreitete Darstellung der Geschehnisse hat zwar bei der Polizei und dem Innenminister zu schärfsten Protesten geführt, hat aber auch gleichzeitig die verantwortlichen Politiker Bochums in arge Verlegenheit gebracht. Denn es war ja gerade erst eine Woche her, daß sich die Herrschaften den ersten Bolzen geleistet hatten. Völlig überraschend hatten sie eine von vielen Jugendlichen besetzte und zu einem Kulturzentrum hergerichtete Fabrik räumen und postwendend abreißen lassen. Dabei waren 130 Besetzer verhaftet worden.

Nun ist im Rathaus ein emsiges Treiben ausgebrochen, um den ruinierten Ruf wieder aufzupolieren. Krampfhaft wird darüber nachgedacht, wie am besten wieder an die Jugendlichen heranzukommen ist. Die Fortsetzung des Konfliktes ist allerdings schon vorprogrammiert. Am Tag nach der Prügelorgie gelang es den Jugendlichen doch noch, das Fabrikgebäude an der Uni-Straße zu besetzen und mit der Einrichtung eines autonomen Kulturzentrums zu beginnen. Prompt forderte die Stadt die Besetzer auf, das Gebäude bis zum 31. Juli zu räumen...

### Letzte Meldung:

Weil die von der Bewegung aufgestellten Forderungen *„Für ein autonomes Jugendzentrum"* und *„Zurücknahme aller Strafanträge und Ermittlungsverfahren"* nach wie vor nicht erfüllt sind, gingen am 4.7. zwischen 2.000 und 2.500 Menschen in Bochum auf die Straße.

Wohnungskommission

Fortsetzung von vorheriger Seite

ger fortschrittlichen Jugendlichen aus dem Nied mit der Version der unpolitischen Schlägerei begnügten, kam es bei anderen (darunter Nazis) zu einer richtigen Euphorie über diese Aktion. Endlich sei „den Kommunisten" mal eins ausgewischt worden. Eigentlich ist diese Euphorie schon fast als Pogromstimmung gegen WG's, Langhaarige, Kommunisten. Schon dadurch wird die Behauptung von einer „unpolitischen" Schlägerei sehr fragwürdig. Was aber bei einem Blick hinter die Kulissen alles auftaucht, w i d e r l e g t eindeutig diese Version:

Zunächst wurden nicht etwa „harmlose Jugendliche" verprügelt, sondern im Stadtteil bekannte und brutale Schläger, die ihren Treffpunkt im „Rosengarten" haben. Sie bekamen die Hucke auch nicht ohne Grund vollgehauen: Vorher wurden auf dem besetzten Gelände nämlich Scheiben eingeworfen. Die Täter konnten bis zum „Rosengarten" verfolgt werden (es war übrigens nicht das erste Mal, daß Leute auf dem Gelände provozierten. So waren z. B. an Ostern Rocker aufgetaucht und hatten ein Transparent angezündet). Daß bei den Auseinandersetzungen vor

Ostern Rocker aufgetaucht und hatten ein Transparent angezündet). Daß bei den Auseinandersetzungen vor
der Kneipe vielleicht auch „Unbeteiligte" was abbekamen, ist bedauerlich, aber aus der Situation heraus doch entschuldbar. Auf keinen Fall läßt sich n u r durch diesen Vorfall der äußerst brutale „Gegenschlag" gegen „Indercity" erklären oder gar rechtfertigen.

Vielmehr deutet alles darauf hin, daß für diese Aktion ein guter Vorwand gesucht, vielleicht sogar provoziert wurde.

Bereits Tage vor dem Überfall „besuchte" Dieter Sporleder sowie Helge Blasche die Nieder Besetzer, um, wie man heute getrost annehmen kann, das Gelände zu sondieren und die Situation auszubaldowern. Beide sind stadtbekannte Nazis, die den frankfurter Antifaschisten schon des öfteren übel aufgestoßen sind, ebenso wie Klaus-Peter Thomas (der im Nied wohnt) und Alfred Hagedorn, die bei dem Überfall identifiziert werden konnten (beide waren, wie auch Sporleder, bereits im Januar 1980 an der berüchtigten Nazi-Schlägerei an der Katharinenkirche beteiligt, damals unter Führung von Frank Schubert). Offenbar hatten Thomas und Alfred Hagedorn bei dem Angriff auf das „Freiland Indercity" führende Funktionen.

Auch wie die Aktion ausgeführt wurde, deutet auf trainierte führende Köpfe hin – oder seit wann basteln „normale" Schläger Mollies und greifen fast militärisch an?

Außerdem steht fest, daß nur die Rechtsradikalen einen Nutzen aus der ganzen Sache ziehen. Die jetzt auf einmal unter Nieder Jugendlichen hochkommende Stimmung ist der ideale Nährboden für Rassismus, Antikommunismus und, im Endeffekt, für den Neonazismus. Seit den Auseinandersetzungen nehmen im Nied die Pöbeleien gegen Linke oder Langhaarige schlagartig zu, ja, sogar normale Radfahrer/innen werden nachts als „Kommunistenschweine" beschimpft und bedroht.

Leider kann man/frau aber auch die Besetzer nicht von jeder Schuld für diese Stimmung „freisprechen". Hatten diese anfänglich noch eine ziemlich gute Öffentlichkeitsarbeit geleistet (siehe AK 202), so zogen sie sich in letzter Zeit immer mehr auf ihren engen Kreis zurück. Besucher wurden teilweise recht übel als „Wochenendtouristen" o. ä. angemacht oder bekamen die neuen „Besitzverhältnisse" recht eindrücklich klargemacht (was habt ihr denn hier zu suchen? Habt ihr dieses und jenes überhaupt mit uns abgesprochen etc.). Deshalb sind viele, die diese Erfahrungen machen mußten, nun auch für die Hetze empfänglich. Hinzu kommt noch, daß die früheren Provokationen gegen „Indercity" nie öffentlich gemacht wurden, so daß nun, wenn die Besetzer mal zurückschlagen, alle Welt meint, diese hätten den Stunk angefangen, wodurch sich instinktiv die Stimmung erstmal gegen sie wendet.

Hätten sich die „Indercity"-Leute nicht selbst so isoliert, und zwar nicht nur im Nied, sondern auch bei vielen Linken, dann wäre eine so fiese Stimmungsmache auch gar nicht möglich.

Inzwischen ist im Stadtteil auch allgemein bekannt, daß ein weiterer „Rachefeldzug" gegen die Besetzer geplant ist. Man habe, so verlautet aus Schlägerkreisen, beim ersten Mal „verloren". Allerdings sind ein paar Leute, die beim „ersten Mal" dabei waren, inzwischen ausgestiegen. Diese Leute hatten, wie andere auch, leichtgläubig mit draufgehauen, ohne den Hintergrund überhaupt zu kennen. Jetzt allerdings wird es ihnen zu heiß, daß Mollies gebaut werden und ganz unverholen die Parole umgeht: „Beim nächsten Mal gibt es Tote". Außerdem ist ihnen klargeworden, daß sich die „unpolitischen" Schläger jetzt ganz bewußt mit Nazis verbünden, mit denen die Leute, die ausgestiegen sind, nicht in einen Topf geworfen werden wollen.

Man/frau kann beim momentanen Stand der Dinge von folgendem aus-

geworfen werden wollen.

Man/frau kann beim momentanen Stand der Dinge von folgendem aus-
gehen: Die meisten der „Indercity"-Angreifer waren keine harten Nazis, sind aber zumindest „beeindruckt" von deren „Schlagkraft" und identifizieren sich mittlerweile teilweise mit deren Parolen („Scheiß-Kommunisten" etc.). Die Faschisten haben offensichtlich bereits eine Wühlarbeit im Stadtteil geleistet, deren Auswirkungen erst jetzt sichtbar werden, indem sich Jugendliche, die eigentlich unpolitisch sind, gemeinsam mit den Nazis brüsten, es den Linken mal gezeigt zu haben.

– So gibt es seit einigen Monaten eine HJ Nied, deren Gründer bzw. Anführer, Dieter Köllner und Klaus-Peter Thomas (s. o.), auf die Griesheimer Gesamtschule gehen, von welcher schon des öfteren über Naziumtriebe berichtet wurde.
– Nazischmiereien tauchen in letzter Zeit massiv auf, teilweise mit HJ-N unterzeichnet.
– Mitglieder der HJ-Nied provozieren seit einiger Zeit regelmäßig eine WG, indem sie nachts vor deren Fenstern Lieder gröhlen und in wildes „Heil"-Geschrei ausbrechen. Dabei ist gelegentlich auch mindestens einer beteiligt, der auch zur Schlägerszene im „Rosengarten" gehört.

Anscheinend versuchen die Neonazis in letzter Zeit verstärkt, in Rocker- und Schlägerkreise einzusickern und sich dadurch eine neue und vor allem schlagkräftige Anhängerschaft zu erschliessen. Solche Beispiele gibt es auch in Kronberg im Taunus, wo mehrere WSGler eine Rockergruppe für ihre Interessen einspannen konnten und sie gemeinsam alles, was nach „links" aussah, terrorisierten. Auch auf dem frankfurter Flohmarkt tauchten, im Zusammenhang mit der Bullenhatz auf alles, was „punkig" aussieht, seit längerer Zeit wieder mal Nazis auf – in Begleitung einer Rockerbande! Offensichtlich wollten sie sich als Ordnungsmacht profilieren.

Zu guter Letzt profitieren natürlich auch die Besitzer des Eisenbahnausbesserungswerkes von den Vorfällen im Nied. Entweder ziehen die Besetzer nämlich nach und nach von selbst aus, weil sie den Zoff nicht aushalten, oder die Bullizei nimmt die Schlägereien als Vorwand zur Räumung. Die Generalprobe dafür fand zwei Tage nach den erwähnten Ereignissen statt, als im Morgengrauen mehrere Hundertschaften aufgeboten wurden, um die Personalien von 23 (!) Besetzern festzustellen.

Es ist schon erstaunlich (oder auch nicht), wie ähnlich die Feindbilder von Nazis, Schlägern und Bullen sind.

KB/Gruppe Frankfurt



Vollversammlung der Jugendlichen, die für ein autonomes Zentrum eintreten, im Innenhof des Schauspielhauses



Grundlos und ohne Vorwarnung prügeln Bullen auf Demonstranten vorm Polizeipräsidium ein, als diese die Freilassung von Festgenommenen verlangen

# 3.000 beim Hausbesetzerfestival in Nürnberg

## Rock gegen § 129 (a)



Mit ca. 3000 Leuten, starker Musik von 12 Gruppen (von bundesweit bekannten wie Straßenjungs bis zu diversen Lokalmatadoren), dufter Stimmung, Demo mit 2000 Leuten zum Knast, Frisbeemeisterschaft, Lagerfeuerromantik und einigen Arbeitsgruppen, war das „internationale Hausbesetzerfestival" in Nürnberg (vom 26.-28.6.) eine schöne Sache.

Das wesentliche Ziel des Hausbesetzerfestivals war die politische und materielle Solidarität mit den seit über drei Monaten gefangenen Hausbesetzern der Roritzerstraße in Nürnberg. Außerdem sollte auf dem Festival nicht nur Musik laufen, sondern auch die inhaltliche Diskussion innerhalb der Häuserkampfbewegung geführt werden. Die Idee zu diesem Festival kam zustande,als bekannt wurde, daß die Stadt Nürnberg als Nachgeplänkel zum 5. März (dem Tag der Massenverhaftung) durch einen „Dialog mit der Jugend" wieder Brücken schlagen wollte, wobei prompt die Instandbesetzer vom „Dialog" wieder ausgeladen wurden. So ganz nebenbei wurden den Organisatioren des Festivals jede Menge Schwierigkeiten bei der Durchführung des Festivals gemacht. Das Nürnberger Ordnungsamt intervenierte bei der Stadt Fürth, wo-
macht. Das Nürnberger Ordnungsamt intervenierte bei der Stadt Fürth, wo-
rauf diese die vertraglich zugesicherte Bühne wieder zurückzog. Das Ergebnis waren Mehrkosten in Höhe von 8000 DM, die Wiese vor dem Knast wurde als Festivalgelände verboten usw.

Doch der Schuß ging für die Stadt nach hinten los: nach der Ausladung der Hausbesetzer sagten ihrerseits sämtliche Jugendverbände die Teilnahme an den von der Stadt geplanten Aktionstagen ab, die dann auch prompt nur in Form einer lahmen Musikveranstaltung ohne Masse und dem Dialog zwischen einigen Berufsjugendlichen, d.h. einigen Sozialarbeitern, unter sich stattfand.

Das Ziel des Hausbesetzerfestivals, Geld zu sammeln für die anstehenden Prozesse, besonders für die § 129 Beschuldigten, wurde voll erreicht: runde 10.000 Mark und gleich nach Beendigung des Festivals eine Spende von etwa 13.000 Mark (günstig für die Abrechnung) sind ein gutes Polster für die nächsten Gerichtsrunden.

Im Nürnberger Knast sitzen seit über einem Vierteljahr 8 Instandbesetzer ein, 2 weitere Nürnberger befinden sich in anderen bayrischen Knästen (einer davon führte über 40 Tage lang einen Hungerstreik durch). Sechs andere, die bei der gleichen Gelegenheit (Hausräumung Roritzerstraße) verhaftet wurden, sind zwar entlassen worden. Aber gegen sie alle, sowie gegen 3 Räumungszuschauertäter, wird wegen der Bildung bzw. Unterstützung einer „Kriminellen Vereinigung" ermittelt. Die Inhaftierten sind in Einzelhaft und haben (außer ihren Eltern) Besuchssperre.

Da das Festival ursprünglich so angelegt war, daß die Eingeknasteten auch Musik hören sollten, dies aufgrund des Verbots der Knastwiese nicht möglich war, waren die Festivalbesucher direkt genötigt, eine Demo zum Knast zu machen, um den Knackis zu zeigen, daß sie nicht vergessen sind.

### Aktion Bunter Knast

Leider war es wegen der hektischen Festivalvorbereitung nicht möglich, eine Demo von vornherein zum festen Bestandteil des Festivals zu machen, für die in Nürnberg sicherlich auch noch andere Kräfte außerhalb der engeren Hausbesetzerszene mobilisiert hätten. So wurde es halt eine „Spontandemo" als die Stimmung nach CHECKPOINT CHARLY Samstag Nacht auf dem Höhepunkt war. Knapp 2000 Leute machten sich auf den Weg zum nahegelegenen Knast, dessen Außenmauern mit bunten Parolen verschönert wurden, und
dessen Außenmauern mit bunten Parolen verschönert wurden, und
eine Überwachungskamera am Ausgang wurde heruntergeholt. Ein paar Bullenwagen wurden unsanft behandelt, wobei bei einem prompt das Blaulicht herunterfiel. Dem schnellen und chaotischen Zug fielen noch einige Scheiben zum Opfer, Vorwand genug für die Bullen, zum Teil wüst auf die Demonstranten einzuprügeln. Neun Leute wurden verhaftet, einer davon sitzt immer noch. Ein Zwischenfall am Rande: die aufgebrachte Volksseele in Form eines Taxifahrers, der mit Vollgas in die Menge fuhr, kam auch zum Zug.

Diese nächtliche Demonstration in Nürnberg ist nicht unumstritten, da sie für die Staatsgewalt eine gute Möglichkeit bot, weitere Instandbesetzer zu kriminalisieren und weil sie im wesentlichen von der Militanz auswärtiger Häuserkämpfer getragen war,die zumindest der Nürnberger Situation nicht unbedingt Rechnung trägt

### Gegen die Kriminalisierung der Häuserkampfbewegung

Der inhaltliche Teil des Festivals, der in zwei Arbeitsgruppen lief, war recht mäßig besucht. In der AG Amnestie konnten außer Nürnbergern keine Leute aus anderen Städten von Ansätzen einer derartigen Amnestiekampagne berichten, da anscheinend außer dem Vorstoß der AL in Westberlin noch keinerlei entwickelte Überlegungen bestehen, die Amnestieforderung für Häuserkämpfer und Sympis zu stellen. Auch die Nürnberger Initiative hat sich erst nach wochenlangem Zögern dazu entschlossen, den Amnestieaufruf zu verbreiten. In der Szene ist der Aufruf umstritten, so recht begeistern kann sich niemand. Entscheidend für eine Amnestiekampagne in Bayern kann sowieso nur sein,wie hoch der Grad der Öffentlichkeit ist, der damit hergestellt werden kann, denn an eine echte Amnestie ist nicht zu denken. Die müßte immerhin von STRAUSS unterschrieben werden, und wer glaubt ernsthaft dran?...

Die Nürnberger Amnestie-Initiative versteht sich als Anstoß und nicht als Ergebnis einer Instandbesetzerpolitik. Hierüber wären auch noch bundesweite Zusammenhänge herzustellen.

In der **AG zum § 129 (a)** wurden Berichte über die Kriminalisierung von Häuserkämpfern aus den verschiedensten Städten gegeben. Es wurde festgestellt, daß die Staatsgewalt zwar überall versucht, die Bewegung zu zerschlagen, daß sie aber in den verschiedensten Städten noch recht unterschiedlich vorgeht, vor allem, was derzeit die Anwendung
recht unterschiedlich vorgeht, vor allem, was derzeit die Anwendung
des § 129 (a) betrifft.

Ergebnis dieser eindrucksvollen Berichte war eine Stimmung, gegen die sich verstärkende Kriminalisierung der Instandbesetzer gezielter vorzugehen, denn die Anwendung des § 129 bedeutet eine neue Qualität staatlicher Repression.

So wurde vorgeschlagen, die überregionale Diskussion über Gegenstrategien zur Kriminalisierung auszubauen und speziell gegen den § 129 eine bundesweite Kampagne anzuleiern. Voraussetzung dafür ist aber ein genauer Überblick über die Kriminalisierung durch den § 129. Es wurde festgestellt, daß noch nicht mal in allen Städten kontinuierlich Ermittlungsausschüsse arbeiten, dies ist bundesweit anzustreben. Über die lokalen Dokumentationen und Broschüren hinaus wäre eine zentrale Doku zum § 129 eine gute Voraussetzung für die bundesweite Kampagne gegen den 129er, die in lokalen Aktionstagen aber auch in Form von zentralen Aktionen angepackt werden könnte. Voraussetzung für eine zentrale Doku ist, daß überall Berichte dazu verfaßt werden. Sie können geschickt werden an: **Wolfgang Gröner, Sulzbacherstr. 45, 8500 Nürnberg.** Später sollte sich, so der Vorschlag, ein bundesweiter Ausschuß zur Erstellung der Doku bilden.

Das Hausbesetzerfestival in Nürnberg endete am Sonntag,den 28.6. abends mit der Ankündigung, daß bereits die Vorbereitungen für ein zweites, vielleicht größeres Festival im Herbst laufen, da davon ausgegangen wird, daß bis dahin längst nicht alle Häuserkämpfer aus dem Knast sind.

### Nürnberg nach dem großen Schlag - Das juristische Nachspiel

Vier Monate nach den Massenverhaftungen von Nürnberg hat die Staatsanwaltschaft jetzt Anklage gegen 82 der 141 Festgenommenen erhoben. Dabei erdreistet sie sich nicht nur, den Anschein zu erwecken, allein bei einer „gewalttätigen" Demo dabei zu sein, sei schwerer Landfriedensbruch. Das würde nämlich zuerst die Wiedereinführung des alten Landfriedensbruchparagrafen erfordern. Sondern sie stellt die restlichen 59 Personen, gegen die nicht Anklage erhoben wird, auch als Straftäter dar, gegen die nur deshalb nicht Anklage erhoben wird, weil die Betroffenen *„trotz fortbestehenden Tatverdachts nicht mit der für eine Anklage ausreichenden Sicherheit überführt werden konnten."*

Hier geht es nicht mehr um Recht und Gerechtigkeit, sondern um die nachträglich auch durch die Justiz zu untermauernde Rechtfertigung der breit kritisierten Massenverhaftung gegenüber der Öffentlichkeit.

Der Ablauf der Prozesse,die jetzt möglicherweise in der Sommerpause durchgezogen werden sollen, läßt das Schlimmste befürchten. In einem „Vorprozeß" wurde bereits eine Entlastungszeugin wegen angeblichen Meineids verurteilt, aufgrund der Aussage eines Spitzels, der selbst nicht auftreten durfte, weil sonst die Interessen des Freistaats und der BRD gefährdet seien. Zeugen der Verteidigung wurde angedroht, sie umgehend im Gerichtssaal verhaften zu lassen, was bei einem anderen Demo-Prozeß auch praktiziert wurde. Wir können nur hoffen, daß sich nicht alle Zeugen einschüchtern lassen.

Freiheit für alle, sonst gibts Krawalle.

**Gen. aus Nürnberg**

# Haus soll einer LKW-Einfahrt weichen

## Presseerklärung

Seit Freitag, den 5.6. ist in Neumünster ein Haus besetzt. Nachdem sich der Besitzer in der ersten Phase verhandlungsbereit zeigte, stellte sich jetzt heraus, daß er an seinen Abrißplänen festhält und die Besetzer lieber heute als morgen draußen sähe. Die Polizei wurde bisher nicht eingeschaltet.

Das liegt zum einen sicherlich an der Taktik der Polizeiführung in Neumünster, zum anderen aber auch an der Reaktion der Nachbarn, die sich zum größten Teil mehr oder weniger offen auf die Seite der Besetzer stellen, was sich durch Besuche, Gespräche und Spenden zeigt.

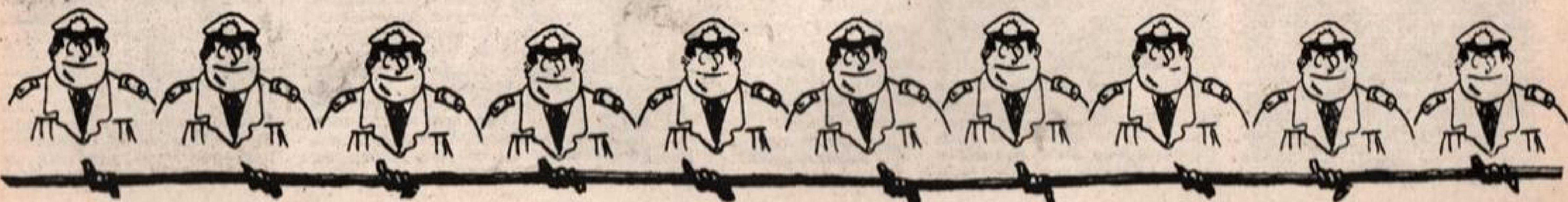
Das Haus gehört zu einer benachbarten Tuchfabrik und soll seit vier Jahren einer LKW-Einfahrt weichen. Seit kurzem soll an dieser Stelle auch eine unterirdische Wasseraufbereitungsanlage entstehen, denn nur für die LKW-Einfahrt gibt es keine Abrißgenehmigung.

Nachdem das Haus von uns besetzt wurde, machte der Besitzer am folgenden Morgen das Angebot, einen Nutzungsvertrag abzuschließen. Als mündliche Verhandlungen aber zu keinem Ergebnis führten und die Besetzer einen Mietvertragsvorschlag anboten, schickte Herr Sager, der Gesellschafter der Firma Sager & Söhne & Co., einen Gegenvorschlag, wonach die Bewohner unter anderem am 31.10. wieder raus müssen, Brandschutzversicherung selbst zu tragen haben und keine Transparente oder ähnliches raushängen dürfen. Von diesem Vorschlag ist er bisher nicht abgewichen.

Nachdem in den ersten Tagen die gröbsten Spuren vierjähriger Verwahrlosung beseitigt wurden, geht es nun daran, die Räume wohnlich zu gestalten.

Langfristig wird von den Besetzern die Möglichkeit gesehen, durch das Instandsetzen des Hauses und dem Nachweis, daß eine Wasseraufbereitungsanlage an andere Stellen gesetzt werden könnte, den Abriß zu verhindern. Wir wollen das Haus zum einen bewohnen und zum anderen eine Begegnungsstätte für Besetzer, Nachbarn etc. schaffen.

Mit abrißfeindlichen Grüßen
die Besetzer, 21.6.81





# Weizsäcker probt die Massenräumungen

Mit Räumungen, Durchsuchungen, Massenfestnahmen und Polizeiknüppel hat sich der neue West-Berliner CDU-Senat unter Richard von Weizäcker bereits zwei Wochen nach Übernahme der Regierungsgeschäfte entsprechend verhaßt gemacht. Dieser Senat setzt auf volle Konfrontation zu den Instandbesetzern samt Umfeld. Dazu gehört auch, daß der CDU-Fraktionschef Diepgen erst vor kurzem *„Nutzungsverträge mit Hausbesetzern über besetzte Häuser ausgeschlossen"* hat (Tagesspiegel, TSP, 26.6.81).

Der Regierende Bürgermeister ergänzte, wenn *„die Voraussetzungen wie Strafanträge und Nutzungskonzept vorlägen, werde auch geräumt"* (ebd.).

Und diese „Voraussetzungen" werden nach und nach bei allen besetzten Häusern geschaffen werden. Im Klartext bedeutet das die Räumung a l l e r Häuser. Zur Zeit leben rund 1.500 Instandbesetzer/innen in den über 160 besetzten Häusern.

Dabei scheinen die Verantwortlichen zumindest in Kauf zu nehmen, daß sie Teile der Besetzerbewegung mit der praktizierten Räumungs-, Knüppel- und Kriminalisierungspolitik in den „Untergrund" abdrängen. Schon jetzt sind nicht nur für Springers „Bild" *„Straßenterroristen"* am Werk. Die „Berliner Abendschau" – eine vielgesehene Fernsehsendung über lokale Ereignisse des Tages – sprach am 26.6. gar von *„ca. 500 Stadtguerillas"* im Zusammenhang mit den jüngsten Auseinandersetzungen.

## Die Fortsetzung der „weichen Linie"

Tatsache ist, daß die jüngsten Auseinandersetzungen von der CDU bewußt gewollt sind und ihre Ursachen im „täglichen Terror" gegen die besetzten Häuser haben.

So wurden allein in den zehn Tagen vor dem 25.6. zehn Häuser „durchsucht" und zwei geräumt, die anschließend unbewohnbar gemacht bzw. abgerissen wurden. Am 18.6. waren im Verlauf eines vormittags fünf Häuser zugleich „durchsucht" worden... Die Vorwände für die „Durchsuchungen", bei denen die Besetzer in aller Regel „erkennungsdienstlich behandelt" und/oder vorübergehend festgenommen werden, sind immer dieselben: *„Verdacht auf Stromdiebstahl"* oder *„Gefahr im Verzuge"*. Neu ist die Variante *„Verdacht auf bauliche Veränderungen des Hauses"*.



So, wie im folgenden geschildert, sieht es in aller Regel in den instandbesetzten Häusern aus, wenn die Ordnungshüter „durchsucht" haben: *„Katzenstreu und Blumenerde wurden auf die Teppiche und Betten zerstreut, Kleider zerschnitten, Bongos und Lautsprecher zerstochen, Zahnpasta in Bürsten geschmiert, Tampons in Blumenvasen deponiert, Pflanzen teils abgerissen, teils mit Essig übergossen, Lackfarbe über Fensterglas gekippt, die Fahrräder von Mietern und Besetzern gründlich zerstört, ein Schornstein zerschlagen und elektrische Leitungen zerschnippelt. Den Besetzern fehlen Kameras, Videofilme und Geld"* (TAZ, 19.6.81).

Am 22.6. wurde dann ein Haus in der Mittenwalderstraße geräumt und anschließend unbewohnbar gemacht. Als nur noch Wachschutzleute im Haus waren, fing es dort gegen 15.30 Uhr zu brennen an. Wie sich später herausstellte, war das Feuer mit den noch nicht abgeholten Einrichtungsgegenständen der Besetzer entfacht worden. *„Gegen Eindringlinge ist das Haus übrigens gut gesichert: Eine zwei Meter hohe Bretterwand wurde auf die bereits zwei Meter hohe Mauer, die den Hof nach hinten begrenzt, aufgesetzt, Paterre und erster Stock sind zugemauert"* (TAZ, 24.6.81). In demselben Haus hat es vor ungefähr einem Jahr schon einmal gebrannt, als nämlich die letzten Mieter die angestrebte „Luxusmodernisierung" durch ihren Verbleib behinderten.

Am selben Tag wurden drei weitere Häuser „durchsucht", darunter der „Kukuk" (Kunst und Kulturzentrum), ein von der Bewegung insgesamt getragenes Projekt, in dem Besetzerratstreffen, Theateraufführungen, Feste etc. stattfinden.

## Räumungen werden nicht widerstandslos hingenommen

Gegen die Räumung des Hauses Mittenwalderstraße 45 protestierte u.a. auch der Kreuzberger Superintendent der ev. Kirche. *„Roth sagte, das Gebäude sei eines der am besten erhaltenen in der Straße und mit geringem Aufwand instandzusetzen. Wenn es nun ‚luxusmodernisiert' werde, sei dies ein ‚eklatanter Beweis dafür, daß der Senat in der Sanierungspolitik ohne jegliches befriedigendes Konzept vorgeht'"* (TSP, 23.6.).

Als Reaktion auf die Räumungen, aber auch auf die Bestätigung zweier Urteile von 14 Monaten ohne Bewährung in der zweiten Instanz, sollte am Abend eine Demonstration in Schöneberg stattfinden. Von starken Poli-

rung in der zweiten Instanz, sollte am Abend eine Demonstration in Schöneberg stattfinden. Von starken Poli-

zeikräften wurde von Anfang an versucht, diese Demonstration zu verhindern. Als ca. 500 Demonstranten am Nollendorfplatz herumstanden, griff die Polizei ohne ersichtlichen Grund an.

Im Laufe der Auseinandersetzungen wurden einige Barrikaden gebaut, auch sollen laut offiziellen Angaben fünfzig Scheiben zu Bruch gegangen sein, insgesamt aber fand da doch eher ein Bürgerkriegsmanöver der Polizei statt, die ca. 1500 Beamte im Einsatz hatte: *„Gegen 0.45 Uhr bemerkte ich, daß sich aus der Richtung Pallasstraße eine Polizeikette in Richtung Bülowstraße bewegte und alle Leute auf der Straße, Anwohner, Freier* (die Potsdamerstraße ist Strichgebiet – Anmerk. AK) *und Demonstranten. vor sich ‚hertrieb'. Leute, die sich in Hauseingängen zu verstecken versuchten, wurden herausgeprügelt. Eine Kneipe, in der sich hauptsächlich Ausländer aufhielten, wurde geräumt. So waren gegen 1.00 Uhr nach meiner Schätzung etwa 70 Leute Ecke Potsdamer/ Bülowstraße von zwei Bullenketten eingekesselt, darunter 14 Sanitäter"* (aus einem Gedächtnisprotokoll eines Sanitäters).

Zum Schutze der Eingekesselten bildeten die deutlich gekennzeichneten Sanitäter aus den autonomen Sanitätsgruppen eine Kette zwischen der Polizei und den Passanten/Demonstranten. Daß unter den auf der Straße festgehaltenen Menschen keine Panik ausbrauch, war lediglich deren Besonnenheit zu verdanken. Dank schnell anwesender Presse kam es nicht zu größeren Prügelorgien der Polizei.

Gegen 2.30 Uhr wurden alle Eingekesselten einschließlich der Sanitäter in Gefangenentransporter der Polizei verladen und teils auf Polizeireviere verschleppt, teils – wenn diese überfüllt waren– in den Mannschaftswagen stundenlang durch die Gegend gefahren: *„Wir wurden in die Polizeikaserne in der Eiswaldstraße* (liegt in einem Randbezirk Westberlins – Anm. AK) *gebracht. Hier wurden erneut die Personalausweise eingesammelt und wir – ca 30-40 Leute in einem Gefangenentransporter – mussten warten. Anschließend wurden die ersten vier von uns entlassen"*(aus einem Betroffenenbericht).

Auseinandersetzungen gab es in dieser Nacht auch in Kreuzberg.

## Öffentlichkeit stört

Mehrfach ging die Polizei bei Auseinandersetzungen der letzten Zeit gegen Journalisten vor. So wurde beispielweise ein „TAZ"-Reporter bei den Auseinandersetzungen um den Winterfeldplatz (siehe AK 202) krankenhausreif geschlagen.

Auch an diesem und den folgenden Tagen waren die Pressevertreter Opfer polizeilicher Maßnahmen: *„Im Verlauf der Auseinandersetzungen drohte nach Berichten von Augenzeugen sogar ein Einsatzleiter der Polizei dem Reuter-Korrespondenten die Festnahme an, der die Durchsuchung einer Demonstrantengruppe beobachtete. Bei der Durchsuchung hatten Beamte in der Potsdamerstrasse gestellte Personen getreten. Der Reporter wurde schließlich von drei Beamten des Einsatzkommandos gewaltsam entfernt"* (Neue, 24.6.81). Zwei Tage später wurde einem Tagesspiegelredakteur von einem Bullen angedroht: *„‚Soll ich Ihnen ihre Brillengläser in die Augen drücken?' "* (TSP, 27.6.81)

angedroht: „‚Soll ich Ihnen ihre Brillengläser in die Augen drücken?' " (TSP, 27.6.81)

Dieses Vorgehen der Polizei scheint Sympathien bis hinauf zum Regierenden Bürgermeister zu haben. „Er sei der Ansicht, sagte der Regierende Bürgermeister, daß eine Verschärfung der Situation entstehe, wenn die Polizei am Ort des Geschehens bereits von der Presse empfangen werde" (TSP, 24.6.).

Insgesamt wurden in der Nacht auf den 23. Juni 173 Personen festgenommen. Ebenso gab es unter den Demonstranten und Passanten zahlreiche Verletzte. *„Uns sind mindestens 35 Verletzungen bekannt, die von Kopfplatzwunden bis zu einem Sehnenabriß reichen. Dazu ist zu bemerken, daß diese Verletzungen zum größten Teil nicht aus gewaltsamen Auseinandersetzungen resultieren, die von Demonstranten oder angeblichen ‚Störern' ausgegangen sind, sondern daß diese Personen sich beim Zusammentreffen mit Polizisten völlig friedlich verhalten haben oder versucht haben, sich vor den willkürlich losknüppelnden Beamten in Sicherheit zu bringen"* (aus der Presseerklärung des Ermittlungsausschusses vom 29.6.81).

So wurde z.B. einem, der unter einem Auto Schutz vor den Bullen suchte, derart mit einem Holzknüppel auf ein Bein geschlagen, daß dadurch eine Sehne abriß – mehrere Wochen Gipsbein für den Betroffenen!

Insgesamt spricht der Ermittlungsausschuß von über 250 Festnahmen, mindestens 70 verletzten Demonstranten und Passanten innerhalb der Woche vom 18. bis zum 24. Juni.

Doch es ging gleich weiter mit den Polizeiaktionen: Am 23. Juni wurde ein Haus in Zehlendorf geräumt und danach gleich abgerissen. Die vertriebenen Besetzer statteten daraufhin in den Mittagsstunden einen Besuch im Zehlendorfer Rathaus ab, um den Bezirksbürgermeister zur Rede zu stellen. Polizei war auch gleich da, trotzdem wurden die Besetzer vorgelassen. Im Rathaus wurde zur selben Zeit der Fahrstuhl in Brand gesteckt. *„Nach Polizeidarstellung war im Aufzug ‚Benzin ausgeschüttet und durch Knallkörper angesteckt' worden. Die Rathausbesetzer erklärten eindeutig, daß sie mit diesem Brand nichts zu tun hätten. ‚Oder glauben Sie, wir hätten an der Polizei vorbeikommen und das Feuer legen können' " (TAZ, 24.6.81). Trotzdem behaupteten Teile der bürgerlichen Presse am nächsten Tag:* „Die Tat war offenkundig von Sympathisanten der Hausbesetzer verübt worden" *(Berliner Morgenpost, 24.6.81).*

## Trotz alledem: 15 000 mit den Instandbesetzern auf der Straße

Seit längerem war von 40 verschiedenen Organisationen eine Großdemonstration für den 25.6. vorbereitet worden. Bis zu 15 000 Demonstranten zogen vom Winterfeldplatz über Umwege zum Rathaus Schöneberg.

Bereits unterwegs versuchte die Polizei zu provozieren: Nach deren Willen sollte die Demonstration nur über die halbe Straßenbreite marschieren, was aber durch das Zurückdrängen von Polizeieinheiten nicht durchgesetzt werden konnte. Vor dem Rathaus Schöneberg war – entgegen dem Antrag der AL – die Bannmeile nicht aufghoben worden.

## Mit dabei beim Steine schmeißen: Zivilbullen

Mit dabei beim Steine schmeißen: Zivilbullen

Als ein Teil der Demonstranten versucht hatte, hinter die Absperrgitter zu gelangen, begann die Straßenschlacht. Die ersten Steine flogen. Bei einem Anwalt meldete sich nach der Demonstration ein Journalist, der beobachtet hatte, daß Zivilbullen, die er beim Aussteigen aus einem Mannschaftswagen gesehen hatte, mit die ersten waren, die Steine auf eine Polizeikette um das Rathaus herum warfen.

Ähnliches wurde bereits bei den Auseinandersetzungen um den Winterfelsplatz beobachtet. Die Polizei setzte sofort Tränengas in bisher nicht gekanntem Ausmaß ein. Wasserwerfer, hinter denen sich Polizeieinheiten verschanzt hatten, folgten. Unübersehbar war, daß mehr Demonstranten als in vergangenen Auseinandersetzungen zu Steinen griffen und Barrikaden bauten, um der Polizei das Zurückdrängen der Demonstranten zu erschweren. Dicke Tränengaswolken hingen über dem gesamten Demonstrationszug. Scheiben von Banken, dem Landeskriminalamt und dem Amtsgericht Schöneberg flogen ein. Eine Filiale der Firma Bolle (Lebensmittelhandelskette) wurde geplündert.

Ein Teil der Demonstration stand gegen 19.30 Uhr in der Grunewaldstraße kurz vor dem nächsten U-Bahnhof. Der Lautsprecherwagen der AL hatte bereits bekanntgegeben, daß die Demonstration aufgelöst sei und die Polizei freien Rückzug zum nahegelegenen U-Bahnhof zugesichert hätte, als plötzlich mehrere Mannschaftswagen der Polizei mit hoher Geschwindigkeit durch die Demonstration fuhren.

Sofort stürzten zehn Bullen aus nichtigem Anlaß aus der Wanne und begannen auf die Umstehenden einzuprügeln. Bullen aus anderen Mannschaftswagen der Polizei folgten und knüppelten ebenfalls fleißig mit. Ein Bulle ging auf eine Gruppe von vier Frauen zu, die vor einem Schaufenster standen, und schlug einer Frau dermaßen auf den Kopf, daß der gewiß stabile Holzknüppel dabei abbrach. Die Frau liegt mit einer schweren Gehirnerschütterung im Krankenhaus. Ein 40- jähriger Passant, der der Frau zu Hilfe kommen wollte, wurde auch gleich mitvermöbelt (nach den Berichten von Augenzeugen auf der Pressekonferenz des Ermittlungsausschusses am 27.6. 81). Insgesamt spricht der Ermittlungsausschuss von 70 verletzten Demonstranten und Passanten, die in der Hauptsache Kopfverletzungen, Prellungen und Quetschungen davontrugen. 55 Menschen wurden verhaftet, gegen sieben wurde Haftbefehl verhängt, der lediglich bei zwei Demonstranten außer Vollzug gesetzt wurde.

## Pressereaktionen

Nun weiß ja jeder einigermaßen aufmerksame Zeitungsleser, daß die Unions- regierten Bundesländer nach einer weiteren Verschärfung des Demonstrationsrechtes schreien, das ein "Maskierungsverbot" für Demonstranten mit einschließen soll.

"Linke" Unterstützung (einmalige Entgleisung?) erhielt die CDU von M.S. in der "TAZ": *"Vorneweg Punks, einige maskiert, Tücher bis unter die Augen oder Kapuzen, die an den Ku-Klux-Klan erinnern"* (TAZ, 26.6.81). Der Ku-Klux-Klan ist bekanntermaßen eine faschistische amerikanische Vereinigung. Mit unverhüllt faschistoiden Kommentaren reagierte die "Berliner Morgenpost" vom 26.6.:*"Die Stadtwilden haben dem Senat ihre schmutzige Visitenkarte gereicht.....Die Mitverantwortung der AL für den gestrigen Amoklauf der Gosse steht außer Zweifel"* (Berliner Morgenpost, 26.6.81).

Und die "Frankfurter Allgemeine", allzeit treuer Ratgeber der Reaktion, kommt zu dem Schluß: *„Es sind nicht alte Häuser, um die es in Berlin geht. Es geht darum, daß der Staat die Autorität des Rechts und damit seine Berechtigung zur Macht auch: zum Gewaltmonopol wahrt.*

*Ein Staat ist keine Diskussionsveranstaltung. Macht und Recht sind nicht Begriffe, über die sich endlos streiten läßt."*

Unter dem Deckmantel der "Rechtsstaatlichkeit" empfiehlt der Kommentator in der "FAZ" dann eine knallharte Linie.

*"Es ist nicht die Schuld der Union, wenn der Rechtsstaat das harte Gesicht, das er eben auch hat, in dieser Situation zeigen muß"* ("FAZ", 26.6.81).

## Der erste Tote wird vorbereitet!

Bereits nach den Auseinandersetzungen um den Winterfeldplatz lag nachher ein Passant mit lebensgefährlichen Gehirnblutungen im Kran-

ungen um den Winterfeldplatz lag nachher ein Passant mit lebensgefährlichen Gehirnblutungen im Kran-

kenhaus. Ganz offensichtlich rechnet die Polizei nun mit dem ersten toten Demonstranten: "Der Leiter des Führungsstabes des Polizeieinsatzes, Polizeidirektor Freund, sagte, es gäbe 'etwa 500 Randalierer und Chaoten, die einen Toten, einen neuen Ohnesorg suchten'"(Tsp, 27.6.81).

Damit soll die Öffentlichkeit auf das erste Todesopfer vorbereitet werden. Der Polizei wird im voraus ein Freibrief ausgestellt: Die Demonstranten wollen den ja! Zynischer geht's nimmer!

**Anti- Repressionskommission**
**KB/ Westberlin**



# Heißer Sommer in Westberlin?

Am 11. Juni wurde – gegen die Stimmen der 9 Abgeordneten der Alternativen Liste und die Stimmen der SPD – der neue CDU-Senat des Bürgermeisters von Weizsäcker gewählt. Die CDU konnte sich dabei auf die fünf 'abtrünnigen' FDP-Parlamentarier verlassen, die entgegen den Beschlüssen des Westberliner FDP-Parteitages, aber mit Rückendeckung von Genscher, einer weiteren Rechtsentwicklung des neuen Senats die Zustimmung gaben. Die CDU, noch im Wahlkampf mit einem eher liberaleren Mäntelchen auftretend, ließ die Hosen runter, als sie ihre neue Senatsriege präsentierte: Innensenator wurde der CDU-Rechtsaußen Lummer, der zusammen mit dem neuen Justizsenator Scholz (dieser spricht sich u.a. für die Todesstrafe „unter gewissen Bedingungen" aus) das ideale Polizeistaatsgespann abgeben wird, um die gewaltsame „Lösung" der Hausbesetzungen anzupacken. Neue Schulsenatorin ist Hanna Renate Laurien, die für eine reaktionäre Schul- und Jugendpolitik eintritt. Und damit es den Kapitalisten auch weiterhin gut bekommt, holte die CDU den Weinunternehmer Pieroth als Wirtschaftssenator nach Westberlin.

Die frischgebackene Fraktion der AL machte schon beim ersten Auftreten im neuen Parlament deutlich, daß sie den CDU-Senat als Kampfansage an die Bevölkerung begreift. Als einzige Fraktion nahmen verschiedene AL-Parlamentarier/innen die einzelnen Senatoren genauer unter die Lupe und kritisierten ihre politischen Aussagen. Die SPD hielt sich aus diesem Streit völlig raus. Die drei etablierten Parteien änderten wegen der AL gleich zu Beginn die Geschäftsordnung, wonach die verabschiedeten Bundesgesetze ohne Diskussion automatisch auch in Westberlin zu übernehmen sind. Konkret ging es um die Übernahme des neuen Montanmitbestimmungsgesetzes, das die AL heftig als unternehmerfreundlich angriff. Außerdem spielt dieses Gesetz in Westberlin gar keine Rolle, da es in dieser Stadt keine Betriebe gibt, auf die das Gesetz anwendbar wäre. Alle drei etablierten Parteien gingen nicht konkret auf diese Kritik ein, sondern verschanzten sich hinter Phrasen über die „Lebensfähigkeit" Westberlins. Wer über die Übernahme von Bundesgesetzen streite, wolle die Stadt von der BRD „abkoppeln".

Weiterhin brachte die AL zwei Anträge gegen die Fahrpreiserhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln sowie gegen die Gas- und Strompreiserhöhungen ein, die jedoch von den bürgerlichen Parteien an die Ausschüsse verwiesen wurden.

Stadt von der BRD „abkoppeln".

Weiterhin brachte die AL zwei Anträge gegen die Fahrpreiserhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln sowie gegen die Gas- und Strompreiserhöhungen ein, die jedoch von den bürgerlichen Parteien an die Ausschüsse verwiesen wurden.

### CDU setzt 'Berliner Linie' konsequent fort

Nach einer kurzen Schonfrist hat sich der neue CDU-Senat in die Konfrontation mit den Hausbesetzern begeben. Am 22.6. ließ Innensenator Lummer ein Haus in der Mittenwalder Straße räumen und drei weitere Häuser durchsuchen. Es kam daraufhin zu heftigen Gegendemonstrationen: Barrikaden wurden errichtet, Pflastersteine flogen in Schaufenster. Doch der Polizeistaat funktionierte: Nachdem die Polizei bei den Räumungen bzw. Durchsuchungen schon rund 70 Personen vorübergehend festnahm, waren es bei den nächtlichen Auseinandersetzungen insgesamt 173 Menschen. Und die CDU konnte sich dabei zu Recht auf die Fortsetzung der sogenannten 'Berliner Linie' des ehemaligen SPD-Bürgermeisters Vogel berufen, der bei einer ähnlichen Aktion Ende März schon einmal rund 150 Demonstranten festnehmen ließ. Die SPD erklärte zu diesen Auseinandersetzungen auch ausdrücklich, daß das Vorgehen der Polizei und die Räumung des Hauses „rechtmäßig" erfolgt sei. Die CDU habe sich lediglich nicht gerade das geeignete Haus ausgesucht.

Am 25.6. folgte die Antwort der Bewegung:

Über 10.000 Menschen demonstrierten für die Freilassung aller inhaftierten Hausbesetzer, gegen die Kriminalisierung und das jüngste brutale Vorgehen der Polizei; sie durchbrachen teilweise die Bannmeile um das Schöneberger Rathaus. Die Polizei setzte Tränengas ein und es kam zu militanten Auseinandersetzungen bis in die frühen Morgenstunden.

Am gleichen Tag trat das Abgeordnetenhaus zu seiner zweiten Sitzung zusammen, wobei es wiederum die AL war, die im Parlament den Ton angab. Neben parlamentarischen Initiativen u.a. gegen die geplanten Massenentlassungen bei AEG-Telefunken stand ein Antrag auf ein Amnestiegesetz im Mittelpunkt der Diskussion. Mit dieser Gesetzesinitiative forderte die AL die Freilassung aller Inhaftierten sowie Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit den Häuserkämpfen. Die Vertreter aller bürgerlichen Parteien lehnten diese Gesetzesinitiative ab und verwiesen sie an die Ausschüsse. Die Abgeordneten der AL prangerten das brutale Vorgehen der Polizei bei den jüngsten Auseinandersetzungen um die Räumung eines Hauses heftig an, während sich Weizsäcker und Vogel um Feinheiten ihrer gemeinsamen 'Berliner Linie' stritten. Die AL-Abgeordnete Rita Kantemir verteidigte u.a. die Gewalt und die Steinwürfe, da *„sie gezielte Objekte treffen, die den Jugendlichen als Symbole der Unterdrückung und der verhaßten materialistischen Welt erscheinen. Steine können Argumente sein, wenn die Regierenden sich weigern, angeprangerte Mißstände zu beseitigen"*. Ein anderer Igel-Parlamentarier, Manfred Rabatsch, machte darauf aufmerksam, daß der Senat keineswegs Strafanträge gegen die eigentlich Schuldigen, die Hausbesitzer und Spekulanten, gestellt habe (nach „TAZ", 26.6.).

Insgesamt ist nunmehr klar, was die 'Linie der Vernunft' oder 'Berliner Linie', die von der SPD im Wahlkampf propagiert wurde, bedeutet: Der Konflikt mit den Hausbesetzern blieb im Wahlkampf auf Sparflamme, um nun in die Vollen zu gehen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Diepgen erklärte inzwischen in der CDU-eigenen „Berliner Rundschau", daß es keine vertraglichen Regelungen über das Verbleiben von Hausbesetzern in besetzten Häusern und Wohnungen geben werde. Im Parlament machte die SPD als neue Oppositionspartei deutlich, auf welcher Seite sie nach wie vor steht: Sie krittelt nur an einzelnen Maßnahmen der CDU herum, geht aber im Grundsatz mit CDU und FDP eine Große Koalition gegenüber der AL ein.

### AL zwischen Anpassung und Widerstand

Derweil gehen innerhalb der AL die Auseinandersetzungen über die Organisierung der Arbeit weiter. Über 50 Parlamentarier in 10 Bezirksparlamenten, 4 Stadtratsposten und 9 Igel im Abgeordnetenhaus stellen selbstverständlich erhöhte Anforderungen an die Gesamtarbeit der AL. Die Parlamentarier der Abgeordnetenhausfraktion leisten ihre Arbeit im engen Zusammenhang mit den jeweiligen Bereichsgruppen der AL. Hier laufen

Parlamentarier in 10 Bezirksparlamenten, 4 Stadtratsposten und 9 Igel im Abgeordnetenhaus stellen selbstverständlich erhöhte Anforderungen an die Gesamtarbeit der AL. Die Parlamentarier der Abgeordnetenhausfraktion leisten ihre Arbeit im engen Zusammenhang mit den jeweiligen Bereichsgruppen der AL. Hier laufen

parlamentarische Initiativen aus der Basis und die Auswertung der Dinge, die aus dem Senatsapparat kommen, zusammen. Jedem der 9 Parlamentarier ist ein sogenannter „Fraktionsassistent" beigeordnet; vielfach handelt es sich dabei um diejenigen AL'ler, die in zwei Jahren aufgrund des beschlossenen Rotationsprinzips die jetzigen Abgeordneten ablösen werden. Über die Bezahlung dieser Assistenten ist noch keine Entscheidung gefallen. Auch über die Anstellung von Sekretären, einem Pressesprecher usw. wird derzeit gestritten, ohne schon zu einer Entscheidung gekommen zu sein. Ebenfalls debattiert wird noch darüber, ob der Geschäftsführende Ausschuß (GA) der AL von 9 auf 12 Personen aufgestockt werden soll, von denen drei AL'ler bezahlt werden sollen. Eine Mitgliederversammlung am 24.6. konnte zu diesen „Strukturfragen" noch keine Entscheidung fällen; den Sommer über wird also zunächst alles beim alten bleiben.

Im Grunde genommen stehen sich in der AL diejenigen Kräfte gegenüber, die auf der einen Seite jede zusätzliche Bezahlung oder „Professionalisierung" der Parlamentsarbeit als Anpassung an die parlamentarischen Erfordernisse kritisieren, und die auf der anderen Seite sehr tief in die Kassen greifen wollen, um einen tendenziell professionellen Parlamentsapparat zu installieren.

Daß sich die „Professionalisierungs"-Tendenzen innerhalb der AL bislang nicht durchsetzen konnten, hat wohl eine eher peinliche Ursache: Die AL hat über 300.000 DM Wahlkampfschulden! Vor diesem Hintergrund wirken Forderungen nach bezahlten Sekretärsposten auf jeden Fall unpassend. Die AL hatte runde 300.000 DM Wahlkampfkosten veranschlagt, die am Ende jedoch mehr als doppelt so hoch ausfielen. Ein gutes Drittel dieser Wahlkampfausgaben ging für die Finanzierung von kostspieligen Anzeigen in den bürgerlichen Medien drauf, wobei einige Bereiche der AL allzu locker und tief in die leeren AL-Kassen griffen. Statt alternativem Wahlkampf wurde also eher eine etablierte und verschwenderische Wahlkampfführung betrieben. Das Skandalöse daran ist, daß die AL ihren Wahlkampf unter dem Versprechen führte, ü b e r s c h ü s s i g e Gelder aus dem Wahlkampf an verschiedene Initiativen zu geben. Ironisch hieß es in einer Stellungnahme aus dem AL-Bezirk Tiergarten, ob denn jetzt die Basisinitiativen die AL finanzieren müßten. Eine selbstkritische Stellungnahme gab die AL zu ihrem Finanzgebaren bislang nicht ab, obwohl sie dies gegenüber den Basisinitiativen und auch den vielen Gläubigern, die der AL Kredite gaben, eigentlich schuldig ist. Obendrein existiert keine einigermaßen durchschaubare Finanzübersicht, ganz zu schweigen davon, wer für diese Finanzmisere eigentlich verantwortlich ist. Es liegt auf der Hand und im eigenen Interesse der AL, diesen Makel und die Ursachen dieser Gelderverschwendung restlos aufzuklären, denn dieser Schuldenberg schadet dem Ansehen buntalternativer Listen überhaupt.

Es dürfte angesichts dieser Situation auch schwer fallen, ein anderes Wahlkampfversprechen einzulösen: als eine der ersten Gesetzesinitiativen die Kürzung der Abgeordnetenhausdiäten zu beantragen. Die parlamentarischen Schmiergelder dürften gerade recht kommen, um damit erst einmal den Schuldenberg abzutragen.

### Erster Stadtrat der AL gewählt

Aufgrund der guten Wahlergebnisse in den zwölf Westberliner Bezirken steht der AL in vier Bezirken je ein Stadtrat zu. Bezirksstadträte haben per Gesetz – im Vergleich zu Stadträten in anderen Städten der BRD – weitaus weniger Befugnisse. Unter den gegebenen Verhältnissen in Westberlin bilden sechs Stadträte sowie ein Bezirksbürgermeister, der immer von der stärksten Fraktion gestellt wird, das Bezirksamt. Diesen Bezirksämtern *„obliegt ... die örtliche Durchführung der Gesetze und Verordnungen nach den allgemeinen Anweisungen des Senats"*, und der *„Senat übt die Aufsicht über die Verwaltungen der Bezirke aus"* (Artikel 51/2 und /4 der Berliner Verfassung). Den Bezirksverwaltungen ist lediglich die *„Möglichkeit zu geben, zu den grundsätzlichen Fragen der Verwaltung und Gesetzgebung Stellung zu nehmen"* (Artikel 52/1 der Verfassung).

Stadträte sind Beamte auf Zeit und kassieren zwischen 70.000 und 120.000 DM im Jahr.

Die bürgerlichen Parteien mißachteten jedoch den 'Proporz' und kunkelten lange Zeit hinter verschlossenen Türen, wie die Wahl der Stadträte der AL zu verhindern wäre. Knackpunkt ist nämlich, daß das neue Bezirksamt erst konstituiert wird, wenn a l l e Stadträte von den Bezirksparlamenten gewählt sind.



AL-Stadtrat Werner Orlowski

Die FDP hat bereits einen Antrag im Abgeordnetenhaus parat, der auf eine Verkleinerung der Bezirksämter hinausläuft. Ziel ist es, die AL über diesen Weg erst gar nicht zum Zuge kommen zu lassen bzw. die Amtsdauer eines AL-Stadtrates bis zur Verkleinerung der Bezirksämter zu verkürzen.

In den Bezirken Wilmersdorf, Schöneberg und Tiergarten, wo die AL jeweils einen Gesundheitsstadtrat stellen würde, hat vor allem die CDU geschlossen gegen die Wahl eines AL-Stadtrates gestimmt. In Schöneberg bekam die AL immerhin die gesamten SPD-Stimmen, unterlag im Endergebnis dennoch mit 22:23 gegen die Stimmen von CDU und FDP. In diesen drei Bezirken kommt es zu einer Neuauflage der Stadtratswahl erst nach der Sommerpause; derweil bleiben die alten Bezirksämter weiterhin im Amt.

Nur in Kreuzberg gelang es der dortigen Bezirksgruppe der AL, die Forderung nach einem Baustadtrat durchzusetzen. Sie einigte sich bereits vorher auf einen Kuhhandel mit der SPD und war bereit, die drei SPD-Stadträte zu wählen, wenn die SPD im Gegenzug den Baustadtratskandidaten der AL, Werner Orlowski, wählt. Mit 24:20 Stimmen konnten sich AL und SPD gegenüber der CDU und einem SPD-Abweichler durchsetzen; dieser Handel ist allerdings innerhalb der AL und der Kreuzberger Bezirksgruppe nicht unumstritten. Orlowski selbst ist kein AL-Mitglied, sondern Ladenbesitzer in einem der berüchtigten Kreuzberger Sanierungsgebiete und hat aktiv gegen die Wohnungsbaupolitik des Senats und bei dem Versuch einer „friedlichen Lösung" der Hausbesetzungen mitgewirkt.

### Gerald Klöpper blieb im Knast

Der Bezirksverordnete der AL in Tiergarten, Gerald Klöpper, wird nach wie vor an der Ausübung seines parlamentarischen Mandats gehindert. Gerald Klöpper, nicht rechtskräftig verurteilt im sogenannten Lorenz/Drenckmann-Prozeß, durfte an zwei Sitzungen des Bezirksparlaments in Tiergarten nicht teilnehmen. Der verantwortliche Richter Weiß, der einen ehemaligen Richter am Volksgerichtshof unter Freisler freigesprochen hatte, begründete die Nichtausführung Klöppers nicht nur mit einer angeblichen „Fluchtgefahr", sondern erlaubte sich sogar, die gewählten parlamentarischen Institutionen auf Bezirksebene in Frage zu stellen: Weiß bezweifelte, ob Bezirksverordnete überhaupt Parlamentarier seien, um damit Gerald Klöpper das Recht auf Ausübung seines Mandats abzusprechen.

D., Westberlin

## Auftakt zur Kommunalwahl 1982 in Neumünster (Schleswig-Holstein)

Auftakt zur Kommunalwahl 1982 in Neumünster (Schleswig-Holstein)

Seit Mitte Mai wird in der neumünsteraner linken Szene brandheiß über die Beteiligung an der Kommunalwahl im Frühjahr 1982 diskutiert. In der Einladung zu einem gemeinsamen Treffen teilte die den GRÜNEN nahestehende *„Demokratische Bewegung" mit, daß „die Grünen* *b e s c h l o s s e n* *(haben), nicht zu kandidieren, wenn ein tragfähiges Bündnis zustande kommt."*

Am ersten Treffen nahmen überraschend viele Menschen teil (über 70), was auch auf eine etwas euphorische Stimmung nach den unmittelbar vorausgegangenen Westberliner Wahlen zurückzuführen ist. Dem großen Interesse stand jedoch noch ein kümmerlicher Diskussionsstand in den Basisinitiativen gegenüber. Nirgendwo war die Frage einer alternativen Wahlbeteiligung diskutiert worden. Von daher sprachen die meisten dafür, die Einzelmitgliedschaft zur organisatorischen Grundlage einer möglichen Liste zu machen.

An der Diskussion waren folgende Gruppen beteiligt: die Grünen, Z, DKP, KPD, RGO, Arbeitskreis Leben, BWK, KB, örtliche Alternativzeitung, Naturfreundejugend, Hausbesetzer u.v.a.m.

Die erste Diskussionsrunde wurde von der Frage nach dem Sinn einer alternativen Kandidatur, der Bedeutung der Parlamentsarbeit und den innerorganisatorischen Strukturen bestimmt. Einmütigkeit herrschte über die Verbindlichkeit des imperativen Mandats für eventuelle Ratsmitglieder und Funktionäre der Liste.

Besonders die organisierte Linke vertrat die Position, daß die außerparlamentarische Bewegung eindeutig das primäre Betätigungsfeld und der bestimmende Faktor für die Politik der Liste zu sein habe. Die DKP vertrat dagegen die These, daß die wesentliche Aufklärungsarbeit über das Parlament laufe. Mehrheitlich wurde die Position, die APO sei das Standbein, die Parlamentstätigkeit das Spielbein (Dirk Schneider) positiv aufgenommen.

Die Teilnahme der DKP stieß nur bei einem erklärten „Anti-Stalinisten" (à la Vilmar oder Heinz Brandt) auf vehemente Ablehnung. Allerdings hat es bis heute heiße Debatten um die Essentials der DKP bzw. deren Nichterwähnung gegeben. Große Teile der nicht ständig politisch aktiven Leute und wesentliche Teile der Unorganisierten legten eine große Kompromißbereitschaft an den Tag und schienen sehr bemüht, die Teilnahme der DKP am Bündnis nicht in Zweifel zu ziehen. Sichtlicher Ausdruck war eine angestrebte Beschränkung des Programms und der bereits diskutierten Präambel auf rein kommunale Punkte. Andererseits lag die Notwendigkeit eines „allgemeinpolitischen Mandats" offen auf dem Tisch und mochte bis auf Ausnahmen (aus grünen Reihen) nicht beschnitten werden.

Aus dem allgemeinen Teil der Präambel wurde von der DKP folgende Passage heftig kritisiert: *„Unterstützen wir Reform- und Befreiungsbewegungen in Ost und West, Nord und Süd. Lehnen wir jedes Atomprogramm ab."* Dabei mußten die lange bekannten Begründungen herhalten, die DKP habe ja schließlich auch durch Verzicht auf parteispezifische Programmpunkte zur Konsensbildung beigetragen und es sollte der (von der DKP diktierte) kleinste gemeinsame Nenner zur gemeinsamen Basis erhoben werden. Im einzelnen stieß sich die DKP an der Ortsangabe „Ost", da hier dem herrschenden Antikommunismus Vorschub geleistet würde, ferner wünschte sie eine Beschränkung der Kritik auf das Bonner Atomprogramm. Alles Reden nützte nichts, denn am Schluß der Sitzung kam von einem führenden Grünen der Kompromißvorschlag, die angeführte Passage um die Bemerkung zu ergänzen, es gäbe auch Minderheitenpositionen in der Liste. Selbst Leute, die „KPD"-Positionen vertreten, schienen hierüber befriedigt.

Doch das Blatt wendete sich. Der besagte Grüne sah den Kompromiß im nachhinein als Fehler und flugs wurde auf der nächsten Sitzung das gleiche Thema noch einmal auf die Tagesordnung gebracht. Die Kompromißformel sollte wieder gestrichen werden, da es bereits an anderer Stelle in der Präambel heißen sollte: *„Dabei – und das ist doch auch klar und sehen wir als Vorteil an – sind wir unter uns in vielen Punkten überhaupt nicht immer einer Meinung ... Aber Konflikte tragen wir offen und fair aus."* Diese Sätze machten (in der Tat) die zusätzliche Kompromißformel überflüssig. Die DKP-Vertreter wetterten zwar sehr heftig, akzeptierten jedoch auch unter Weglassung der Kompromißformel die Anti-AKW-Passage, wollten aber das „Ost, West Nord und Süd" durch ein „überall" ersetzt sehen. Selbst so eine Formulierung hätte nur einen oberflächlichen und eher verwischenden Charakter gehabt, da inzwischen für 90% der Leute klar war, daß im Falle einer Intervention der SU in Polen die Liste von ihrem „allgemeinpolitischen Mandat" heftig Gebrauch machen würde. Ein linker Grüner legte nochmal unmißverständlich klar, daß es der alternativen Wahlbewegung letztlich um das Selbstbestimmungsrecht der Menschen ginge. Dieses Recht sei unteilbar und gelte auch für alle Völker, u.a. Polen.

Die über die Streichung der Kompromißformel durchgeführte Abstimmung fiel mit 14:12 für die Formulierung mit den vier Himmelsrichtungen denkbar knapp aus.

Die DKP zeigte nach dieser Abstimmung keine Begeisterung, will aber sicherlich weitermachen.

Ein Genosse aus Neumünster

# Erklärung des KB zu einigen Vorfällen in der »alternativen Wahlbewegung« von Hannover, Göttingen und Hamburg

Am leidigen Thema „K-Gruppen-Majorisierung" hat es in den alternativen Listen von Hannover und Göttingen in den letzten Wochen heftige Auseinandersetzungen gegeben, die z. T. immer noch nicht beigelegt sind. Von interessierter Seite sind diese Auseinandersetzungen mittlerweile auch in den Diskussionsprozeß um eine Hamburger alternative Liste hineingetragen worden. Mit einem Artikel in der „TAZ" vom 26.6. ist zudem eine sehr einseitige und parteiliche Sicht dieser Konflikte an eine breitere linke Öffentlichkeit gebracht worden, die in einer Reihe von Behauptungen sogar beweisbar falsch ist. Da wir keine Lust haben, gegenüber dieser zentral gesteuerten und höchst eigennützigen Verleumdungskampagne einfach stillzuhalten, wenden wir uns mit dieser zusammenfassenden Stellungnahme an die interessierte linke und ‚alternative' Öffentlichkeit. Der besseren Übersichtlichkeit und Durchschaubarkeit wegen ist diese Stellungnahme chronologisch aufgebaut.

**14. Juni**: In der GABL Hannover findet eine „Vor-Nominierung" der Kandidaten für die Kommunalwahlen statt. Bei der Nominierung für den Listenplatz 1 im aussichtsreichsten Wahlbezirk unterliegt der männliche Kandidat A.R. (offizielle Kontaktadresse der „Gruppe Z" in Hannover) gegen eine Frau, die sich besonders um Frauenpolitik, speziell um die Interessen lediger Mütter, kümmern will. An der Abstimmung beteiligen sich etwa 40 Menschen, darunter 3 (d r e i) Mitglieder des KB. Dieser eindeutige Sachverhalt hindert die „Gruppe Z" nicht, auf das Mißgeschick ihres Vertreters mit Gerüchten über eine „KB-Majorisierung" der Wahl zu reagieren und die nominierte Kandidatin halb-öffentlich als KB'lerin zu denunzieren.

**21. Juni**: Auf einer neuerlichen GABL-Versammlung rennt die „Z" im Verein mit einigen Grünen gegen die nominierte Kandidatin Sturm: Hier sei der „Frauenaspekt" zu stark gewichtet worden, während die „Sachkompetenz" zu kurz gekommen sei, die durch den „Z"-Vertreter viel besser zu repräsentieren wäre. Außerdem gehöre die Frau einer „politischen Randposition" an, die in der GABL „keine Basis" habe. Die Wogen gehen hoch, die endgültige Entscheidung über die Kandidaten-Nominierung wird auf den 26. Juni vertagt.

Ebenfalls am **21. Juni** werden in der AGIL Göttingen die Kandidaten nominiert. Auch hier unterliegen in mehreren Bezirken Kandidaten der „Z" und von der „Z" unterstützte Kandidaten bei der Nominierung für die Listenplätze 1.

Auf der Grundlage dieser Vorgänge wird von der Leitung der „Gruppe Z" **am Abend des 21. Juni** mit drei gegen eine Stimme eine „Großoffensive" gegen den KB beschlossen. Der KB soll massiv als eine Gruppe angegriffen werden, die sich an Programmdiskussionen u.ä. nicht beteiligt, dafür aber gnadenlos ihre Leute auf die Kandidatenlisten zu „powern" versucht. Die Kampagne soll insbesondere dazu dienen, den KB bereits im Vorbereitungsstadium der Bildung eines kommunalen Wahlbündnisses in Hamburg nachhaltig zu diskreditieren. Bei der Kampagne sollen Grüne und unabhängige Linke gegen den KB mobilisiert werden; die „Gruppe Z" selbst soll sowenig wie möglich in Erscheinung treten.

**23. Juni**: Der Kreisverband Göttingen der Grünen gibt eine Stellungnahme zur Kandidaten-Nominierung in der AGIL heraus. In der Stellungnahme wird behauptet, der KB habe sich durch „Vollmobilisierung" eine „handfeste Mehrheit in der Versammlung verschafft". Alle Kandidaten und die gesamte Zusammensetzung der Liste habe „vom Wohlwollen und der Gnade des KB" abgehangen. Verlauf und Ergebnis der Kandidatenaufstellung seien für die Grünen „in keiner Weise akzeptabel" und „für uns auch nicht bindend". „An einer von der Machtpolitik des KB bestimmten Kandidatur werden wir uns nicht beteiligen und werden sie auch nicht unterstützen." „Der jetzige Zustand ist unhaltbar, er muß revidiert werden. Für die Zukunft muß die Wiederholung eines solchen Vorgehens ausgeschlossen sein". Man fordere „die Neuaufnahme der gesamten Kandidatenfindung".

Ebenfalls am **23. Juni** erscheint ein Leitungsmitglied der „Gruppe Z" zu einer Sitzung des Hamburger Landesvorstands der Grünen, um über „einzigartige Vorfälle" in Göttingen zu berichten. Der KB habe die Kandidaten-Aufstellung in der AGIL „total majorisiert". 25 KB'ler plus 7 Sympathisanten des KB hätten in zwei von drei aussichtsreichen Bezirken „KB-Kandidaten" nominiert; „grüne und unabhängige" Kandidaten seien jeweils mit einem Stimmenverhältnis von 32 : 23 abgelehnt worden. Dies sei „ein einzigartiger Fall von Machtpolitik". In Hamburg gelte es, daraus die Schlußfolgerung zu ziehen: frühzeitig „Sicherungen einzubauen". die solche
Stimmenverhältnis von 32 : 23 abgelehnt worden. Dies sei „ein einzigartiger Fall von Machtpolitik". In Hamburg gelte es, daraus die Schlußfolgerung zu ziehen: frühzeitig „Sicherungen einzubauen", die solche
„Majorisierung" verhüten müßten. Der Landesvorstand beschließt, auf seiner nächsten Sitzung (eine Woche später) über „Konsequenzen" aus den Göttinger Vorfällen zu diskutieren, deren korrekte Wiedergabe durch das „Z"-Leitungsmitglied selbstverständlich nicht in Zweifel gezogen wird.

**24. Juni**: Zu einer Vollversammlung der Bunten Liste (‚Initiativentreffen') Hamburg erscheint ein anderes Leitungsmitglied der „Gruppe Z", um auch hier die „Z"-Version über die Kandidatenwahl in der Göttinger AGIL vorzutragen. –
Auffallend ist, daß die Leitungsmitglieder der „Z" sowohl beim grünen Landesvorstand wie bei der BuLi-VV ihre Anklage gegen den KB auf die Göttinger Ereignisse beschränken, also Hannover unerwähnt lassen. Anscheinend war man inzwischen zu der Erkenntnis gekommen, daß man sich durch Geschichten über eine KB-„Majorisierung" in Hannover allzu unglaubwürdig machen würde.
Ebenfalls am **24. Juni** tritt A. – eine der drei Hamburger Delegierten im Bundeshauptausschuß der Grünen Partei – auf einer grünen Bezirksversammlung in Hamburg-Altona mit einer noch weiter ausgeschmückten Version über die Göttinger Vorgänge auf. Der Bundesvorstand der Grünen habe sich mit diesen KB-Machenschaften sogar auf einer Sitzung befassen müssen (Stimmt nicht). Bisher sei sie, A., ja für ein gleichberechtigtes Wahlbündnis in Hamburg eingetreten, aber nach dieser Machtpolitik des KB in Göttingen ...

Als ihrer Darstellung der Göttinger Ereignisse widersprochen wird, versichert A.: Sie habe das alles aus bester Quelle, nämlich von „Z"-Leitungsmitglied „Langer", der am 21.6. persönlich bei der Wahl-VV der AGIL dabeigewesen sei (Stimmt nicht). Anwesende „Z"ler nehmen „ganz spontan" das Stichwort von A. auf: Das seien ja schlimme Dinge, die man da aus Göttingen hören müsse; da müsse man wohl die Frage eines Wahlbündnisses in Hamburg „neu überdenken" ...

**26. Juni**: Die „TAZ" publiziert einen Artikel von Andreas Wrede, einem der bei der Kandidaten-Aufstellung am 21.6. gescheiterten Bewerber um einen Platz 1. Andreas Wrede behauptet, der KB habe in Göttingen eine „intensive Programmarbeit" abgelehnt. Bei der Kandida-
stellung am 21.6. gescheiterten Bewerber um einen Platz 1. Andreas Wrede behauptet, der KB habe in Göttingen eine „intensive Programmarbeit" abgelehnt. Bei der Kandida-
tenaufstellung jedoch habe er sich durch „Vollmobilisierung" die „absolute Mehrheit im Saal" verschafft. „Jeder Kandidat war so von der Gnade oder Ungnade des KB abhängig". (Diese Formulierung ist wortgleich mit der in der Erklärung der Grünen – s.o.). „Die meisten AGIL-Mitglieder realisierten erst nach der Wahl das Manöver des KB". Weiter schreibt Andreas Wrede: „Was der KB in Göttingen praktizierte, hat er ähnlich in der hannoverschen GABL durchgeführt". Damit führt Andreas Wrede eine Ente spazieren, auf die man mittlerweile in der „Z"-Leitung schon verzichtet hatte. – Der Artikel von Andreas Wrede endet mit der Klage über „diese klassische ML-Politik des KB" und der Warnung: „Angesichts seiner Größe in Hamburg dürfte bei den dort anstehenden Bürgerschaftswahlen vom KB ebenfalls nichts Gutes zu erwarten sein".

Ebenfalls am **26. Juni** findet eine Neuwahl der GABL-Kandidaten in Hannover statt. Das Kandidaten-Karussell rotiert, bringt aber dem „Z"-Kandidaten nicht die erhoffte Verbesserung.

**29. Juni.** Der Arbeitsausschuß der GABL Hannover gibt eine Presse-Erklärung heraus, in der er die Behauptung im TAZ-Artikel von Andreas Wrede über eine KB-Majorisierung in der GABL zurückweist.

29. Juni. Der Arbeitsausschuß der GABL Hannover gibt eine Presse-Erklärung heraus, in der er die Behauptung im TAZ-Artikel von Andreas Wrede über eine KB-Majorisierung in der GABL zurückweist.

**30. Juni.** Der Landesvorstand der Hamburger Grünen, der auf Verlangen der „Z"-Leitung über „Konsequenzen aus der behaupteten KB-Majorisierung in Göttingen beraten sollte, vertagt sich mangels Anwesenden um eine Woche.

**1. Juli.** VV der AGIL in Göttingen. Die Wahl vom 21.6. wird zwar nicht für „ungültig" erklärt (das hatte die „Gruppe Z" gefordert), wohl aber für nur „vorläufig". Es findet eine neue Nominierung der Kandidaten für die Kommunalwahl statt, die insgesamt tatsächlich ein ausgewogeneres Bild bringt als die Nominierung vom 21.6. Die „Gruppe Z" muß eine Verschlechterung ihrer Positionen auf den Listen in Kauf nehmen.

Andreas Wrede nimmt auf der VV seine Behauptung in der „TAZ" über die GABL Hannover mit einer Entschuldigung zurück. Er schweigt sich aber zu der Frage aus, wer ihn überhaupt mit dieser Falschinformation versorgt hatte.

Inzwischen ist zu befürchten, daß Göttingens Grüne, von der „Gruppe Z" mit dem Majorisierungsstichwort in Bewegung gebracht, dazu tendieren könnten, der AGIL ihre Unterstützung für den Kommunalwahlkampf zu versagen.

Soweit zum bisherigen Gang der Ereignisse. Abgeschlossen ist das Kapitel wahrscheinlich nicht: Vor allem in den Diskussionen um ein Hamburger Wahlbündnis wird die „KB-Majorisierung" als Argument der „Gruppe Z" und der Grünen wohl noch öfter zu hören sein.

### Dichtung und Wahrheit

Soweit es die Auseinandersetzungen in der GABL Hannover angeht, ist angesichts der beklagenswerten örtlichen Schwäche des KB jede Majorisierungslegende lächerlich und fällt auf ihre Verbreiter zurück.

Komplizierter ist die Sache in der AGIL Göttingen, weil es dort tatsächlich eine relativ starke Ortsgruppe des KB gibt, deren Mitglieder sich erheblich in der AGIL engagieren. Insgesamt arbeiten etwa 20 Mitglieder und Sympathisanten des KB aktiv in der AGIL mit, davon 16 - 18 in AG's. Bei der AGIL-VV zur Kandidatenaufstellung am 21.6. waren, bei weitester Einrechnung von Sympathisanten, 23 Mitglieder und Sympathisanten des KB anwesend. Wenn man von insgesamt rund 56 Abstimmenden ausgeht, so ist jedenfalls die Behauptung von Andreas Wrede in der „TAZ" übertrieben, der KB habe „die absolute Mehrheit im Saal" gehabt. Noch falscher ist die Behauptung der „Z"-Leitung, auf der Versammlung seien 25 Mitglieder und 7 Sympathisanten des KB gewesen. In diesem Fall legt die „Z" eine Abstimmung zugrunde, bei der ein vom KB unterstützter Kandidat 32 Stimmen bekam – und erklärt einfach alle 32 Stimmen für Mitglieder und Sympathisanten des KB. Diese Definition folgt dem 1. Rebmann'schen Gesetz zum Erkennen von Sympathisanten („Wer Kommunisten unterstützt, ist selber einer").

Soweit zu den Übertreibungen. Immerhin bleibt die Tatsache, daß am 21.6. ca. 40% der Abstimmenden Mitglieder oder Sympathisanten des KB gewesen sind, also in der Tat ein sehr starker Block. Dies ist aber nicht von einer anderen Tatsache zu trennen, daß nämlich diese 23
Immerhin bleibt die Tatsache, daß am 21.6. ca. 40% der Abstimmenden Mitglieder oder Sympathisanten des KB gewesen sind, also in der Tat ein sehr starker Block. Dies ist aber nicht von einer anderen Tatsache zu trennen, daß nämlich diese 23
zum allergrößten Teil aktive „Wahlarbeiter" der AGIL sind und sich in AG's, Programmdiskussionen usw. kontinuierlich beim Aufbau der AGIL engagiert haben. – Man kann auch sagen, daß wir nach den Abstimmungen vom 21.6. unter den Kandidaten besser vertreten waren, als wir selbst es gewollt und für sinnvoll gehalten hätten. Das ist in erster Linie dem Umstand zuzuschreiben, daß wirklich u n a b h ä n g i g e Kandidaten am 21.6. kaum zur Verfügung standen, in erster Linie nur Kandidaten der „Gruppe Z" gegen Kandidaten des KB standen. Mitglieder des Kreisverbands der Grünen, die nachträglich die Wahl für „nicht bindend" und ungültig erklären wollen, sind vor dem 21.6. von Genoss(inn)en des KB und anderen v e r g e b l i c h gebeten worden, sich als Bewerber für vordere Listenplätze zur Verfügung zu stellen.

Ein weiterer schwerer Vorwurf lautet, der KB habe sich um die Programmarbeit der AGIL kaum gekümmert (Andreas Wrede in der „TAZ"). Ähnlich argumentierte ein Mitglied der „Z"-Leitung am 23.6. während der Sitzung des Landesvorstands der Hamburger Grünen: Es gebe Leute, die bereit seien, „sogar auf einem Stück Holz zu kandidieren", die also jedes Programm unterschreiben würden, um nur an die Posten heranzukommen.

Tatsache ist jedoch: Genossinnen und Genossen des Göttinger KB haben etwa 30-50% der Programmteile der AGIL erarbeitet bzw. mitverfaßt. Zudem hat niemand in der Programmdiskussion so viele Änderungsanträge, Ergänzungen etc. eingebracht wie die Mitglieder und Sympathisanten des KB.

**Fortsetzung nächste Seite**

---

Grün-Bunte in Göttingen

## Scheitert die alternativ-grüne Liste?

TAZ 26.6.81

**Göttingen, 25.6. (taz). Seit Anfang dieses Jahres gibt es in Göttingen Bemühungen, um ein alternativ-grünes Wahlbündnis zu den im Herbst stattfindenden Kommunalwahlen. Nach z.T. harten Auseinandersetzungen innerhalb der Grünen bestand die Bereitschaft, gemeinsam mit anderen Kräften, z.B. der Buli-Initiative und diversen Basis-Initiativen, ein Wahlbündnis auf der Basis des Konsensprinzips aufzubauen. Seit dem letzten Wochenende, Programm und Kandidatenkongreß der AGIL, ist dieses Bündnis akut gefährdet.**

Die inhaltliche auseinandersetzung führte in erster Linie über die Programmarbeit. In den 13 AG's wurde in monatelanger Kleinarbeit um ein ein Programm solidarisch und kompromißbereit gestritten. Interessant ist hier schon die Rolle des örtlichen KB's: Insgesamt lehnte er instensive Programmarbeit ab; in für ihn zentralen Fragen wie durchsetzungswürdiger Frauenautonomie bzw. Ablehnung eines Konzeptes alternativer Hausratspolitik blieb er in absoluter Minderheiten-Position.

Am letzten Wochenende soll das Programm insgesamt verabschiedet und die Kandidaten der Liste aufgestellt werden. Verlief die Programmdebatte in ruhiger, sachlicher und weitgehend einmütiger Atmosphäre, so kam es bei der Kandidatenwahl zu einer bösen Überraschung. Als einzige Strömung der AGIL hatte der KB seine relativ starke Ortsgruppe vollständig mobilisiert, und damit die absolute Mehrheit im Saal. Jeder Kandidat war so von der Gnade oder Ungnade des KB abhängig. In den fünf Göttinger Wahlbezirken besetzten KBler in zweien den Platz 1, in einem weiteren den Platz 2.

Die meisten AGIL-Mitglieder realisierten erst nach der Wahl das Manöver des KB. Seit Tagen brodelt es nun an der alternativ-grünen Basis Göttingens. Nachdem der KB erst Fakten schuf, bietet er nun "Verhandlungen" um einzelne Kandidaten an. Dabei behält er sich aber vor, zu bestimmen, wer ihm genehm ist, und wer nicht. Mit dem Grundkonsens eines breiten Bündnisses ist ein solches Verhalten unvereinbar.

Erste Reaktion auf den Vorfall: Der Vorstand der Göttinger Grünen verurteilt einstimmig das Verhalten des KB als "in keiner Weise akzeptabel", charakterisiert "den jetzigen Zustand als unhaltbar" und fordert, daß "er revidiert werden muß". Eine wachsende Zahl von AGIL-Mitgliedern der verschiedensten Strömungen unterstützen den Vorstoß des grünen Vorstandes und sehen "als ersten Schritt zur Verhinderung jeglicher weiterer Machtpolitik bzw. zur Sicherstellung der weiteren gemeinsamen politischen Praxis der AGIL die Neuwahlen aller Kandidaten". Was der KB in Göttingen praktizierte, hat er ähnlich in der hannoverschen Gabel durchgezogen. Angesichts seiner Größe in Hamburg dürfte bei den dort anstehenden Bürgerschaftswahlen vom KB ebenfalls nichts Gutes zu erwarten sein.

Diese klassische ML-Politik des KB gefährdet so real die Schrittweise und bisweilen mühsame Öffnung der grünen Parteien gegenüber Basis- und Bürgerinitiativen auf kommunaler Ebene, ebenso wie eine Zusammenarbeit mit bunten-alternativen Listen. *Andreas Rede, Mitglied d. Bunten Liste Initiative Göttingen*

---

### GABL vorzeitig am Ende?

GABL vorzeitig am Ende?

**Einen Tag vor Drucklegung des SCHÄDELSPALTER am 21.6. brachen dann scheinbar bereits überbrückte Widersprüche in der GABL wieder auf, als es um die Aufstellung der Kandidaten für die 3 aussichtsreichsten Listenplätze ging.**

Das Wahlbündnis hatte sich nach langen Diskussionen dazu entschlossen, im Gegensatz zu den etablierten Parteien, Frauen gleichberechtigt zur Kandidatur zu stellen. Als nun eine Vornominierung am 14.6. ergab, daß eine Frau, die zudem hauptsächlich die Belange der Frauen — speziell lediger Mütter — zu ihrem Hauptarbeitsgebiet erklärte, den Kandidaten A. Rudnick vom ersten Platz im aussichtsreichsten Wahlbezirk verdrängte, geriet das Kandidatenkarussell wieder ins rotieren. Am 21.6. wurde mit teilweise unter der Gürtellinie angesiedelten Begründungen versucht, die Vornominierung rückgängig zu machen. So wurde zum Beispiel versucht, „eingleisige Frauenpolitik" gegen die „Vielseitigkeit" eines versierten Mannes auszuspielen. Die Vollversammlung der GABL vertagte die entgültige Behandlung der Kandidatenfrage allerdings auf den 26.6. (19.30 Haus der Jugend, Maschstraße). In dieser letzten Kandidatenwahl dürfte sich jedoch nicht nur das Verhältnis der GABL zur Frauenfrage herausstellen, sondern auch das Verhältnis zu einer Bürgerinitiativen-orientierten Ratsarbeit. Trotz dieses in der Wahlbewegung leider schon oft praktizierten Power-Plays bleibt zu hoffen, daß die GABL an dem beschriebenen Eklat nicht auseinanderbricht. Wir werden über die weitere Entwicklung innerhalb der Liste berichten.

*StadtMagazin Schädelspalter*

---

### Presseerklärung der Grünen Alternativen Bürgerliste Hannover

Der Arbeitsausschuß der Grünen Alternativen Bürgerliste Hannover (GABL) war sehr verwundert über die Behauptungen, die im Artikel „Scheitert die alternativ-grüne Liste?" in der TAZ vom 26.6.81 über die GABL-Hannover aufgestellt worden und muß diese entschieden zurückweisen.

In dem Artikel wird der Eindruck erweckt, der KB majorisiere Abstimmungen in der AGIL-Göttingen und betreibe dort Machtpolitik. Weiter heißt es: „Was der KB in Göttingen praktiziere, hat er ähnlich in der hannoverschen GABL durchgezogen."

Tatsächlich aber war der KB in den 40 - 70-köpfigen VVs der GABL mit nie mehr als 5 Vertreter/innen anwesend. Beim ersten Durchgang der Kandidatenwahl am 14.6. waren unter 40 Abstimmenden 3 KB'ler /innen beteiligt. Daß einige Tage später gegen eine der Abstimmungen „Sturm gelaufen wurde", bei der eine KB'lerin als Spitzenkandidatin eines Wahlbereichs (von 20) hervorging, ist anderen Ursachen, auch persönlichen „Mimositäten" zuzuschreiben, als einem Powerplay des KB, was hier auch niemand behaupten würde.

In der Zwischenzeit hat sich die gesamte GABL unter breiter Öffnung für viele Gruppen auf gemeinsame Vorschläge für alle Plätze geeinigt und die Kandidaten allesamt mit deutlicher Mehrheit gewählt.

Durch ungeprüftes Verbreiten falscher Behauptungen erfüllt der TAZ-Artikel die Funktion, Mißtrauen innerhalb der Wahlbewegung zu säen, gemeinsames Handeln verschiedener Strömungen zu behindern oder gar zu spalten.

Hannover, 29.6.1981

Forts. von d.letzten S.

### Basisdemokratie oder „Sicherungen"?

Die in den Konflikten von Göttingen und Hannover (sowie indirekt auch schon Hamburg) sichtbar gewordene Problematik wird weiterer ernsthafter Auseinandersetzungen bedürfen. Das Problem der Majorisierung auf Vollversammlungen besteht r e a l. Das weiß natürlich auch die „Gruppe Z", die auf VV's der Hamburger Grünen schon mit 80 - 90 Mitgliedern und Sympathisanten aufgekreuzt ist, obwohl von diesen nur ein sehr kleiner Teil wirklich engagierte und kontinuierliche Arbeit in der Grünen Partei machen. Hierher gehört auch der bemerkenswerte Umstand, daß zwei Leitungsmitglieder der „Z" öffentlich – vor allem in der Zusammenarbeit mit der DKP – als Vertreter der Grünen auftreten, obwohl beide keine Basisarbeit in der Grünen Partei leisten und für ihre Auftritte kein Basismandat haben. Wir erwähnen diese Dinge hier nur, um deutlich zu machen, wer diejenigen sind, die sich als Betreiber einer Kampagne gegen den KB im Gewand von Hütern der Demokratie präsentieren.

Solange alternative Wahlbündnisse an Vollversammlungen als wichtigstem und „oberstem" Diskussions- und Entscheidungsorgan festhalten, sind sie der Gefahr ausgesetzt, daß relativ große und stabile politische Gruppen Mehrheitsentscheidungen durchsetzen, die nicht das gesamte Spektrum des Bündnisses und schlimmerenfalls noch nicht einmal die Mehrheit der engagierten Basismitglieder des Wahlbündnisses repräsentieren. Die Festlegung auf das „Konsensprinzip" kann diese Gefahr unter Umständen abschwächen. Indessen zeigt die Entwicklung der AL Westberlin, daß trotz Konsensprinzip im Einzelfall auch relativ knappe Entscheidungen akzeptiert werden müssen, um handlungsfähig zu bleiben und nicht durch starke Minderheiten jede praktische Politik zu blockieren. (Beispiel: Streit um die Politik der AL gegenüber SPD/FDP).

tik zu blockieren. (Beispiel: Streit um die Politik der AL gegenüber SPD/FDP).

Die Alternative zum Vollversammlungs-Modell kann letzten Endes nur darin bestehen, zusammen mit den G e f a h r e n dieses Modells („Majorisierung") auch das demokratische Prinzip insgesamt zu kippen. Die „Gruppe Z" bezeichnet dies als „Einbau von Sicherungen", was darauf hinausläuft, Vollversammlungen von vornherein abzuschaffen (bzw. sie zwar als Diskussions-, nicht aber als Entscheidungsgremium zu akzeptieren) oder sich von Fall zu Fall vorzubehalten, ob man VV-Beschlüsse anerkennen will oder nicht. In der Praxis könnte man jeden konkreten Beschluß, jede Leitungs- oder Kandidatenwahl für „nicht bindend" erklären, sofern sie nicht wunschgemäß ausgefallen ist. Das Argument der „Majorisierung" birgt also ein erhebliches Risiko, als Argument zur Aufhebung der Basisdemokratie mißbraucht zu werden. In der Parlamentsarbeit im Hamburger Bezirk Eimsbüttel hat die „Z" sich mit genau diesem Argument schon längst von der Basiskontrolle gelöst. Hier liegt auch eine Versuchung für künftige alternative Parlamentarier z.B. in der Hamburger Bürgerschaft.

**Wir meinen deshalb: Die Bindung alternativer Listen an Vollversammlungen als wichtigstes Diskussions- und Entscheidungsforum birgt tatsächlich Risiken. Es würde zudem wenig helfen, wenn wir – als eine der Gruppen, die hauptsächlich mit dem Majorisierungsverdacht gemeint sind – liebe Versprechen abgeben. Man kann das nur in der P r a x i s überprüfen, und da soll man uns nötigenfalls auch ruhig auf die Finger klopfen, aber bitte k o n k r e t und an Hand von T a t s a c h e n. Andererseits gehen wir davon aus, daß jedes Gegenmodell zur VV-Demokratie nur s c h l e c h t e r sein kann, d.h. m e h r Raum für Willkür, Selbstherrlichkeit und Intrigen politischer Gruppen und Einzelpersonen bieten würde. Ganz verhängnisvoll wäre das in einer Situation, wo die ‚alternative Wahlbewegung' sich anschickt, Abgeordnete in die Parlamente zu delegieren. Diese müssen ihrer Basis verpflichtet bleiben, und zwar nicht auf „Treu und Glauben", sondern auf Grundlage von VV-Beschlüssen, kontinuierlichen Diskussionen und imperativem Mandat. Diese Grundsätze sehen wir im Modell der AL Westberlin am besten verwirklicht.**

LG des KB, 1.7.1981

## Kommunalwahlen in Hannover: GABL startklar

Nach fast fünf Monaten harter Arbeit hat die Grüne Alternative Bürger-Liste Hannover (GABL) eine wichtige Zwischenetappe auf dem Weg ins Rathaus erreicht: Ein ausführliches Programm liegt vor, ebenso eine Satzung, ein großer Teil der Kandidaten ist gekürt, und an die hundert Mitglieder brennen darauf, nach der Sommerpause den Ratsparteien zu zeigen, was eine grün-alternative Harke ist.

Angefangen hat alles im vergangenen Jahr auf einer kommunalpolitischen Konferenz. Zur Vorbereitung einer gemeinsamen Liste kam es auf einer 2. Konferenz im Februar dieses Jahres. Initiatoren waren die alternative Stadtzeitung „Stadtpost" und die Grünen. Ca. 70 Leute kamen zusammen, von denen ungefähr die Hälfte die Gründung vollzog. In der Gründungserklärung werden von den etablierten Parteien nicht vertretene Bevölkerungsgruppen aufgezählt, deren Forderungen sich die GABL zu eigen machen will: Von Antifaschisten und Ausländern über Lesben und Schwule bis zu Strobos und Verkehrsberuhigern, insgesamt 22 Gruppen.

Allerdings konnte erst in einigen Bereichen der Anspruch der Zusammenarbeit mit den Basisinitiativen in die Realität umgesetzt werden, so z.B. in den Bereichen Schwule, Verkehr und Kultur. In anderen Bereichen, wie Antifaschismus oder Frauen, haben (neben der schon langen Mitarbeit einzelner) jetzt erst Diskussionen in den Initiativen über die GABL begonnen. In manchen Bereichen wie Wohnungskampf, ältere Mitbürger oder Ausländer, tut sich in dieser Hinsicht noch wenig oder gar nichts. Hinzu kommt der Einfluß der in Hannover traditionell starken Position des Wahlboykotts; die Mitarbeit einzelner Hausbesetzer oder Totalverweigerer ist da ein wichtiger Schritt in Richtung Zusammenarbeit.

Unbestritten ist der starke Einfluß der Grünen, die gut die Hälfte der Mitglieder stellen. Daneben arbeiten KB, KBW und Gruppe Z mit, neuerdings auch ein exponierter SBler (BWK und Volksfront haben ihre Mitarbeit ganz bzw. weitgehend eingestellt).

So positiv die große politische Spannweite dieses grün-alternativen Bündnisses ist, so ist sie natürlich auch Quelle häufiger, nicht immer fruchtbarer Spannungen. Das ging schon los bei der Namensfindung. Daß in der alternativen Szene der Begriff der „Bürger"-Liste meistens Verwunderung bis Schmunzeln hervorruft, weil damit eher Fredersdorfs Bürger-Partei als Bürgerinitiativen assoziiert wird, wog in der Diskussion wenig: „Die ewige Angst vorm Bürgerlichen muß endlich aufhören", so beschloß der hiesige Z-Chef diese Diskussion.

Die Spannungen setzten sich fort in Krächen, die das wiederholte Brechen demokratischer Regeln von seiten einzelner weniger Grüner und der Z hervorrief. Das Einnehmen nicht autorisierter „Pressesprecher"-Funktionen, arrogante und oberlehrerhafte Bemerkungen zu Programmentwürfen, die fast die Mitarbeit jener Autoren gekostet hätten, das Umschreiben von Programmteilen beim Tippen derselben — das waren einge unerfreuliche Episoden.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Erfahrungen sprach sich die große Mehrheit der GABL dafür aus, mittels einer Satzung basisdemokratische Spielregeln zu fixieren. Danach sind Doppelfunktionen und Doppelmandate nicht zulässig, die Tätigkeit im Arbeitsausschuß ist auf zwei Jahre, die im Rat auf zweieinhalb Jahre begrenzt. Nach einigem Kampf wurde durchgesetzt, daß alle Gremien und Kandidatenlisten zur Hälfte und gleichwertig mit Frauen besetzt werden sollen. Außerdem ist das imperative Mandat ausdrücklich verankert. Schlechte Erfahrungen andernorts führten schließlich zu folgender Passage: *„GABL-Mandatsträger/innen üben ihr Mandat nicht als Berufspolitiker aus, sondern betrachten sich als Beauftragte der hannoverschen Basisbewegung. Daraus folgt, daß sie ihr Mandat nicht hauptberuflich wahrnehmen. Die Diäten werden vollständig an die Liste abgeführt".*

Insgesamt ist die Zusammenarbeit über fast ein halbes Jahr trotz aller Nervereien als ein Erfolg anzusehen.

Diese Ansicht wird allerdings von einigen Grünen nicht geteilt: *„Bei einigen unserer Mitglieder des Kreisverbandes erheben sich Bedenken, daß die GABL von Kommunisten vereinnahmt werden könnte"*, teilte der grüne Mitgliederrundbrief im Mai mit. Inzwischen werden von einigen Grünen auch schon Zweifel geäußert, ob das Beschreiten des offenen Weges eines breiten Bündnisses nicht überhaupt ein Fehler war. Aber hier soll der innergrünen Meinungsbildung nicht vorgegriffen werden; die nach der Kommunalwahl anstehende Auseinandersetzung um die Landtagskandidatur im nächsten Frühjahr wird sicherlich Aufschluß darüber liefern, wie das „Modell GABL" bei den Grünen angekommen ist . . .

Natürlich lag die hauptsächliche Betätigung der GABL bisher nicht darin, innere Querelen auszutragen, sondern in erster Linie in einer intensiven Programmerarbeitung. An ihr haben sich Dutzende abgerackert, so daß lange für etwas anders kaum Zeit blieb. Herausgekommen ist ein umfangreiches Werk, in dem an wichtigen Bereichen nur Abschnitte zu den ausländischen und den älteren Mitbürgern noch fehlen. In vielen, wenn auch leider nicht allen Teilen wird die Handschrift kompetenter Betroffener sichtbar, die die Mißstände in dieser Stadt präzise schildern und die Forderungen der Basisbewegung aufnehmen.

Vorangegangen sind lange Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die anfangs öfter auftretende Verengung des Blicks auf den Rahmen der „kommunalen Rechte", den zu überschreiten sich für eine Kommunalwahl-Liste nicht schicke, aufgebrochen wurde, so daß jetzt z.B. ein Teil zu Krieg und Frieden mit der Ablehnung der Nato-„Nachrüstung" dem Programm vorangestellt wurde.

Auch wurde letztendlich mehrheitlich akzeptiert, Autoren wie z.B. der Gruppe Rotzschwul soviel Autonomie zuzugestehen, daß sie in ihrem Programmteil auch Forderungen an die Linken und Alternativen, also auch an




die GABL selbst, hineinschreiben können. Das Programm kann bestellt werden bei: GABL, c/o Stadtpost, Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1.

Die bisher ernsteste Krise durchlebte die GABL während der Aufstellung ihrer Kandidaten. Ziel war es, die verschiedenen Strömungen in der GABL auf den Kandidatenlisten (es gibt keine zentrale Liste, sondern 20 Stück für 20 Wahlbereiche) möglichst angemessen zu repräsentieren. Hierbei blaubte sich dann aber die Gruppe Z zu kurz gekommen und sorgte für einige Aufregung. Der Konflikt konnte schließlich beigelegt werden (vgl. dazu in diesem AK: „Erklärung des KB zu einigen Vorgängen . . .").

Nach den bislang durchgeführten Wahlen für über die Hälfte der 20 Listen dürfte sich wohl keine der politischen Strömungen untergebuttert fühlen. Grüne, Linke und Unabhängige sind gleichermaßen vertreten. Die Frauen stellen 40% der Kandidatenliste, besetzen allerdings nur 33% der Spitzenplätze.

Die wichtigste und entscheidende Frage ist jetzt die, wieweit die GABL es schafft, mit der praktischen Politik voranzukommen. Damit hat sie sich bisher noch etwas schwergetan. Die Frauen der GABL gehen mit gutem Beispiel voran: Die katastrophale Kindergartenversorgung in einem hannoverschen Bezirk wollen sie mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen aufgreifen.

KB/Gruppe Hannover

### Kommunalwahlen in Niedersachsen:

Kommunalwahlen in Niedersachsen:

## Wahlbündnisse mit der DKP
## Nur wenn das »Trennende« außen vor gelassen wird!

Nachdem der Vorsitzende Herbert Mies auf dem DKP-Parteitag meinte, daß es *„... an der Zeit (sei) ..., ernsthaft zu prüfen wo und unter welchen Bedingungen die Möglichkeiten eines organisierten parlamentarischen Zusammengehens verschiedener demokratischer und linker Kräfte geschaffen werden könnten"*, begibt sich die DKP bei den niedersächsischen Kommunalwahlen auf dieses für sie neue und glatte Parkett.

In mehreren Orten tauchte die DKP in Alternativen Listen auf, um über eine gemeinsame Kandidatur zu diskutieren. Ihr Auftreten ist unterschiedlich, aber es läuft fast überall auf dasselbe hinaus: Eigenkandidatur der DKP.

Wenn die DKP gemeint hat, sie bräuchte nur die große bündnispolitische „Öffnung" ankündigen, und alle würden begeistert die Arme nach ihr ausstrecken, sieht sie sich jetzt getäuscht. Nachdem die Grünen postwendend nach dem DKP-Parteitag ihre Ablehnung solcher Bündnisse kundgetan haben, stößt die DKP auch in den Alternativen Listen auf Skepsis und Mißtrauen, zumal sie die Bedingungen für ihre Mitarbeit stellen will, nach dem Motto: alle sollten sich auf das Einigende beziehen, und das Trennende außenvor lassen. Konkreter formulierten das DKP-Vertreter in **Delmenhorst**: sie wollten gewährleistet haben, daß die AL keine Verurteilung eines möglichen Einmarsches der Sowjetunion in Polen aussprechen darf.

Solch eine Politik macht die DKP bei Linken und Initiativen nicht beliebter. Wird gerade an den wunden Punkten des „realen Sozialismus" dann etwas entgegengesetzt, zieht man sich beleidigt zurück, wie z.B. in **Stade** an der Auseinandersetzung um den Friedenspunkt in der Präambel, in der gefordert wird, keine Mittelstreckenraketen in Ost und West, und wo gegen die Pershing II aber auch gegen die SS 20 argumentiert wird. Mit der Begründung, das sei NATO-Position, schied die DKP aus dem Bündnis und beschloß die Eigenkandidatur.

In **Delmenhorst** ist noch alles offen. Die DKP tritt massiv auf in der AL. Das Kräfteverhältnis ist etwa 50:50. Sie ist ängstlich darauf bedacht, daß die AL nichts machen darf, was die DKP nicht gutheißen könnte. Der Vorschlag der DKP, der Kreis der Kandidaten solle die AL-Politik bestimmen, stieß nicht auf Gegenliebe bei den übrigen AL-Mitgliedern. Die DKP rechnet damit, daß außer ihren Leuten kaum Linke bereit sein werden zu kandidieren. So war es dann konsequent, daß die DKP auf der letzten Sitzung eine Abstimmung herbeiführte, daß die Liste nur dann politisch aktiv werden dürfe, wenn a l l e zustimmen, was ihr praktisch ein Veto-Recht einräumen würde.

Witzig bloß, daß bei einem solchen Prinzip über eine solche Grundsatzentscheidung a b g e s t i m m t werden kann. Tatsächlich erhielt die DKP im Bündnis mit Ex-SB'lern eine knappe Mehrheit, während die anderen Teile erklärten, unter solchen Bedingungen sei eine gemeinsame Liste gestorben. Tatsächlich bleibt hier für die DKP die Möglichkeit, mit einem eingeschränkten „Bündnis" unter ihren Bedingungen als „Alternative" anzutreten.

In **Nordhorn** hat die DKP einen Sitz im Stadtrat, hier war eine erneute Eigenkandidatur nie umstritten. Trotzdem beteiligt sich die DKP an der Diskussion um eine AL. Angeblich ist man sich einig, parlamentarisch und außerparlamentarisch zusammenarbeiten zu wollen.

In **Oldenburg** hat die DKP ebenfalls einen Stadtratssitz. Hier hat sie ihre Liste geöffnet, allerdings nur ein bißchen und nicht für jedermann und -frau, sondern ausschließlich für den unlängst aus der SPD ausgetretenen und auch im Stadtrat vertretetenen Kandidaten Schachtschneider. Diese Liste und vor allem Schachtschneider kann sich der Unterstützung der Jusos gewiß sein, da diese gerade erklärt haben, bei den Kommunalwahlen der SPD die Unterstützung zu entziehen. In Oldenburg ist keine AL zustandegekommen. Außer der DKP kandidieren die Grünen.

Vermutlich wird es außer in Listen, in denen einzelne DKP-Mitglieder kandidieren, wie z.B. in Verden, mit der DKP kaum „parlamentarisches Zusammengehen verschiedener demokratischer und linker Kräfte" (Originalton H. Mies) geben.

KB/Gruppe Bremen

## Hamburg: „Gruppe Z" zieht Antrag gegen grünen Bundesvorstand zurück

Die Chancen für die DKP, Platz in einem Wahlbündnis zu den Bürgerschaftswahlen '82 zu finden, sind nun noch geringer geworden, nachdem auch die „Gruppe Z" stärker auf Distanz zur DKP geht.

Zur Erinnerung: Auf dem DKP-Parteitag Ende Mai hatte diese ihr Interesse signalisiert, mit den Grünen und Bunten Listen Wahlbündnisse bzw. -absprachen einzugehen. Der Bundesvorstand der Grünen veröffentlichte daraufhin sofort eine schroffe Abweisung und sprach sich p r i n z i p i e l l gegen eine Zusammenarbeit mit der DKP aus. Das schreckte die „Gruppe Z" hoch, die in Hamburg sehr enge Kontakte zur DKP gesponnen hatte. Um sich ihre Möglichkeiten in diese Richtung offen zu halten, wurde im Landesvorstand der Hamburger Grünen ein Antrag für den Bundeshauptausschuß (höchstes Gremium der Grünen Partei) eingebracht, daß Bündnispolitik Sache der Landesverbände sei und nicht vom Bundesvorstand zentral entschieden werden könne.

Auf einer folgenden Sitzung des Hamburger Landesvorstands der Grünen tauchte ein Leitungskader der „Gruppe Z" auf und argumentierte, die Intention eines solchen Antrags sei zwar richtig, aber ihn im BHA zu stellen, wäre „taktisch unklug" (da der Antrag offensichtlich nicht mehrheitsfähig wäre). Dies stieß im Landesvorstand nicht auf Widerspruch. Erstaunen löste es aber doch bei den nicht zur „Z" gehörenden Vorständlern aus, daß das mit der Ausformulierung des Antrags beauftragt gewesene Vorstandsmitglied gar nicht erst einen Entwurf gemacht hatte, weil er – im geistigen Gleichschritt mit der „Z"-Leitung – schon vor der LV-Sitzung beschlossen hatte, „daß das doch keinen Sinn hat".

## Niedersachsens FDP will oppositionellen Kreisverband ausschließen

1976 verriet die niedersächsische FDP ihre Wähler und lief zur CDU über. Bei der nächsten Landtagswahl putzte sie die Platte und betrachtet seither den Landtag von außen. Das scheint ihr zu gefallen! In Westberlin mischte sie sich ein, um zu einer Wiederholung des Harakiri zu ermuntern. Inzwischen ist sie der CDU zuliebe sogar bereit, die Auflösung oppositioneller Kreisverbände zu betreiben.

Erstes Opfer ist der FDP-Kreisverband Lüchow-Dannenberg, der im Gegensatz zu den gekauften Marionetten von CDU und SPD durch seinen klaren Anti-AKW-Kurs positiv aufgefallen ist und damit gute Karten bei der bevorstehenden Kommunalwahl hat. Als deshalb Albrecht persönlich mit einem Beschwerdebrief die Lüchow-Dannenberger FDP bei Graf Lambstorff denunzierte, wurde nicht lange gefackelt: In einem 4-seitigen Schreiben griff der Graf die „unvertretbare" Politik dieses Kreisverbandes an, die zudem im Gegensatz zu FDP-Parteitagsbeschlüssen stehe. Die niedersächsische FDP-Führung setzte mit der der Androhung des Parteischlusses einen Schritt nach, wobei ihr als Aufhänger ein Zusatzparagraph in der Kreisverbandssatzung diente, der die Gegnerschaft gegen AKWs festschreibt. Der Kreisparteitag der Lüchow-Dannenberger FDP hat sich bisher diese Disziplinierung nicht gefallen lassen und die geforderte Satzungsänderung abgelehnt. Der „liberale" Landesvorstand hat sich hierdurch nicht stören lassen und das parteiinterne Schiedsgericht eingeschaltet. *„Sollte der Spruch des Schiedsgerichts, das sich mit Sicherheit die Meinung der Parteiführung zu eigen machen wird, nicht befolgt werden, droht dem gesamten Kreisverband der Ausschluß aus der FDP"* („Hannov. Allg. Zeitung", 27.6.).

# Rollei Braunschweig meldet Konkurs an
# 785 Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz

Mit den Rollei-Werken wird im September der letzte bedeutende Kamerahersteller der BRD die Produktion einstellen. Damit verlieren im Raum Braunschweig mit seiner ohnehin schon überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote von z.Zt. 6,7 % weitere 785 Menschen ihren Arbeitsplatz.

Das Braunschweiger Rollei-Werk war erst im April dieses Jahres von der Norddeutschen Landesbank (Nord LB) in den Besitz einer „Foto-Holding" unter Leitung von Hannsheinz Porst (Foto Porst) übergegangen. Damals wurde oftmals behauptet, der Betrieb sei von der Nord LB an Porst „verschenkt" worden — heute sagt Porst, daß ihn „ohnmächtige Wut" packe, wenn er an diesen Transfer denke: Die Situation des Betriebes sei ihm nicht wahrheitsgemäß vermittelt worden. Bei der Kalkulation des Lagerbestandes seien z.B. Vorräte an Linsen berücksichtigt worden, die gar nicht mehr in die heutigen Kameras eingebaut werden könnten. Kenner behaupten außerdem, daß die bevorstehenden Veränderungen des Wechselkurses und des Zinsgefüges, die offiziell als Grund für die Betriebsschliessung angegeben werden, der Nord LB zum Zeitpunkt des Transfers bekannt gewesen sein müssen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Nord LB ganz bewußt den Betrieb an Porst zum Zwecke der Konkursdurchführung „verschenkt" hat, um auf diese Weise selber aus der Rolle des Liquidators herauszukommen und in die Rolle des Hauptgläubigers überzuwechseln.

Fortschritt der Fotografie

Endgültige Klarheit über die Hintergründe des Rollei-Konkurses wird es wohl erst dann geben, wenn bekannt wird, was mit dem Rollei Werk in Singapur wird. In Singapur befindet sich die Hauptproduktionsstätte von Rollei, in der 5000 Menschen arbeiten. Rollei Singapur gehört zu 75 % der Nord LB und zu 25 % der Entwicklungsbank von Singapur — es ist rechtlich ein eigenständiger Betrieb und nicht Bestandteil der Konkursmasse. Im Gegensatz zu Rollei Braunschweig, wo seit Jahren Verluste ausgewiesen werden, machte Rollei Singapur im vergangenen Jahr einen Bilanzgewinn von 20 Millionen DM.




Unklar ist zur Zeit noch, ob die Nord LB einen Weg kennt, Rollei Singapur als profitablen eigenständigen Betrieb weiterzuführen. Sollte der Bank dies gelingen, dann würde sich der Konkurs im nachhinein als der erfolgreiche Abschluß einer 1970 begonnenen und etappenweise durchgeführten Betriebsverlagerung von Braunschweig nach Singapur herausstellen.

In Braunschweig rühren sich inzwischen auch die Leute, die aus der jetzt noch weiter verschlechterten Arbeitsplatzsituation einen Nutzen ziehen wollen: Der Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, Vehling, will als Konsequenz aus den vielen Betriebsschließungen im Braunschweiger Raum grundsätzlich neue Wege gehen. Er fordert für die Industrieansiedlung im Raum Braunschweig „ein Konzept wie für die Küste bei Wilhelmshaven." Wer dieses Konzept kennt, den überkommt bei solchen Worten der nackte Horror. Die Nordseeküste bei Wilhelmshaven wird zur Zeit durch die Ansiedlung von Chemiebetrieben als Erholungsgebiet zerstört. Für Braunschweig soll auch der Ölschieferabbau wieder erwogen werden, den wegen der ökologischen Konsequenzen inzwischen keine der bürgerlichen Parteien mehr zu fordern wagt.

KB/Braunschweig

# Gesamtmetall geht vor Gericht:
# Droht ein Verbot von Warnstreiks?

Ende Juni haben die 13 Mitgliedsverbände des Kapitalistenverbandes Gesamtmetall bei den zuständigen Arbeitsgerichten Klage eingereicht, um die *„Rechtsunsicherheit über die Zulässigkeit von Warnstreiks"* zu beenden. Gesamtmetall hatte diese rechtlichen Schritte bereits im Verlauf der diesjährigen Tarifrunde mehrfach angekündigt, verzichtete jedoch aus Gründen der Zweckmäßigkeit zunächst darauf („um eine Eskalierung zu vermeiden").

Anlaß waren die diesjährig erstmals in so breiter Form vorgetragenen Streikaktivitäten im Rahmen der „neuen Beweglichkeit" in der Metalltarifrunde, in deren Folge ca. 1,5 Mio. Arbeitsstunden ausfielen (s. Kasten).

Nachdem das Bundesverfassungsgericht den Kapitalisten das Recht auf Aussperrung höchst richterlich absegnete, verspricht sich Gesamtmetall in diesem erneuten Vorstoß eine weitere Einschränkung des Streikrechtes zu erreichen. Dabei wird ein Rechtsstreit von zwei bis dreijähriger Dauer (ggf. bis zum Bundesarbeitsgericht in Kassel) in Kauf genommen.

### Das BAG-Urteil und die Sichtweise von Gesamtmetall

Formal-rechtlicher Hintergrund der Klage von Gesamtmetall ist das sog. „Warnstreikurteil" des Bundesarbeitsgerichts (BAG) von 1976. Hierin wurde für Recht erkannt, daß der „milde Druck" kurzer, begrenzter Warnstreiks während ncoh laufender Tarifverhandlungen zu deren Beschleunigung geeignet sein könne. Eine Urabstimmung ist hiernach als Voraussetzung nicht erforderlich, wohl aber, daß diese von der Gewerkschaftsführung getragen und daß der „geordnete" Verlauf gewährleistet werde (d.h. also ein Verbot „wilder" Warnstreiks).

Das BAG-Urteil ist nicht im Sinne einer Erweiterung des Streikrechts zu werten, sondern dient der „Entschärfung" tarifpolitischer Auseinandersetzung. Die eingeschränkte Erlaubnis von Warnstreiks ist vom Gericht gedacht *„im Interesse des Allgemeinwohls"*, um damit *„die Gefahr eines großen, unbefristeten Arbeitskampfes"* vermeiden zu können (zitiert nach „Frankfurter Rundschau", 28.2.).

Was *„kurz und zeitlich begrenzt"* ist, hat das Gericht offengelassen. Hieran anknüpfend die Auslegung von Gesamtmetall: Wenn Warnstreiks überall in der BRD im „rollierenden System" eingesetzt werden, so käme dies einem „rechtswidrigem Erzwingungsstreik" gleich. Hierfür gelte aber das „Ultima-Ratio-Prinzip", d.h. ein „Erzwingungsstreik" dürfe erst nach Ausschöpfung aller Verständigungsmöglichkeiten geführt werden (nach dem Scheitern von Verhandlungen, der evtl. Schlichtung sowie erfolgter Urabstimmung).

**1,5 Millionen Stunden ausgefallen**

*Nach den Ermittlungen der Arbeitgeber wurden in der Tarifrunde 1981 über 4 400 Betriebe bestreikt, davon 830 mehrmals. Insgesamt hätten sich von den 3,7 Millionen ‚zu Warnstreiks aufgerufenen Metall-Arbeitnehmern mehr als 930 000 daran beteiligt, also rund ein Drittel. Ausgefallen seien etwa 1,5 Millionen Arbeitsstunden (zum Vergleich: Als 1974 in Bremen 57 000 Arbeitnehmer drei Wochen lang voll streikten, waren es 6,8 Millionen Stunden gewesen). Der Verdienstausfall der Streikenden, vom Arbeitgeber in aller Regel nicht ersetzt, auch nicht von der Gewerkschaft, wird auf 24 Millionen DM beziffert, der rechnerische Produktionsausfall auf rund 110 Millionen DM.*

**„FAZ", 26.6.81**

Was die Kapitalisten an der von der IGM-Führung praktizierten „neuen Beweglichkeit" besonders wurmt, sind u.a. zwei Dinge:

– Sie können – formalrechtlich – nicht das Mittel der Aussperrung anwenden, zudem wird dieses Mittel in der Praxis als „selbstschädigend" eingeschätzt.

– Trotz des für die Kapitalisten insgesamt positiven Verlaufs der Lohnrunde 1981 sehen sie in der Beibehaltung der Praxis der „neuen Beweglichkeit" längerfristig Risiken. Ihre Befürchtungen gegen dahin, daß *„die Führungsfähigkeit der IGM"* (im Sinne der funktionierenden „Sozialpartnerschaft") durch *„basisdemokratische und radikale Kräfte"* geschwächt werden könnte, wenn diese den *„Irrweg der ‚neuen Beweglichkeit'"* weitergehe (Gesamtmetallchef Kirchner in der „Westfälischen Rundschau", zitiert nach „SZ", 21.4.). Kann die IGM-Führung aufgrund der diesjährigen rühmlichen Erfahrungen auf das Gegenteil verweisen, will Gesamtmetall dennoch kein Risiko eingehen. Nach wie vor geht Gesamtmetall davon aus, daß zukünftig *„solche Radikalisierung der Basis für die IGM-Verhandlungskommissionen zum Bumerang"* werden kann, und die IGM-Führung *„ihren Verhandlungsspielraum selbst einschränkt und ihre Autorität untergräbt"* (Handelsblatt", 26.6.). Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die diesjährigen Erfahrungen der Metall-Lohnrunde in Hessen, wo die Verhandlungsführung der IGM nach einem „Kompromiß"-angebot an die Kapitalisten unter dem Druck der Basis zunächst zurückgepfiffen wurde.

Nun geht es Gesamtmetall bei ihrem Versuch der *„ausgewogenen Weiterentwicklung des geltenden Arbeitskampfrechts"*, bei der *„entschlossenen Verteidigung ihrer Rechte"* („HB" s.o.) nicht darum, Warnstreiks g e n e r e l l verbieten zu lassen, sondern um deren erheblichen Einschränkung. Vom Bundesarbeitsgericht erhofft man sich, *„daß wenigstens Dauer der Arbeitsniederlegungen, die Zahl der Beteiligten und die Wiederholbarkeit konkret begrenzt sowie auch dazu Stellung nimmt, ob Auszubildende überhaupt zu Warnstreiks aufgerufen werden dürfen"* („FAZ", 26.6.).

Konkret stellen sich die Kapitalistenverbände vor,

– daß Arbeitsniederlegungen im Rahmen von Warnstreiks auf 15 bis maximal 30 Minuten begrenzt werden;

– daß Warnstreiks nicht wiederholt werden dürfen, d.h. nur einmal während der Verhandlungen innerhalb eines Tarifgebietes in einem oder auch gleichzeitig in mehreren Betrieben gestreikt werden darf;

– ein völliges Verbot von Warnstreiks zu erwirken, wenn für das betreffende Unternehmen ein über den Verlust der Arbeitszeit hinausgehender „beträchtlicher Schaden" entstehen würde (etwa, weil eine fristgebundene Erledigung eines Terminauftrages verhindert und deshalb eine Vertragsstrafe fällig sein würde).

Kommt das BAG diesem Ansinnen nach, so wäre dem Warnstreik jegliches Druckmittel genommen. Dieser Angriff auf das Warnstreikrecht würde in der praktischen Konsequenz einem Verbot gleichkommen, nur mit dem „Unterschied", daß ein Schein von „Rechtsstaatlichkeit" gewahrt bliebe.

### Die Reaktion

In einer ersten Stellungnahme auf die Klage von Gesamtmetall hat die IGM mit einer Stellungnahme geantwortet, in der es *„als unsinnig und das Dümmste"* bezeichnet wurde, *„was der westdeutschen Volkswirtschaft passieren könnte, wenn man den Gewerkschaften das Arbeitskampfmittel des Warnstreiks wegnehme und sie damit zwinge, jeweils einen Streik zu führen"* (IGM-Vorstandsmitglied und Tarifexperte Janßen, zitiert nach „HB" 26./27.6.).

Ihr aber liege daran, *„ein mildes Mittel"* schon während der Verhandlungen einsetzen zu können, *„um uns und der Volkswirtschaft schärfere und gröbere Flächenstreiks zu ersparen"* („FR", 26.6., Janßen). Für die IGM-Führung stellt sich also jetzt erneut die Frage, ob sie – wie etwa im Falle der Aussperrungsklage – ihre Mitglieder mit der ausschließlichen Orientierung auf die „Gerechtigkeit" westdeutscher Justiz vertrösten kann. Wie die Realität der „Rechtssprechung" aussieht, dürfte sich inzwischen eigentlich herumgesprochen haben.

Ob die DGB-Führung „zum Wohle der westdeutschen Volkswirtschaft" diesmal mehr zu tun gedenkt, wird sich bald konkret messen lassen. Einmal mehr wird der Arbeiterlinken die Aufgabe zufallen, sich dem Angriff auf das Streikrecht auf allen Ebenen betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessensvertretung entgegenzustellen.

Kommission B + G

# Weitere Aktionen zur Solidarität mit Hermann Gaßmann




An der Friedensdemonstration anläßlich des Evangelischen Kirchentages in Hamburg beteiligten sich auch Kollegen aus der Hamburger IG Metall. Mit Transparenten und Sprechchören forderten sie die Freilassung ihres seit Ende März wegen angeblicher Spionage inhaftierten Kollegen Hermann Gaßmann. Insbesondere diejenigen Demonstranten, die sich alljährlich am 1. Mai von den obliga-

diejenigen Demonstranten, die sich alljährlich am 1. Mai von den obliga-torischen DGB-Rednern langweilen lassen, empfanden große Genugtuung, als während der Abschlußkundgebung der Friedensdemo auf eben jenem Balkon des Gewerkschaftshauses, von dem sonst die Mai-Redner sprechen, die Plakate und Transparente der Gaßmann-Solidarität auftauchten (unser Foto).

Wenige Tage später fand eine weitere Veranstaltung statt, auf der über den aktuellen Stand in Sachen Gaßmann berichtet wurde. Aus dem Bedürfnis heraus, Hermann eine ganz direkte Unterstützung und Ermutigung zukommen zu lassen, entstand der Vorschlag, eine spontane Demonstration zum Untersuchungsgefängnis an der Holstenglacis zu machen. Fast ohne Ausnahme zogen die ca. 150 Teilnehmer der Veranstaltung

Fast ohne Ausnahme zogen die ca. 150 Teilnehmer der Veranstaltung dorthin und brachten Hermann ein halbstündiges Ständchen aus Sprechchören und Liedern. Die Parole „Eins, zwei, drei, laßt den Hermann frei!" wurde von anderen Gefangenen mit der Antwort „wir heißen alle Hermann!" quittiert. Die von der Aktion offenbar völlig überraschte Polizei beschränkte sich auf Verkehrsregelung und Beobachtung durch einige Zivilfahnder.

# Staatsschutzaktion gegen DKP-Betriebsrat

Der Spitzel kam nach der Arbeit. Peter Jasczyk, Betriebsrat bei Opel-Bochum und bekanntes DKP-Mitglied, war kaum zu Hause, als es klingelte und ein bieder wirkender Herr, Anfang 40, vor der Tür stand. Im Wohnzimmer offenbarte sich der Besucher als Mitarbeiter des Bundesinnenministers. Er begehrte Informationen über die Arbeit des Opel-Betriebsrates und über Internas aus der DKP. Um Vertrauen zu erwecken, tischte er die Story auf, daß es zwei Linien im Bundesinnenministerium gäbe. Ein Teil sehe die DKP nur als verfassungsfeindliche Partei , während ein anderer Teil mit der DKP Kontakt halten wolle, da diese Partei in Betrieb und Gewerkschaft sehr aktiv sei. Für Informationen bot der Spitzel Geld – 2000 DM monatlich seien ohne weiteres drin.

Peter Jasczyk zeigte sich interessiert und bestellte den Spitzel zu einem späteren Termin. Auf diese Begegnung bereitete er sich gründlich vor. Fünf Arbeitskollegen versteckten sich schon Stunden vor dem verabredeten Zeitpunkt in Jasczyks Wohnung. Ein halbe Stunde früher als verabredet erschien der V-Mann und gab sich mit einem roten Ausweis vom Innenministerium zu erkennen. Dann griffen die Kollegen zu. Was dann geschah – darüber gegen die Schilderungen auseinander. Sei es – wie die „Revier" schreibt – daß der Spitzel verprügelt, ihm eine Flasche Whisky eingeflößt und er schließlich in Unterhosen aus der Wohnung gejagt wurde oder sei es – wie die „Deutsche Volkszeitung" meldete –, daß der V-Mann angesichts der Übermacht bereitwillig den Anordnungen der Kollegen folgte, jedenfalls brachte die nun folgende Vernehmung einige recht interessante Ergebnisse. Der Spitzel, dessen Lottoschein ihn als Siegfried Köntgen entlarvte, erklärte, daß sein Chef Josef Degenhardt von der Abteilung II des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln sei. Er führte 2000 DM in 100 Markscheinen und eine vorgedruckte Verpflichtungserklärung bei sich, die Jasczyk wohl unterschreiben sollte. Sieben Personen des Verfassungsschutzes stünden in der Nähe von Jasczyks Wohnung, erklärte der Spitzel. Und richtig, nach einer Viertelstunde erschien einer von ihnen und erkundigte sich nach seinem Kollegen. Herr Madler sei schon gegangen, wurde ihm mitgeteilt, und er zog befriedigt wieder ab (vgl. dazu Punkt 5 der Verpflichtungserklärung, wo der VS seinen Spitzeln garantiert, daß alle Maßnahmen getroffen werden, die zu seiner Sicherheit erforderlich sind). Nach einer Stunde wurde der V-Mann entlassen.

## „BILD" spricht von Folter und die Staatsanwaltschaft ermittelt

Über eine Woche lang passierte zunächst einmal nichts. Dann, am 8.6., erschien in der „Bild"-Zeitung die Story „Prügel für den V-Mann", nach der in Essen sechs DKP-Leute einen Verfassungsschützer in eine böse Falle gelockt hätten. Am 16.6. berichtete dann das WDR-Fernsehen über den empörenden Anwerbungsversuch. Nun beschlossen die VS-Agenten offenbar, die Flucht nach vorn anzutreten. In diversen Tageszeitungen, darunter auch der „Frankfurter Rundschau", erschien jetzt die Version, der Spitzel sei gefoltert worden. Die Männer hätten ihn *„ausgezogen und etwa eine Stunde lang unter anderem mit Gummiknüppel-Hieben auf Nieren und Geschlechtsteile gequält"* und dabei *„lebensgefährlich mißhandelt"*. Die Staatsanwaltschaft ermittelte. Erstes Ergebnis: Das Opfer schwebe in Lebensgefahr. Einem „Stern"-Reporter gelang es allerdings nicht, herauszufinden, in welchem Krankenhaus der Spitzel gewesen sein soll.

Hatte die Presse die Vorverurteilung Jasczyks übernommen, so setzte jetzt die Staatsanwaltschaft nach. Der Anlaß, nämlich der Versuch, den Opel-Betriebsrat zu bespitzeln, soll so in Vergessenheit geraten. Der Staatsanwalt platzte am 22.6. in eine Betriebsratssitzung und ermittelte; am 26.6. fand morgens bei Jasczyk eine Polizeiaktion mit 20 Polizisten statt, bei der u.a. Fotos aus dem Warnstreik der letzten Tarifrunde beschlagnahmt wurden. Peter Jasczyk hat jetzt ein Verfahren wegen „gefährlicher Körperverletzung, Raubes pp." zu erwarten.

## IG-Metall verlangt Aufklärung von Baum

Die IG-Metall reagierte auf die Vorgänge mit einer Anfrage bei Bundesinnenminister Baum, *„ob es zu den üblichen Methoden des Verfassungsschutzes gehöre, Betriebsratsmitglieder anzuwerben, um über ihre Betriebsrats- und Gewerkschaftskollegen an den Verfassungsschutz zu berichten"*. Was die IG-Metall hier scheinheilig anfragt, ist ihr längst bekannt. Erinnern wir uns: Im Vorfeld der letzten Betriebsratswahlen erklärte Baum, auf die routinemäßige Überprüfung aller Bewerber für Betriebsratsposten künftig verzichten zu wollen. Welche Absichten hinter dieser Änderung standen, wurde damals nicht verschwiegen: *„Das neue Verfahren nimmt bei der Beobachtung der kommunistischen Kader seinen Ausgang. Es ist darauf angewiesen, deren Angehörige in die Betriebsratswahlen hinein zu verfolgen. Das Verfahren ist sicherlich arbeitsintensiver, fordert mehr nachrichtendienstliches Verhalten („Schnüffelei")"* („FAZ", 2.4.81).

„Baum setzt auf V-Leute" meldete die „Welt" bereits am 19.1. Damals schrieben der IGM-Vorsitzende Loderer und das Vorstandsmitglied Benz an Baum und dankten ihm für sein Entgegenkommen – heute begnügen sie sich angesichts nachgewiesener Spitzeleien mit einer Anfrage. Auf der anderen Seite haben Loderer und Benz in einer Stellungnahme zu den Vorfällen bei Opel-Bochum den Foltervorwurf übernommen und „Selbstjustiz und Folter" verurteilt.

Ein schlechtes Licht auf die IGM wirft auch ein anderer in diesem Zusammenhang bekanntgewordener Vorfall: Bereits vor einem Jahr wurde der Opel-Kollege Hans Weinmann, der als aktiver Gewerkschafter bekannt ist, von einem Herrn Bamberg vom Innenminsterium aufgesucht, um ihn für eine Spitzeltätigkeit zu werben. Weinmann wandte sich damals an die IGM-Verwaltungsstelle und schrieb einen Brief an Loderer – dennoch wurde der Vorfall nirgends bekannt gemacht.

Informationen nach: „Roter Morgen" 19. und 26.6.; „UZ" 25. und 27.6.; „FR" 19.6.; „Neue" 1.7.; „Deutsche Volkszeitung" 2.7.; „Revier" 7/81.

**Kommission Betrieb & Gewerkschaft**

## Polizeigewerkschaft:
# Die 17. Säule des DGB

Mit dem Beitritt der Gewerkschaft der Polizei zum Deutschen Gewerkschaftsbund wurde vor drei Jahren ein Geschäft auf Gegenseitigkeit vollzogen. Zuvor hatte der DGB eine eigene Polizeigewerkschaft abgelehnt und Polizisten in der ÖTV organisiert. Der kollektive Beitritt änderte am Charakter der Polizeigewerkschaft wenig, er bescherte ihr aber einen Mitgliederzuwachs von 140.000 auf 161.000 (im wesentlichen jene, die zuvor in der ÖTV organisiert waren) bei ca. 180.000 Polizeiangehörigen in der BRD.

Die Einbettung in den DGB hat der Polizeigewerkschaft *„den unschätzbaren Vorteil gebracht, auf breiter gewerkschaftlicher Ebene die Rolle der Polizei in der Gesellschaft verdeutlichen zu können"* (1). Dies zeigte sich zunächst in der Debatte, ob eine positive Bezugnahme auf die Innere Sicherheit in die Programmatik des DGB aufgenommen werden solle. Ein solcher Satz fand sich im Entwurf des DGB-Bundesvorstandes für ein neues Grundsatzprogramm (1979) und in den Wahlprüfsteinen zur letzten Bundestagswahl. Trotz diverser Gegenanträge wurde er auch in das Grundsatzprogramm übernommen, ergänzt um die Aussage: *„Das berechtigte Bedürfnis der Bürger nach Sicherheit darf aber nicht zum Abbau demokratischer Freiheitsrechte mißbraucht werden."*

Politisch vertritt die GdP in etwa die Positionen der sozialliberalen Regierung, d.h. sie ist gegen eine Einschränkung des Demonstrationsrechts und gegen eine Bewaffnung der Polizei mit Handgranaten. Allerdings betont die GdP sehr stark, daß eine „konsequente Anwendung" der gesetzlichen Vorschriften notwendig sei: *„Es ist nicht länger hinzunehmen, daß aufgrund politischer Entscheidungen offenkundige Rechtsverstöße – wie z.B. bei Hausbesetzungen oder Bohrplatzbesetzungen – über lange Zeit toleriert werden; derlei Situationen verfestigen rechtswidrige Zustände mit dem Ergebnis, daß bei polizeilichen Einsätzen das Unrechtsbewußtsein der Betroffenen abgebaut ist, was zu Eskalationen beitragen kann"* (2).

Welchen Charakter die GdP hat, zeigte sich z.B. bei der Verabschiedung ihres Mitgliedes Horst Herold aus dem BKA, dem sie *„für seine Maßstäbe, die er für die gesamte Verbrechensbekämpfung setzte"* (3), dankte.

Der DGB-Führung kommt es natürlich nicht ungelegen, wenn die GdP offensiv darangeht, *„die teilweise historisch bedingten und teilweise irrationalen Gräben zwischen Arbeitnehmern und Polizei einzuebnen, Feindbilder abzubauen"* (4). Ein gewisses Geschick ist dabei der GdP nicht abzusprechen. So werden häufig Delegationen aus anderen Gewerkschaften eingeladen, wo dann auch unbequeme Themen (z.B. Verhalten der Polizei bei Streiks) nicht ausgespart werden. Hinzu kommt, daß die GdP auch typische Arbeitnehmerprobleme (vor allem Schichtarbeit) mit anderen Gewerkschaftern diskutiert. Hier hat die GdP auch schon Protestversammlungen und Demonstrationen durchgeführt und über Kampfmaßnahmen diskutiert, um die soziale Lage der Polizisten zu verbessern. Forderungen gegen die Überlastung lassen sich sehr gut mit der Forderung nach Schaffung von 15.000 - 20.000 neuen Planstellen bei der Polizei verbinden.

Wie die GdP in den DGB hineinarbeitet, läßt sich an einem Beispiel zeigen. Die Haltung der GdP zur Legalisierung des gezielten Todesschusses war auf Kritik im DGB gestoßen. Die GdP vertrat hier die Ansicht, daß *„zur Rettung anderen Menschenlebens"* der Todesschuß erlaubt werden müsse und daß die Notwehr- und Nothilfeklauseln hier nicht ausreichen würden (5).

Die GdP lud dann Anfang 1980 den DGB-Presseausschuß, der aus Redakteuren der Gewerkschaftszeitungen besteht, in ihr Tagungshaus nach Hilden ein. Der ebenfalls geladene DGB-Chef Vetter erklärte dort: *„Auch in den Gewerkschaften seien Mitglieder noch nicht frei von Feindbildern. Daher gelte es, die Aufgabe der Polizei und die Tätigkeit der Beschäftigten in dieser Institution deutlich zu machen"* (6). Ergebnis dieser Tagung war dann ein großer Artikel in der „Welt der Arbeit": *„Beim 'Todesschuß' allein gelassen. Polizei hängt rechtlich im luftleeren Raum"* (7).

Anmerkungen

(1) Helmut Schirrmacher: „Die Gewerkschaft der Polizei: zwei Jahre im DGB", In: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/80, S. 338
(2) Deutsche Polizei 7/80, S. 3
(3) Deutsche Polizei 2/81, S. 6
(4) siehe Anm. 1
(5) z.B. in „Polizei muß Polizei bleiben", Interview mit Helmut Schirrmacher in „WdA", 25.10.79
(6) Deutsche Polizei 3/80, S. 5
(7) „WdA", 3.4.80

Kommission Betrieb & Gewerkschaft




Fragen der innergewerkschaftlichen Demokratie waren ein Schwerpunkt in der Diskussion bei einer Veranstaltung zum neuen DGB-Grundsatzprogramm in der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik. Auf dem Podium saßen u.a. der Hamburger DGB-Sekretär Albrecht Buchsteiner (links im Bild), Deltlev Hensche (zweiter von rechts) und Lothar Pinkall vom IGM-Bundesvorstand (rechts).

Angsprochen auf den DGB-Bundesvorstandsbeschluß, mit dem Gewerkschaftlern verboten wird, Unterschriftensammlungen unter Nennung ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit zu unterschreiben, erklärte Detlev Hensche, dies sei keine Richtlinie, sondern nur ein Appell, den er für absolut unwirksam halte.

Hensche wurde auch gefragt, warum er auf dem DGB-Programmkongreß für den Antrag geredet und gestimmt habe, in dem die geschichtlichen Grundlagen der Einheitsgewerkschaft einengend dargestellt werden, obwohl er vorher immer diese Passage kritisiert hätte.

In seiner Antwort betonte Hensche, daß er eine andere Formulierung besser gefunden hätte, daß er aber diesen Kompromiß mitgetragen habe, weil das Toleranzgebot hier aufgenommen worden sei. *„Auf diesen Abschnitt können sich die Antikommunisten nicht stützen"*, meinte er.

Ob sich die Antikommunisten daran halten? Immerhin mußte auf der Veranstaltung auch festgestellt werden, daß die ‚Nachrüstungs'befürworter im DGB gerade mit dem Grundsatzprogramm argumentieren, obwohl die Aussagen zur Abrüstung dort recht schwammig und beliebig auslegbar sind.

Erfreuliches am Rande: Mit grosser Begeisterung wurde eine Solidaritätsadresse für Hermann Gassmann aufgenommen; sein Foto schmückte das Podium.

## Engagiert sich Frister hauptberuflich für Hausbesetzer?

Daß gerade hauptamtliche Gewerkschaftsführer keine Mühe scheuen, um Beschlüssen der gewerkschaftlichen Basis zur Umsetzung zu verhelfen, ist allgemein bekannt. Daß aber gerade der im AK viel geschmähte Erich Frister seine berufliche Karriere aufs Spiel setzt, um ausgerechnet einem Beschluß der GEW-Berlin zum Durchbruch zu verhelfen, erfüllt uns mit Verwunderung und Hochachtung. Doch es soll der Reihe nach erzählt werden.

Schon im Dezember 1980 hatte sich die Landesvertreterversammlung der Westberliner GEW mit den Instandbesetzern solidarisiert. Ende April trat dann die LVV wieder zusammen, wo sie einen Antrag „Hausinstandbesetzer" verabschiedete, der auch Forderungen an die gewerkschaftseigene Neue Heimat enthielt: *„1. Festhalten an der bisherigen Politik der Neuen Heimat, keine Räumungen und keine Kriminalisierung von Instandbesetzern einzuleiten*
*2. Eingehen der Neuen Heimat auf die berechtigten Forderungen der Instandbesetzer (z.B. Versorgung der Wohnungen mit Wasser, Gas, Strom, Müllabfuhr, Schornsteinfeger etc. Technische Hilfen für die Instandbesetzungen)*
*3. Rückzug der Neuen Heimat aus allen spekulativen, mieterfeindlichen Sanierungsprojekten; d.h. keine Sanierung über die Köpfe der Mieter hinweg; verbindliche Anerkennung der Voten von Hausversammlungen und Mieterinitiativen für die Renovierung von Häusern."*

Als Erich Frister dieser Beschluß vorgelegt wurde, erkannte er als gewiefter Satzungsfuchs sofort, daß der Neuen Heimat über den DGB nicht beizukommen ist, da die Gewerkschaftsunternehmen formell selbstständig sind.

Damit der Beschluß trotzdem umgesetzt werden kann, besann sich Frister auf Dutschkes alte Taktik vom Marsch durch die Institutionen. Als ehemaliger Schulrat und langjähriger Gewerkschaftsvorsitzender kam ihm dabei zugute, daß er nicht als Sachbearbeiter bei der Neuen Heimat einsteigen muß, sondern gleich den Posten eines Arbeitsdirektors übernehmen konnte. Der Vorstandvorsitzende der Neuen Heimat, Albert Vietor, wird demnächst pensioniert. Auf die Instandbesetzer bei der Neuen Heimat kommen goldene Zeiten zu...

**Kommission Betrieb & Gewerkschaft**

## Polizeigewerkschaft gegen GEW-Berlin

Gegen die polizeiliche Räumung der drei besetzten Häuser am Fraenkelufer (siehe AK 198, S.5) am 24.3. hatte die GEW-Berlin in einer Presseerklärung protestiert. Darin wurde kritisiert, daß die Räumung „unter grober Täuschung der Hausbesetzer" vonstatten gegangen sei und daß gegen die Hausbesetzer der Vorwurf einer kriminellen Vereinigung erhoben worden sei.

Gegen diese Presseerklärung hat die Gewerkschaft der Polizei protestiert. In einem Schreiben an den damaligen GEW-Vorsitzenden Schmidt heißt es: *„Die Sachdarstellung ist falsch und die Rechtslage ist unrichtig wiedergegeben worden. Im übrigen stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, wie weit Eure Satzungen die GEW-Berlin ermächtigen, derartige Erklärungen herauszugeben, zumal die bei Euch organisierten Lehrer und Erzieher von dem Ereignis unmittelbar überhaupt nicht betroffen waren. Wir können uns nicht vorstellen, daß die GEW ein politisches Mandat hat, um zu solchen Fragen in der vorliegenden Form Stellung zu nehmen (...) Bei der gegebenen Sachlage wäre es ohne Zweifel im Interesse der Solidarität der im DGB organisierten Gewerkschaften erforderlich gewesen, ehe man eine derartige Presseerklärung abgibt, sich mit uns in Verbindung zu setzen".*

Aus dieser Stellungnahme klingt die zynische Position heraus, daß offenbar nur die Polizeigewerkschaft berechtigt sein soll, gewerkschaftliche Stellungnahmen zu Polizeiübergriffen abzugeben. Der Landesbezirksvorstand des DGB-Berlin hat sich inzwischen der Position der Polizeigewerkschaft angeschlossen. Für den 15.7. ist ein weiteres Gespräch zu diesem Thema im DGB-Landesbezirk vorgesehen.

In der neuesten Ausgabe der „berliner-lehrer-zeitung" verzichtet die Redaktion auf den Abdruck von Beiträgen zum Thema Polizeieinsätze — Hausbesetzungen, *„um die Gespräche zwischen GEW-Berlin und dem DGB-Landesbezirk nicht von vornherein zu belasten"* („blz" 7-8/81). Allerdings kündigt sie an, daß sie in Zukunft dieses Thema wieder aufgreifen will.

**Kommission Betrieb & Gewerkschaft**

### Bremerhaven:

## GEW-Vorstand trat zurück

Nachdem im März der zum rechten Spektrum der Sozialdemokratie gehörende langjährige Landesvorsitzende der GEW-Bremen, Hans Stelljes, abgelöst werden konnte, bröckelt es jetzt auch in der Hochburg der Rechten, dem Bezirksverband Bremerhaven. Dieser Bezirksverband hat innerhalb der Bremer GEW immer eine gewisse eigenständige Rolle gespielt, so beteiligte er sich z.B. auch nicht am Lehrerstreik im Sommer 1979.

Am 5.6. fand in Bremerhaven eine Bezirksdelegiertenversammlung statt, auf der das neue Konzept der „Bremer Lehrerzeitung" diskutiert wurde. Nach den Wahlen im März hatte es hier eine Öffnung nach links gegeben. Dem Bremerhavener Bezirksvorsitzenden Werner Ihnen paßte dies gar nicht. Kritisiert wurde ein Bericht über die Wehrpaß-Rückgabe Bremer Lehrer (siehe AK 202, S.24), *„wodurch der Eindruck entstanden sei, dieser pazifistische Standpunkt sei für die GEW der einzig mögliche"* („NZ", 10.6.). Kritisiert wurde auch der Terminkalender der Zeitung, in den auch Termine von Bürgerinitiativen aufgenommen worden waren.

Als Ihnen auf der Versammlung feststellen mußte, daß die Mehrheit der Bezirksdelegierten die Aussagen und die Gestaltung der Lehrerzeitung begrüßt, trat er zurück. Zwei Tage später folgte ihm der gesamte Bezirksvorstand. Dadurch werden jetzt Neuwahlen auch der Delegierten nötig, wobei der alte Vorstand auf eine ihm genehmere Zusammensetzung hofft.

## Befürwortet die Polizeigewerkschaft Lähmungsgas bei Demonstrationen?

Es blieb dem scheidenden Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei im DGB und künftigen Polizeipräsidenten von Bielefeld, Helmut Schirrmacher, vorbehalten, in der „Bild-Zeitung" eine neue Wunderwaffe der Polizei anzupreisen: Ein Lähmungsgas, das großflächig bei Demonstrationen eingesetzt werden kann und das die Getroffenen bewegungsunfähig macht, ohne daß sie ohnmächtig werden. Schirrmacher: *„Wer dieses Zeug einmal kennengelernt hat, wird sich hüten, noch einmal damit in Berührung zu kommen."* Die chemische Waffe, die sich ortho-Chlorbenzylidenmalonitril (CS) nennt, soll bereits im nächsten Jahr die bisher verwendeten Tränengase bei der Polizei ablösen.

Welche Rolle die Gewerkschaft der Polizei in diesem Zusammenhang spielt, soll im folgenden aufgehellt werden.

### Der 6. Mai 1980 ...

Der 6. Mai 1980 ...

Die militanten Proteste gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung am 6.5.80 im Bremer Weserstadion nahm die Gewerkschaft der Polizei zum Anlaß, nicht nur gegen die neue Jugendbewegung zu hetzen, sondern auch die Forderung nach einer anderen Ausstattung der Polizei öffentlichkeitswirksam zu erheben. Im GdP-Bericht über die Ereignisse in Bremen las sich das so: *„Aus Niedersachsen mußten eilig Verstärkungen herbeigerufen werden, was sogar so eilig geschah, daß eine Hundertschaft mit langer Hose und Halbschuhen aus einer Ausbildungsstätte in den Einsatz geschickt wurde. Angesichts so vieler verletzter Kollegen muß ganz allgemein die Ausstattung der Polizei im Hinblick auf ähnliche Einsätze überprüft werden"* (1). Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Helmut Schirrmacher, warnte damals *„vor einem Wiederaufleben der Krawalle von Anfang der 70er Jahre"* (2).

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um die Hausbesetzungen und um die Hamburger Brokdorf-Demonstration am 2.2.81 ging dann die Polizeigewerkschaft zur propagandistischen Offensive über: *„Der Straßenterror in der Bundesrepublik hat das Maß des Erträglichen erreicht oder schon überschritten"*, meinte Schirrmacher. In einer Pressemitteilung der GdP vom 3.2.81 heißt es: *„Angesichts des Straßenterrors in Berlin und der gewalttätigen Auseinandersetzungen in Frankfurt, Hamburg und anderen Städten in den letzten Tagen fragt die Gewerkschaft der Polizei im Interesse der Kollegen, die sich fast täglich im wahrsten Sinne des Wortes mit Gewalttätern herumschlagen müssen, was denn die politische Führung in Bund und Ländern dagegen zu unternehmen gedächte"* (3). In diesem Zusammenhang wurde die Forderung erhoben, daß sich die Innenministerkonferenz mit den Krawallen befassen solle. Garniert wurde das Ganze mit blutrünstigen, in Presseerklärungen verbreiteten Geschichten: *„Bereits Kinder würden dazu angestachelt, Polizisten mit Steinen zu bewerfen"* (4). *„Es könne nicht geduldet werden, daß Mieter von radikalen Hausbesetzern terrorisiert würden oder Passanten vor gewalttätigen Horden in Hausflure flüchten müßten"* (5). *„Wer in blinder Zerstörungswut das Eigentum Unbeteiligter zerstört, wer mit Steinen, Flaschen, Eisenstangen und Feuerwerkskörpern gegen die Polizei vorgeht, hat das Demonstrationsrecht verwirkt"* (6).

In welche Richtung die Forderungen der Polizeigewerkschaft an die Innenminister gehen, deutete Schirrmacher dann im April seiner Mitgliedschaft an. In Abgrenzung zu dem Vorschlag des bayrischen Innenministers Tandler, der die polizeiliche Ausstattung um Gummigeschosse und 'Brechmittel' ergänzt wissen wollte, schrieb Schirrmacher: *„Zum Mittel der Auslösung eines Brechreizes! Der Polizei ist ein solches Mittel völlig unbekannt – es müßte also erst entwickelt werden – und muß hier nicht an die Beachtung des Grundrechts der Menschenwürde gedacht werden? ... Hier hat wohl jemand etwas mißverstanden: Es geht um Überlegungen, das bisher angewandte Mittel CN durch das aus vielen Gründen bessere Mittel CS zu ersetzen. Nur: Das löst keinen Brechreiz aus"* (7). Daß dieses Mittel statt eines Brechreizes Lähmungserscheinungen hervorruft,

keinen Brechreiz aus" (7). Daß dieses Mittel statt eines Brechreizes Lähmungserscheinungen hervorruft,

wurde hier von Schirrmacher noch nicht erwähnt.

Ende April verschickte dann die GdP neu erarbeitete Leitsätze und Forderungen unter dem Titel „Demonstrationen und kriminelle Begleiterscheinungen der Gegenwart" an Regierungen, Parteien und Parlamente, um so auch die Beratungen der Innenministerkonferenz in ihrem Sinne zu beeinflussen.

In dem Papier, in dem übrigens als sprachliche Neuschöpfung eine Unterscheidung zwischen 'Demonstranten' und 'Demolanten' eingeführt wird, wird eine Verbesserung der Ausstattung der Polizei gefordert: *„Die Ausstattung der Polizeien ist jeweils auf den neuesten Stand zu bringen und zu vereinheitlichen. Dies betrifft die Ausstattung (...) polizeitypische Einsatzmittel (Wasserwerfer, Waffen, Reizstoffe pp.). Die Palette polizeilicher Zwangsmittel unterhalb des Schußwaffengebrauches muß ergänzt werden"* (8).

### ... und der 6. Mai 1981

An diesem historischen Datum fand dann die von der GdP geforderte Innenministerkonferenz statt. In dem dort gefaßten Beschluß heißt es: *„Die polizeilichen Einsatzmittel unterhalb der Schußwaffe müssen ergänzt werden. Es müssen polizeitypische Einsatzmittel entwickelt werden, die rechtsstaatlich-humanitären Anforderungen entsprechen, gleichzeitig aber die Erfüllung des polizeilichen Auftrages gewährleisten und den Beamten den denkbar besten Schutz bieten"* (9). Mit Recht konnte die GdP feststellen, daß mit dem Beschluß der Innenminister *„wesentliche Forderungen der Gewerkschaft der Polizei erfüllt sind"* (10). Für Helmut Schirrmacher war es das erfreulichste Ergebnis der Konferenz, *„daß über parteipolitische Grenzen hinweg der politische Wille zum Konsens in Fragen der Inneren Sicherheit erkennbar geworden ist"* (11).

Mit diesem Beschluß hat die Innenministerkonferenz grünes Licht für die Einführung des neuen Lähmungsgases gegeben, das schon seit längerem an der Polizeiführungsaka-

für die Einführung des neuen Lähmungsgases gegeben, das schon seit längerem an der Polizeiführungsaka-

demie in Hiltrup erprobt wird. Daß sich ein Vorsitzender einer DGB-Gewerkschaft hierfür verwendet, dürfte die politische Durchsetzbarkeit der neuen Waffe wesentlich erleichtern. Von daher ist es notwendig, daß sich auch gerade innerhalb der DGB-Gewerkschaften Widerstand gegen das Lähmungsgas formiert.

**Anmerkungen**

(1) Deutsche Polizei. Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei 6/80, S. 2
(2) Deutsche Polizei 2/81, S. 3
(3) Deutsche Polizei 3/81, S. 2
(4) Pressemitteilung der GdP vom 3.2.81
(5) aus einer Presseerklärung der GdP-Berlin; nach: Deutsche Polizei 3/81, S. 3
(6) aus einer Presseerklärung der GdP-Hamburg nach der Brokdorf-Demonstration in Hamburg vom 2.2.81
(7) Deutsche Polizei 4/81, S. 2
(8) „Demonstrationen und kriminelle Begleiterscheinungen der Gegenwart". Leitsätze und Forderungen der Gewerkschaft der Polizei, Gewerkschaftsvorstand; 10.4.81
(9) Deutsche Polizei 6/81, S. 4
(10) Deutsche Polizei 6/81, S. 3
(11) ebd.

**Kommission Betrieb & Gewerkschaft**

## GEW-Niedersachsen: Initiativen gegen den Nachrüstungsbeschluß unterstützen!

Einige erwähnenswerte Beschlüsse faßte die GEW-Niedersachsen auf ihrer diesjährigen Landesvertreterversammlung in Wolfsburg. In dem Beschluß zur Abrüstung heißt es:

*„Zur politischen Entspannung und Gestaltung des Friedens gehört die Absage jeglicher Drohung und Einmischung gegenüber anderen Völkern sowie die Absage an jegliche Denunziation der Friedensbewegung im eigenen Land, z.B. dadurch, daß der Begriff ‚Pazifismus' zum Schimpfwort erklärt wird".* Der Beschluß spricht sich gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD und für eine atomwaffenfreie Zone „von Polen bis Portugal" aus. Weiter heißt es in dem Beschluß: *„In diesem Sinne unterstützt die VV der GEW Niedersachsen die gegen die Stationierung von Atomraketen auf europäischen Boden gerichteten Friedensinitiativen".*

Angesichts anhaltender Berufsverbotefälle in Niedersachsen wird in einer weiteren Entschließung gefordert, den 10. Jahrestag des Berufsverboteerlasses zu einem Höhepunkt des Kampfes gegen die Berufsverbote zu machen, und es wurde beschlossen, Ende Januar 1982 eine ‚Woche gegen die Berufsverbote' zu veranstalten.

Außerdem wurde die ablehnende Haltung zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen bekräftigt und die GEW-Bund aufgefordert, diese Beschlüsse nicht mehr auf den Antragsformularen für den Erwerb der Mitgliedschaft abzudrucken.

Bemerkenswert ist auch eine Entschließung ‚Internationale Gewerkschaftsbeziehungen', die vor dem Hintergrund der Verweigerung der Solidarität der GEW-Bund mit der peruanischen Lehrergewerkschaft SUTEP zu sehen ist: *„Der DGB und die GEW sollen die Gewährung von Unterstützung und Solidarität für ausländische Gewerkschaften nicht davon abhängig machen, daß sie in ihrem Land nicht zugelassen bzw. nicht Mitglied in der IVFL (Internationale Vereinigung Freier Lehrerverbände) oder im IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften) sind".*

**Kommission Betrieb & Gewerkschaft**

## GEW Hessen begrüßt Volksbegehren gegen Startbahn West

Wie zu erfahren war, soll der GEW-Landesvorsitzende Harnischfeger sogar mit seinem Rücktritt gedroht haben (wie bei Sozialdemokraten gegenwärtig üblich), um diesen Beschluß zu verhindern: *„Der Landesvorstand der GEW Hessen begrüßt die Einleitung des Volksbegehrens gegen den Bau der Startbahn West und fordert die Mitglieder der GEW auf, diese Initiative zu unterstützen".*

Doch die Drohung war vergebens und so versuchte Harnischfeger wenige Tage später mit einem Rundschreiben an die Kreisvorstände, verlorenes Terrain wieder wettzumachen und sich wieder in die ‚Solidarität' des DGB einzubinden, der ja bekanntlich den Bau der Startbahn West unterstützt. Harnischfeger schrieb: *„Der mit knapper Mehrheit vom Landesvorstand gefaßte Beschluß, daß Volksbegehren gegen den Bau der Startbahn West zu begrüßen, bedeutet keinen Beitritt der GEW zur Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen, die dieses Volkbegehren tragen. Der Adressat der GEW Hessen zur gewerkschaftlichen Stellungnahme für und wider den Startbahnbau ist und bleibt der DGB-Landesbezirk. (...) Der GEW-Landesvorstand hat jedoch die endgültige und abschließende Stellungnahme des DGB-Landesbezirks Hessen (die noch nicht vorliegt, Anm. AK) zu akzeptieren."*

Zum Glück sehen das nicht alle GEWler so verbissen wie Harnischfeger. Die GEW-Frankfurt beispielsweise sammelt schon seit längerem Unterschriften und hat auch zu Geldspenden für das Volksbegehren aufgerufen.

**Kommission Betrieb & Gewerkschaft**

# Krieg muß man schwänzen — Bundeswehrshow in Darmstadt

In Darmstadt kam es am 16. Juni zu einer großangelegten Militärschau vor ca. 1.500 Schülern und Schülerinnen unter dem Motto: „Darmstadt, 360 Jahre Garnisonsstadt" (die monarchistische und faschistische Wehrmacht natürlich eingeschlossen!), und „Die Bundeswehr, 25 Jahre Dienst für den Frieden". – Mit Panzervorführungen, Manöverübungen, Fallschirmsprung, Waffenschauen u. a. sollte während des ganztägigen Spektakels, inclusive Kaffeetafel und Mittagessen, für die Bundeswehr geworben und für deren „Schlagkraft und technisches Know-How" begeistert werden.

Als Veranstalter trat die in Darmstadt ansässige Fachhochschule des Heeres auf, dessen Kommandeur, Oberst Roth, seine Ansichten bezüglich der geplanten Propagandaveranstaltung wie folgt begründete: „*Die Bundeswehr bemüht sich seit langem, die Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft zu vollziehen. – Die Geschehnisse im Herbst letzten Jahres, die besonders bei der Gelöbnisfeier anläßlich des 25jährigen Bestehens der Bundeswehr für die breite Öffentlichkeit augenscheinlich wurden, zeigen jedoch, daß Vorbehalte oder Unkenntnis die Eingliederung der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft erschweren.*

*Aus einer Vielzahl von empirischen Untersuchungen wird zunehmend der Trend ersichtlich, daß Jugendliche nur begrenztes Interesse an Politik haben und daher kaum in der Lage sind, die Bedingungen der deutschen und westeuropäischen Sicherheitspolitik zu erfassen, sowie in die-*

*Lage sind, die Bedingungen der deutschen und westeuropäischen Sicherheitspolitik zu erfassen, sowie in die-*

*sem Kontext die Aufgaben der Bundeswehr in dem Konzept der ‚Vorneverteidigung' der NATO zu begreifen. Auch der Bundesminister der Verteidigung beklagt in diesem Zusammenhang die zunehmende Pazifisierung der jungen Generation, bei der insbesondere die intelligente Jugend zunehmend alle Mittel ausschöpft, ihrer staatsbürgerlichen Verpflichtung, Wehrdienst zu leisten, nicht nachzukommen.*

*Vor diesem Hintergrund habe ich die Absicht, Ihre Mitwirkung zu erbitten, um den Schülern Ihrer Oberklassen im Rahmen einer Informationsveranstaltung die Rolle der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft, sowie ihre Aufgaben im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis darstellen zu können.*"

Schon Wochen zuvor hatte die Aktion Proteste seitens fortschrittlicher Lehrer und der GEW provoziert, insbesondere auch darum, weil seitens des Regierungspräsidiums Schulfrei erteilt wurde, selbstverständlich nur für Jene, die teilnahmen, Schulfrei für die parallel vom Stadtschülerrat organisierte Friedensveranstaltung im JuZ „Huette" wurde offiziell nicht genehmigt.

Es entstand die „Aktionseinheit gegen die Bundeswehrveranstaltung", die den Boykott der Militärschau forderte. Dieses Bündnis aus insgesamt ca. 45 Organisationen reichte von den Jusos und Judos, der Katholischen und Evangelischen Hochschulgemeinde, dem Stadtschülerrat, dem VVN und der DKP, über den Kommunistischen Bund, Rock gegen Rechts und den Grünen, bis hin zur örtlichen Wählergemeinschaft WGD.

So war der 16. Juni in Darmstadt geprägt vom Thema Bundeswehr. Die Friedensveranstaltung des Stadtschülerrats am Vormittag fand reges Interesse, und das Jugendzentrum konnte die rund 300 Schüler und Schülerinnen kaum fassen. In acht Arbeitsgruppen wurden die Themen: Kriegsdienstverweigerung, Formen der Verteidigung, Abrüstung, Frauen zum Bund – Nein Danke, „Demokratie" in der Bundeswehr, Bundeswehr und NATO, Friedenserziehung, Neofaschismus ... diskutiert. Mittendrin permanent Interviews mit Schülern durch ein Fernsehteam vom „Heute Journal" und der „Hessenschau". Desgleichen am „Griesheimer Sand", wo später laut Presse ein Bild eifriger Diskussion, herzlichen Klimas, Gesprächsbereitschaft etc. blah, blah gezeichnet wurde.

Einzige bemerkenswerte Aktion am Gelände selbst war die Belagerung der Zufahrtstraße durch 25 „blutverschmierte Leichen", die aber von der Mehrzahl der aus den Bussen strömenden Schüler buchstäblich „übergangen" wurden.

Etwa die Verhinderung dieses Werbespektakels, stand aus „Rücksicht auf die Bündnisbreite" nie zur Debatte. Was grundsätzlich positiv ist, daß nämlich eine Einigung auf sehr breiter Ebene gegen die Kriegspropaganda erreicht worden ist, hatte demnach seine Kehrseite in der gänzlich fehlenden Kontroverse, nicht nur um die unterschiedlichsten Möglichkeiten des Protestes.

gänzlich fehlenden Kontroverse, nicht nur um die unterschiedlichsten Möglichkeiten des Protestes.

So fand erst im Anschluß an die Militärschau am „Griesheimer Sand" eine Demonstration und Kundgebung statt, auf der Dagmar Schumacher vom Stadtschülerrat, E. Riedel von der GEW, ein Lehrer und Pfarrer Melchers sprachen.

Mit ca. 2.500 Teilnehmer/innen bestätigten sich unsere Erwartungen bei weitem nicht, obwohl die Demonstration auf ihrem Weg von über zwei Stunden den Innenstadtverkehr fast völlig zum Erliegen brachte.

Recht ruhig, mal abgesehen von den drei mitfahrenden Lautsprecherwagen, wäre diese Demo wahrscheinlich zuende gegangen, hätte es nicht zwei Vorfälle gegeben, die uns allen die Wut hat hochkommen lassen. So kam es zur ersten Provokation, seitens der Bullen, direkt vor dem Präsidium am Schloß. Anlaß ist ein großes Transparent mit der Aufschrift: „Krieg muß man schwänzen – Verbot der terroristischen Vereinigung Bundeswehr". Diese Anpielung auf den § 129 und die gleichzeitige Verherrlichung der Bundeswehr ging den „Ordnungshütern" über die Hutschnur. Nachdem der Aufforderung von Polizeihäuptling „Papa Berst" logischerweise niemand nachkommt, stürzt er sich, unterstützt von ca. zehn weiteren „Ordnungshütern", auf das Transparent und die rund zehn Transparentträger/innen. Einige gehen zu Boden, Schläge werden ausgeteilt, das Transparent völlig zerfetzt und ein Demonstrant wird festgenommen.

Fassungslos, aber auch recht hilflos waren die Reaktionen der meisten Umstehenden. Allerdings wurde erst dann weiterdemonstriert, als der Festgenommene wieder frei war. Der hat übrigens mittlerweile eine Vorladung bei Berst und Konsorten wegen Beleidigung und Verunglimpfung der Bundeswehr, wodurch den in Darmstadt eh schon laufenden rund 45 Prozessen gegen Linke wohl noch ein weiterer hinzukommen soll.

Der zweite Vorfall ereignete sich kurz vor Schluß der Demo, als ein Autofahrer provokativ in die Demonstration prescht. Mehrere Leute können sich nur durch Sprünge zur Seite retten. Beim Vor- und Zurückstoßen werden zwei Demonstranten angefahren, bis er einen Dritten, der ihm im Weg stand, so erwischt, daß dieser auf dem Kühler landet. Dann gibt er Vollgas, rast parallel der Demonstration im Slalom weiter, bis Kai endlich abstürzt und blutüberströmt liegenbleibt. Der Fahrer flüchtet und fährt dabei noch einen vierten Demonstranten am Ende des Zuges an. Im Krankenhaus werden bei Kai eine Platzwunde am Kopf, eine an der Lippe, ein rausgebrochener Zahn, Gehirnerschütterung und Schürfwunden festgestellt.

Doch die unglaubliche Frechheit und Berechnung des Amokfahrers ist noch nicht zu Ende. Der nämlich erscheint später bei der Polizei mit der Version, er sei von mehreren Demonstranten mit Eisenstangen bedroht worden, die schließlich sein Auto demoliert hätten. Beweis: er selbst und sein Auto. Das weist nämlich auf ein-

worden, die schließlich sein Auto demoliert hätten. Beweis: er selbst und sein Auto. Das weist nämlich auf ein-

mal einen Schaden von 7.000 DM (!) auf, und war von dem Typ auch schon bei einer Schadensschätzstelle vorgefahren worden, bevor er sich der „Polizei stellte".

Was hier wieder abläuft, erinnert uns doch stark an die Vorfälle am 17. Juni letzten Jahres in Phillipstal bei den Aktionen gegen den NPD-Aufmarsch. Hier fuhr ein Faschist in die Menge, verletzte einen Demonstranten schwer und versuchte ebenfalls, durch Lügenmärchen über gewaltsames Vorgehen von Demonstranten den Spieß umzudrehen.

Zum Abschluß am 16. Juni gab es die Veranstaltung der Antifaschistischen Arbeitsgruppe zum Thema Kriegsgefahr in der Aula der Fachhochschule, zu der rund 500 Menschen kamen.

Zu Beginn führte die Antifa-Gruppe ein Stück zur ständig wachsenden Kriegsgefahr auf. Danach sprach Erich Fried zum Thema Kriegsgefahr und las aus seinen alten und neuen Texten und Gedichten, die durch ihre Direktheit, Ehrlichkeit und Menschlichkeit und auch Ausdruckskraft ganz schön „unter die Haut gingen".

Als letzter sprach dann ein Vertreter des „Larsac-Komitees" aus Frankreich, der vom jahrelangen, nun endlich erfolgreichen Kampf gegen die dort geplante Erweiterung des Truppenübungsplatzes berichtete.

Zum Schluß spielte „Checkpoint Charly".

**KB-Gruppe Darmstadt**






## Schluß mit dem Friedensterror!

Hamburg, 25.6.1981

Eine witzige Aktion ließen sich rund 20 Hamburger ‚Friedensterroristen' einfallen. Sie schlüpften in die Haut derjenigen, die den NATO-Doppelbeschluß bedingungslos befürworten und veranstalteten eine Demonstration unter Polizeischutz in der Hamburger Innenstadt. Mit amerikanischen Fähnchen und Transparenten wie „Atomkrieg? Warum nicht!", „60 t nuklearer Sprengstoff pro Europäer sind ein Hohn", „Sollen russische Kinder ewig leben?" oder „Regierung wir vertrauen dir" sorgten sie für großes Interesse bei der Bevölkerung. Die Flugblätter, gegen den „pazifistischen Terror" gerichtet, gingen reißend weg, zudem diese auch speziell an die ‚schweigende Mehrheit' gerichtet waren.

## Aufruf der

Aufruf der

## Russell-Peace-Foundation für ein atomwaffenfreies Europa

Am 28. April 1980 stellte die Bertrand-Russell-Peace-Foundation in London erstmals den Aufruf „Für ein atomwaffenfreies Europa" vor. Er ist entstanden aus einem Diskussionszusammenhang der Russell-Foundation und der CND (Campaign for Nuclear Disarmament = Kampagne für Atomabrüstung). Innerhalb kurzer Zeit fand dieser Aufruf in Großbritannien große Verbreitung und Unterstützung. Dazu zählen inzwischen fast 100 Unterhausabgeordnete, hohe Repräsentanten der anglikanischen Kirche, weite Teile der Labour Party (Sozialdemokraten), fast die gesamte Linke und ihre Organisationen. Im Oktober 1980 folgten dem Aufruf der CND fast 100.000 Menschen nach London zu einer Demonstration. Auf westeuropäischer Ebene zählen zu den Unterstützern: Gunnar Myrdal (Schweden), führende Vertreter eurokommunistischer Parteien wie Pierre Joye (Belgien), Lombardo Radice (Italien) und Manuel Azcarate (Spanien); Albert Soboul, Claude Bourdet, Pierre Bourdieu und Alfred Kastler aus Frankreich; Gaay Fortman (Sprecher der Radikalen Partei der Niederlande), Melo Antunes (früherer portugiesischer Außenminister), Albert de Smaele (ehemaliger belgischer Minister), Walter Hacker (Internationaler Sekretär der Österreichischen Sozialistischen Partei). Aus Osteuropa sind bisher dabei: der russische Historiker Roy Medwedew, Athur London (CSSR), Andreas Hegedus (früherer Premierminister Ungarns).

In der BRD wird der Aufruf unterstützt von den Grünen, von Bahro und seinen Anhängern, vom SB und vielen Intellektuellen, die in diesem Spektrum angesiedelt sind, von einer Reihe bekannter Sozialdemokraten, von Teilen der pazifistischen Bewegung, von der Opposition in der DFG/VK, vom KB, dem KBW und den Kräften der aufgelösten „KPD".

Die ersten internationalen Aktionen mit Bezug auf diesen Aufruf sind ein Ostermarsch im März dieses Jahres zum NATO-Hauptquartier in Brüssel (mit 10.000 Teilnehmern) und der zur Zeit stattfindende Friedensmarsch von Kopenhagen nach Paris.

### Für ein atomwaffenfreies und blockfreies Europa

Der Aufruf geht aus von der Aussage, daß wir „*an der Schwelle des gefährlichsten Jahrzehnts in der Geschichte der Menschheit*" stünden. Ein dritter Weltkrieg sei nicht nur möglich, „*sondern er wird auch immer wahrscheinlicher*". Das Wettrüsten sei in ein neues Stadium getreten, in dem nicht nur immer höhere Vernichtungspotentiale angehäuft würden, sondern in dem „*die Öffentlichkeit mehr und mehr an die Vorstellung eines ‚begrenzten' Atomkrieges gewöhnt*" werde. Dagegen gelte es, eine Kampagne mit dem Ziel zu starten, „*das gesamte Territorium Europas, von Polen bis Portugal, von atomaren Waffen, von Luft- und U-Boot-Stützpunkten und von allen Einrichtungen freizumachen, die mit der Erforschung oder Herstellung von Atomwaffen beschäftigt sind*". Dieses Ziel soll mit einer gemeinsamen Kampagne der Friedenskräfte im Westen und im Osten erreicht werden, die „*nicht gegenüber dem ‚Osten' oder dem ‚Westen', sondern untereinander loyal*" sind und die sich „*über die von den Nationalstaaten verhängten Verbote und Beschränkungen hinwegsetzen*". Im gleichen Sinn wird sich im Aufruf gegen alle Versuche von Politikern aus Ost und West ausgesprochen, „*diese Bewegung zu ihrem eigenen Vorteil zu manipulieren*". Ausdrücklich sollen „*weder der NATO noch dem Warschauer Pakt Vorteile*" verschafft werden. Ziel müsse es vielmehr sein, „*Europa aus der Konfrontation zu lösen, Entspannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion durchzusetzen und schließlich die großen Machtblöcke aufzulösen*".

Der Aufruf ist mit dem erklärten Ziel geschrieben worden, ein breites politisches Spektrum für eine europäische Bewegung anzusprechen, insbesondere die westeuropäische Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sowie verwandte Strömungen im „realen Sozialismus". Um dieses Ziel zu erreichen, werden – wie so oft – in der politischen Analyse und der Benennung der Ursachen der steigenden Kriegsgefahr Abstriche gemacht und auch allgemein bekannte Tatsachen nicht genannt. So heißt es zur Kriegstreiberfrage: „*Es geht uns nicht um eine Aufteilung der Schuld zwischen den politischen und militärischen Führern des Ostens und des Westens. Schuld trifft durchaus beide Kontrahenten. Beide haben eine drohende Haltung eingenommen und in verschiedenen Teilen der Welt Aggressionsakte begangen*". Gänzlich fehlt ein Hinweis auf die eindeutige Initiativrolle der USA zur Führung eines Krieges. Ebenfalls als Tribut an die sozialdemokratischen und bürgerlichen Ansprechpartner muß verstanden werden, daß im gesamten Aufruf nicht auf die ebenfalls aggressive Haltung der westeuropäischen Staaten, insbesondere der BRD, eingegangen wird. Diese Richtung ermöglicht es durchweg Sozialdemokraten der verschiedensten Richtungen eher, sich dem Aufruf anzuschließen, als beispielsweise Vertretern der DKP, der DFU, DFG/VK und ähnlichen Gruppierungen.

Trotz dieser Beschränkung bietet der Russell-Aufruf eine für weite Teile annehmbare Grundlage für den Kampf gegen die Kriegsgefahr in Europa. Die Forderung für ein blockfreies Westeuropa und speziell eine um die BRD reduzierte NATO richtet sich gegen die Kriegspolitik des US-Imperialismus, mit der besonderen Speerspitze gegen die SU. Ohne das NATO-Bündnis kann die BRD ihren Konfrontationskurs nicht in gleicher Weise fortführen, da dieser der Atomdrohung durch die USA bedarf. Gerade deshalb wird die Forderung nach Blockfreiheit und Neutralität aber auch auf den erbitterten Widerstand der Bourgeoisie dieses Landes und ihrer Parteien stoßen.

Auf Grundlage des Russell-Aufrufs ist es möglich, den engen Rahmen zu sprengen, wie er bisher von der DKP für die Friedenspolitik gezogen wird. **Das Dilemma der DKP-Friedenspolitik besteht ja gerade darin, daß versucht wird, die SU als Friedenskraft zu verkaufen, weshalb die Friedensbewegung hier darauf reduziert werden soll, die Verhandlungsposition der SU zu stärken.** Deshalb ist es der DKP auch durchaus möglich, Bündnisse mit ausgesprochenen Gegnern der SU wie General Bastian (auch wenn dieser von der bürgerlichen Presse schon als Kommunist bezeichnet wird) zu schließen, wenn diese sich nur auf der Ebene bewegen, daß Abrüstung bzw. Rüstungsbeschränkung eine Sache der Verhandlungen zwischen den Großmächten ist. Diese Bündnispartner brauchen dann nicht einmal anzuerkennen, daß die SU eine „Friedensmacht" sei. Nur so ist auch die paradoxe Situation zu erklären, daß bedeutende Initiatoren des „Krefelder Appells" (Bastian, Kelly) diesen gleichermaßen auch gegen die Stationierung der SS 20 gerichtet sehen wollen, im Aufruf davon aber nichts erscheint und in der Kampagne schon gar nichts davon zu hören ist, denn auf der Ebene der Verhandlungen über ein militärisches und atomares „Gleichgewicht" befindet sich die SU gegenwärtig in der absolut schwächeren Position, womit dann auch eine alleinige Orientierung auf die NATO-Rüstung von Bastian und anderen gerechtfertigt erscheint.

**Und aus dem gleichen Grund sind z. B. Teile der Friedensbewegung, die sicherlich weit weniger „antisowjetisch" sind als ein General Bastian, wie etwa die Pazifisten, die Graswurzelrevolution oder der KB für die DKP k e i n e Bündnispartner, weil diese nicht bereit sind, die Frage von Krieg und Frieden, von Abrüstung und Rüstungsbeschränkung auf die Ebene der Verhandlungen bzw. Appellen an die Regierungen zu beschränken.**

Diese Einschränkung enthält der Russell-Aufruf nicht und es wäre möglich, daß alle Teile der Friedensbewegung (sogar einschließlich der DKP) ihre Unterstützung erklären. Trotz dieser Möglichkeit werden in der BRD von wesentlichen Teilen der Unterstützer bzw. Träger der Kampagne für den Aufruf der Russell-

Diese Einschränkung enthält der Russell-Aufruf nicht und es wäre möglich, daß alle Teile der Friedensbewegung (sogar einschließlich der DKP) ihre Unterstützung erklären. Trotz dieser Möglichkeit werden in der BRD von wesentlichen Teilen der Unterstützer bzw. Träger der Kampagne für den Aufruf der Russell-

Peace-Foundation schon vor Beginn einer wirklich breiten Kampagne die Weichen für die Spaltung gestellt.

## Bahro, Vaterlandsverteidiger und die alternativen Verteidiger

Bahro, einer der offiziellen Vertreter der Russell-Foundation in der BRD, formulierte schon für die Marburger Sozialistische Konferenz ein erstes Ausgrenzungskriterium für die Bewegung: „*Wer einen Beitrag zur Verhinderung der Pershing II und der Marschflugkörper leisten, wer Europa atomwaffenfrei, die Bundesrepublik einseitig abrüsten, auf längere Sicht blockfrei machen will, kann nicht gleichzeitig Organisationen angehören, bei denen die Liste der Friedensmächte mit der anderen Supermacht beginnt*" (zitiert nach „Rundbrief des SK" Nr. 5). Ansich ist diese Aussage völlig unlogisch, da natürlich jemand DKP-Mitglied sein k a n n und gerade deswegen all die oben genannten Ziele „ehrlich" vertritt. Aber Bahro meint dies ganz offensichtlich in dem Sinn, daß niemand, der diese Ziele vertritt, der DKP angehören d a r f , um damit einen Unvereinbarkeitsbeschluß zu formulieren. Natürlich stößt er damit auf ein real bestehendes Problem. Die DKP hat hier den Friedenskampf auf ihre Fahnen geschrieben, wobei sie sich unbescheiden auch noch als e i n z i g e Friedenskraft ausgibt, während sie die Aggressionen der SU ausnahmslos und kritiklos gutheißt. Aber, darf auch niemand, der ein atomwaffenfreies Europa fordert, der SPD angehören, die ja immerhin zum NATO-Block steht? Oder darf jemand, der in Polen dieselbe Forderung aufstellt, nicht Mitglied der PvdA sein? Oder darf ein anderer mit dieser Forderung in der DDR nicht mit der SPD sympathisieren?

Nach Bahros Worten nicht, denn sie würden jeweils einen der herrschenden Blöcke unterstützen. Aber natürlich würde Bahro niemals auf die Idee kommen, einem SPD-Mitglied, einem CDU-Mitglied, einem Sympathisanten der SPD in der DDR o. ä. die Berechtigung für die Unterstützung der Bewegung abzusprechen. Er kommt nicht einmal auf die Idee, die „Ehrlichkeit" der Unterstützung der oben genannten führenden Sozialdemokraten anzuzweifeln. **Insofern entpuppt sich s e i n e Forderung, sich keinem der Blöcke angehörig zu fühlen, als alleiniger Versuch, die DKP aus diesem Bündnis auszugrenzen, um es für die bürgerlichen Kräfte offenzuhalten.**

Im Russell-Aufruf wird dies allerdings anders formuliert: „*Wir müssen l e r n e n* (Hervorhebung durch den Verfasser), *nicht gegenüber dem ‚Osten' oder dem ‚Westen', sondern untereinander loyal zu sein*". **Natürlich muß man sagen, daß eine Friedensbewegung nur dann konsequent und wirkungsvoll agieren kann, wenn sie radikal mit beiden Lagern bricht. Nur stehen wir heute vor dem Problem, daß die Masse der Menschen loyal zu den herrschenden Systemen steht. Dies Problem kann in k e i n e m Fall mit Ausgrenzungsbeschlüssen gelöst werden.**

Noch in einem weiteren Punkt verfälscht Bahro den Aufruftext in sein Gegenteil. Heißt es im Russell-Aufruf: „*Gleichzeitig müssen wir das Recht aller Bürger in Ost und West verteidigen und ausweiten, an dieser gemeinsamen Bewegung und an jeder Art von Meinungsaustausch teilzunehmen*", so formuliert Bahro (wie auch Thompson): „*Die zunehmende Bewegung in Westeuropa gegen die ‚Nachrüstung' der NATO muß den offiziellen Mächten des Ostblocks einen realen Preis abverlangen: die Öffnung Osteuropas für echten Gedankenaustausch ...*" (Sechs Thesen über das Verhalten zu den Blockinteressen, vorgelegt auf der Marburger Konferenz). Und in einem späteren Aufsatz: „*Daher sympathisiert die Russell-Initiative ebenso mit dem Kampf um die politischen Bürgerrechte Osteuropas, wie sie hier bei uns für ihre Verteidigung eintritt*" (zitiert nach der 1. Broschüre der Russell-Friedens-Kampagne). Wollte man diesen Worten folgen, würde der Friedenskampf heruntergezogen auf einen Kuhhandel und die sorgfältige Ausgewogenheit des Russell-Aufrufs gänzlich zerstört (siehe hierzu AK 196: „Bahro: Ein Vorschlag zur Spaltung").

So nimmt es auch nicht weiter Wunder, daß zu den agilsten Vertretern des Russell-Aufrufs in der BRD die Kräfte der aufgelösten „KPD" zählen. Schriftliche Äußerungen dieser Strömung sind bisher rar. Aus mündlichen Aussagen auf Konferenzen geht jedoch hervor, daß sie vor allem der Aspekt eines blockfreien Europas interessiert und damit die Fortsetzung der „Drei-Welten-Theorie", wobei sich dieser Block vor allem gegen die SU zu stellen hätte. Klar benannt wird dies von einem weiteren Unterstützer des Aufrufs,

mündlichen Aussagen auf Konferenzen geht jedoch hervor, daß sie vor allem der Aspekt eines blockfreien Europas interessiert und damit die Fortsetzung der „Drei-Welten-Theorie", wobei sich dieser Block vor allem gegen die SU zu stellen hätte. Klar benannt wird dies von einem weiteren Unterstützer des Aufrufs,

dem KBW, der heute in der westdeutschen Linken am aggressivsten die „Drei-Welten-Theorie" vertritt. Auch der KBW wendet sich gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen, schränkt sogleich jedoch in einem Kommentar in der „KVZ" vom 12.6.81 ein, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa würde „*das Kräfteverhältnis schlagartig zugunsten der Sowjetunion verändern*". Dagegen propagiert er einen Block, natürlich einen „unabhängigen", der westeuropäischen L ä n d e r (ebenda) im Bündnis mit den Ländern der sogenannten Dritten Welt. Im gleichen Sinn hofiert der sozialdemokratische Politiker wie Eugen Loderer, der vor „*jener modernen Einäugigkeit*" warnte, „*die die Kritik einseitig auf die USA konzentriert*" („KVZ", 19.6.). Von dieser „Einäugigkeit" ausgehend macht der KBW gleich den Sprung zur e i n s e i t i g e n Lokalisierung der Kriegsursachen bei der SU. Der gegenwärtig drohende Krieg in Europa werde vorbereitet „*durch begrenzte Kriege in Afghanistan und Kampuchea*" („KVZ", 26.6.). Ob ein neuer Weltkrieg „*hinausgezögert und letztendes verhindert werden*" könne, hänge wesentlich davon ab, ob der sowjetische Einmarsch in Polen verhindert werden könne (ebenda). Diese von der SU ausgehende Gefahr läßt den KBW schließlich zu der Einschätzung kommen, daß sich „*die Kräfte, die für den Kampf gegen den Weltkrieg gewonnen werden können, ... sowohl unter den Gegnern als auch Befürwortern der US-Raketen befinden*" („KVZ", 19.6.81). Und damit niemand Illusionen über die Vorstellungen des KBW über ein blockfreies Europa bekommt, fordert er „*eine Politik der Blockfreiheit, die eine militärische Verteidigung dieses blockfreien Europas gegenüber den Supermächten beinhaltet*" (ebenda).

Nun könnte man zu der Meinung gelangen, daß dies eine spezielle Marotte der „Drei-Welten-Theoretiker" und Vaterlandsverteidiger aus dem ML-Spektrum ist. Aber zumindest auf den letzten Aspekt, eine andere Form der „Verteidigung", stößt man auch bei anderen, relevanten Teilen des Unterstützungsspektrums des Russell-Aufrufs.

So forderte Bahro schon in einem Resolutionsentwurf für die Sozialistische Konferenz in Marburg „*eine umfassende Debatte, in der ihre* (die der BRD, der Verf.) *Sicherheitsinteressen neu definiert und in eine völlig andere, nicht atomare Verteidigungspolitik umgesetzt werden*". Genauer formulierte er dies in einem Aufsatz, „Überlegungen zu einem Neuansatz der Friedensbewegung in Deutschland", in der Zeitschrift „Befreiung" (Nr. 21): Wir sollten „*mit vollem Ernst und mit aller Sachkenntnis das alternative Verteidigungskonzept propagieren, das in allen wesentlichen Elementen vorhanden (etwa Ahfeldt, Ebert, Mechtersheimer, Villmar) und überzeugender als die gültige Strategie ist*".

**Nun muß man wissen, daß bis auf einen (Ebert) alle aufgeführten Vertreter von alternativen Verteidigungsstrategien Propheten von m i l i t ä r i s c h e n Konzepten sind, bis hin zu Vertretern a t o m a r e r seegestützter Bewaffnung.** Dies, wie Bahro vorschlägt, zur Grundlage der Kampagne zu machen, hieße natürlich, ein weiteres Ausgrenzungskriterium zu formulieren. Hierbei könnte nicht nur der KB, sondern ebenso die gesamte pazifistische Bewegung nicht mehr mitziehen, womit sich die von Bahro genannte „neue" Friedensbewegung auf die bürgerlichen Kräfte beschränken würde. In Richtung der Pazifisten macht Bahro deshalb auch noch einen halbherzigen Umarmungsversuch. Er schlägt vor, „*auf der politischen Ebene für das alternative Verteidigungskonzept einzutreten, auf der ethischen aber zu einem Standpunkt höherer Vernunft und Zuversicht überzugehen*" (ebenda). Da in diesem Land nun aber jedes Kind weiß, daß Politik allemal über der Ethik steht, heißt dies, daß auch Bahro für die praktische Orientierung der Bewegung auf alternative, militärische Verteidigung eintritt. Will man ihm abnehmen, daß e r k e i n Vertreter dieser militärischen Konzepte ist, bleibt nur die Schlußfolgerung, daß er dies als Z u g e s t ä n d n i s an sozialdemokratische und bürgerlich konservative (aber auf Blockfreiheit bedachte) Bündnispartner vertritt.

Noch krasser wird dieses Konzept von Größen rund um den SB vertreten. Besonders deutlich wird dies an Stellungnahmen des „Komitee's für Grundrechte und Demokratie". Sie sind ebenfalls einer der ersten Ansprechpartner der Russell-Foundation in der BRD gewesen. Gleichzeitig mit der jetzigen Offensive zur Verbreitung des Russell-Aufrufs hat dieses Komitee „Friedenspolitische Vorschläge für die Bundesrepublik Deutschland" unterbreitet. Auch in

Grundrechte und Demokratie". Sie sind ebenfalls einer der ersten Ansprechpartner der Russell-Foundation in der BRD gewesen. Gleichzeitig mit der jetzigen Offensive zur Verbreitung des Russell-Aufrufs hat dieses Komitee „Friedenspolitische Vorschläge für die Bundesrepublik Deutschland" unterbreitet. Auch in

diesem Vorschlag wird ein „*striktes Defensivkonzept*" propagiert, das „*Rüstung und Militär nicht abschaffen will, wohl aber beides auf verteidigungsbezogene Waffen und eine entsprechende Strategie begrenzen möchte*" (aus einer Zusammenfassung, veröffentlicht im Juni 1981). Zwar wird dieses Konzept nur als eine mögliche Option (= Möglichkeit) angegeben, dennoch weisen verschiedene Dinge darauf hin, daß diese Option die entscheidende sein soll (ähnlich wie bei der Bundesregierung, die sich auch immer die Optionen Kernkraft und Kohle offenhält). So ist einer der Autoren Ullrich Albrecht, ein anderer Andreas Buro, „Vorsitzender" des SB, der sich in jüngster Zeit eindeutig in diese Richtung geäußert hat. So sorgt sich dieser darum, daß konsequente Abrüstungspolitik „*immer Gefahr läuft, als illusionäre Forderung abgeblockt zu werden*". Dahingegen würden Ahfeldts Vorschläge „*die Friedensliebe aus dem Pazifisten-Ghetto (führen)*" und zwar dadurch, daß „*sie breiten Massen die Möglichkeit wirksamer militärischer Selbstverteidigung ohne eine damit zwangsläufig verbundene Selbstzerstörung plausibel zu machen erlauben*" (in: „ami" 3/81). War es bisher immer das „linke Ghetto", das gegen jede radikallinke und revolutionäre Strategie ins Feld geführt wurde, wird heute schon versucht, die ersten Ansätze einer radikalen pazifistischen Bewegung mit dem Vorwurf des „Ghettos" zu zertrampeln.

Auch diesen Kräften braucht man gar nicht zu unterstellen, daß sie selbst Anhänger einer m i l i t ä r i s c h e n Strategie sind; bekannt ist aber, und das beweisen sie wiederum, daß sie ihre Konzepte jeweils an Vorstellungen ausrichten, die sie für mehrheitsfähig in der gegenwärtigen SPD halten. D i e s schränkt ihren politischen Horizont von vorneherein auf die taktischen Spielräume in dieser Partei ein und ist von daher nicht offen für eine von der Sozialdemokratie unabhängigen, radikaldemokratischen und radikal antimilitaristischen Friedensbewegung.

Ein letztes Ausgrenzungskriterium hat Bahro schon vorsorglich formuliert: Der Grundgedanke der Russell-Initiative sei „*der Druck auf das institutionelle System durch größtmögliche Mobilisierung der Öffentlichkeit. Schon im Hinblick auf das Ziel, die Mehrheit der Bevölkerung, bis hinein in konservative Kreise, zu erreichen, müssen wir in unseren Methoden Militanz des zivilen Ungehorsams, mit grundsätzlicher Gewaltfreiheit in den Mitteln verbinden*" (1. Russell-Broschüre). Richtig ist sicherlich, daß sich die Bewegung unter den gegenwärtigen Bedingungen (noch) weitestgehend auf den „*Druck auf das institutionelle System*" beschränken (muß); ebenso falsch ist es jedoch, dies als Grundorientierung festzuschreiben, denn selbstverständlich m u ß die Bewegung in der Situation der unmittelbaren Kriegsvorbereitung so oder so hierüber hinausgehen.

Bahros Forderung nach „grundsätzlicher Gewaltfreiheit" richtet sich konkret gegen revolutionäre linke Kräfte bzw. gegen Linke, die etwa die Aktionen gegen die Rekrutenvereidigungen im vergangenen Jahr in Bremen getragen haben. Allerdings wirkt die Berufung auf prinzipielle Gewaltfreiheit schon skuril, wenn man gleichzeitig für das Konzept „Alternativer Verteidigung" eintritt, was immerhin die Befürwortung militärischer Gewalt (sogar mit Einschluß von Atomwaffen) beinhaltet. Wenn überhaupt von Gewaltfreiheit die Rede ernsthaft sein kann, dann in Abgrenzung von derartigen Vorstellungen, aber doch nicht in erster Linie in Abgrenzung von solchen linken Kräften, die der Meinung sind, daß der Kampf gegen einen staatlichen Macht- oder gar Militärapparat nicht ausschließlich und prinzipiell gewaltfrei geführt werden soll und kann.

## Zu einigen Fragen der Demokratie in der Bewegung

Die Russel-Peace-Foundation hat den Aufruf im Frühjahr 1980 veröffentlicht und mit der Bitte an verschiedene europäische „Multiplikatoren" weitergegeben, diesen möglichst rasch zu verbreiten, bekannt zu machen und für eine Unterstützung von unten zu werben. In England selbst hatte dies, wie oben beschrieben, großen Erfolg. Heute besteht dort eine Vielzahl von örtlichen Initiativen, die für die Ziele des Aufrufs eintreten. In der BRD dagegen hat es nur eine schleppende Verbreitung gegeben.

Verantwortliche Ansprechpartner für die Russel-Foundation waren hier durchweg Vertreter des SB bzw. des „Komitees für Grundrechte und Demokratie". Diese sahen in einer Unterschriftensammlung unter Prominenten den größtmöglichen Erfolg der Verbreitung. Diese erschien zwar auch in der „Zeit" als Anzeige (mit

Verantwortliche Ansprechpartner für die Russel-Foundation waren hier durchweg Vertreter des SB bzw. des „Komitees für Grundrechte und Demokratie". Diese sahen in einer Unterschriftensammlung unter Prominenten den größtmöglichen Erfolg der Verbreitung. Diese erschien zwar auch in der „Zeit" als Anzeige (mit

1200 Unterstützern), für die westdeutsche Friedensbewegung hatte dies jedoch keinerlei relevante Auswirkungen. Dann wurde in SB-Kreisen beschlossen, die Kampagne zu professionalisiern und der bisherige SB-Sekretär wurde für diese Aufgabe rekrutiert. Der SB erschien der Aufruf jedoch nicht ausreichend, da eine „*durchführbare Politik*" nicht im Aufruf enthalten sei. Deshalb wurde beschlossen, ein „Manifest für nichtatomare Verteidigungsstrategien für Deutschland und den Westen" zu erarbeiten. Hiermit wurden vier Mitglieder des SB beauftragt. Das Ergebnis sind die oben kurz zitierten „Friedenspolitischen Vorschläge für die Bundesrepublik Deutschland", die in ausführlicher Form im Herbst im Rowohlt-Verlag erscheinen werden. Die ersten Ergebnisse davon wurden im Februar 1981 auf einer Sitzung des „Komitees für Grundrechte und Demokratie" vorgestellt, womit sich die Autoren erhofften, die Kampagne in der BRD in vollen Schwung zu bringen (alle Informationen nach einem Aufsatz von Ulrich Albrecht in: „European Nuclear Disarmament Bulletin", Nr. 4, Feb. 1981). Es ist schon fast erstaunlich, mit welcher Selbstverständlichkeit diese Kräfte des SB eine Kampagne für ihre spezielle Sichtweise vereinnahmen, die gedacht war als Anregung für die gesamte Friedensbewegung und für die sie nur der Ansprechpartner sein sollten. Daß dieser Aufruf heute innerhalb der westdeutschen Linken überhaupt diskutiert wird, ist wesentlich Rudolf Bahro (mittlerweile Vertreter der Russel-Foundation in dieser Sache in der BRD) und anderen Kräften zu verdanken.

Zwischenzeitlich hat ein erstes und zweites Treffen von Unterstützern des Aufrufs stattgefunden (am 23./24.5., bei einem Treffen, zu dem die Hamburger Friedenskoordination geladen hatte, und am 17.6. in Hannover im Rahmen des Treffen ‚Ökologie und Frieden'). Dort wurde beschlossen, einen Rundbrief für alle Interessierten herauszugeben (zu bestellen bei: Josef Wieland, Frankfurter Str. 74, 5000 Köln 80, gegen Überweisung von DM 12,- auf das Konto 214773145, BLZ 37050198, Stadtsparkasse Köln).

## Ein breites Bündnis?

Schon die ersten Monate nach dem Beschluß auf der 2. Sozialistischen Konferenz in Marburg, den Russel-Aufruf zu unterstützen, haben ihm eine große Verbreitung in der westdeutschen Linken gebracht. Jo Leinen, als Vertreter der SPD im BBU-Vorstand, meldete auf einer Konferenz der Hamburger Friedenskoordination Interesse für einen Teil dieses Verbandes an. Dabei ließ er durchaus durchblicken, daß er dies durchaus als Gegengewicht innerhalb des BBU gegen den „Krefelder Appel" ansieht.

In Westberlin wird ein Aufruf für die Russel-Erklärung verbreitet, unter dem neben Rudolf Bahro auch Gert Bastian und Petra Kelly (beides Initiatoren des „Krefelder Appells"), Helmut Gollwitzer, Ossip K. Flechtheim, Jo Leinen und Rudolf Steinke stehen. Rudolf Steinke mag vielen vieleicht noch als Sekretär Bahros für die 1. Sozialistische Konferenz bekannt sein. Danach zog es ihn in die mehr heimatlichen Gefilde und er wurde persönlicher Referent von Peter Glotz im Kultusministerium von Westberlin. Durch den Abgang von Glotz und des SPD-Senats wurde er arbeitslos, wobei er wohl die Worte seines Meisters im Ohr hat, die SPD müsse sich mehr um die Friedensbewegung kümmern. Interessant ist jedoch in diesem Fall der Einbruch ins Feld der Initiatoren des „Krefelder Appells". Die DKP selbst dagegen verhält sich nach wie vor strikt ablehnend. Zwar unterstützt sie inzwischen durchaus die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone, die immer in Friedensaufrufen auftaucht, aber an die Unterstützer des Russel-Aufrufs – so die DKP – müsse die Frage gestellt werden: „*Warum muß gegenwärtig in erster Linie* (ausschließlich, der Verf.) *die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa verhindert werden?*" D.h. die Frage danach zu stellen, weshalb der Russel-Aufruf nicht der „Krefelder Appell" ist. Indem der Russel-Aufruf nicht auf die Verhinderung der Stationierung neuer Atomraketen orientiere, trage „*er zur Ablenkung und letztlich Schwächung der Friedensbewegung bei*" („Rote Blätter", zitiert nach „UZ" vom 24.6.). So einfach ist für die DKP die Welt immer noch: wer nicht ihre Richtung vertritt, „lenkt ab", „schwächt die Bewegung" usw. Dabei ist es nicht einmal wahr, daß der Russel-Aufruf nicht auf die Verhinderung der Mittelstreckenraketen orientiert, nur tut er es nicht a u s s c h l i e ß l i c h wie es die DKP fordert. Noch nicht entschieden scheint sich die „Z" zu haben.

nicht ihre Richtung vertritt, „lenkt ab", „schwächt die Bewegung" usw. Dabei ist es nicht einmal wahr, daß der Russel-Aufruf nicht auf die Verhinderung der Mittelstreckenraketen orientiert, nur tut er es nicht a u s s c h l i e ß l i c h wie es die DKP fordert. Noch nicht entschieden scheint sich die „Z" zu haben.

Während ihr Vertreter in der Sozialistischen Konferenz (M.S.) den Russel-Aufruf unterstützt, wendet sich der neue friedenspolitische Experte der „Z" in den Grünen in der „Bunten Zeitung" (Nr. 4, März 81) insbesondere gegen jene, „*die scheinbar ausgewogen sowohl die SU als auch die USA auffordern, keine Atomraketen zu stationieren... So z.B. der Aufruf der Russel-Peace-Foundation*".

Auch noch nicht entschieden hat sich die GIM. Zwar gebe es kein Hindernis für eine Zusammenarbeit mit den Unterstützern des Russel-Aufrufs, aber die Orientierung sei falsch. Sie stellt stattdessen die Parolen auf: BRD raus aus der Nato! Solidarität mit den Arbeiterklassen in den Ländern der sog. 3. Welt; und die Solidarität mit den polnischen Arbeitern.

Große Teile der Linken, selbst der Friedensbewegung, sind bisher in die Diskussion noch gar nicht eingestiegen. Noch gar nicht wurde über die Initiierung einer gemeinsamen Kampagne diskutiert. Die Russel-Foundation plant für Anfang nächsten Jahres eine internationale Konferenz. Sollte diese anfangs in der BRD stattfinden, wie Bahro auf der SK verkündete, wurde dies mit Rücksicht auf die teilnehmenden Sozialdemokraten zurückgenommen (Sozialdemokraten aus Nordeuropa und den Niederlanden wollten ihre Freunde in der BRD nicht brüskieren). **Nach dem bisherigen Stand würde es so aussehen, daß die westdeutsche Friedens b e w e g u n g nicht daran teilnehmen würde, stattdessen einige selbsternannte Friedensvertreter stellvertretend für die Bewegung. In dieser Hinsicht sollte möglichst bis zum nächsten Treffen am 17./.18. Oktober für gründliche Diskussion gesorgt werden.**

## Abwurf einer 1-Megatonnen-Bombe über Hamburg




**Der erste Kreis**

Hier steht nichts mehr, hier leben höchstens noch einige Kakerlaken. Vielleicht gibt es einen Krater, der späteren Generationen als Denkmal der Dummheit der menschlichen Rasse dienen kann. Eine Besichtigung in den ersten Wochen nach der Explosion ist allerdings wegen der radioaktiven Strahlung zu gefährlich.

**Der zweite Kreis**

mit einem Radius von 4,6 km. Der Luftüberdruck beträgt hier wenigstens 0,7 atü (= Atmosphären Überdruck), der Wind weht mit einer Geschwindigkeit von fast 500 km/h. Der Luftdruck zerstört selbst Gebäude mit festen Mauern.

Nicht nur die Universität, der Fernsehturm, die Messehallen, die Hauptkirchen und die Gebäude an der Hamburger Straße sind nicht mehr identifizierbar – Schutthaufen sind auch die Hochhäuser an der Palmaille, der Bahnhof Altona, die Russisch-orthodoxe Kirche in Stellingen, der S-Bahnhof Barmbek und die Gebäude am Wandsbeker Markt, wie natürlich alle Wohnhäuser in ähnlicher Entfernung.

Die Hitze der Explosion ruft auf entblößter Haut Verbrennungen 3. Grades hervor. Kleidung entzündet sich spontan.

Ein Überleben der ersten Sekunden nach der Explosion ist in diesem Kreis nur in besonders gefestigten Bunkern möglich. Ob nicht allein die radioaktive Strahlung ein längeres Überleben verhindert, ist zumindest fraglich. Ein Feuersturm würde die Bunker zu Massengräbern machen.

**Der dritte Kreis**

mit einem Radius von 6,7 km. Der Luftüberdruck beträgt hier 0,3 atü. Der Wind weht mit einer Geschwindigkeit von über 250 km/h. Leichtgebaute Häuser werden vollständig zerstört. Dächer abgetragen, Fensterscheiben eingedrückt. Nackte Haut wird schwer verbrannt (Verbrennungen 3. Grades). Kleidung wird in Brand gesetzt, wie alle brennbaren Gegenstände.

In diesem Kreis kann die Explosion vielleicht überlebt werden – wie es weitergeht ist allerdings fraglich.

**Der vierte Kreis**

mit ca. 8 km Radius umschließt die Fläche, in der die Hitzestrahlung sekundenlang 25 Kalorien pro qcm übersteigen wird. Innerhalb des Kreises entstehen Großbrände, die auch auf Gebiete außerhalb des Kreises überspringen. Entscheidend für die dadurch entstehenden Schäden werden Windrichtung und Wetter sein.

**Der fünfte Kreis**

mit 10 km Radius umfaßt die Fläche, in der die Hitzestrahlung kurzfristig 12 Kalorien pro qcm übersteigt. Die meisten Materialien entzünden sich; nackte Haut wird schwer verbrannt.

**Der sechste Kreis**

Hier beträgt der Überdruck „nurmehr" 0,15 atü. Der Wind bläst „nur" mit Orkanstärke. Typische Wohngebäude bleiben brauchbar. Umfassende Reparaturen sind aber nötig, da Mauerrisse auftreten, Fensterscheiben zerstört und brennbare Materialien angekokelt sind. Innere Mauern können eingefallen sein. Die Hitzestrahlung wird um 6 Kalorien pro qcm betragen.

**Der siebte, achte, neunte . . . Kreis**

Leichtere Zerstörungen durch Druck, Wind und Feuer treten noch in einiger Entfernung vom Explosionsort auf. Noch in 20 km Entfernung vom Explosionsort sind alle Fensterscheiben zerstört.

**Der Anblick des atomaren Feuerballs macht noch in über 100 km Entfernung blind.**

**entnommen der Broschüre:**
**„Atomwaffen werden auch Hamburg zerstören – wenn wir den Atomkrieg nicht abschaffen"; DM 2,–, zu beziehen über die ESG-Hamburg, 2000 Hamburg 13, Grindelallee 9**

# Kaugummi gegen Panik

## Ärzteschaft bereitet sich auf den Atomkrieg vor

**„... Die Bundeswehr als Wehrpflichtigenarmee kann nicht kämpfen, wenn die Angehörigen des kämpfenden Soldaten schutzlos der Vernichtung preisgegeben sind", erklärte CDU-Dregger in einer Bundestagsdebatte über die Gesamtverteidigung (zit. n. „KVZ", 13.10.80).**

**In diesem Sinne ist nach den Notstandsgesetzen, die 1968 verabschiedet wurden, jetzt ein weiteres, das Gesundheitssicherstellungsgesetz (GesSG), in Vorbereitung. Den inzwischen vorliegenden Referentenentwurf für dieses Gesetz haben wir bereits ausführlich dargelegt (in Unser Weg 33). Dieses Gesetz, das tatsächlich mehr der Kampfmoral als dem Gesundheitsschutz dient, wird von entsprechenden Aufrüstungskampagnen der Ärzteschaft begleitet. Was diese Katastrophenmediziner sich dabei so ausdenken, wollen wir etwas genauer darstellen, auch wenn der Leser die Lektüre eines derartigen Zynismus als „Zumutung" begreifen mag.**

Den Startschuß zur Kampagne der Ärzteschaft bildete eine Pressekonferenz der Bundesärztekammer im April 1980. Dieser Auftritt wurde mit großem Brimborium und von zahlreicher Katastrophen-Prominenz begleitet. Der Präsident der Bundesärztekammer und des deutschen Ärztetages, Vilmar, konnte es gar nicht abwarten und *„reklamierte beim Gesetzgeber, das längst überfällige Gesundheitssicherstellungsgesetz zu verabschieden."* Dabei sei es notwendig, *„die Ärzteschaft unmittelbar als Sachverständige bei der Ausarbeitung des Gesetzeswerkes einzuschalten und ihr weitreichende Kompetenzen bei den Planungen und der Durchführung ... institutionell einzuräumen."* Er kritisierte die *„streng geheime Planung"* bei der Erarbeitung des Referentenentwurfes. Er verwies darauf, daß es schon seit 1969 entsprechende Beschlüsse von Ärztetagen gebe. Es ginge ihm nicht darum, „die Gunst der Stunde" zu nutzen, wenn er *„Bundesregierung, Parteien und Behörden ausgerechnet jetzt schwerer Versäumnisse"* bezichtige (aus: „Deutsches Ärzteblatt" (DÄB), 18/80).

Weitere Redner waren der Chef des Bundeswehr-Sanitätswesens, Rebentisch (der soll bei uns erst später zu Wort kommen) und der Oberstabsarzt der Akademie des Sanitätswesens der Bundeswehr, O. Messerschmidt, der eine *„unverkennbare Strahlenpsychose in der Öffentlichkeit"* diagnostizierte und die *„mangelnde Ausbildung der Ärzte auf diesem Gebiet"* und *„die fehlenden Kenntnisse über die Entseuchung radioaktiv bestrahlter Räume und die Behandlung radioaktiver Strahlenschäden"* beklagte. Weiterhin nahm Dr. Osterwald, Präsident der niedersächsischen Ärztekammer und zugleich Vorsitzender der „Ständigen Konferenz Sanitätswesen in der Bundeswehr und Zivilschutz", teil. Die Niedersächsische Ärztekammer geht ganz besonders forsch im Katastrophengeschäft vor, wie wir noch sehen werden.

Zufall oder gemeinsames Timing? Kurz nach dieser Pressekonferenz jedenfalls war der Referentenentwurf für das geplante Gesetz allen interessierten Verbänden zugestellt worden. Zufall oder nicht: Der Entwurf, der ohne die entsprechende „Fachkompetenz" der Ärztekammern erstellt worden sein sollte, entsprach im Grunde haargenau ihren Vorstellungen. Osterwald (von der nieders. Ärztekammer) ist er noch zu lasch. Er fordert die Dienstverpflichtung schon im 'Spannungsfall' sowie *„härtere Kriterien und Maßnahmen zur Zwangsverpflichtung ..., denn wenn der Tag X kommt, dauert es dann noch 8 - 14 Tage, bis alles funktioniert"* („taz", 8.1.81).

Für die niedersächsische Ärztekammer hat die Vorplanung allerdings schon längst begonnen. Es wurden bereits ärztliche Katastrophenschutzberater benannt, Musterpläne und Checklisten für Einsatzpläne erstellt. Da die Vorbereitung für den „Verteidigungsfall" (so heißt das im Gesetz) Bundesangelegenheit ist, laufen diese Vorbereitungen unter dem Mantel des 'Katastrophenschutzes', der Ländersache ist und somit ohne GesSG auskommt. Damit soll sich Osterwald zufolge auch direkt auf den Ernstfall eingestellt werden, es sei nämlich *„höchste Zeit ..., die fortschreitende Einschläferung des Gefahrenbewußtseins der Bevölkerung ... ebenso zu überdenken, wie die allzu optimistische Einstellung zu der Frage einer möglichen bewaffneten Auseinandersetzung in Europa"* („Nieders. Ärzteblatt" (NÄB), 24/80).

Sein Kollege Fromm findet, es sei *„höchste Zeit, die systematische Einschläferung der Bevölkerung für Großunfälle und Naturkatastrophen sowie die politische 'Entspannungseuphorie' neu zu überdenken"* („NÄB" 10/80). Die Kette von Großunfällen, Naturkatastrophen und Krieg ist alles andere als zufällig bei diesen Kreisen. Dr. Koslowski, „Katastrophenchirurg" und bereits gedienter „Feldchirurg" (im 2. WK), konstatierte bereits erfreut den Bewußtseinswandel: „Seit Afghanistan hat sich der Wind gedreht" („Spiegel" 49/80). Bei den von Ärztekammern geforderten und schon praktizierten ABC-Ausbildungen geht es natürlich nicht um AKW-Katastrophen, denn dort – so das nieders. Ärzteblatt – sei ein Unfall ja „extrem unwahrscheinlich" („NÄB", 24/80). Es geht natürlich auch nicht darum, wie ein Krieg überhaupt verhindert werden kann, sondern darum, sich auf einen solchen Krieg vorzubereiten. Die ganze Ärztediskussion wird konsequenterweise maßgeblich von Bundeswehrmedizinern getragen und bestimmt. In diesem Sinne sprach der „Spiegel" von einer „neuformierten Koalition aus Militärärzten und Standespolitikern" (49/80).

### „Der nukleare Krieg ist wahrscheinlich"

Prof. Rebentisch, Generaloberstabsarzt und Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr, unterstützt die Forderung nach einem GesSG, *„weil der zivile Bereich etwas tun muß, damit nicht zum Schluß – auch im Verteidigungsfall – eine Last auf die Bundeswehr zukommt, der sie nicht gewachsen ist"* („Wehrmedizin", zit. n. „Roter Morgen", 10.4.81). Tatsächlich fordert der vorliegende Gesetzesentwurf, daß sämtliche Wehrdienstfähige im Gesundheitswesen samt und sonders (bis auf ganz wesentliche Ausnahmepersonen) der Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden, ja sogar zivile Krankeneinrichtungen sollen im Kriegsfalle im „Einvernehmen" mit der Wehrmacht ihren Zwecken zur Verfügung stehen. Das GesSG soll in diesem Sinne auch einen vollkommenen Zusammenbruch des 'zivilen' Gesundheitsbereichs verhindern. Das Motto der Kriegsmedizin lautet dabei: *„Derjenige Staat wird sich aus den Verwicklungen am besten herausziehen, der am sorgsamsten die Eventualitäten vorausdenkt ..., kurz dessen Organisation des Kriegssanitätsdienstes die beste ist"* („Wehrmedizin", s.o.).

Rebentisch war – wie erwähnt – auch auf der Pressekonferenz der Ärztekammer und dort *„bemängelte er vor allem die seiner Meinung nach 'totale Führungslosigkeit' in diesem Bereich"* („DÄB, 21/80). Nach seinen Vorstellungen werden *„die zivilen Krankenhäuser und Hilfskrankenhäuser ... die Grundsätze des Feldsanitätsdienstes und der Streitkräfte anwenden müssen"* („Roter Morgen", s.o.). Oberstabsarzt O. Messerschmidt sagt deutlich, worum es geht: *„Der nukleare Krieg ist nach meinem Gefühl wahrscheinlich ... Wir müssen die Kollegen heranbilden für diesen Fall"* („Spiegel", 49/80).

### Kaugummi beruhigt beim Strahlentod vor Augen

Im Atomkrieg ist natürlich ärztliche Kunst vergebens, wie es der „Spiegel" am Szenario einer Megatonnen-Atombomben-Explosion über Hamburg darlegte. Dazu hieß es: *„Innerhalb des Sieben-Kilometerkreises waren alle Hamburger sofort tot, etwa 900.000 Menschen, darunter 73.000 Kinder. Noch 35 Kilometer vom Hauptbahnhof entfernt verbrannten Menschen... starben 1,5 Mill. Menschen. Wer überlebte, hatte meistens schwere Brandwunden. Die radioaktive Strahlung spürte niemand, denn sie tut nicht weh. ... Die meisten Strahlenopfer starben erst nach einigen Wochen. ... Für sie gab es keine ärztliche Hilfe. Von den insgesamt 7000 Ärzten im Katastrophengebiet waren 5000 tot oder schwer verletzt. Die großen Kliniken der Hamburger Universität ..., aber auch die kleinen Krankenhäuser im Radius von 20 Kilometern existierten nicht mehr. Im Außenring rund um die Stadt hatten 2000 Ärzte den Atomschlag zwar überlebt, doch jeder von ihnen sollte 3000 Schwerkranke betreuen, so blieben pro Patient fünf Minuten alle 14 Tage. Es gab kein Verbandsmaterial und keine Medikamente, bald auch nichts zu essen und nur schmutziges Wasser zu trinken"* („Spiegel", 49/80; siehe auch die inzwischen in Hamburg erschienene Broschüre mit dem Titel „Atomwaffen werden auch Hamburg zerstören, wenn wir den Atomkrieg nicht abschaffen", erhältlich für zwei DM bei Hamburger Friedensinitiativen). Tatsächlich hat die Kriegsmedizin auch alle möglichen Aufgaben, nur nicht die, Patienten zu heilen: Dazu Oberstabsarzt und Wehrpsychiater Brickenstein: *„Beim Einsatz von Atombomben muß damit gerechnet werden, daß auch Personenkreise abartig reagieren, die sich bisher bei Belastung unauffällig verhalten haben"* (zit. nach „Konkret", 6/81).

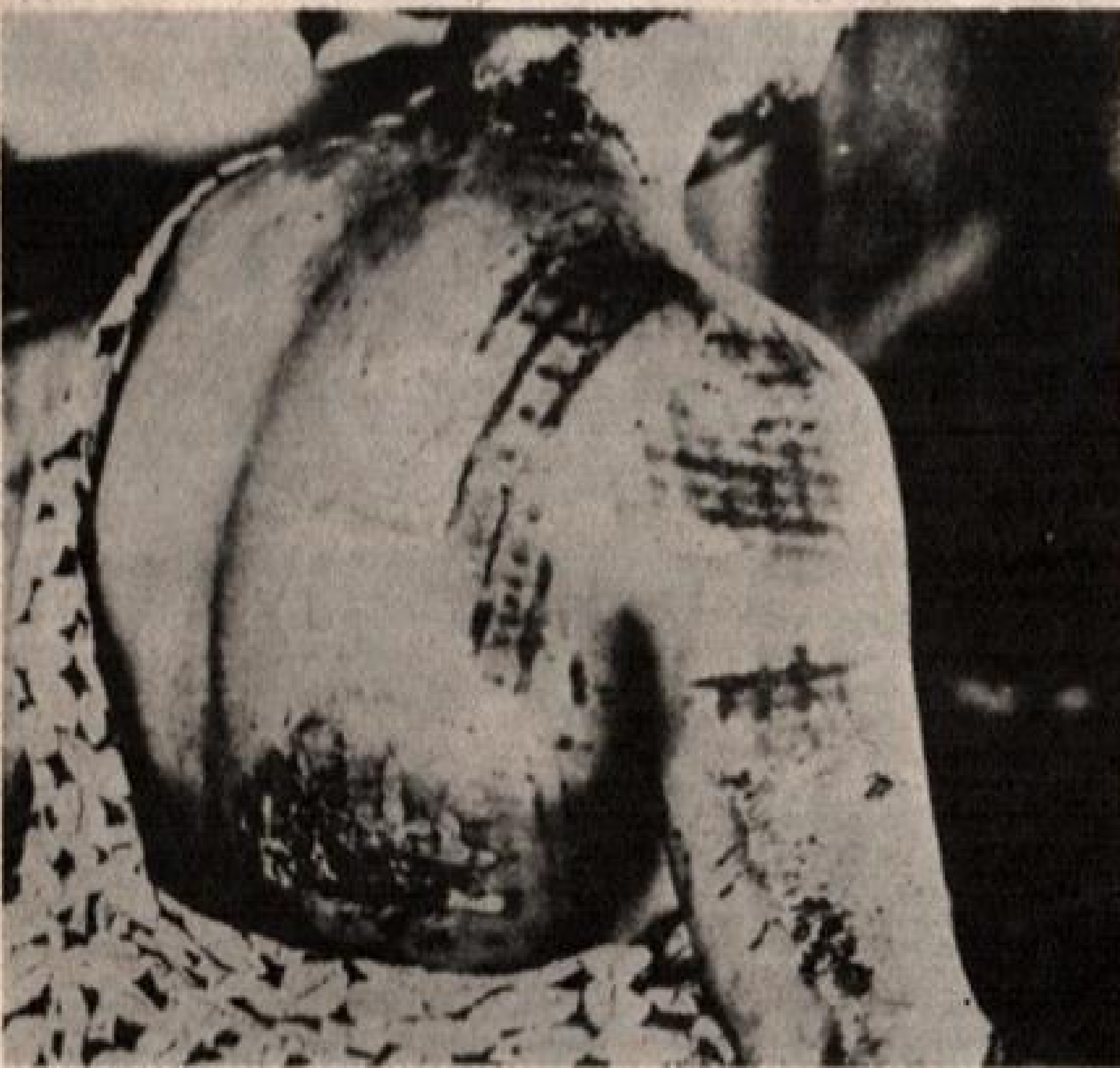
Kein Wunder, möchte man denken, doch Brickenstein, der häufiger über „Probleme der geistigen Tauglichkeit" referiert, setzt dem die Devise entgegen: *„Gegen die Panik müssen rechtzeitig sinnvolle Reflexe antrainiert werden"* („Spiegel", s.o.). Ein ganzes Panikbuch hat Brickenstein mit Ratschlägen gefüllt („Panikprobleme im Rahmen der Landesverteidigung"). *„Für einen guten Rat hält Brickenstein den Tip, gegen Angst und Panik 'Kaugummi zu kauen'. Das habe sich bewährt, lehrt der Seelenarzt, denn 'gleichmäßiges Kauen macht kuhähnlich' ... Eine Panik bekomme der Doktor nicht durch 'zackige' Mitteilungen an die Opfer in den Griff. Er müsse auch bereit sein, 'Panikpersonen' sofort zu 'isolieren', notfalls 'brutal'"* („Spiegel", s.o.). Bei Panikstimmung von Soldaten: *„Nachdrückliche Erinnerung an die eigenen Kriegsziele"* (zit. n. „Militärmedizin, Maschinengewehre hinter der Front", S. 15).

Dabei geht es Brickenstein natürlich nicht um humanitäre Beruhigung, sondern die Panik-Abstellung hat für ihn ganz handfeste politische Motive: *„Äußerliche Merkmale einer ... Panikbereitschaft sind u.a. häufige wilde Streiks, gemeinsame Unregelmäßigkeiten, Widersetzlichkeiten, Sachbeschädigung, rücksichtslose Verfolgung von Minderheiten und grober Vandalismus ... eine solche Menschenmasse ist charakterisiert durch Anonymität, leichte gefühlsmäßige Ansprechbarkeit, Kritikschwäche und Verantwortungslosigkeit"* (zit. n. „Konkret", 6/81). Der brave, tapfere, vaterlandsliebende Deutsche bleibt eben selbst in der Stunde höchster Gefahr ruhig, selbst seinem eigenen Ende sieht er gefaßt entgegen. Tatsächlich sieht jede Notstandsplanung gleichzeitig die Bekämpfung von möglichen Aufständen vor, auch die Mediziner sollen ihre Möglichkeiten gegen „Panik" dabei zur Verfügung stellen.

### Jodtabletten und andere Beruhigungspillen

Natürlich beschäftigen sich die Militärmediziner nicht nur mit der Panik, schaut man sich etwa die umfangreichen 'Lehrbücher' und Meinungen zu diesem Thema an. Die niedersächsische Ärztekammer ließ ein solches Lehrbuch – „Reaktorunfälle und nukleare Katastrophen" – an alle Ärzte verschicken (NÄB, 24/80); Verfasser sind Oberstabsarzt P. Kirchhoff von der Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr in München und Generalstabsarzt M. Linde, Chef des Sanitätsamtes der Bundeswehr in Bonn. Einige Kostproben solcher Vorschläge brachte der „Spiegel" (s.o.): Die *„wichtigste Aufgabe"* bei einem Strahlenunfall sei *„die Aufklärung des Patienten über sein individuelles Risiko"* und weiter: *„Unter den Be-*

**Fortsetzung nächste Seite**



Opfer der Atombombe auf Hiroshima

**Das Muster des Kleides dieser Frau wurde in die Haut durch die Hitzestrahlung eingebrannt. Ähnliche Verletzungen würden in einem Umkreis von sechs bis zehn Kilometern um den Kern einer Atombombenexplosion entstehen.**

Fortsetzung von vorheriger Seite

*dingungen einer Katastrophe sind Ganzkörperbelastungen über 500 rad nicht therapierbar, die Patienten sterben ... Die maximale Therapie (Steriltabletten, Knochenmarkstransplantationen) ist nur bei a u s g e w ä h l t e n Patienten und begrenzt möglich, kommt aber für unausgewählte Patienten nicht in Betracht... Für das namenlose, aber mit einer Registriernummer versorgte 'Opfer kommender Katastrophen' (Koslowski) bleiben ein paar schlichte Ratschläge. Ihm empfiehlt man 'bei Wind und bei Staubentwicklung möglichst nur durch ein Taschentuch' zu atmen ... Verbrannte sollen reichlich Wasser trinken, denn die womöglich lebensrettenden Infusionen wird es nur für sehr wenige Privilegierte geben".* Ähnlich 'nachhaltig' wirkungsvoll sind die „Hausmittelchen" gegen Verseuchung: *„Zunächst sind die Kleider abzulegen und die betroffenen Körperpartien gründlich zu reinigen. Demontaminationsanlagen und Ersatzkleider sind von der zuständigen Behörde bereitzuhalten."* Darüberhinaus – wer hätte es nicht geahnt – *„ist die prophylaktische Gabe von Jodid notwendig"*, was sowieso nur einen Nutzeffekt bei Einnahme v o r der Katastrophe, und selbst dann nur geringen, hat, aber der Beruhigung dient es allemal (Prof. Creutzig im „NÄB", 24/80).

### Opium und Bibel

Opium und Bibel

Inhaltliches Kernstück aller Überlegungen der Ärzte ist die sogenannte Triage, ein Sortierungsverfahren: *„Unter dem Kommando von Soldaten ... soll den Zivilärzten erstmal beigebracht werden, daß im Krieg von Amts wegen andere, inhumanere Regeln gelten. Das Stichwort heißt Triage, Patientensortierung"* („Spiegel", 49/80). Diese Sichtung steht laut Lehrbuch von Linde und Kirchhoff „an erster Stelle" (S. 86). Alles das, was man in Lehrbüchern und Ärztezeitschriften findet, geht zurück auf interne Dienstvorschriften für die Wehrmacht. Seit 1961 gibt es ein entsprechendes NATO-Handbuch, zu deutsch „die dringliche Kriegschirurgie". Diese NATO-Anweisung ging in die Bundeswehrzentraldienstvorschrift 49/50 ein. Damit wurde das NATO-Handbuch unter Nr. 2968 des NATO-Standartisierungsübereinkommens für die BRD übernommen. Die Sache wurde in der BRD im letzten Jahr bekannt, als Bundeswehrärzte mit diesen Dienstvorschriften ihre Kriegsdienstverweigerung begründeten. Als das Prüfungsgericht einem Arzt seine Aussagen nicht abnehmen wollte, mußten sie sich nach Einsicht in diese geheimen Vorschriften eines Besseren belehren lassen. Wir wollen uns deshalb bei der Darstellung der Einteilung der Verwundeten in vier Gruppen gleich auf dieses Handbuch beziehen. Es heißt dort auf S. 171: *„Da an vielen Stellen eine ungeheure Arbeitslast für den Sanitätsdienst anfällt, müssen gegenüber den üblichen ärztlichen Grundsätzen folgende Kompromisse geschlossen werden: Eine große Anzahl Verwundeter muß als nur geringfügig verletzt eingestuft werden. Nach einfacher ärztlicher Hilfe, die selbst oder von einem Kameraden ausgeführt wird, müssen diese Patienten zum Dienst zurückgeschickt werden ...., obwohl man genau weiß, daß sie später im sanitätsdienstlichen Versorgungsweg wieder zur Weiterbehandlung auftauchen werden. Ohne Zweifel werden durch die verzögerte Behandlung Deformitäten und Funktionsstörungen entstehen, aber sie müssen ... in Kauf genommen werden. Die 2. Gruppe von Verwundeten kann durch eine einfache Erstversorgung am Leben erhalten werden, während die weitere Behandlung zunächst auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wird. ... Zu dieser Verwundetengruppe gehören hauptsächlich die geschlossenen Frakturen der Röhrenknochen, da diese bei richtiger Ruhigstellung nicht mehr lebensgefährlich sind."* Die dritte Gruppe sind *„die Verwundeten, die eine sofortige lebensrettende Behandlung brauchen und die damit gute Überlebenschancen haben ... Die letzte Gruppe umfaßt die kritisch Verwundeten, deren Überlebenschance fraglich ist und sogar unter idealen sanitätsdienstlichen Verhältnissen fraglich wäre... zwar werden diese Verwundeten nicht alle sterben, doch zeigt eine nüchterne Überlegung, daß an sich die Behandlung der an sich tödlich Verletzten als Fälle der Dringlichkeitsstufe 1 zwangsläufig zur Vernachlässigung derjenigen Verwundetengruppen führen muß, bei der eine richtige und sofortige Behandlung bessere Überlebenschancen schafft."* Exfeldchirurg Koslowski sieht das so: *„Schwerstverletzte bedürfen der Schmerzlinderung und der Seelsorge"* („Spiegel", s.o.).

Oder: „Der einzelne Patient, der alleine 5 Liter (Blutkonserven - Anm.

Oder: *„Der einzelne Patient, der alleine 5 Liter* (Blutkonserven - Anm. AK) *braucht, muß als letzter behandelt werden, falls er dann noch lebt"*, denn, so heißt es an anderer Stelle: *„Verwundete mit einer Verletzung der Aorta ... oder anderer großer Blutgefäße sind meist kein Problem für den Arzt, denn sie verbluten sofort"*. Es sei denn, der Arzt hat sich geirrt: *„Übersteht der Patient jedoch die ersten 24 Stunden, so kann es sich kaum um eine letale* (= tödliche - AK) *Verwundung handeln"* (alle Zitate nach der Broschüre: „Militärmedizin"). Bei schwereren Verletzungen setzt die Militärmedizin ganz offen auf „natürliche Auslese", bzw. auf „Beruhigungsmittel", die einzige Behandlung in den ersten 24 Stunden. Bei leichteren Fällen geht es ebenfalls nur um die weitere Einsatzmöglichkeit und weniger um die Gesundheit: *„Militärische Erfordernisse heissen laut Heeresdienstvorschrift 303/1 'die schnelle Wiederherstellung der vollen Kampffähigkeit' oder zumindest der 'begrenzten Einsatzfähigkeit'"* („Stern", 49/80).

Kein Wunder, daß der Gedanke der Erhaltung der Kriegsfähigkeit jedes medizinische Ethos pervertiert. Die Perversion besteht vor allem darin, daß die Vorbereitung des Gesundheitswesens auf den Kriegsfall benutzt wird, um den Eindruck zu erwecken, als ginge es dabei um den Schutz von Leben.

Da ist es nur zu begrüßen, wenn aus der Ärzteschaft selbst der Protest gegen diese Notstands- und Kriegsführungsplanungen wächst.

**Antimilitarismus-Kommission/
KB Gruppe Göttingen und
AK-Redaktion**

**(Anmerkung: Die Broschüre „Militärmedizin - Maschinengewehr hinter der Front" gibt es zum Preis von DM 4,- bei der Dr. med. Mabuse Redaktion in Frankfurt 70, Postfach 70 07 47 zu beziehen.)**

## Interview mit der ProTest – Redaktion

# Kirche von unten

## — eine Basisbewegung stellt sich vor

**Der Kirchentag in Hamburg hat neue Zeichen gesetzt. Die aufgeschreckte Diskussion in den bürgerlichen Medien wurde immer wieder von der bangen Frage begleitet: Haben die Kirchenoberen diese Bewegung noch im Griff? Die große Friedensdemonstration – die „Fortsetzung des Kirchentages mit anderen Mitteln", wie es auf der Demonstration hieß – wurde ohne jede Form der Ausgrenzung gemeinsam von kirchlichen Gruppen und dem Spektrum linker Organisationen – bis einschließlich des KB – getragen. Für viele Linke war dies ein überraschendes und erstaunliches Ergebnis. Wir haben das zum Anlaß genommen, vier Redaktionsmitglieder der „ProTest", einer kirchenoppositionellen Zeitung, die während des Kirchentages täglich in 10.000 Exemplaren verkauft wurde, über ihre Einschätzung des Kirchentages and der kirchlichen Basisbewegung zu befragen.**

**AK: Der ev. Kirchentag in Hamburg hatte 150.000 Besucher, drei Viertel davon waren Jugendliche. Es hat eine große Friedensdemonstration mit 70 - 80.000 Teilnehmern gegeben. Worauf beruht die Anziehungskraft dieses Kirchentages und wie schätzt ihr seinen Verlauf ein?**

**Peter:** Hauptpunkt war, daß stärker als früher Möglichkeiten zur Diskussion und Foren zur Auseinandersetzung gegeben waren. Es ging also weniger darum, mal ein schönes Wochenende zu erleben und so ein Massen-feeling zu haben, wie das noch stärker beim letzten Kirchentag (vor zwei Jahren in Nürnberg) der Fall war, sondern darum, daß die Möglichkeit gegeben war, die Friedensfrage in den Mittelpunkt zu stellen. Unter dem Motto, jetzt und sofort muß was für den Frieden getan werden, sind die meisten jungen Leute auf den Hamburger Kirchentag gekommen.

**Theo:** Der Kirchentag soll natürlich auch der Kirchenleitung die Möglichkeit geben, die Kirche attraktiv darzustellen. Das gelingt auch immer wieder, da den Gruppen die Möglichkeit geboten wird, ihre Stände aufzubauen. Drei ganze Hallen gab es, wo sich die verschiedenen Projekte darstellen konnten, und das haben diese seit Jahren minutiös vorbereitet. Das macht – glaube ich – auch die Attraktivität aus.

Das war auch ein Problem, ob alle aus den Hallen zur Demonstration gehen würden, weil sie eben die lange Vorplanung für das Programm getroffen hatten.

Peter: Es geht weniger darum, das eigene Projekt in großen Foren dar-

**Peter:** Es geht weniger darum, das eigene Projekt in großen Foren darzustellen als darum, im Rahmen des Kirchentages Aktivitäten, Ideen zu entwickeln, diesmal auch „etwas für den Frieden zu unternehmen".

**AK: Ich könnte mir vorstellen, daß ein großer Teil der Jugendlichen nicht unbedingt der Kirche wegen gekommen ist, oder wegen der immer betonten Möglichkeit, hier an Gottesdiensten teilzunehmen. Worauf beruht heute der Einfluß der Kirche bei den Jugendlichen? Hängt das damit zusammen, daß ein großer Teil der Sozialarbeit an vielen Orten im Rahmen der Kirche stattfindet, oder im Rahmen der Kirche Möglichkeiten für Jugendliche geboten werden? Oder liegt das am Kirchentag und seinem Ablauf selbst?**

**Wolfgang:** Der Einfluß der Kirche beginnt dort, wo sie Bedürfnisse aufnimmt; die Attraktivität steigt dort, wo eine Auseinandersetzung mit Problemen stattfindet. So haben z.B. kirchliche Gruppen großen Zulauf, die sich mit dem Thema Frieden beschäftigen.

**Gabriele:** Ich denke, daß sehr viele Jugendliche anfangen, sich von oberen Kirchengremien zu emanzipieren, daß sie anfangen, das, was dort an „Bibelinterpretation" stattfindet, jetzt in eigener Form und veränderter Auslegung zu machen. Diese Jugendlichen und kirchenkritischen Gruppen verstehen das Christentum durchaus als ihre Grundlage, aber in anderer Form, als es von bischöflicher Seite gemeint ist. Das ist auch mein Anliegen, daß nicht von den Bischöfen diktiert wird, was Christentum ist. Für mich ist wichtig, deutlich zu machen, daß es auch einseitig andere Meinungen gibt, als es die Kirchenoberen wahrhaben wollen. Ich glaube auch, daß dies zunehmend ein Anliegen von Jugendlichen ist, die auf den Kirchentag kommen. Gerade auf dem Kirchentag kann das besser ausgedrückt werden als sonst auf Ebene der Gemeinden.

**Theo:** Ich glaube, daß auch eine ganze Reihe von Jugendlichen kommen, weil sich ihnen die Möglichkeit bietet, ganz einfach einmal von zu Hause abzuhauen, in die Großstadt zu kommen, dort einiges zu erleben, die mit religiöser Gemeinschaft – wie sie der Bischof Lohse jetzt in der Abschlußpredigt vorstellte – nichts im Sinn haben.

**Peter:** Bei sehr vielen Jugendlichen spielen ideologische Haltungen – klerikal oder antiklerikal – überhaupt keine Rolle. Das gilt auch bei uns, der ESG. Da haben viele mit dem „E" nichts im Sinn. Sie machen dort Politik, kritische und engagierte Dinge, wo sie sich ausdrücken, sich ein Stück selbst verwirklichen können und versuchen, was zu verändern! Das finden sie das Wichtige, Wesentliche – nicht das, was im Namen steht, ein „E", ein „S" oder ein „K".

**Wolfgang:** Es ist erst einmal egal, was das für ein Verein ist, ob es nun protestantisch oder katholisch ist, sondern das Thema, der Inhalt, das Einbringen von Bedürfnissen ist entscheidend.

**AK: Heißt das, daß für die Kirchen da ein großes Betätigungsfeld unter Jugendlichen gegeben ist, die Möglichkeit eines Einflusses im weitesten Sinne und daß diese eher im Wachsen begriffen ist?**

**Wolfgang:** Ja, und das läuft praktisch oft gegen die Amtskirche.

**Theo:** Dies kann man sehr anschaulich machen. Wir haben zum ersten Mal ein Button und die Demonstration gemacht, die die Losung um 180 Grad gedreht hat und das hat sehr

tion gemacht, die die Losung um 180 Grad gedreht hat und das hat sehr

viel Erfolg, zumindest eine sehr große Sympathie gehabt und an diesem Punkt sind sie ja auf die Barrikaden gestiegen. Die Gemeinschaft und das miteinander Reden haben sie uns ja aufgekündigt. Das muß man sich ja vorstellen: uns haben sie das Gespräch aufgekündigt, aber sie haben gesagt, der Apel muß reden können.

**Gabriele:** Das, was jetzt hier rauskommt, ist der Unterschied von Amtskirche einerseits, die Macht hat – was sie zwar nicht gerne hört, was aber so ist – und andererseits von dem, was sich da an der Basis tut, wo neue Pflänzchen hochwachsen, was sich ja auch an der Friedensdemonstration gezeigt hat. Ich glaube schon, daß viele Jugendliche den Anspruch haben, christlich zu sein. Ich weiß nicht, ob man es „kirchlich" nennen soll, weil beides zu leicht gleichgesetzt wird. Ich glaube nicht, daß der Kirchentag nur einfach als Mittel benutzt wird, um sich auszudrücken, weil er ein gutes Forum dazu ist. Ich glaube, daß viele kommen, weil sie wirklich mit Christentum und auch der Kirche etwas am Hut haben, aber beides neu definieren wollen.

**Wolfgang:** Christentum und christliches Verständnis vor allem bei Jugendlichen lassen sich nicht an den offiziellen kirchenpolitischen Stellungnahmen festmachen. Auch wenn es dann 180 Grad gegen offizielle Positionen steht oder ‚links' ist – um es schlagwortartig zu sagen –, ist das noch lange nicht unchristlich. Christsein kann nicht per amtskirchliche Definition festgemacht werden.

**Gabriele:** Gollwitzer sagte dazu auf der Demonstration: Nicht Wölber bestimmt, was Kirchentag ist, sondern wir.

**AK: Das Kirchentagspräsidium wurde immer wieder vor die Frage gestellt, ob ihnen der Kirchentag aus der Hand geglitten sei. Auf der einen Seite wurde versichert, daß selbst die große Demonstration das Kirchentagsgeschehen überhaupt nicht beeinträchtigt hätte, auf der anderen Seite wurden Stimmen laut, die von einer Verkleinerung des Kirchentages bzw. einer Reduzierung auf bestimmte kirchliche Fragen sprachen. Wie werden die Kirchenoberen auf die Entwicklung reagieren?**

**Peter:** Eine Verkleinerung des Kirchentages ist nicht möglich. Sie können die Leute nicht aussperren, der Zug ist da politisch abgefahren. In zwei Jahren wird sich der Prozeß der Politisierung, des Engagements fortsetzen und verstärken. Wenn sie die Leute ausschließen, dann gibt es zwei Kirchentage. Das ist ganz eindeutig.

**Wolfgang:** Das zeigt schon ganz eindeutig die große Friedensdemonstration unter dem umgekehrten Kirchentagsmotto, die trotz Warnungen, Distanzierungen und Diffamierungen von fast 100.000 getragen wurde.

**Gabriele:** Offiziell betonen die Kirchenoberen immer wieder, daß ihnen der Kirchentag nicht aus der Hand geglitten sei. Ich habe gerade noch einmal Herrn von Bismark, Mitglied des Kirchentagspräsidiums, gehört, der gesagt hat, daß diese Gefahr anfangs hochgeputscht worden sei und jetzt alles ganz ruhig und diszipliniert abgelaufen sei und alles in ihrem Sinne. Und gleichzeitig waren wieder unheimliche Diffamierungen darunter, als er sagte, auf dem Kirchentag seien sichtbar und anfaßbar Gespenster herumgelaufen, denen es aber nicht gelungen sei, die Macht zu ergreifen. Da ging mir wieder völlig der Hut hoch. Darin wird aber auch unheimlich deutlich, daß sie ganz wahnsinnige Angst haben, daß sie

unheimlich deutlich, daß sie ganz wahnsinnige Angst haben, daß sie

sich im Moment ständig legitimieren und rechtfertigen müssen. Man sieht sie förmlich auf den Pressekonferenzen zittern. Da zeigt sich, daß das, was jetzt von unten hochkommt (das zeigt auch die Friedensdemonstration) im Moment das eigentlich Prägende ist, und eine Wende gegenüber den anderen Kirchentagen bedeutet.

**Peter:** Die Kirchentagspressestelle hat mit Hilfe der Presse ganz stark Politik gemacht. Es gab druckfertige vorgefertigte Meinungen für die Presse. So wird in einer Pressemeldung behauptet, einer Besucherin gehe das mit dem Frieden auf die Nerven oder ähnlich; vorgefertigte Präsidial-Meinung für die Medien, Frieden sei gar nicht das zentrale Thema gewesen.

**Wolfgang:** Bezeichnend ist auch die Stellungnahme von Bischof Lohse, der Kirchentag sei nicht das richtige Forum für friedenspolitische Diskussionen. Als sich die Stärke der Friedensbewegung auf dem Kirchentag abzuzeichnen begann, war die offizielle Strategie schon vor der Eröffnung, die Sache ‚klein zu halten' bzw. zu diskreditieren. Und der große Erfolg war ja, daß trotz dieser Kampagne das Thema nicht aufzuhalten war.

**Theo:** Dazu muß man sich auch die Entwicklung anschauen. Vor sechs Jahren in Düsseldorf war der erste Kirchentag, der linke kirchenpolitische Positionen zeigte, der schon deutlich linken Positionen einen Platz bot; da war auch Dorothe Sölle mit ihrem Auftreten erstmals groß rausgekommen. In Westberlin war es so, daß es viel Knatsch gab; da waren die Linken mittendrin und sorgten für sehr viel Progression. In Nürnberg versuchte dann das Kirchentagspräsidium etliche Kreise auszuladen; da waren die Homosexuellen ausgeladen worden, Dorothe Sölle war

Fortsetzung nächste Seite

# Kirche und Gemeinde



**Forts. von d. letzten S.**

nicht eingeladen worden, ebenso Albertz und Käsemann.
**Gabriele**: Aber der war doch da.
**Theo**: Ja, die sind alle noch gekommen, und es gab viel Auseinandersetzung. Jetzt in Hamburg haben sie dann versucht, alle Linken in eine Halle zu legen als ‚Kompromiß'.
**Peter**: ‚Spielhalle'
**Theo**: Genau, um sie dadurch nicht in ihren Räumen zu haben.
**Wolfgang**: Man kann sagen, die Ausschlußpolitik wurde durch eine Ghettoisierung ersetzt.
**Theo**: Genau, und das sollte ja auch mit der Demonstration durchbrochen werden. Nach diesem Kirchentag – es ist noch vieles spontan gelaufen – ist es jetzt im Bewußtsein, daß du auf dem Kirchentag eine zentrale politische Aktion machen kannst. Und ich kann es mir schon vorstellen, daß dies für die kirchliche Leitung immer brenzlicher wird.
**Gabriele**: Was ja auch ganz spannend war, daß das Kirchentagspräsidium ziemlich zerstritten war, wenn auch niemand auf unserer Linie gelegen hat. Während einige versucht haben, das ernst zu nehmen, bzw. zu gucken, was da dran ist, haben andere es gleich runtergeputzt als Gespensterdasein, als unterwandert und gesteuert, während der Eppler sich dann auf der Demonstration blicken ließ. Dies kann Taktik sein, um vielleicht zu beschwichtigen, aber es ist ganz deutlich geworden, daß da kein einheitliches Handeln mehr besteht innerhalb des Kirchentagspräsidiums.



Karl-Heinz Hansen

**AK: Ihr habt gesagt, daß der Kirchentag eine Stärkung des kritischen, engagierten und vor allem jugendlichen Teils in den Kirchen gebracht hat. Dies sei insbesondere auch bei der Demonstration zum Ausdruck gekommen. Auf der anderen Seite hat es doch vor dem Kirchentag sehr scharfe Angriffe auf den Pazifismus in den Kirchen, die ‚naive Gesinnungsethik', das ‚Aussteigen aus der Realpolitik' gegeben. Das Kirchentagspräsidium hat nachher erklärt, es habe sich gezeigt, daß man dem Frieden mit und ohne Waffen dienen könne. Erstaunlich ist doch, daß trotz aller Angriffe das Kirchentagspublikum solche Veranstaltungen mit Apel, Schmidt etc., die allerdings immer auch als Dialog-Veranstaltungen mit kritischen Stimmen aufgezogen wurden, weitgehend akzeptiert hat.**
**Wolfgang**: Die alten Heidelberger Thesen (des Friedensdienstes mit und ohne Waffen – Anm. AK) sind nun wirklich überholt. Die Bedingungen sind doch real so, daß wir wirklich keine Alternative mehr haben angesichts des Atomwahnsinns.

Zu Apel etc.: Ich glaube, das Interesse des Publikums an der Thematik Frieden/Nachrüstung war so groß und überlagerte vorhandene Zweifel an der Form der Veranstaltung, so daß man sich diesen Show- und Repräsentationsmechanismen unterwarf.
**Gabriele**: Es gibt unterschiedliche und auch zerstrittene Meinungen dazu, ob es richtig ist, Apel reden zu lassen. Ich finde das auch schwierig zu entscheiden. Von mir aus gesehen soll er da nicht reden, er hat da überhaupt nichts zu suchen, schon gar nicht bei solchem Thema. Aber aus taktischen Überlegungen, aus Überlegungen, wie schlägt das auf uns zurück, wie schlägt das auf Leute zurück, die in der Demonstration zusammengekommen sind, da denke ich, daß es eher schadet, wenn man Apel nicht zum Reden kommen läßt, weil es dann hochgeputscht wird, weil die Kirche und die Presse dann sagen: „Wir lassen alle reden und die ‚Chaoten' verhindern das." Das muß man dabei berücksichtigen.
**Wolfgang**: Ich bin unbedingt dafür, daß Apel redet, wenn er eingeladen ist.
**Peter**: Ich würde das Gegenteil sagen. Ich würde vor allem vor der Illusion warnen, daß der Dialog mit solchen Machtpolitikern, die ganz oben stehen, die bis ins letzte Mark hinein Taktiker sind und auch – vorsichtig gesagt – Schwindler sind, furchtbar sein könnte. Und davon gehen doch die Leute, die mit ihm noch diskutieren, aus, daß es sich bei denen „oben" um Leute handelt, wie du und ich, die man noch ein Stück weit überzeugen könnte. Das würde ich bei solchen Leuten zunächst einmal ausschließen, nicht bei Herrn Apel als Mensch, der ist mir ja piepegal, sondern bei Apel als Machtfigur. Die sind doch ganz stark in die westliche Militärpolitik eingebunden und da sind keine Diskussionen möglich, auch keine Positionsänderungen – außer: wir machen Druck! Als wenn der Apel was still in seinem Kämmerchen wollen könnte, das ist ausgeschlossen. Davon muß man erst einmal ausgehen, dann ist alles andere eine Nebenfrage.

Die so vehement gegen Störungen waren, gehen davon aus, da sei noch was möglich zu verändern.
**Theo**: Man muß auch sehen, daß es sehr starken Druck gegeben hat. Es gibt einmal den sehr kämpferischen Pazifismus, der sagt, ein Atomkrieg bedeutet den Mord an sehr weiten Teilen der Bevölkerung. Von der Kirchenleitung wird dir dann nicht gesagt, daß du ja recht hast, sondern daß der Pazifismus erst dann glaubhaft werde, wenn du auch deinen ‚Allernächsten' aussprechen läßt. So wird es ganz offen gedreht, auch in Bezug auf die Apel-Veranstaltung.
**Peter**: Kann ja gerne aussprechen ...

**Wolfgang**: Es erhebt sich die Frage, welche Leute hier auf dem Kirchentag reden können. Wenn man die ganzen Listen durchgeht, dann fällt einem schon auf, daß diese großen Stars große Auftritte kriegen und Gruppen und Personen, die vielleicht noch wichtiger wären, ausgegliedert werden aus dem Gelände oder nur kleine Räume kriegen. Da läuft schon eine Politik, die einen hochzuziehen und die anderen herunterzudrücken.
**Gabriele**: Ich glaube schon, daß es einen Sinn hat, wenn Apel dort spricht. Zwar wird sich in einer solchen Diskussion Apel nicht verändern, aber diese Wirkung kann eintreten für das Publikum, weil ja auch das Podium gar nicht schlecht besetzt war und dort Leute saßen, die argumentativ sicher besser waren als der Apel, der da lediglich die Politik der Bundesregierung wiedergegeben hat, die du auch täglich lesen kannst. Ich weiß auch von vielen, die gesagt haben: „Laß doch den Apel reden, die besseren Argumente haben sowieso die anderen."
**Theo**: Aber faktisch läuft das noch anders ab: Die Halle war schon um halb acht wegen der Bibellesung voll, wovon kaum jemand weggegangen ist; auch Bundeswehrsoldaten in Zivil sind extra in Bussen aufgefahren worden. In der Halle saßen so viele, denen es gar nicht um das Gespräch ging. Die Kirchenleitung stand ja vor dem Dilemma, ob sie die Polizei reinlassen, den Einlaß kontrollieren oder Körperkontrollen machen lassen sollte.
**Peter**: Ich meine, daß hier vorgeprägte Urteile, die dauernd im Fernsehen und in den Massenmedien vorproduziert werden, die auch dem Wählerverhalten entsprechen, – da machen wir uns doch nichts vor, welche beiden Parteien hier das „Vertrauen" (in Anführungszeichen) breiter Bevölkerungsschichten der Wähler genießen – das wird hier noch einmal bestätigt, das wird hier mitgetragen und noch einmal explizit unterstützt. Ich habe selbst erlebt, daß nach der Schmidt-Veranstaltung, wo auch sehr gute andere ‚Partner' auf dem Podium saßen, selbst kritische Leute gesagt haben: „Der Schmidt hat in dieser oder jener Frage halt doch recht; der hat so viele Sorgen am Hals, ich verstehe ihn." Da können die Leute, die da um ihn herumsitzen, – ein Schüler, ja der hat eben auch ehrenwerte Standpunkte und überzeugend geredet – wenig machen, denn der Helmut, der hat halt den besseren Überblick. Das ist eben ein Instrument: Der Bundeskanzler ist sogar bereit, mit einem Schüler zu diskutieren. Der Apel ist bereit, mit Kritikern zu diskutieren. Es schlägt also immer zugunsten der anderen zu Buche. Es gibt eine Reihe Leute, die durchschauen das. Ich möchte das jetzt nicht einteilen in „Kluge" und „Nichtkluge", so einfach geht das nicht.

**AK: Kann man sagen, daß es da einen offenen Widerspruch in der Bewegung gibt? Einerseits wurde auf der Demonstration gesagt und die Sache breit mit dem Verständnis unterstützt, man müsse mit der Vorstellung brechen, durch Rüstung und Kriegsdienst Frieden schaffen zu können, auf der anderen Seite gibt es diese Dialogbereitschaft!?**
**Theo**: Auf jeden Fall. Man kann sogar sagen, daß auf diesem Kirchentag die Stimmen eher noch stärker geworden sind, die sagen, wir müssen auch mit diesen Leuten reden. Das war m. E. in Nürnberg nicht so. Da war die Bereitschaft eher stärker, mit Leuten, die auf dem Reißbrett schon unseren Tod in Kauf genommen haben, nicht mehr zu reden.
**Wolfgang**: Die Frage ist, ob und wie weit hier der Kirchentag ein riesiges publizitätswirksames Darstellungsmittel für Regierungspositionen ist, oder ob da wirklich außerhalb von etablierten, eingefahrenen Mechanismen eine Möglichkeit zur Diskussion und Positionsveränderung besteht. Anders formuliert: Gibt es eine gleichberechtigte Diskussion mit Apel oder ist das nur eine groß inszenierte Show, wo der Apel seine Sache loslassen kann und der Rest ist Staffage?
**Gabriele**: Aber die Frage ist doch, wie man sich verhält, wenn die eingeladen sind?
**Wolfgang**: Der Zug ist abgefahren, wenn Apel auf's Podium tritt. Der muß dann reden können, ansonsten wird die gesamte Friedensbewegung diskreditiert. Der entscheidende Punkt ist, Apel nicht einzuladen.
**Theo**: Aber wer trifft denn die Entscheidung? Wir haben ihn ja nicht eingeladen, das werden wir auch nicht tun.
**Wolfgang**: Das ist richtig, aber wir müssen das dann – zähneknirschend – akzeptieren.
**Theo**: Wieso denn?
**Peter**: Dann könnten sie ja auch Somoza oder einen Faschisten einladen. Ich will Apel jetzt nicht damit vergleichen, aber ich meine, darauf läuft es hinaus, wenn man dieses Prinzip akzeptiert.
**Wolfgang**: Ich finde den Vergleich unpassend. Ich verstehe Apel trotz allem als Demokraten.
**Gabriele**: Aber was machen wir denn jetzt daraus? Dahin gehen und stören?
**Wolfgang**: Nein. Das wäre dann genau der Effekt, der auf uns zurückschlägt, Wasser auf die Mühlen der Reaktionäre, die dann sagen: „Na also, da zeigt sich's wieder, mit denen kann man nicht reden, das sind alles Chaoten und Störer." Und publizistisch gäb's die entsprechenden Schlagzeilen. Was bleibt denn da von der Friedensbewegung? Das ist doch keine mehrheitsfähige Politik!
**Theo**: Der Boden, den wir einmal hatten, (Teilnahme an Aktionen in Brokdorf, Verteidigung der Aktionen in Bremen), wird durch den Kirchentag ein Stück weit zurückgeworfen, wenn wir es zulassen, daß sie alle möglichen Leute einfach einladen können.
**Wolfgang**: Vielleicht ist es effektiver, die Sache souverän zu nehmen. Wie die Gabi schon gesagt hat, wir haben eh die besseren Argumente.



Hellmut Gollwitzer

**AK: Es ist hier deutlich geworden, daß ihr teilweise unterschiedliche Vorstellungen habt. Ihr kommt alle von der Redaktion der Zeitung ProTest, die hier während des Kirchentages mit einer sehr hohen Auflage, 10.000, täglich erschienen ist und verkauft wurde. Könnt ihr eure Arbeit und eure Zusammensetzung darstellen?**
**Wolfgang**: Wir sind etwa 15 Leute aus der ‚Evangelischen Studentengemeinde' und der ‚Arbeitsgemeinschaft evangelischer Schüler', die für dieses Projekt aus verschiedenen Städten zusammengekommen sind,




Mitglieder der ProTest-Redaktion an der Spitze der Friedensdemonstration.

alle Amateure mit Ausnahme von Peter. Wir wollten auf dem Kirchentag angesichts etablierter Presse und zu erwartender Eierkuchenstimmung ein Stück Gegenöffentlichkeit herstellen und für ein kritisches Spektrum, das erfahrungsgemäß untergebuttert wird, ein Sprachrohr schaffen. Inwieweit dieser Anspruch verwirklicht wurde, muß noch diskutiert werden.
**Peter**: Zu den vorbereitenden Presseseminaren wurden die verschiedensten linkskirchlichen Gruppen zur Kooperation eingeladen. Wir können das nicht verstehen als eine Zeitung der ESG und der Arbeitsgemeinschaft ev. Schüler. Die haben sich als Verband nie eingeschaltet, sondern es handelt sich um eine autonome Redaktion. Das ist schon was Wichtiges. Wir haben dafür unsere Resourcen und ein Stück Erfahrung zur Verfügung gestellt, um dort Öffentlichkeitsarbeit zu üben am konkreten Objekt. Ein besseres Seminar als die Praxis kann es eigentlich nicht geben, dann auch zu erproben, wie eine solche Zeitung unter sehr schwierigen technischen und finanziellen und personellen Bedingungen gemacht werden kann und dann sowas wie Gegenöffentlichkeit herzustellen, ein Organ für die in- und außerhalb des Kirchentages arbeitenden Gruppen zu machen. Z.T. waren die Zeitungen natürlich noch sehr unvollkommen und unausgegoren, dafür gab es zu viele Schwierigkeiten. Aber gegenüber den Anfängen war da schon mehr der Trend zu einer Tageszeitung, einer Zeitung, die den Kirchentag politisch mit seinen Themen begleitet und auch herumstochert und stichelt.
**Wolfgang**: Die ProTest hatte zwei Ebenen. Neben dem erklärten Ziel, Gegenöffentlichkeit schaffen zu wollen, stand das ‚Projekt Zeitungsmachen', das miteinander arbeiten und leben. Die Zeitung sollte für alle Beteiligten möglichst transparent sein. Wir bemühten uns, den Produktionsablauf durchschaubar zu halten, Hierarchisierungen zu vermeiden, Entscheidungsprozesse breit anzulegen und eben ‚Macher' zu vermeiden. Die Redaktion sollte die gedruckte Ausgabe am nächsten Morgen als ‚Ihre' Zeitung wiedererkennen. Die Umsetzung dieses Anspruchs, die Entfremdung zu verhindern bzw. möglichst gering zu halten, sollte im Zweifelsfall Vorrang vor der Qualität haben.
**Gabriele**: So ein Schwerpunkt, wie du ihn gesehen hast, der war zwar auch wichtig, bzw. das Sich-näher-kennenzulernen, aber ich finde nicht, daß wir die Qualität der Zeitung da zurückgestellt haben.
**Wolfgang**: Ich meine, im ‚Normalfall' sagt man doch, wir wollen eine gute Zeitung machen, und der Artikel muß rein und deswegen hauen wir menschlich gesehen jemanden runter. Eine harte Politik machen, das wollen wir nicht. Das war zumindest unser Anspruch.
**Theo**: Wir hatten schon auf dem Presseseminar vor einem halben Jahr diskutiert, was wir politisch erreichen wollten, bzw. daß das Thema Frieden zentral werden würde. Es gibt dabei verschiedenste Artikel, zum einen die z.B. sich mit Wölber, v. Weizsäcker und von Bismark auseinandersetzen und sehr klare Positionen beziehen und dann gibt es mehr moderate Artikel z.B. zu Angela Davis oder zur Friedensdemonstration, die mehr von außen die Dinge betrachten. Vieles von dem, was wir auf dem 1. Presseseminar beschlossen hatten, konnten wir dann nicht erreichen.
**Peter**: Man könnte sich fragen, ob wir einen Anspruch formuliert hatten, der technisch nicht durchführbar war, unter den Bedingungen, unter denen wir gearbeitet haben, z.B. viel zu wenig Zeit zur Diskussion gehabt zu haben, Entscheidungsprozesse abblocken zu müssen, weil etwa der Drucker wartet, oder weil die Redaktion praktisch am Tag nicht arbeitsfähig ist, weil alle was anderes laufen haben, z.B. Friedensdemo vorbereiten, wo Leute der Redaktion raus müssen, weil der Vertrieb nicht läuft. Interessant finde ich an der Zeitung, daß sich gezeigt hat: Man kann auch als eine spontane Arbeitsgruppe, die kein festes Konzept, weder ideologisch noch technisch, noch sonstwie hat, in der Lage sein, mit der heutigen Technik eine Tageszeitung zu machen, sehr kurzfristig und sehr einfach. Das finde ich eine ganz wichtige Geschichte, wenn man sich etwa solche Großprojekte wie die TAZ oder die Neue anguckt, unter welch schwierigen Bedingungen oder sagen wir besser unter wieviel besseren Bedingungen dort eine Tageszeitung produziert wird, mit Redaktionen, bundesweiten Berichterstattern, ist das hier als Ergebnis nicht schlecht. Eine Demonstration, was d o r t machbar ist. Das zweite Wichtige ist, daß da ein Medium ist, das ins Kirchentagsbewußtsein einwirkt und dort gegensteuert. Bewerten, wie gut das gelungen ist, das möchte ich da erst einmal zurückstellen. Da gibt es diesen und jenen Artikel, wo man sich sagt, das hätte man sich auch sparen können. Aber die Tatsache, daß es so etwas gibt, in einer Auflage von 10.000 verkauften Exemplaren, und uns wird von vielen Leuten bestätigt, wir hätten 15.000 oder 20.000 verkaufen können, eine Zahl, die wir nicht hätten drucken können ...
**Wolfgang**: Wir hatten zu wenig Verkäufer, das war ein Problem. Wir haben noch Leute von der Redaktion in den Vertrieb geschickt. Wir konnten die Nachfrage einfach nicht befriedigen.
**AK: Worauf ist es zurückzuführen, daß ihr als Redaktion, als Träger ein kleiner Kreis wart, auch im Spektrum der Kirchenlinken, wo doch die Nachfrage so groß ist?**
**Theo**: Ich glaube, das liegt wesentlich daran, daß Leute, die dies auch machen würden, in den Hallen voll beschäftigt waren. Es hat sich auch gezeigt, daß sie morgens ankamen und die Zeitung mitverkauften, so gut sie es konnten. Es hat ausschließlich technische Gründe gehabt, sie waren einfach ausgebucht.
**Peter**: Was wir auch nicht mehr so machen wollten wie bei den früheren Zeitungen, war, diesen ganzen Wust von Veranstaltungen sozusagen kri-

**Fortsetzung nächste Seite**



**Als Apel auf dem Kirchentag zu sprechen beginnt, fliegen ein paar Eier, die von Zivilbullen „abgefangen" werden...**

**Fortsetzung von vorheriger Seite**

tisch zu begleiten, so zu tun, als ob das Leben, die Gesellschaft ihre Widerspiegelung hier im offiziellen Kirchentagsprogramm finden würde. Deshalb findet man bei uns auch eine ganze Reihe vorproduzierte Artikel, die sozusagen Argumente hineinliefern in die Debatte.

**Theo**: Das ist zwar so ohne Diskussion gelaufen, aber früher gab es dafür über jede Bibelstunde eine Abhandlung in ProTest.Das haben wir ganz bewußt nicht mehr gemacht, weil wir dem Kirchentag die Autorität absprechen, eine solche gesellschaftliche Relevanz zu besitzen. Das, was an Relevanz da sein soll, das versuchen wir in der Zeitung zu bringen und so hat das häufig mit dem Kirchentag direkt nicht viel zu tun. Der Kirchentag ist der Rahmen, in dem diese Zeitung produziert wird ...

**Gabriele**: Und gleichzeitig ist natürlich die Auseinandersetzung mit der Kirche und gerade das Spannungsverhältnis zwischen Amtskirche und ‚Kirche von unten' dort dargestellt.

**AK: Hat eine solche Arbeit vor allem einen Rahmen auf dem Kirchentag selbst oder wie setzt sich das außerhalb des Kirchentages fort?**

**Peter**: Es gibt eine ganze Reihe kirchenkritischer Zeitungen. Es gibt etwa 80 bis 100 Zeitungen, die relativ regelmäßig erscheinen und von kirchenkritischen Basisgruppen herausgebracht werden, sowohl im evangelischen als auch im katholischen Bereich. Da gibt es das Magazin der ESG, die „Ansätze", die früheren ESG-Nachrichten ...

**Theo**: Und alle mit steigender Auflage.

ESG, die „Ansätze", die früheren ESG-Nachrichten ...
**Theo**: Und alle mit steigender Auflage.

**Peter**: Das zeigt auch einen stärkeren politischen Trend. Da geht es so, daß die theologischen Ämter nach theologischen Themen fragen als dem „Eigentlichen." Ja und bei dem „Eigentlichen" ist die Auflage gesunken, während bei den politischen Fragen und auch bei den Kontroversen, so wie zu Afghanistan, wo wir auch Kontroversen in der ESG hatten, die Auflagen gestiegen sind (langsam allerdings), selbst wenn die Positionen nicht geteilt wurden.

**Theo**: Man muß sich das einmal überlegen. Das „Sonntagsblatt", was nun d i e kirchliche Zeitung ist, die mit einem enormen Apparat und großer finanzieller Unterstützung produziert wird und eine garantierte hohe Abnahmequote von 50.000 Exemplaren durch die Militärseelsorge hat, daß diese Zeitung am herumkrebsen ist und mit sinkender Auflage zu kämpfen hat. 110.000 werden gedruckt. Wenn sie 90.000 verkaufen, dann sind sie froh. 90.000 – einmal im Monat – das ist für die kirchliche Linke heute kein Problem – dabei haben wir natürlich nicht den Apparat. Dann gibt es noch diese kirchlichen Mitteilungsblätter. Die haben natürlich keinen realen Einfluß, sie bringen Nachrichten vom Gemeindepastor.

**AK: Aus dem Kreise der Redaktion bzw. von den Gruppierungen, aus denen ihr kommt, ist ja ein Großteil der Vorbereitung der Hamburger Friedensdemo getragen worden. Die Demonstration wurde ja von dem Großteil der Kirchengruppen mitgetragen, die auf dem Friedenssektor engagiert sind. Könnt ihr etwas zu der Friedensdiskussion, bzw. unterschiedlichen Vorstellungen dabei sagen?**

**Peter**: Wenn es stimmt, was wir versuchen in unserer Publizistik auszudrücken, daß das Leben durch Nachrüstung, Atomkraftwerke und überhaupt durch die Forcierung der Rüstung bedroht ist; wenn es stimmt, daß diese Angst, die wir selbst haben, als Individuen oder als Gruppe begründet ist, dann muß die Auseinandersetzung, dann muß der Kampf ein ganzes Stück militanter sein bzw. werden, sonst sehe ich da einen zu großen Widerspruch und mir liegt daran, dazu ein Stück beizutragen. Militanz heißt jetzt nicht, Steine schmettern, das ist eine ganz andere Geschichte, aber es müssen jetzt ganz andere Formen kommen. Wenn die Bedrohung wirklich so ist, wie wir sie in unseren Resolutionen, meinetwegen Predigten und wissenschaftlichen Abhandlungen schildern, dann genügt das bisherige Engagement nicht mehr, dann müssen wirklich andere Dinger her, dann muß das ein ganz anderes Gewicht kriegen. Die Studentenpfarrerkonferenz hat das einstimmig so ausgedrückt: Nicht mehr wir als Studentenpfarrerkonferenz – wurde dort gesagt – fordern dies und jenes, die Nachrüstung zu verhindern und sonstwas, sondern wir als Personen werden uns auch hinsetzen auf die Straße; wir werden uns hinsetzen, dort wo die Raketen stationiert werden, wir werden uns dort selber einbringen, als Personen, als Ich.





**... und Medizinstudentinnen übergießen sich mit Blut, um gegen den Apel-Auftritt zu protestieren**

**Theo**: Ich denke, es ist auch nicht untypisch, daß bei der ersten Blokkade in Ramstein sehr viele kirchliche Leute beteiligt waren. Da waren viele ESG'ler bei und ich glaube, die Bereitschaft dort direkt daranzugehen, die ist enorm gestiegen.

**Peter**: Was ich sehe, als jemand der nicht aus der kirchlichen Bewegung kommt, daß es gelungen ist, das Mißtrauen, das die Linken gegenüber der kirchlichen Bewegung haben und Vorurteile auch, und auch umgekehrt von kirchlicher Bewegung gegenüber den Linken, ein Stück weit abgebaut worden ist. Und daß, wenn das passiert, was wir uns wünschen gegenüber der Ökologie- und der Friedensbewegung, ein Stück weit zusammenzugehen, in der Notwendigkeit überhaupt Erfolge zu erzielen, hier ein Stück in Hamburg erreicht worden ist. Der zweite sehr wichtige Punkt ist, daß kirchliche und nichtkirchliche Gruppen, also auch politisch sehr weit auseinanderstehende Gruppen, zum ersten Mal eine Aktionseinheit geschlossen haben, wenn auch mit vielen Punkten, wo man sagen kann, da hätten wir es uns ein bißchen anders vorgestellt. Wenn man diese ganzen Vorurteile noch ein Stück ablegt, dann sind da noch sehr große Potentiale, mit denen sich gemeinsam kämpfen läßt und das ist die Voraussetzung, um solche Potentiale zu erreichen, um etwas verhindern zu können.

**AK: Wir danken euch für das Interview.**

# Nachlese zum Kirchentag Unmögliches auf dem »Markt der Möglichkeiten«

Als Besucher/in des Kirchentages spürt man allerorten die Toleranz, Offenheit und Diskussionsbereitschaft seiner vorwiegend jungen Teilnehmer. Ein angenehmes Klima. Daß dieses Klima aber auch günstig ist für die reaktionäre Propaganda rechter Vereine aller Art, zeigte sich auf dem „Markt der Möglichkeiten". Von CDU/CSU über JU, Hans-Seidel-Stiftung, Adenauer-Stiftung über rechte Frauenorganisationen bis hin zur militant antikommunistischen Märtyrerkirche waren sie alle vertreten, um die Gunst der Stunde zu nutzen.

## „Missionarisches"...

Unter dem Deckmantel des Missionsgedankens und der Nächstenliebe versucht sich beispielsweise die **„Christliche Ostmission e.V."** mit ihrem **„Internationalen Hilfsfonds"** bei den Besuchern lieb Kind zu machen. Da wird rührselige Werbung mit Kinderbildern aus Portugal betrieben, oder es heißt z.B. *„Die Kinder von Nasir Bagl und andere vom Internationalen Hilfsfonds betreute Flüchtlingslager in Pakistan sollen warm angezogen und versorgt sein – durch Geschenke des Herzens und der Liebe."*

Leider bleibt den Lesern der „Nachrichten" des „Internationalen Hilfsfonds" verborgen, daß z.B. **Peter Achtmann**, Autor eines Artikels in dieser Zeitung, schon lange überragende Beweise für seine Menschlichkeit und Liebe geliefert hat: Er ist nämlich schon 1977 Autor der neonazistischen, von einem Alt-Nazi aufgebauten Zeitschrift **„Nation Europa"** gewesen. Nun ja: „Nation Europa" schreit laut um Hilfe für das rassistische Südafrika. Und was mag wohl die „Christliche Ostmission e.V." mit ihren Ablegern in Südafrika und Argentinien tun?

In der Bundesrepublik jedenfalls wird mit grell-blutroten Farben das Bild des blutrünstigen Kommunismus gezeichnet. *„Die bewegende, wahre Geschichte eines Gläubigen im anderen Teil der Welt, der von seinen kommunistischen Verfolgern buchstäblich 'zu Tode gehetzt' wurde." „Eine ungültig gemachte Arbeitserlaubnis ... Herzanfall ... Tod ..."*

Die „Missionare" würden ihrem Namen keine „Ehre" machen, wenn sie ihren Lesern und Gefolgsleuten nur den Rat geben würden, still in sich zu kehren, zu beten und vor Mitgefühl zu zerfließen.

Genau wie die rechtsradikale **„Hilfsaktion Märtyrerkirche"** (HMK) sind sie von einem gnadenlosen Missionarsgeist durchdrungen, der die Kreuzzüge und „Evangelisationserfolge" während der imperialistischen Kolonialzeit noch in den Schatten stellt – wenn sie die praktische Möglichkeit hätten (oder haben?): *„.... wir stehen zu der Erfüllung des Missionsbefehls Jesu"; „Wir glauben, daß alle Menschen außerhalb der rettenden Gnade Jesu Christi verloren sind."*

Die „Hilfsaktion Märtyrerkirche" schreibt: *„In dieser Zeit sollen wir lernen, daß wir es beim Marxismus nicht mit einer nur menschlichen Größe zu tun haben, sondern mit der Macht des Teufels. Darum können rein menschliche Maßnahmen gar nichts gegen diese Weltmacht ausrichten."* (Vielleicht nutzen weltweite Teufelsaustreibungen?!...)

Im Namen Jesus Christus ist bekanntlich schon unvorstellbar Unmenschliches geleistet worden. Die organisatorisch-personelle Verflechtung von „Christlicher Ostmission e.V.", „Hilfsaktion Märtyrerkirche", **„Gesellschaft für Menschenrechte"** (GfM) läßt sich durch vielfältige personelle Überschneidungen belegen.

Die auf dem Kirchentag ausgelegten Schriften von „Missionaren" und „Märtyrern" deuten auf Untergrundtätigkeit in den 'sozialistischen' Staaten hin. Zum Angebot der „Märtyrerkirche" gehörte z.B. eine Broschüre „Gewalttaten der Roten Garden", herausgegeben von der HMK, geschrieben und gedruckt in T a i w a n...

Die „Gesellschaft für Menschenrechte" initiierte den Aufruf *„Überwindet die Mauer". „Mit friedlichen Mitteln wollen wir die Mauer in Berlin überwinden."* Ob die Anspielung auf „friedliche Mittel" eine dummerhafte Anbiederung an pazifistische Strömungen innerhalb der evangelischen Kirche ist oder aggressive Aktionen nur überspielen soll? Der Unterstützerkreis könnte da wohl Auskunft geben. Neben Strauß-Freund Bossle und Vorzeige-Bischof Stimpfle fällt da doch Herr Schrenck-Notzing auf.

Sch.-N. kennt sich in Nazi-Kreisen gut aus: Er war schon Autor in den neo-nazistischen Zeitungen „Deutsche Nationalzeitung" und „Nation Europa". Die GfM läßt mitteilen, keine falschen Schlußfolgerungen zu ziehen: *„Die GfM ist eine humanitäre Organisation".*

## Frauenfeindliches ...

Auf dem „Markt der Möglichkeiten" zeigte sich auch wieder, wie eng Christentum und Frauenfeindlichkeit beieinander liegen können.

Auffallend stark und finanzkräftig vertreten war auf dem Markt die CDU mit ihren verschiedenen Ablegerorganisationen, darunter auch ein Stand der CDU-Frauenvereinigung. „Partnerschaft" (zwischen Frau und Mann, „Arbeitgeber" und „Arbeitnehmer") und Stärkung der Familie waren hier angesagt. Letzterer stehe, so schreibt MdB Renate Hellwig in „Frau & Politik", vor allem das *„moderne Selbstverständnis"* des Menschen im Wege, das sich *„ganz selbstbezogen"* auf *„Selbstverwirklichung"* richte; dazu komme dann noch die *„Gruppensolidarität"*, die die Bin-

**Fortsetzung nächste Seite**

## Apel und Kriegerdenkmal

## Apel und Kriegerdenkmal
## mit Eiern und Farbe verschönt

Im Rahmen des Kirchentages meinte Kriegstreiber Apel auch etwas sagen zu müssen. Eine Reihe von Leuten waren anderer Meinung und haben demonstriert, was von Apels Taten zu halten ist. Sie gossen sich selber und das Auto von Apel mit Blut voll. Bei diesem Vorfall sind der 17jährige Wolf Ulrich und ein weiterer Mann , Dietrich B., festgenommen worden. Wolf Ulrich wird vorgeworfen, Farbbeutel geworfen zu haben. Wer hat den Vorgang beobachtet und kann ihn bei einem evt. Verfahren mit Zeugenaussagen unterstützen?

Bei der Friedensdemo am 20.6.81 kam es am Kriegerdenkmal, das von einigen Kriegsgegnern bearbeitet wurde, dazu, daß einer der Zivis seine Waffe zog. Hier wird noch Zeugenmaterial gesucht, ggf. Bilder! Während der Demo ist in der Nähe des Hauptbahnhofs Mattias R. festgenommen worden. Er ist von Zivis auf brutalste Art in ein Taxi gezerrt und dann verschleppt worden. Es ist zu erwarten, daß gegen ihn ermittelt wird, wir brauchen dringend Zeugen, die den Vorfall beobachtet haben. Bitte schickt eure Berichte und ggf. Fotos an die **„BUU" Bartelsstr. 26, 2000 HH 6, „Kirchentagsfestnahmen" oder an die TAZ HH.** Wir wollen versuchen, die betroffenen Leute zu unterstützen.



**Ein Bulle mit gezogener Knarre (siehe Pfeil) auf dem Kirchentag.**



**Der Senat läßt es sich nicht nehmen: Nur kurz nach dem Kirchentag soll das Denkmal wieder im gebührenden Glanz erstrahlen.**

Hilferufe von drüben

ZEITSCHRIFT FÜR DIE BÜRGERRECHTSBEWEGUNG IN DER »DDR«

EUROPÄISCHE ÄRZTEAKTION · 7900 ULM-DONAU
Postfach 1123 · Telefon 0731 / 30449
Bankkonten: Deutsche Bank Ulm 929877 · Postscheck Stuttgart 13689 / 701

Beitrittserklärung
AKTION LEBEN e.V.
BEWEGUNG FÜR DAS LEBEN e.V.

JESUS zeitung
C 1382 F
9. Jahrgang Nr. II + III / 1980
Auflage 150 000

Laszlo Révész
Die Lage der Christen im kommunistischen Machtbereich
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG

20 JAHRE MAUERBAU BERLIN

AUF DIE DAUER KEINE MAUER
INT. GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE e.V.

**Ausschnitte aus dem Angebot der Reaktion auf dem „Markt der (Un-)Möglichkeiten"**

Forts. von d. letzten S.

dung an die Familie schwäche. Andererseits, schränkt sie ein, sei es zu beklagen, daß *„der freiwillige ehrenamtliche Einsatz für die Gruppen"* zurückgehe.

Die CSU-nahe „Hans-Seidel-Stifung" ignorierte an ihrem Stand zwar die Frau „als solche", widmete sich dafür aber in zwei ihrer Traktätchen der Familie; während J. Schmid (in „Familie und industrielle Entwicklung") Familienentwicklung, Geburtenrückgang und selbst die Frauenemanzipation noch recht moderat, einem naturwissenschaftlichem Vorgang vergleichbar schildert und erst beim Thema Frauenbewegung ausflippt (*„soziale Bewegungen"*, die sich *„an den Trend der Selbständigwerdung der Frau hängen", „wahnhafte und verschwörerische Bilder zur Erklärung der Ungleichheit der Geschlechter grassieren vor allem in Universitätsstädten"*), enthüllt H.G. Stockinger in „Familienpolitik – Eigenverantwortung oder Sozialisierung", daß *„die Marxsche Theorie der Sprengung der Familie zur Umwälzung der Gesellschaft"* in dem nunmehr *„elf Jahre andauernden Generalangriff der Bonner Regierungskoalition auf die Familie"* ihre Umsetzung erfährt. *„Gerade die 'emanzipatorischen Prozesse' (seien) ein wichtiger Hebel in der Maschinerie, die zur Aushöhlung und zur Anpassung der Familie errichtet wurde."*

Andere Stände boten weniger „Politik", dafür aber jede Menge „Mildtätigkeit" und Gelegenheit zu unentgeltlichen Hilfsdiensten, zu denen bekanntlich Frauen besonders gut geeignet sind. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Lebensumstände vieler Frauen, daß ihnen solche Arbeiten oft als willkommene Auflockerung ihres Alltags und einzige außerhäusliche Kontaktmöglichkeit dienen.

Da waren die Zeitung „Frau und Mutter" (Leserbriefzitat: *„Selbstverwirklichung. (...) Ein gefährliches Wort, weil es unzufrieden macht"*), die „Evangelische Frauenhilfe" (Zitat: *„Für viele Frauen in unserer Gruppe ist die Frauenhilfe die einzige Abwechslung"*), oder das „Diakonische Werk", das mit ansprechenden Kinderbildern und bunter Aufmachung für das „Freiwillige Soziale Jahr" warb, um am Bedürfnis der Jugendlichen nach sozialem Engagement anzuknüpfen.

Ein besonders demagogischer Haufen ist das Hamburger „Jesus-Center", das sich in erster Linie an Jugendliche, besonders an drogengefährdete, wendet, z.B. mit religiösen Interpretationen von Pop-Songs und -Stars. In der „Jesus-Zeitung" findet frau aber auch schon mal ein rührseliges Geschichtchen über Frauen, die sich in letzter Minute durch die Jesus-Leute von einer Abtreibung abbringen lassen und dann – wie sollte es anders sein – mit diesem „Kind Gottes" glücklich waren bis an ihr Lebensende. Auf dem Titel eines Werbeblatts zitieren sie die reaktionäre Psychagogin Christa Meves, sicher kein Zufall. Aus dem Dunstkreis des Centers soll auch der Attentäter gegen die Pro-Familia-Stellen gestammt haben.

Die „Anti-Abtreibungs"-Mafia war auf dem Markt mehrfach vertreten, z.B. durch „Bibel für die Welt", einer erzreaktionären Organisation aus dem Spektrum um die „Gesellschaft für Menschenrechte", „Brüsewitz-Zentrum", „Paneuropaunion" u.ä. An ihrem Stand war die Presseerklärung des Berufsverbandes der Frauenärzte, Landesgruppe Hamburg, ausgelegt, in dem diese sich gegen das in Hamburg geplante Familienplanungszentrum der Pro Familia wenden.

Gleich daneben und derselben revanchistischen Strömung zuzuordnen: der Stand der „Hilfsaktion Märtyrerkirche", dessen eine Hälfte die „Bewegung für das Leben e.V." einnahm. Diesem „Dachverband zum Schutz der Ungeborenen" gehören u.a. die „Aktion Leben e.V." und die „Europäische Ärzteaktion" an, deren Chef Dr. Ernst einer der Wortführer der „Abtreibung ist Holocaust"-Bewegung ist. Ein anderer Funktionär dieser Bewegung ist der Pfarrer Winfried Pietrek, der sich mit Holzkreuz und Gießharzfötus vor der Lindenfels-Klinik im Odenwald aufzubauen pflegt, um dort Frauen, die eine Abtreibung vornehmen lassen wollen, in die Flucht zu schlagen. Die Bewegung gibt die Zeitung „Christ und Zukunft" heraus, über die im AK schon berichtet wurde. Das Schlimmste an diesem Stand war allerdings nicht das ausliegende Material, nicht einmal die Tatsache, daß sich solche Leute ungehindert auf dem Kirchentag aufbauen dürfen, sondern der Umstand, daß die Mehrzahl der Jugendlichen, die sich diesen Stand ansahen, ihn durchaus positiv aufzunehmen schienen, sich zum Großteil sogar Aufkleber und Broschüren mitnahmen und fast widerspruchlos den Ausführungen der „Spezialisten" am Stand (die auffallende Ähnlichkeit mit Pietrek und dem „Humanembryologen" Blechschmidt aufwiesen) lauschten. Argumente wie „Selbstbestimmungsrecht der Frau" hatten dort keine Chance, wo es um genetische Anlagen und das „Recht Gottes, Leben zu geben und zu nehmen", ging.

**Antifa-Kommission Hamburg**

# »Trockene Gedichte«

## Über die politischen Gedichte Erich Frieds

Wenn vom politischen Gedicht in der BRD die Rede ist, muß neben Schriftstellern wie F. C. Delius, P.P. Zahl, Y. Karsunke vor allem Erich Fried genannt werden, obwohl Fried seit 1938, als er als Jude und Sozialist vor dem Hitlerfaschismus aus Österreich fliehen mußte, in London lebt und „von draußen" schreibt.

In der BRD wurde Fried erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bekannt durch sein Engagement gegen den Vietnamkrieg – seine Rede auf dem Westberliner Vietnam-Kongreß am 17.2.66 „Vietnam und unsere Opposition in den großen Städten" und die Veröffentlichung des Gedichtbandes „und Vietnam und". Obwohl Fried bereits seit seinem siebzehnten Lebensjahr politisch aktiv war – als Mitglied antifaschistischer Flüchtlingsorganisationen, als Journalist und politischer Kommentator der BBC – fand seine politische Arbeit erst relativ spät ihren literarischen Niederschlag. *„Vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1958, eine Volksabstimmung über die Atomwaffenaufrüstung sei verfassungswidrig, und vor dem Hintergrund der Eskalation des Vietnamkrieges durch die USA wurden die Gedichte Frieds zunehmend politischer ..."* (Freibeuter Nr. 7).

Im Gedichtband „und Vietnam und", der bei seinem Erscheinen heftige Diskussionen und Proteste auslöste, entlarvt Fried die Berichterstattung der Medien über den Vietnamkrieg, legt mit Hilfe von Wortspielen die Verschleierung der Ursachen des Vietnamkriegs bloß. Neu an diesen Gedichten war vor allem, daß sie – entgegen der bisherigen durch die konservativen Adenauerjahre geprägten lyrischen Tradition des „hermetischen" apolitischen Gedichts – an „vergessene" literarische Traditionen und Verfahren anknüpften, so etwa Brechts Verfahren, Gedichte „ ... *um eine Lücke, auf einen Widerspruch hin zu konzentrieren, den der Leser auflösen soll"* (Theobaldy/Zürcher, Veränderung der Lyrik, S. 97). Das in diesem Zusammenhang oft erwähnte Gedicht „17. - 22. Mai 1966" ist hierfür beispielhaft:

Aus Da Nang
wurde fünf Tage hindurch
täglich berichtet:
Gelegentlich einzelne Schüsse

Am sechsten Tag wurde berichtet:
In den Kämpfen der letzten fünf Tage
in Da Nang
bisher etwa tausend Opfer

Die Proteste gegen diesen Gedichtband richteten sich vor allem gegen die „eingreifende" Lyrik Frieds, *„denn so öffentlich sollte das Öffentliche, um das Literatur sich zu kümmern hat, nun auch wieder nicht sein, und schon gar nicht so fern wie Vietnam, das sich doch soviel kommoder betrachten ließ als schicksalhafte Katastrophe denn als Verbrechen an einem Land durch ein anderes ..."* (Freibeuter, Nr. 7). Die ästhetischen „Vorbehalte" – sofern sie nicht nur eine verhüllte politische Ablehnung waren – beanstandeten die poetische „Dürftigkeit" der Gedichte, bezeichneten Frieds Gedichte als politische Pamphlete und Propagandagedichte. Diese ästhetische Abqualifizierung der Vietnamgedichte Frieds verkennt, daß, bedingt durch die politischen Veränderungen in der BRD – die Auswirkungen des Vietnamkrieges, die Bildung der Großen Koalition und die Verabschiedung der Notstandsgesetze –, eine „neue" Lyrik sich entwickelte, *„deren Ästhetik sich nach den Bedingungen des Kampfes' (Brecht) richtete"* (Theobaldy/Zürcher, S. 104). Eines der bekanntesten Gedichte dieser neuen Lyrikproduktion war F. C. Delius' „Abschied von Willy" mit der Anfangszeile „Brandt: es ist aus. Wir machen nicht mehr mit", das nicht nur den Bruch mit der SPD darstellte, sondern zugleich das ‚reine' Gedicht „verabschiedete". *„Um seinem ‚Abschied von Willy' den nötigen Nachdruck zu verleihen, benutzt Delius eines der bekanntesten Gedichte von Rilke, ‚Herbsttag', als Vorlage. Zeile für Zeile wird das Gedicht umgedreht, von Rilke, dem ‚reinen' Dichter, her gesehen, poetisch ‚versaut' "* (Theobaldy/Zürcher, S. 104).

Doch zurück zu Erich Fried. Auch in den folgenden Jahren setzte Erich Fried den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte in der BRD fort, er setzte sich für die Freilassung Peter Paul Zahls und Karl-Heinz Roths ein, unterstützte die Bemühungen der Internationalen Untersuchungskommission, die festzustellen versuchte, wie Ulrike Meinhof wirklich gestorben war. Und er distanzierte sich öffentlich mit dem Gedicht „Auf den Tod des Generalbundesanwalts Siegfried Buback" von der staatlich verordneten „Trauer". Die Reaktion der politischen Gegner war entsprechend. Theo Sommer verglich Frieds Gedicht in einem politischen Leitartikel der „Zeit" mit dem faschistischen „Stürmer", bezeichnete Fried als *„dichtenden Verschwörungsneurotiker, der unseren Staat wider sämtliche Wahrheit für einen Unrechtsstaat hält"* (vgl. literatur konkret 1977/78). Für die „FAZ" war Frieds Gedicht *„Mörderpoesie". „Die CDU nahm Fried in die berüchtigte ‚Dokumentation über Zitate zum Terrorismus' auf, protestierte, wenn Fried in Schulen las (so in Hamburg), wenn seine Gedichte in Schulen behandelt wurden (so in Bremen, wo dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Neumann die Worte entschlüpften, daß er ‚so etwas lieber verbrannt sehen würde') oder gar in Schulbüchern standen: 1978 fielen in den bayerischen Schulbüchern der Zensur des CSU-Kultus-ministers Maier die Texte von Biermann, Fichte, Fried und Wallraff zum Opfer"* (Freibeuter, Nr. 7)

### Gegen die Verschleierung der Gedanken und Gefühle

Die *„Einübung ins Wörtlichnehmen, also ins genaue Hinsehen"* (Freibeuter) ist charakteristisch für Erich Frieds Gedichte – wie im zitierten Gedicht über Da Nang, in dem die Nachrichten vom 17. - 22. Mai 1966 „ernst" genommen werden, *„bis sie sich selbst in ihrer Unwahrheit zeigen"* (Theobaldy/Zürcher, S. 97). Im Gedichtband „Höre Israel" verzichtet Erich Fried sogar teilweise auf jeden Kommentar, er zerlegt Dokumente, Texte der Zionisten Herzl und Nordau in Verszeilen, um die *„Unmenschlichkeiten dieser ‚Ideen'* (der zionistischen, d. Verf.) *kenntlich"* zu machen (E. Fried, Einleitung zu „Höre Israel").

Andere Gedichte – etwa das „Buback"-Gedicht aus dem Band „So kam ich unter die Deutschen" und die „Trockenen Gedichte" aus dem Band „Höre Israel" – sind in der „Ichform" geschrieben, Versuche, sich *„peinlich genau zu erinnern"*, festzustellen, *„was man denkt und was man in Erfahrung gebracht hat"* (E. Fried).

Ich möchte zum Schluß auf ein Gedicht Frieds näher eingehen, das mich besonders betroffen hat und das mir besonders typisch für Frieds Schreibweise scheint, „Deir Yassin" aus dem Gedichtband „Höre Israel". Diese Entscheidung ist zweifellos subjektiv und einseitig – andererseits ist es wohl nicht möglich, hier intensiv auf die umfangreiche Lyrikproduktion Erich Frieds einzugehen. Nach „und Vietnam und" hat Erich Fried bisher noch vierzehn Gedichtbände veröffentlicht.

DEIR YASSIN

Ich habe gelesen
vom Palästinenserdorf Deir Yassin
Zweihundertvierundfünfzig
fast nur Frauen und Kinder und Alte
die ermordet wurden
von den Einheiten Lechi und Etzil
unter Joschua Zetler
und Mordechai Ra' anan

Aber es fällt mir schwer
mir ein Bild zu machen
Und ich will mir ein Bild machen
um es nicht zu vergessen
um es im Kopf zu haben
dort wo es hingehört

Wohin gehört Deir Yassin
in meinem Kopf?
Es gehört zu Guernica
und zum Warschauer Ghetto
Es gehört zu Lidice
und zu Oradour
Es gehört zu My Lai
und zu Bin-Du-Ong in Vietnam

Wenn ich das Bild
des jüdischen Jungen sehe
der vergeblich die Hände hochhob
am Ende des Warschauer Ghettos
dann brennen mich meine Augen
Ich habe die Bilder der Kinder
von Deir Yassin nicht gesehen
Ich weiß nicht einmal
ob Israels Krieger
das Fotografieren erlaubten

Waren das andere Kinder?

Ich glaube nicht
Ich glaube die Bilder aus Warschau
und die brennenden Hütten in Vietnam
stellen mein Bild zusammen
von Deir Yassin

Wir Juden sind groß
so groß wie die größten Völker
Wir haben Marx und Heine
und Freud und Einstein
Wir haben Meir Har-Zion
den großen Attentäter
und Mordechai Ra' anan
und Joschua Zetler
die Sieger von Deir Yassin
die jeden Vergleich bestehen
mit Leutnant William Calley
dem Besieger des Dorfes My Lai
und Jürgen Stroop, SS
dem Besieger des Warschauer Ghettos

Jürgen Stroop ist gehenkt worden
aber Joschua Zetler hat später
gesagt von Deir Yassin:
„Diese Aktion
war ein Wendepunkt in unseren Kämpfen.
Sie hat den Arabern
Todesangst eingejagt
und ihre Moral untergraben
und so geholfen
Tiberias zu erobern
und Haifa und zehn oder zwanzig
arabische Dörfer deren Bewohner alle
davonliefen: Deir Yassin
hat viel jüdisches Blut gespart".

Der Vergleich des Zionismus mit dem Hitlerfaschismus ist „häßlich", wie Fried selbst schreibt. *„Auch in mir empört sich einiges, wenn ich solche Vergleiche ziehe. Israel hat keine Gaskammern gebaut; auch die Entstehung des Konflikts und die Zahl der bisherigen Opfer entziehen sich dem Vergleich. Aber weil viele Israelis, von einzelnen bis zu Regierungsstellen und militärischen Führungsgremien, deutliche Zeichen des Übernehmens und Weitergebens von Verhaltensmustern ihrer Todfeinde von gestern zeigen, drängt sich dieser häßliche Vergleich manchmal auf und kann auch in den Gedichten nicht ganz fehlen, gerade weil sie verhindern helfen wollen, daß er in der Wirklichkeit immer gültiger und zwingender wird"* (E. Fried, Einführung zu „Höre Israel").

Gerade der letzte Satz macht noch einmal deutlich, warum Erich Fried Gedichte schreibt. Er provoziert die Öffentlichkeit, er fordert öffentliche Diskussionen, kämpft gegen das Vergessen und staatlich verordnete Denkverbote: *„Solange sich erinnern/noch nicht/verboten ist/ist der Staat/vielleicht noch nicht wieder/ein Polizeistaat".*

**Ein Genosse der Kultur-Kommission**

# AMNLAE

## Frauenorganisation in Nicaragua

**Bei einem Besuch in Nicaragua hatten wir Gelegenheit, mit einer Genossin der AMNLAE zu sprechen. Die wichtigsten Punkte sollen hier wiedergegeben werden.**

### Zur Entstehungsgeschichte der AMNLAE

Nach verschiedenen Vorläuferorganisationen und jahrelanger Beteiligung der Frauen an Kämpfen, z.B. Streiks der Krankenschwestern oder der Textilarbeiterinnen, wurde 1977 von 60 Frauen die AMPRONAC (Frauenorganisation angesichts der nationalen Problematik) gegründet. Zuerst standen Forderungen zur Respektierung der Menschenrechte im Vordergrund. Ab 1978 kamen spezifische Frauenforderungen dazu, z.B. die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit.

AMPRONAC strebte die reale und organisierte Beteiligung der Frauen in den Gewerkschaften, den Stadtteilorganisationen, den demokratischen Institutionen und den Universitäten an. *„AMPRONAC will Bewußtsein schaffen für die Notwendigkeit der Beteiligung der Frauen im Prozeß der Umwandlung dieser Gesellschaft in eine gerechtere Gesellschaft"* (aus einer Erklärung der AMPRONAC 1978).

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Radikalisierung in Nicaragua nach der ersten landesweiten Aufstandsbewegung im September 1978, gab es auch in der AMPRONAC eine Politisierung und Radikalisierung, Mitgliederzuwachs und verstärkte Aktionen. Die Frauen trugen im wesentlichen die Kampagnen zur Unterstützung der politischen Gefangenen und Verschwundenen. Sie unterstützten deren Familienangehörige und deckten die Gewalttaten der Guardia auf. Sie machten Aktionen wie öffentliche Hungerstreiks, Kirchenbesetzungen und Demonstrationen zur Freilassung der politischen Gefangenen und gegen die Repression.

Nachdem auf Initiative der FSLN die MPU (Bewegung Vereinigtes Volk, ein Bündnis der FSLN mit Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen) gegründet worden war, gab es auch in der AMPRONAC eine Auseinandersetzung, die damit endete, daß sich die AMPRONAC dem MPU anschloß. Damit war eine Entscheidung für eine eindeutige Orientierung auf die Strategie der FSLN zum Sturz der Diktatur verbunden. Die AMPRONAC hat sich an allen Aktivitäten des MPU beteiligt, besonders an den CDC (Komitees der zivilen Selbstverteidigungsorgane in den Wohnvierteln). Tätigkeiten der CDC waren Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Selbstverteidigung gegen somozistische Übergriffe u.a.m. Im Rahmen der allgemeinen Mobilisierung der Bevölkerung beteiligten sich auch immer mehr Frauen an der Guerilla, als erste die Frauen der AMPRONAC. Die Frauen beteiligten sich sowohl in den Kampfverbänden als auch an den Sanitätstrupps und an der logistischen Unterstützung. Während der Endoffensive hatten sich die Frauen soweit in der Guerilla engagiert, daß die AMPRONAC als Organisation faktisch nicht mehr existierte.

Nach dem 19. Juli (dem Sieg über die Somoza-Diktatur) wurde von Frauen aus der AMPRONAC, die die Notwendigkeit einer weiteren Existenz einer Frauenorganisation sahen, die AMNLAE (Nicaraguanische Frauenorganisation Luisa Amanda Espinoza) gegründet. Auch die Frente anerkannte diese Notwendigkeit aufgrund der Erfahrungen der starken Frauenbeteiligung während der Kämpfe. Die Organisation wurde nach der ersten Frau, die als FSLN-Guerillakämpferin 1970 gefallen war, benannt. Das bedeutet eine politische Orientierung im Sinne eines militanten Antiimperialismus.

### Selbstverständnis der AMNLAE

Die AMNLAE versteht sich als Organisation, die offen ist für alle Frauen. Sie tritt dafür ein, daß sich Frauen sowohl in der Frauenorganisation als auch in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, wie z.B. den Wohnvierteln oder den Gewerkschaften, organisieren. Die AMNLAE will in all diesen Bereichen den Frauenkampf führen und gleichzeitig diese Organisationen stärken. Das führt zu einigen Problemen, weil das für die Frauen eine Vielzahl von Terminen und Belastungen bedeutet. Zu den Aktivitäten der AMNLAE gehört die politische Bildungs- und Schulungsarbeit, politische Propaganda und Beteiligung am Staatsrat. (Im Staatsrat sind die politischen Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände sowie die wichtigsten Massenorganisationen vertreten; der Staatsrat hat die Funktion eines Parlaments.)

Im Verhältnis zu den zahlreichen und schwierigen Aufgaben sind es relativ wenige Frauen, die die Arbeit der AMNLAE tragen. Eine Ursache liegt darin, daß der größte Teil der Frauen der ehemaligen AMPRONAC in wichtigen Ämtern, z.B. Regierungsämtern und Ministerien, arbeiten, weil die Fachkräfte und Erfahrungen der AMPRONAC dort dringend gebraucht werden. So mußte die AMNLAE praktisch neu aufgebaut werden.

Die Mitgliederzahl läßt sich nicht genau angeben, sie wird ungefähr auf 20.000 geschätzt, was aber nicht heißt, daß diese Frauen alle in einer festen Organisationsstruktur eingebunden sind. Z.B. gibt es AMNLAE-Gruppen auch in der Atlantikzone, ohne daß eine Verbindung zur AMNLAE in Managua bestehen würde.

Es sind Frauen aus allen sozialen Schichten in der AMNLAE vertreten, sowohl Arbeiterinnen und Landarbeiterinnen, als auch kleinbürgerliche Frauen und Studentinnen. Eine besonders starke Basis hat die AMNLAE unter den Hausfrauen in den Wohnvierteln. Schwerpunkte der heutigen Arbeit liegen auf dem Aufbau der Milizen und einer besonders starken Beteiligung der Frauen daran und auf dem Gesundheitssektor.




### Probleme der nicaraguanischen Frau

Als wichtigstes Problem wird der Arbeitsbereich gesehen — die hohe Arbeitslosigkeit und die mangelnde Berufsausbildung. Dies sind zwar allgemeine Probleme, aber sie treffen die Frauen besonders stark. Der größte Teil der Frauen arbeitet als Marktfrauen, als Hausangestellte, als Sekretärinnen oder als Näherinnen. Die AMNLAE kümmert sich um die spezifischen Belange dieser Frauen und setzt sich für ihre Organisierung ein.

Die Frauenorganisation beteiligt sich an der Alphabetisierung und tritt für eine bessere Schulbildung besonders der Mädchen ein. Es wird angestrebt, daß Frauen eine gute Fachausbildung und Zutritt zu allen Berufen bekommen.

Weitere Probleme der nicaraguanischen Frauen liegen in der Ernährung der Familie und der Kindererziehung. Obwohl die Versorgung und Erziehung der Kinder fast ausschließlich bei den Frauen liegt, haben die Väter gesetzlich das alleinige Erziehungsrecht. Eine paradoxe Situation, besonders angesichts der großen Zahl alleinstehender Mütter.

Im Gesundheitsbereich macht die AMNLAE eine Aufklärungsarbeit unter den Frauen bezüglich Hygiene, Vorsorge gegen Krankheiten, richtige Ernährung, Impfungen usw. Viele AMNLAE-Frauen sind an den „freiwilligen Gesundheitsbrigaden" beteiligt.

Angesichts der Situation der militärischen Bedrohung, in der sich Nicaragua befindet, beteiligt sich die AMNLAE an der Kampagne zur Schaffung der Volksmilizen. Hier liegt ihre Aufgabe besonders darin, Frauen für die Milizen zu mobilisieren. Es gibt außer den gemischten Verbänden auch eigene Frauenreservebataillone. Die Integration der Frauen in die Milizen wirft die Frage der Kinderbetreuung auf. Diese wird so gelöst, daß Frauen, die aus physischen oder anderen Gründen nicht an den Milizen teilnehmen, die Kinderbetreuung übernehmen oder daß sich Frauen in der Kinderbetreuung abwechseln.

Auch in der INRA (Institut für die Agrarreform) und in den Staatsbetrieben gibt es Initiativen zur besseren Lösung der Frage der Kinderbetreuung.

Ein aktuelles Vorhaben der AMNLAE ist ein Gesetzesvorschlag, das die alleinige Erziehungsberechtigung der Väter abschaffen soll.

### Der „Machismo"

Der Machismo (Mackertum, Unterdrückung der Frauen durch die Männer) ist ein großes Problem in Nicaragua.

Z.B. gibt es häufig Situationen, daß Männer ihre Frauen nach ein paar Jahren verlassen und mit kleinen Kindern allein lassen und sich nicht mehr um die Versorgung kümmern. Es gibt in der Praxis kaum Möglichkeiten, die Männer zur Verantwortung zu ziehen, obwohl gesetzlich eine Versorgungspflicht besteht, allerdings nur für ver-

Männer zur Verantwortung zu ziehen, obwohl gesetzlich eine Versorgungspflicht besteht, allerdings nur für ver-

heiratete Frauen. Unverheiratete Frauen haben auch gesetzlich keinerlei Möglichkeiten, Unterhaltszahlungen zu bekommen.

Gewalt und Vergewaltigung sind für die nicaraguanischen Frauen Alltagsprobleme und es gibt noch keine organisierten Formen, sich dagegen zu wehren. Es besteht auch hier eine große Rückständigkeit und viele Frauen sehen solche Unterdrückung als naturgegeben an.

Auf die Frage, ob die AMNLAE einen ideologischen Kampf gegen den Machismo z.B. auch im FSLN führe, sagte die Genossin, die AMNLAE trete dafür ein, die Frauen in alle Berufe und Lebensbereiche zu integrieren und durch die Erfahrung der Zusammenarbeit und Diskussion eine Änderung des Bewußtseins bei den Männern zu erreichen.

### Verhütungsmittel und Abtreibung

AMNLAE macht zu diesen Fragen derzeit keine Arbeit. Die Genossin meinte, daß eventuell zu einem späteren Zeitpunkt diese Fragen aufgegriffen würden. Verhütungsmittel gibt es zwar frei zu kaufen (sogar in Warenhäusern), aber nur wenige Frauen wissen über die Anwendung bescheid. Abgesehen davon werden Verhütungsmittel von einem großen Teil der Frauen auch aufgrund ihres Glaubens abgelehnt. Abtreibung ist generell verboten, und es gibt derzeit keine Initiativen, dies zu ändern. Es gibt auch keine Diskussionen und keine vereinheitlichte Meinung dazu in der AMNLAE.

### Internationale Frauenarbeit

AMNLAE sieht es als sehr wichtig an, auf internationaler Ebene zu arbeiten. Die nicaraguanische Revolution hat insgesamt einen sehr internationalistischen Charakter und es besteht ein starkes Bewußtsein internationaler Solidarität. AMNLAE beteiligt sich deshalb an internationalen Frauenorganisationen und Gremien und sucht Kontakt zu Frauenorganisationen anderer Länder.

## Frauenprojekt in Nicaragua braucht Unterstützung

Eines der vielen Aufbauprojekte des befreiten Nicaragua ist das Frauenprojekt in der Hafenstadt Corinto, in dem Prostituierte eine Ausbildung machen können, die ihnen eine Alternative zu ihrem bisherigen Leben ermöglichen soll.

Das Projekt arbeitet nun seit ca. einem Jahr. Im Laufe dieses Jahres ist es gelungen, Vertrauen und Ansehen bei der Bevölkerung und besonders bei den Frauen zu finden. Unterstützt wird das Projekt von der Kirche, vom FSLN und verschiedenen sandinistischen Massenorganisationen.

Der Schwerpunkt der Arbeit hat sich aufgrund der Erfahrungen etwas verlagert. Die ursprüngliche Konzeption, eine Art offenes Heim zu schaffen, in dem Zusammenleben und Arbeiten gemeinsam organisiert werden, erwies sich als überaus schwierig. Die meisten der jungen Frauen ziehen es vor, selbständig zu wohnen und täglich die Kurse zu besuchen. So liegt jetzt der Schwerpunkt auf der externen Arbeit. Es finden Ausbildungskurse in Schreiben und Lesen, Maschineschreiben, Nähen, Kunsthandwerk usw. statt, die für andere Frauen und auch Männer aus Corinto offen sind. Dann gibt es Wochenendseminare nur für die Prostituierten, in denen sie versuchen, ihr bisheriges Schicksal aufzuarbeiten und Selbstvertrauen zu gewinnen.

Zur Zeit leben drei Frauen mit ihren Kindern direkt im Projekt. An den Ausbildungskursen nehmen bis zu 50 Frauen (und einzelne Männer) teil. Die Erfahrung der Zusammenarbeit und Solidarität mit den anderen Frauen ist für die Prostituierten sehr wichtig. Als neue ergänzende Einrichtung soll in diesem Sommer ein Kindergarten eröffnet werden. Mit Phantasie und großem Arbeitseinsatz der Frauen und der Projektmitarbeiter ist ein nebenstehendes Haus renoviert worden. Möbel und Spielsachen sind allesamt aus eigener Herstellung. Diese Einrichtung ist dringend erforderlich, da die Frauen fast alle zwei oder mehr Kinder haben.

Schwierigkeiten, die noch völlig unabsehbar sind, werden auf das Projekt zukommen, wenn die ersten Frauen ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Denn es gibt praktisch keine Arbeitsplätze in Corinto, im Gegenteil herrscht eine große Arbeitslosigkeit besonders unter den Frauen. **Die Idee des Frauenprojekts ist nun, durch Patenschaften, die von Einzelpersonen oder Solidaritätsgruppen in Europa übernommen werden, den Frauen eine Überbrückungszeit von einem Jahr zu finanzieren, in dem sie sich die Grundlage für eine eigene Existenz aufbauen könnten. Dazu werden pro versorgter Person und pro Monat ca. 100 Dollar benötigt, die möglichst regelmäßig gezahlt werden sollten.**

Als Hintergrundinformation ist noch wichtig zu wissen, daß Corinto politisch und wirtschaftlich ein sehr unterentwickeltes Städtchen ist. Da zu konzentrieren sich hier alle für alle Hafenstädte typischen sozialen Probleme wie Prostitution, Glücksspielerei, Drogenhandel, Alkoholismus, Korruption. Corinto hat selbst kaum an den Befreiungskämpfen teilgenommen, ein Großteil der Einwohner steht der Revolution eher skeptisch oder ablehnend gegenüber. Während im ganzen Land Prostitution verboten ist und die Bordelle geschlossen worden sind, werden in Corinto aufgrund besonderer Vereinbarungen Prostituierte nicht strafrechtlich belangt, um eine Vertrauensbasis unter den Frauen zu erhalten und um das Projekt nicht zu gefährden. Dadurch ist eine Situation entstanden, daß die Prostitution zur Zeit noch zu- anstatt abnimmt.

**Adresse des Projekts:**
**Juana Rojas**
**Hogar de Capacitacion y comunicacion social**
**Corinto, Nicaragua**

**Das Geld zur Unterstützung sollte per Scheck an diese Adresse geschickt werden. (Weitere Informationen können über die Verlagsadresse eingeholt werden.)**



Alphabetisierungskurs im Frauenprojekt Corinto



Nähkurs

# Wie geht's weiter in der § 218-Bewegung?




**Ein Jahr nach dem Tribunal gegen den § 218, das – im Zusammenhang mit einer Reihe größerer Demos gegen den § 218 – für viele der vielversprechende Anfang einer „neuen" § 218-Bewegung zu sein schien, wollen wir in diesem Artikel einen Überblick über die seitdem laufende Diskussion in der Frauenbewegung über die weiteren Perspektiven im Kampf gegen den § 218 geben.**

**Mit dem Tribunal hatten – vier Jahre nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil gegen die Fristenregelung – die § 218- und Beratungsgruppen mit umfangreichen Material anschaulich dargestellt, daß die vielgepriesene „Reform" des Paragraphen uns Frauen wenig an Verbesserungen gebracht hat, daß heute sogar diese wenigen Verbesserungen wieder stark angegriffen bzw. unterlaufen werden, ohne daß die SPD – immerhin verantwortlich für die Reformierung des Abtreibungsgesetzes – daran denkt, sie zu verteidigen.**




Ende 1979 hatte das seit längerer Zeit erste nationale Treffen der § 218- und Beratungsgruppen stattgefunden. Auslöser für die Initiierung eines solchen Treffens waren die zunehmenden Angriffe von Rechts, vor allem auf die Notlagenindikation. Diesem Treffen vorausgegangen waren zwei größere § 218-Demos in Mainz und Essen und eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der § 218-Gruppen insgesamt. Neben Presseerklärungen gegen die reaktionäre Hetzkampagne wurde auch Kritik an der eigenen bisherigen Praxis laut. So schrieben die Saarbrücker Beratungsfrauen (TAZ, 21.9.79): *„In den folgenden Jahren* (seit dem BVG-Urteil, Anm. AK) *hat die Frauenbewegung sehr wenig erreicht, um die Situation von Frauen, die abtreiben wollen, zu verbessern — wir haben keine Lorbeeren gewonnen, auf denen wir uns ausruhen können".* Und: *„Resignation hat sich breit gemacht, Aktionen in der Öffentlichkeit laufen kaum noch, jede Gruppe wurschtelt vor sich hin, Zusammenarbeit mit anderen Gruppen gibt es kaum".*

Beklagt wurden vor allem die fehlende Zusammenarbeit zwischen den einzelnen § 218-Gruppen und das Desinteresse in der Frauenbewegung an einer Weiterführung des Kampfes gegen den § 218.

Angesichts der Austrocknungspolitik gegenüber überkonfessionellen Beratungsstellen wie Pro Familia und AWO (Arbeiterwohlfahrt) und der reaktionären Angriffe auf die Notlagenindikation appellierte die „Courage" (10/79): *„Wir müssen verhindern, daß Abtreibungen wieder illegalisiert werden."*

Zum bundesweiten § 218- und Beratungsgruppentreffen von Ende 1979, an dem Frauengruppen aus über 30 Städten teilnahmen, schrieben wir damals: *„Die jetzt angefangene Diskussion und das Treffen der Beratungsgruppen vom 9. — 11. November in Frankfurt bieten Chancen zur Wiederbelebung eines stärkeren Kampfes gegen frauenfeindliche Abtreibungspraxis und den § 218".*

Tatsächlich wurde diese Chance auf dem Treffen genutzt: Dort entstand die Idee für das Tribunal, das dann am 31.5./1.6.80 in Frankfurt stattfand und im Zuge dessen die Diskussion um die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 wieder verstärkt in der Öffentlichkeit geführt wurde.

Viele Beratungsgruppen, die seit langem schon Beratung machen, konnten dort ihre jahrelang gesammelten Erfahrungen mit Ärzten, die Indikationen verweigern, Krankenhäusern, die auf Geheiß ihres Chefarztes Indikationen nicht anerkennen, Politikern, die das Unterlaufen der gesetzlichen Möglichkeiten öffentlich propagieren oder stillschweigend hinnehmen usw. an die Öffentlichkeit bringen. Es entstanden aber auch im Zuge der Vorbereitung und der Öffentlichkeitsarbeit für das Tribunal eine Reihe von neuen § 218-Gruppen, die mit den auf dem Tribunal gewonnenen Kenntnissen über die bundesdeutsche Abtreibungssituation auch in ihren Orten Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit machen wollten.

**Diese Darstellung der tatsächlichen Abtreibungssituation war äusserst notwendig, gingen doch viele – und nicht nur die SPD, sondern auch Teile der Frauenbewegung – davon aus, daß durch den „reformierten" § 218 zumindest eine gesetzliche Grundlage geschaffen war, auf der eine Kriminalisierung von abtreibenden Frauen nicht mehr möglich sei. Diese Einschätzung ist sicher e i n Grund dafür, warum die reaktionäre bis faschistische Propaganda gegen das Recht auf Abtreibung, die seit 2 1/2 Jahren wieder verstärkt betrieben wird, bislang nicht besonders ernst genommen wurde.**

**Auf dem Tribunal selbst wurde nicht darüber diskutiert, w i e die § 218-Bewegung gegen diese Entwicklung und weiterhin für die ersatzlose Streichung des § 218 kämpfen soll. Diese Diskussionen sollten auf den folgenden nationalen Treffen der § 218- und Beratungsgruppen geführt werden.**

### Nach dem Tribunal

Seit dem Tribunal haben nun mehrere bundesweite §218-Treffen stattgefunden, die unterschiedlich stark besucht wurden. Im Dezember letzten Jahres wurde beschlossen, diese bundesweiten Treffen zu einer festen Einrichtung zu machen und eine nationale Koordinationsstelle zu gründen. Die Aachener &218-Gruppe gilt seitdem als zentrale Adresse der §218-Gruppen-Koordination.

*„Diese neue Möglichkeit, die Koordination der einzelnen Gruppen zu verbessern, wurde von uns als wesentlicher Fortschritt zur nationalen Zusammenarbeit bewertet"* (aus dem Protokoll des Dezembertreffens).

Wir wollen im Folgenden die wichtigsten auf den nationalen Treffen geführten Diskussionen kurz wiedergeben:

### Pro Familia

Welchen Stellenwert hat die Unterstützung von Pro Familia für die §218-Bewegung?

Die "Courage" schrieb in ihrer Ausgabe vom Oktober 79 zu dieser Frage: *"Weil es den §218 immer noch gibt, sind wir gezwungen, um jede Beratungsstelle zu kämpfen, die Indikationen gibt..."* Diese Haltung zu Pro Familia und anderen fortschrittlichen Beratungsstellen war in der Frauenbewegung nicht immer vereinheitlicht. Etliche Beratungsgruppen der Frauenbewegung hatten ihnen gegenüber oft eher eine ablehnende Haltung. Im letzten Jahr allerdings, als Pro Familia besonders im Schußfeld der Reaktionäre stand, gab es eine Reihe von Solidaritätsbekundungen und -aktionen von Frauengruppen: So wurden in Bremen nach dem Brandanschlag auf die dortige Pro-Familia-Stelle von einem breiten Bündnis, das von der §218 Gruppe mitinitiiert war, eine Demo und ein Flugblatt gemacht. In Hamburg gab es ebenfalls eine Demo der §218-Gruppe. In Frankfurt gab es eine "Windel"- Aktion vor einer Kirche, mit der gegen die Brandanschläge protestiert wurde.

Auch im Zusammenhang mit der von Pro Familia geplanten Aktionswoche im September letzten Jahres, mit der gegen die finanzielle Austrocknung von Pro-Familia-Stellen nach Auslaufen des Modellprogramms protestiert werden sollte, hatten §218-Gruppen ihre Unterstützung angeboten. Jedoch gestaltete diese sich schwierig, als Pro Familia ihren angekündigten Sternmarsch auf Druck wieder abblies und auf einen offensiven Protest gegen die frauenfeindliche' §218-Politik der Landesregierungen verzichtete. In einigen Städten, wo die Pro-Familia-Stellen besonders bedroht sind, haben sich

regierungen verzichtete. In einigen Städten, wo die Pro-Familia-Stellen besonders bedroht sind, haben sich

Aktionseinheiten, meistens ausgehend von den jeweiligen §218-Gruppen gegründet, deren Ziel der Kampf um den Erhalt der Pro-Familia-Stelle ist.

Da Pro Familia ein relativ heterogener Verein ist, sind die Erfahrungen mit ihr von Ort zu Ort manchmal recht unterschiedlich. Charakteristisch sind jedoch Erfahrungen, wie sie die Freiburger Frauen in ihrer AE mit Pro Familia machen mußten: dort hatte sich die Pro Familia recht interessiert an einer AE gezeigt; als sie jedoch verstärkte Aufmerksamkeit von Seiten der SPD verzeichnen konnte, "verzichtete" sie auf gemeinsame Aktionen mit der AE. Die Freiburger Frauen zogen daraus die Konsequenzen, daß *"Solidarität mit Pro Familia wichtig (ist), aber manchmal fast unmöglich - und: es ist wirklich schwierig, mit einer Beratungsstelle zusammenzuarbeiten, die unsere Solidatität nicht will".*

Dieser Standpunkt wurde auch auf den Treffen mehrheitlich vertreten. Um eine weitere Verschlechterung der Abtreibungsbedingungen zu verhindern, ist der Erhalt von Pro Familia unabdinglich. So sehen die meisten §218-Gruppen die Unterstützung von Pro Familia in der Öffentlichkeit als einen von vielen Ansatzpunkten ihrer Arbeit; jedoch wird auch davor gewarnt, sich von der Solidaritätsarbeit mit Pro Familia aufsaugen zu lassen. Gänzlich abgelehnt wird eine reguläre Mitarbeit bei Pro Familia , zumindest von der Mehrheit der Gruppen.

### Beratungsarbeit/Selbsthilfe – offensiver Kampf gegen den § 218?

Beratungsarbeit wird nach wie vor in einer Reihe von Frauenzentren gemacht. Diskutiert wurde, ob frau diese Beratungsarbeit nicht ausweiten solle auf Selbsthilfezentren nach italienischem und französischem Beispiel, in denen selbst auch Abtreibungen durchgeführt werden. Von einer Reihe von Frauen wurde dieser Gedanke als Alternative zu den bisherigen Aktionen der §218-Gruppen eingebracht, die ihrer Meinung nach eher defensiven Charakter hätten. Dieser Vorschlag stieß auf den nationalen Treffen allerdings auf Ablehnung: *"Wir leisten nicht in unserer Freizeit unbezahlte Arbeit, die Aufgabe des Staates wäre. Vielmehr müssen wir vermehrt die Forderung an den Staat richten, endlich seine Aufgabe wahrzunehmen".*

Die Position entspricht sicher nicht der aller §218-Gruppen. Denn gerade die Beratungsgruppen hatten in früheren Diskussionen ganz klar die Forderung nach Bezahlung ihrer Beratungsarbeit durch öffentliche Stellen abgelehnt, um nicht in irgendwelche Zwänge zu geraten. In Beratungsgruppen wird eher diskutiert, wie und ob die reine Abtreibungsberatung auf Verhütungsmittelberatung auszuweiten ist und in welcher Form die durch die Beratung gewonnenen Kenntnisse über die örtliche Abtreibungssituation mehr an die Öffentlichkeit gebracht werden können. Letzteres betrifft vor allem das Aufdecken von frauenfeindlicher Abtreibungspraxis und die Möglichkeit von öffentlichen Aktionen dagegen.

### Öffentlichkeitsarbeit – Zusammenarbeit mit anderen Gruppen

Diese beiden Punkte waren bislang wenig Gegenstand von Diskussionen auf den Treffen. Es wurde lediglich des öfteren in einer allgemeinen Bestandsaufnahme von der örtlichen Arbeit berichtet. Zwar war auf dem Dezember-Treffen noch an den 25.2. "gedacht" worden (Jahrestag des

Arbeit berichtet. Zwar war auf dem Dezember-Treffen noch an den 25.2. "gedacht" worden (Jahrestag des

BVG-Urteil), aber nur insofern, als der 21.2.81. als nationaler Aktionstag beschlossen und vereinbart wurde, daß eine gemeinsame Presseerklärung geschrieben werden sollte, auf deren Grundlage die einzelnen Gruppen Flugblätter herausbringen könnten.

Die Bestandsaufnahme über die Aktivitäten am 25.2. war dann recht dürftig ( s. auch Übersicht in AK 197): In nur wenigen Städten gingen die Frauen mit Flugblättern, Veranstaltungen und Ständen an die Öffentlichkeit. Eine Reihe von Frauen stellte hinterher fest, daß sie eigentlich nicht so recht gewußt hätten, mit welchen Inhalten sie auf die Straße gehen sollten. Nur, um wieder mal an den soundsovielsten Jahrestag des BVG-Urteils zu erinnern, würden sie so etwas nicht wieder machen. Einige beklagten sich auch über das mangelnde Interesse der Passant/inn/en an dem Thema §218. Leider wurde über diese Erfahrung nicht weiter diskutiert. So ist auch nicht klar, ob im nächsten Jahr aufgrund dieser Erfahrungen ganz davon abgegangen werden soll, dieses für die Frauenbewegung immerhin äußerst wichtige, historische Datum in irgendwelcher Form zu "würdigen".

Allerdings kam aus den Berichten der anwesenden Gruppen raus, daß die Passivität bezüglich des 25.2. nicht für eine allgemeine Inaktivität spricht: In einer Reihe von Städten hatten sich die "§218-Frauen" wesentlich an den örtlichen Aktivitäten zum internationalen Frauentag beteiligt.

Es ist auch keineswegs so, daß es nur negative Resonanz auf Öffentlichkeitsarbeit von §218-Gruppen gibt: Immerhin waren die Veranstaltungen in Frankfurt und Nürnberg anläßlich des 25.2. recht gut besucht. Auch die Hamburger Frauen stießen mit ihren §218-Veranstaltungen im Rahmen der Hamburger Frauenwoche auf Interesse.

Immer wieder festzustellen ist, daß es in fast jeder Stadt ein Informat-

Frauenwoche auf Interesse.
Immer wieder festzustellen ist, daß es in fast jeder Stadt ein Informat-

ionsdefizit - selbst bei Frauen in der Frauenbewegung - über die örtlichen Abtreibungsmöglichkeiten gibt. Daher sind Gruppen, die eine Broschüre zu diesem Thema machen



(wie das zuletzt die Hamburger und Münsteraner Frauen machten), recht erfolgreich beim Vertrieb derselben. Zum 25.2. hat es dann auch wenig Versuche gegeben, Kontakte mit anderen Gruppen, Parteien oder Organisationen zu knüpfen. Lediglich die Nürnberger Veranstaltung war mit einem breiteren Bündnis organisiert worden. Von daher gab es auf den Treffen bislang auch wenig Gelegenheit,über Erfahrungen mit Bündnispolitik zu diskutieren, was eigentlich einer der Diskussionspunkte in der Tribunalnachbereitung gewesen war und unbedingt weiterbesprochen werden sollte.

### ICASC und Internationaler Aktionstag

Die ICASC (Internationale Kampagne für das Recht auf Abtreibung, Verhütung und Sterilisation) ist ein internationaler Zusammenschluß von Abtreibungsbefürworterinnen. Sie wurde 1978 von der englischen NAC (National Abortion Campaign) gegründet und hat inzwischen nach eigenen Aussagen Kontakte in fast 40 Länder. Ihre Hauptforderungen sind das Recht auf Abtreibung und Verhütungsmittel und die Abschaffung von Zwangssterilisation. Die ICASC kommt alle vier Monate in einer europäischen Großstadt zusammen und gibt dreimal im Jahr ein Bulletin heraus, in dem die Ergebnisse und Informationen dieser Treffen enthalten sind. Schon des öfteren hatte die ICASC Interesse an der Mitgliedschaft der westdeutschen §218-Gruppen ausgedrückt. Die Diskussion, ob die nationale Koordination jetzt eintreten solle, wurde auf den letzten bundesweiten Treffen sehr kontrovers geführt. Einige westdeutsche Frauen waren schon einige Male auf den Treffen der ICASC gewesen und argumentierten für den Eintritt. Vielen Gruppen war die ICASC bislang jedoch kein Begriff. Aus den Publikationen der ICASC, die auch ins Deutsche übersetzt wurden, war nicht so viel über ihre praktische Arbeit zu entnehmen, dafür mehr von ihren Ansprüchen und Wünschen. So heißt es da:*"Da diese Mächte (=Abtreibungsgegner) sich dem Ziel verschrieben haben, die Frauen in ihrem Status als Bürger zweiter Klasse zu belassen, arbeiten viele von ihnen auf internationaler Ebene zusammen. Sie wissen, daß ihnen die internationalen Verbindungen Macht geben. Aus diesem Grund müssen wir auf internationaler Ebene zusammenarbeiten und handeln und einander Solidarität und Unterstützung geben".*

Das ist zwar sicher so allgemein wie richtig, letztendlich ist für viele Frauen jedoch eine Solidaritätsbekundung mit Frauen aus anderen Ländern nicht abhängig von der Mitarbeit bei der ICASC. So waren auf dem Tribunal in Frankreich holländische Frauen und umgekehrt westdeutsche Frauen auf der holländischen Demo gegen die dortige Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung. Die Mitarbeit in der ICASC ist mit einem nicht zu unterschätzenden finanziellen und organisatorischen Aufwand verbunden, der dem Stand der hiesigen §218-Bewegung nicht gerecht wird. So waren bislang die Abtreibungssituationen der anderen Länder so gut wie gar nicht Gegenstand von Diskussionen auf den nationalen Treffen. Selbst dann nicht, als in Holland der Frauenstreik gegen die dortige Verschärfung anstand, immerhin eine uns ganz direkt betreffende Sache. Die einzige Solidaritätsaktion mit den holländischen Frauen wurde von Westberliner Frauen veranstaltet, die einen „Besuch" beim niederländischen Konsulat in Westberlin abstatteten. Internationale Zusammenarbeit mit Abtreibungsbewegungen anderer Länder wurde von allen begrüßt, jedoch wurde auf dem letzten Treffen im Juni beschlossen, vorerst nicht in die ICASC einzutreten. *"Unsere Schwerpunkte sollten angesichts der Schwäche der §218-Bewegung erstmal regional und national liegen, bevor wir uns an internationale Zusammenschlüsse wagen."* (aus dem Protokoll vom 13./14.6.).

Der internationale Aktionstag hat diese Entscheidung in Grunde im vorherein bestätigt: Die ICASC hatte für den 16.5. einen internationalen Aktionstag festgelegt, an dem alle Frauengruppen, die zu dem Thema arbeiten, an die Öffentlichkeit gehen sollten, mit den Forderungen der ICASC. Der Vorschlag, sich an diesem Aktionstag zu beteiligen, wurde von einigen Frauen eingebracht - paradoxerweise direkt, nachdem die Bestandsaufnahme der Aktivitäten zum 25.2. das oben beschriebene magere Ergebnis ergeben hatte. Der Aufruf zum internationalen Aktionstag fand dann auch wenig Resonanz. Die einzige Veranstaltung, die zum internationalen Aktionstag stattfand, war eine Podiumsdiskussion in Essen, an der etwa 200 Frauen teilnahmen.

Inhalt dieser Veranstaltung waren zum einen Berichte aus Holland und Spanien und die Information über die ICASC; zum anderen war natürlich der Streit um das Schwangerschaftskonfliktzentrum in Essen Gegenstand der Diskussion. In Essen hatte die AWO ja ursprünglich die Unterstützung der SPD zugesagt bekommen (nach langem Kampf!), ein Schwangerschaftskonkliktzentrum nach Bremer Modell errichten zu können. Jetzt wurde kürzlich mit Zustimmung der AWO entschieden, daß nur noch eine Beratungsstelle errichtet wird, an der eine Frauenarztpraxis, in der Abbrüche gemacht werden k ö n n e n, angegliedert ist. Für das nötige Klima in der öffentlichen Diskussion hatte diesmal - wie auch schon 1979 - u.a. die Katholische Kirche gesorgt, die am 30.3. mit 20.000 Leuten in einem Schweigemarsch durch Essen zog, unter dem Motto: Für das Leben - gegen das Schwangerschaftskonfliktzentrum.

### Die Diffamierungskampagne der Reaktion und was die § 218-Bewegung dagegen macht

Der Schweigemarsch in Essen hat auf den nationalen Treffen große Empörung hervorgerufen.Leider wurden die §218-Gruppen aus den anderen Städten erst sehr spät davon informiert, sodaß nur noch eine gemeinsame Presseerklärung gemacht werden konnte.

Der Schweigemarsch gab allerdings den Anlaß dafür, auf dem letzten Treffen im Juni die auf dem Tribunal vorgebrachten Informationen über rechte Politiker und Verbände,deren Ziel es ist, die Gesetzgebung für Abtreibung wieder zu verschärfen, zu aktualisieren. Frau war erstaunt, wie unbeirrt die Hetze gegen abtreibende Frauen in den letzten 1 1/2 Jahren weitergeführt wurde - trotz einigen Protestes seitens der Frauenbewegung, der Pro Familia und anderer fortschrittlicher Kreise. Es wurde lange darüber diskutiert, welchen Stellenwert frau diesen Reaktionären, die sich zum großen Teil in dubiosen Verbänden organisiert haben, beimessen soll. Unklar blieb, ob mit der Hetzkampagne in erster Linie eine Einschüchterung von Frauen erreicht werden soll oder ob tatsächlich eine Gesetzesverschärfung angestrebt wird. Auf jeden Fall blieb Fazit der Diskussion, daß die Arbeit der §218-Gruppen sich in Zukunft mehr als bisher an der Entlarvung solch faschistoider Verbände wie den "Vereinen für das Leben" u.ä. und der offensiven und öffentlichen Gegenargumentation orientieren sollte. Geplant wurden weitere Untersuchungen über Verbindungen zwischen diesen Verbänden und neofaschistischen Organisationen, sowie eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit mit den schon vorhandenen Kenntnissen. Angeregt werden soll auch die Diskussion in der Frauenbewegung über derartige Angriffe, weil die reaktionäre Hetze nicht nur gegen das Recht auf Abtreibung zielt, sondern sich gegen jegliche Emanzipationsbestrebungen von Frauen richtet.

Insgesamt ist der Versuch, eine kontinuierliche Koordination aller §218-Gruppen aufzubauen, als durchweg positiv zu bezeichnen. Jedoch muß festgestellt werden , daß die Euphorie, wie sin in vielen §218-Gruppen direkt nach dem Tribunal vorgeherrscht hat, nicht lange angehalten hat. Eine ganze Reihe von den Gruppen, die im Zusammenhang mit dem Tribunal entstanden sind, erscheint nicht meht auf den bundesweiten Treffen. Die Diskussion um den §218 wird nach wie vor nicht breit geführt, nicht mal in der Frauenbewegung.

Kontakte, die während des Tribunals mit anderen fortschrittlichen Kräften geknüpft worden waren, werden nicht mehr genutzt, um gemeinsam gegen die drohende (bzw. in einigen Regionen schon existierende) Verschlechterung der Abtreibungsbedingungen anzugehen. Gerade angesichts der massiven Angriffe, die ihren letzten Höhepunkt in dem Essener Schweigemarsch fanden, ist es umso notwendiger, daß der §218 wieder wesentlich mehr von u n s e r e r Seite zur Diskussion gestellt wird, um langfristig unser Ziel, die ersatzlose Streichung des §218 zu erreichen. Andere Länder haben schon bewiesen, daß eine Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung durchaus möglich ist (USA, Irland,Israel), die aber auch zu verhindern ist (Italien).

**Eine Frankfurter Genossin**

# *Die Reaktion gegen den § 218 rührt sich wieder!*

Einen in seiner Art in Norddeutschland einmaligen Vorstoß gegen die gesetzlich geregelte Abtreibungspraxis stellt ein Werbefeldzug dar, der seit ca. zwei Wochen von rechten Kreisen gegen die Frauen in Hamburg geführt wird.

17.000 Blätter mit der Aufschrift „Abtreibung heißt töten – Babys wollen leben" neben dem Bild eines 11 Wochen alten Fötus' kleben in Hamburger U-Bahnen, S-Bahnen und Bussen. Anläßlich des Kirchentages geklebt, sollen die Aufkleber nach Wunsch der Auftraggeber vier Wochen hängen bleiben.

Verantwortlich für diesen Werbefeldzug zeichnet die „Insel fürs Leben – Sozialinstitut Krefeld", Schwertstr. 65. Nachforschungen verschiedener Seiten über dieses Institut haben (bisher) nichts Näheres erbracht – der obskure Verein steht nicht einmal im Telefonbuch.

Über die Westdeutsche Verkehrsreklame in Duisburg wurde der Auftrag für diese Aufkleber an die Hamburger Verkehrsmittelwerbung (zuständige Werbeagentur für den HVV) weitergeleitet.

**Abtreiben —heißt töten— BABYS wollen leben!**

**Dieser Aufkleber verunziert Hamburger U- und S-Bahnen und Busse.**

Parallel zu diesen Scheibenklebern gab es auf dem Kirchentag einen Stand, an dem die Reaktionäre der „Bewegung für das Leben" ähnliches Material verteilten, darunter Hochglanzfotos von zerstückelten Embryos. Außerdem lagen Unterschriftenlisten gegen die per Gesetz geregelte Finanzierung der Indikationen durch die Krankenkassen aus.

Wer sich so einen Werbefeldzug leisten kann, muß finanzkräftig sein und gute Gründe haben, sich hinter einem unbekannten Namen zu verstecken. Daß die Reaktion über erhebliche Mittel verfügt, belegt diese Werbeaktion: Die Kosten beliefen sich auf 119.000 DM!

Die Aufmachung des Aufklebers läßt vermuten, daß die „Insel fürs Leben" bzw. die dahinterstehende Organisation zum Spektrum um die „Bewegung für das Leben" gehört, einem „Dachverband zum Schutze der Ungeborenen" dem u.a. die „Aktion Leben e.V." und die „Europäische Ärzteaktion" angehören.

Die Abtreibungsgegner verfügen (insbesondere in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen) über ein weitverzweigtes Netz kleinerer, regionaler Vereine, die, wenn sie nicht organisatorisch zusammengeschlossen sind, zumindest untereinander über gute Kontakte verfügen.

### Reaktion des HVV

Sofort nach Bekanntwerden der frauenfeindlichen Aufkleber hagelte es Proteste bei der Hamburger Verkehrsmittelwerbung und dem HVV. In einem „Offenen Brief" forderten mehrere Frauengruppen die sofortige Entfernung der Aufkleber (vgl. AK 204).

Nach ersten Aussagen eines Vertreters der Verkehrsmittelwerbung wurden die Aufkleber bereits vor Veröffentlichung dem Senat vorgelegt, der in bestimmten Sachfragen von der HVV als öffentliche Einrichtung Rechenschaft verlangen kann. Dort sind offenbar keinerlei Bedenken aufgetaucht.

Aber wie gesagt, dies ist nur die eine Version gewesen, die zweite lautete so: Der Inhalt der Aufkleber wurde nicht – wie üblich – drei Tage vorher vorgelegt, sondern erst am Tag des Plakatierens. Bekannt sei nur gewesen, daß der Auftraggeber eine Kirchengruppe sei.

Welche Version die richtige ist, wissen wir nicht genau. Aber eines ist klar: Die staatlichen Stellen scheuen sich nicht, eine Werbung zuzulassen, die Frauen trotz des p e r G e s e t z zugestandenen Rechts in den Dunstkreis von Massenmörderinnen stellt.

### Proteste

Da trotz des „Offenen Briefes" die Aufkleber weiterhin in den öffentlichen Verkehrsmitteln prangten, und um eine breite Öffentlichkeit herzustellen, verschickten 22 Frauengruppen eine Presseerklärung, in der sie deutlich machten, daß diese Aufkleber ein Angriff auf alle Frauen sind, die ihr Recht auf Abtreibung wahrnehmen. „*Wir sind empört über die sowohl menschlich als auch wissenschaftlich unhaltbare Gleichsetzung 'Abtreibung ist Mord', mit der jede sachliche Auseinandersetzung ausgeklammert wird. Frauen werden ohne Rücksicht auf ihre soziale und psychische Situation diffamiert und kriminalisiert*".

Die Frauen forderten erneut, die Aufkleber sofort zu entfernen. Die Werbeplakate hängen jedoch immer noch!

Ermutigt durch ein positives Presseecho – u.a. Artikel in „Neue", „MoPo" und „Hamburger Abendblatt" – ergriffen einige Frauen selbst die Initiative. So riefen einige Hamburger Frauengruppen öffentlich zu einer Abreißaktion am 27.6. auf.

An der Aktion beteiligten sich ca. 30 Frauen (und ein paar Männer), darunter auch einzelne Frauen aus der „Leitstelle" und von Pro Familia. Sie teilten sich in kleine Gruppen auf und gingen dann ans Werk: Insgesamt wurden gut 200 Aufkleber entfernt. Die meisten wurden in Bussen abgerissen, da eine Auseinandersetzung mit dem HVV bewußt provoziert werden sollte und hier die Wahrscheinlichkeit, „entdeckt" zu werden, am größten war. Auch diesbezüglich war die Aktion von Erfolg gekrönt: Nachdem die Abreißerinnen mit Bus-(Haus-)Verbot (Zuwiderhandlung bedeutet Haus- bzw. Busfriedensbruch) belegt worden waren (an das sie sich natürlich nicht hielten), wurden bei einigen von ihnen dann noch ein zweites Mal von der Polizei die Personalien festgestellt.

Die Frauen sind entschlossen, im Falle einer Anklage den Prozeß exemplarisch zu führen.

**Zwei Genossinnen aus Hamburg**

# *Neue Angriffe auf die soziale Indikation*

Anläßlich des Kirchentages in Hamburg initiierten rechte Abtreibungsgegner wie die „Europäische Ärzteaktion" und die „Aktion Leben e.V." eine Unterschriftenkampagne gegen die „*Zwangsfinanzierung*" der Abtreibung durch die Krankenkassen und die „*damit verbundene Einschränkung der Gewissensfreiheit*".

Seit der 'Reform' des § 218 laufen immer wieder Klage- und Propagandafeldzüge gegen die per Gesetz geregelte Krankenkassenfinanzierung.

Daß sich in den letzten Monaten diese Angriffe häufen, läßt eine neue Offensive der Reaktion erwarten, die zum einen auf eine Verschärfung des § 218 orientiert – insbesondere die Streichung der sozialen Indikation –, zum anderen gleichzeitig, solange der Paragraph noch gilt, die Inanspruchnahme der sozialen Indikation soweit wie möglich be- und verhindern soll.



Abtreibung 1984?

Der Präsident der Bundesärztekammer, Vilmar, sieht den Anteil der Schwangerschaftsabbrüche nach der Notlagenindikation mit 70-80 % als zu hoch an und fordert in diesem Zusammenhang eine Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes („FAZ", 28.4.81).

Etwas härtere Töne schlägt der Deutsche Kassenarztverband an, der „*mit allen rechtlichen Mitteln*" gegen die Finanzierung der Abtreibung nach der sozialen Indikation vorgehen will, notfalls auch vor das BVG in Karlsruhe („taz", 24.6.81).

Ähnliche Angriffe startete der Zentralverband Kolping, der in der gesetzlich geregelten Abtreibungsfinanzierung durch die Krankenkassen eine „*faktische Abtreibungsversicherung*" sieht („FAZ", 23.6.81). Der Zentralvorsitzende des Verbandes, Hoffmann, möchte die Folgen einer Notlagen–Indikation allein auf die Frauen abwälzen. Für ihn wird der „Sozialstaat" zum „*Auffangbecken unerwünschter privater Vorgänge verflacht*", wenn alle Versicherten, d.h. die Krankenkassen, die Kosten für die soziale Indikation tragen sollen. In diesem Sinne fordert er die sofortige Herausnahme der Kosten für die Notlagenindikation aus dem sozialen Leistungssystem.

Anscheinend arbeiten die Reaktionäre wieder darauf hin, den § 218 zum alten Klassenparagraphen zu machen: Wer Geld hat, findet immer gute Möglichkeiten, abzutreiben – wer keins hat, muß eben sein (ihr – die säzzerin) Leben aufs Spiel setzen.

**Eine Genossin aus Hamburg-Altona**

# Anti-Abtreibungsparagraph bald in irischer Verfassung?

Wie in der BRD, in Italien, in den USA und sicher noch in etlichen anderen Ländern organisieren sich auch in Irland die reaktionären Abtreibungsgegner in Gruppen wie „Pro Life", „Society for the Protection of Unborn Children" („SPUC" = Gesellschaft zum Schutz des ungeborenen Kindes) u.ä..

Noch vor den irischen Wahlen konnte Dr. Julia Vaughan, Führerin der „Pro Life"-Gruppe, stolz verkünden, daß ihr die drei grossen im Parlament vertretenen Parteien (Fienna Fail, Irish Labour Party und Fine Gael) die Unterstützung für ein Referendum zugesagt haben, das den Schutz „ungeborenen Lebens" in der irischen Verfassung verankern soll.

**Damit wird Abtreibung, die jetzt schon in Irland verboten ist, mit Mord gleichgesetzt.**

Die reaktionären Pro-Life- u.a. Gruppen wollen mit diesem Referendum ihre teilweise Niederlage in ihrem 10-jährigen Kampf gegen Verhütungsmittel wieder wettmachen: Zwar wurde im letzten November die Gesetzgebung in bezug auf die Vergabe von Verhütungsmitteln verschärft; ihr erklärtes Ziel, nämlich das totale Verbot von Verhütungsmitteln, haben diese Organisationen aber nicht durchsetzen können.

### „Backstreet Abortion" – oder die teure Fahrt nach England

Dabei ist die Situation für Frauen in Irland mehr als katastrophal, was Verhütung und Abtreibung angeht: Verhütungsmittel bekommen laut Gesetz nur verheiratete Ehepaare, und das auch nur, wenn sie einen Arzt und einen Apotheker finden, die das mit ihrem Gewissen vereinbaren können!!

Abtreibung ist völlig verboten. So kommt es, daß eine sehr große Zahl von Frauen zu „Engelmachern" gehen müssen (die sogenannte „back street abortion") und immer wieder Fälle bekannt werden, wo Frauen an den Folgen einer solchen Abtreibung sterben.

Seit einiger Zeit gibt es – hauptsächlich in Dublin – einige Kliniken, die Abtreibungen in England vermitteln und Fahrten dorthin organisieren. Nach offiziellen Angaben fahren jedes Jahr ca. 3000 irische Frauen für einen Schwangerschaftsabbruch nach England (das sind ins Verhältnis gesetzt etwa soviel wie die offiziellen Zahlen von Abbrüchen in der BRD).

Diese Kliniken, die auch eine liberale Verhütungsmittelberatung und -versorgung praktizieren, sind den organisierten Abtreibungsgegnern natürlich ein Dorn im Auge.

Mit einer breit angelegten Kampagne versuchten sie Ende letzten Jahres, die Regierungspolitiker dazu zu bewegen, diese Kliniken zu schließen: *„24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche arbeitet der harte Kern für Abtreibungen unter der Federführung der ‚Women's Right to Choose'-Kampagne"* (Gruppen der Frauenbewegung für das Selbstbestimmungsrecht der Frau). *„Abtreibung ist ein Geschäft, das viel Geld bringt..., ungeborene Kinder tötet und unbeschreibliches Unheil an Müttern anrichtet"* (Zitate von „SPUC"). Es sei *„Quatsch"*, zu behaupten, in Irland gäbe es „back street abortions" – und auch Frauen, die nach einer Vergewaltigung schwanger würden, hätten kein Recht auf Abtreibung.

### Kriminalisierung von Beratungsstellen

Zu einem Schweigemarsch für die Schließung zweier „Abtreibungsvermittlungs"-Kliniken in Dublin mobilisierte die „SPUC" ca. 5000 Menschen. Am 27.12.80 zogen sie am „Tag der unschuldigen Kinder" (katholischer Feiertag) mit brennenden Kerzen und Schildern mit Parolen wie *„Abtreibung tötet"*, *„Tötet keine Babies"* und *„Schützt das Ungeborene"* durch Dublin und legten einen Kranz in *„Erinnerung an den Tod von 3000 irischen Babies, die letztes Jahr in England abgetrieben wurden"*, nieder.

Unterstützung erhalten „Pro Life" und "SPUC" auch von höchstoffizieller Seite. So wurde eine Delegation des Schweigemarsches vom Bürgermeister von Dublin, Fergus O'Brien, empfangen, der ebenfalls die Vermittlung von Abtreibungen nach England als illegal bezeichnete. Gesundheitsminister Thomas Hussey meldete sich aus seinem Weihnachtsurlaub, um eine Untersuchung der Kliniken anzukündigen.

**Jetzt hat der zur Zeit noch amtierende Premierminister von Irlan, Charles Haughey, versprochen, Irland zu einem der ersten Länder der Welt zu machen, in dem der Schutz des ungeborenen Lebens in der Verfassung verankert ist. Das Referendum, dessen Durchsetzung für wahrscheinlich angesehen wird, ist der Höhepunkt der von der „SPUC" Ende letzten Jahres groß angekündigten neuesten Anti-Abtreibungskampagne. Mit einem derartigen Anti-Abtreibungsparagraphen in …r Verfassung wäre den Gesetzgebern die Möglichkeit gegeben, auch Verhütungsmittel wie z.B. die Spirale für verfassungswidrig zu erklären und härter gegen die Kliniken vorzugehen, die Abtreibungen nach England vermitteln.**

(Zitate und Informationen aus „Irish Press" und „Irish Independent Press" vom 29. - 31.12.80 und aus „Guardian", britische Tageszeitung, vom 18.5.81)

**KB-Frauengruppe Frankfurt**






## Walpurgisnacht — Nacht der hysterischen Weiber?

Im AK 201 versuchte sich a. an einem kritischen Bericht über die diesjährige Walpurgisnacht. Danach hatten die Aktionen überwiegend einen reichlich unpolitischen Charakter: *„Der Gesamtcharakter der Demos hatte sich noch weiter in Richtung Klamauk und Happening verlagert ..."*. Es gab *„kaum noch geordnete Demozüge, es gab nur selten Flugblätter ..... — „ ... sind heute die Aktionen in der Regel nur noch Spaß und Selbstzweck für die*

würde ich es erweitern: „Frauen erobert euch die Straße, bei Tag und Nacht".

In der Walpurgisnacht benimmt sich Frau e i n m a l so selbstverständlich und selbstfraulich, wie es sonst nie geht. Normalerweise ist die Straße „Feindesland". Abends überlege ich mir, ob ich eine dunkle Straße, einen Park benutze. Geht jemand hinter mir, werde ich oft schneller vor Angst, wage nicht, mich

Zischeln zu hören: „Hauen Sie ab!" oder „Nehmen Sie Ihre Finger weg!"

Wenn wir Frauen also einmal (gemeinsam, sonst geht's nicht!) lautstark *„mit viel Lärm und Geheul"* aus diesem Alltag ausbrechen, mal Männer anmachen, durch dunkle Strassen laufen — dann finde ich das gut und wichtig. Jede Frau braucht solche Erlebnisse, aus denen sie Kraft schöpfen kann, wo sie auch einmal das Gefühl von Stärke erlebt. Selbstver-

## Walpurgisnacht — Nacht der hysterischen Weiber?

Im AK 201 versuchte sich a. an einem kritischen Bericht über die diesjährige Walpurgisnacht. Danach hatten die Aktionen überwiegend einen reichlich unpolitischen Charakter: *„Der Gesamtcharakter der Demos hatte sich noch weiter in Richtung Klamauk und Happening verlagert ..."*. Es gab *„kaum noch geordnete Demozüge, es gab nur selten Flugblätter ..... — „ ... sind heute die Aktionen in der Regel nur noch Spaß und Selbstzweck für die teilnehmenden Frauen"* anstelle von Agitation der Bevölkerung z.B. über Vergewaltigung. Zustimmend wird außerdem die TAZ zitiert, die den Sinn der Walpurgisnacht in Frage stellt, weil die Gemeinsamkeit der Frauen untereinander nicht klar sei: *„Wie viele Frauen hier wohl die Bundeswehr als Emanzipationsmöglichkeit sehen? Ich nehme an, ich bin auf der falschen Veranstaltung"*.

Mir ist dieses Abtun der Walpurgisnacht-Aktionen als „unpolitisch" zu oberflächlich. Warum denn eigentlich ziehen jedes Jahr *„mit viel Lärm und Geheul"* (Bericht Hamburg) so viele Frauen durch die Städte, z.T.



sogar mit steigenden Teilnehmerinnenzahlen? Hysterische, ausgetickte (autonome) Emanzen???

### Die Straße ist „Feindesland"

Traditionell steht die Walpurgisnacht unter dem Motto: „Frauen erobert euch die Nacht zurück" — für mich würde ich es erweitern: „Frauen erobert euch die Straße, bei Tag und Nacht".

In der Walpurgisnacht benimmt sich Frau e i n m a l so selbstverständlich und selbstfraulich, wie es sonst nie geht. Normalerweise ist die Straße „Feindesland". Abends überlege ich mir, ob ich eine dunkle Straße, einen Park benutze. Geht jemand hinter mir, werde ich oft schneller vor Angst, wage nicht, mich umzudrehen. Kommen wir gar zwei oder drei Typen entgegen, wechsle ich lieber die Straßenseite. Ich weiß genau: sollte es einem Typen einfallen, daß er gerade an mir irgendwelchen Frauenhaß loswerden muß, braucht es viel Glück, um dem heil zu entkommen. Hilfe von Passanten oder Anwohnern ist nicht zu erwarten. In der U-Bahn schiebe ich einen breitbeinig hingeflätzten Typen nicht zur Seite, sondern quetsche mich klein in die Ecke. Besonders schlimm ist es im Sommer: Ich überlege mir dreimal, was ich anziehe — ich ertrage die abschätzenden Glotzblicke auf den Busen nicht mehr. Nehme ich mir vor, allen selbstbewußt und trotzig in die Augen zu schauen — gibt es Typen, die gerade dann meinen, die Machtverhältnisse wieder klarstellen zu müssen, usw. usf. Dieser alltägliche Machtkampf auf der Straße spielt sich jedesmal ab, wenn sich Mann und Frau treffen — lautlos und (un)heimlich. Kein Geschrei auf der Straße, kein Geklatsche von Ohrfeigen in der S-Bahn; frau schweigt, verdrückt sich, allenfalls ist ein dezentes Zischeln zu hören: „Hauen Sie ab!" oder „Nehmen Sie Ihre Finger weg!"

Wenn wir Frauen also einmal (gemeinsam, sonst geht's nicht!) lautstark *„mit viel Lärm und Geheul"* aus diesem Alltag ausbrechen, mal Männer anmachen, durch dunkle Strassen laufen — dann finde ich das gut und wichtig. Jede Frau braucht solche Erlebnisse, aus denen sie Kraft schöpfen kann, wo sie auch einmal das Gefühl von Stärke erlebt. Selbstverständlich wäre es noch viel besser, wenn dieses Anliegen nicht nur von einigen Frauen praktiziert, sondern dies auch per Flugblätter usw. an andere Frauen vermittelt würde. Insofern teile ich die Kritik im AK. Gerade über die verschiedenen brutalen Gewaltformen gegen Frauen darf einfach nicht geschwiegen werden, muß jede Öffentlichkeit genutzt werden.

Ich vermag aber nicht zu verstehen, wieso eine „richtige Vorbereitung" für solch eine Aktion gleichbedeutend ist mit *„festgelegte Demoroute, Transparente, Parolen usw."* (Bericht Hamburg). Danach wäre die letzte Demo in Brokdorf auch nicht richtig vorbereitet gewesen?! Die Art der Aktion richtet sich doch nach dem Inhalt. Mit dem habt ihr euch jedoch gar nicht auseinandergesetzt, daher kann ich mit der Kritik nichts anfangen.

Völlig inakzeptabel finde ich es, die Walpurgisnachtaktion mit dem Argument abzulehnen, daß es zwischen den Frauen in anderen Fragen wohl Widersprüche geben werde (z.B. Frauen zum Bund?). Ich bin schon auf Demos neben DKP'lern gelaufen, die Morde an der Grenze und Polizeistaatsmethoden in der DDR vollkommen rechtfertigen, die sogar schon Genossen und Genossinnen (!) von uns zusammengeschlagen haben. Und ich mag mir gar nicht überlegen, neben wie vielen Vergewaltigern und Frauenschlägern ich schon in einer Reihe gestanden habe. Ich denke, diese Überlegung bezüglich Differenzen in anderen Fragen kann nur d a n n entschieden werden, wenn die verbindende Gemeinsamkeit als nebensächlich, vielleicht gar nicht gesehen wird. In diesem Fall: Ist die Eingeschränktheit meiner Freiheit als Frau auf der Straße so wichtig, daß ich mich mit anderen Frauen zusammentue, auch wenn es sonst Widersprüche gibt? Ich meine ja. Diesen — aber auch nur diesen — Sinn hat die Walpurgisnacht für mich. In diesem Sinne:

Für viele bunte, lärmende, heulende, spontane, spaß- und mutmachende Aktionen in der Walpurgisnacht — verbunden mit vielen Flugblättern, Plakaten, Parolen, aber nicht unbedingt wohlgeordnet!

Frauen, erobern wir uns die Nacht! Frauen, erobern wir uns die Strasse!

**H., KB Hamburg/BO Altona**





## Bullen als Vergewaltiger vor Gericht

Am 29.6. fand im Landgericht Itzehoe der erste Prozeßtermin gegen die beiden Bullen Reich und Christiansen statt. Sie sind angeklagt, im Februar 81 nachts in einer Zelle der Polizeiwache Pinneberg gemeinsam Inge B. vergewaltigt zu haben.

Inge hatte sich, alkoholisiert und von Selbstmordgedanken getragen, auf dem Heimweg befunden. Die Bullen griffen sie auf und sperrten sie in die Ausnüchterungszelle der Polizeiwache Pinneberg. Inge schlief ein, erwachte jedoch, als zwei Bullen die Zelle betraten. Beide vergewaltigten sie auf die abscheulichste Weise. Danach verschwanden sie einfach.

Verzweifelt versuchte die Frau sich bemerkbar zu machen und wurde schließlich um ca. ein Uhr nachts nach Hause geschickt. Acht Tage schloß sie sich in ihrer Wohnung ein. Mit Hilfe eines anderen Polizisten gelang es ihr danach, Strafanzeige zu stellen.

Die Bullen sind natürlich „völlig unschuldig": Obwohl ihr Dienst seit zwei Stunden beendet war, packte sie plötzlich — völlig unabhängig voneinander — die „Sorge" um Inge B.. Als sie feststellten, daß sie sich übergeben hatte, legten sie sie „ganz behutsam in die stabile Seitenlage" und „tasteten fürsorglich unter ihrer Bluse nach einem möglicherweise waffengefüllten Brustbeutel" herum. Dann war's aber wohl genug der Fürsorglichkeit: Klammheimlich, ohne jemanden von Inges Zustand zu benachrichtigen, legten sie den Schlüssel zurück und verließen das Revier.
Soweit die bisherigen Darstellungen. Offenbar werden aber beim nächsten Termin einige Kollegen der Bullen gegen die beiden aussagen. Es ist wichtig, daß — wie am ersten Tag — die erfreulich hohe Zahl von Prozeßbesucherinnen anhält.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang: Rechtsanwalt Maeffert, u.a. bekannt durch seine frauenfeindlichen Thesen über die Notwendigkeit, Vergewaltiger zu verteidigen, vertritt Inge B. als Nebenkläger.

Nächste Prozeßtermine sind zu erfahren über: Aushänge im Arbeiterbuch Hamburg, Frauenkneipe u.ä..

H., Genossin aus Altona

## Bundesweites Treffen:

# Rettet die Frauenzentren!

Vom 19. bis 21. Juni 81 fand in Göttingen ein zentrales Frauenzentrumstreffen statt, das vom Göttinger Frauenzentrum aus dem Bedürfnis vorbereitet und organisiert war, Notwendigkeiten und Ziele in der Arbeit der bestehenden Frauenzentren neu zu überdenken. Gekommen waren ca. 150 Frauen aus 20 Frauenzentren aus der ganzen BRD. Auf dem Eröffnungsplenum wurde eine Art Bestandsaufnahme gemacht und die Probleme der Frauenzentren dargestellt.

**Köln-Ehrenfeld:** Es existieren eine Lesben- und eine Beratungsgruppe (218).
**Regensburg:** Hauptsächlich Beratungsarbeit.
**Hannover:** keine Angaben.
**Bremen:** Seit 1 1/2 Jahren eine Notrufgruppe.
**Cuxhaven:** Alle Gruppen nehmen keine neuen Frauen mehr auf.
**Hamburg:** Einige Frauen sind dabei, ein neues Frauenzentrum aufzubauen.
**Frankfurt:** Zwei konkurrierende Frauenzentren, die jedoch als „Zentrum" nicht mehr nach außen existieren.
**Gießen:** Lesben- und Frauenforschungsgruppe.
**München:** Gewalt-gegen-Frauen-Gruppe, Lesbengruppe, Beratungsgruppe.
**Trier:** Kaum noch arbeitsfähig, weil Frauengruppen meist außerhalb des Zentrums arbeiten und eine starke Konkurrenz untereinander besteht. Starke Fluktuation wegen der überwiegend studentischen Zusammensetzung.
**Moosbach:** Es existiert ein kleines Frauenzentrum.
Starke Fluktuation wegen der überwiegend studentischen Zusammensetzung.
Moosbach: Es existiert ein kleines Frauenzentrum.
**Erlangen:** § 218-Gruppe und eine Anti-Militarismus-Gruppe. Ist nach eigenen Angaben am Nullpunkt angekommen.
**Minden:** Frauenhausinitiative und zwei Selbsterfahrungsgruppen. Existiert jedoch kaum noch.
**Marburg:** Astrologie-, Lyrik-, Massage-, Beratungs- und Notruffrauen-Gruppe, Cafe.
**Berlin:** Existiert kaum noch.
**Konstanz:** Das Frauenzentrum wurde geschlossen.
**Braunschweig:** Ebenfalls geschlossen.
**Bonn:** Existiert kein Frauenzentrum mehr.
**Emden:** Es existiert eine Frauenhausinitiative, aber kein Frauenzentrum.
**Göttingen:** Relativ gut funktionierendes Frauenzentrum. Hauptsächliches Arbeitsfeld ist es, Frauen aller Altersgruppen anzusprechen und ihre tagtägliche Unterdrückung aufzuarbeiten. Ziemlich gute Zusammenarbeit zwischen Lesben und Hetero-Frauen, allerdings mangelnde Öffentlichkeitsarbeit.

Übereinstimmend wurde von den Frauen berichtet, daß in ihren Zentren kaum noch eine Kommunikation untereinander besteht. Es wurde von permanenten Schwierigkeiten zwischen den „Macherinnen" und anderen Frauen berichtet, die sich kaum einbringen, weder in der Diskussion, noch mit praktischer Arbeit. Aufgrund der mangelnden Bereitschaft, sich um politische Positionen konstruktiv zu streiten (z.B. der ständige Konflikt zwischen Lesben und Hetero-Frauen, Polit- und Selbsterfahrungsfrauen) verlassen viele Frauen frustriert das Frauenzentrum, um in andere Frauengruppen zu gehen. Es werden keine öffentlichen Debatten mehr darüber geführt, wie wir eigentlich unsere Situation in der Gesellschaft verändern wollen (z.B. die spektakulären Abtreibungsfahrten nach Holland gehören längst der Vergangenheit an). Öffentlichkeit herzustellen wird an Spezialgruppen delegiert. Die permanente schlechte finanzielle Situation (hohe Mieten, zu wenig zahlende Frauen) sind ein weiterer Grund, warum einige Frauenzentren inzwischen geschlossen wurden.

Am Sonntagmorgen wurde im Plenum aus den Arbeitsgruppen berichtet. In der Regel hielt eine Frau den Bericht und wurde von anderen Frauen der AG ergänzt. Wir fassen im folgenden die Berichte auf der Basis von immer wieder genannten Stichworten und Einschätzungen zusammen.

### AG: Wie arbeiten bestehende Frauenzentren?

Bei der Beschreibung der Situation in den Frauenzentren tauchen überall die gleichen Probleme auf, mit denen frau zu kämpfen hat: Dominanz einzelner Frauen; eine gewisse Organisationsfeindlichkeit; wer fühlt sich für das Zentrum verantwortlich; wie sind neue Frauen integrierbar; unterschiedliche Ansprüche von neuen, jungen Frauen und langjährigen Feministinnen. Die Erklärungsversuche fallen schwer und sind auf dem Hintergrund der speziellen Geschichte jedes Zentrums auch sicherlich kaum allgemeingültig zu machen. Die Stärke von e i n z e l n e n Frauen wird als Widerspruch zu dem Anspruch empfunden, in den Zentren, in der Frauenbewegung einen k o l l e k t i v e n Befreiungsversuch zu organisieren. Immer wieder tauchen Widersprüche auf zwischen Innerlichkeitsbestrebungen und dem Ziel, mit Aktionen nach außen wirken zu wollen. Ein Hauptproblem wird auch darin gesehen, daß die Frauenbewegung ein ‚diffuses' Aufgabengebiet hat. Es wird die Meinung vertreten, daß im Gegensatz zu Zeiten der § 218-Kampagne heute ein klar umrissener Gegner fehlt.

In vielen Zentren gibt es Finanzierungsprobleme. Immer wieder wird die Frage aufgeworfen, ob die Zentren die Basis der Frauenbewegung sind. Ist Zentrumsarbeit feministische Pflichterfüllung oder persönlicher Gewinn?

Trotz aller Kritik und allem Frust ist das Frauenzentrum als wichtige Einrichtung unumstritten. Die Frage ist nur, wie die vielen Widersprüche zwischen den persönlichen und politischen Ansprüchen in Angriff genommen werden können, d.h. diskutierbar gemacht werden können. Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.
nen. Gerade diesbezüglich wird allgemein der Hang zur Konfliktvermeidung bemängelt und festgestellt, daß es auch unter Frauen immer wieder zu Frauenverachtung kommt.
Gerade die konstruktive Auseinandersetzung, die persönliche Kritik und Weiterentwicklung ist eine wichtige Funktion, die Frauenzentren erfüllen sollen. Es wird der Anspruch formuliert, Frauenzentren wieder zu Aktionszentren zu machen und zur Demonstration der Frauenbewegung nach außen zu benutzen.

### AG: Zur Gründung neuer Frauenzentren

Am Beispiel einer Studentinnengruppe aus Emden, wo einige Frauen aus dieser Gruppe heraus ein Zentrum gründen wollen, wurde über unterschiedliche Möglichkeiten in der Provinz und in Großstädten diskutiert. Klar ist, daß ein wichtiger ‚Baustein' eine gute Finanzierungsstrategie ist. Hier wurde darauf hingewiesen, daß frau über die Eigenfinanzierungsmöglichkeiten (Verein, Mitgliedsbeiträge, Spenden etc.) nicht vergessen sollte, an Ort und Stelle vorhandene öffentliche Quellen zu erkunden: Mittel für die Bildungsarbeit (da gibt es unterschiedliche Modelle), Zuschüsse für ‚zweckgebundene' Veranstaltungen...

Überall taucht(e) das Problem auf, daß die Notwendigkeit eines eigenen Zentrums schnell eingesehen wurde – aber die Frage, wer die Arbeit macht, nicht geklärt werden konnte, oder daß die Arbeit auf wenige beschränkt bleibt.

Fragen wie: sind Lesben abschreckend, will frau Zusammenarbeit mit politischen Gruppen, welches Mißtrauen ist angebracht, sind auch in der Aufbauphase Themen, die überall auftauchen. Patentrezepte à la: erst einen Infostand machen, dann ein Fest, dann ein Konto einrichten etc. gibt es natürlich nicht.

### AG: Beratungsarbeit im Frauenzentrum

Es wurde bedauernd konstatiert, daß die Beratungsgruppen in den Zentren isoliert sind. Die Frauen, die Beratungsarbeit machen, verstehen sich jedoch als Frauen vom Zentrum und nicht als sog. ‚Beratungsfrauen', ein Terminus, der immer wieder auftauchte. In der Gründungszeit der Beratungsgruppen wurden in der Regel mehr öffentliche Aktionen von diesen Gruppen gemacht: z.B. Busse nach Holland organisiert. Heute wird hauptsächlich beraten in Fragen des § 218, Verhütung, Sexualität. Umfassende Themen wie ‚Erziehung' sind eine Ausnahme.

Es wurde grundsätzlich diskutiert, ob zur Beratungsarbeit auch Öffentlichkeitsarbeit gehört. Mehrheitlich waren die Frauen der AG der Meinung, daß die Öffentlichkeitsarbeit gleichrangig mit der Sacharbeit zu sehen sei. Ein Mangel liegt jedoch in der Umsetzung.

Besonders die Beratungsgruppen leiden unter dem Vorwurf, vorwiegend Sozialarbeit zu machen und keine ‚richtige' feministische Arbeit. Gerade gegenüber den Lesben gibt es hier eine Menge unausgeräumtes Mißtrauen. Überwiegend wurde Verständnis dafür geäußert, daß Lesben eine solche Arbeit, die ja um die Probleme der Heterosexualität kreist, nicht machen wollen. Die Frauen aus den Beratungsgruppen verwahrten sich jedoch vehement gegen den Vorwurf, die gängige Heterosexualität zu stabilisieren. Ihr Ansatz ist darauf ausgerichtet, die herrschende Sexualität zu problematisieren und nicht in einen technischen Pragmatismus zu verfallen. Insofern sehen sie in ihrer Arbeit auch einen wichtigen Beitrag, feministische Vorstellungen praktisch zu machen.

### AG: Überregionale Zusammenarbeit

Auch in dieser AG wurde über die allgemeine Situation in den Zentren diskutiert. Es gab viele Punkte der Übereinstimmung mit AG 1. Deswegen soll im weiteren nur auf die 3 ‚Modelle' eingegangen werden, von denen frau sich einen Zusammenschluß, zumindest eine größere Koordination erhofft.

a) Die Erstellung eines Kommunikationsblattes. Dieses sollte rotierend von den Frauenzentren erstellt werden und alle möglichen Nachrichten, Infos, Absprachen von Aktionen, Termine etc. enthalten.

b) Eine Art Netzwerkkonzeption für die Frauenzentren. Hierbei sollte rotierend für ein Jahr ein Frauenzentrum den ‚gemeinsamen Topf' verwalten, d.h. ‚für die Frauenzentren' sprechen können.
b) Eine Art Netzwerkkonzeption für die Frauenzentren. Hierbei sollte rotierend für ein Jahr ein Frauenzentrum den ‚gemeinsamen Topf' verwalten, d.h. ‚für die Frauenzentren' sprechen können.

c) Ein Zusammenschluß aller Frauenzentren z.B. in einem Verein. Dazu sollte eine Plattform erarbeitet werden, die das Selbstverständnis aller Frauenzentren ausdrückt und sich gegenüber den Parteien abgrenzt (Autonomie, § 218, Lesbendiskriminierung...). Ein Frauenzentrum sollte jeweils für eine bestimmte Zeit gewählt werden, in der es auf Grundlage des formulierten Selbstverständnisses sozusagen im ‚Namen aller Frauenzentren' gegenüber Presse und Medien zu allen aktuellen Fragen Stellungnahmen abgeben soll (z.B. Kriegsgefahr).

Die vortragende Frau meinte dazu treffend: *„Jeder Verband der Schlesier oder x-beliebiger anderer Zusammenschluß kann seine Stellungnahme abgeben, nur wir Frauen sind dazu unfähig, obwohl wir Tausende von Frauen repräsentieren".*

Insgesamt stieß jedoch keiner der Vorschläge für eine größere Zusammenarbeit auf richtige Begeisterung. Sofort kamen Zweifel auf, die lange bekannt sind: Soll frau mit Medien zusammenarbeiten, mit welchen? Ist das nicht Stellvertreterpolitik?...

### AG: Frauenzentren – eine Bürgerinitiative unter vielen?

Der Bericht fiel kurz aus: die Frauen hatten vor allem über die Frage diskutiert: woher kommen die Frauen in den Zentren? Dabei ist zumindest in der AG festgestellt worden, daß überwiegend die Frauen aus der Linken kommen, und verhältnismäßig wenige ‚nur' über Frauenarbeit. Einerseits wurde die mangelnde politische Arbeit in den Zentren beklagt, andererseits Kritik an linken Organisationen benannt, die eine Zusammenarbeit auch erschwert, teilweise verunmöglicht: Formalismus, Ausklammern des Privatbereichs u.a. Insgesamt dränge es, ein feministisches Politikverständnis zu entwickeln. Die Tatsache, daß in den letzten Jahren wieder mehr über diese Frage diskutiert werde, zeige, daß sich die politischen Probleme zuspitzen.

### AG: Brauchen die Lesben ein Frauenzentrum – Braucht das Frauenzentrum die Lesben?

Ein Bericht hierzu fiel den Frauen sehr schwer: Diskutiert wurde über sehr viele Fragen, aber auch sehr unterschiedlich, so daß ein zusammenfassender Bericht unmöglich schien.

Zunächst wurde die rege Beteiligung hervorgehoben, ca. 43 Frauen waren in der AG. Diskutiert wurde über Fragen wie: Was ist Lesbenpolitik? Was bedeutet Lesbenarbeit im Zentrum? Sollen die Lesben ein eigenes Zentrum machen, Separatismus betreiben? Wo liegen die Schwierigkeiten mit den Heterofrauen?

Mit Vorbehalt wurde das ‚ja' zum Frauenzentrum geäußert. Frau wünscht sich eine andere Form der Arbeit. Immer wieder stellt sich für Lesben die Frage, ob es wichtiger ist, im Zentrum zu arbeiten, oder offen zu lassen, wo frau arbeitet, und in erster Linie an ihrer Identifikation zu arbeiten.

Ob ein Lesbenzentrum sinnvoll ist, ist schwierig zu beantworten. Einerseits ist es wünschenswert, einen Freiraum zu haben, wo frau von jedem Problem mit Männern verschont ist, auch von den vermittelten Problemen durch die Heteras. Andererseits ist es eine Frage des Kräfteeinsatzes; schließlich werden Lesben in erster Linie als Frauen angegriffen, weil es ihnen Gott-sei -Dank noch nicht auf der Stirn geschrieben steht, daß sie lesbisch sind.

Was ist Lesbenpolitik? Zur Beantwortung dieser Frage wurden in erster Linie weitere Fragen formuliert. Was soll sie erreichen? Soll sie sich in erster Linie an frauenbewegte Frauen richten, z.B. im Zentrum, oder soll sie nach außen orientieren? Aus welchen Gründen gehen Lesbengruppen andauernd kaputt? Wenn schon die Lesbengruppen häufig auseinanderfallen, wer soll dann die Basis für Lesbenpolitik sein? Selbsterfahrung ist immer wieder wichtig, wie sonst kann frau sich mit ‚aufrechtem Gang' z.B. am Arbeitsplatz als Lesbe zu erkennen geben?

Die Identitätsfindung als Lesbe geht nur mit Lesben zusammen. Trotzdem: Ist Lesbianismus ‚das'
Trotzdem: Ist Lesbianismus ‚das'
konsequente Frauenleben? Sind Heterofrauen ein ‚mageres' Geschlecht, weil sie ihren ‚Zustand' in dieser Gesellschaft selber aufrecht erhalten? Wer reduziert wen? Immer wieder fühlen sich Lesben durch Heterofrauen bedroht. Ist das übertrieben? Sind die Hetero-Feministinnen ‚gespalten', hin- und hergerissen zwischen ihrem Frauenbewußtsein und feministischen Aktivitäten und ihrer ‚Anpassung' an den Mann in puncto Sexualität?

Viele Fragen sind angerissen und erhitzt im Plenum diskutiert worden. Insgesamt war gerade an diesem Punkt (Lesben – Heteras) das Bedürfnis sehr groß, endlich mal ‚Klartext' miteinander zu reden.

### AG: Die ‚gespaltene Frau'

In dieser AG wurde vor allem über das Gefühl der Zerrissenheit diskutiert, das wohl jede Frau kennt, wenn einerseits bestimmte frauenbewußte Ansprüche da sind, andererseits die reale persönliche Entwicklung hinter diesen Ansprüchen her hinkt. Der Kampf, seine eigenen Bedürfnisse durchzusetzen, muß immer wieder neu geführt werden.

Es wurde auch über Bi-Sexualität diskutiert und über die Frage, ob verheiratete Frauen überhaupt mit den Ansprüchen in einem Frauenzentrum fertig werden können.

**Zwei Genossinnen aus Göttingen**

### Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Persönliche Eindrücke und Überlegungen

Ich war schon ziemlich erfreut, als ich sah, wie viele Frauen aus der ganzen BRD unserer Einladung gefolgt waren. Alle hatten sie Probleme mit ihren Frauenzentren, alle wollten sie die bestehenden Probleme aufknacken, alle wollten was verändern. Und hier waren wir uns einig: Für jede Stadt ein Frauenzentrum. Als Kommunikationspunkt der verschiedensten Frauengruppen, Möglichkeit der Auseinandersetzung mit persönlichen und politischen Erfahrungen. Wir haben geredet über Strukturen, über Machtverhältnisse unter uns, Konkurrenz, alles Dinge, die unsere gemeinsame Stärke abbröseln, aufweichen, kaputtmachen. Wir haben geredet über die „neuen" Frauen, die in die Frauenzentren kommen mit einer Militanz und einem Aktionismus, den viele von uns aufgrund ihrer Erfahrungen und Geschichte ablehnen. Einige von uns haben gesagt, daß viele Frauen die „Banalität des Alltags" verdrängt hätten und abgedriftet seien ins „Refugium der großen Politik".

Aber warum? Warum verlieren wir soviele Frauen an andere Frauengruppen, warum stehen wir außen vor, warum sind wir keine politische Kraft mehr? Alles Fragen, die für mich unbeantwortet geblieben sind. Gerade weil uns unsere Erfahrungen und Lernprozesse wichtig sind, und wir dazu stehen wollen, erleben wir aktuell eine neue Verunsicherung: Bei politischen Ereignissen, die uns direkt betroffen machen, sind wir vereinzelt. Es gibt keine Diskussionsplena mehr, die Vermittlungsmöglichkeiten in den Frauenzentren fehlen. Ob frau mit nach Brokdorf fährt oder am Häuserkampf teilnimmt, waren Entscheidungen, sind Entscheidungen, die frau allein gefällt hat. Häufig mit dem Ergebnis, zuhause zu bleiben und den fehlenden Diskussionzusammenhang in der Frauenbewegung zu beklagen.

Die Zentren haben sich verändert, es fehlt die Eindeutigkeit der Anfangsphase, aber auch Elan und Optimismus. Es gibt, zumindest kann ich das für Göttingen sagen, eine Vielzahl von Frauengruppen, die praktisch und öffentlich zu allen möglichen Themen Stellung beziehen, z.B. Frauen-Friedenswoche, 1.Mai etc. Das Göttinger Zentrum steht dabei außen vor. Es ist nicht mehr Zentrum im Sinne des Wortes, sondern eher Durchlauferhitzer, weil viele Frauen aus den neuen Frauengruppen vorher im Frauenzentrum waren.

Ein wesentlicher Bestandteil des Göttinger Frauenzentrums ist die Selbsterfahrung. Selbsterfahrung beinhaltet die Auseinandersetzung mit persönlichen Erfahrungen und das Erkennen der gesellschaftlichen Ursachen dafür. Somit hat die Selbsterfahrung auch eine systemsprengende Funktion. Eine Politisierung geht von den Bereichen des Lebens aus, von denen die Frauen am meisten betroffen sind.

Das Private ist politisch. Wir müssen aber auch umgekehrt erkennen, daß das Politische privat ist. Wir werden nicht nur als Lesben, als alleinerziehende Mütter oder nur als Frauen ohne Mann bei der Wohnungssuche diskriminiert, wir zahlen auch die überhöhten Mieten, auch uns werden die Häuser über dem Kopf weggerissen. Auch vom nächsten Krieg sind wir real „privat" bedroht.

Gerade weil viele von uns Angst davor haben, von der Linken funktionalisiert zu werden, ist es wichtig, autonom in bezug auf allgemeingesellschaftliche Probleme, die frauenspezifische Situation einzubringen, daraus resultierende mögliche Kampfformen und Inhalte zu entwickeln, die es uns ermöglichen, uns mit der Linken zu solidarisieren. Wir müssen stärker nach außen vermitteln, was in der Frauenbewegung an Auseinandersetzungen, Schwierigkeiten in konkreter Arbeit und Ansprüchen vorhanden ist. Wenn Frauen es nicht schaffen, autonom zu allgemeingesellschaftlichen Problemen Stellung zu beziehen und zu kämpfen, z.B. als Frauen geschlossen zu AKWs Stellung zu beziehen, besteht die Gefahr der Zersplitterung und Verzettelung, denn vielen Frauen bleibt nichts anderes übrig, als in anderen Gruppen zu arbeiten. Sich inhaltlich aufteilen zu müssen, bedeutet Verlust von Zeit und Energie. Dies ist für mich Ausdruck unserer schizophrenen Situation als Frau in der Frauenbewegung.

Vielleicht ist der Vorschlag der Regensburger Frauen, die Frauenzentren überregional zusammenzuschließen, ein Vorschlag, der die Frauenzentren perspektivisch aus der Misere herausbringen könnte. Ein Forum, wo Positionen der verschiedenen Frauenzentren eingebracht, wo sich konstruktiv gestritten, wo Positionen öffentlich gemacht werden könnten. Dieses Projekt soll dieses Jahr im Herbst in Angriff genommen werden, wozu die Regensburger Frauen ein Positionspapier/Aufruf in „Emma" und „Courage" veröffentlichen wollen.

**Eine Genossin**

# Homosexualität ist kerngesund!

## Zum Abschluß der zweiten Hamburger Schwulen- und Lesbenwochen

Wer geglaubt hatte, daß mit der Demo am 20.6. alles gelaufen war, konnte noch dazulernen. Obwohl die rund 3.000 Teilnehmer des Marsches einen Höhepunkt der Wochen markierten, folgten noch Veranstaltungen, die unverzichtbar wurden.

Eine traurige Wahrheit wurde allerdings ein neues Mal bestätigt, indem tatsächlich nicht ein Blatt über diese Demo (geschweige denn Rahmenveranstaltungen) berichtete. Einzig die „Welt am Sonntag" ging mit 16 Zeilen darauf ein – dafür hüllten sich „TAZ" u.a. in eisiges Schweigen.

Nach den anstrengenden Aktivitäten des 20.6. (wir berichteten im letzten AK) folgte bereits am 22.6. ein weiterer Höhepunkt. Im Hamburg-Haus Eimsbüttel kamen rund 200 Menschen zu einer Veranstaltung der „Gruppe Schwule und lesbische Lehrer/innen in der GEW" mit dem Titel „Homosexualität und Schule". Auf dem Podium: Lehrer/innen und Schüler/innen, Vertreter der Arbeitsgruppe Sexualpädagogik und die stellvertretende GEW-Vorsitzende. Unterstützt durch anschauliche Sketche diskutierten sie unter lebhafter Einbeziehung des Publikums die Bereiche Sexualpädagogik, Probleme schwuler Schüler und lesbischer Schülerinnen sowie Probleme schwuler Lehrer und lesbischer Lehrerinnen.

Mit einer Unterschriftensammlung der veranstaltenden Gruppe soll auch in Hamburg die Streichung des reaktionären „Aufklärungsfilms" „Christian und sein Briefmarkenfreund" aus dem Verleihprogramm erreicht werden – ebenso wie bereits in Westberlin (s. Kasten).

Am 24.6. ging es im überfüllten Saal der ESG um „Die Verfolgung der Schwulen und Lesben während des Nationalsozialismus". In einem ausgezeichneten Referat wurde die historische Entwicklung der Schwulenverfolgung vom Scheiterhaufen zur Gaskammer aufgezeigt sowie die daraus resultierende Notwendigkeit, auch heute alles zu tun um derartiges für die Zukunft zu verhindern.

Als es jedoch dann um das WIE ging, kamen die vorhandenen Widersprüche innerhalb der Schwulenbewegung zum Tragen. Die recht antiquierte und dem Stand der Schwulenbewegung nicht mehr angemessene konsequente Zurückweisung solidarischer Heterosexueller durch einen Teilnehmer („Was wollt ihr denn hier?") erhielt die passende Absage. Die ausdrückliche Orientierung der Veranstalter auf „den gewöhnlichen Homosexuellen", mit dem allein ein weiteres Vorankommen nur möglich und sinnvoll sei, stieß jedoch ebenfalls auf erheblichen Widerstand. Die Frage nach der Rolle der politisch aktiven Schwulen(gruppen) und dem Platz auffälliger Minderheiten wie Tunten im Konzept von HLSV/RAUSS wurde mit der Bemerkung gekontert: „Und was hat das mit deinem Nagellack zu tun?". Die bewußte Ausgrenzung der Tunten (als „Bürgerschrecks") aus einer reputierlichen Schwulenbewegung sichert jedoch noch keine Eintrittskarte in die Lobbygänge bürgerlicher Parteien. Von daher kann die Wahrnehmung der vorgegebenen „legalen" parlamentarischen Lösungen unserer Probleme nur ein Weg unter vielen sein; zumal klargestellt wurde, daß der Paragraph und damit die Gesetzgebung nicht d a s Problem sind, sondern vielmehr das Bewußtsein der Bevölkerung.

Ein besonderer Bonbon wurde die Veranstaltung „Ist Homosexualität heilbar?" am 26.6. Die Studentengruppe „Schwule Jugend forscht" hatte in hervorragenden Referaten die schier zahllosen Heilungsversuche an Homosexuellen sowie die abstruse Theorie des DDR-Demagogen Dörner aufgearbeitet. Anschaulich wurden „Behandlungs"methoden von 1920 und 1981 gegenübergestellt wie medikamentöse, gehirnchirurgische, medizinische (Kastration) und psychiatrische Behandlung, Aversions- und Elektroschocktherapie, Ehe und Religion. Einzig die Hypnose wird heute nicht mehr zum Exorzieren empfohlen. Alles andere ist beim Alten geblieben.

Das abschreckende Beispiel des Alchimisten Dörner zeigt, daß auch der reale Sozialismus um kein Deut fortschrittlicher an die Schwulenfrage herangeht. Die neuen Verhütungsmethoden Dörners, die eher einer vorsorglichen Euthanasie gleichen, sind in der DDR nie widerrufen oder angegriffen worden – und auch die hiesigen Vertreter von der DKP über MSB bis hin zur DeSI hüllen sich hierzu lieber in betretenes Schweigen. Dabei bringt Dörner die „Behandlung" der ungeliebten Minderheit im realen Sozialismus nur zu einem folgerichtigen Schlußpunkt.

Jeder Sozialismus wird sich für uns auch daran messen lassen müssen, wie er zur Schwulenfrage steht. Die DDR hat da ebenso wie deren Bruderländer nichts positives zu bieten... Genauso schlecht steht die DKP da, die zwar auf ihrem letzten Parteitag immerhin zwei Sätze als Feigenblatt in das Kompendium ihrer Beschlüsse einbaute, ansonsten jedoch den Schwulen denkbar ablehnend gegenüber steht. Wenn sich dort jetzt überhaupt etwas geregt hat, dann nur im Nachtrab der gesamten alternativen Wahlbewegung. Nach der Aufnahme von Schwulen in die bunten und alternativen Listen hat 1977/78 auch bei den bürgerlichen Parteien eine mühsame Hinwendung zu den Minderheiten begonnen. Gleichzeitig begann die (schwule) Parteijugend sich allerorten zu regen. So entstanden die Schwusos, die Schwudos und schließlich die DeSI. Diese Gruppen versuchten in ihren Parteien die Schwulenfrage zu stellen – und stießen auf recht taube Ohren. Die FDP erkannte im Prozentgebröckel ihre Chance und wagte als erste den Griff nach den warmen Wählerstimmen. Daß ausgerechnet die DKP in diesem Run hintenan liegt, sagt einiges...

Einen krönenden Abschluß fanden die Hamburger Lesben- und Schwulenwochen am 27.6. mit einem rauschenden Fest in den Räumen der Uni-Mensa. Zeitweise mußten die Eingänge gesperrt werden, und für Leute mit Platzangst oder Verfolgungswahn war dies ein Alptraum. Theater- und Rockgruppen sorgten für Unterhaltung, Büchertische für Information und die fleißigen Organisatoren für unablässige Verpflegung. Wenn das ganze trotzdem nicht über eine etwas größere Subkulturfete hinausging, traf sich das mit dem Hinwenden der Veranstalter zu dem „gewöhnlichen Homosexuellen", der aus seinen Kellerbars und Ghettoläden herausgeholt werden sollte. Inwieweit hier eine Politisierung der Betroffenen erreicht wurde, wird allerdings die lange Dürreperiode bis zu den nächsten Schwulenwochen 1982 zeigen.




Montage aus „Psychologie heute"




## Unterschriftensammlung zum Film »Christian und sein Briefmarkenfreund«

**An die Landesbildstelle Hamburg**

1. Wir (die Unterzeichnenden) fordern die Landesbildstelle Hamburg auf, den Film „Christian und sein Briefmarkenfreund" aus dem Programm zu nehmen.
– Dieser Film verstärkt durch seinen Aufbau, insbesondere durch die eingesetzten filmischen Mittel v.a. bei Jugendlichen „verbreitete Vorurteile gegen Homosexuelle" (1).
– Die diffamierende Wirkung des Films wird dadurch verstärkt, daß dies der einzige Film im Angebot der Bildstelle ist, der das Thema „Homosexualität" anreißt.

2. Wir fordern die Landesbildstelle auf, stattdessen Material in ihr Programm aufzunehmen, das das Thema „Homosexualität" auf der Basis seriöser wissenschaftlicher Erkenntnisse darstellt.

(1) Zitat aus dem Beiblatt zum Film, das Aufkommen von Vorurteilen soll angeblich durch eine Nachbesprechung des Films aufgefangen werden können.

**Unterschriften bitte an:
Klaus Schmidt
Neuer Pferdemarkt 19
2000 Hamburg 6
Tel.: 040/ 430 08 48**

## Presseerklärung des 2. Pfingsttreffens schwuler Lehrer

Vom 6.-8.6.81 organisierten Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft homosexueller Lehrer und Erzieher in der GEW Berlin dieses Treffen.

*„Das Bekanntwerden der Homosexualität eines Lehrers oder Erziehers darf für den Dienstherrn kein Anlaß für dienstrechtliches Vorgehen sein. In Bildungsplänen, Rahmenrichtlinien und amtlich genehmigten Unterrichtsmaterialien ist die Diskriminierung der Homosexualität als Perversion oder Krankheit zu unterlassen."*

Dieser Beschluß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wurde begrüßt von den 80 Teilnehmern...Die überwiegend in der GEW organisierten Lehrer werden sich in ihren jeweiligen Landesverbänden dafür einsetzen, diese Positionen gegenüber den Kultusbehörden zu vertreten und durchzusetzen.

Die Teilnehmer waren sich einig, daß die derzeit von den Verleihorganisationen angebotenen Unterrichtsfilme zum Thema Homosexualität wissenschaftlich unhaltbar und pädagogisch unbrauchbar sind und aus dem Verkehr gezogen werden müssen. Ebenso müssen die anderen für den Gebrauch an Schulen zugelassenen Lehrbücher und Unterrichtsmaterialien einer Überprüfung unterzogen werden, die sich an den Erkenntnissen der neueren Sexualwissenschaft zu orientieren hat.

Im Erfahrungsaustausch über die Ängste von schwulen Lehrern wurden Verhaltensmöglichkeiten aufgezeigt, diese zu überwinden.

Die Versammlung protestierte gegen das Berufsverbot für den Pfarrer Klaus Brinker, Hannover, das mit dessen Homosexualität begründet wurde.

Ein drittes Treffen schwuler Lehrer wurde für 1982 ins Auge gefaßt.

**Kontakt: Rainer, Hamburg – Tel.: 040/2802924 oder Detlef, Westberlin – Tel.: 030/8832301**

### Christopher-Street-Day in Westberlin

Unter Parolen wie „Lieber onanieren, als für den Staat marschieren" oder „Jeder übergibt sich beim Hundertfünfundsiebzig" demonstrierten am 27.6. etwa 1.500 - 1.800 (letztes Jahr 1.000) Schwule und Lesben gegen Diskriminierung und für das Recht auf Selbstbestimmung. Aufgerufen hatte diesmal ein breites Spektrum: AHA, Jusos, ADS-FU, Falken, Alternative Liste, KB, AK Homosexualität der FDP, DSAP, AG homosexueller Lehrer der GEW, AStA FU, Lesbisch-schwule Schülergruppe und noch einige mehr.

Begleitet von je drei Mannschaftswagen der Bullen vorn und hinten ging die Demo über den Kudamm bis zum Großen Stern. Die am Rande zahlreich verteilten Flublätter fanden reges Interesse. Am Abend gab es in der vollkommen überfüllten FU-Mensa eine Fete mit der Theatergruppe „Rosa Kitsch" und einer New-Wave-Lesbenband aus New York.

## Schwulen-Demo in Darmstadt

*„Denkt einmal an eure Gefühle und Reaktionen, wenn euch jemand gegenübersteht, der schwul bzw. lesbisch ist, oder daran, mit welchen Wertungen Nachbarn und Bekannte über Schwule reden. Die gesellschaftliche Ächtung läßt sich nicht übersehen. Deshalb wollen heute noch die meisten Schwulen unerkannt bleiben, um dem Psychoterror ihrer Umwelt zu entgehen, oder um nicht noch ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Außerdem macht es der Paragraph 175 immer noch möglich, daß Volljährige kriminalisiert werden, wenn sie eine Beziehung zu einem Unter-achtzehnjährigen haben. Die Minderjährigen können auch kein vernünftiges Verhältnis zu sich entwickeln, wenn eine mögliche Form ihres Sexualverhaltens vom Staat verboten ist und von manchen Eltern so extrem abgelehnt wird, daß sie sich wünschen, ihr Kind hätte lieber Mord begangen, statt schwul zu sein"* (aus dem Aufruf der Schwulengruppe Darmstadt).

Um *„ den Leuten zu zeigen, daß es uns gibt, und daß wir offensiv für unsere Lebensform eintreten"*, fand am 27.Juni in Darmstadt eine Demonstration mit rund 300 Menschen statt.

Anlaß war der Christoper Street Day, an dem sich vor rund 12 Jahren in New York Schwule und Lesben heftig gegen ihre Diskriminierung und Verfolgung zur Wehr setzten. Gut eineinhalb Stunden zog sich der bunte Zug durch die Innenstadt, nachdem es vorher auf dem Marktplatz zu teilweise heftigen Diskussionen und Auseinandersetzungen mit „empörten Bürgern", aber auch aktiven Darmstädter Alt- und Neonazis kam. Diesen gelang es zum Teil, an die 80 Leute um sich zu scharen, durch ihre teils offen faschistischen Provokationen gegenüber den Homosexuellen. Erst als unter den recht zahlreichen Auswärtigen bekannt wurde, daß es sich um aktive Darmstädter Faschisten handelte, wurden die ‚Diskussionen' abgebrochen.

Am Abend fand im ‚Schloßkeller' ein Fest statt. Es blieb das Gefühl, daß diese Aktion nicht die letzte in Darmstadt bleiben sollte.

**KB-Gruppe Darmstadt**

# Ein »Toter« packt aus

# Hoffmann & Co. endlich im Knast

**Als vor wenigen Wochen Generalbundesanwalt Rebmann die Ermittlungsakte „Attentat auf dem Münchner Oktoberfest" offiziell schließen ließ, bemerkte er hierzu: Man wisse nichts genaues, außer, daß Gundolf Köhler am Attentat beteiligt gewesen sei. Ob er allein gehandelt oder Mittäter gehabt habe, lasse sich aus den Ermittlungsergebnissen nicht eindeutig entnehmen.**

**Nur wenige Wochen nach diesem klammheimlichen Abschluß der Ermittlungen im seit 36 Jahren schwerwiegendsten Fall von Nazi-Terrorismus in der BRD hat die Aussage eines schon vor Monaten für „tot" erklärten Nazis, der sich nun wohl als Kronzeuge Strafmilderung erhofft, nicht nur dazu geführt, daß „Wehrsportgruppen"-Chef Hoffmann und seine Freundin Franziska Birkmann verhaftet wurden, sondern darüber hinaus auch zu einer Wiederaufnahme der Ermittlungen zu München. Alles, was in den letzten Wochen an „Enthüllungen" und neuen Funden bekanntgeworden ist, bestätigt nur diejenigen, die nie an die These vom „Einzeltäter" Gundolf Köhler geglaubt haben, und weist unübersehbar in Hoffmanns Richtung.**

**Ob die westdeutschen Ermittlungsbehörden jetzt damit anfangen, die offenen Enden der vielen Spuren zusammenzuknoten, das steht nach den Erfahrungen mit ihrer bisherigen Praxis allerdings auf einem anderen Blatt.**



### Was ist passiert?

Am 15. Juni meldeten sich die Neonazis Odfried Hepp, Peter Hamberger und Hans-Peter Fraas bei der Beiruter BRD-Botschaft, erklärten ihre Bereitschaft, über die Umtriebe Hoffmanns auszusagen, und ließen sich von dort aus per Flugzeug nach Frankfurt/Main bringen. Hoffmann, der offenbar davon erfahren hatte, wurde am 17. Juni in Frankfurt auf dem Flughafen verhaftet, als er versuchte, von dort in den Libanon zu gelangen. Wenige Tage später wurde auch Hoffmanns „Lebensgefährtin" Franziska Birkmann, Besitzerin des Banden-Stützpunkts Schloß Ermreuth, verhaftet.

Zumindest Hoffmann wird beschuldigt, nach Auflösung seiner „Wehrsportgruppe" (WSG) erneut eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben. Als Gründungstermin wird etwa Mai 1980 gehandelt.

Durchsuchungen des Schlosses Ermreuth förderten in den nächsten Tagen Erstaunliches zutage: 3 kg TNT (Tri-Nitro-Toluol, ein hochbrisanter Sprengstoff), jede Menge gefälschter US-Dollar-Noten sowie fotografisches Gerät, das durchaus als Teil einer Geldfälscher-Werkstatt hat dienen können. Was darüberhinaus in diversen, von Hepp angegebenen Höhlen in der Umgebung ans Tageslicht gefördert wurde, ist bisher nach unseren Informationen von der Polizei noch nicht bekanntgegeben worden. Auf alle Fälle müssen die Hinweise der drei so detailliert gewesen sein, daß Spezialisten des BKA sogar mit Preßlufthämmern frisch gegossenen Beton auseinandernahmen, um Beweismaterial zu sichern.

Bei Hoffmann selbst wurden neben einem Tonband mit einem arabischen Sprachkursus Pläne für weitere Attentate gefunden: Ein Anschlag auf die Beiruter UNO-Vertretung, auf einen Nürnberger Staatsanwalt sowie auf US-Militärlager in der BRD.

Die hektische Aktivität der westdeutschen Ermittlungsbehörden anläßlich dieser Funde kann aber nicht darüberhinwegtäuschen, daß gerade sie am besten über die Umtriebe Hoffmanns seit dem Verbot der WSG im Januar 1980 informiert gewesen sein müßten und somit am wenigsten Grund zu ihrem nach außen zur Schau gestellten Erstaunen haben. Immerhin wußten sie ja nachweislich Bescheid über:

- Hoffmanns Waffengeschäfte mit dem Libanon;
- seine Anhänger, die seine Waffentransporte ausführten und im Libanon blieben, um sich militärisch ausbilden zu lassen;
- Hoffmanns Besuche im Libanon, wo er seine Anhänger – zum Teil steckbrieflich gesuchte Nazis – instruierte;
- Hoffmanns Verwicklungen in den Mordfall Levin/Poeschke, wo am Tatort eine Brille von Franziska Birkmann gefunden worden war, und wo nach neuesten Informationen die tödlichen Kugeln aus ehemals zugeschweißten Maschinenpistolen abgefeuert wurden, wie sie auch bei Hoffmann („unbrauchbar gemacht" – daher „keine Kriegswaffen"!) gefunden worden waren.

Es spricht für Hoffmanns Einschätzung der Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden, daß er trotz dieser in jüngster Zeit bekanntgewordenen Fakten völlig unbesorgt seine kriminellen Geschäfte offenbar vom eigenen Schreibtisch aus führte und auf große Tarnung keinen Wert legte. Und es spricht gegen dieselben Behörden, wenn sie erst aufgrund des „Geständnisses" eines Nazis, der offenbar die dauernde Existenz im Untergrund und an der Front für bedrohlicher angesehen hat als das Verbüßen einer Gefängnisstrafe in der BRD (zudem als Kronzeuge mit Strafmilderung ?), sich gezwungen sehen, einzuschreiten.

### Der Libanon – Operationsbasis der Nazi-Terroristen

Geradezu genüßlich wird in der einschlägig interessierten Presse die Story breitgetreten, Hoffmanns Anhänger hätten sich im Libanon mal bei den dortigen Faschisten, mal bei der PLO (Al Fatah oder obskuren Gruppen) in Lagern ausbilden lassen. „Bild am Sonntag" verstieg sich sogar zu der Behauptung, die Hoffmann-Bande würde von Ghaddafi finanziert (als ob d e r Dollars fälschen müßte) und würde ihre neuen Pläne in dessen Auftrag schmieden. Nach Aussage des Nazis Hepp sollen sowohl die Falange als auch die PLO je zwei WSG-Leute präsentiert haben, die jeweils unterschiedliche Versionen über Aufenthalt und Treiben der westdeutschen Nazis im Libanon abgegeben haben sollen.

Tatsache ist, daß seit dem Verbot der WSG der Libanon zum Treffpunkt des westdeutschen Nazi-Terrorismus geworden ist:

**Odfried Hepp**
aus Ortenau, ehemaliger Funktionär des „Bund Heimattreuer Jugend", Führer der Baden-Württembergischen „Wehrsportgruppe Schlageter/Ortenau" (bei Offenburg). Bei der Aufdeckung dieser Bande 1979 wurde nicht nur militärisches Gerät und Waffen sowie konkrete Pläne für diverse Anschläge gefunden, sondern auch ein Organisationsplan der Abteilung BadenWürttemberg der Hoffmann-Bande. Zusammen mit seinen engsten Mitstreitern in der „WSG Schlageter", Peter Hamberger, Kay Uwe Bergmann und Steffen Dupper, verschwand Hepp vor Beginn seines Prozesses im Sommer 1980 aus der BRD. Es deutet viel darauf hin, daß die vier im Juli 1980 einen Hoffmann-Konvoi in den Libanon bringen wollten und damals an der Grenze nach Österreich zurückgewiesen wurden. Von sich reden machte das Quartett, als n a c h dem Münchner Attentat bekannt wurde, daß sich die vier wenige Tage vor dem Anschlag auf der Beiruter Botschaft Pässe und Geld für die Heimreise beschafft hatten, seitdem aber als verschwunden galten. Im letzten Herbst vermeldete dann der „Spiegel", die vier seien vermutlich zwischen den Fronten der „rivalisierenden Gruppen" im Libanon ums Leben gekommen. Viel interessanter aber ist die Tatsache, daß Hepps Name im Notizbuch des beim Münchner Anschlag ums Leben gekommenen angeblichen Alleintäters Gundolf Köhler gestanden hat.

ums Leben gekommen. Viel interessanter aber ist die Tatsache, daß Hepps Name im Notizbuch des beim Münchner Anschlag ums Leben gekommenen angeblichen Alleintäters Gundolf Köhler gestanden hat.

**Walter Ulrich Behle**
Auf ihrer Pressekonferenz Ende Juni präsentierten die Faschisten des Libanon, die Falange, den WSG-Aktivisten Walter Ulrich Behle, der dort die PLO beschuldigte. Behle, aus Nordrhein-Westfalen und seit 2 Jahren bei der Hoffmann-Bande, hatte am 25. September 1980 das Haus seiner Eltern verlassen und war mit weiteren Nazis mit Militärgerät Richtung Libanon gefahren. Am Samstag, dem Tag nach dem Münchner Anschlag, gehörte Behle zu den 6 WSG-Anhängern, die an der österreichischen Grenze festgenommen worden waren, am Sonntag aber schon wieder auf freiem Fuß waren. Gemeinsam mit Behle wurde Uwe Johann Mainka (ebenfalls Ende September 1980 kurzfristig inhaftiert) von der Falange auf einer Pressekonferenz vorgestellt. Unklar ist das Schicksal von Michael Dupper, der noch im Herbst zusammen mit Hepp auf der Botschaft erschienen war. Was Kay-Uwe Bergmann anbelangt, so wird vermutet, daß dieser wegen verschiedener Fluchtversuche und „Befehlsverweigerung" von seinen Nazi-Freunden umgebracht worden ist. Insgesamt sollen ca. 18 WSG-Nazis im Libanon gewesen sein, darunter auch Arndt Marx, Hoffmanns Stellvertreter in Frankfurt, der ebenfalls kurz nach dem Münchner Attentat aus der BRD verschwand.

Marx führte in Frankfurt die offizielle Außenstelle der „WSG-Hoffmann" („WSG-Sturm 7") und pflegte intensivsten Kontakt zu dem Frankfurter Nazi Frank Schubert („Volkssozialistische Bewegung Deutschlands"), der am 24.12.80 zwei Schweizer Grenzbeamte erschoß. Marx wie Schubert und auch Hepp wohnten jeweils vor ihrem „Untertauchen" in Richtung Libanon bzw. ihrem Tod bei Kurt Müller, dem Führer der Mainzer „NS-Kampfgruppe Müller" („Tat", 23.1.81), einem Veteranen des nazistischen Bandenwesens.

Vor diesem Hintergrund muß an die Aussage Hoffmanns erinnert werden, der u.a. nach dem Verbot der WSG im Januar 1980 offen erklärt hatte: es gehe weiter, wenn nicht in der BRD, dann eben im Ausland, und es werde „viel unangenehmer" werden. Wie die „Tat" berichtet, soll Hoffmann sich im Libanon selbst sogar offen zum Münchner Attentat bekannt haben. „Das waren wir!".

### Wer sind die Helfer?

Trotz offenbar großzügiger Aufnahme durch befreundete Gruppen wäre die Hoffmann-Bande im Libanon wohl kaum existensfähig gewesen, hätte Hoffmann wohl kaum seinen einträglichen Waffenhandel betreiben können, wenn nicht in der BRD nach wie vor ein weitverzweigter, gut funktionierender Unterstützerkreis vorhanden wäre. Genannt worden ist in diesem Zusammenhang die Organisation des Hamburger Neo-Nazis Udo Albrecht, der gerade eine Haftstrafe wegen Bankraubs absitzt, und in dessen Fußstapfen Hoffmann getreten ist. Albrecht hatte schon vor zehn Jahren angefangen, Waffen nach Nahost zu liefern (u.a. angeblich auch an die PLO), und war in der BRD stets eine gute Adresse für Nazi-Aktivisten. 1975 wurden vier Nazis in Jugoslawien festgenommen, als sie für Albrecht Waffen transportierten. Unter den damals Festgenommenen waren **Eckhard Weil** (u.a. verurteilt wegen seines Mordanschlags auf sowjetische Wachsoldaten in Westberlin), **Günter Bernburg** (NSDAP-Aktivist aus Westberlin) und **Gunnar Pahl** („Reichsleiter" der „NSDAP") und ebenfalls – wie später Marx, Schubert und Hepp – Logiergast der Mainzer Müller-Bande. Ebenfalls zu den alten Bekannten Albrechts gehört **Willi Wegener**, in dessen Hamburger Wohnung er sich 1975/76 verstecken konnte (Anschlag auf das Göttinger „polibula"), und der kürzlich im Zusammenhang mit dem Hamburger Feme-Mord erneut in Haft genommen wurde.

Mitarbeiter Albrechts – so der „Spiegel" – haben nach Albrechts Inhaftierung zusammen mit Hoffmann die Libanon-Geschäfte weitergeführt.

Die heute im Libanon agierende Bande stellt offenbar nur den militantesten und teilweise in der BRD mit Haftstrafen bedrohten Teil der BRD-Nazi-Szene, speziell der Hoffmann-Anhänger, dar. Allein schon durch die Personen bestehen Verbindungen insbesondere zu der alten Hoffmann-Bande (die WSG hatte bis zu 600 Mitglieder), zu der Frankfurter Bande um die VSBD, zur NS-Kampf-Gruppe Müller in Mainz und – durch frühere gemeinsame Lager und Trainingsfahrten – zur norddeutschen Szene um die ANS (Hansa-Bande), die erst kürzlich durch den Feme-Mord in Hamburg von sich reden machte.

Wer nun gedacht hätte, die Festnahme Hoffmanns würde der Auftakt für weitere Maßnahmen gegen Nazi-Terroristen und ihre Helfer sein, sieht sich bis heute getäuscht. Doch w u n d e r n sollte man sich über diesen „Sturm im Wasserglas" nicht: Alles, was nun als „sensationelle" Funde präsentiert wird, sind im wesentlichen alte Klamotten. Das wirft ein bezeichnendes Bild auf die Praxis der „Ermittlungen" gegen Nazis.

Entsprechenden Willen vorausgesetzt, hätte der sich um Hoffmann gruppierende T e i l der Terror-Szene schon längst unschädlich gemacht werden können. Und dazu hätte es nicht einmal das Geständnis eines Odfried Hepp bedurft.

Vielmehr scheint alles darauf hinauszulaufen, daß die zuständigen Stellen das überraschende Absetzmanöver der drei Nazis Hepp, Fraas und Hamberger dazu nutzen, erneut der staunenden Öffentlichkeit „antifaschistischen Erfolg" vorzuführen, und gleichzeitig weiter darauf zu verzichten, effektive Schritte gegen die Nazi-Szene zu unternehmen, die vor allem auch in Nachahmung des Hoffmann-Modells vielerorts entstanden ist.

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

Hoffmann bei »den

# Hoffmann bei »den Palästinensern«?

## Anmerkungen zu Neonazis und ihren arabischen Freunden

**Mutmaßungen über „palästinensische" Kontakte zur braunen Szene der BRD sind so vielfältig wie unbestimmt. Während bei CDU/CSU und Springer (auf der Spur immer neuer KGB-Umtriebe) die Variante besonders beliebt ist, hinter den westdeutschen Neonazis stecke Libyen (zuletzt wieder „Bild am Sonntag", 28.6.81: „Die rechtsradikale 'Wehrsportgruppe Hoffmann' sollte für Libyens Staatschef Ghaddafi amerikanische Atomsprengköpfe klauen"), werden sonst nur unbestimmt „die Palästinenser" oder „die PLO" als Ausbilder, Financiers usw. genannt.**

**Dabei sind die Beweise mehr als dürftig. Da werden dubiose Geheimdienstler zitiert (im Ghaddafi-Fall der „BamS" „zwei ehemalige Mitarbeiter des .. CIA" nebst bundesdeutschem Verfassungsschutz plus „befreundeter Dienste"); da wird in gleichem Atemzug von „den Palästinensern" und „dem Libanon" gesprochen (und die faschistische Falange – „die Christen" – gleich mit zu „den Palästinensern" gezählt); da wird mit Generalklauseln operiert wie „die arabische Krisenzone" sei halt allemal „ein heißes Pflaster" („Spiegel" 27/81) – soll heißen: „denen" (vor allem „den Palästinensern") ist eben alles zuzutrauen, warum dann nicht auch Zusammenarbeit mit Neonazis.**

**Die konkrete Verflechtung von westdeutschen Neonazis mit sympathisierenden arabischen Kräften wird auf diese Weise eher vernebelt. Die fortwährende Behauptung der Kooperation etwa der PLO – oder Teile von ihr – mit rechtsextremen Waffenhändlern, Nazi-Aktivisten etc. – ist eine zweite Frage, die nach dem Münchner Bombenanschlag und in der Presse lancierten Meldungen über das Training von Hoffmann-Leuten bei der PLO von der PLO eindeutig dementiert wurde. Neue Angaben, etwa daß die PLO/Al Fatah Geschäftskontakte (Waffenhandel) zu dem Rechtsradikalen Udo Albrecht unterhalten habe (laut „Spiegel" 27/81), werden zu klären sein.**

**Die braune Spur der Beziehungen zwischen (west)deutschen Faschisten und arabischen Rechtsextremen läßt sich jedenfalls deutlich zurückverfolgen und steht außer jedem Zweifel.**

### Nach 1945: Nazi-„Kolonie" in Ägypten

Bereits die seit 1945 auf der Flucht befindlichen Nazis fanden arabische Freunde; eine zentrale Figur war dabei der seit 1946 in Kairo ansässige Hadschi Amin al Hussein, Großmufti von Jerusalem und symbolisches Oberhaupt „aller Palästinenser". Vor 1945 war er zuerst in Berlin, später in Frankreich als Nazi-Propagandist tätig.

Kairo entwickelte sich zunehmend als Nahost-Refugium für allerlei Nazi-Flüchtlinge. Diese Szene entwickelte sich schon unter König Faruk, entfaltete sich voll aber erst unter seinem durch Putsch 1953 an die Macht gekommenen Nachfolger, Gamal Abdel Nasser. An diesem Putsch waren rechtsextreme Organisationen wie die „Moslem-Bruderschaft" und die aggressiv-antijüdische „Misr al-Fatat" bzw. „Islamische Nationalpartei" (später: „Sozialistische Partei") des Ahmed Hussein beteiligt, angeblich unter Mitwirkung von deutschen „Beratern". Unter Nasser rückten ehemalige Nazi-Wehrmacht-Offiziere, SS'ler und Gestapo-Kader scharenweise in die Expertenstäbe der ägyptischen Polizei, Armee und des Propagandaapparates ein.

Vielleicht der prominenteste Fall war der des Professors Johann von Leers, der bis zu seinem Tod Anfang der 60er Jahre Nassers Berater für anti-jüdische Propaganda war. Leers war zuvor engster Mitarbeiter von Goebbels gewesen und setzte seine antisemitische Hetze unter ägyptischen Bedingungen ungeniert fort; u.a. stammt aus seinem Mitarbeiterstab die arabische Ausgabe von „Mein Kampf". Zu dieser Zeit gehör-

Fortsetzung nächste Seite



WSG-Anhänger Mainka und Behle bei der Falange im Libanon. Rechts ein libanesischer Faschist.

# Hamburg: Nachschlag gegen Anti-NPD-Kundgebung vom 17.6.

Nicht zu fassen. Eine Woche nach der Anti-NPD-Kundgebung vom 17. Juni am Bismarckdenkmal in Hamburg, wo ca. 15oo Demontrantinn/en mit einer spontanen Besetzung der Denkmalgegend und einem anschließenden Zug durch Hamburg die genehmigte Durchführung des „Deutschlandtreffens" der NPD verhinderten, flatterte einem der Polizei bekannten Sprecher eine polizeiliche Vorladung ins Haus wegen „Verdacht des Vergehens gegen das Versammlungsgesetz." Konnte mensch das noch für einen verspäteten Aprilscherz eines überdurchschnittlich langsamen Bürokraten der Abteilung FD 7 im Hamburger Polizeihochhaus halten, so wurde mensch eine Woche später eines besseren belehrt: Als nämlich einem weiteren der Polizei bekannten Sprecher der Kundgebung ein ebensolches Schreiben ins Haus flatterte. Offenbar scheint die Polizei des Herrn Pawelczyk es ernst zu meinen ?

Wahrlich ein Paradebeispiel der Liberalität der Hamburger SPD ! Angesichts des gerade beginnenden Kirchentages am 17. Juni ließ Pawelczyk die spontane Kundgebung am Denkmal, sowie den ebenso spontan beschlossenen Zug zur Moorweide von nur einem Peterwagen überaus zuvorkommend eskortieren. Nicht ein „böses Wort" fiel seitens der Polizei, nicht ein Hinweis auf eine angebliche Strafbarkeit der Kundgebung und des anschließenden Zuges erfolgte. Eigentlich fehlte nur der bekannte Rote Teppich, um das Demonstrieren so richtig angenehm zu machen – bloß waren wohl alle verfügbaren Teppiche bereits für die Herren Schmidt und Apel, die Starredner des Kirchentages, reserviert.....

Nun aber – kaum ist das Interesse der Öffentlichkeit von Hamburg etwas abgeblendet, schlägt unter der liberalen Tünche das schmuddelige Grau-Schwarz der Hamburger Sozialdemokraten wieder durch. Offenbar soll – auch hierin dem bayerischen Modell folgend – der Spielraum für spontane Proteste durch nachträgliche Kriminalisierung eingeengt werden, so wie jetzt in München zwei Leute verurteilt wurden, weil die vier Tage nach dem Münchner Attentat eine nicht angemeldete Kundgebung durchgeführt hatten.

Wir fordern die Hamburger Staatsanwaltschaft auf, die Ermittlungen gegen die beiden willkürlich Beschuldigten fallenzulassen.

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

Forts. von d. letzten S.

te die Nazi-Parole von der „6-Millionen-Lüge" zur offiziellen ägyptischen Regierungsmeinung. (Minister Sulfikar Sabry im ägyptischen Parlament: *„Die Nazis haben niemals 6 Millionen Juden vernichtet, noch nicht einmal eine Million. Hitler gestattete Juden, bei Zahlung einer bestimmten Summe, auszuwandern. Was die ärmeren Juden betrifft, schickte er sie in Lager, um mit den zionistischen Führern verhandeln zu können und die Finanzen und Materialien zu bekommen, die er für die Fortführung des Krieges benötigte"* „Le Monde, 5.5.62).

Ebenfalls unter Nasser wurde die „deutsche Kolonie" um ehemals führende Nazi-Rüstungsfachleute bereichert, die – so Eugen Sänger, Wolfgang Pilz usw. – ägyptische Raketen und – so Messerschmitt usw. – ägyptische Kampfflugzeuge bauten. (Aus der Sänger/Pilz-Mannschaft ist mittlerweile die Raketenfirma OTRAG hervorgegangen.)

Übrigens: Nassers Nachfolger, der heutige Präsident Sadat, war in jungen Jahren Mitglied der pro-nazistischen Partei des erwähnten Ahmed Hussein.

## „Deutsch-arabische Freundschaft" und ...

Ägypten als Angriffspunkt der alten Kolonialmächte (England/Frankreich: Suezkrieg) und als eins der unmittelbar mit Israel konfrontierten Länder (Gaza-Streifen usw.) war zu der Zeit tonangebend, wenn es um „arabische Interessen" ging. Diese nach außen zu vertreten, war im übrigen Aufgabe der Arabischen Liga, in der Ägypten ein gewichtiges Wort mitzusprechen hatte. Die ersten Aktivisten der sich aufbauenden Nazi-Szene in der BRD nach 1945 wußten deshalb genau, an wen sie sich bei ihren Bemühungen um die „deutsch-arabische Freundschaft" zu wenden hatten. Als Egon-Arthur Schmidt, Ex-Goebbels-Mitarbeiter, 1952 eines der ersten einschlägigen Treffen – mit dem Ziel, eine „Deutsch-Arabische Liga" zu gründen – veranstaltete, waren Repräsentanten der Arabischen Liga sowie der Konsulate Ägyptens und Syriens zur Stelle.

1953 wurde tatsächlich eine „Deutsch-Arabische Freundschaftsgesellschaft" gegründet, deren Vorsitz Ex-Luftwaffen-General Theo Osterkamp übernahm. Ähnliche Ansätze wurden von Anhängern der Otto-Strasser-Richtung („Deutscher Sozialismus") gemacht; so wurde 1956 eine „Deutsch-Arabische Gesellschaft" in Weinheim aus der Taufe gehoben (zweiter Vorsitzender: der in verschiedenen rechtsextremen Organisationen heimische Ex-Strasser-Mann Otto-Karl Düpow), die sich besonders durch anti-israelische, gegen deutsche Wiedergutmachungsleistungen an Israel gerichtete Propaganda mit ausgeprägt „nordischem Weltbild" hervortat.

Von Düpows DAG gingen Bestrebungen aus, die damals zahlreich sprießenden Arabien-Sympathisanten im rechten Lager zu vereinigen. Zu ihrem Vereinigungs-Kongreß 1957 waren nicht weniger als 25 solcher Gruppen eingeladen. (Es erschienen allerdings weniger.) Die ägyptische Botschaft und das Sekretariat der Arabischen Studenten schickten Beobachter. Die Arabische Liga wahrte gegenüber der braunen Szene offiziell Distanz. Allerdings sah sich der Chefpräsident der Liga in der BRD, Hassan A. Fakoussa, nicht gehindert, auch mal bei einem rechtsextremen Zirkel wie Karl-Heinz Priesters „Europäischer Sozial-Bewegung" einen Vortrag zu halten.

## ... NSDAP-Propaganda

Diese Anfangszeit des „deutsch-arabischen" Rechtsextremismus führt unmittelbar in die heutige militante Neonazi-Szene. Die Weinheimer „Deutsch Arabische Gesellschaft" löste sich – nachdem die Vereinigung gescheitert war – 1958 zugunsten der gleichnamigen Gesellschaft in Westberlin auf. Dort hatte sich schon eine Zeit lang ein ehemaliger HJ-Funktionär betätigt, der sich im übrigen in einer ganzen Reihe rechter Parteien und Gruppen umsah, bis er in Heidelberg, später in Frankfurt, seinen eigenen Zirkel aufbaute: Erwin Schönborn. Seine Übersiedlung von Westberlin nach Heidelberg signalisierte im Herbst 1956 die Gründung einer eigenen „Deutsch-Arabischen Gemeinschaft". Diese existiert bis heute als einer der zahlreichen Vereine unter Schönborns Leitung, eingegliedert in seine „Aktionsgemeinschaft Nationales Europa". Schönborn gehört mit Nazi-Anwalt Roeder („Deutsche Bürgerinitiative"; „Deutsche Aktionsgruppen") und Thies Christophersen („Auschwitz-Lüge") zu den propagandistischen Ziehvätern der neuen NSDAP-Umtriebe seit den 70er Jahren, einschließlich solcher Terrorbanden wie ANS (Hansa-Bande), NS-Kampfgruppen etc. Noch mit einem seiner jüngsten Unternehmen, dem Blättchen „Grüne Korrespondenz", hat Schönborn sein arabisches Faible wieder aufgefrischt – grün ist bei ihm sowohl Umweltschutz-Signal für die „grüne, arabische Revolution", weshalb als Mitarbeiter auch ein „Palästinenser" aufgeführt wird.

## Braune Spur seit Jahren

Die militante Nazi-Szene der BRD muß sich angesichts solcher langjähriger Bemühungen nicht überanstrengen, um Kontakte zu Helfershelfern in arabischen Ländern zu finden.

– Es wundert deshalb auch nicht so sehr, daß sich als Rechtsanwalt für die Attentäter des „Schwarzen September" (bei der Münchner Olympiade 1972) ein ausgesprochen der rechtsextremen Szene zugehöriger Mann wie RA Schöttler, Recklinghausen, zur Verfügung stellte, der ansonsten vor allem durch seine juristischen Aktionen zugunsten Ustascha-verdächtiger kroatischer Terroristen bekannt ist. (Weshalb die „Schwarze September"-Gruppe gerade diesen Anwalt nahm, läßt sich freilich nicht ohne weiteres sagen).

– Auch daß der Nazi-Propagandist Roeder auf seiner Flucht vor dem BRD-Knast sein Heil, d.h. propagandistische und materielle Unterstützung nicht nur im Iran Khomeinys, sondern auch im Libanon gesucht hat (wohin er, von England kommend, via Schweden flog), bedarf keiner langen Erklärung.

– Die Waffen- und Söldner-Umtriebe der Hoffmann-Truppe im Libanon (genau wie die Umtriebe anderer Nazis: so des beim BHJ gern gesehenen Udo Albrecht – „Hilfscorps Afrika" –; so der Nazi-Aktivisten G. Pahl, E. Weil usw., die 1975 auf dem Weg in den Libanon festgehalten wurden) bewegen sich erklärtermaßen in seit langen Jahren eingefahrenen Gleisen.

Statt das undankbare Geschäft zu betreiben, hieraus einen erneuten „Beweis" für den Zusammenhang „rechten und linken Terrors" zu fabrizieren, wäre es erforderlich, diesen Strang internationaler brauner Kontakte vollständig aufzudecken. Zumindest der bundesdeutsche VS jedoch läßt dazu höchste Unlust verlautbaren (siehe „Spiegel" 27/81). (Angaben zu den 50er/60er-Jahren nach Tauber, Beyond Eagle and Swastika, und del Boca/Giovana, Fascism Today.)

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

# Wieder Knast für Schönborn



Schönborn, 17.6.1981

Seinen zweiten Knastaufenthalt innerhalb seiner Jahrzehnte währenden NS-Praxis schloß Erwin Schönborn vor ca. sechs Wochen — nach acht Monaten Haft in Dieburg — ab.

War dort seine Tätigkeit auf stille Arbeit, wie u.a. Briefverkehr mit dem ebenfalls einsitzenden Hansa-Banden Chef Kühnen — von dem er „viel gelern" haben will — beschränkt, ging er gleich nach seiner Entlassung wieder in Aktion.

So gründete er eine „Initiative" für einen (zweifellos faschistischen) Türken, der laut Schönborn, zu Unrecht wegen Rauschgiftdelikten verfolgt würde; dem unter Nazi-Übergriffen leidenden Collektiv-Buchladen stattete er unverfroren, aber auch unerkannt seinen Besuch ab und drückte sich am 17. Juni in Frankfurt am Rande der Kundgebung „Demokratie verpflichtet" (s.AK 204) herum, wo er durch demagogische, pseudo-„grüne" Sprüche auffiel, dann aber abzog, als Antifaschisten auf ihn aufmerksam wurden.

Weitere Betätigung findet der Obernazi im fortbestehenden, brüchtigten Nazi(buch)laden, wie auch in dem sich ins Umland ausdehnende Treiben seiner Zöglinge.

Ob Schönborn den WSG-Chef Hoffmann am Tage von dessen Festnahme (17.6.) auf dem Frankfurter Flughafen verabschiedete, ist noch unbekannt; Hoffmann muß seine hessische Anhängerschaft jedenfalls „treuen Händen" übergeben haben!

Nun, am 1.7., wurde Schönborn vom Frankfurter Landgericht wegen Beleidigung und übler Nachrede gegenüber der VVN, die als Nebenkläger auftrat, und Volksverhetzung sowie der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Gesamtstrafe von 32 Monaten Gefängnis verurteilt. E n d l i c h hob ein Gericht hervor, *„daß er* (Schönborn — Anm. AK) *entscheidend zu einem geistigen Klima beiträgt, in dem von seinen Ideen beeinflußte jüngere Gefolgsleute versuchen, ihre politischen Vorstellungen mit dem Mittel der Gewalt durchzusetzen"* (FNP, 2.7.81).

Das ist wirklich eine bedeutende Aussage, da Schönborn sich für die Öffentlichkeit verbal stets stark von Gewaltanwendung distanzierte, was ihm von den Behörden bislang tatsächlich abgenommen wurde, obwohl er sich in seinem Europawahlkampf 79 und Anfang 80 vor der Frankfurter Hauptwache inmitten von Gasschießenden und Knüppelschwingenden Getreuen befand; vor und nachher hat sich diese Figur bewußt aus solchen Szenen herauszuhalten verstanden.

Da zudem immer noch der Antritt einer rechtskräftigen Strafe von sechs Monaten — die von einem Hamburger Gericht ausgesprochen wurde — aussteht, dürfte der alte NS-Propagandist doch bald wieder aus der Führerschaft herausgezogen sein (wenn's mit „rechten" Dingen zugeht . . .).

Die Frankfurter Nazi-Bande, zur Hauptsache unter dem Dach der NSDAP/AO-Gliederung „VSBD", dehnt seit einiger Zeit ihr Treiben auf Gießen, Wiesbaden, Taunus- und Wetterauorte aus. Zugleich sind Neonazi-Aktivisten in verstärkte Kontakte zu Schlägergruppen getreten, wie auch für den seit einem halben Jahr im Rhein-Main-Neckar-Raum agierenden US-amerikanischen Ku-Klux-Klan tätig geworden. Mit von der Partie sind die Anhänger Hoffmanns in dieser Gegend, was die Laberei von der angeblichen „Zerschlagung" der Hoffmann-Bande nach den jünsten libanesischen WSG-Geschichten klar widerlegt. Jedenfalls ergeben sich für die Bande(n) Führungsprobleme, die — wie einige Nachrichten besagen — Michael Kühnen durch seine Übersiedlung nach Frankfurt lösen sollte; Kühnen sollte demnach nach zweidrittel-Verbüßung seiner vier Haftjahre im kommenden Herbst entlassen werden, was aber mit seiner Verquickung in den Hansa-Feme-Mord nun doch fraglich erscheint.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

## NSDAP-Aktivist Kraus in England verhaftet

In England wurde im Juni der Münchner Neonazi Willibald Kraus verhaftet, der 1979 aus der BRD verschwunden war und gegen den seitdem Haftbefehl besteht.

Der 25jährige ehemalige Bundeswehr-Unteroffizier war lange Zeit Mitglied der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" (angeblich ist Kraus dort wieder ausgetreten). 1978 flog in München eine NS-Gruppe auf, Anführer Kraus wurde wegen Hakenkreuzschmierereien u.ä. zu 10 Monaten auf Bewährung verurteilt. Seit seiner „Flucht" aus der BRD war der Aufenthaltsort von Kraus jeweils bekannt: Die englischen Nazi-Organisationen „League of St. George" und British Movement" hatten sich um Kraus gekümmert; er selbst arbeitete als Kellner in einem „Whimpy-Restaurant" in Wales und besuchte u.a. das letztjährige Treffen anläßlich der „Ijzerbedevaart" in Diksmuide (Belgien).

## Riis Knudsen neuer internationaler Nazi-Chef



P.H. Riis-Knudsen

P.H. Riis-Knudsen, in Aarhus/Dänemark ansässiger Nazi, der seit Jahren internationale Kontakte knüpft und hierzulande besonders wegen seiner Zusammenarbeit mit dem Gespann Roeder/Christophersen bekannt ist, ist neuer Chef der internationalen Nazi-Bande „World Union of National Socialists"(WUNS).

Diese bislang von den USA aus von Matt Koehl gesteuerte Organisation hat Ableger in 26 Ländern; bislang war Riis-Knudsen Europa-Chef der WUNS.

Die WUNS repräsentiert den klar hitleristisch-antisemitischen Sektor der US - und internationalen Nazi-Szene; sie verbreitet entsprechendes Schrifttum der „White Power"-Bewegung u.ä.

1979 verkündete Koehl einen Zweijahresplan, um die WUNS für „die kommende Revolution" in Form zu bringen. Im Juli 79 folgte der Aufruf zu einer Zweijahresperiode verstärkter Mitglieder-Rekrutierung. Zugleich sollten die ideologischen und propagandistischen Anstrengungen erhöht werden; die „positiven" Aspekte des Nationalsozialismus sollten stärker propagiert werden.

Ende 1981 soll ein „Aktionsplan" in Kraft treten, der bislang noch geheimgehalten wird. Klar ist immerhin: Wer sich um WUNS-Mitgliedschaft bewirbt, hat über seine militärische Ausbildung und seine Kenntnisse im Waffengebrauch Auskunft zu geben ("searchlight" 72/Juni 81).



## »Wir trauern um die Opfer der faschistischen Mörderbande!« — 800 DM Geldstrafe

Weil sie vier Tage nach dem Attentat auf dem Münchner Oktoberfest vor dem Münchener Rathaus, in dem die offizielle Trauerfeier stattfand und das von einer Menschenmenge umlagert war, ein Transparent mit der Aufschrift „Wir trauern um die Opfer der faschistischen Mörderbande" getragen hatten, wurden ein Arzt und ein Lehrer zu 800 DM Strafe verurteilt.

Das Gericht sprach diese Strafe aus, obwohl mit dem Transparent keinerlei „Störung" verbunden gewesen sei und obwohl die gesamte Versammlung vor dem Rathaus als spontane Demonstration ausdrücklich vom Gericht anerkannt worden ist. Eine Strafe sei allein deshalb auszusprechen gewesen, weil der Anschlag immerhin vier Tage zurückgelegen hätte und die beiden Angeklagten deshalb kein Recht auf eine „Kundgebung" (das soll das Mitführen des Transparentes sowie das Hochhalten einer Plakattafel gewesen sein!) ohne Anmeldung mehr gehabt hätten.

Die Anwälte der Beiden haben Rechtsmittel gegen dies Urteil angekündigt.

## NPD-Bundesparteitag 1981

Die NPD beabsichtigt, ihren Bundesparteitag in NRW durchzuführen. Sie hat in Iserlohn die Stadthalle für den 6.10. und ebenfalls für den 13.10. und 20.10. angemietet. Bisher ist vom örtlichen DGB Protest erhoben und das Verbot des Parteitages gefordert worden.

Die Dortmunder Antifa-Gruppe bemüht sich, Vorbereitungen zur Verhinderung dieser neonazistischen Provokation zu initiieren. Kontakt: Antifa-Gruppe Dortmund
c/o Langer August
Braunschweigerstr. 22
46 Dortmund 1

## Oldenburg
## Neonazis und Junge Union gemeinsam zum 17. Juni

Zum 17. Juni dieses Jahres verteilte Hartmut Heger, bekannter Neonazi an der Universität Oldenburg, zwei Flugblätter, die sich im wesentlichen mit dem Problem der „Mauer" befaßten. Interessant ist weniger der Inhalt – der wird eh oft genug genannt –, interessant ist die Liste der unterschreibenden „Organisationen" und Einzelpersonen: Da finden sich auf dem einen (das bereits im letzten Jahr ohne die Unterschriftensammlung verteilt wurde) u.a. einige Organisationsnamen, deren Oldenburger Vertreter Hartmut Heger ist; desweiteren ein „Konservativer Kulturkreis", dessen Vertreter in Wilhelmshaven, Robert Baar, sowohl Mitglied der Jungen Union Wilhelmshaven ist, als auch beste Verbindungen zur Wilhelmshavener Naziszene unterhält (ein Freund von ihm wurde wegen neofaschistischer Aktivitäten zu 1 Jahr auf 3 Jahre Bewährung verurteilt; er selbst taucht häufig zusammen mit den Wilhelmshavener Neonazis in der Öffentlichkeit auf). Als Spitze dieses Kreises steht der Ortsverband der Jungen Union Jever. – In so offensichtlicher Zusammenarbeit mit den Neonazis zeigt sich die CDU-Jugendorganisation selten.

Dig., Oldenburg

nazis in der Öffentlichkeit auf). Als Spitze dieses Kreises steht der Ortsverband der Jungen Union Jever. – In so offensichtlicher Zusammenarbeit mit den Neonazis zeigt sich die CDU-Jugendorganisation selten.

Dig., Oldenburg

## Strauß, ein (S-)tier?

Ein Prozeß gegen drei Frankfurter „Volksfrontler" wegen Klebens ihres Bundestagswahlkampfplakates, welches Strauß als schnaubenden Stier zeigt, ging — wie in ähnlichen Fällen schon in Fürth und Detmold — am 30.6.81 mit Freisprüchen aus (wir gratulieren!).



Das inkriminierte Plakat

Entgegen dem Antrag des Staatsanwaltes, der Geldstrafen von 800 bis 4000 DM verlangte, hielt die Richterin Maria von Becker das Plakat und den gewissen Zusammenhang, in den Strauß darauf mit Faschismus gebracht wird, nicht für strafwürdig.

Es sei das Wesen der Karikatur, daß sie übertreibe und verzerre, was in diesem Falle auch legitim sei, da der Karikierte *„temperamentvolle Machtpolitik mit dem Element einer gewissen Sturheit betreibt"*. Strauß selbst sei mit Tier-Vergleichen auch *„nicht gerade zimperlich"*. *„Die Ehre des Politikers Strauß, obwohl vorhanden"*, sei mit anderer Elle zu messen, als die *„anderer Politiker, die nicht so auffällige Bemerkungen machen"*. Einer Partei müsse es *„in der Demokratie möglich sein zu sagen, wir sind gegen eine Politik, die zum Faschismus führen kann"*. Die Angeklagten seien *„im berechtigten Interesse"* tätig gewesen.

Nun hab'n wir's gar amtlich — wie schön.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

# Majdanek-Angeklagte fanden milde Richter

**Als die 17. Große Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts am 30. Juni nach mehr als fünfjähriger Verhandlungsdauer die Urteile im Majdanek-Prozeß „im Namen des Volkes" verkündete, distanzierte sich die nur spärlich auf 120 Presse- und Zuhörerplätzen zugelassene interessierte Öffentlichkeit empört von diesem Richterspruch. Von den neun angeklagten Angehörigen des KZ-Kommandanturstabes Lublin/Majdanek (vier Angeklagte wurden bereits 1979 freigesprochen) wurde nur Hermine Ryan-Braunsteiner („die Stute") wegen gemeinschaftlichen Mordes in zwei Fällen zu lebenslanger Haft verurteilt. Sieben Angeklagte kommen mit zeitlich begrenzten Freiheitsstrafen zwischen drei und zwölf Jahren wegen gemeinschaftlicher Beihilfe zum Mord davon. Heinrich Groffmann wurde freigesprochen (siehe Kasten). Die Urteile liegen erheblich unter den Anträgen der Staatsanwaltschaft — damit stellt sich das milde Urteil im Majdanek-Prozeß in die unrühmliche Tradition der westdeutschen Justiz bei der Verurteilung von NS-Verbrechern.**



Majdanek-Schweigemarsch in Düsseldorf: Ein ehemaliger KZ-Häftling und ein Bundeswehrsoldat gingen bei der Demonstration voran

### Urteil nicht im Namen des Volkes

Seit dem Urteilsspruch reißen die Proteste im In- und Ausland nicht ab: Schärfsten Protest erhob die Jüdische Gemeinde in Berlin gegen das „Fehlurteil". *„Nicht einmal im Ansatz habe die mitleidlose Ermordung von 250000 Menschen ihre gerechte Sühne gefunden"* (FR, 1.7.81).

Für den Arzt Jan Nowack, der 1977 als erster polnischer Zeuge in Düsseldorf ausgesagt hatte, war das Urteil „ein Schock". *„Wir sind nicht einverstanden mit solch geringen Urteilen"*, sagte Nowak, denn die Angeklagten *„sind Mitglieder einer mörderischen Organisation gewesen"* (SZ, 1.7.81).

Der Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing sieht den eigentlichen Skandal darin, daß das Verfahren erst jetzt stattgefunden habe. *„Keine Regierung, nicht einmal die sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen hätten besonderen Eifer bei der Aufklärung von NS-Verbrechen gezeigt. Besonders die nordrheinwestfälische Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Köln sei offensichtlich eine Stelle zur Verhinderung von Aufklärung. Seit 20 Jahren ermittle die Stelle ohne sichtbares Ergebnis über*

*hätten besonderen Eifer bei der Aufklärung von NS-Verbrechen gezeigt. Besonders die nordrheinwestfälische Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Köln sei offensichtlich eine Stelle zur Verhinderung von Aufklärung. Seit 20 Jahren ermittle die Stelle ohne sichtbares Ergebnis über*

*die Konzentrationslager von Groß-Rosen in der Nähe von Breslau und Stutthof bei Danzig"* (ebenda).

Der Staatsanwalt im Eichmann-Prozeß, Gideon Hausner, bezeichnete das Urteil im israelitischen Rundfunk als eine *„Verweigerung der Gerechtigkeit und eine Beleidigung der Viertel Million Juden."* Das Gericht habe die Angeklakten *„für jeden ermordeten Juden zu wenige Sekunden Gefängnis verurteilt. In einigen Fällen habe das Gericht Haftstrafen verhängt, wie sie etwa für Diebstahl üblich seien"* (FR, 2.7.81).

Neben der DDR und der Tschechoslowakei protestierte vor allem auch Polen gegen die zu milden Urteile. Mit Ausnahme der Verurteilung der KZ-Aufseherin Hermine Ryan zu lebenslanger Haft stünden die Urteile in keinem Verhältnis zu der Schuld der Angeklagten.

Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Verteidigung kündigten Revision gegen die Urteile an. Die Angeklagten, die die Urteile gefaßt aufgenommen hatten, ließen ja schon vor Jahren an ihrem Optimismus keinen Zweifel: „Von uns sitzt keiner"! verkündeten sie dreist. Bis jetzt haben sie noch Recht behalten

**Vier Majdanek-Angeklagte verliessen in der Nacht zum Mittwoch den Düsseldorfer Schwurgerichtssaal auf freiem Fuß: Heinrich Groffmann war freigesprochen wegen nicht ausreichender Beweise. Die Haftbefehle gegen Fritz Petrick (68), Arnold Strippel (70) und Thomas Ellwanger (64) bliebei außer Vollzug. Die übrigen Verurteilten bleiben in Untersuchungshaft.**

In die allgemeine Diskussion um das Urteil mogeln sich nun auch Politiker mit heuchlerischen Forderungen, für die sie sich während des laufenden Prozessen nie ernsthaft einsetzten: Ausgerechnet der „Rechtsexperte" der SPD-Bundestagsfraktion, Alfred Emmerlich, forderte, daß die Justiz solche Großverfahren in angemessener Zeit durchführen müsse und daß die strafrechtlichen Lücken bei der Bekämpfung des Neonazismus geschlossen werden müßten. Welche Heuchelei . . .

Springers „Welt" fordert seine Leser auf, das Urteil zu akzeptieren als Preis, den der Rechtsstaat von uns fordert. Die bundesdeutsche Lügen-„Bild", die politische Gegner dieses Staates in Riesenlettern vorverurteilt, hat am Tage nach dem Urteil nur einen streichholzschachtelgroßen Platz für die Nazi-Schergen übrig.

### „Der eigentliche Mörder ist Himmler"

*„Die Angehörigen der Opfer müssen das Urteil von Düsseldorf als Schlag in ihr Gesicht empfinden: Nur ein paar Jahre Haft für zehntausendfache ‚Beihilfe' zum Mord — weil niemand die Henkersknechte bei der Arbeit beobachtet hat? Wer waren denn die Henker?"* fragt die „Hamburger Morgenpost". Das Düsseldorfer Landgericht beantwortet dies in seinem Urteil so: Die eigentlichen Mörder waren die Reichs-SS und ihr Führer Heinrich Himmler.

Der Bau des KZs Majdanek östlich der Stadt Lublin wurde auf Befehl Himmlers im Jahre 1941 begonnen.

Der besondere Schutz, den NS-Verbrecher durch die westdeutsche Nachkriegsjustiz genießen, besteht eben darin, daß — da Himmler ja nicht mehr zu belangen ist — die Ermordung von Häftlingen im Einzelfall nachgewiesen werden muß. Quälereien, die nicht zum Tode führten, sind bereits verjährt. Es genügt für die BRD-Justiz nicht, daß die Angeklagten Angehörige einer verbrecherischen Organisation waren, die systematisch und nachweislich Völkermord betrieb. Entsprechend diesem Grundsatz hat es ja auch diese Justiz fertig gebracht, nicht einen Mörder in Richterrobe zur Rechenschaft zu ziehen.

Über die Exekution von über 200 Häftlingen und sowjetischen Kriegsgefangenen im Juli 1942 und die Schuld

Fortsetzung nächste Seite

Die neun Angeklagten





### Die neun Angeklagten und die Urteile

**(In Klammern das jeweils von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafmaß)**


Hermine Ryan-Braunsteiner (61), zweimal lebenslange Haft (dreimal lebenslang)


Hildegard Lächert (61), zwölf Jahre Haft (achtmal lebenslang)


Hermann Hackmann (67), zehn Jahre Haft (zweimal lebenslang)


Emil Laurich (60), acht Jahre Haft (fünfmal lebenslang)


Heinz Villain (60), sechs Jahre Haft (zehn Jahre)


Fritz Petrick (68), vier Jahre Haft (zweimal lebenslang und fünf Jahre)


Arnold Strippel (70), dreieinhalb Jahre Haft (sechs Jahre)


Thomas Ellwanger (64), drei Jahre Haft (fünf Jahre)


Heinrich Groffmann (61), Freispruch (wie beantragt)

- *Hermann Hackmann*, geboren am 11. November 1913 in Osnabrück, war von Juli 1941 bis September/Oktober 1942 als SS-Hauptsturmführer (Hauptmann) erster Schutzhaftlagerführer von Majdanek. Nach dem Kriege wurde er wegen Verbrechen in anderen Konzentrationslagern von einem amerikanischen Gericht zum Tode verurteilt, danach zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe begnadigt. Im März 1955 entließen ihn amerikanische Behörden. Hackmann war ein freier Mann und fand einen Job als Vertreter einer Möbelfirma.
- *Hildegard Martha Luise Lächert*, geboren am 19. März 1920 in Berlin, war seit Oktober 1942 Aufseherin in Majdanek. Die Häftlinge nannten sie „Blutige Brigitta".
- *Hermine Ryan* wurde als Hermine Braunsteiner am 17. Juli 1919 in Wien geboren. Sie war ebenfalls Aufseherin in Majdanek. Die Häftlinge nannten sie „Stute", weil sie dafür bekannt war, daß sie Häftlinge mit ihren Stiefeln malträtierte. 1958 wanderte sie nach Kanada aus, heiratete dort und folgte kurz darauf ihrem Ehemann in die USA. 1963 — die Ermittlungen der Kölner Staatsanwaltschaft hatten bereits begonnen — erhielt Frau Ryan im Wege der Einbürgerung die amerikanische Staatsbürgerschaft. Im März 1973, nachdem zahlreiche Zeugen die „Stute" schwer belastet hatten, beantragte die Bundesregierung in den USA die Auslieferung. Im August 1973 landete Frau Ryan auf dem Flughafen Düsseldorf und wurde in Untersuchungshaft genommen.
- *Thomas Ellwanger*, geboren am 3. März 1917 in München, war in Majdanek als SS-Unterscharführer (Unteroffizier) Angehöriger des Wachbataillons.
- *Heinrich Wilhelm Gustav Groffmann* wurde am 19. Mai 1920 in Behringen im Kreis Soltau geboren. In Majdanek war er als SS-Unterscharführer (Unteroffizier) Block- und Feldführer.
- *Fritz Heinrich Petrick*, geboren am 22. Januar 1913 in Dresden. In Majdanek war er als SS-Oberscharführer (Feldwebel) Blockführer.
- *Heinz Hermann Karl Villain* wurde am 1. Februar 1921 in Rheinsberg in der Mark Brandenburg geboren. Als SS-Unterscharführer (Unteroffizier) hatte er in Majdanek verschiedene Aufgaben.

*Emil Josef Laurich* wurde am 21. Mai 1921 in Hohenstein, früher „Sudetenland", geboren. Laurich tat zuerst Dienst in der Fernschreibstelle von Majdanek. Danach wurde er als SS-Rottenführer (Obergefreiter) in die Schutzhaftlagerabteilung versetzt.

- *Arnold Georg Strippel* wurde am 2. Juni 1911 in Unshausen in Hessen geboren. Als SS-Untersturmführer (Leutnant) war er zweiter Führer des Schutzhaftlagers.

# Majdanek-Angeklagte fanden milde Richter

Forts. von d. letzten S.

der Angeklagten Hackmann und Ellwanger führt das Urteil folgendes aus: Beide waren sich des verbrecherischen Inhalts des Tötungsbefehls bewußt. Aber ob Hackmann den Befehl auch „innerlich gutgeheißen" habe, sei ihm nicht nachzuweisen. Auch wenn der SS-Unterscharführer Ellwanger ausgesagt habe, daß sein Vorgesetzter SS-Schutzhaftlagerführer Hackmann mit seiner Pistole die sowjetischen Gefangenen erschossen habe, dann sei immerhin auch eine nur „demonstrative Benutzung der Pistole" durch Hackmann möglich, während ein anderer SS-Mann mit seiner MP tatsächlich geschossen habe. Außerdem sei „nicht mit Sicherheit festzustellen", ob die Tötung der Kriegsgefangenen „grausam" war, da ihnen „über die Tötung hinaus kein Leid zugefügt" worden sei. Ihre Tötung sei „auch nicht heimtückisch gewesen, da die Russen „nicht arglos" gewesen sein konnten und jederzeit mit einem solchen Schicksal rechnen mußten ...

Und dann unterteilte das Gericht noch die 200 ermordeten Häftlinge in 100, deren Tötung „grausam", und 100, deren Tötung „nicht grausam" gewesen sei, weil letztere schon halb tot gewesen seien, als Hackmann sie zur Exekution vorladen ließ ... (nach „die tat", 3.7.81). Der Zynismus dieser Justiz im Mantel formeller Korrektheit ist kaum zu überbieten. Eine solche Urteilsbegründung läßt für eine Revision nichts Gutes erahnen.

Antifa-Kommission Hamburg

# Bundesverdienstkreuz für "Stille Hilfe"

## für NS-Angeklagte





Josefine Jürgens im Ordensglück

In makabrer Übereinstimmung mit den skandalösen Urteilen im Majdanek-Prozeß wurde bekannt, daß die Betreuerin der Angeklagten, Frau Josefine Jürgens, wegen ihrer „selbstlosen und aufopfernden Bemühungen um Strafgefangene und Entlassene" das Bundesverdienstkreuz verliehen worden ist (nach „Neue", 13.6.81).

Josefine Jürgens ist nicht irgendeine Betreuerin für Angeklagte — eine Betreuung der Zeugen, die oft genug im Zeugenstand wegen der unmenschlichen Konfrontation mit ihren ehemaligen Peinigern zusammenbrachen, fand von offizieller Seite übrigens nicht statt — nein, diese Frau Jürgens hat einen großen Teil ihrer „selbstlosen und aufopfernden Bemühungen" im Rahmen einer „Stillen Hilfe" aufgewandt. Diese „Stille Hilfe" ist ein Verein, der sich zur Aufgabe gemacht hat, alles daran zu setzen, daß Naz-Verbrecher möglichst überhaupt nicht vor Gericht gestellt werden, oder — wenn dies nicht möglich ist — ihnen bei der Besorgung einschlägiger Anwälte zu helfen und — wenn alles nichts genutzt hat — ihre Revisionsverfahren bzw. ihre Haftverschonung zu betreiben.

Zumindest früher war der Rechtsanwalt Dr. Rudolf Aschenauer, Vorsitzender der „Stillen Hilfe e.V.". A. war außerdem Verteidiger der Nazis in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, Autor in der Nazi-Zeitschrift „Nation-Europa" und ehemals Vorsitzender des „VDA — Verband für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland", wo er bestens mit reichlich CDU/CSU-Prominenz zusammenarbeitete.



Auch Rebmann gratulierte.

Ihren „Dank" für diese Tätigkeit der Frau Jürgens sprachen im übrigen Bundespräsident Carstens und Generalbundesanwalt Rebmann aus.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

# »Bremer Krawalle«: Weißkittel als Hilfsorgane der Polizei – Weitergabe persönlicher Daten verletzter Demonstranten

Am 6. Mai 1980 demonstrierten in Bremen an die 15.000 Menschen gegen die öffentliche Vereidigung von 1.700 Rekruten im Weserstadion. Provoziert durch die Militärschau kam es zu blutigen Auseinandersetzungen: Hunderte von Verletzten, Dutzende davon schwer, mußten medizinisch behandelt werden. Nach Angaben der Polizeigewerkschaft wurden auf der Gegenseite 252 Beamte als Verletzte gezählt.

An jenem Abend, nachdem die Stadionzugänge geräumt waren, nahmen die Polizeikräfte Rache: Auf breiter Front trieben sie Beteiligte wie Unbeteiligte zurück. Krankenwagen brauchten teilweise über eine halbe Stunde, ehe sie am Ort des Geschehens waren, von autonomen Sanis wurden Erste-Hilfe-Stützpunkte eingerichtet. Ihr Sanibus wurde beschlagnahmt und mit der Begründung, in ihm seien „Waffen" transportiert worden, bis heute nicht wieder rausgerückt. Mehrere Verletzte mußten im Rot-Kreuz-Krankenhaus ambulant behandelt werden. Einige von ihnen stellten Strafantrag wegen Körperverletzung gegen unbekannte Polizisten.

Monate später erhielten sie Vorladungen der Kripo, in denen sie gebeten wurden, „*wegen der am 6.5. erlittenen Verletzungen im Polizeihaus vorzusprechen*". Diese Vorladungen hatten jedoch nichts mit ihrer Strafanzeige zu tun, vielmehr hatte die Polizei ihre Namen und Adressen „auf dem kleinen Dienstweg" über das Rot-Kreuz-Krankenhaus erhalten. Bei diesen Terminen blieb unklar, ob die Vorgeladenen als Zeugen für ihre Anzeige oder als Beschuldigte vernommen werden sollten.

Zwei Bremer Anwälte erstatteten

tun, vielmehr hatte die Polizei ihre Namen und Adressen „auf dem kleinen Dienstweg" über das Rot-Kreuz-Krankenhaus erhalten. Bei diesen Terminen blieb unklar, ob die Vorgeladenen als Zeugen für ihre Anzeige oder als Beschuldigte vernommen werden sollten.
Zwei Bremer Anwälte erstatteten

daraufhin Anzeige gegen die Verantwortlichen der Klinik wegen Verletzung der Schweigepflicht und des Bundesdatenschutzgesetzes. Die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen ein mit der bemerkenswerten Begründung, daß nach den Bremer Vorfällen „*angesichts der zu erwartenden Auseinandersetzungen radikaler Gruppen im Bundestagswahlkampf die aktuelle Gefahr erneuter schwerwiegender Rechtsgutverletzungen bestehe, weshalb die Ärzte in rechtfertigendem Notstand gehandelt hätten, um zukünftige Straftaten durch die Ermittlung gewalttätiger Rädelsführer zu verhindern*". Die zweite Einstellungsbegründung war, daß nach dem Bremischen Meldegesetz aufgenommene Patienten der Innenbehörde zu melden seien. Über die daraufhin erfolgte Beschwerde der Anwälte hat der Generalstaatsanwalt bislang noch nicht entschieden.

Gleichzeitig schaltete sich der Datenschutzbeauftragte des Landes Bremen ein. Er fand heraus, daß von der Rot-Kreuz-Klinik tatsächlich in mehreren Fällen Namen und Adressen sowie das zusätzliche Detail mitgeteilt worden war, daß die ambulanten Behandlungen im Zusammenhang mit den Krawallen am Weserstadion erfolgten. In einer mehrseitigen Stellungnahme weist er darauf hin, daß das Meldegesetz nicht für ambulante Patienten gilt und von einem „gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff", der einen Notstand begründen könnte, lasse sich mehrere Monate nach dem 6. Mai kaum noch sprechen.

Er forderte den Gesundheitssenator auf, „*geeignete Maßnahmen zur Vermeidung ähnlicher Vorfälle zu ergreifen*". An die Adresse der Mediziner gerichtet schreibt er: „*Das deutsche Strafverfahren bürdet den Ärzten keine Denunziationspflicht auf. Vielmehr verleihen die Bestimmungen dem Arzt ein Recht zum Schweigen, aber kein Recht zum Reden.*"

Der Datenbeauftragte trifft damit den empfindlichen Nerv einer häufigen Zuarbeit von Medizinern für Polizeiapparat und Justiz. In der für St. Pauli zuständigen Unfallambulanz des Hafenkrankenhauses beispielsweise ist es an der Tagesordnung, daß Polizeibeamte „auf dem kleinen Dienstweg" direkt zur Einsicht in die Aufnahmebücher schreiten und sich die Daten verletzter Penner, Prostituierter, Kleinkrimineller u.a. Patienten besorgen. Vielerorts hat die Feuerwehr das Rettungstransport-Monopol und untersteht der gleichen Behörde wie die Polizei. Bei Demonstrationen bestehen in der Regel kollegiale Bande zwischen DRK und Einsatzleitungen.

Nur selten setzen sich Gesundheitsarbeiter/-innen diesem polizeilichen Ansinnen zur Wehr. Der Versuch der Schleswiger Staatsanwaltschaft, nach der 2. Brokdorfdemo im November 1976 die Daten verletzter Demonstranten vom Krankenhaus Wilster zu erhalten, scheiterte an der Zivilcourage des ärztlichen Leiters. Nach der Straßenschlacht am Westberliner Winterfeldplatz Anfang Juni '81 schwebte ein

Schleswiger Staatsanwaltschaft, nach der 2. Brokdorfdemo im November 1976 die Daten verletzter Demonstranten vom Krankenhaus Wilster zu erhalten, scheiterte an der Zivilcourage des ärztlichen Leiters. Nach der Straßenschlacht am Westberliner Winterfeldplatz Anfang Juni '81 schwebte ein

unbeteiligter Passant mehrere Tage wegen einer Hirnblutung nach Knüppeleinsatz in Lebensgefahr. Das Krankenhauspersonal verhinderte die sofortige Vernehmung durch die Kripo. Einen Monat zuvor setzten sich allerdings Polizeibeamte in Delmenhorst über den Widerstand der diensthabenden Pfleger hinweg und nahmen einen 22jährigen Demonstranten vor seiner ärztlichen Behandlung vom Röntgentisch der Ambulanz weg fest.

Vor diesem Hintergrund ist die häufige Weigerung verletzter Demonstranten verständlich, sich in Krankenhäusern behandeln zu lassen. Viele lassen sich trotz notwendiger Sofortmaßnahmen nicht einmal mehr von offiziellen Rettungswagen in Kliniken fahren — die berechtigte Befürchtung, zur Verletzung noch zusätzlich ein Strafverfahren angehängt zu bekommen, begünstigt Spätfolgen unbehandelter Gehirnerschütterungen und chronischer Augenerkrankungen nach Einsätzen chemischer Kampfstoffe.

Sanitätergruppe Hamburg

P.S. Wird die Polizei ihre teuflischen Pläne fortsetzen können? Gelingt es der jungen Ärztin, den wild-schönen Demonstranten zu retten? Was besprach der Chefarzt mit dem Polizeipräsidenten beim Doppelkopf? Wir werden sehn ... z.B. beim Gesundheitstag '81 in Hamburg. Von verschiedenen Sanigruppen sind Beiträge geplant, gesucht werden zur Information die derzeit entstehenden und bestehenden Sanigruppen. Kontakt: SG-Hamburg, c/o BUU, Bartelsstraße 26, 2 HH 6

präsidenten beim Doppelkopf? Wir werden sehn ... z.B. beim Gesundheitstag '81 in Hamburg. Von verschiedenen Sanigruppen sind Beiträge geplant, gesucht werden zur Information die derzeit entstehenden und bestehenden Sanigruppen. Kontakt: SG-Hamburg, c/o BUU, Bartelsstraße 26, 2 HH 6




# Polizeiladen in Hannover

**Wir hatten uns zu früh gefreut. Der „Polizeiladen" in Hannover, der Hannovers Bürgern die Bullen näherbringen soll, wird nun doch weitergeführt.**

Am 11.6. klagte die sozialdemokratische „Neue Presse", daß der von Hannovers ehemaligem Polizeipräsidenten und Vorsitzenden des „Weißen Ring", Kleine, gegründete und finanzierte „Polizeiladen" geschlossen werden müsse, wenn sich kein neuer Geldgeber findet. Der „Weiße Ring" hatte wohl eine Art Startkapital geliefert, möchte aber jetzt, daß die Polizei den Laden selbst weiterfinanziert. Diese Organisation nennt sich „Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsopfern und zur Verhütung von Straftaten e.V.". Sein Vorsitzender Eduard Zimmermann (ZDF, Aktenzeichen XY-ungelöst) stellt ihn als eine Art Bürgerinitiative vor, die sich der Not unschuldiger Opfer von Verbrechen annimmt. Das belegen rührende Schilderungen von den Leiden Betroffener und den Ängsten derer, die Rache von entlassenen Strafgefangenen fürchten.

„*Weil die Unzufriedenheit von Millionen Geschädigten sich allzuleicht gegen die gesamte innere Ordnung unseres Staates richten kann...*" und „*weil allzuviele Entschuldigungs- und Verständniskampagnen zugunsten der Rechtsbrecher den Respekt vor unseren Gesetzen aushöhlen...*", sieht sich der „Weiße Ring" als eine „*Institution, die sich um die Opfer kümmert und zugleich die Verbrechensvorbeugung nachhaltig unterstützt, damit die Zahl der zukünftigen Opfer geringer wird*". Gegründet wurde der Verein u.a. von Josef Augstein, hannoverscher Rechtsanwalt; Horst Herold, Präsident des Bundeskriminalamtes; den Polizeipräsidenten Klaus Hübner (Westberlin); Manfred Schreiber (München); Alfred Stümper (Baden Württemberg); Walter Wallmann (CDU-Oberbürgermeister von Frankfurt); einer Oberstaatsanwältin und weiteren Mitarbeitern der Justiz.

Obwohl die Zahl von über 7.000 Besuchern an 75 Öffnungstagen die kühnsten Erwartungen der zwei in den „Polizeiladen" abgeordneten Bullen überstieg, machten Kleines Nachfolger Walzer und auch das Innenministerium kein Geld locker. Sie befürchteten, daß durch dafür erforderliche Einsparungen an anderer Stelle die Sicherheit leiden müßte. Jetzt hat sich die „Neue Presse" den traurigen Verdienst erworben, mit für ein Weiterbestehen dieses Projektes gesorgt zu haben. Die Polizei hat vielleicht erkannt, daß sie damit eine willkommene Gelegenheit bekommt, für Hintergrundmaterial für ihre Computer zu sorgen. Denn in diesem Laden erfährt der interessierte Bürger, was er alles zur „Vorbeugung" tun kann, wie er „verdächtige Elemente" erkennt, und vieles andere mehr. Die so bestens vorbereitete Bevölkerung ist der Polizei dann viel nützlicher und kooperativer. Denn zusätzlich zu Massenverhaftungen und erkennungsdienstlichen Behandlungen am laufenden Band braucht die Polizei nach wie vor die aktive Mitarbeit und Denunziation durch die Bevölkerung – der Kontaktbereichsbeamte sieht doch noch nicht alles.

KB Hannover

## Bremen:

## Verfassungssch(m)utz enttarnt — 4 Wohngemeinschaften überfallen

Einige Tage hatten Bewohner der Graudenzerstraße in Bremen alles ruhig mitangesehen: *„Getarnt als Handwerker schleppten sie* (Spitzel des VS) ... *ihre Überwachungsgeräte ins Haus Graudenzerstr. 21"* (Erklärung vom 30.6.81). Von dort beobachteten die Spitzel *„die gegenüberliegenden Häuser"* (ebd.). Dann wurde es mehreren Anliegern wohl zu bunt: sie drangen in die VS-Wohnung ein und schmissen Kameras, Teleobjektive und weiteres technisches Gerät aus dem Fenster, während andere Bewohner die bereits zitierte Erklärung in der Straße verteilten. Stunden später, gegen 22 Uhr, überfiel ein Großaufgebot der Bullizei vier Wohngemeinschaften in der Graudenzerstr. und riegelte alle umliegenden Straßen ab. In einer Seitenstraße wurde ein junger Mann festgenommen, da er „verdächtig" sei. Er, zwei Männer und zwei Frauen aus den WG's wurden für zwei bis drei Stunden zur Kripo verschleppt.

### „Das Pack soll mit den Kameras verschwinden!" ...

... heißt es in der Bewohnererklärung. Allerdings schienen nicht alle Leute viel Vertrauen in diese Aufforderung zu haben: sie besuchten die zwei Spitzel in ihrer Wohnung. Diese waren nicht sehr erfreut und es kam zu einer kurzen und heftigen Auseinandersetzung. Dann flog das Spitzel-Gerät aus dem Fenster des 2. Stocks. Nach Aussagen der Bullizei soll dabei ein Sachschaden von rund 20.000 DM entstanden sein. Die Anlieger der Graudenzerstr. reagierten, aufgeklärt durch das Flugblatt, größtenteils positiv auf diese Selbsthilfeaktion.

### Der Staat schlägt zu

Gegen 22 Uhr fuhren in der Graudenzerstr. und in allen anliegenden Strassen Mannschaftswagen, Streifen- und zivile PKWs der Bullizei auf. Dem unbefangenen Beobachter mußte es erscheinen, als würden hochgradig gefährliche Schwerverbrecher gesucht. Weit gefehlt: Zielstrebig stürmten die Polizeitruppen in vier Wohnungen von Linken in der Graudenzerstr. In Polizeitruppen in vier Wohnungen von Linken in der Graudenzerstr. In drei Wohnungen wurde wild gehaust, ohne irgendwelche Erklärungen, ohne Durchsuchungsbefehl wurde herumgewühlt und Notizbücher etc. mitgenommen. Aus der anderen Wohnung wurden vier Leute festgenommen, während zwei dableiben konnten.

Zur gleichen Zeit wurde ein junger Mann in einer anliegenden Querstrasse festgenommen und ebenfalls ohne Angabe von Gründen in einen Mannschaftswagen zu den anderen vier gebracht. Die fünf wurden zur Kripo verschleppt, wo ihnen zunächst alle persönliche Habe abgenommen wurde sogar Schuhbänder (vonwegen Aufhängen), und sie dann in Einzelzellen gesperrt wurden. Der junge Mann verlangte mehrmals eine Erklärung, warum er so einfach von der Straße abgegriffen worden sei, wollte zu Hause anrufen, was ihm jedoch alles verweigert wurde. Nach und nach wurden die Festgenommenen zur „Erkennungsdienstlichen Behandlung" geführt. Der junge Mann verlangte einen Anwalt, protestierte gegen die ED-Behandlung, wollte endlich die konkreten Vorwürfe genannt bekommen. Die Bullen verwiesen ihn auf eine zukünftige Vernehmung und darauf, „daß wir ja alle Daten wieder vernichten, wenn gegen sie nichts vorliegt".

Ein Skandal war einmal mehr das Verhalten der Bullizei gegenüber den Rechtsanwälten. Nachdem vier RAs, zwei Männer, zwei Frauen, eingetroffen waren, wurden sie zunächst relativ freundlich behandelt und bis ins Geschoß der Kripo vorgelassen. Da gab mann ihnen allerdings zu verstehen, daß sie sich noch einen Moment gedulden müßten und deshalb wieder runter in die Eingangshalle sollten. Die RAs fügten sich, aber es stellte sich heraus, daß die Kripo sie hatte loswerden wollen, denn als sie nach längerer Zeit wieder hoch wollten, wurden sie von den wachhabenden Schutzpolizisten daran gehindert. Als es den Frauen dann dennoch gelungen war, wieder nach oben zu entwischen, brach ein erhebliches Durcheinander unter der Bullizei aus: Die Rechtsanwältinnen wurden hin- und hergeschubst und ein Bulle meinte, wenn sie Männer wären, würden sie was in die Fresse bekommen. Dann wurden alle vier aus dem Gebäude rausgeschmissen!

Nur ein Anwalt wurde zu zweien der Festgenommenen vorgelassen, was wegen des Verbots der Mehrfachverteidigung unüblich ist. Als der bereits erwähnte junge Mann gerade von der ED-Behandlung kam und den RA sah, verlangte er zweimal laut, diesen sofort sprechen zu dürfen. Als dies nicht gestattet wurde, protestierte RA Wesemann ausdrücklich dagegen, was jedoch nichts nutzte. Ab halb eins wurden die Festgenommenen nach und nach freigelassen, sodaß gegen 1.30 Uhr alle auf freiem Fuß waren. Dem jungen Mann wurde daß gegen 1.30 Uhr alle auf freiem Fuß waren. Dem jungen Mann wurde n a c h der Freilassung erklärt, gegen ihn hätte *„der Verdacht der Tatbeteiligung an Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch und Diebstahl bestanden. Diesen Verdacht können wir s o nicht weiter aufrechterhalten"*. Dennoch sei er weiter verdächtig (?) und müsse mit weiteren Vorladungen rechnen.

Gegen die anderen Festgenommenen werden die gleichen Vorwürfe erhoben. Es bleibt jedoch abzuwarten, inwieweit die Justiz es wagt, in diesem Falle ein Verfahren in Gang zu setzen, ginge sie doch das Risiko ein, daß dadurch mehr über die Arbeit der VS-Spitzel an die Öffentlichkeit dringen würde als dem Staatsapparat lieb ist.

KB/Gruppe Bremen

# CS-Gas zur Bekämpfung der Massen geplant

**Die Einführung von ,,Lähmungsgas'', ,,Brechgas'' (auch ,,CS'' genannt) als polizeitypische Waffe ist geplant. Entgegen den Einschränkungen des Düsseldorfer Innenministeriums weiß die ,,Frankfurter Rundschau'' vom 26.6. ,,von gut unterrichteter Seite'' zu berichten, daß das orto-Chlorbenzylidenmalonitril (= CS, d. Verf.) schon im nächsten Jahr das bisher in Chemischen Keulen und Wasserwerfern verwendete Tränengas (= CN, d. Verf.) ablösen soll. Es stehe nur noch ein Gutachten des Fraunhofer-Instituts für Toxologie aus, um den für kriegerische Zwecke international geächteten Kampfstoff der Innenministerkonferenz (IMK) für den Polizeigebrauch zu empfehlen.**

Bei seiner Amtseinführung als Polizeipräsident in Bielefeld machte der bisherige GdP-Vorsitzende Helmut Schirrmacher ein Faß auf: Das ,,neue'', ,,polizeitypische Einsatzmittel'' sei gefunden. Das ,,Lähmungsgas'' (bisher bekannt als ,,Brechgas'' oder CS) habe eine ,,sensationelle'' Wirkung: eine halbstündige Lähmung, die aber keine gesundheitlichen Schäden bei den Opfern hervorrufe (Nachrichten vom 25.6. und ,,FR'', 26.6.).

So ,,neu'' ist diese ,,Geheimwaffe'' allerdings nicht. Seit März dieses Jahres ist CS als ,,Brechgas'' in der öffentlichen Diskussion. Als erster propagierte Bayerns Innenminister Tandler nach den Ereignissen von Nürnberg die Einführung von Gummigeschossen sowie von ,,Brechgas'' (nach ,,FR'', 13.3.). Wenige Tage später legte Niedersachsens Innenminister Möcklinghoff noch einen Zahn zu: Zusätzlich forderte er panzerbrechende Waffen und Flugabwehrraketen, um eine angebliche ,,Waffenlücke zwischen Polizei und Bundeswehr'' zu schließen. Sieht man davon ab, daß diese ,,Waffenlücke'' minimal ist, da die Ausrüstung des BGS an die der Bundeswehr heranreicht, war diese Forderung wohl mehr ein durchsichtiges Manöver, um Gummigeschosse und ,,Brechgas'' als harmlose Forderungen erscheinen zu lassen.

Unter den Eindrücken dieser bombastischen Forderungen konnte sich die SPD, aber auch z.T. die Polizei-,,gewerkschaft'' GdP als liberal profilieren. Hamburgs Innensenator Pawelczyk hielt der CDU/CSU entgegen: *,,Wir sind stärker als die Gewalttäter. Und wir brauchen keine neuen Waffen und keine neuen Geschosse''* (,,Hamb. Und wir brauchen keine neuen Waffen und keine neuen Geschosse'' (,,Hamb. Morgenpost'', 10.4.). Die bestehende Bewaffnung reiche aus. Wenige Tage später ließ sich Pawelczyk 328.000 DM für Hamburgs Polizei bewilligen, für ,,Schutzkleidung'', z.B. ,,Plexiglas-Schilde, Schlagschutzeinlagen für Knie, Schienenbein und Unterleib'' (,,Hamb. Abendblatt'', 15.4.).

Dabei handelt es sich nicht um eine bessere Ausrüstung für Hamburgs Verkehrspolizisten, sondern um Nahkampfausrüstung! Mit dieser Ausrüstung (von ihrer Praxis der Hausräumung u.ä. einmal ganz abgesehen) hat die SPD gezeigt, daß es ihr — ebenso wie CDU/CSU — um die praktische Bekämpfung von Massenbewegungen geht. Offensichtlich nur der Zeitpunkt und der Ton der Bewaffnungsforderungen schienen ihr damals nicht opportun. Dazu Pawelczyk: *,,Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, daß Bayern g l e i c h* (Hervorhebung d. Verf.) *nach der Brokdorf-Demonstration mit der Forderung kam, die Gummigeschosse einzusetzen''* (,,FR'', 25.3.). Schirrmacher, damals noch Vorsitzender der GdP, meinte: *,,Die Polizei braucht keine Brechmittel''*. Gleichzeitig begrüßte er, daß sich die Innenministerkonferenz (IMK) am 6. Mai mit der Ausstattung der Polizei befassen wolle (,,HA'', 17.3.), wobei schon damals klar war, daß sich die IMK u.a. genau mit diesen Waffen und speziell CS befassen würde.

Nachdem zwei Monate lang fast täglich das Für und Wider von CS, Gummigeschossen u.ä. f ü r d e n E i n s a t z g e g e n M a s s e n öffentlich erörtert worden war, fand am 6.5. die lang und breit öffentlich angekündigte Klausurtagung der IMK zu Fragen der Polizeibewaffnung statt. Einigen konnten sich die Innenminister darüber, daß die neuen ,,guten Erfolge'' der Wasserwerfer in Brokdorf, die ein größeres Fassungsvermögen haben, dazu angetan seien, diese neuen Modelle bald bei allen Polizeien einzuführen (,,taz'', 8.5.).

Außerdem setzte sich die IMK ein für:

- *,,Verbesserung der Haltbarkeit der Schutzschilde bei Niedrigtemperaturen;*
- *schwer entflammbare Einsatzanzüge;*
- *Ausstattung mit Schlagstöcken in Langform mit Parierscheibe für Räumungs- und Schutzaufgaben;*
- *stabilere Schutzhelme mit verlängertem Nacken- und Gesichtsschutz;*
- *Schutz der Einsatzkräfte gegen Hieb- und Stoßverletzungen durch Schlagschutzvorrichtungen''* (,,Deutsche Polizei'', 6/81).

Weiter wurde bekannt, daß sich die Innenminister einig waren, daß eine ,,polizeitypische'' Waffe entwickelt werden müsse. Eine Entscheidung über die Gummigeschosse wurde vertagt. *,,Die Beratungen in der Ministerrunde haben gezeigt, daß eher der Einsatz von chemischen Reizstoffen in Betracht kommen könnte. Aber auch darüber gab es keine Entscheidung''* (,,HA'', 8.5.). Einig waren sie sich allerdings in der Beurteilung der Nachteile von CN: Bei niedrigen Temperaturen wirke es nicht und es seien — bei ,,Oft-Demonstrierern'' — schon Fälle von Resistenz beobachtet worden (,,taz'', 8.5.). Die Entscheidung wurde angeblich vertagt bis Ende '81.

Insgesamt wurde die IMK in der Öffentlichkeit kommentiert wie bei der ,,taz'': *,,Ohne spektakuläre Beschlüsse blieb die Sondersitzung der Innenministerkonferenz''* (,,taz'', 8.5.) oder dem Westberliner ,,Tagesspiegel'' (7.5.): *,,Sondersitzung ohne konkrete Beschlüsse''*.

Man/frau sollte annehmen, daß bei einem so ,,miesen'' Ergebnis die Polizei nicht gerade erfreut ist. Aber das Gegenteil ist der Fall: Geradezu euphorisch wird diese IMK von der GdP gefeiert: *,,Nach jahrelangem Bemühen ist es ein besonders augenfälliger Erfolg für die Gewerkschaft der Polizei, daß die Innenministerkonferenz sich die GdP-Forderungen nach einer polizeitypischen Waffe, die die Lücke zwischen Schlagstock und Schußwaffengebrauch schließen soll, voll zu eigen gemacht hat''* (,,Deutsche Polizei'', 6/81). So konsequenzlos scheint die IMK am 6.5. also nicht gewesen zu sein!

Und jetzt kommt Schirrmacher mit seiner ,,Entdeckung'': der ,,neuen'', ,,sensationellen'', polizeitypischen Waffe, dem ,,Lähmungsgas'', womit er wieder CS meint. Und der einzige Kommentar, den sich die SPD dazu abringen kann, ist: *,,Im Düsseldorfer Innenministerium zeigte man sich am Donnerstag n i c h t b e s o n d e r s g l ü c k l i c h* (Hervorhebung AK) *darüber, daß ausgerechnet der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Helmut Schirrmacher, bei seiner Einführung als Bielefelder Polizeipräsident zum ersten Mal öffentlich 'CS' erwähnt und die Wirkung als 'sensationell' bezeichnet hatte''* (,,DR'', 26.6.). Daß sich ansonsten kein Protest bei den etablierten Parteien gegen Schirrmachers ,,Geheimwaffe'' regt, legt den Schluß nahe, daß Politiker aller Parteien in der IMK hinter der Forderung nach CS stehen.

War es das, was die GdP mit ihrer Forderung meinte, daß ,,gesellschaftliche Konflikte nicht auf dem Rücken der Polizei ausgetragen werden dürfen'' — daß sämtliche Parteien uneingeschränkt hinter diesen polizeistaatlichen Forderungen stehen?!!

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**



Anti-riot-gun-Soldat mit Gasmaske und Gewehr zum CS-Granaten-Einsatz im Anschlag

# Ein Kampfgas stellt sich vor

Als Kampfstoff ,,Weißkreuz'' im Ersten Weltkrieg bekannt geworden, ist die Herstellung von CS und Anwendung — ebenso wie die von CN — durch die Genfer Konvention geächtet. (Nach dem Völkerrecht ist der Einsatz von erstickenden, giftigen oder gleichartigen Gasen sowie allen ähnlichen Flüssigkeiten, Stoffen oder Verfahrensarten im Kriege geächtet.)

CS und CN sind keine ,,Gase'' im herkömmlichen Sinn, sondern Aerosole, das bedeutet, daß sie sich nicht so leicht verflüchtigen wie Gase. Ihre Konzentration ist schwer berechenbar, sie hängt davon ab, wieviel CS ein Opfer trifft und sich in seiner Kleidung verfängt. Es ,,verdunstet'' erst nach einer gewissen Zeit. Das dauert bei CS länger als bei CN.

Sowohl der Name ,,Brechgas'' wie ,,Lähmungsgas'' ist zutreffend: Dazu schreibt das ,,Lehrbuch der Militärchemie'': *,,Als Aerosol übt es eine starke Reizwirkung auf die Augen und die oberen Atmungsorgane aus. Innerhalb weniger Sekunden entsteht an den Augen eine schwere Bindehautentzündung... Bei stärkerer Vergiftung tritt Angst auf, die die Gesamtsymptomatik verstärkt und d e n B e t r o f f e n e n d a r a n h i n d e r t, a u s- o d e r e i n z u a t m e n''* (nach ,,CILIP'', 8/81).

Offiziell soll CS neben Reizung der Atemwege, Brennen auf der Haut und vorübergehenden Lähmungserscheinungen keine gesundheitlichen Schäden hervorrufen. Nach langjährigen Erfahrungen in Vietnam, wo 1.000 Tonnen CS eingesetzt wurden, bei Bürgerkriegen in Zypern 1961 und Nordirland, aber auch in Paris 1968 sowie bei Gefängnisrevolten in den USA sind andere Tatsachen bekannt geworden:

- Hornhautverletzungen, Geschwürbildung, die oft noch nach langer Zeit Augenschädigungen hervorriefen;
- Hautentzündungen, Blasen- und Überempfindlichkeitsreaktionen, die nach wiederholtem Kontakt mit CS immer ausgeprägter werden;
- an der Lunge ist vor allem das Lungenödem gefürchtet, das ohne sofortige Behandlung tödlich ist. Besonders gefährdet sind Asthmatiker und Menschen mit chronischer Bronchitis;
- Bauchfellentzündungen;
- Längere, leichtere Trübung des Bewußtseins, anhaltende Kopfschmerzen, Handlungs- und Bewegungsunfähigkeit;
- Todesfälle gab es besonders bei Gefängnisrevolten in den USA, wo die Häftlinge stundenlang in ihren Zellen dem ,,Gas'' ausgesetzt wurden.

Vor dem Vietnam-Tribunal konnten 689 Todesfälle durch CN- und CS-Gas belegt werden (nach ,,taz'', 29.6.). Untersuchungen mit CS in jüngster Zeit lassen auf eine krebserregende Wirkung schließen.

Die bisherigen Erfahrungen mit CN, das u.a. in der Chemischen Keule verschossen wird, haben gezeigt, daß die Polizei nicht bereit ist, die minimalsten ,,Sicherheitsbestimmungen'' einzuhalten (nicht direkt in die Augen sprühen, kein Einsatz in geschlossenen Räumen etc.). Die Einsätze von CS in US-amerikanischen Knästen zeigen dasselbe.

CS wurde Anfang der 50er Jahre in Großbritannien entwickelt als ,,Verbesserung'' zu CN, da bei häufigem Einsatz eine ,,Gewöhnung'' der Betroffenen vermutet wird. Seit Anfang der 70er Jahre wird auch in der BRD von der Polizei mit Aerosolen geforscht.

Einsatzwaffen für CS gibt es als Wurf- und Schußkörper für verschiedene Entfernungen. *,,Weitdistanz-Patronen sind in der Praxis die meist angewendeten''*, schreiben die polizeitechnischen Berater und Schießausbilder Hübner und Stammel in ihrer Zeitschrift ,,Internationaler Waffenspiegel'' (3/81).

Hier gibt es:
*,,a) Hindernisbrechende Behälterprojektile, die auf Entfernung bis 150 Metern treffgenau Fensterscheiben, Wagentüren und Bretterwände durchschlagen, sich splitterlos zerlegen und die (flüssige) Reizstoffmasse zur Entfaltung bringen. Diese Patronen sind z.B. bei Hausbesetzungen von äußerst probater Wirksamkeit! — selbst dann, wenn die Besetzer Gasmasken besitzen, denn permanenten Schauern solcher Geschosse sind selbst — auf Dauer — die besten Filter nicht gewachsen.*
*b) Projektile mit Verzögerungszündung können ebenfalls aus Entfernungen von 50 bis 150 Metern (je nach Patronenart) zielgenau über den Köpfen einer Menge splitterfrei zur Entladung gebracht werden.*
*c) Projektile mit Aufprallzündung werden unmittelbar vor einer Menge gegen den Boden geschossen. Durch den Aufprall findet ebenfalls eine splitterfreie Entladung statt. Mit diesen Patronen sind regelrechte Reizstoffwolkenwände vor einer Menge aufzurichten, um sie wirksam am Vordringen zu hindern''* (,,Internationaler Waffenspiegel'', 3/81).

CS kann auch in Verbindung mit Nebelgeräten wie ,,Pepper Fog'' (erster Einsatz 1975 in Heidelberg mit einer CN-Lösung) im freien Gelände verbreitet werden. Durch einen Zusatztank wird auch der CS-Einsatz mit Wasserwerfern möglich.

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

# Stoppt den Hundeeinsatz der Hamburger Polizei



„Hamburger Senat und Polizeiführung sind in letzter Zeit dazu übergegangen, 'auf den Mann' dressierte scharfe Polizeihunde bei jeder sich bietenden Gelegenheit einzusetzen. Die Hunde tragen keine Maulkörbe und werden vor den Einsätzen aggressiv gemacht, so daß sie bereits beim Anblick kleinerer Menschenmengen 'durchdrehen', auch Passanten anfallen.

Angeblich geschieht das zur Aufrechterhaltung von 'Sicherheit und Ordnung'; angeblich zur psychologischen Abschreckung von potentiellen Gewalttätern; angeblich, um einen massiven Einsatz weiterer Polizeikräfte zu sparen, da ein Hund 'zehn Beamte ersetzt'. Innensenator Pawelczyk stellt sich in der Öffentlichkeit gern als liberaler Gegner einer Polizei-Aufrüstung und Einschränkung des Demonstrationsrechts dar, der den Dialog mit der kritischen Jugend und sonstigen Bevölkerung sucht. Hamburg sei nicht Nürnberg.

Tatsächlich sind die zügellosen Hundeeinsätze eine äußerst befremdliche Art, diesen Dialog zu führen.“

(Aus dem Aufruf der Initiative „Stoppt den Hundeeinsatz der Hamburger Polizei“)

In keiner anderen Stadt der BRD wird dieser „Dialog“ bisher so „bissig“ geführt wie in Hamburg.

## Modell Hamburg

## Modell Hamburg

Hier seien nur einige, bestimmt unvollständige, Beispiele für die Hundeeinsätze genannt, die mit schweren, z.T. massenhaften Verletzungen verbunden sind:

– Am 29.9.80 wurde bei einem Polizeihundeeinsatz in der Hospitalstraße ein junger Mann in die Wade gebissen. Dieser Einsatz war nach der freiwilligen Räumung eines besetzten Hauses erfolgt, als noch viele Menschen vor dem Haus standen.

– Nach der Demonstration am 2.2.81 gegen das AKW Brokdorf wurden abziehende Demonstranten sowie Passanten im Hauptbahnhof von Bahnpolizisten mit Hunden angegriffen. Dabei kam es zu mehreren Verletzungen.

– Am 8. März wurde die Demonstration zum Frauentag von Polizisten mit Hunden „eskortiert“.

– Am 13.3. wurden nach der genehmigten Demonstration gegen die Massenverhaftungen von Nürnberg Hunde in die bereits aufgelöste Kundgebung gehetzt. 7 Menschen wurden gebissen, drei von ihnen mußten schwerverletzt ins Krankenhaus, wo sie z.T. wochenlang stationär behandelt werden mußten.

– Am 27.3. beschlagnahmten 17 Polizisten mit zwei Hunden eine angeblich zu laute Stereoanlage in einer Steilshooper Wohnung, in der junge Leute eine Fete gefeiert hatten. Eine Quittung gab es nicht. Ein Bewohner wurde von einem Polizeihund in den Oberschenkel gebissen. Als die jungen Leute auf der Wache eine Beschlagnahmebestätigung verlangten, wurden drei Polizeihunde auf sie gehetzt. Ein junger Mann mußte mit schweren Oberarm-Bißwunden ins Krankenhaus; ein zweiter trug Verletzungen an beiden Beinen davon.

– Während der (genehmigten) Mieterdemonstration am 11.4. standen wie schon bei Demonstrationen üblich Polizisten mit Hunden am Straßenrand, diesmal sogar mit Hundeverstärkung aus Niedersachsen.

– Am 9.5. bei einem Polizeieinsatz nach Beendigung einer Hausbesetzung in Hamburg-Eppendorf sprang ein Polizeihund, diesmal ein Rottweiler (das sind die Schlimmsten – Höllenbiester!, die säzzerin), auf die Menschenmenge vor dem Haus zu, der Hundeführer schrie: „Geht da weg, ich kann den Hund sonst nicht

der Hundeführer schrie: „Geht da weg, ich kann den Hund sonst nicht mehr halten!“, worauf alle durcheinander liefen (nach „tat“, 15.5.). Der Hund sprang auf einen zehnjährigen Jungen zu. Eine Frau, die sich dazwischen stellte, wurde umgeworfen und der Hund, der noch auf sie angehetzt wurde, verbiß sich mehrmals in ihren Oberarm.

– Nach der Räumung eines Hauses in der Stresemannstraße am 30.5. wurden Hunde auf fliehende Besetzer gehetzt. Einige wurden gebissen und verletzt. Eine Frau wurde in die Hüfte gebissen und mußte ins Krankenhaus.

– Während eines Polizeieinsatzes am 12.6. gegen die Besetzer des Jenkelhauses, der Fachschule für Sozialpädagogik, erlitt ein Jugendlicher eine Bißwunde am Knie.

Das sind nur die bekanntesten Fälle. Die Dunkelziffer der Verletzten dürfte noch höher liegen.

**In diesem Zusammenhang ist die Initiative dringend angewiesen auf jede Meldung über Hundeeinsätze bzw. Verletzungen!**

## Für ein Verbot der Hundeeinsätze!

Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, daß solche Einsätze in Hamburg fast schon zum Alltag gehören und wohl in Zukunft auch jede genehmigte Demonstration oder Kundgebung begleiten sollen. Selbst die Gewerkschaftsdemonstration am 1. Mai wurde von kläffenden Hunden ohne Maulkorb fast in Tuchfühlung ständig provoziert.

Schon 1976 gab es allein in Hamburg 95 Polizeihunde. Zur Ausbildung dieser Hunde meinte ein leitender Beamter der „Führerhundschule der Hamburger Polizei: *„Der Polizeihund kann nur perfekt funktionieren, wenn wir ihn vom ersten Atemzug an fest unter Kontrolle haben. Alles Spielerische muß bei ihm von Anfang an gebrochen werden. Der ideale Diensthund hat zu arbeiten wie ein Computer. Man füttert ihn mit Befehlen. Und diese Befehle muß man jederzeit abrufen können“* (nach Bertram: „Kamerad Hasso“, Darmstadt 1980).

Wir, das sind Mitglieder von Bürgerinitiativen, der Bunten Liste, von Ermittlungsausschüssen sowie einige Opfer von Polizeihunden. haben uns Ermittlungsausschüssen sowie einige Opfer von Polizeihunden, haben uns zu der Initiative „Stoppt den Hundeeinsatz der Hamburger Polizei“ zusammengeschlossen, um eine größere Öffentlichkeit gegen diese Art von Einsätzen herzustellen.

Wir betrachten die Hundeeinsätze als eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und als eine praktische Einschränkung der Demonstrations- und Meinungsfreiheit Hamburger Bürgerinnen und Bürger.

Wir fordern:

- **Sofortiger Stopp der Hundeeinsätze der Hamburger Polizei**
- **Sofortige Wiederherstellung der Demonstrationsfreiheit auf Hamburger Straßen!**

**SCHICKT UNS BITTE BERICHTE ÜBER HUNDEEINSÄTZE FÜR UNSERE DOKUMENTATION!**

**„Initiative Stoppt den Hundeeinsatz der Hamburger Polizei“**
**c/o Harry Sakalas/BUU-Laden,**
**Bartelsstr. 26. 2000 Hamburg 6**








Bilder: Pan-Foto, Hamburg

# § 129a

## Ermittlungsverfahren ohne Ende?




**Über 200 Menschen, die während des Hungerstreiks der politischen Gefangenen Anfang 1981 ihren Protest gegen die Haftbedingungen oder die Nachrichtensperre in den Medien zum Ausdruck gebracht haben, sind inzwischen mit dem Ermittlungsverfahren nach 129a bedroht.**

**Völlig gleichgültig, ob mensch Transparente auf Demos getragen, Flugblätter mit den Forderungen der Hungerstreikenden verteilt, Parolen gesprüht hat oder meistens sogar nur haben soll; selbst Angehörige, die in tiefster Sorge um ihre Verwandten Protestaktionen gegen das Schweigen des Staates gemacht haben – alle werden angeklagt, für eine terroristische Gruppe geworben oder sie unterstützt zu haben.**

**Die hierin liegende Einschränkung der Meinungsfreiheit gilt es mit allen Mitteln öffentlich zu machen. Ein erster Versuch, eine Übersicht über das Ausmaß der Kriminalisierung zu geben, machten wir im AK 201. Nach den uns vorliegenden Presseartikeln wollen wir die Übersicht hier ergänzen. Kriminalisiert sind nicht nur diejenigen, die eingeknastet sind, sondern auch alle, bei denen „nur" die Personalien überprüft worden sind. Gegen alle wird nach § 129a ermittelt.**

### Die ersten Terrorurteile

Mittlerweile sind schon die ersten Ur-
teile verhängt worden:
– Sabine Schmitz ist zu 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt wor-
teile verhängt worden:
– Sabine Schmitz ist zu 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden, weil sie Flugblätter zum Hungerstreik der politischen Gefangenen verteilt hat. Sie war schon am 22.2. 81 verhaftet worden;
– zwei Tage später, am 14.2.81, wurde Johannes Thimme verhaftet. Er ist wegen desselben „Deliktes" zu 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden;
– Inge P. soll am 5.3.81 Parolen gesprüht haben, deshalb wurde sie jetzt zu 12 Monaten ohne Bewährung verurteilt;
– Hans-Gerd Sch., der sie dabei „abgeschirmt" haben soll, wurde zu 6 Monaten ohne Bewährung verknackt.
– Andreas B., der beim „abschirmen" geholfen haben soll, soll 1200 DM Geldstrafe zahlen.

### Haftbefehl außer Vollzug

Nach unseren Kenntnissen gibt es z.Zt. gegen 14 Leute Haftbefehle, die „gegen Meldeauflagen" außer Vollzug gesetzt worden sind:
– 10 Leute, die am 4.4.81 auf/an der Autobahn festgenommen worden sind, weil sie Autobahnschilder mit Parolen versehen haben sollen. Hier muß sogar der fünfzackige rote Stern als RAF-Symbol herhalten!
– 5 Frauen, die am 16.4. nachts „allein" (auweia!) auf der Straße und dann auch noch in der Nähe von gesprühten Parolen gesehen wurden, sind von der Bullerei als Täterinnen festgenommen worden.

### Im Knast

– Ein Ehepaar, daß auf die Rückseiten seiner Briefe an einen Gefangenen als Siegel das RAF-Zeichen benutzte, durfte das nur bis zum 1.4. 81, da nämlich war das plötzlich verboten und gegen beide wurde ein Haftbefehl erlassen;
– Eckhard Sch., der in der Nähe eines brennenden SPD-Büros einen Fahrradunfall hatte, wurde vorläufig festgenommen, weil er „stark nach Benzin roch"! Er sitzt immer noch in Vierlande;
– Miriam G. und Jürgen D. sind am 22.4.81 beim Plakatekleben für eine Hungerstreikdemo festgenommen worden und sitzen seitdem in Haft.

### Vorläufig festgenommen und was dann?

Festnahme- und Verhaftungsaktionen, oft in Verbindung mit Wohnungsdurchsuchungen, sind eine ganze Reihe bekannt. Kein Überblick besteht, was aus den vorläufigen Festnahmen im einzelnen geworden ist:
– so ist am 17.2.81 in Kaiserslautern eine Verhaftungsaktion gelaufen, die sich offensichtlich speziell gegen die drei Verhafteten Isolde B., Dietrich F. und Susanne P. richtete. In deren Verlauf sind dann gleich 19 Wohnungen durchsucht und weitere acht Leute festgenommen worden, die personalüberprüft und ED-behandelt wurden.
– in Westberlin wurden nach „taz" vom 14.4.81 bei einer Demo zum Hungerstreik 18 Menschen vorläufig festgenommen, von denen 7 dem Haftrichter vorgeführt worden sind. Weitere Informationen darüber feh-
Haftrichter vorgeführt worden sind. Weitere Informationen darüber feh-
len in der Presse!
– nach „FR" vom 18.4.81 hat es bei einer spontanen Demonstration in Frankfurt 5 vorläufige Festnahmen gegeben;
– 46 vorläufige Festnahmen nach „HA" 27.4.81 und 34 nach „FR" 27.4.81 gab es bei einer Demo in Frankfurt.
– mindestens 5 Menschen sind am 6.5.81 in Karlsruhe verhaftet worden, sie sollen mit Transparenten, Plakaten und Flugblättern für die Hungerstreikenden geworben haben;
– in München hat die Bullerei zehn Leute vorläufig festgenommen, weil sie verhindern wollten, daß der Redebeitrag zum Hungerstreik gestört wird.

### Selbst den Angehörigen wird das Recht genommen zu sprechen

Absolut unmoralisch ist die Behandlung der Angehörigen der Hungerstreikenden. So wurde in der Presse zwar immer davon geredet, daß sie „Elternbonus" (was auch immer das bedeutet) haben; de facto wird auch gegen sie ermittelt nach § 129a!:
– in Hamburg hatten etwa 18 Angehörige die Spiegelkantine besetzt, um die Nachrichtensperre in den bürgerlichen Medien zu durchbrechen. Nach Strafanzeige durch den Spiegel wurde die Kantine von den Bullen geräumt und die Leute alle mitgenommen und überprüft;
– in Bonn hatten sich mindestens 9 Angehörige an einen LKW gekettet, weil sie endlich Stellungnahmen von den zuständigen Behörden zu den Forderungen ihrer Kinder und Geschwister haben wollten. Auch hier kam stattdessen die Bullerei, knackte die Ketten und nahm die Menschen mit.

### Kriminalisiert wurde alles

Festnahmen von Menschen, die Plakate geklebt, Flugblätter verteilt oder Transparente aufgehängt haben, gab es in:
– Frankfurt am 8.3., mindestens 3;
– Heidelberg am 11.4.81, mindestens 2;
– Berlin am 18.4., mindestens 2;
Außerdem wurde offensichtlich jede sich bietende Gelegenheit zur Personalienüberprüfung genutzt.
– nach „taz" 30.3. sind in Frankfurt mindestens 50 Personen überprüft worden, weil sie in einer antifaschistischen Ausstellung auf den Hungerstreik aufmerksam machten.
– mindestens 28 Personen fielen einer Überprüfung zum Opfer, weil sie Transparente zum Hungerstreik in Bäume gehängt haben sollen. („FR" 31.3.81)
– gegen eine unbekannte Zahl von Personen wird ermittelt, weil sie im Frankfurter Schauspielhaus mit einer Besetzung auf den Hungerstreik aufmerksam machen wollten.
– es soll ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sein, gegen die Besetzer des SPD-Büros im Febr. 81 in Westberlin.

### Auch die Anwälte dürfen nicht fehlen

Gleich zu Anfang, zur richtigen Einstimmung für alle beteiligten Anwälte wurden die Wohnungen der RA's Rainer Koch und Rainer Frommann in Frankfurt und Westberlin durchsucht. Vorwurf: illegales Nachrichtensystem.

### Pressezensur

Außer gegen Personen ist auch gegen Zeitungen vorgegangen worden. Allerdings erst wesentlich später. Es blieb also eine Beschlagnahme der Zeitungen aus, die die Hungerstreikerklärung der Politischen Gefangenen nachgedruckt haben. Bekannt sind uns bisher
– Ermittlungen gegen die Radikal
– gegen den AStA Marburg
– gegen ein Bielefelder Frauenflugblatt
– gegen den Arbeiterkampf
– gegen ein Göttinger Flugblatt
Die Ermittlungen gegen den Arbeiterkampf haben eine neue Variante gebracht: so wird nicht der Nachdruck als solcher inkriminiert bzw. dessen Dokumentation, sondern die Staatsanwaltschaft läßt anfragen, ob sich der presserechtlich Verantwortliche von dieser Textdokumentation distanziert oder nicht. Offensichtlich soll das Strafmaß vom Grad der Distanzierung abhängig gemacht werden.

Unsere Auflistung ist mit Sicherheit unvollständig, wir haben uns bemüht, aus den uns vorliegenden Presseartikeln eine Übersicht über das Maß der Kriminalisierung, die mit dem letzten Hungerstreik einherging, zu schaffen. Wir wollen diese Arbeit weiter konkretisieren, um einerseits alle, die ein Ermittlungsverfahren haben, mit Fakten unterstützen zu können und andererseits, um gegen das Ausmaß der Kriminalisierung Empörung zu schaffen. Wir müssen alles tun, um diesen Paragraphen abzuschaffen!

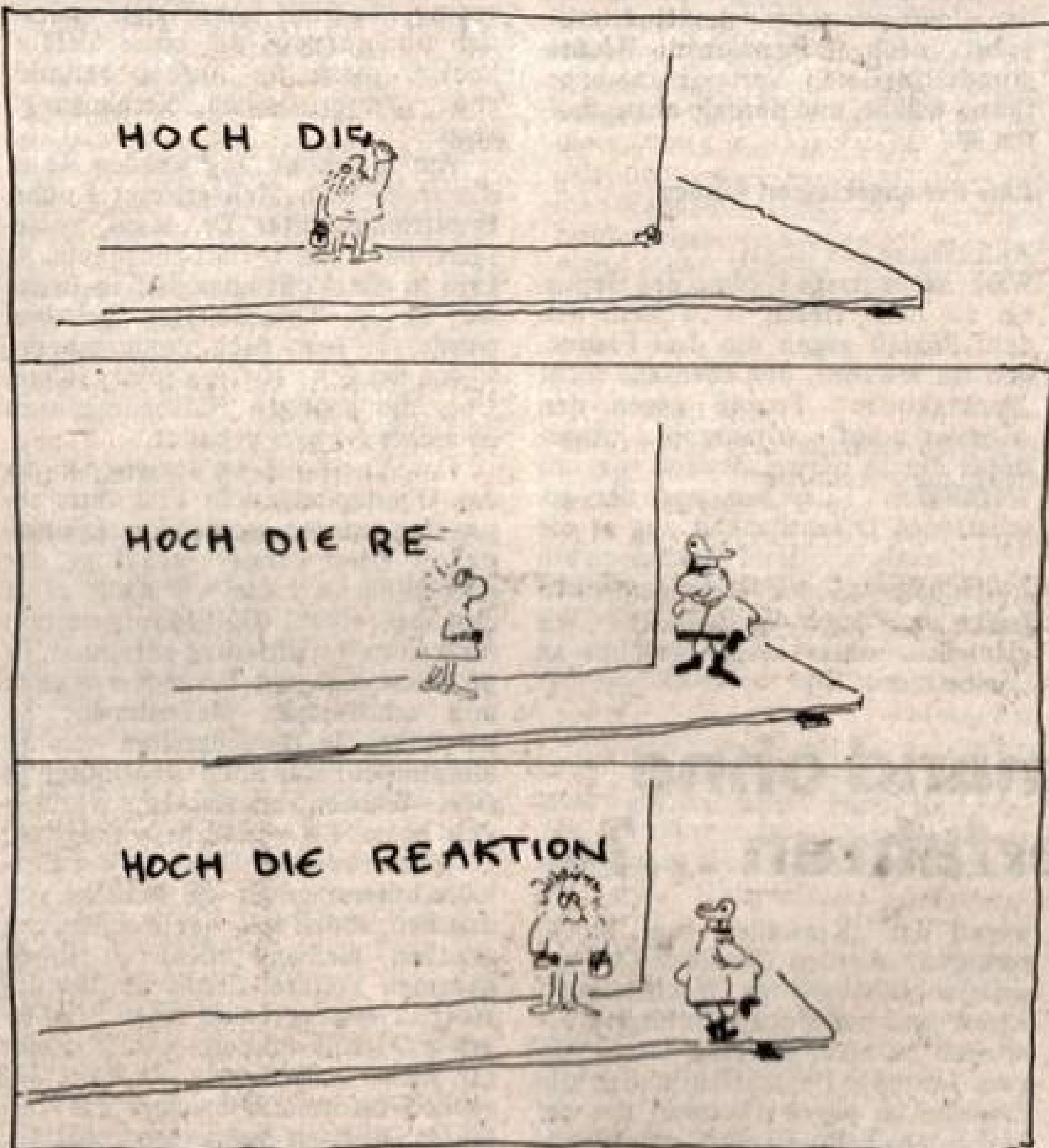
**Sofortige Einstellung aller Ermittlungsverfahren nach 129a und 129! Sofortige Freilassung der Menschen, die mit der Begründung in Haft sind! Abschaffung des Paragraphen 129 und 129a!**

**Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH) / Hamburg**

RA Ströbele:

## Der § 129a ist verfassungswidrig!

**Am 29.6.81 fand in Bochum mit rund 600 Leuten eine Podiumsdiskussion zum Thema § 129a unter dem Motto: 'sind wir alle eine terroristische Vereinigung?' statt. Beeindruckende Veranstalter/innen waren: ASTA, Autonomes Frauenreferat, Basisgruppen, Politischer Buchladen, die Grünen, die ESG, Amnesty international, Centro Latino-americo. Eingestimmt wurde vom 'wahren Anton' aus Köln, der zeigte, wie man/frau trotz alledem lachen kann.**




Es gab zwei Podiumsrunden; die erste bestand aus 6 Betroffenen mit § 129 a Verfahren, die ihre Situation schilderten: 2 der 10 'Autobahnsprüher', die Mutter einer Gefangenen, der Marburger ASTA, und eine der 5 'Koblenzer Frauen'. Neben diesen Berichten gab es eine kleine Erfolgsmeldung: in Marburg wurde das § 129a-Verfahren des ASTA-Antirepressionsreferenten niedergeschlagen. Ein Artikel war ihm als Presserechtlicher zur Last gelegt, jedoch überzeugten chaotische Herstellungsumstände von der Unmöglichkeit einer Ahndung.

Die 2.Runde bestand aus: Otto Schily, Christian Ströbele (Rechtsanwälte/W-Berlin), Reinhard Zimmermann, Rüdiger Deckers (RA's/Bochum), Prof. Knut Ibsen,, Rektor und Juraprof. der Ruhruni-Bochum, Hr. Herzberg, Prof. für Strafrecht - Bochum. Eingeladene Rechte hatten abgesagt. Christian Ströbele stellte sein § 129a Verfahren dar: auf Bitten des Gerichtes überreichte er – während des Prozesses gegen Ulrike Meinhof (1974) – ihre Prozeßerklärung. 6 Jahre später wurde daraus die Anklage gedreht, er hätte Ulrikes Erklärung an die Presse weitergeleitet. Und er erfuhr: Prozeßerklärungen politischer Gefangener werden abgeheftet, und DAS macht sie strafbar, weil sie somit zur „Werbung" werden! Also wird gleichzeitig das Abfassen von Prozeßerklärungen kriminalisiert. Ebenso macht sich der RA, der die Erklärung weiterleitet oder juristisch hilft, strafbar! Ströbele wurde zu 1,5 Jahren Knast verurteilt! Er bezeichnete den § 129a als eine Keule, die jeden bedroht, der/die sich in Opposition verhält; eine Keule, die uferlos angewandt wird, und tendenziös an die Nazi-Juristerei erinnert, bzw. in die gleiche Richtung zielt, wie damalige juristische Verfolgungen. Die Geschichte, die Politik der BRD könne gut an der Anwendung des § 129a klar gemacht werden. Zwar hätten wir keinen Faschismus, aber die Bedrohung würde immer deutlicher! Er meinte, der § 129a sei verfassungswidrig, da nach unserm Grundgesetz Paragraphen nicht so weit auslegbar und dehnbar sein dürften.

Dagegen gab sich Otto Schily ganz liberal: er führte aus, daß eine Vorverlagerung des Staatsschutzes im Strafrecht stattfände, und eine soziale Kontrolle – in die Zukunft gerichtet – verschärft würde. Das Strafrecht würde von der Tat bis zum Wort und vielleicht den Gedanken ausgeweitet. Er stellte die These auf, beim § 129a würde schon Meinungsäußerung zu einem Delikt, verdeutlichte das an folgendem Beispiel: ein Prozeß findet statt, jemand berichtet und kritisiert die Isohaft, die im Prozeß zur Sprache kam. Sohon das kann heute mit Haft bestraft werden! Das sei ganz klar ein Delikt der Meinungsäußerung! Diesem relativ kurzem Statement folgte eine lange Distanzierung: „Selbst wenn ein sinnvoller Zweck beachsichtigt wäre, würde man (mit dem § 129a) nur das Gegenteil erreichen". Die bewaffnete Gewalt sei kein Mittel zur politischen Veränderung. Er beklagte sich, den Anwälten würde, wegen der politischen Erklärungen der Gefangenen, eine humanitäre Verteidigung äußerst schwer gemacht. Er bat, seine Äußerungen mögen nicht mißinterpretiert werden, z.B. als Absicherung nicht selber einen 129a an den Hals zu kriegen.

Nur die Hälfte des Publikums klatschte hier, Pfiffe wurden laut, mehrmals wurde Schilys Ausführung kritisiert, u.a. mit der Frage, ob Distanzierungen nötig geworden seien, b e v o r man sich noch kritisch über die Haftbedingungen äußern dürfe..? Das wurde als „hilfloser Antifaschismus" gewertet, genauso wie das „Hochjubeln" des Hirsch-Interviews, wo dieser doch gleichzeitig für das Kontaktsperregesetz mitverantwortlich sei.

### und die Liberalalas:

Prof. Ibsen führte aus, der 129a sei ein Beispiel für mißratene reaktive Gesetzgebung, mit der man eh schlechte Erfahrungen gemacht habe. Widerstand müsse anders „geregelt" werden. Außerdem sei unklar, welches Verhalten unter 'Werbung' falle, hier läge eine inflationäre Ausweitung des Tatbestandes vor, und der verfassungsmäßig garantierte Bestimmtheitsgrundsatz sei hier nicht mehr gegeben! (d,h, Inhalt, Zweck und Ausmaß einer Maßnahme müssen

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von d. letzten S.

bestimmt (d.h. faßbar) sein). Ursprünglich sei Werbung im Sinne vom § 129a auch nur als Anwerbung von Mitgliedern einer terroristischen Organisation definiert gewesen; auch fände er es erstaunlich, daß Parolensprüher mit dem Tatbestand Völkermord in eine Reihe gestellt würden! Man bräuchte schon einige juristische Akribie, um hier noch mitziehen zu können!

Prof. Herzbrock distanzierte sich von den nicht erschienenen Rechten und versuchte eindringlich klar zu machen, daß er deren Aufgabe nicht übernehmen könne. Dann bekannte er zögernd Farbe: er würde zwar der Kritik materiell weitgehend folgen, (materiell heißt, er findet den Umgang mit dem § falsch, aber den § an sich (formell) richtig). Die Strafbarkeitsgrenze würde allerdings offensichtlich vorverlegt, da schon als Versuch bestraft würde, was doch nur Beihilfe (aha!!) zur Vorbereitung der Werbung sei. Sicherlich, da stimme was nicht, wo schon Sprühen von RAF-Sprüchen (??) als Werbung bestraft würde , aber er (ganz der wertfreie Wissenschaftler) könne nicht beurteilen, ob der Staat gezwungen sei, gegen die Szene „Sperrfeuer" zu schießen. Daß der 129a die Funktion der Isolierung habe, sei ihm klar (soso). Er müsse in Zukunft an die Tat gebunden sein, a l l e r d i n g s s e i e i n e I n h a f t i e r u n g w a s a n d e r e s ! Der 129a müsse als Strafgrundlage abgeschafft werden, aber man müsse schon sehen, wie man 'Sympathisanten' fassen könne, da das notwendig sei, um den Terrorismus zu bekämpfen. Hier lag natürlich die Frage nahe, ob er sich was wirksameres als den § 129a ausdenken möchte...

Hier kam der berechtigte Vorwurf, es ginge einigen RA's nur um Schönheitsreparaturen. Bestimmte auffällige Härtefälle wollten sie wohl vermeiden, um „gerechter", unauffälliger verfahren zu können!! Die Publikumsdiskussion gestaltete sich aber insgesamt recht mühsam, ging von simplen Fragen an die 'Herren Professoren', über vereinzelt politische Beiträge und Statements wie 'nicht Banken knacken ist kriminell – sondern sie besitzen', bis zu den üblichen Leuten, die ihre eigenen Sorgen, die nichts mit dem Thema zu tun haben, berichteten. Wir planten in Münster eine gleich konzipierte Veranstaltung, werden aber aufgrund dieser Erfahrung, bes. wegen der schwachen Publikumsdiskussion, das Konzept ändern, und eine reine Informationsveranstaltung machen. Einerseits mit einer Übersicht der bisherigen Verhaftungen, Anklagen, Urteile und Auswirkungen bei Betroffenen – und andererseits eine Einschätzung (verschiedener politischer Couleur) dieser Willkürmaßnahmen. Bedenkliche Meldungen am Rande: Im Rahmen der Verfahren gegen Hausbesetzer wurden in Freiburg das TAZ-Büro und der Buchladen präventiv durchsucht mit der Begründung, das sei 'zur Gesamtschau notwendig'!!! Wenn das einreißt, kann mit der Begründung in Zukunft alles durchsucht werden...
und: Der Bochumer Polizeipräsident Bernd ist in den Fettnapf getreten: er behauptete, die Bildung einer Sanigruppe, die neue Spontiwaffe „Kleingeld in Säckchen mit sich zu führen, um Polizisten zu schlagen", und der Satz 'dieser Staat ist nicht unser Staat' seien „V e r h a l t e n s w e i s e n d e s T e r r o r i s m u s"!! Wir forderten seine Absetzung!
Veranstaltungen zum § 129a sind leicht auf die Beine zu stellen! Es gibt viel zu tun!!

Bx., KB-Münster

## Ein fünfzackiges Siegel und seine Folgen

Neben den 129a-Verfahren gegen Miriam, Jürgen und Claudia gibt es in Frankfurt noch einen „Fall", der an Groteskheit im Vorgehen der Klassenjustiz die anderen noch übertrifft, der bisher jedoch wenig Öffentlichkeit hat. Seit dem 1.4.81 (also ein Vierteljahr!) sind Angelika und Julius G. in Untersuchungshaft. Zum Verhängnis wurde ihnen ein Briefwechsel mit Stefan Wisniewski, mit dem sie eine Diskussion über die Verhältnisse in der BRD geführt hatten. Einen Briefumschlag hatten sie dabei mit einem Siegel versehen, das einen fünfzackigen Stern und die Buchstaben RAF zeigte. In ihrem Haftbefehl werden die beiden beschuldigt, für eine „terroristische Vereinigung" geworben (§ 129a) und die Gründung einer solchen versucht zu haben. Außerdem habe sich aus Unterlagen, die bei einer Hausdurchsuchung am 25. 3. beschlagnahmt wurden, ergeben, daß sich die beiden in ein Palästinenserlager im Libanon absetzen wollten. Entsprechend wird der Haftbefehl mit Flucht- und Verdunklungsgefahr begründet; im übrigen seien die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen.

Zur Vorgeschichte: Am 25.3. wurde die Wohngemeinschaft, in der Angelika und Julius wohnen, von „hohem Besuch" beehrt: Oberstaatsanwalt Bell im Mercedes, Oberkommissare, ein Fotograf, ein Techniker und Polizisten kamen mit einem Hausdurchsuchungsbefehl des Bundesermittlungsrichters Kuhn vom 19.3. Das beschuldigte Ehepaar würde die Ziele und Methoden der RAF befürworten, denn wer so ein Siegel erwerbe oder anfertige, benutze es sicher auch bei Briefen an andere worten, denn wer so ein Siegel erwerbe oder anfertige, benutze es sicher auch bei Briefen an andere Leute. Die Hausdurchsuchung dauerte drei volle Stunden, wobei bis zur Wandfarbe alles genauestens begutachtet wurde. Zahlreiche Notiz- und Adressenbücher sowie Aktenordner wurden beschlagnahmt. Die ganze Wohnung wurde fotographiert und natürlich auch das beanstandete Siegel sowie Kopien des Briefwechsels mit Wisniewski mitgenommen. A. mußte anschließend mit aufs Präsidium, um sich einer zweistündigen erkennungsdienstlichen Behandlung zu unterziehen. Für den 1. 4. wurden beide per Vorladung durch den Staatsanwalt ins Polizeipräsidium beordert. Sie gingen hin und wurden prompt in Haft genommen, woran sich noch einmal die ganze Gefährlichkeit dieser im Aufbau befindlichen „terroristischen Vereinigung" zeigt.

Am folgenden Tag wurden sie in Karlsruhe dem Stellvertreter Kuhns, Ermittlungsrichter Dr. Maul, vorgeführt, der dann U-Haft anordnete. A. kam in die Vollzugsanstalt in Brühl, wo sie in Totalisolation gehalten wurde, J. kam nach Preungesheim, wohin auch A. 10 Tage später folgte. Über die heutigen Haftbedingungen ist nichts genaues bekannt.

Das Verfahren ist inzwischen an das Oberlandesgericht Frankfurt abgetreten worden, wo sich Ermittlungsrichter Klein damit beschäftigt, der eine ähnliche Linie wie Kuhn fährt und bei einem Haftprüfungstermin für weitere Inhaftierung entschied. Er profiliert sich mit besonders rigiden und schikanösen Maßnahmen: So strich er die Besuchszeiten von 30 Minuten auf nur noch 20 Minuten in zwei Wochen zusammen, worüber sich sogar LKA-Beamte wunderten.

Weiter wertet er Besuche der Eheleute untereinander wie Besuche von draußen, sodaß seit vier Wochen von draußen niemand mehr zu ihnen kommen konnte. Briefe werden um Wochen verzögert und einen Brief einer WG-Mitbewohnerin wollte er erst gar nicht weiterleiten, da dort angeblich Informationen über das Verfahren drinnen gestanden hätten. Erst auf Intervention des Anwalts konnte der Brief seinen Empfänger erreichen. Auch die „taz" wurde dreimal gestoppt mit den einschlägigen Begründungen („Verdacht auf Werbung für eine terroristische Vereinigung", „Verdacht der Aufforderung zu strafbaren Handlungen").

In den ersten Wochen nach der Inhaftierung konnten sich die übriggebliebenen WG-Mitglieder einer offenen Obseivierung „erfreuen". Wie lange sich die U-Haft noch hinzieht und wann der Prozeß stattfinden soll, ist nicht bekannt.

Einstellung aller 129a-Verfahren!
Weg mit dem § 129a!
Freiheit für Angelika und Julius!

KB/Gruppe Frankfurt

## Westberliner »Krawall«-Prozesse: Mitgefangen – mitgehangen



Foto: Peter Homann

**Nachdem die Westberliner Prozesse gegen Instandbesetzer-Demonstranten in der letzten Zeit mit Bewährungsstrafen oder auch Freisprüchen geendet hatten, gab es im 40. Prozeß wieder 14 Monate o h n e Bewährung.**

**Wenige Tage vorher war in einer Berufungsverhandlung die Kollektivschuld aller Demonstranten für jeden geflogenen Stein (nun auch) juristisch und ausdrücklich festgeschrieben worden.**

*„Zur Begründung führte der Vorsitzende aus, der Angeklagte müsse sich auch die Steinwürfe und die darin zum Ausdruck kommende Aggression der übrigen Demonstranten zurechnen lassen"* ("Volksblatt Berlin", 19.6.81). Mit dieser Kollektivschuld-Theorie hat die 3. Große Strafkammer des Landgerichts Berlin in der Berufungsverhandlung gegen Guido Weitz das erste Urteil von 14 Monaten ohne Bewährung bestätigt. Aber nicht nur dies: Die längst gängige Praxis, nach dem Motto "mitgefangen – mitgehangen" zu verurteilen, ist nunmehr auch (in 2. Instanz) juristisch abgesegnet worden; das kann von den untersten Gerichten in erster Instanz nur als (in 2. Instanz) juristisch abgesegnet worden; das kann von den untersten Gerichten in erster Instanz nur als Anweisung verstanden werden, in Zukunft noch mehr und noch härter zu verurteilen – hatte es doch gerade in letzter Zeit eine Reihe von Freisprüchen (12 mal) gegeben, weil die Polizei-Zeugen selbst zum Lügen zu dumm waren.

So beschwerte sich der für seinen Jagdeifer bekannte Zivilbulle Schrapper in einer Prozeßpause bei seinen Kollegen - die wie er als Zeugen vernommen worden waren -: *„Das war aber nicht wie abgesprochen"* (TAZ, 18.6.81). Schrapper war nämlich der einzige, der *„mit 100-prozentiger Sicherheit eindeutig"* (TAZ, 18.6.) den Angeklagten als Flaschenwerfer identifiziert hatte. Richter Heine mochte dem *„verdächtig forschen"* Schrapper nicht glauben und sprach am 16.6. frei.

Nach dem Urteil der 3. Großen Strafkammer zwei Tage später hat es solche Freisprüche nun nicht mehr zu geben. Einzelschuldnachweis ist nicht mehr gefragt. Dabeisein ist alles.

Die Recht(s)sprechung ist wieder einmal schneller als der Gesetzgeber: Die Urteilsbegründung der Großen Strafkammer nimmt die von den CDU-Bundesländern jüngst beantragte Demonstrationsrechtsverschärfung vorweg. Diese wäre gar überflüssig, wenn auch das Kammergericht und der Bundesgerichtshof die Kollektivschuld-Theorie bestätigen würde.

14 Monate ohne Bewährung für die Teilnahme an einer Demonstration – daß Guido Weitz selbst einen Stein auf ein Polizeifahrzeug geworfen haben soll, fällt kaum noch ins Gewicht. Alle geflogenen Steine waren auch seine Steine. *„Nicht der Tatbeitrag des einzelnen, der Gesamterfolg der Demonstranten sei entscheidend"* (TAZ, 19.6.). Und: *„Was als Protest erscheine, so wertete der Vorsitzende die damaligen Ereignisse* ("Dezember-Krawalle",AK), *sei in Wirklichkeit nur die Befriedigung des Aggressionsbedürfnisses einer militanten Minderheit, die glaube gewaltätig werden zu dürfen, wann immer es beliebe"* ("Volksblatt Berlin", 19.6.).

Zwar hatten alle Politiker von SPD bis CDU zugeben müssen, daß über Wohnungsnot und kriminelle Wohnungspolitik in Westberlin erst n a c h den "Dezember-Krawallen" öffentlich diskutiert wurde – aber Richter sind bekanntlich unabhängig und brauchen sich um solches Geschwätz nicht zu kümmern.

Richter sind bekanntlich unabhängig und brauchen sich um solches Geschwätz nicht zu kümmern.

Das Urteil der 3. Großen Strafkammer zeigte bereits Wirkung:
– Fünf Tage später wurde ein 19jähriger Angeklagter wegen schweren Landfriedensbruchs sowie wegen schweren und einfachen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte zu einem Jahr Jugendstrafe (mit Bewährung), verurteilt. Er war allerdings *„im wesentlichen geständig"* und soll einen Funkstreifenwagen mit Steinen beworfen haben ("Tagesspiegel", 24.6.).
– Einen Tag später, am 24.6., ging das Gericht wieder einmal in die Vollen: 14 Monate o h n e Bewährung für einen Erzieher wegen schweren Landfriedensbruchs. Er soll in der Nacht zum 13. Dezember einen Stein *„in Richtung eines Polizeifahrzeuges"* und einen *„auf eine Gruppe von Polizeibeamten"* geworfen haben, was er aber – mehr als glaubwürdig – immer wieder bestritt ("Tagesspiegel", 25.6.81).

Seit dem 2. April ist dieses das erste Urteil, bei dem - nunmehr zum fünften Mal – die Freiheitsstrafe wieder nicht zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Antirepressionskommission des KB/Westberlin

## Richter bezweifeln die Stammheimer Selbstmorde

Vor 2 Jahren gab's da noch einen ziemlich spektakulären Prozeß drum: 3 Frauen hatten ein Flugblatt verteilt, in dem es heißt: *„Wir glauben nicht an die staatlich verordnete Selbstmordthese, sondern sind der Meinung, daß die Stammheimer Gefangenen vom Staatsschutz ermordet worden sind".* Der berüchtigte Richter Graue hatte die drei nach § 90a („Staatsverunglimpfung") zu je 4 Monaten Knast auf Bewährung und zusätzlich 2400,- DM Geldstrafe verurteilt. Inzwischen (allerdings drei Jahre zu spät) haben selbst der Stern, Spiegel usw. die eklatanten Widersprüche in den Untersuchungsergebnissen um Stammheim festgestellt. Aufgrunddessen hat in der Berufungsverhandlung im Juni '81 zum ersten Mal ein bundesdeutscher Richter offiziell erklärt, daß *„...die Selbstmorde als Tatsache der neueren Justizgeschichte n i c h t offenkundig"* seien. Allerdings hat ihn das nicht davon abgehalten, die Frauen trotzdem zu 60 Tagessätzen, d.h. Geldstrafen zwischen 1500 und 1800 DM (plus Gerichts- und Anwaltskosten) zu verknacken: Es sei zwar gestattet, seine M e i n u n g zu äußern, die Gefangenen seien ermordet worden; in dem inkriminierten Flugblatt würden jedoch über die (angeklagte und oben zitierte) Meinungsäußerung hinaus die Morde als feststehende Tatsachen dargestellt werden, indem z.B. das Ganze als „Schweinerei des Staates" bezeichnet würde usw.

Die ganze Urteilsbegründung ist reichlich spitzfindig und kaum nachvollziehbar. Und abgesehen von der begrüßenswerten Feststellung des Richters über Stammheim, hat der Prozeß höchstens noch einmal deutlich gemacht, wie weit und beliebig der § 90a auslegbar ist, der deshalb selbst nach bürgerlichen Rechtsgrundsätzen eine Verteidigung überflüssig macht, und deshalb abzuschaffen ist.

Eine der angeklagten Frauen.

Anmerkung des IKAH:
Wäre nachzutragen, ohne der Genossin zu nahe treten zu wollen, daß dem Prozeß gegen die drei Frauen, den sie erwähnt, der ebenfalls recht „spektakuläre" Prozeß gegen den Arbeiterkampf vorausging. Angesichts der in diesem Prozeß von uns vorgelegten Tatsachen und der geschaffenen Öffentlichkeit zog es die STA damals vor, den Prozeß noch am Eröffnungstag wieder einzustellen (siehe dazu auch die Broschüre „Wir glauben immer noch nicht an „Selbstmord"!")

## »Hier noch jemand ohne Ermittlungsverfahren ...?«

Ob Bundeswehrgelöbnis, El Salvador, Haftbedingungen, Walpurgisnacht, 1. Mai, Hausbesetzungen, Verkehrssituation – seit über einem halben Jahr läßt die hannoversche Polizei keine Möglichkeit aus, Teilnehmer an Kundgebungen, Aktionen oder Demos festzunehmen oder zumindest ihre Personalien festzustellen. Festgenommene werden verprügelt, Jugendzentren und Wohnungen durchsucht, Eltern und Arbeitgeber informiert ("Wußten Sie schon, daß der bei Ihnen Beschäftigte X zur Hausbesetzer-Szene zu rechnen ist?") und natürlich Ermittlungsverfahren eingeleitet – inzwischen sind das über 700 (in Worten: siebenhundert)! Bei den Verfahren gegen Hausbesetzer, die den größten Teil der Betroffenen stellen, herrscht noch relative Ruhe. Bislang ist von dieser Gruppe noch niemand angeklagt worden. Wahrscheinlich hat die SPD-Stadtverwaltung darum gebeten, die Verfahren bis nach den Kommunalwahlen im September auf Eis zu legen, um ihr „linkes" Image nicht zu gefährden. Dagegen sind inzwischen drei Leute wegen der „Krawalle" vom 11.11. verknackt worden (Strafen: 14 Tage soziale Dienste, 4 Wochenenden Arrest und vier Monate Gefängnis zusätzlich zu einer anderen Strafe von zwei Jahren). Demnächst stehen die Prozesse an gegen Dietmar, der am 11.11. u.a. beim Kaufhof eine Scheibe eingeschmissen haben soll, und gegen Conny, die wegen des 11.11. bereits über 3 Wochen in U-Haft gesessen hat. Genaueres dazu und die Termine werden wir noch mitteilen.

Wenn Staatsanwaltschaft und Polizei ungestört so weiter machen, wird bald auch der letzte Hannoveraner, der nicht mit allem einverstanden ist, was in der Stadt und in der Welt passiert, ein Verfahren am Hals haben. Darum: Unterstützt die Angeklagten! Kommt zu den Prozessen! Spendet an: Verein für angewandte Sozialarbeit e.V. (Ermittlungsausschuß), Konto Nr. 840 610, Stadtsparkasse Hannover! Der Ermittlungsausschuß trifft sich donnerstags um 18.00 Uhr im UJZ Kornstraße.

Ermittlungsausschuß Hannover

## Solidarität ist machbar

**Nachdem in AK Nr. 201 ausführlich über ein 129 a-Verfahren gegen fünf Frauen, darunter einige Genossinnen, berichtet wurde, versuchen wir nun zusammenzustellen, was bisher an Solidaritätsarbeit in einzelnen Städten gelaufen ist.**

Den 5 Frauen wird vorgeworfen, in der Nacht vom 16. zum 17.4. in Koblenz Parolen zum Hungerstreik geschrieben zu haben. Sie wurden daraufhin in Koblenz für 36 Stunden inhaftiert und bei fast allen fanden Hausdurchsuchungen statt. Heute haben sie einen außer Vollzug gesetzten Haftbefehl nach den Paragraphen 129 a, „Werbung für eine terroristische Vereinigung", und 90a, „Verunglimpfung des bundesdeutschen Staates". Aufgrund von Anträgen der Anwälte nach Aufhebung oder wenigstens Erleichterung der Haftbefehle müssen die Frauen sich nunmehr „nur noch" einmal wöchentlich melden, sie erhalten ihre Papiere zurück, der Haftbefehl bleibt jedoch.

In Frankfurt wurde ein Flugblatt herausgegeben ( „Ein Gespenst geht um – der § 129a "), das Öffentlichkeit über das Verfahren herstellt und mit den Forderungen schließt:
– *Sofortige Aufhebung der 5 Haftbefehle und der 5 Verfahren*
– *Solidarität mit Claudia*
– *Herausgabe der beschlagnahmten Kleidungsstücke!*

Die Erstunterzeichner des Flugblatts sind:GEW-Gruppe der gymnasialen Oberstufe Bockenheim-Süd, ASH, Frauenzentrum Neu-Isenburg, Frauengruppe im Club Voltaire, Redaktion der Schülerinnenzeitung „Virginia", 2 Schülerinnengruppen, Redaktion des Frankfurter Frauenblatts, Frauengruppe „Frauen zum Bund – Nein Danke", Stadtschülerrat Frankfurt, SV der GOS Bockenheim-Süd, SDJ-Die Falken/Unterbezirk Frankfurt, KB/Gruppe Frankfurt, Mitglieder der Programmgruppe des Club Voltaire, BI gegen Atomanlagen Bockenheim-Rödelheim, KL, Frauengesundheitszentrum, SV Gutenbergschule, H. Lauterbach (Lehrerin), J. Kessel (Lehrerin), „Schmetterlinge", Eppendorfer Initiative gegen Rechts, SV der Ernst-Reuter Schule II (Vorstand), SV der E. Spranger Schule (Vorstand), Frauengruppe St. Georgien, Frauengruppe der Fachhochschule Frankfurt, AStA Uni-Frankfurt, Aktionsbündnis Rock gegen Rechts, Jutta Stössinger (Journalistin), Claudia Michels (Journalistin), Pastor R. Röhrborn, Gegenbildstelle Frankfurt, KBW Hessen-Süd, TLD, Christa Schell (Journalistin), Dieter Dehm (Lerryn), fünf Frauen der DFI.

Der Frankfurter Stadtschülerrat erklärte sich sofort solidarisch und verabschiedete eine Presseerklärung, in welcher er gegen die Verhaftung, erkennungsdienstliche Behandlung usw. der Frauen protestiert, die Ein-

Fortsetzung nächste Seite

**Fortsetzung von vorheriger Seite**

stellung des Verfahrens fordert und sich gegen die Kriminalisierung der betroffenen Frankfurter Abiturientin, selbst Mitglied im Stadtschülerrat, ausspricht. In der Stadtschülerratszeitung „Opstan" erschien ein Artikel von Claudia und auf einem riesigen Stadtschülerratsfest konnte sie ausführlich über das Verfahren berichten und die Schüler auffordern, auf ausgelegten Unterschriftenlisten zu unterschreiben. Bisher gibt es schon 14 volle Listen mit je ca. 20 Unterschriften, womit die Schüler die Forderungen des o.g. Flugblatts unterstützen. Ferner haben der Offenbacher Stadtschülerrat und die Schülervertretung der Bettinaschule Solidaritätserklärungen verabschiedet. Desweiteren liegt eine Solidaritätserklärung der KB/Sympathisanten–Gruppe aus Baden-Baden vor, die Darmstädter Ortsgruppe spendete 100 DM, ebenfalls 100 DM spendete eine Frankfurter Genossin und 20 DM kamen neben anderen Spenden auf einer Veranstaltung der Arbeiterselbsthilfe/Oberursel zusammen.

In Münster erschien ein Flugblatt („Solidarität mit Beatrix und Tonia"), worin die Öffentlichkeit über die Kriminalisierung der 5 Frauen und den § 129a informiert wurde. Die abschließenden Forderungen sind:

- *sofortige Aufhebung der 5 Haftbefehle und der 5 Verfahren*
- *Solidarität mit Beatrix und Tonia aus Münster sowie mit Claudia, Heidi und Ulrike.*

Die Erstunterzeichner des Flugblatts sind: –
Autonomes Frauenreferat der FH (Fachbereich Sozialwesen), Frauenbuchladen Münster, GAL-Frauengruppe, Notruf-Initiative Münster, Uni-Frauengruppe, Arbeitskreis Umwelt, AStA der Fachhochschule, Die Grünen, Grüne Alternative Liste, GAL-Unigruppe, Kommunistischer Bund, Netzwerk-Plenum, Erwin Rock (Homosexuelle Initiative Münster), AStA der PH (ehemals), Uni-AStA, Studentenparlament der Uni, Männergruppe Münster, Beschwerdestelle gegen Verbrechen in Landeskrankenhäusern, „Knipperdolling" (Alternativzeitung), DFI, DKP, ESG/KSG der Fachhochschule, Resta-Buchladen.

Unterschriften werden weiter gesammelt, zur Zeit schwerpunktmäßig von progressiven Professoren an der Uni. Die Uni-Frauengruppe hat 1.500 DM gespendet!

In Bochum leierte eine Freundin von einer der Münsteraner Frauen eine Kampagne an, die beispielhaft ist. So gibt es schon eine Solidaritätserklärung, das Frauenreferat des AStA macht eine Veranstaltung zum § 129a, bei der eine der kriminalisierten Frauen auf dem Podium sitzen wird. Solidaritätsunterschriften werden Frauen auf dem Podium sitzen wird. Solidaritätsunterschriften werden auch hier gesammelt. In Bielefeld gab eine andere Freundin ein Flugblatt heraus. Freunde aus Holland statteten einen Besuch in Münster ab. Sie versuchen, ein Interview in einer holländischen Zeitung zu ermöglichen und erzählten, daß in Holland viel über die Kriminalisierungswelle mit § 129a-Verfahren in der BRD berichtet würde.

In Aachen erschien die Alternativzeitung „Klenkes" als Extranummer zu Kriminalisierungen mit der Auflage von 20.000. Zum Verfahren gegen die 5 Frauen wurde ein langer Bericht abgedruckt. Unterzeichner dieses Artikels sind: Ermittlungsausschuß, 2 Frauenseminare, ein Deutschseminar, Fachschaft 11, Frauen gegen den Krieg, Aachener Frauenkabarett, Kommunikationszentrum Aachen e.V. und der KBW. Leider ließen hier die Energien beim Unterschriftensammeln etwas nach, doch es wird weiter darum gebeten, Solidaritätserklärungen zu verfassen.

In Karlsruhe gestaltet es sich relativ schwierig, eine Öffentlichkeitsarbeit konkret an einem Fall aufzubauen, da dort Verfahren nach § 129a und ähnlichem an der Tagesordnung sind. Jedoch hat eine Frau der Jungdemokraten Interesse angemeldet, mit ihrer Organisation was zu unserem Verfahren zu machen.

Zuguterletzt ist noch von Hannover zu berichten, wo eine Genossin auf mehreren Veranstaltungen über uns berichtet hat und danach eine Spendendose rumgehen ließ. So kamen auf dem nationalen „Frauen und Technik" - Treffen 150 DM zusammen, auf einem Frauenfest wurden 100 DM gespendet, Arbeitskollegen der Genossin spendeten 100 DM und auf dem Lesbenpfingsttreffen in Berlin konnte sie für den Prozeß nochmal 150 DM sammeln.

Insgesamt haben wir bisher meist gute Erfahrungen gemacht, es wurde sich uns gegenüber sehr solidarisch verhalten, und wir möchten alle Leser/innen bitten, auch an euren Orten eine ähnliche Solidaritätsarbeit zu entwickeln.

**Eine Frankfurter Genossin**

# Zu der Auseinandersetzung um den letzten Hungerstreik der RAF-Gefangenen

**1. Zusammenhänge zwischen der Politik der Gefangenen und ihrer Haftsituation – die These von der „Endlösung".**

Eine Genossin stellt in AK 201, S.23 die These auf: *„Die staatliche Reaktion auf die Guerilla ist nicht zu trennen von der Politik der Guerilla ...".*

Diese These bezeichnet den Standpunkt der RAF-Gefangenen selbst. Die Genossin hat sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht. Tatsächlich geht diese These aber auf den Kern des Selbstverständnisses der RAF zurück, was sich u.a. daran zeigt, daß die Genossin von der „Guerilla" spricht – eine Terminologie, die soweit mir bekannt, bisher ausschließlich die RAF selbst (bzw. ihre Anhänger) für sich benutzt hat. Diese These hat zur Voraussetzung ein Verständnis der RAF als kriegführende Partei gegen den imperialistischen Staat. Sie geht damit weiter davon aus, daß sich auch umgekehrt der Staat in einem Kriegszustand mit der „Guerilla" als Vorhut des Aufstandes, der revolutionären Umwälzung befindet: Der Staat erkennt „die Guerilla", also die RAF, als die revolutionäre Kraft und versucht nun seinerseits, mit den Mitteln der „counterinsurgency" (d.h. Aufstandsbekämpfung) die RAF zu bekämpfen.

Im Rahmen dieses Grundverständnisses, das in der obigen These ausgedrückt ist, interpretiert die RAF die Entwicklung des Staatsapparates – d.h. Ausbau des Polizeiapparates, Erweiterung der polizeilichen Befugnisse, Verschärfung von Gesetzen und deren Anwendung durch die Justiz und Verschärfung der Haftbedingungen – unmittelbar als Reaktion auf ihre Politik. (Ein komischer Nebeneffekt dieser Interpretation: damit befindet sich die RAF im Ergebnis im vollsten Einverständnis mit allen bürgerlichen Demagogen, die ebenfalls alle in den letzten Jahren erfolgten Verschärfungen als „leider" notwendige Reaktion auf den „Terrorismus" zu verkaufen versuchen ...)

Meine Position dazu ist eine andere: Wie m.E. überzeugend u.a. im Russell-Buch Nr. 5 ausgeführt und nachgewiesen wird, sind die Programme zur „Inneren Sicherheit" nicht erst als Reaktion auf Anschläge der RAF o.ä. entstanden. gramme zur „Inneren Sicherheit" nicht erst als Reaktion auf Anschläge der RAF o.ä. entstanden. Sie sind lange vorher geplante Entwicklungen, die schließlich aus Anlaß dieser oder jener tatsächlichen oder angeblichen Vorgänge in der „Terroristenszene" in die Tat umgesetzt worden sind. Ich gehe also davon aus, daß der Staatsapparat langfristig auf eine Faschisierung zustrebt, d.h. auf einen Abbau bürgerlich-rechtsstaatlicher Normen, auf die Durchsetzung eines immer größeren auch faktischen Handlungsspielraums und die entsprechende ideologische Legitimierung. Gerade im letztgenannten Zusammenhang spielte die „Bekämpfung des Terrorismus" in den letzten zehn Jahren die entscheidende Rolle. Wir sollten uns dadurch jedoch nicht täuschen lassen: gemeint ist tatsächlich nicht nur die RAF o.ä., vielmehr hat die Entwicklung des Staatsapparates eindeutig hauptsächlich präventiven Charakter, d.h. es sollen bereits heute nicht nur die faktischen Möglichkeiten für die Unterdrückung der erwarteten sozialen Kämpfe geschaffen werden, sondern auch das Bewußtsein der Massen soll Schritt für Schritt auf eine derartig repressive „Krisenpolitik" vorbereitet und eingeschworen werden.

Im Rahmen dieser Grundannahme bewerte ich auch die Verschärfung der Haftbedingungen anders als die RAF. Freilich sind auch – und aktuell sogar in erster Linie – die konkreten Personen, die Gefangenen aus der RAF u.a., gemeint: sie sollen gebrochen werden, sie sollen mindestens total aktionsunfähig gemacht werden. Gleichzeitig gehe ich davon aus, daß an den RAF-Gefangenen die Isolationsfolter erprobt werden soll, um sie auch weiterhin gezielt einzusetzen. Für wen (ent)stehen die Hochsicherheitstrakte überall ...? Offenbar doch nicht für die RAF-Anhänger! In Hamburg beispielsweise ist der Trakt bisher überhaupt nicht mit politischen Gefangenen belegt worden, sondern ausschließlich mit „besonders gefährlichen" „sozialen" Gefangenen, die angeblich den liberalen „offenen Vollzug" mißbraucht haben sollen: Zuckerbrot und Peitsche. Die Genossin hat also Recht: „Wenn man etwas bekämpfen will, muß man wissen, warum das so ist" – nur ist es anders, als die Genossin meint ...

**2. Zu den Forderungen des Hungerstreiks, insbesondere der Kritik von Wisniewski an der Forderung nach 15er Gefangenenzusammenlegung (AK 201, S. 22).**

Wisniewski gibt als Stoßrichtung für zukünftige Knastkämpfe an: Zusammenlegung unter Aufhebung aller Trennungen zwischen politischen und sozialen, sozialen und sozialen und natürlich politischen und politischen Gefangenen. Diese Stoßrichtung beinhaltet die Zerschlagung aller Hochsicherheitstrakte/Sonderbehandlung.

Diese Stoßrichtung halte ich für haargenau richtig, insbesondere auch den von Wisniewski vorgetragenen Begründungszusammenhang. Wisniewski bringt nämlich endlich die Diskussion um die Forderung nach Zusammenlegung von der falschen moralischen Ebene herunter, auf der bisher beide Seiten, die Gegner und die Vertreter dieser Parole, argumentiert haben: ist die Forderung nach Zusammenlegung, wie sie die RAF-Gefangenen vertreten, „berechtigt" oder nicht? Während die eine Seite – vertreten etwa durch die Verfasser/innen der „Magna Charta" – diese Parole ausschließlich als Beweis für das Avantgarde-Denken der RAF ansieht; diese Parole verantwortlich macht für die Spaltung der „Gefangenenbewegung" (?) in „soziale" und „politische" Gefangene und damit dieser Parole in erster Linie die Schuld dafür gibt, daß sich an den Haftbedingungen bis heute nichts verbessert hat – beharrt die andere Seite – die RAF-Gefangenen – ungeachtet aller Mißerfolge bei der Durchsetzung dieser Forderung weiterhin auf dieser Parole. (Wobei sich die RAF auf den Widerspruch hinweisen lassen muß, daß sie 1974 nach drei gescheiterten Hungerstreiks und nach dem Tode Holger Meins' die ursprüngliche Forderung nach Gleichbehandlung zugunsten der Zusammenlegungsforderung aufgegeben hat, weil sie die Gleichstellungsforderung nicht, die Forderung nach Zusammenlegung hingegen für durchsetzbar hielt.) Jedenfalls geht es nicht darum, ob die Zusammenlegungsforderung „berechtigt" ist oder nicht. Es geht darum, daß diese Forderung eine Stoßrichtung enthält, bei der *„es Rebmännern einfach gemacht wird, nach der Methode: einkreisen und vernichten das offene Messer aufzustellen"* (Wisniewski, AK, a.a.O.). Ich denke, so einfach soll er es nicht haben. Daher gilt es, die Entwicklungen und Erfahrungen der letzten Jahre für uns nutzbar zu machen.

Das heißt: selbst wenn die Einschätzung der RAF aus dem Jahre 1974 aus damaliger Sicht richtig gewesen sein sollte, so ist das kein Grund, für immer und ewig an dieser Einschätzung festzuhalten und stereotyp zu wiederholen, „Integration in den Normalvollzug" sei nicht durchsetzbar. Inzwischen muß sich der Staat vorhalten lassen, daß es offenbar sehr wohl möglich ist, auch RAF-Gefangene, die nicht „abgeschworen" haben, in den Normalvollzug zu verlegen: es war ja ausgerechnet Sigurd Debus, der aus dem Normalvollzug heraus (!) für die Forderung nach Zusammenlegung gehungert hat und sterben mußte. – Inzwischen ist der Staat immerhin mit Ansätzen einer Anti-Knast-Bewegung konfrontiert, die sich an der Frage der Hochsicherheitstrakte entwickelt hat. Die zweifellos auch in breiteren Kreisen der Öffentlichkeit vorhandene Sensibilisierung in dieser Frage muß von uns aufgegriffen und genutzt werden. Die RAF jedoch tut das Gegenteil: ihre Forderung nach Zusammenlegung geht nicht nur total an diesen Ansätzen vorbei, sondern die RAF hat *„sich jetzt auf die Kleingruppenisolation im Trakt eingelassen"* (AK 201, S. 21, Erklärung der RZ). Daß eine derartig bornierte und ausschließlich auf ihr Selbstverständnis bezogene Politik der RAF (s. o.) „es den Rebmännern einfach macht", nach dem „Motto: einkreisen und vernichten" zu verfahren, liegt auf der Hand. Deswegen kann ich weder der RAF noch sonstwem raten, für die Forderung nach Zusammenlegung zu kämpfen! Nicht, weil ich diese Forderung für „unberechtigt" halte, sondern weil ich sie für politisch borniert halte.

**3. Einschätzung der bisherigen Solidaritätsarbeit – Stellungnahme zu der These von Wisniewski und F., daß die Basis immer enger geworden sei.**

Meine gegenwärtigen historischen Kenntnisse reichen leider nicht aus, um über diese These einigermaßen belegbare Feststellungen zu treffen. Immerhin ist aber wohl festzustellen, daß jedenfalls in den letzten Wochen des Hungerstreiks eine ganz beachtliche Öffentlichkeit zustandegekommen ist, die sich für die Hungerstreikenden einsetzte, namentlich kirchliche Kreise. Ich habe jedoch Zweifel, ob es sich hierbei um mehr als bloß aktuelles, punktuelles Engagement handelt, so daß von einer wirklichen „Basis" nicht die Rede sein kann. Das erscheint mir um so zweifelhafter, als noch nicht einmal in der Linken eine „Basis" für den Kampf um bessere Haftbedingungen vorhanden ist, so daß auch hier bloß *„kurzfristig eine Zunahme knast- und gefangenenbezogener ... Aktion stattfindet"* (AK 201, S. 22, Fritz Teufel). Sicher scheint mir auch zu sein, daß der Kampf der RAF-Gefangenen auch innerhalb der sonstigen Knackis über keine „Basis" verfügt.

M.E. hat die These von Wisniewski, wonach sich *„die breite Basis nach und nach pyramidenförmig verringert, anstatt daß umgekehrt bei einer richtigen politischen Bestimmung die Solidarität gewachsen wäre"* (AK 201, S. 22), so auf jeden Fall einen falschen Zungenschlag. Sie erinnert mich an die Behauptung in der „Magna Charta", wonach in erster Linie die falschen Forderungen Schuld waren/sind am desolaten Zustand der Knastbewegung (s.o.). Ich bin immer noch der Meinung, daß die massive Kriminalisierung, wie sie gerade auch im letzten Hungerstreik in atemberaubender Breite durchgezogen wurde, die Solidaritätsarbeit mindestens genauso behindert wie falsche Forderungen. Sicher, es gibt einen Zusammenhang hindert wie falsche Forderungen. Sicher, es gibt einen Zusammenhang zwischen falschen Forderungen und Kriminalisierung – falsche Forderungen führen zur politischen Isolierung und das erleichtert Kriminalisierung – aber das heißt nicht, daß die Kriminalisierung vor richtigen Forderungen Halt macht, besonders dann nicht, solange die Bewegung noch schwach ist.

**4. Zum Politikverständnis, insbesondere Fritz Teufels Kritik am „blinden Aktivismus".**

Fritz Teufels Kritik an der „kurzfristigen Zunahme knast- und gefangenenbezogener ... Aktionen" läuft darauf hinaus: *„Das Auseinanderklaffen von Anspruch und tatsächlich möglicher wirklicher Praxis führt nicht nur durch praxisferne Theorie und Passivität, sondern auch über theorielose Praxis und blinden Aktivismus in die Sackgasse von Resignation und dem Betäubungsmittel von Resignation: Selbsttäuschung".*

Entscheidender Ausgangspunkt eines jeden Politikverständnisses, eines jeden Verhaltens zum Hungerstreik muß also sein, daß die „tatsächlich mögliche wirkliche Praxis" begrenzt ist. Aus diesem Grunde stellt sich nun die Frage der jeweiligen Effektivität von Solidaritätsaktionen.

Diese Fragestellung wird jedoch verschleiert, wenn so getan wird, als ginge es darum, ob wir überhaupt praktische Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen üben. So eine Genossin in ihrem Beitrag (AK 201, S.23), wenn sie fragt: *„Aber heißt denn, wenn die Linke Angst vor Solidarität hat ... daß wir selbst auch das Maul halten?"* Der anschließende Satz: *„Davon kriegen wir auch kein breites Bündnis"* ist nicht nur verschleiernd, sondern vollständig unsinnig. Natürlich hat niemand behauptet, daß wir durch die Nichtteilnahme an einer bestimmten Aktion (hier: Demo) ein breites Bündnis zustandebekommen!

Wer die Fragestellung so verschleiert und verallgemeinert, drückt sich um die Frage herum, welchen konkreten Nutzen die Teilnahme an einer bestimmten Aktion bringen kann, bzw. hätte bringen können. Erwartungsgemäß enthält der Beitrag der Genossin dazu auch kein Wort.

Das zwingt zu der Annahme, daß es der Genossin gar nicht um die Effektivität von Solidaritätsaktionen geht, obwohl sie in ihrem Beitrag verschiedentlich diesen Eindruck zu erwecken versucht. Vielmehr scheint die Genossin die Einstellung zu haben: ob's was bringt oder nicht, spielt überhaupt keine Rolle – Hauptsache, wir sind dabei. Diese Einstellung hat jedoch kaum noch etwas mit Politik zu tun, sondern ist ein rein moralisches, ich möchte bald sagen: fast religiöses Bekennertum. Das kann man/frau ja richtig finden, nur muß man/frau dann ehrlicherweise zugeben, daß diese Einstellung auch den Gefangenen nichts nützt, sondern bloß seinem eigenen „guten Gewissen". Mit „Solidarität" hat das dann auch nichts mehr zu tun. – Genausowenig ist es umgekehrt ein Beweis für „Entsolidarisierung", wenn wir die Teilnahme an einer bestimmten Aktion oder sogar an einer bestimmten ganzen Kampagne ablehnen, weil wir sie für nutzlos, unsinnig halten.

**5. Stellungnahme zum Denunziationsvorwurf der Genossin aus Westberlin.**

Der Denunziationsvorwurf der Genossin bezieht sich auf die Formulierung „ ... *könnt ihr nicht mehr sein als der ‚legale Arm der RAF'*". Zunächst muß vorab festgestellt werden, daß eine konkrete Denunziation in dieser Formulierung sicherlich nicht liegt, und auch die Schlußfolgerung der Genossin, dadurch seien die Leute „zum Abschuß freigegeben" worden, kann daraus nicht unmittelbar abgeleitet werden. Dafür ist die Formulierung – in der Zukunft und im Konjunktiv – viel zu vorsichtig. Außerdem wird der Staatsschutz nicht erst durch diesen Artikel auf die betreffenden Gruppen und deren politischen Standort aufmerksam geworden sein...

Also kann in dieser Formulierung allenfalls eine „politische Denunziation" liegen. Politische Denun- Also kann in dieser Formulierung allenfalls eine „politische Denunziation" liegen. Politische Denun- ziation und Kritik liegen naturgemäß häufig nahe beieinander. Daher muß m. E. – unabhängig davon, ob man/frau diese politische Kritik teilt oder nicht – nicht nur der Kontext des gesamten Textes, sondern auch die Politik des KB als Interpretationshintergrund herangezogen werden. Maßgebend ist hierbei folgende Tatsache: bekanntlich macht der KB seine Solidaritätsarbeit nicht von politischen Differenzen abhängig. D.h.: wir sprechen dem Staat das Recht ab, Leute wegen politischer Aktionen/politischer Standpunkte zu kriminalisieren – mögen wir diese Aktionen/Standpunkte für falsch oder richtig halten (das gilt selbstverständlich nicht für Nazis). Insbesondere sprechen wir dem Staat das Recht ab, Menschen zu kriminalisieren, die – in welcher Form auch immer – ganz massives Unrecht, das dieser Staat begeht, anprangern und bekämpfen. Daran hat der KB nie Zweifel gelassen, auch nicht daran, daß wir die Haftbedingungen für massives Unrecht halten. – „Politische Denunziation" kann aber nur heißen: die Leute „zum Abschuß frei geben" für die Kriminalisierung seitens des Staates.

Daher kann diese politische Kritik aus dem Munde des KB nicht in einen Topf geworfen werden mit ähnlichen Formulierungen, wenn sie etwa von Seiten der DKP/Jusos, neuerdings „Z" u.a. an der Politik des KB kommen (hier sei an die Stellungnahmen zur Hamburger Demo vom 2.2. sowie an den Tod von Olaf Ritzmann erinnert). Wir haben „politische Kritiken" von dieser Seite zu Recht als „Denunziation" angeprangert, weil bei diesen Gruppen klar ist, daß eine derartige „politische Kritik" identisch ist mit der Verweigerung von Solidarität.

Die Genossin aus West-Berlin sollte diese „feinen" Unterschiede (er)kennen und ihren unhaltbaren Denunziationsvorwurf zurücknehmen.

**E. (IKAH)**

# Frankreich in blau-weiß-rosa

Von insgesamt 489 Sitzen besaß die Linke 204 in der alten Nationalversammlung. Die frühere Mehrheit, die Giscard stützte, hatte 285 Sitze. Nach den Legislativwahlen vom 14. und 21. Juni besitzt die Linke nunmehr 333 Sitze, sie hat also 129 zusätzliche Abgeordnete, und damit die absolute Mehrheit. Die KPF hat dabei die parlamentarische Vertretung halbiert: von 86 auf 44 Sitze.

Die PS und die MRG verfügen zusammen über 285 Abgeordnete. Ein Debakel haben die Rechten erlebt: sie finden sich mit gerade 156 Sitzen wieder; diese Pleite trifft in nahezu identischen Proportionen den RPR (Chirac) und die UDF (Zusammenschluß diverser rechter Parteien, von der PR Giscards bis zur Zentrumspartei von Lecanuet). Der RPR verlor 67 Sitze (heute: 84 Abgeordnete), die UDF verlor 58 Sitze (heute: 64 Abgeordnete).

Nun ist die neue Regierung gebildet worden, herausragende Erscheinung ist hierbei die Beteiligung von vier Ministern aus den KPF-Reihen.

Somit ist die PS seit 23 Jahren, die KPF seit 34 Jahren zum ersten Mal wieder an den Regierungsgeschäften beteiligt. Viel wurde versprochen, einiges schon an Maßnahmen ergriffen, worauf wir weiter unten eingehen. Die Frage ist, ob die Regierung, entgegen der weltweiten Spar- und Krisenpolitik, wirklich ein Weniger an ökonomischer und politischer Unterdrückung für die Massen bedeuten wird, ob sie das tatsächlich auch will – und wenn ja, ob sie es dann auch durchführen k a n n.

Die Frage ist auch die nach dem „Nutzen" (nicht nur für die französischen Massen und die französischen Linken, sondern auch für uns in der BRD) dieses Wahlsieges für alle diejenigen, die wie wir nicht nur einen Regierungswechsel, sondern einen Gesellschaftswechsel wollen.

Allgemein formuliert: die Entwicklung hängt vom Verhältnis Regierung/Bourgeoisie und von der Beibehaltung der Autonomie und der Reifung der Massenbewegungen ab. Ob die KPF-Regierungsbeteiligung in diesem Sinne ist, ist fragwürdig. Verschiedene Möglichkeiten sind denkbar:

Die eine wäre die einer schnellen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, verstärkt durch die Sabotage der Kapitalisten, wobei das sogenannte „Modell Mitterrand" ein rapides Ende finden würde. Chirac und seine Freunde scheinen neuerdings auf diese Option hinzuarbeiten (Wiederauflösung der jetzigen Nationalversammlung, Neubildung einer Mehrheit mit den willigen PS-Mitgliedern). Die andere wäre, daß der PS die Kollaboration mit den Kapitalisten gelingt, wobei schon einige Reformen für das Volk abspringen würden, also grosso modo eine „sozialdemokratische Stabilisierung".

Die dritte ist, daß der Regierungswechsel neuen Mut und neues Selbstvertrauen all denjenigen gibt, die schon lange kämpfen, ob im Betrieb, in der Frauenbewegung, in politischen Organisationen oder anderswo. Daraus ergibt sich die reale Perspektive einer Neuformierung der Revolutionäre. Letztlich wird die Zukunft vom Zusammenspiel dieser drei Faktoren bestimmt werden.

„Changer de gouvernement/Ce n'est pas suffisant!/C'est toute la société/qu'il faut changer!"
(Die Regierung zu ändern, das reicht nicht, die ganze Gesellschaft muß geändert werden).

(Aus „C'est possible", Zeitung der belgischen Organisation „Pour le Socialisme", PCS)

## Moderate Sozialreformen

In Frankreich gibt es derzeit 1.723.700 Arbeitslose, das sind 22 % mehr als im April 1980. Davon sind 39,5 % Jugendliche unter 25 Jahren und 51,3 % Frauen.

Die Zahl der Entlassungen hat vom April 80 bis zum April 81 um 45,5 % zugenommen. Der bisherige Mindestlohn („SMIC", 66 % der werktätigen Frauen sind sogenannte „Smicarden") betrug netto 2.300 Francs (ca. 1.100 DM). Hinzu kommt eine Inflationsrate von 14 %. Nach Rechnung der Gewerkschaft CFDT verdiente im April 1980 jede/r zweite Werktätige weniger als 3.600 Francs monatlich (Bruttolohn, d.h. ca. 1.800 DM). Die neue Mitterrand-Regierung hat den Brutto-Mindeslohn auf 2.900 F. (statt 2.635 F.), die Mindestrente auf 1.700 F. (statt 1.416 F.) erhöht.

Sensationelle Erhöhungen sind dies nicht. Auch Giscard hatte bei seinem Amtsantritt 1974 eine Geste gezeigt: der „SMIC" wurde um 7,6 % (heute 10 %), die Mindestrente um 21 % (heute 20 %) erhöht. Bei der Preissteigerung dürfte die Kaufkraft die gleiche geblieben sein.

Parallel hierzu hat die Regierung, um vor allem die „Kleinbetriebe" zu schützen (dort ist allerdings nicht die einzige Gelegenheit, einen Niedrigstlohn zu erhalten!), den Unternehmern „Entlastungen" bei ihren Sozialabgaben versprochen. Die jetzt beschlossene Erhöhung hätte die Kapitalisten ca. 190 Francs mehr an Sozialabgaben gekostet. Dies übernimmt der Staat. Das Geld hierzu wird wiederum aus der Krankenversicherung genommen, d.h. aus den Geldern, die die Lohnabhängigen selber monatlich abgeben müssen.

Beschlossen worden ist auch die Schaffung von 54.490 neuen Arbeitsplätzen:
12.000 zusätzliche bei der Post, 12.475 im Bildungswesen, der Rest im Sozial- und Gesundheitswesen. Dabei kommen 2000 neue Arbeitsplätze in den Krankenhäusern hinzu. 55.000 neue Arbeitsplätze sind zwar nicht zu verachten, damit ist aber die fast 2 Millionen hohe Arbeitslosigkeit auch nicht „gelöst". Die Einführung der 35-Stunden-Woche soll gemäß Ministerpräsident Mauroy besonders flexibel gehandhabt werden. Auch 1985 sollen die 35 Stunden nur ein „Durchschnittswert" sein. Gedacht wird nicht an ein Gesetz hierzu, sondern an einen allgemeinen Empfehlungstext, der einen Verhandlungsrahmen für die verschiedenen Branchen oder auch einzelnen Betrieben abgeben soll. Mauroy betonte auch, daß die „totale" Lohnkompensierung dabei nicht möglich sei.

Die neue Regierung hat sich aber nicht nur gleich den Fragen der Werktätigen gewidmet, sondern auch den Unternehmern. 6 Milliarden (d.h. 2 Mrd. mehr als von der Giscard-Regierung vorgesehen) haben sie für das „Abkommen für die Arbeit" erhalten; damit soll eigentlich die Einstellungslust der Unternehmer gefördert werden. 17 Milliarden (d.h. 4 Mrd. mehr als von der Giscard-Regierung vorgesehen) haben sie als Anleihen erhalten.

Betriebe, die in Schwierigkeiten sind, können darüber hinaus eine Sonderanleihe bis zu 500.000 F. beantragen. Diese ganzen Summen kommen zu den 4,6 Mrd. hinzu, die den Betrieben bereits am 10.6.81 seitens der neuen Regierung als Kredite gegeben wurden.

Ein weiterer Bestandteil der „neuen demokratischen Wirtschaftsplanung" (Francois Mitterand) sind die Verstaatlichungen:

Die PS hat die Nationalisierung eines Sektors des Bank- und Versicherungswesens sowie der Stahlindustrie und der Gruppen Dassault, Thomson, Rhône-Poulenc, CGE, ITT-Frankreich, Honeywell-Bull, Saint Gobain und Péchiney-Ugine-Kuhlman vor. 1977 erklärte Mitterrand: „*Beschlagnahmungen haben wir nicht gewollt und wollen wir auch nicht: wir wollen nicht die Aktionäre enteignen. Wir wollen uns als Schuldner von Gütern verstehen, die diese im Privatsystem besaßen. In keinem Fall, unabhängig von der finanziellen Prozedur, wird das Haben oder die Eigentumsfähigkeit der Aktieninhaber damit verringert*" (Interview mit F.M. im „Nouvel Observateur", April 1977).

Wenn jetzt zum Beispiel der Staat den Daussault–Breguet-Betrieb (übrigens bereits zweimal nationalisiert, 1936 und nach dem 2. Weltkrieg, nach wie vor eine florierende Flugzeugbauindustrie) zum von Daussault festgesetzten Preis aufkaufte, wechselte das Kapital lediglich seine Form: Dassault und die anderen Aktionäre besitzen keine Betriebe, sondern staatliche Aktien oder Schuldverschreibungen. Nationalisierungen dieser Art sind nichts anderes, als öffentliche Gelder Privatkapitalisten zur Verfügung zu stellen. Mit Kollektivismus oder gar Sozialismus hat das wenig zu tun. Um sein soziales Programm zu finanzieren, will Mitterrand Vermögende, Banken, Mineralölkonzerne und Unternehmer stärker besteuern. Dies ist allerdings erstmal eine „Sondermaßnahme". Bei den Vermögenden handelt es sich um 108.000 Personen, die ein monatliches Einkommen von über 25.000 F. beziehen. Die einmalige (!) Sondersteuer wird bei einem Einkommen von 25.000 F./mtl. 5.000 F., bei einem Einkommen von 50.000 F./mtl. 25.000 F. betragen. Die Reichen bleiben reich.

## Demokratische Freiheiten

Innenminister Gaston Deferre hat seinen engsten Beraterkreis ausgewogen gestaltet: auf der einen Seite der ehemalige Pariser Polizeipräfekt Grimaud (verantwortlich für die Einsätze im Mai 68...) auf der anderen Seite der ex-Führer der „autonomen Polizeigewerkschaft" Delthorn – der im Zusammenhang mit dem Anschlag in der Rue Copernic am 3.10.80 angenehm auffiel. (Seine Gewerkschaft fordert die Säuberung der Polizei von Faschisten).

Erfreulich ist die Ernennung von R. Badinter (PS-Rechtsanwalt) zum Justizminister. Badinter verteidigte z.B. seinen westdeutschen Kollegen Klaus Croissant, besuchte die einzige Stammheim-Überlebende I. Möller im Knast und ist in Frankreich für sein Engagement gegen die Todesstrafe bekannt. Derzeit gibt es in Frankreich 628 politische Gefangene. 132 obliegen der Staatssicherheitshofprozedur, 492 Militärgerichten. Es handelt sich hierbei um 50 korsische, 18 bretonische, 26 baskische und jeweils einen guadelupeanischen und guyanischen Autonomisten; ferner um 11 Menschen, denen Taten oder Unterstützung der Gruppe „Action directe" vorgeworfen werden, 16 Menschen, denen „terroristische Akte" angehängt werden sowie 13 Leute, die in Spionage-Affairen verwickelt sein sollen.

Bei den weiteren 492 Gefangenen handelt es sich um Ungehorsams- bzw. Desertionsfälle in der französischen Armee. Die meisten von ihnen sind jetzt erstmal auf freiem Fuß, wobei der weitere Gang ihrer juristischen Verfolgung noch unklar ist, da noch keine Amnestie ausgesprochen worden ist.

Der ETA-Genosse Tomas Linaza Echevarria (in Spanien wegen „Beteiligung am Mord von 6 Guardia Civilas" gesucht) wurde in Frankreich wieder auf freien Fuß gesetzt; Madrid wird die Auslieferung verweigert.

Die Regierung hat angekündigt, keine Auslieferung mehr zu tätigen – Frankreich soll wieder „Asylland" werden. Der Staatssicherheitshof – eine von Vichy geerbte Ausnahmejustiz, von de Gaulle 58 wieder eingeführt, die den Opfern jede Akteneinsicht verweigert – soll aufgelöst werden.

## Außenpolitisch nichts Neues...

**Wenn es aber ein Thema gibt, an dem überhaupt nicht gerüttelt wird, dann ist es die imperialistische Realität und die Rolle des französischen Imperialismus selber.**

So unterstützte Mitterrand die Kolwezi-Expedition französischer Fall-

Fortsetzung nächste Seite

## Die neue Regierung — einige Daten

**Pierre Mauroy** (Ministerpräsident, PS):
P.Mauroy ist Bürgermeister von Lille seit 1973. 1947 trat er der „Sozialistischen Jugend" bei, von 1950 bis 1958 ist er ihr Sekretär. 1963 ist er Mitglied des Leitungskommitees der SFIO (Vorläuferorganisation der 1970 gegründeten PS), 1966 wird er dort Generalsekretär.
Mauroy machte sich zunächst für die Kandidatur von Michel Rocard innerhalb der PS stark, bevor er zugunsten Mitterands die Position wechselte.

**Gaston Deferre** (Innenminister, PS):
G.Deferre ist SFIO-Mitglied bereits 1933 geworden. Er übte schon öfter Ministerfunktion aus.
Seit 1953 ist er Bürgermeister von Marseille. Dort setzte er schon mal die Armee als Streikbrecher bei einem Streik der lokalen Müllabfuhr ein.

**Jacques Delors** (Wirtschafts- und Finanzminister, PS):
Delors fühlt sich erst seit kurzem als „Sozialist", seit 1974, allerdings machte er dort schnell Karriere. Zuvor war er 1969–1972 Wirtschaftsberater von Chaban-Delmas (RPR) gewesen. 1974 gründete er den Club „Austausch und Fortschritt"; Mitglieder sind diverse Bankiers und Unternehmer (z.B. Jose Bidegain, Mitglied des Büros des französischen Unternehmerverbandes „CNPF").

**Jacques Attali** („Sonderberater" von Francois Mitterand, PS):
Mit Michel Rocard zusammen wurde er 1974 mit einer „Geheimmission" beauftragt: er sollte von der SPD-Regierung die Zusage erhalten, daß die Bundesbank im Falle eines Wahlsieges den Franc stützen würde. Auch er ist ein „junger Sozialist": seit 73. Genauso übrigens wie der Haushaltsminister **Laurent Fabius** (seit 74 in der PS) oder der 1. Sekretär der PS, **Lionel Jospin** (seit 1971).

**Claude Cheysson** (Außenminister, PS):
Cheysson war bereits im Mendes-France-Kabinett (1954) dabei. Von 1966–1970 war er Botschafter in Djakarta, von 1970–1973 Vorstandsmitglied der staatlichen Chemiegesellschaft „EMC". Seit 1973 ist er einer der beiden Vertreter Frankreichs in der EG-Kommission und wurde in dieser Funktion zweimal von Giscard bestätigt. In dieser Funktion hat er maßgeblich an den Lomé-Abkommen sowie an der „Rationalisierung" der Stahlindustrie teilgehabt.

**Anicet Le Pors** (Minister für Verwaltungsreformen, KPF):
Mitglied des ZK der KPF seit Mai 1979, Senator, Mitglied der Finanzkommission des Senats, als solcher bereits unter der Giscard-Regierung mit offiziellen Funktionen bedacht.

**Jack Ralite** (Gesundheitsminister, KPF):
Ex-Mitarbeiter bei den KPF-Zeitungen „Humanite" und "Humanite-Demanche", seit 1965 stellvertretender Bürgermeister von Aubervilliers (Seine Saint-Denis), seit 1973 KPF-Abgeordneter (1981 wiedergewählt).
Innerhalb der KPF für Kultur zuständig.

**Charles Fiterman** (Verkehrsminister, KPF):
Schon im Alter von 18 Jahren Mitglied der KPF.
Ex-Elektriker. 1963 Leiter der Parteischule, 1967 Sekretär von Waldeck-Rochet, seit 1972 Mitglied im ZK, seit 1976 Mitglied im höchsten Parteiorgan ZK-Sekretariat, Beauftragter der KPF für Bündnisfragen, die sogenannte „Nummer 2" der KPF, bislang nicht gerade ein PS-Liebhaber.

**Marcel Rigout** (Minister für Berufsbildung, KPF):
Ex-Dreher, aus einer KPF-Familie. 1944 schloß er sich nach seinem Engagement im Widerstand der KPF an. Seit 1961 Mitglied im ZK.

## Die neue Regierung

| | |
|---|---|
| Ministerpräsident | Pierre Mauroy (PS) |
| **Staatsminister** | |
| Innenressort und Dezentralisierung | Gaston Deferre (PS) |
| Außenhandel | Michel Jobert (Linksgaullist) |
| Verkehr | Charles Fiterman (KPF) |
| Planung | Michel Rocard (PS) |
| Forschung u. Technologie | Jean-Pierre Chevènement (PS) |
| **Minister** | |
| Nationale Solidarität | Nicole Questiaux (PS) |
| **Delegierte Minister zum Ministerpräsidenten** | |
| Frauenrechte | Yvette Roudy (PS) |
| Beziehungen zum Parlament | Andre Labarrère (PS) |
| Öffentlicher Dienst u. Verwaltungsreformen | Anicet Le Pors (KPF) |
| **Minister und delegierte Minister** | |
| Justizminister u. Siegelbewahrer | Robert Badinter (PS) |
| Außenbeziehungen | Claude Cheysson (PS) |
| Europäische Fragen | André Chandernagor (PS) |
| Kooperation und Entwicklung | Jean-Pierre Cot (PS) |
| Verteidigung | Charles Hernu (PS) |
| Wirtschaft und Finanzen | Jaques Delors (PS) |
| Budget | Laurent Fabius (PS) |
| Bildungswesen | Alain Savary (PS) |
| Landwirtschaft | Edith Cresson (PS) |
| Industrie | Pierre Dreyfus (PS) |
| Energie | Edmond Hervé (PS) |
| Handel und Handwerk | André Delelis (PS) |
| Kultur | Jack Lang (PS) |
| Gesundheit | Jack Ralite (KPF) |
| Arbeit | Jean Auroux (PS) |
| Freizeit | André Henry (PS) |
| Jugend und Sport | Edwige Anice (PS) |
| Städteplanung und Wohnungswesen | Roger Quilliot (PS) |
| Umwelt | Michel Crépeau (PS) |
| Meer | Louis Le Pensec (PS) |
| Kommunikation (Medien) | Georges Fillioud (PS) |
| Post | Louis Mexandeau (PS) |
| Ehemalige Kämpfer | Jean Laurain (PS) |
| Verbraucher | Catherine Lalumiere (PS) |
| Berufsausbildung | Marcel Rigout (KPF) |

Fortsetzung von vorheriger Seite

schirmjäger seines Vorgängers Giscard. So beschloß die PS-Führung vor der Wahlkampagne ihr „Ja" zur Neutronenbombe, so stärkte Mitterrand den Rücken seines Kollegen Schmidt in der Frage der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen. Zwar wird derzeit viel geredet von neuen Verhältnissen („new deal"...) zu den Ländern der III. Welt, allerdings ist weder die Auflösung der französischen Interventionstruppen noch die Annullierung verschiedener Verträge (wie Waffenlieferungen nach Südafrika) geplant. Alle Verträge werden eingehalten, was nichts anderes bedeutet, als daß Frankreich weiterhin seine Spitzenstellung im Waffenexport beibehalten soll.

Sowohl mit Claude Cheysson (PS) als Außenminister als auch mit Charles Hernu (PS) als Verteidigungsminister dürfte sich die französische Bourgeoisie glücklich schätzen.

Hernu ist nicht nur uneingeschränkter Anhänger der militärischen Nutzung der Atomenergie (der zivilen sowieso), sondern begann sein Amt gleich mit der Verkündung der Auflösung der Soldatenkomitees, sprich Verbot derselben.

Cheysson ist seit 1973 der Vertreter Frankreichs in der EG-Kommission. Sein Amt wurde von Giscard zweimal verlängert. Cheysson hat nicht nur bei den Lomé-Abkommen, sondern auch beim „Rationalisierungsplan" der Stahlindustrie innerhalb der EG eine maßgebliche Rolle innegehabt.

*„Ich bin darüber erschüttert, wie in manchen Ländern der Neutralismus sich heute zu einer bedeutenden Kraft entwickelt. Denn Neutralismus, das ist keine Politik, sondern Verzicht, Resignation, Ermüdung, Magenschmerzen – das ist dramatisch. Wenn irgendwo in Europa, aus einer Haltung des Verzichts eine Entscheidung gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen gefällt wird, ist dies extrem schlimm.*

*Wir sehen nicht, wie eine seriöse Verhandlung mit den Russen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts, durch die SS-20 gebrochen, geführt werden soll, wenn wir nicht selber, für den Fall, daß nichts anderes mehr möglich ist, die Möglichkeit haben, den Russen auf diesem Terrain eine Antwort zu geben"* – das sagt Außenminister Cheysson („LM", 2.6.81). Auch PS-Sekretär Jospin betonte: *„Wir haben noch nie innerhalb unserer außenpolitischen Konzeption gesagt, wir wären für Neutralismus. Nie!"* (ebda.).

### ... Und die KPF-Minister?

Im PS/KPF-Abkommen haben sich beide Parteien zur „uneingeschränkten Regierungssolidarität" verpflichtet. Festgehalten wird der *„demokratische Weg"* zu Veränderungen, die *„etappenweise, in einem Transformationsrhythmus entsprechend der Krisensituation"* vollzogen werden sollen. Ein Zweijahresplan zur Bekämpfung der sozialen Ungerechtigkeiten und zur Demokratisierung soll in den nächsten Monaten erarbeitet werden.

*„Beide Parteien werden die internationale Aktion Frankreichs – bei Respektierung seiner Bündnisse – für den Frieden und die schrittweise Abrüstung, mit dem Ziel der gleichzeitigen Auflösung der Militärblöcke, bei Gewährleistung des Kräfte-Gleichgewichts in Europa und in der Welt und der Sicherheit jedes Landes vorantreiben. In diesem Sinne treten sie für eine baldige internationale Verhandlung ein zur Begrenzung und Heruntersetzung der Rüstung in Europa. Diese Verhandlung betrifft insbesondere die Anwesenheit der sowjetischen Mittelstreckenraketen SS-20 und die Entscheidung über die Stationierung der amerikanischen Pershing-II.*

*Beide Parteien werden für das Selbstbestimmungsrecht der Völker wirken, für die Souveränität der Staaten, für die Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten und für das Recht auf Sicherheit jedes Landes. Diesen Prinzipien messen sie eine universale Bedeutung bei.*

*Aufgrund dieser Prinzipien bekräftigen sie das Recht des afghanischen Volkes auf Selbstbestimmung seines Regimes und seiner Regierung. Sie erklären sich für den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan sowie für die Beendigung jeder ausländischen Einmischung. Sie nehmen die durch die Camp David-Abkommen geschaffene Situation zur Kenntnis und bekräftigen das Existenz- und Sicherheitsrecht Israels sowie aller Staaten der Region und das Recht des palästinensischen Volkes auf eine eigene Heimat.*

*Beide Parteien werden aktiv Frankreichs Beteiligung an der EG, ihren Institutionen und ihrer gemeinsamen Politik, bei Respektierung ihrer (EG) Aktionsfreiheit und legitimen Interessen unterstützen. Sie werden gemeinsame Initiativen (der EG) auf dem sozialen Sektor, zugunsten der Landwirtschaft und bedrohter Sektoren, für die Vitalität der Forschung und der Spitzenindustrien unterstützen.*

*Beide Parteien haben die polnische Situation erörtert und wünschen, daß dieses Land und sein Volk selber den von ihnen eingeleiteten Prozeß der wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Erneuerung erfolgreich abschließen werden.*

*Beide Parteien erklären sich sowohl auf ökonomischer als auch auf politischer Ebene mit den Völkern der III. Welt solidarisch, die wie in Nicaragua und El Salvador für die nationale Emanzipation, für ihre Entwicklung und ihre soziale und demokratische Befreiung kämpfen"* (Abkommen PS/PC, 23.6.81).




Aus: „Le Monde"

„24. Juni: Der Vize-President Georg Bush kommt in Paris an"

Kurz darauf tagte das ZK der KPF, der nächste Parteikongreß soll Ende Januar 1982 stattfinden und die Debatten hierzu ab Oktober dieses Jahres vorbereitet werden. In seinem Bericht vor dem ZK bestätigte Generalsekretär Marchais die bisherige Linie seiner Partei.

Zwar nimmt er dort den *„ernsthaften Schlag"* bei den Wahlen zur Kenntnis, er bestreitet aber einen Zusammenhang mit dem Bruch der Linksunion (bei dem die KP-Führung nach Meinung ihrer Kritiker eine aktive Rolle gespielt hat): *„Ich möchte hierzu nur daran erinnern, daß die Wahleinbußen der Partei viel früher begonnen haben als in der Periode 77/78, die man in der Linken die ‚Polemik' nannte"*.

Im Gegenteil, meint Marchais heute: Hätte die KPF damals „kapituliert" (z.B. in der Frage der Anzahl der Verstaatlichungen, in der Frage der Erhöhung des Mindestlohnes, in der Frage der Verteidigungspolitik), wäre sie heute in einer noch schlechteren Situation. Den Rückgang der Stimmen erklärt Marchais so: *„Weder 1978 noch seitdem ist es uns gelungen, eine Verständigung mit Millionen von Menschen zu finden, die eigentlich alles zu unserer Unterstützung führen müßte ... . Dies liegt an der Verzerrung jeder unserer Position (in den Medien), und – seien wir ehrlich – auch an einigen unserer Positionen, die in diesem Klima Verzerrungen und Mißinterpretationen unserer realen Intentionen und tatsächlichen Ziele möglich werden ließen"*.

In diesem Zusammenhang nannte Marchais die KPF-Aktionen zur Ausländer- und Drogenproblematik. Weiter bekräftigt Marchais nochmals den KPF-Weg des *„Sozialismus in den Farben Frankreichs"*.

Kein Wort indessen über das konkrete Abkommen mit der PS und seine delikatesten Passagen wie z.B. zu Polen, Afghanistan oder zur Rüstungspolitik.

Ebenso wenig erklärt Marchais, weshalb eine Kapitulation vor den PS-Forderungen 1978 schädlich gewesen wäre, dasselbe aber 1981 nützlich sein soll. Es handelt sich ja nahezu um die gleichen Fragen (wie viele Verstaatlichungen, wie hoch soll der Mindestlohn erhöht werden?).

In seinem Bericht warnt Marchais diejenigen außerhalb der Partei, die nun an das Ende der KPF glauben würden. Denjenigen innerhalb der Partei, die „parteiwidrige Methoden" anwenden, kündigte er anläßlich des 24. Kongresses (s.o.) Sanktionen an.

Kaum gesagt – schon gemacht. Am 29. Juni wurden 11 KPF-Mitglieder ausgeschlossen wegen „Anwendung von total undemokratischen Methoden". Es handelt sich um die Gründungsmitglieder von „Recontres Communistes" („Kommunistische Begegnungen"), eine Gruppe, die vor einigen Wochen entstand und öffentliche Debatten initiieren will (die erste wird am 8.7. stattfinden). Unter den Ausgeschlossenen befindet sich insbesondere Henri Fizbin, bisheriger KPF-Stadtrat in Paris, ehemaliges ZK-Mitglied.

Fizbin engagierte sich innerhalb der Partei für zensurfreie Debatten bzw. für eine tatsächlich offene Diskussion auch in der Parteipresse, sowie für die Linksunion bei Beibehaltung einer revolutionären Identität.

Zusammengefaßt bedeutet die jetzt eröffnete Mitterand-Ära eine real bessere Ausgangssituation für die Massen und die Linken. Der Wahlsieg selber ist Ausdruck des Wunsches nach radikalen Reformen. Derzeit wird viel, hier und dort, von einer neuen Formierung der revolutionären Kräfte, vom Aufbau einer „pluralistischen revolutionären" Kraft gesprochen. Dabei dürften insbesondere die anti-imperialistische Solidarität und der Kampf gegen die Kriegsgefahr eine zentrale Rolle spielen, sowie die Ablehnung einer reformistischen Klassenkollaboration.

Über die verschieden Initiativen, Vorschläge und Aktivitäten zur Einheit der Linken in Frankreich wollen wir im ersten „ARBEITERKAMPF" nach der Sommerpause berichten.

**Frankreich-Kommission**

## Militärische Aggressionen, wirtschaftliche Erpressung, handfeste Kriegsdrohungen ...

# Der Imperialismus läßt Nicaragua keine Ruhe!

**Am 19. Juli feiert das nicaraguanische Volk den zweiten Jahrestag seines in erbittertem Volkskrieg erstrittenen Sieges über die Somoza-Herrschaft. Die sandinistische Revolution öffnete nach 400jähriger Unterdrückung durch Kolonialismus und Neokolonialismus den Weg zum Aufbau einer neuen, freien Gesellschaft, deren Arbeit nicht mehr einer inländischen Blutsauger-Oligarchie und ausländischen Konzernen zugute kommt, sondern der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung des eigenen Landes – und damit den Lebensbedingungen der Nicaraguaner selbst.**

**Von Beginn an war jedoch der Prozeß der revolutionären Umwandlung und des Neuaufbaues den Angriffen der inneren Reaktion sowie konterrevolutionärer Banden von ehemaligen Somoza-Gardisten ausgesetzt, die ihre Aktivitäten im Untergrund oder vom Ausland aus fortsetzten. Erinnert sei nur an die Ermordung von sieben jungen Alphabetisatoren während der großen nationalen Alphabetisierungskampagne von März bis August 1980. Weder die vertriebenen Unterdrücker und Profiteure der somozistischen Bereicherungsdiktatur noch die nordamerikanischen Imperialisten konnten sich mit der Niederlage abfinden. Insbesondere nach dem Wahlsieg von Ronald Reagan hat die Reorganisation und Zusammenfassung von Einheiten der ehemaligen Nationalgarde Somozas in Honduras und Florida/USA ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Ihre inzwischen tagtäglichen militärischen Provokationen gegen das befreite Nicaragua, ihre Unterstützung durch hondurenisches Militär, ihre Vorbereitung auf eine Intervention in Ausbildungslagern auf us-amerikanischem und hondurenischem Gebiet, Maßnahmen des US-Imperialismus zur wirtschaftlichen Strangulierung Nicaraguas, das immer frechere Verhalten der bürgerlichen Opposition in Nicaragua – all' das fügt sich zu einem alarmierenden Gesamtbild zusammen: es ist der Versuch, Nicaragua „reif" für eine Rückeroberung in den Machtbereich des Imperialismus zu machen.**

**Dieser Artikel soll Informationen über Einzelheiten und Hintergründe der imperialistischen Manöver gegen Nicaragua geben, die während eines Aufenthalts dort im April und Mai dieses Jahres gesammelt werden konnten.**

### Provokationen und Terror an der hondurenischen Grenze

Ein 45jähriger Landarbeiter in Cusmapa (Region Somoto), nahe der hondurenischen Grenze, ist am frühen Morgen des 20. April 1981 auf dem Weg zu der Finca, auf der er als Landarbeiter beschäftigt ist. Er ist Mitglied der sandinistischen Volksmiliz, die hier besondere Aufgaben zur Bewachung des Grenzgebietes hat. Plötzlich tauchen 25 bewaffnete Gestalten auf, die ihn umstellen. Sie verlangen, von ihm zur Kaserne von Cusmapa geführt zu werden, wo Grenztruppen des sandinistischen Volksheeres stationiert sind und lassen an ihren Absichten keinerlei Zweifel: Sie ziehen ihm eine Schlinge so fest um den Hals, daß er Angst bekommt, zu ersticken, fragen nach der Anzahl der Soldaten in der Kaserne und sagen, sie würden alle töten. Als der gefangene Landarbeiter sich dennoch weigert, zu der Kaserne zu gehen, schlitzen sie ihm einen Oberschenkel auf. Er ist gezwungen, die Bande von Somoza-Gardisten zur Kaserne zu führen. Während sie unterwegs einen sehr steilen Abhang passieren, unternimmt der Milizionär einen tollkühnen Fluchtversuch. Er kann sich losreißen, wirft sich den Abhang hinunter und läßt sich in die Schlucht rollen. Die Konterrevolutionäre eröffnen sofort das Feuer, erwischen ihn an der Wange und am Arm. Trotz einem wahren Kugelhagel und seiner Verletzungen kann er in der Sohle der Schlucht entkommen. Er schafft es bis zu seinem Haus und läßt die Kaserne und die Miliz benachrichtigen. Die Suche nach den Invasoren findet gezwungenermaßen an der Grenze nach Honduras ihr Ende – wieder einmal haben sie sich auf der anderen Seite in Sicherheit bringen können. Der Landarbeiter und Milizsoldat Natividad Vilchez wird mit einem Wangendurchschuß und einem zerschossenen Arm (Splitterbruch) ins Krankenhaus von Esteli gebracht.

Diesen Überfall, den der mutige Milizionär der FSLN-Zeitung „Barricada" schilderte (1), ist ein Beispiel für eine (glimpflich verlaufene) Terror-Aktion der ehemaligen Nationalgardisten, wie sie sich in jüngster Zeit stark gehäuft haben. Die Angriffe richten sich sowohl gegen die nicaraguanische Landbevölkerung in der Grenzregion als auch gegen die dortigen Milizverbände und Einheiten des sandinistischen Volksheeres.

Am 5. Mai 1981 z.B. wurde gegen Mittag von der hondurenischen Seite aus heftiges Gewehrfeuer gegen den nicaraguanischen Grenzposten „Los Planes" eröffnet. Eine Gruppe der sandinistischen Volksmiliz aus Managua, die dort für einige Zeit zur Verstärkung der Grenztruppe stationiert ist, wurde 150 m vor der Grenze beschossen. Ca. 25 Somozisten waren bereits auf nicaraguanisches Gebiet vorgedrungen. Sie verwickelten die Miliz-Einheit in ein vierstündiges Gefecht, wobei sie auch Granaten einsetzten. Nachdem vier der Konterrevolutionäre gefallen waren, zogen sie sich nach Honduras zurück. 20 Minuten später bezog ein großes Kontingent der somozistischen Banden mit drei Maschinengewehren jenseits der Grenze Stellung. Die Einheit der sandinistischen Miliz erhielt nun den Befehl, sich zur Vermeidung einer weiteren Eskalation zurückzuziehen. Ein Hubschrauber kam aus dem hondurenischen Inland heran und überflog die Grenzregion. Eine Gruppe der Aggressoren drang erneut auf nicaraguanisches Gebiet vor und transportierte (unbehelligt) die vier Gefallenen ab, während auf der anderen Seite rege Bewegung von Militärfahrzeugen einsetzte. Als einige Tage später Journalisten den Ort des Geschehens besichtigen wollten, wurden auch sie beschossen und in die Schützengräben getrieben (2).

Ebenfalls am 5. Mai wurde nordöstlich von Teotecacinte eine Grenzpatrouille des sandinistischen Volksheeres angegriffen. Wiederum war eine Gruppe von 25 Aggressoren eingedrungen und flüchtete nach heftigem Feuergefecht in Richtung Honduras. Als sie sich der Grenze näherten, gaben ihnen reguläre hondurenische Truppen Feuerschutz; sie setzten Granatwerfer und schwere Maschinengewehre ein und wurden von einem Kampfhubschrauber unterstützt. Erst nach 6 Stunden brachen die hondurenischen Militärs den Angriff ab. Über die Zahl der Opfer ist nichts bekanntgegeben worden (3).

Allein in diesem Jahr hat es 37 derartige Aggressionen von Honduras aus gegeben (Stand 9. Mai 1981). Zehn Genossen der Grenztruppen des sandinistischen Volksheeres und der Miliz verloren bei der Abwehr der Angriffe ihr Leben. Darüber hinaus richteten die Somoza-Banden schweren wirtschaftlichen Schaden an: sie brachten bei den Überfällen 3.000 Stück Rindvieh in ihre Gewalt und trieben diese über die Grenze nach Honduras; Bauern mußten mit ansehen, wie neue landwirtschaftliche Maschinen geraubt und nach Honduras abtransportiert wurden — Maschinen, die häufig mit Hilfe des von den Sandinisten geschaffenen „Instituts für die Agrarreform" gekauft worden waren, um die landwirtschaftliche Produktion auch der mittleren und kleinen Bauern zu steigern.

An den ständigen Grenzprovokationen beteiligt sich hondurenisches Militär zunehmend nicht nur, indem den Trupps von somozistischen Ex-Nationalgardisten der Rückzug gesichert wird, sondern es dringt auch mit eigenen regulären Verbänden nach Nicaragua ein (so am 3.5. und 6.5. laut „Barricada" vom 7.5.81).

Der Zweck dieser Aggressionspolitik ist offenbar zum einen, Zweifel und Unsicherheit unter dem nicaraguanischen Volk zu sähen, das sich nach einem stabilen Frieden für den Neuaufbau sehnt, und zum anderen, die nicaraguanischen Grenztruppen zu Gegenschlägen zu reizen. Die hondurenische Militärdiktatur hat Nicaragua bereits mehrfach der militärischen Aggression beschuldigt, womit in der Weltöffentlichkeit Rechtfertigungsgründe für eine mögliche Intervention geschaffen werden sollen.

### Miami und Honduras – Stützpunkte der Konterrevolution

Die Ex-Somoza-Gardisten genießen in Honduras alle Freiheiten und unterhalten nahe der Grenze 14 militärische Lager, wo sie sich auf einen großangelegten Angriff gegen das revolutionäre Nicaragua vorbereiten (siehe Karte). Alle Proteste des nicaraguanischen Verteidigungs- und des Außenministeriums in Tegucigalpa (Hauptstadt von Honduras) wurden bisher

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von d. letzten S.

mit Gegenvorwürfen oder der Feststellung, es gebe keine Verbände von Ex-Nationalgardisten der Somoza-Diktatur, beantwortet oder wurden einfach ignoriert.

Welches Ausmaß der Aufmarsch dieser Terrorgruppen in Honduras erreicht hat, enthüllte im April der Hondurenische Friedensrat: über acht Trainingslager im Grenzgebiet zu Nicaragua machte er detaillierte Angaben, veröffentlichte die Namen der Großgrundbesitzer, auf deren Gelände sich die Lager befinden, und die Zahl der Somozisten darin. Demnach werden in diesen acht Lagern 3.000 ehemaligen Nationalgardisten auf eine Invasion vorbereitet, wobei sie in völliger Offenheit von bekannten Großgrundbesitzern und Teilen der hondurenischen Armee mit Versorgungsgütern und Waffen unterstützt werden.

In dem Dokument wird hervorgehoben, daß das regionale Oberkommando der hondurenischen Streitkräfte voll über diese Tatsachen unterrichtet ist, aber nicht darauf reagiert (4).

Die Südmetropole der USA und Hauptstadt von Florida, Miami, hat insbesondere nach der cubanischen Revolution Berühmtheit als Sammlungsort von Konterrevolutionären und Reaktionären aus Lateinamerika bekommen. Auch die Angehörigen des Somoza-Regimes und ihre Mordbanden fanden dort nach der Befreiung Nicaraguas eine erste Zuflucht. Inzwischen gibt es eindeutige Beweise dafür, daß sie sich außer in Honduras schwerpunktmäßig auch in Miami und Umgebung ungestört reorganisieren konnten.

Der Genosse Comandante Bayardo Arce, Koordinator der Politischen Kommission der Nationalen Leitung des FSLN, machte in einer Rede Ende März 1981 Angaben über vier Trainingslager in und um Miami, wo insgesamt 2.000 ehemalige Nationalgardisten, verstärkt durch Exilkubaner, auf eine Intervention vorbereitet werden. Die Tageszeitung „Miami Herald" veröffentlichte gar Interviews mit dort stationierten Somozisten, die ohne jede Vorsichtsmaßnahme über ihre Interventionsvorbereitungen redeten. Damit alle Exilnicaraguaner wissen, wohin sie sich wenden können, gab das Blatt gleich die Adressen der Lager bekannt (5). Die spanische Zeitschrift „Interviu" brachte im April einen Bildbericht, durch den die Existenz der Lager und die Tätigkeit ihrer Insassen bestätigt wird. Um eine positive Presse für Kriegsdrohungen und Interventionsabsichten gegen Nicaragua und Kuba zu bekommen, hatten Exilkubaner und -nicaraguaner eine Gruppe von Journalisten nach Miami eingeladen und sie sogar ein Lager besichtigen lassen.

Auf die vielfachen Proteste der nicaraguanischen Regierung des Nationalen Wiederaufbaus ließ US-Außemminister Haig bisher nur provokative
nicaraguanischen Regierung des Nationalen Wiederaufbaus ließ US-Außemminister Haig bisher nur provokative
Stellungnahmen abgeben: Die Einrichtungen der Exilnicaraguaner befänden sich auf Privatgelände, und das sei in den USA geschützt — man könne also nichts machen. Auf den Hinweis aus Nicaragua, daß in den Lagern von Miami mit Kriegswaffen und automatischen Gewehren geübt werde (was selbst in den USA auch auf „Privatgelände" verboten ist), ließ das FBI







**Die FSLN-Zeitung „Barricada" veröffentlichte diese Karte der Lager und der Agrressionen von Ex-Nationalgardisten.**

in Miami verlauten, es handele sich lediglich um „autorisierte Versionen von Kriegswaffen", deren Verwendung kein Delikt darstelle. Die Konterrevolutionäre haben in Florida auch die Freiheit, über eigene Rundfunksender für ihre Sache zu werben. Die mexikanische Zeitung „uno más uno" berichtete am 22.4.81, daß folgender Werbespot alle 30 Minuten ausgestrahlt worden sei: *„Nicaraguaner, schließe dich den Reihen der Feinde des Marxismus-Sandinismus an; der Krieg gegen das blutige Regime hat schon begonnen und du hast einen Platz in diesem Kampf"* — dazu Fanfarenstöße und die Adressen von Büros der Somozisten. Mit Recht werfen die Sandinisten in ihrer Presse der Regierung Reagan direkte Komplizenschaft mit den konterrevolutionären Banden bei der Vorbereitung und Durchführung krimineller Aktionen vor.

### Strategie-Planung der Reagan Berater zur Befriedung Zentralamerikas

Neben der Konzentration konterrevolutionärer Truppen in Honduras und den USA (und in geringerem Umfang auch in Guatemala und Costa Rica) stellt die umfassende Aufrüstung der
den USA (und in geringerem Umfang auch in Guatemala und Costa Rica) stellt die umfassende Aufrüstung der
hondurenischen Unterdrückerarmee durch die USA eine Bedrohung für das nicaraguanische Volk dar. In diesem Jahr sind bereits 10 Kampfhubschrauber des Typs Huey, 10 Düsenflugzeuge T 28, T-2-Flugzeuge und Ausbildungsmaschinen geliefert worden. Außerdem ist beobachtet worden, daß große US-Transportflugzeuge vom Typ C-130 Hercules in kurzen Abständen auf dem hondurenischen Flughafen Toncontin gelandet sind und Kriegsmaterial entladen haben. Auch per Schiff sind Waffen nach Honduras transportiert worden, u.a. britische Panzer. Bezeichnenderweise ist parallel zu dieser Aufrüstung die Militärgesetzgebung in Honduras geändert worden. Es ist künftig erlaubt, daß die hondurenischen Militärs Bürger jedweder Nationalität in ihre Armee aufnehmen; dadurch können nun alle konterrevolutionären Banden in Honduras kurzerhand zu Teilen der Armee erklärt und somit „legalisiert" werden, wie auch das Anwerben von Söldnern eine rechtliche Grundlage bekommen hat. Darüber hinaus wurden Gesetze erlassen, durch die fremden Streitkräften freier Durchgang durch Honduras gewährt werden kann und die der hondurenischen Armee gestatten, Aufgaben außerhalb der Landesgrenzen zu erfüllen (6). Noch einen wichtigen Teil „Entwicklungshilfe" haben die USA hier übernommen: In großer Zahl bringen sie militärischen Nachwuchs aus Honduras in ihre Militärschulen der Panama-Kanalzone und bilden sie dort aus.

Nachdem die Militärhilfe für Guatemala seit 1977 gesenkt und dann fast ganz eingestellt wurde, bekam das dortige Regime für 1981 ebenfalls
temala seit 1977 gesenkt und dann fast ganz eingestellt wurde, bekam das dortige Regime für 1981 ebenfalls
wieder US-Rüstungsgelder, bisher 3 Millionen Dollar. Unabhängig davon lieferte Israel 25.000 Galil-Gewehre. Weithin bekannt ist im übrigen die dramatische Aufrüstung des zum Völkermord entschlossenen Regimes in El Salvador durch die Reagan-Regierung. Während die Machthaber in Zentralamerika, die der nicaraguanischen Revolution erklärtermaßen feindlich gegenüberstehen, von den USA aufgerüstet und zu immer grausamerer Verfolgung der Volksbewegungen in ihren Ländern ermuntert werden, versuchen die Imperialisten mit ökonomischen Maßnahmen eine Versorgungskrise in Nicaragua heraufzubeschwören. Mit der Sperrung einer Finanzhilfe in Höhe von 9.6 Millionen Dollar, die die Carter-Regierung für den Kauf von US-Weizen bewilligt hatte, und der Suspendierung eines 15-Millionen-Dollar-Kredites für den Bau von Schulen und der Schaffung von Sozialeinrichtungen, sollen die ungeheuren Probleme, die die Somoza-Diktatur und der Krieg dem nicaraguanischen Volk hinterlassen haben, verschärft werden. Man hofft dadurch, in einer Situation akuten Devisenmangels, Unzufriedenheit und Verunsicherung unter den Nicaraguanern zu säen. Wichtig zu wissen ist hierbei, daß die Wiederaufbaumaßnahmen, die Neuanschaffung und die noch immer notwendigen Importe von Lebensmitteln die Investition von Devisen erfordern, welche größtenteils durch Kreditaufnahme aufgebracht werden müssen.

### Der US-Imperialismus verteidigt seine Interessenzone

Der US-Imperialismus verteidigt seine Interessenzone

Hintergrund all' der Machenschaften der USA in Zentralamerika und gegen Nicaragua sind strategische Planungen, die von Beratern des Herrn Reagan bereits zu dessen Wahlkampf angefertigt wurden. Verschiedene Institutionen und Arbeitsgruppen waren damit beauftragt, Grundlagen für die neue Außenpolitik einer republikanischen Regierung und speziell für ihre Lateinamerika-Politik zu erstellen. Jane Kirkpatrick, heute Reagans UN-Botschafterin, stellte als Mitarbeiterin des Strategischen Instituts Georgetown fest, Lateinamerika sei eine Interessenzone, in der die USA offen oder verdeckt intervenieren müssen, um die Etablierung von Regierungen zu verhindern, die für die nationale Sicherheit der USA inakzeptabel sind (7). Vor einigen Wochen äußerte sie, die Region Zentralamerikas und der Caribik sei *„heute für die Vereinigten Staaten die wichtigste Region auf der Welt"* und kritisierte die Lateinamerika-Politik des Expräsidenten Carter, die eine Politik *„mit sonderbaren Elementen wie Menschenrechte, Entwicklung, Ehrenhaftigkeit"* gewesen sei. Roger Fontaine, Direktor des Georgetown-Instituts und Chef der Arbeitsgruppe Santa Fe, leitete die Erstellung eines Programmpapiers für Reagan mit dem Titel „Die neue Interamerikanische Politik für die 80er Jahre". Darin heißt es, die vor 150 Jahren (zur Untermauerung der imperialistischen Expansionspolitik der USA, d.V.) ausgegebene Monroe-Doktrin „Amerika den (Nord-)Amerikanern" müsse heute wieder Eckstein der US-Lateinamerikapolitik sein (8). Und wie zur Ergänzung äußerte am 9. März 81 der Sprecher des US-Außenministeriums William Dyess, *„die Gründe für die Entstehung der Monroe-Doktrin vor 150 Jahren sind die gleichen wie die heutigen Motive der Vereinigten Staaten für ihre Politik gegenüber El Salvador."* In diesem Sinne fand folgende Passage Eingang in das Regierungsprogramm der Republikaner für die Präsidentschaftswahlen: *„Wir bedauern die marxistisch-sandinistische Machtergreifung in Nicaragua und die marxistischen Absichten, El Salvador, Guatemala und Honduras zu destabilisieren. Wir lehnen die Hilfe der USA für jedwedes marxistische Land in dieser Hemisphäre ab und wir wenden uns gegen das Hilfsprogramm der Carter-Administration für die Regierung von Nicaragua. Jedoch werden wir die Anstrengungen des nicaraguanischen Volkes unterstützen, eine freie und unabhängige Regierung zu schaffen ..."* (9).

US-Außenminister Haig gab im März 1981 seine „Analyse der Probleme Lateinamerikas" zu verstehen. Demnach wolle der Kommunismus in vier Phasen die endgültige Kontrolle über diese Region erringen. Mit dem Sturz Somozas und der Eroberung Nicaraguas sei die erste Phase bereits abgeschlossen. Die drei weiteren sollen aus der Eroberung von El Salvador, Honduras und Guatemala in dieser Reihenfolge bestehen. Hieran werde bereits die permanente und unausweichliche Konfrontation mit der Sowjetunion deutlich. Das öffentliche Plaudern über die Schlußfolgerungen daraus überließ er seinem engsten Berater Di Giovanni, ehemals Offizier der CIA. Der meinte, es sei nicht wichtig, die Eigenarten der Gesell-
Berater Di Giovanni, ehemals Offizier der CIA. Der meinte, es sei nicht wichtig, die Eigenarten der Gesell-
schaften und Regierungen der Region zu untersuchen, sondern sich dem zunehmenden marxistischen Vordringen entgegenzustellen. *„Das heißt, eine strategische Offensive zu planen, um die sandinistische Regierung zu stürzen und die Aufstandskräfte in El Salvador zu zerstören. [...] Die sandinisti-*

Fortsetzung nächste Seite



**Übungslager der Sandinistischen Volksmiliz, mit veralteten Gewehren, teilweise Holzattrappen**

**Bild „Stern" 25.6.81**

Fortsetzung von vorheriger Seite

*sche Regierung ist noch schwach und kann durch eine koordinierte, zeitlich und räumlich begrenzte Anstrengung vertrieben werden''* (10). In diesem Zusammenahng haben auch die ständigen Grenzverletzungen ihren Platz.

Die strategischen Vordenker der Herren Haig und Reagan sind sich darin einig: Die Widerstandsbewegungen und antiimperialistischen Befreiungskämpfe in Mittelamerika sind nur zu zerschlagen, wenn die nicaraguanische Revolution zerschlagen wird. In der Folge müsse auch ein ,,Befreiungskrieg'' in Kuba geführt werden. Für Nicaragua präzisiert Di Giovanni, unabhängig vom Grad des Elends der Bevölkerung werde es ohne eine Militäraktion nicht möglich sein, *,,die gegenwärtige kommunistische Regierung von Nicaragua auszutreiben. Ohne Zweifel gibt es unzufriedene Nicaraguaner; im bewaffneten Kampf gegen die Sandinisten könnten sie von den ehemaligen Mitgliedern der Nationalgarde unterstützt werden, die heute im Exil sind. [...] Obwohl die Nicaraguaner gerade einen grausamen Bürgerkrieg hinter sich haben, der fast 2.5% der Bevölkerung tötete, gibt es einige Anzeichen für die wachsende Unterstützung breiterer Kreise, die Waffen zu ergreifen und die sandinistische Regierung zu vernichten. Und diese Unterstützung kann dadurch wachsen, daß sich die ökonomischen Probleme verschärfen.''*

**Aus diesen Äußerungen wird nun ein klarer Zusammenhang sichtbar zwischen den menschenfeindlichen Planungen der imperialistischen Strategie-Denker, der weltweiten Pressekampagne im Fühjahr dieses Jahres gegen Nicaragua und Kuba wegen angeblicher Organisierung von Waffenströmen zu den salvadorianischen Befreiungskämpfern, dem Kredit- und Weizenembargo der USA gegen Nicaragua und den Aktivitäten der konterrevolutionären Verbände in Honduras und Miami.**

Wie genau der Zeitpunkt kalkuliert war, zu dem die USA ihre wirtschaftlichen Strangulierungsmaßnahmen gegen Nicaragua verhängt haben, läßt sich an einer weiteren Überlegung des Haig-Beraters Di Giovanni erkennen. *,,Trotz ihrer wachsenden Ernüchterung über die sandinistische Regierung haben die nicaraguanischen Arbeiter weiterhin eine emotionale Bindung zu der revolutionären Bewegung. Es ist zu erwarten, daß diese Bindung in dem Maße schwächer wird, wie die Wirtschaft Schaden erleidet. [...] Die wirtschaftlichen Bedingungen werden um den Dezember 1980 schwieriger und können zumindest eine begrenzte Unzufriedenheit provozieren, wenn die gegenwärtige Ernteperiode im Mai und Juni 1981 beendet wird; dann wird das Land ein schweres Finanzdefizit haben, falls es nicht massive Hilfe von außen erhält ...''*. Im März und April verhängten die USA ihre Boykottmaßnahmen, gut vorbereitet durch ihre antikommunistische Hetzkampagne in den Massenmedien des ,,freien Westens''.

Roger Fontaine, inzwischen Berater des nationalen Sicherheitsrates der US-Regierung in lateinamerikanischen Angelegenheiten, empfiehlt ausdrücklich, die Lebensmittelversorgung als politische Waffe einzusetzen und dafür mit den anderen großen Nahrungsmittel-Exportländern Canada, Brasilien, Argentinien, Australien und Neuseeland eine Koalition einzugehen, die ,,den machtvollsten Druck gegen ihre potentiellen Feinde'' ausüben könnte. So versuchen die Imperialisten, Völkern wie dem nicaraguanischen ihren Herrschaftsanspruch auch durch Hunger aufzuzwingen. Der nordamerikanische Imperialismus kann eine Ausbreitung der Revolution in seinem ,,Hinterhof'' Zentralamerika nicht dulden.

**Die Verteidigung der sandinistischen Revolution in Nicaragua und die revolutionäre Befreiung El Salvadors wie der anderen unterdrückten Völker Zentralamerikas brauchen unsere verstärkte Solidarität!**

**Ein Genosse aus Bremen**

**Anmerkungen:**

1 ,,Barricada'', Managua, 24.4.1981
2 ,,Barricada'', 9.5.1981
3 ,,Barricada'', 7.5.1981
4 ,,Barricada'', 23.4.1981
5 ,,Patria Libre'', Managua, Organ der Sandinistischen Streitkräfte, Nr. 12 und Rede von Bayardo Arce Castaño, abgedruckt in ,,Nuevo Diario'', Managua, 2.4.1981
6 Bayardo Arce Castaño in: ,,Nuevo Diario'', 2.4.1981
7 ebenda
8 ebenda
9 zit. n. Bayardo Arce, ebenda
10 Bayardo Arce, ebenda




**Exil -Nicaraguaner im „freien" Miami**



**Somosisten in Miami in einem Trainingslager** **Bild aus ,,stern'', 25.6.81**

**Kontaktadressen**

**Sozialistischer Studentenbund**
*Schlüterstraße 4*
*2000 Hamburg 13*
*Tel.: 44 98 14*

**Flensburg**
*Peter Petersen*
*Postlagerkarte 098245 A*
*239 Flensburg*

**Kiel**
*H. Lankau*
*Postlagerkarte 09 88 93 A*
*2300 Kiel 1*

**Lübeck**
*Postlagerkarte 082 314 A*
*24 Lübeck 1*

**Ostholstein**
**(Eutin, Plön, Malente)**
*Postamt Eutin*
*Postlagerkarte A 022853*
*2420 Eutin*

**Pinneberg/Steinburg**
*Postlagerkarte A 022 926*
*208 Pinneberg*

**Bremerhaven**
*KB c/o arbeiterbuch*
*Sonnenstraße 8*
*2850 Bremerhaven*
*Tel.: 0471/47597*

**Bremen**

*B. Möller*
*Postfach 103141*
*2800 Bremen*

*Postlagerkarte 081 378*
*33 Braunschweig*

**Emden**
*Postlagerkarte 0674 58 A*
*297 Emden*

**Göttingen**
*Buchladen Rote Straße*
*Rote Straße 10 z.Hd. KB*
*34 Göttingen*

**Hannover**
*V. Campen*
*Postfach 1262*
*3 Hannover 1*

**Hildesheim**
*Postlagerkarte 019182*
*3200 Hildesheim*

**Lüneburg**
*Postlagerkarte A 017 890*

*3200 Hildesheim*
**Lüneburg**
*Postlagerkarte A 017 890*
*314 Lüneburg*

**Weser-Ems-Gebiet**
*Postlagerkarte 070 178 A*
*29 Oldenburg*

**Bielefeld**
*Vertriebsbüro*
*Buddestraße 9*
*48 Bielefeld*

**Bochum**
*Postlagerkarte A 056011*
*463 Bochum*

**Dortmund**
*KB c/o Bücherstube*
*Große Heimstraße 62*
*46 Dortmund 1*

**Duisburg**
*Postlagerkarte 080 190 A*
*41 Duisburg*

**Köln**
*KB/Gruppe Köln*
*c/o BULI-Büro*
*Jülicher Straße 22*
*5000 Köln 1*

**Mönchengladbach 2**
*Postlagerkarte A 006 745*
*4050 Mönchengladbach*

*Münster*
*Postlagerkarte Nr. 029033 B*
*4400 Münster*

**Darmstadt**
*Hauptpostlagernd*
*Postlagerkarte Nr.: 018640 B*
*61 Darmstadt*

**Frankfurt**
*S. Lissner*
*Rödelheimer Str. 13*
*6 Frankfurt 90*

**Kassel**
*Florian Rohs*
*Kirchweg 77*
*3500 Kassel*

**Freiburg**
*schriftlich über Buchladen Jos Fritz*
*c/o Kommunistischer Bund*
*Wilhelmstraße 15*

**Heidelberg**
*Postlagerkarte 080 845 B*
*Heidelberg*

**Karlsruhe**
*Postlagerkarte 053599 B*
*75 Karlsruhe*

**Stuttgart**
*Postlagerkarte 924 B*
*7000 Stuttgart 1*

**Nürnberg**
*P. Tröstler*
*Postfach 150 472*
*85 Nürnberg*

**Westberlin**
*Postlagerkarte Nr. 0074298*
*1000 Westberlin 62*

**Würzburg**
*Postlagerkarte 079303 A*
*8700 Würzburg*

*Trier*
*Postlagerkarte Nr. 031078 B*
*5500 Trier*

**Redaktion des ARBEITERKAMPFES**
**Lerchenstraße 75**
**c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH**
**2000 Hamburg 50**
**Redaktion: 040/43 54 15**
**Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46**

# Subimperialistische Scharmützel am Kap Hoorn

Die drei im Beagle-Kanal befindlichen Inseln Picton, Nueva und Lenox sind in den letzten drei Jahren immer wieder Streitobjekt der beiden faschistischen Diktaturen Chile und Argentinien gewesen. Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus, sollte man meinen. Warum es dennoch fast zum Krieg der beiden Staaten gekommen wäre, läßt sich nicht allein mit innenpolitischen Schwierigkeiten der Gorillas erklären.

## Die Hintergründe des Beagle-Konfliktes

Es geht um ein ca. 300 Quadratkilometer großes felsiges, vulkanisches und vereistes Territorium am Südzipfel Feuerlands. Die britische Krone fällte 1977 ein Gerichtsurteil, in dem sie Chile die Hoheit über die drei Inseln einräumte, die derzeit zu Argentinien gehören.

1978 wäre es wegen dieses Urteils fast zu einem Krieg gekommen. Die Militärkasten in Santiago und Buenos Aires beschworen die nationale Souveränität und die Liebe zum Vaterland, um einen bevorstehenden Waffengang zu rechtfertigen. Dahinter standen jedoch recht schlichte Interessen:

Erstens: Wer die Insel besitzt, hat automatisch die Hoheit über 200 Seemeilen in den atlantischen Ozean hinein; Chile ist jedoch ein Pazifik-Anrainer. Würde Chile die Inseln bekommen, würden sich automatisch die chilenischen Hoheitsgewässer um ca. 1,5 Mio qkm in den Atlantik hinein erweitern (nach ,,resistencia'' Nr. 2, März 1981).

Zweitens werden vor der Küste Feuerlands große Erdölvorkommen vermutet.

Drittens würde ein chilenischer Besitz der Inseln gleichzeitig die Überlegenheit über Argentinien auf Gebiete der Antarktis implizieren.

Unter den 14 Mio qkm der Antarktis, dem sechsten Kontinent der Erde, verbergen sich Gas- und Erdölvorkommen in einem Maße, daß die die jetzigen Energievorkommen ersetzen könnten. Außerdem sollen hier nach Aussagen von Wissenschaftlern die größten Kohlevorkommen der Erde lagern sowie enorme Mengen an Eisenerz. Darüber hinaus befinden sich hier Quarz, Zink, Molybdän, Silber und vermutlich Diamanten, ebenso wie eine große Menge Magnesium und Krill, eine für die Zukunft sehr wichtige Ernährungsquelle (,,resistencia'', März 1981).

Es geht also um wesentlich mehr als um drei kleine Inseln. Im Hintergrund stehen offensichtlich langfristige strategische Interessen um die Vorherrschaft im Cono Sur. Und diese wird sich Argentinien mit seinen ehrgeizigen atomaren Großmachtplänen nicht durch einen richterlichen Schiedsspruch streitig machen wollen.

## Der Papst vermittelt

Ende 1978 einigten sich die katholischen Militärherrscher darauf, den Papst um eine Vermittlung zu bemühen. Jedoch erst zwei Jahre später wurde ein Urteil gefällt. Nach dem Ableben zweier Oberhäupter ward es erst Papst Woytila beschieden, Ende 1980 folgendes Urteil ergehen zu lassen: *,,Chile soll die drei Inseln zurückerhalten, aber gleichzeitig soll die argentinische These bestätigt werden, daß der Pazifik zu Chile und der Atlantik zu Argentinien gehört''* (,,LAN'', Juni 81). Chile erklärte sich



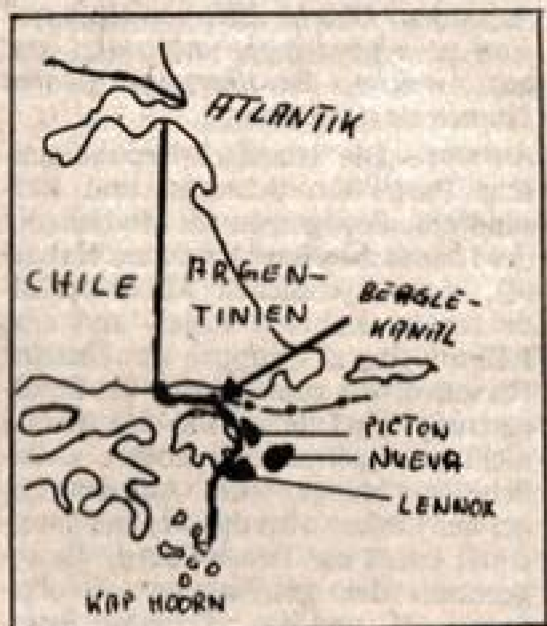

einverstanden, aber Argentinien lehnte ab. Als im April d.J. Chile zwei argentinische Offiziere an der Grenze wegen Spionageverdachts verhaftete , antwortete Argentinien mit der Schließung seiner Grenzen zu Chile und mit einer Zusammenziehung seiner Truppen in diesem Gebiet.

## Was hat die BRD damit zu tun?

Direkt erstmal gar nichts, aber indirekt! In diesem Zusammenhang ist insbesondere der Bau und die geplante Lieferung von zwei U-Booten nach Chile interessant. Der Bau dieser Kriegsschiffe wird von der Kieler HDW-Werft ausgeführt, die sich zu 74,9 % in Staatsbesitz befindet. Mit dem Hinweis darauf, daß die U-Boote ursprünglich für den Schah vorgesehen waren und der bedrohten Arbeitsplätze, ließ sich die Geschäftsleitung auf das Geschäft mit Chile ein.

Trotz Kriegswaffenkontrollgesetz, welches Waffenlieferungen der BRD in Spannungsgebiete untersagt, erteilte der zuständige Bundessicherheitsrat die entsprechende Genehmigung. Mehr noch, im Dezember 1980 wurden weitere Genehmigungen für U-Bootlieferungen nach Peru, Argentinien (!), Indonesien und Indien erteilt (,,FR'', 23.12.80).

Dabei kann sich diese Politik einer gewissen Tradition rühmen. *,,In den vergangenen Jahren hatte die Werft bereits U-Boote an die Militärdiktaturen Argentiniens, Uruguays und Indonesiens sowie an die südafrikanischen Rassisten geliefert''* (,,Metall'', Jan. 81 Nr. 1/14). Kriegsminister Apel distanzierte sich zu keiner Zeit von den geplanten Waffenexporten, sondern zog sich hinter die Beschlüsse des Bundessicherheitsrates zurück (Vgl. ,,Mor-




Grenze nach chilenischer Interpretation
Grenze nach argentinischer Interpretation

genpost''-Interview vom 22.1.81).

## Deutsche Technologie in Argentinien

Die o.g. U-Boote wurden bereits 1974 mit vorgefertigten Teilen der Kieler HDW für Argentinien fertiggestellt. Damals handelte es sich um zwei U-Boote des Typs Z-09 mit nur 500 t Tragfähigkeit. Mittlerweile bekam der Kasseler Kriegskonzern Thyssen/Henschel einen Auftrag über den Bau eines wesentlich größeren U-Bootes vom Typ TR 1700 mit einer Tragfähigkeit von 1.800 t (nach ,,Argentinien-Info'' Nr. 1). Darüber hinaus soll der Bau von sechs Fregatten des Typs 122 von einer westdeutschen Werftengruppe für Argentinien übernommen werden (siehe Anzeige).

## TAM, ein Beispiel westdeutscher Waffenhilfe

Wirklich brüderlich bemühte sich die westdeutsche Kriegsindustrie um die Entwicklung eines speziellen argentinischen Kampfpanzers. Die ,,Internationale Wehrrevue'' berichtete im März 1977: *,,Der neue, im Auftrag des argentinischen Verteidigungsministeriums entwickelte mittelschwere Kampfpanzer TAM [Tanque argentino mediano), dessen erster Prototyp im Januar 1977 fertiggestellt wurde, soll im argentinischen Heer die noch vorhandenen, aus der Zeit des 2. Weltkriegs stammenden US-Kampfpanzer des Typs Sherman ablösen. Die für diesen Beschaffungsvorgang erforderliche Gesetzesvorlage wurde, wie wir aus Argentinien erfuhren, zwischenzeitlich verabschiedet. Eine Variante des TAM, der VCI (vehiculo combate infanteria), der anstelle der 105 mm-Kanone eine ebenfalls turmlaffettierte 20 mm-MK von Rheinmetall erhalten wird, soll die Mobilität und Schlagkraft der mechanisierten Verbände des argentinischen Heeres erhöhen. Damit wird Argentinien das erste Land sein, das sowohl für den Kampf- als auch Schützenpanzereinsatz ein logistisch gleiches Fahrzeug erhalten wird, ein Ziel, das im Nato-Bereich wohl immer angestrebt, aber niemals erreicht wurde. (...)*

*Als Lösung bot sich ein von Thyssen/Henschel in Zusammenarbeit mit Argentinien konzipiertes neues Fahrzeug an, das nicht nur die militärischen Forderungen des argentinischen Heeres erfüllt, sondern darüber hinaus auch modernste Panzerfahrzeugtechnologie ins Land bringen wird.''* Darüber hinaus versuchte Thyssen/Henschel eine eigenfinanzierte Entwicklung eines weiteren TAM-Prototypen mit noch präziserer Feuerkraft.

Zu fragen bleibt, wofür der ganze Aufwand? Geht es um Entwicklungshilfe für die westdeutsche Rüstungsindustrie? Oder soll die Kriegstechnologie der argentinischen Subversion (sprich Opposition) besser bekämpfen helfen? Aber die ist nach den Worten der Generäle ja so gut wie ausgemerzt. Oder ist der Einsatz der Panzer und U-Boote gegen äußere Aggressoren vorgesehen? Welche würden da wohl in Frage kommen? Hier warten im Kriegsfall interessante Geschäfte auf die westdeutsche Wirtschaft, auf beiden Seiten der Front, versteht sich. Und daß der westdeutsche Imperialismus nicht zögern wird, zeigt seine indifferente Haltung zum Beagle Konflikt. Die Folgen dieser Politik haben die lateinamerikanischen Völker mit Ausbeutung, Elend, Hunger und Folter zu bezahlen.

**Lateinamerika-Kommission**

## Interview mit einem iranischen Genossen

# Der Sturz Banisadrs

**Das folgende Interview machten wir mit einem iranischen Genossen, der kürzlich aus dem Iran zurückgekehrt ist. Wir danken dem Genossen für das Gespräch.**

**Frage**: *Banisadr wurde mit über 75 % der Stimmen (bei etwa 60 % Wahlbeteiligung) im Januar 1980 für das Amt des Staatspräsidenten gewählt. Diese hohe Stimmenzahl konnte er erreichen, weil er sowohl von Khomeiny als auch von breiten Teilen des Klerus unterstützt wurde (zur Wahl siehe AK 171, S. 2). Nach nur wenig mehr als einem Jahr hat Khomeiny der Amtsentlassung Banisadrs zugestimmt, das Parlament hatte zuvor seine politische Unfähigkeit festgestellt und ihm vorgeworfen, als Oberbefehlshaber der Armee für die Siege Iraks verantwortlich zu sein, die revolutionären Institutionen geschwächt und zum Aufruhr angestiftet zu haben. Banisadr ist in der letzten Zeit mehr und mehr als ,,Oppositioneller'' aufgetreten, wie ist diese Entwicklung zu erklären?*

**Antwort**: Wenn man das Verhältnis Khomenys zu Menschen um ihn seit seinem Exil im Irak, dann in Paris und nach seiner Rückkehr in Teheran studiert, stellt man fest, daß es nicht nur das Los Banisadrs gewesen ist, von ihm ausgesucht, ausgenutzt und dann ausgestoßen worden zu sein. Genauso hat sich Khomeiny verhalten mit dem Führer der Nationalen Front, Sandjabi, dem ersten Außenminister nach der Revolution; mit Ghotbzadeh, mit Bazargan, mit Yazdi, Madani, Nazih (1) usw., ganz zu schweigen von den Linken, die er im irakischen Exil versuchte durch Versprechungen für seine Zwekke zu mißbrauchen. Es handelt sich meiner Ansicht nach darum, daß sich Khomeiny zu Menschen und politischen Gruppen in seiner Nähe verhält, wie ein Bauer zu einer Milchkuh, die geschlachtet wird, sobald sie nicht mehr ihre Funktion erfüllt. Er nutzt sie im Sinne seiner Zwecke aus. Diese sind: seine Machtgier und seine Vorstellung, die ganze Welt oder zumindest den armen Iran nach seiner archaischen religiösen Version umzugestalten. Diese Vorstellung ist in seinem 1971 erschienenen Buch ,,Der Islamische Staat'' nachzulesen. Politiker, die sich ihm zur Verfügung stellten, haben entweder dieses Buch nicht gelesen, nicht ernst genommen oder, was wahrscheinlicher ist, haben genauso gedacht wie er, entweder in Übereinstimmung mit seiner Version oder in Übereinstimmung mit seiner Methode, andere Leute zu behandeln, als wären sie Werkzeuge einer Politik. Die letzteren hatten also von Anfang an eine andere Vorstellung von dem gehabt, was nach der Revolution im Iran im Sinne oder durch Ausschluß der Religion politisch, ökonomisch, gesellschaftlich usw. zu geschehen hatte.

Banisadr gehörte von Anfang an zu dieser zweiten Gruppe. Politisch stammt er aus dem Lager der Nationalen Front um Mossadegh (2). Aus dieser bürgerlich-laizistischen Tradition heraus versuchte er, seine politischen Ambitionen und seinen messianisch-islamischen Phantasiebildern folgend, eine Brücke zum Lager der Religiösen zu schlagen. Diese hatten sich seit Anfang der sechziger Jahre verstärkt und in einer bunten Mischung wieder hervorgetan, sie bildeten daher ein sowohl von den Linken als auch von der Nationalen Front selbständiges Lager. Die sozialpolitischen Vorstellungen Banisadrs tragen also verschiedenartige Elemente aus diesen beiden Lagern. Er will im Iran und der ganzen Welt eine sowohl islamische als auch modernistische Gesellschaft aufbauen. Er will Qom und Paris (3) miteinander vereinen. Er will eine Pariser Kommune, in der alle Menschen in Richtung Mekka beten, wobei es keinen Vorbeter, keinen Imam mehr gibt, oder jeder sein eigener Vorbeter, sein eigener Imam ist. Er will aber auf jeden Fall dieser Gemeinde selbst vorstehen. Unter seiner Führung sollten die Gegensätze, wie Mossadegh und Khomeiny nebst verschiedenen linken Schattierungen die dritte Epoche der Menschengeschichte überhaupt einleiten. Die erste Epoche ist nach ihm die Erhebung Mohammeds und die zweite die europäische Renaissance. Man muß ein Supermann sein, um diese Vorstellung in die Tat umzusetzen. Wenn man keiner ist, dann stolpert man über die ersten Hindernisse, die dem Träumer im Wege stehen. Man macht unheimliche Fehler, man wird zum Opportunismus gezwungen, man wird ausgenutzt, um anschließend ausgestoßen zu werden.

So ist es Banisadr gegangen. Er ist über Khomeiny und seine Wunschträume gestolpert. Dabei hat er sehr oft seinen Prinzipien zuwidergehandelt. Ich denke an den Krieg gegen die Kurden, an die Schließung der Universitäten usw., ohne allerdings seine Prinzipien ganz aus den Augen zu lassen. Aber gerade dieses restliche Festhalten an seinen Ideen hat Khomeiny ihm übel genommen. Er ist letzten Endes entlassen worden, weil er dem greisen Despoten nicht ganz zur Verfügung stand, weil er seinem Ehrgeiz, aber auch seinen religiösen und sozialpolitischen Visionen treu geblieben ist.

zum Opportunismus gezwungen, man wird ausgenutzt, um anschließend ausgestoßen zu werden.
So ist es Banisadr gegangen. Er ist über Khomeiny und seine Wunschträume gestolpert. Dabei hat er sehr oft seinen Prinzipien zuwidergehandelt. Ich denke an den Krieg gegen die Kurden, an die Schließung der Universitäten usw., ohne allerdings seine Prinzipien ganz aus den Augen zu lassen. Aber gerade dieses restliche Festhalten an seinen Ideen hat Khomeiny ihm übel genommen. Er ist letzten Endes entlassen worden, weil er dem greisen Despoten nicht ganz zur Verfügung stand, weil er seinem Ehrgeiz, aber auch seinen religiösen und sozialpolitischen Visionen treu geblieben ist.

**Frage**: *Welche Gruppierungen oder Fraktionen gibt es im Lager der Machthabenden? Welche Ziele verfolgen sie? Von wem werden sie unterstützt und auf welche Bevölkerungsschichten können sie sich stützen?*

**Antwort**: Die Islamisch-Republikanische Partei um Beheschti und Rafsandjani, die sogenannten Modjahedin der Islamischen Revolution um Nabavi (4), dem eigentlichen Ministerpräsidenten im Kabinett Rajai, und eine Reihe kleinerer Gruppen um einzelne Personen, wie zum Beispiel die Schlägertruppe um Ghafari und eine Anzahl nicht parteigebundener höhere Geistliche, wie Mahgawikani. Aus dem Lager der Linken wird das Regime unterstützt durch die Tudeh-Partei, die sogenannte Mehrheitsfraktion der Volksfedayin (5) und die ,,Religiöse Bewegung der kombattanten Moslems'' um den Zahnarzt Dr. Peyman. Bei diesen Linken handelt es sich um die moskautreuen. Dies ist gleichzeitig ein Hinweis darauf, wie Moskau sich zumindest in dieser Form zur noch bestehenden Macht im Iran verhält. Über das Verhältnis des westlichen Auslands zu dieser Macht bin ich noch nicht in der Lage, etwas resümeehaftes zu sagen. Fest steht, daß die Machtergreifung Khomeinys von den USA zumindest als letzte Alternative geduldet wurde (6). Fest steht, daß der Vertrag zur Lösung der Geiselaffäre wie eine Opfergabe zur Amtseinführung Reagans aussieht (7). Fest steht, daß die Briten im vergangenen Jahr ihre besten Geschäfte mit dem Iran getätigt haben und jetzt dabei sind, sich einen Auftrag im Wert von über 2,5 Mrd. Dollar für die nächsten fünf Jahre einzuhandeln. Alles sieht danach aus, daß Iran wieder einer Periode der positiven Neutralität in seiner Außenpolitik entgegengeht, das ist ein gebräuchlicher Ausdruck im Iran, wenn man sagen will, daß das Land neutral ausverkauft wird.

Was das Programm der erwähnten Parteien und Banden betrifft, reden sie alle von der Herstellung einer dem islamischen Recht entsprechenden Gesellschaft. Dabei interpretieren sie das Recht orthodox und ziemlich buchstabengetreu. Obwohl es schlimm genug ist, wenn man in diesem Jahrhundert eine Gesellschaft nach den Gesetzen der vergangenen Jahrtausende umgestalten will, so ist es immer noch besser, für die Beurteilung des politischen Programms sich an der Praxis zu orientieren. Die Praxis der letzten zwei Jahre nach dem Sturz des Schah-Regimes wird und ein wahrheitsgetreues Bild des Programms liefern. Was ist gewesen außer der blutigen Unterdrükkung der ethnischen, religiösen und politischen Minderheiten, außer der durch Mord, Folter und Einkerkerung durchgesetzten Unterbindung der demokratischen Rechte, außer weiterer Einschränkung der Frauenrechte, außer eines wirtschaftlichen Bankrotts und einer außenpolitischen Kapitulation? Dazu kommen noch die Schließung der Universitäten, Verbot aller politischen Zeitungen und Parteien, und, was das Schlimmste ist, die Demoralisierung eines durch die Schule der Revolution gegangenen, zu jeder schöpferischen Arbeit bereitstehenden Volkes, so daß es heute wieder im politischen Aberglauben Zuflucht nehmen muß, das Selbstvertrauen verliert, sich betrogen fühlt und keinem mehr bereit ist, sein Vertrauen zu schenken. Die Liste der Einzelheiten dieses düsteren Programms ließe sich noch weiterführen.

Welche Basis dieses Regime in der Bevölkerung hat, oder besser, noch hat? Die Revolution von 1979 war, wie die meisten vergangenen Revolutionen im Iran, eher eine Revolution des ganzen Volkes gewesen. Khomeiny genoß ganz zu Anfang beinahe das Vertrauen des ganzen Volkes. Seitdem verliert er, bedingt durch die eben dargestellte Politik, immer mehr an Unterstützung, und zwar in allen Schichten des Volkes. Man kann mit Sicherheit sagen, daß seine Anhänger im Iran heute eine immer kleiner werdende Minderheit bilden. Die Kundgebung vom 5. Juni in Teheran hat nicht einmal 300.000 Leute auf die Beine gebracht. Die Zahl muß verglichen werden mit der zehnfachen Teilnahme an früheren Kundgebungen. Dies, obwohl sie aus allen Himmelsrichtungen ihre Anhänger mit allen möglichen zur Verfügung stehenden Transportmitteln scharenweise angekarrt hatten. Und obwohl Khomeiny selbst seine Anhänger zur Teilnahme an der Kundgebung aufgerufen hatte. Nach der Absetzung von Banisadr vom Posten des Oberbefehlshabers der Armee hat Khomeiny in verstärktem Maße an Anhängern verloren. Ich habe selber viele Leute kennengelernt, die vor diesem Ereignis versuchten eine Stellung zu beziehen, nach der sie sowohl Banisadr als auch Khomeiny als ihre Führer betrachteten. Aber nach diesem Ereignis haben sie Khomeiny fallengelassen.

Die noch bestehenden Anhänger rekrutieren sich vor allem aus den Reihen des sogenannten Lumpenproletariats. Aus afghanischen Flüchtlingen. Dazu kommen noch einige Angehörige des Bürgertums, der Intelligenz, der Arbeiterschaft und vor allem des Kleinbürgertums, also aus allen Schichten der Bevölkerung. Das liegt an dem Charakter der iranischen Revolution, was wiederum zu tun hat mit den sozio-ökonomischen Strukturen dieses Landes, die keine eindeutige Klassenbildung im westeuropäischen Sinne des Wortes bisher zugelassen hat.

**Frage**: *In welchen Fragen hat es Widersprüche zwischen Banisadr und der IRP bzw. der reaktionären Geistlichkeit gegeben?*

**Antwort**: Die Antwort darauf habe ich teilweise schon bei der ersten Frage gegeben. Es ging um Macht, nicht nur um persönliche Macht. Banisadr ist als Moslem ein Modernist, was ihn in Gegensatz zu den sogenannten Fundamentalisten setzt. Er ist kein Demokrat im Sinne der Anerkennung der Gleichheit der Ideen. Er möchte genauso wie die Mullahs eine islamische Gesellschaft im Iran und in der ganzen Welt errichten, im Gegensatz zu den Fundamentalisten weniger durch Gewalt und Ausschluß der Andersgläubigen und mehr durch Überzeugung und Diskussion. Mullahs wie Beheschti waren sich von Anfang an dieser Diskrepanz der Vorstellungen bewußt und versuchten schon früh, ihn an die Wand zu drängen. In seiner Selbstverteidigung vor diesem Druck und um seine Position in diesem Kampf zu stärken, prangerte er immer mehr das an, was bei der Bevölkerung ohnehin verhaßt war: die Zensur, die Einschränkung sonstiger Freiheiten, den ökonomischen Ruin des

Fortsetzung nächste Seite

eines durch die Schule der Revolution gegangenen, zu jeder schöpferischen Arbeit bereitstehenden Volkes, so daß es heute wieder im politischen Aberglauben Zuflucht nehmen muß, das Selbstvertrauen verliert, sich betrogen fühlt und keinem mehr bereit ist, sein Vertrauen zu schenken. Die Liste der Einzelheiten dieses düsteren Programms ließe sich noch weiterführen.
Welche Basis dieses Regime in der Bevölkerung hat, oder besser, noch hat? Die Revolution von 1979 war, wie die meisten vergangenen Revolutionen im Iran, eher eine Revolution des ganzen Volkes gewesen. Khomeiny genoß ganz zu Anfang beinahe das Vertrauen des ganzen Volkes. Seitdem verliert er,

schaft im Iran und in der ganzen Welt errichten, im Gegensatz zu den Fundamentalisten weniger durch Gewalt und Ausschluß der Andersgläubigen und mehr durch Überzeugung und Diskussion. Mullahs wie Beheschti waren sich von Anfang an dieser Diskrepanz der Vorstellungen bewußt und versuchten schon früh, ihn an die Wand zu drängen. In seiner Selbstverteidigung vor diesem Druck und um seine Position in diesem Kampf zu stärken, prangerte er immer mehr das an, was bei der Bevölkerung ohnehin verhaßt war: die Zensur, die Einschränkung sonstiger Freiheiten, den ökonomischen Ruin des

Fortsetzung nächste Seite



## Die Organisation der Volksmodjahedin im Iran

**Die religiöse Organisation der Volksmodjahedin ist die stärkste, bestorganisierteste linke Organisation im Iran. Ihre Wochenzeitung Modjahed erreichte eine Auflage von 600.000, obwohl sie illegal herausgegeben und verteilt werden muß. In den letzten Tagen wurden fünf Zeitungsverkäufer erschossen. Seit der letzten Zuspitzung der Kämpfe wird die Zeitung täglich herausgegeben und erreicht eine Auflage von mehr als 1 Mio Exemplaren.**
**Wir drucken im folgenden eine Selbstdarstellung der Volksmodjahedin ab.**

Die Organisation der Volksmodjahedin im Iran

Die religiöse Organisation der Volksmodjahedin ist die stärkste, bestorganisierteste linke Organisation im Iran. Ihre Wochenzeitung Modjahed erreichte eine Auflage von 600.000, obwohl sie illegal herausgegeben und verteilt werden muß. In den letzten Tagen wurden fünf Zeitungsverkäufer erschossen. Seit der letzten Zuspitzung der Kämpfe wird die Zeitung täglich herausgegeben und erreicht eine Auflage von mehr als 1 Mio Exemplaren.
Wir drucken im folgenden eine Selbstdarstellung der Volksmodjahedin ab.

### Zum Kennenlernen der Organisation Volksmodjahedin im Iran (PMOI)

*Name: Volks-Modjahedin-Organisation-Iran (PMOI)*
*Gründungsjahr: Iranisches Jahr 1344 (1965)*
*Begründer: Mohammad Hanif-neshad, Sa'id Mohsen, Ali-Ashgar, Badi'sadegan*

*Ideologischer Inhalt: politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich*

1) *Unsere Ideologie ist der Islam und gründet auf der Weltanschauung von Tohid (Koran, = göttliche Integration) als Wegweiser, die Gesellschaft zur umfassenden Ausrottung jeder Ausbeutung zu geleiten und das tohidische System (göttlich integriertes) aufzubauen. Denn diese Ideologie stützt sich — in welcher geschichtlichen Situation auch immer — auf die unterdrücktesten und fortschrittlichsten Kräfte und soziale Klassen (wie der Koran sagt: erniedrigtsten, gedemütigtsten), deren wahre Repräsentanten in den aktuellen Bedingungen der iranischen Gesellschaft die Arbeiter und ihre Verbündeten, die Bauern, sind.*

*Die PMOI glaubt an die totale Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen — auf jeder Ebene und in jeder Dimension — durch die Ausrottung jeglicher Klassenunterschiede und wird ihren Kampf bis zur Verwirklichung der klassenlosen Tohidgesellschaft fortführen.*

2) *Die PMOI hält den Widerspruch zwischen dem Volk und dem Imperialismus in der gegenwärtigen geschichtlichen Phase für grundsätzlich, weswegen sie gleich seit ihrer Gründung den Kampf als bewaffneten Kampf und mit der Politik des Guerillakampfes begonnen hat, was zum Sturz des Anti-Volks- und Kompradoren-Regimes Pahlawi geführt hat, einen Schritt vorwärts bei der Verwirklichung der Ideale von Tohid.*

*Seit Errichtung der Islamischen Republik Iran hält die PMOI es für notwendig, den anti-imperialistischen Kampf durch Einheit zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen voranzutreiben, wobei sie sich aktiv in der politischen und sozialen Arena beteiligt.*

*Die PMOI war beständig die Triebkraft in dem Bestreben, eine Front aus allen anti-imperialistischen Kräften mit Programm zu formieren, während sie an ihrem Motto festhält: ,,Volle Unterstützung aller revolutionären und Befreiungs-Organisationen außerhalb der iranischen Grenzen, damit und bis eine solide anti-imperialistische Front bewerkstelligt wird.''*

*Seit dem triumphalen Aufstand am 22. Bahman 1357 (11. Februar 1979) hat die PMOI folgendes erreicht:*

1) *Sich ideologisch abzugrenzen von anderen Kräften, die unter dem Namen des Islam arbeiten und oberflächlich ähnlich scheinen, und diese Abgrenzung bis in die politisch-strategische Ebene zu heben.*

2) *Ihre revolutionäre Verantwortlichkeit in der Hitze der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im Iran einzulösen, ohne an der Regierung beteiligt zu sein.*

3) *Einen aktiven Kontakt mit allen fortschrittlichen und revolutionären Sektoren und Kräften des Volkes im Zusammenhang mit den Wahlprogrammen (während der Präsidentschaftskandidatur) von Modjahed-Bruder Mas'ud Radjavi zu entwickeln, wobei sie sich als Stützpunkt der revolutionären Kräfte inmitten aller Repressalien, die sie von seiten der Regierung zu tragen hatte, gezeigt hat.*

Fortsetzung von vorheriger Seite

Landes, die Korruption, die Fehler der Außenpolitik usw. Dabei erhöhte sich seine Popularität bei dem Volke bis zu einem so hohen Grad, daß es selbst für Khomeiny zu viel wurde. Daher kommt also der letzte Druck, der nun zu seinem Sturz geführt hat.

**Frage**: *Auf welche Schichten kann Banisadr sich heute stützen?*

**Antwort**: Die vielleicht einzige Schicht, aus der Banisadr keine Anhänger rekrutieren könnte, ist die der Lumpen, sonst bindet er vieles von dem, was Khomeiny an Anhängern verliert, wieder aus allen Volksschichten. Ich sage vieles und nicht alles, weil ein Teil den Volksmodjahedin zuläuft oder der politischen Apathie, dem Mißtrauen und dem Aberglauben anheimfällt. Die Zahl der letzten Gruppe ist sehr groß geworden, ebenso die Zahl jener, die es bereuen, bei der Revolution gegen den Schah mit dabeigewesen zu sein. Diese beiden Gruppen sind zu beachten, wenn über die Zukunft des Landes nachgedacht wird.

**Frage**: *Wie stellen sich die Linken und die religiöse Organisation der Volksmodjahedin zu diesen Auseinandersetzungen?*

**Antwort**: Das Lager der Linken ist sehr bunt, und es ist immer ein Problem gewesen, festzustellen, was links und was rechts ist. Um die Auseinandersetzung an diesem Ort zu vermeiden, nenne ich links, was sich selbst so bezeichnet. Von diesen schlägt sich ein Teil auf die Seite Khomeinys gegen Banisadr, die Tudeh-Partei, die Mehrheitsfraktion der Volksfedayin, die Gruppe um Peyman. Weil Khomeiny angeblich eine antiimperialistische Politik vertrete, seien seine antidemokratischen Ausschreitungen zu verzeihen.

Für die zweite Gruppe der Linken, die Demokratische Partei Kurdistans, Komeleh, Peykar, Minderheitsfraktion der Volksfedayin usw. stellen Banisadr und Khomeiny die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Reaktion dar und sind als solche zu bekämpfen. Erst nach dem Sturz Banisadrs scheint sich bei der Minderheitsfraktion der Volksfedayin eine differenziertere Einstufung Banisadrs durchzusetzen. In ihrem letzten Kommunique haben sie sich dafür ausgesprochen, Banisadr in seinem Kampf gegen die Mullahs zu verteidigen. Peykar tun es stillschweigend, sie haben offiziell nichts darüber verlauten lassen. Die Demokratische Partei Kurdistans hat in der Vergangenheit Banisadr schon weniger feindlich behandelt als Khomeiny.

Die dritte Gruppe der Linken unterstützt Banisadr in seinem Kampf gegen die Diktatur des Khomeiny-Regimes und tut das ganz offiziell, ohne sich dabei mit der Banisadr-Linie zu identifizieren. Zu dieser Gruppe gehört als erste die stärkste, bestorganisierte linke Partei in Iran, das heißt die Partei der Volksmodjahedin. Dazu kommen noch einige Gruppen der selbständigen demokratischen Marxisten. Vom Verlauf des nun bevorstehenden bewaffneten Kampfes wird es abhängen, wie weit sich die zweite und dritte Gruppe zwecks Bildung einer gemeinsamen Front gegen die Reaktion einander nahe kommen werden. Die ersten Schritte hierzu sind schon unternommen worden.

**Frage**: *Der Kampf der Machthaber gegen jede Opposition hat eine neue Stufe der Brutalität erreicht. Wie ist das weitere Vorgehen einzuschätzen?*

**Antwort**: Die Reaktion ist fest entschlossen, alles, was ihr im Wege steht, zu vernichten. In Teheran redet man schon von einer Liste von mehreren tausend Personen, die festgenommen und zum Teil hingerichtet werden sollen. Ghafari, der Mullah, der die Schlägertrupps führt, hat dem Gefängnisaufseher vom Evin-Gefängnis gesagt, im Falle eines Falles sollen alle Insassen, alles politische Gefangene, hingerichtet werden. Daß dies kein Gerücht ist, zeigt die Praxis der letzten Tage und Monate. Militärisch stützt sich die Reaktion hierbei und bei dem schon laufenden und in größerem Ausmaß bevorstehenden Bürgerkrieg in erster Linie auf die Pasdaran und die militärischen Anhängsel der herrschenden Parteien und Banden. Die sogenannten Linken auf der Seite der Reaktion, also Tudeh-Partei, Mehrheitsfraktion der Volksfedayin, Peyman-Gruppe, beschränken sich zur Zeit auf Handlangerdienste; sie arbeiten vor allem als Spitzel. Ob sie sich in diesem Kampf auch mit ihren Waffen zur Verfügung stellen würden, wird sich zeigen.

**Frage**: *Wie wird sich die Armee verhalten?*

**Antwort**: Das Verhalten der Armee ist schwer einzuschätzen. Sie hat sich im Kampf zwischen Khomeiny und Banisadr bisher auf keine Seite gestellt, ebenso neutral verhält sich zur Zeit die Polizei. Daß sie keine Vorliebe für Khomeiny haben, scheint festzustehen. Aber es deutet auch nichts darauf hin, daß sie bereit wären, die Partei Banisadrs zu ergreifen. Sie werden vielleicht versuchen, eines Tages die rettende Hand der Nation zu spielen. Mehr dazu kann ich heute noch nicht sagen, das heißt, ich weiß es nicht.

**Frage**: *Haben die fortschrittlichen Kräfte eine Chance, diese Angriffe zurückzuschlagen?*

**Antwort**: Ob die Opposition gegen die militärische Macht Khomeinys eine Chance hat, sich durchzusetzen, hängt sehr von ihrer Entschlossenheit, taktischen Klugheit und organisatorischen Fähigkeit ab. Sie hat die überwältigende Mehrheit des Volkes auf ihrer Seite, aber diese ist bis auf die linken Gruppen unorganisiert, teilweise deprimiert und mißtrauisch. Es liegt also an den bestehenden Organisationen, vor allem an den Volksmodjahedin, sich der Sympathie der Bevölkerung zu bedienen, das Mißtrauen abzubauen und einen geordneten Kampf gegen die Reaktion zu führen. Der Erfolg wird in diesem Fall ganz sicher sein. Die Rolle, die Banisadr dabei spielen wird, hängt davon ab, wie weit er sich von seinen Illusionen schon bald befreit, seine Fehler einsieht, sein Verhalten korrigiert und entschlossen auf der Seite der eigentlichen Opposition am Kampf gegen die Reaktion teilnimmt. In diesem Fall wird ihm eventuell eine zentrale Position sicher sein.

**Anmerkungen:**

(1) Ghotbzadeh war nach der Revolution Chef des Rundfunks und Fernsehens, einen Tag nach dem Aufstand verhängte er die totale Zensur, später Außenminister, mußte wegen Widersprüchen in der Geiselaffäre zurücktreten. Bazargan war der erste Ministerpräsident der Provisorischen Regierung, mußte unmittelbar nach der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran zurücktreten, war aber noch weiter im Revolutionsrat. Yazdi war der erste Außenminister, Madani Gouverneur der Erdölprovinz Khuzistan bis zu den Präsidentschaftswahlen und Chef der Marine, Nazih Direktor der staatlichen Erdölgesellschaft.
(2) Mossadegh war seit 1951 Ministerpräsident. Er verstaatlichte als erste Amtshandlung die Erdölgesellschaften, wurde 1953 durch einen CIA-Putsch gestürzt.
(3) Qom: heilige Stadt, Paris: Exilort Banisadrs.
(4) Nabavi hatte sich besonders bei der „Lösung" der Geiselaffäre hervorgetan.
(5) Die Organisation der Volksfedayin hatte sich Mitte 1980 gespalten. Die Mehrheit im Zentralkomitee hat der Tradition des bewaffneten Kampfes abgeschworen und in der Folge eine Politik der vollständigen Unterstützung Khomeinys betrieben, einschließlich der Unterstützung seines Kampfes gegen das kurdische Volk. Inzwischen ist geplant, gemeinsam mit der Tudeh-Partei eine neue Partei zu gründen.
(6) Nach den Aufständen in Teheran erklärte sich die Armeeführung nach einem Gespräch mit dem letzten Ministerpräsidenten des Schah, Bakhtiar, dem neuen Ministerpräsidenten Bazargan u.a. loyal gegenüber Khomeiny. So wurde ein drohender Bürgerkrieg und eine weitere Auflösung der Armee verhindert und eine kontrollierte Ablösung eingeleitet.
(7) Vgl. AK 201, Hintergründe der Geiselaffäre.

# Said Soltanpur ermordet

Am Samstag, den 20.6., fand eine von den Volksmodjahedin organisierte Demonstration gegen die Amtsenthebung Banisådrs in Teheran statt. In schweren Kämpfen mit Anhängern der Partei Gottes (Hezbollah) und Pasadaran wurden mindestens 30 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt. Von den Verhafteten wurden am nächsten Morgen 15 erschossen, ohne daß zum Teil ihre Namen bekannt gewesen wären. Die Gelegenheit wurde von den Machthabern ausgenutzt, auch acht Insassen des Evin-Gefängnisses ohne Gerichtsurteil zu ermorden, unter ihnen der bekannte Schriftsteller, Theaterregisseur und Schauspieler Said Soltanpour (im Januar 1979 druckten wir ein Interview mit ihm im AK ab).

Im folgenden drucken wir einen Teil eines Flugblattes der Volksfedayin (Minderheit) ab, das kurz vor seiner Ermordung herausgegeben wurde, um eine Kampagne zu seiner Freilassung zu initiieren. Said Soltanpour war zuletzt führendes Mitglied der Volksfedayin (Minderheit).

*Wer ist Said Soltanpour?*

*Said Soltanpour ist Hochschullehrer, Dichter, und arbeitete als Theaterdirektor in Teheran. Seine Werke brachten ihn ständig in Konflikt mit der Zensur. Als Mitgründer der iranischen „Drama-Gesellschaft" inszenierte er unter anderem Ibsens „Menschenfeind", Gorkis „Kleinbürger" und Brechts „Die Geschichte der Simone Machard". Bei der Aufführung dieser Stücke wurde das Theater mehrmals von Agenten der iranischen Geheimpolizei SAVAK besetzt und geschlossen, Direktor, Intendant und Schauspieler wurden vorübergehend festgenommen.*

*Im Jahre 1975 wurde Soltanpour wegen des von ihm geschriebenen Stückes „Balladen aus dem Gefängnis" verhaftet und sieben Monate lang gefoltert. In kritischem Zustand wurde er für 21 Tage in ein Polizeihospital verlegt, jedoch vor Ausheilung der durch die Folter verursachten Verletzung ins Gefängnis zurückgebracht und weiter gefoltert. In einem Schauprozeß wurde er dann zu drei Jahren Haft verurteilt. Während der Haft schrieb er „vom Schlachthaus". Nach der Entlassung aus dem Gefängnis 1977 wurde die Dichterlesung von Said Soltanpour an der Technischen Universität zum Ausgangspunkt der ersten großen Demonstration in Teheran. Die Dichterlesung wurde in eine die ganze Nacht dauernde Protestkundgebung gegen das Schahregime umfunktioniert; am nächsten Tag fand eine große Demonstration statt. Nach diesen Protesten mußte Soltanpour für zwei Monate in den Untergrund gehen, wie im übrigen fast alle ehemaligen politischen Häftlinge, um der Erschießung auf offener Straße zu entgehen.*

*Nach seiner Flucht ins Ausland gründete er mit drei weiteren ehemaligen politischen Häftlingen — zwei ehemaligen Armee-Offizieren und einem ehemaligen Medizin-Studenten — das „Komitee vom Gefängnis ins Exil", das zusammen mit der CISNU die Solidarität mit den politischen Gefangenen im Iran und mit den kämpfenden iranischen Völkern organisierte.*

*Während ca. 13 Monaten Aufenthalt in Europa hat Said Soltanpour diverse Meetings und Protestkundgebungen gegen das Schahregime veranstaltet und die Aufdeckung der Politik der Schah-Diktatur vorangetrieben. Nach seiner Rückkehr in die Heimat setzte Said Soltanpour sein kämpferisches Leben und Bewußtsein noch intensiver für das Volk und für revolutionäre Organisationen ein; er ist derjenige, der zu dieser Zeit das proletarische Dokumentartheater gegründet hat. Gespielt und vorgeführt wurde diese Theaterart in „Herr Abbas, Arbeiter bei Iran-National Autoindustrie" und „Tod dem Imperialismus"; mit diesen beiden Stücken gelang es ihm, Kunst und Klassenkampf in einer noch nicht dagewesenen Weise so zu verknüpfen, daß sich die Zuschauer während der Aufführung wie in einer Arbeiterkundgebung vorkamen.*

*Iranische Studenten-Vereinigung Sympathisanten der Guerillaorganisation der Volksfedayin Irans in der Bundesrepublik*

# Widerstand gegen die Mullah-Diktatur in der BRD

**Die aktuelle Entwicklung im Iran war für die linken Iraner in der BRD Anlaß zu einigen Aktionen. In Hamburg wurde am 23.6. das iranische Konsulat für eine halbe Stunde durch Sympathisanten der Volksfedayin (Minderheit im ZK) besetzt; in Bremen kam es beim Versuch, den Büchertisch Khomeiny-treuer Spitzel in der Mensa zu verhindern, zu schweren Handgreiflichkeiten und dem ersten Polizeieinsatz an der Uni.**

### Iranisches Konsulat „aufgeräumt"

Nachdem im Iran erneut 35 Revolutionäre, darunter sechs 14jährige Mädchen, hingerichtet worden waren, nahmen Sympathisanten der Volksfedayin dies zum Anlaß, durch eine Besetzung des iranischen Konsulats in Hamburg auf die Verhältnisse im Iran aufmerksam zu machen. Die rund 40 Genossen hängten einige Transparente in den Konsulatsräumen auf und „räumten" die Aktenschränke auf. Die sofort eintreffende Polizei ging mit Knüppeln auf die fliehenden Iraner los. Von sieben festgenommenen Iranern wurden vier bereits nach drei Stunden freigelassen, während die anderen drei ohne nähere Begründung in Einzelhaft festgehalten werden. Alle drei begannen aus Protest gegen diese Haftbedingungen und die Entwicklung im Iran einen Hungerstreik.

### Khomeiny-Spitzel raus aus Bremen!

Die Auseinandersetzungen in der Bremer Uni-Mensa vom 23.6. sind nur das vorerst letzte Glied einer Kette von Widerstandsaktionen gegen die Mitglieder der U.I.S.A. (United Islamic Students Association), einer Vereinigung fanatischer Khomeiny-Anhänger in den USA und Europa.

Im Zuge des Ausbaus der reaktionären „Islamischen Republik" wurde die U.I.S.A. von den „Modjahedin der islamischen Revolution", einer rechtsorientierten paramilitärischen, der Islamisch-Republikanischen Partei nahestehenden Terrororganisation, aufgefordert, im Ausland ihren Teil dazu beizutragen, die Opposition auszuschalten. Das „Koordinationskomitee der Antiimperialistisch-Antireaktionären Iranischen Studenten in Bremen" veröffentlichte ein Schreiben, in dem die U.I.S.A. aufgefordert wird, „*die aktiven marxistischen Gruppen in Eurem Wohnort und nach Möglichkeit die Namen ihrer Führer*" zu nennen und Berichte über die „*Aktivitäten der Konterrevolution*" zu schreiben. Die Angst vieler fortschrittlicher Iraner nach der Veröffentlichung dieses Schreibens ist verständlich, denn die Ergebnisse der Spitzelarbeit werden an SAVAMA, den Geheimdienst der Mullahs, weitergeleitet. Nach ihrer Rückkehr in den Iran droht den Oppositionellen dann Verhaftung, Folter und Tod.

Bereits am 16. Juni kam es zu kleineren Prügeleien, als der Propagandastand der U.I.S.A. kurzerhand umgeschmissen wurde, denn allein das Rufen von Parolen reichte nicht aus, die Spitzel aus der Mensa zu vertreiben. Die Khomeiny-Anhänger schlugen daraufhin wild um sich, waren jedoch der Überzahl linker Iraner und einiger Westdeutscher nicht gewachsen. Aus dieser Erfahrung heraus holte sich die U.I.S.A.

### Verstärkung durch auswärtige Faschisten!

Zum Schutz des U.I.S.A.-Standes waren U.I.S.A.-Studenten aus anderen Städten, Mitarbeiter der iranischen Konsulate in Hamburg und Aachen, libanesische Falangisten und türkische Graue Wölfe eingetroffen. Alles in allem ca. 50 Faschisten, z.T. mit Schlagringen und Ketten ausgerüstet, standen um den Büchertisch herum, als iranische und westdeutsche sowie weitere ausländische Studenten gemeinsam Parolen riefen und über Megaphon die Mensa-Besucher/innen über die Hintergründe aufklärten.

Ganz unvermittelt griffen die Khomeiny-Anhänger an, funktionierten die Mensa-Stühle zu Knüppeln und Wurfgeschossen um. Erholt vom ersten Schrecken gelang es, die Faschisten aus den Fenstern zu drängen. Durch eine Seitentür kamen sie allerdings in die Mensa zurück, jedoch wurden ihnen diesmal Ketten ausländischer und westdeutscher Studenten entgegengestellt, was weitere Gewalttätigkeiten verhinderte.

In diesem Moment stürmten etwa 30 Polizisten in die Mensa, die mit wahllosem Schlagstockeinsatz auch gegen gänzlich Unbeteiligte zunächst für „Ruhe" sorgten, sich dann in den Hintergrund zurückzogen und teilweise auf dem Unigelände patroullierten. In den anschließenden hitzigen Debatten stellte sich heraus, daß Uni-Kanzler Maas die Polizei gerufen hatte, um „*ohne die Vorfälle irgendwie zu werten*", die linken Iraner ebenso wie die Spitzel und Faschisten aus der Mensa zu befördern. Dieser „demokratische Schlichtungsvorschlag" stieß auf geschlossenen Protest, und die Demonstranten bestanden darauf, die Schläger selbst rauszuschmeißen. Allein diese Geschlossenheit veranlaßte Maas, die Spitzel durch die Polizei aus der Mensa führen zu lassen.

### Reaktionen

Im Flugblatt des AStA am darauffolgenden Tag wird festgestellt: „*Fortschrittliche Studenten* (darunter Mitglieder des AStA; Anm. AK) *hatten durch ihren mutigen Einsatz die streitenden Parteien getrennt. Der erste Polizeieinsatz auf dem Gelände der Universität war unnötig*". Damit werden die Geschehnisse auf den Kopf gestellt, denn nicht „*fortschrittliche Studenten*" haben schön neutral „*streitende Parteien getrennt*", sondern richtig war gerade, sich zu „streiten" und den Faschisten entgegenzustellen.

Die Unileitung hat in Form einer Mitteilung durch Rektor Wittkowsky bekanntgegeben, daß „*die Erlaubnis, weiterhin Büchertische iranischer Studentengruppen in der Mensa aufzustellen, an folgende Bedingungen geknüpft wird:*

*1. Wie auch für die deutschen Studenten gilt für die Iraner, daß weder in der Universität noch in der Mensa auch noch so begründete Kritik mit gewalttätigen Mitteln durchgesetzt werden darf. (...) Ausländerfeindlichkeit ist ein Übel, das allerdings durch solche Vorkommnisse gefördert statt abgebaut wird.*"

Es gilt die Parole: Hauptsache ist „Ruhe und Ordnung" — und was geht „uns" die Diktatur im Iran an. Mit dieser Parole wurde auch schon der Schah geschützt.

**KB/Gruppe Bremen**

# Terroranschlag auf Palästinenser in Bremen

**„Am 26.6.1981 um 0.30 wurde in einem Studentenwohnheim in Bremen ein Attentat auf ein Mitglied des PSV (Palästinensischer Studentenverein) verübt.**

**Unter dem Vorwand, eine Übernachtungsmöglichkeit bei ihrem Landsmann zu suchen, überredeten zwei nicht bekannte Palästinenser ihn, mit ihnen das Gepäck aus dem Auto zu holen. Zwei Minuten vorher hatten die letzten Gäste die Wohnung verlassen. Die beiden Attentäter und ihr nichts Böses ahnendes Opfer gingen zu dem angeblich wartenden Taxi, und an der einsamsten Stelle es Weges zog einer der beiden einen scharfen Metallgegenstand aus der Jacke und versetzte unserem Genossen damit einen wuchtigen Schlag auf den Schädel. Als er — für die beiden Täter unerwartet — laut schrie, liefen die Attentäter weg.**

**Unser verletzter palästinensischer Genosse wurde ins Krankenhaus gebracht. Die Art der Verletzung läßt auf einen Mordversuch schließen. Als Tatmotiv scheiden persönliche Angelegenheiten aus. Der Anschlag hat eindeutig politischen Hintergrund".**

(Aus einer Presse-Erklärung, die u.a. von palästinensischen, iranischen und eritreischen Gruppen sowie vom KB herausgegeben wurde).

Mit diesem Mordanschlag wird deutlich, zu welchen brutalen Methoden gewisse bürgerliche und rechte Strömungen in der PLO bereit sind, um ihren Alleinvertretungsanspruch für das palästinensische Volk durchzusetzen. Linke, revolutionäre Palästinenser , die es z.B. ablehenen, einen von den Imperialisten und israelischen Zionisten überwachten „Teilstaat" als Lösung der „Palästina-Frage" zu akzeptieren, und die an der Forderung nach völligem Selbstbestimmungsrecht für ihr Volk auf ihrem Land bei friedlichem Zusammenleben mit den dort angesiedelten Juden festhalten, werden schon seit Jahren von bürgerlichen Palästinensern hart bekämpft. Insbesondere, seit imperialistische Kreise die Hoffnung geweckt haben, daß sie unter bestimmten Voraussetzungen eventuell doch einen palästinensischen Teilstaat (mit eingeschränkter Souveränität) zulassen würden, unternehmen reformistische und bürgerliche Strömungen in der PLO größte Anstrengungen, um sich als zuverlässiger (Verhandlungs-) Partner der Imperialisten zu erweisen. Gerade das politische Wirken von linken Palästinensern im europäischen Ausland wird dabei als nachhaltige Störung, ja als Untergrabung der Versuche empfunden, mit den Imperialisten zu einem friedlichen Vergleich zu kommen.

Dieser jüngste Anschlag ist leider nicht das erste Beispiel dafür, daß bürgerliche Kräfte in der PLO die revolutioäre palästinensische Linke im Ausland mit Gewalt und Terror zu unterdrücken versuchen. (Diese Hintergrundinformationen erhielten wir in einem Gespräch mit palästinensichen Genossen)

**Genossen in Bremen**

# Rudolf Bahro auf der Suche nach dem Bösen in uns selbst

In der der aufgelösten „KPD" nahestehenden Zeitschrift „Befreiung" hat Rudolf Bahro einen neuen Aufsatz vorgelegt, in dem er seine eigenen Gedankengänge weiter voranzutreiben versucht (Nr. 21/81). Realitätstüchtige Argumentation ist Bahro da nicht abzusprechen, wo er sich in der Polemik an eher rechten Positionen abarbeitet, beispielsweise in seinem Widerspruch gegen die kriegsfördernde Legende von der sowjetischen Überlegenheit und Bedrohung. Sobald Bahro sich aber seinem Hauptgegenstand zuwendet, nämlich der Polemik gegen Links, entfernt er sich immer mehr von seinen marxistischen Ursprüngen, zu denen er sich noch bei seiner Einreise in die BRD mit Selbstverständlichkeit bekannt hatte.

In seinem neuen Aufsatz setzt Bahro erneut bei der von ihm in letzter Zeit aufgegriffenen „Exterminismus"-Theorie an, die übrigens auch die theoretische Basis des Russell-Aufrufs für eine atomwaffenfreie Zone in Europa ist. Dieser Theorie zufolge ist den modernen Industriegesellschaften – unabhängig vom konkreten politisch-sozialen System – der unwiderstehliche *„Drang"* zu Massenvernichtung und Massenzerstörung *„eingelagert"* (Exterminare = auslöschen, vernichten). „Eingelagert" soll besagen, daß der „Exterminismus" unabtrennbarer Bestandteil aller Industriezivilisationen sei; man müsse also die Industriezivilisation selbst überwinden, um den „Exterminismus" zu überwinden. Hier könnte mensch die Frage weiterspinnen, was eigentlich Überwindung der Industriezivilisation konkret zu bedeuten hätte, da zweifellos auch Bahro nicht die Rückkehr zum hölzernen Handpflug oder gar zum Faustkeil vorschlagen will, und da er wohl ebensowenig die Reduzierung des persönlichen Besitzes auf einen Satz Messer und Gabel, ein paar Schuhe und einen Einheitskittel anstrebt. Die menschliche Gesellschaft wird also Industriegesellschaft bleiben müssen. Es geht nicht um die Beseitigung der industriellen Produktionsweise, sondern um die Veränderung der Antriebe und Kontrollmechanismen, nach denen diese Produktion funktioniert, was heissen müßte, der Industriezivilisation die „Giftzähne" zu ziehen. Leider konkretisiert Rudolf Bahro seine Überlegungen nicht in diese Richtung, sondern wendet den Blick zu-

„Giftzähne" zu ziehen. Leider konkretisiert Rudolf Bahro seine Überlegungen nicht in diese Richtung, sondern wendet den Blick zu-

rück in die Geschichte. Und da entdeckt er gleich auf den ersten Blick, daß „die Tendenz zur Selbstauslöschung" (= „Exterminismus") nicht bloß *„zufällig"* in unsere Industriezivilisation „eingelagert" sei, sondern daß *„dieser Drang von weither im menschlichen Wesen (als ‚Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse') mit angelegt sein"* müsse. Auf seiner weiteren Suche nach den historischen Ursprüngen des „Exterminismus" stößt Bahro zunächst auf die Tatsache, daß bereits um 1750 die Weichen für die Entwicklung des heutigen Systems, d.h. für den Aufstieg des Industriekapitalismus, gestellt worden seien. Aber *„das Phänomen"* reiche ja weit hinter den Kapitalismus zurück. *„Der europäische Gesellschaftskörper ist von weither für seine kapitalistische Verfassung disponiert gewesen"*, d.h. die europäischen Gesellschaften der Antike trugen schon die sich Jahrhunderte später mit historischer Zwangsläufigkeit entwickelnden Keime des Industriekapitalismus und damit des „Exterminismus" in sich. Aber noch weiter rast Rudolf Bahro in die Geschichte zurück: **„Es spricht vieles dafür, daß schon der Übergang von den mutterrechtlichen Sammlerinnen- und Jägerkulturen zur patriarchalischen Acker- und Städtebauergesellschaft, parallel zum Nomadendasein, der ‚Sündenfall' war"**. Bahro oder der Setzer scheint da, was die historischen Zusammenhänge angeht, ein bißchen durcheinander gekommen zu sein, aber das macht gar nichts, denn gleich geht es weiter zur nächsten Station auf Bahros Reise in die Vergangenheit: *„... Dabei kam dieser Übergang an so vielen mehr oder weniger voneinander unabhängigen Orten und Zeitpunkten zustande, daß man ihn zweifellos als gesetzmäßig, also unausweichlich in der Gattungsanlage vorgebildet ansehen muß"* (Hervorhebung von mir – kt.). Gemeint ist, daß der „Übergang ... zur patriarchalischen Acker- und Städtebauergesellschaft" sich gesetzmäßig aus der vorhergehenden Geschichte der menschlichen Evolution (Entwicklung) ergeben haben muß.

Wenn das aber so ist, hat Bahro unrecht, gerade diesen gesetzmäßig notwendigen „Übergang" als den zum „Exterminismus" führenden Sündenfall zu bezeichnen: Der Sündenfall müßte dann ja noch viel früher zu orten sein. Diese Konsequenz deutet Bahro sogar selbst an, indem er davon spricht, daß der „Exterminismus" die **„Quintessenz des gesamten Werkzeugsystems, das auf den Menschen und die Erde gerichtet ist"**, sei (Hervorhebung von mir – kt.). Tatsächlich kann mann auf der Suche nach dem zum „Exterminismus" führenden Sündenfall auch gut und gern behaupten, daß alles Unheil schon mit der sich vor einigen Hunderttausend Jahren entfaltenden systematischen Produktion menschlicher Werkzeuge begonnen habe.

Man kann aber auch noch weiter in den unerschöpflichen Brunnen der Geschichte steigen und beispielsweise behaupten, daß bereits die evolutionäre Abtrennung des Frühmenschen von seinen äffischen Vorfahren die Wurzel allen Übels gewesen sei. Da die Marxisten – und Bahro argumentiert in dieser Beziehung tatsächlich noch als Marxist – die gesamte Evolution des Lebens ablaufenden Prozeß begreifen, kann man den Zeitpunkt des Sündenfalls auch beliebig früher datieren, in der Entwicklung der Säugetiere oder sonstwo. Man kann schließlich sogar zu dem schönen Pradoxon gelangen, daß vielleicht die Weichen für die Zerstörung jedes Lebens auf diesem Planeten bereits in jenem Moment gestellt wurden, wo auf diesem Planeten das Leben begann. So gesehen trug schon der früheste lebende Glibber vor vier Milliarden Jahren mit einiger „Unausweichlichkeit" die Keime des „Exterminismus" in sich.

Wie einfach hat es da vergleichsweise die Religion, die einen durch ‚Gott' produzierten paradiesischen Urzustand annimmt, der vom Menschen durch eine einzige , exakt zu definierende und tendenziell auf die Minute genau zu bestimmende Handlung zerstört wurde – den bekannten Biß in den Apfel, den die zuvor von der Schlange indoktrinierte Eva ihrem Adam reichte. Man mag sich bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß die Bibel eigentlich nicht von einem Apfel spricht, sondern nur von einer nicht näher bezeichneten Frucht, die am Baum des „Erkennens von Gut und Böse" gewachsen ist. Dies nur als kleiner Denkanstoß für weiterführende Überlegun-

ten Frucht, die am Baum des „Erkennens von Gut und Böse" gewachsen ist. Dies nur als kleiner Denkanstoß für weiterführende Überlegun-

gen von Bahro oder seinen Epigonen.

Bahro, um auf dessen Aufsatz in der „Befreiung" zurückzukommen, sucht die Wurzel des Übels in der menschlichen *„Gattungsanlage"*. **„Insofern müssen wir heute statt oberflächlich mit Kritik der (modernen) politischen Ökonomie fundamental mit Kritik der menschlichen Natur beginnen"**. Wir müßten uns *„gegen den Rat aller Aufklärung doch auf die Suche nach dem Bösen in uns selber machen"*. Ein interessantes Thema, aber Bahro schürft diesbetreffend gar nicht besonders tief, sondern kommt direkt auf sein zentrales Anliegen zu sprechen: den bösen Klassenkampf. **„Die drohende Katastrophe hängt offenbar mit jener sozialen Dynamik zusammen, die dahin trieb, daß alle schriftlich überlieferte Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen wurde ... Wenn es so ist, dann bleiben wir mit der Orientierung am Klassenkampf als Lösungsweg in dem Zirkel befangen, aus dem wir ausbrechen müssen"**.

Bahros Schlußfolgerung ist keineswegs so glatt-logisch, wie er sie darstellen möchte. Rudolf Bahro wird wohl immer noch zustimmen, daß das tiefere Übel nicht der Klassenkampf ist, sondern die Existenz von Klassen, die den Klassenkampf *„gesetzmäßig, also unausweichlich"* hervorbringt. Die „soziale Dynamik", von der Bahro in Zusammenhang mit der drohenden Katastrophe spricht, ist erst einmal die Existenz von Klassen und weitergehend, der private Besitz an den Prodiktionsmitteln. Folglich muß man, um die drohende Katastrophe abzuwenden, den Privatbesitz an den Produktionsmitteln beseitigen. Das wiederum ist gar nichts anderes als die zentrale Schlußfolgerung der Kritik der politischen Ökonomie und des wissenschaftlichen Sozialismus überhaupt. Man kann zwar immer noch darauf beharren, daß der Privatbesitz an den Produktionsmitteln seinerseits bloß Produkt des „Bösen in der menschlichen Natur" sei, nämlich des Strebens nach privater Aneignung von Dingen und Lebewesen. Das bringt aber bei der aktuellen Aufgabe, nämlich das atomare Finale zu stoppen, kein Schrittchen weiter. Wo es politisch-konkret wird, landet Rudolf Bahro bei der Hoffnung, den Herrschenden das Heil predigen zu können: Daß es böse sei, was sie tun; daß es überdies auch für sie selbst gefährlich sei, da auch sie einen Atomkrieg entweden gar nicht überleben würden oder jedenfalls die Erde danach nicht mehr lebenswert wäre. Bahro faßt diese Vorstellung in dem ätzend eindeutigen Satz zusammen: **„Es gibt keine andere Möglichkeit, den Exterminismus zu besiegen, als in der Seele des Exterministen"**. Und: *„Wir werden den Exterminismus nur besiegen, wenn wir einen Einbruch in seine Eliten erzielen"*. Nötig sei *„eine Politik, die den Spalt zwischen den zwei Seelen in jeder Brust anzielt"*.

Klassenkampf kann bei dem rein geistig zu führenden Ringen um die Seelen der Herrschenden nur schaden, das versteht sich von selbst. Auch *„Gewalt gegen Sachen"* möchte Rudolf Bahro möglichst total gebannt sehen. Aber er möchte noch viel, viel weiter gehen: *„Das hieße zum Beispiel, auch solche vergleichsweise harmlosen Sachen zu lassen wie das Spektakel ‚Brecht statt Strauß'. Wir werden nie dazu kommen mit dem altbayrischen Pfarrer und seiner Gemeinde darüber zu sprechen, daß sie nicht davonkommen werden mit ‚Brot für die Welt', wenn wir den Mann vorher dazu zwingen, das Kreuz gegen uns zu schwingen. Vielmehr müßten wir uns in die Lage versetzen, selbst einen Franz Josef Strauß einzuladen, anzuhören und ohne persönliche Diffamierung mit ihm zu streiten"*.

Letzteres ist Geschmacksache, und für einen Streit um Fragen sozialistischer Strategie und Taktik in der BRD ist Rudolf Bahro wahrscheinlich sowieso nicht mehr der richtige Adressat. Es müßte ihm aber eigentlich einleuchten, daß selbst aus seiner Argumentationsebene die Sache so nicht hinhaut. Warum schwingen denn, um im Bilde zu bleiben, der altbayrische Pfaffe und seine Schäfchen Kreuze und sonstiges Schlagwerkzeug gegen links, beispielsweise anläßlich des Zuges von „Brecht statt Strauß"? Doch deshalb, weil hier zwei völlig unterschiedliche Arten von politischem Bewußtsein wie auch zwei völlig unterschiedliche Arten von kultureller und moralischer Zivilisation aufeinanderprallen. Dieser Zusammenprall ereignet sich übrigens, ganz unabhängig vom Wollen der Sozialisten, in unserem Land tagtäglich. Er findet dort statt, wo die Pfaffen eine menschenverachtende und menschenfeinliche Moral zu diktieren versuchen, und er findet im Widerstand von Frauen, von Jugendlichen, natürlich auch von Männern gegen dieses Diktat statt. Zwischen diesen „zwei Welten" kann und darf es keine friedliche Koexistenz geben, weil sie im wirklichen Leben nicht koexistenzfähig sind. Welche „friedliche Koexistenz" gibt es beispielsweise zwischen einem bayrischen Mädchen, das sein eigenes Leben will, und ihrem vom Pfaffen und anderen Teufeln besessenen Vater, der sie einmal im Vierteljahr krankenhausreif prügelt?

Wenn wir uns nicht den Zorn und die Ablehnung des von Rudolf Bahro bemühten altbayrischen Pfaffen zuziehen wollen, dann ist nicht bloß auf Umzüge wie „Brecht statt Strauß" zu verzichten, sondern dann ist auch auf Widerstand gegen die Diffamierung und Terrorisierung abtreibender Frauen zu verzichten; dann ist auf Widerstand gegen die mittelalterliche Schwulen-Hetze zu verzichten; dann ist auf Protest gegen das von den Pfaffen gepredigte katholische Familienideal zu verzichten ... usw. usf. Das kann aber eigentlich nicht einmal Rudolf Bahro so meinen.

Zum Schluß seines Aufsatzes in der „Befreiung" kommt Bahro auf eines seiner Lieblingsthemen zu sprechen: *„Möglicherweise befinden wir uns hier an einem Punkt der bedingungslosen Identität mit der Botschaft Christi"*. Das ist eine Frage der Interpretation. Als Tatsache bleibt jedenfalls festzuhalten, daß die „Botschaft Christi", wo immer sie zur politischen Praxis wurde, die herrschenden Verhältnisse nicht verbessert hat. Gerade in ihrem Anspruch, auch auf die Gemüter und Gehirne der Herrschenden bessernd einzuwirken, hat die „Botschaft Christi" den totalsten Schiffbruch erlitten, den man sich vorstellen kann: Die „Eliten" des antiken römischen Imperiums wurden zwar schließlich massenhaft für die neue Religion gewonnen, aber dabei veränderten sich nicht die „Eliten" zugunsten der religiösen Ideale, sondern die Religion paßte sich der herrschenden Politik an. Dabei ist es geblieben.



Bahro, der das selbstverständlich gut weiß, scheint selbst nicht frei von Zweifeln an seinen Thesen zu sein: **„Ich schließe nicht aus, leider kann man es nicht ausschließen –, daß sich die große Maschine als so unbeeinflußbar erweist, daß dem allgemeinen Untergang nur noch mit dem totalen Bürgerkrieg zu begegnen ist"**. Ja, darauf könnte es wirklich hinauslaufen. Nur: Welche Beweise für die Unbeeinflußbarkeit der großen Maschine will Rudolf Bahro noch sehen, da ihm zwei imperialistische Weltkriege, Faschismus und Völkermord an den Juden (um nur die wichtigsten Taten der großen Maschine zu nennen) als Beweis noch nicht ausreichend erscheinen? Wird dieser letzte Beweis für die Unbeeinflußbarkeit der großen Maschine erst im 3. Weltkrieg selbst bestehen müssen?

**Kt., Hamburg**

**Buchbesprechung**

**Buchbesprechung**

# Die demokratische Bewegung in China

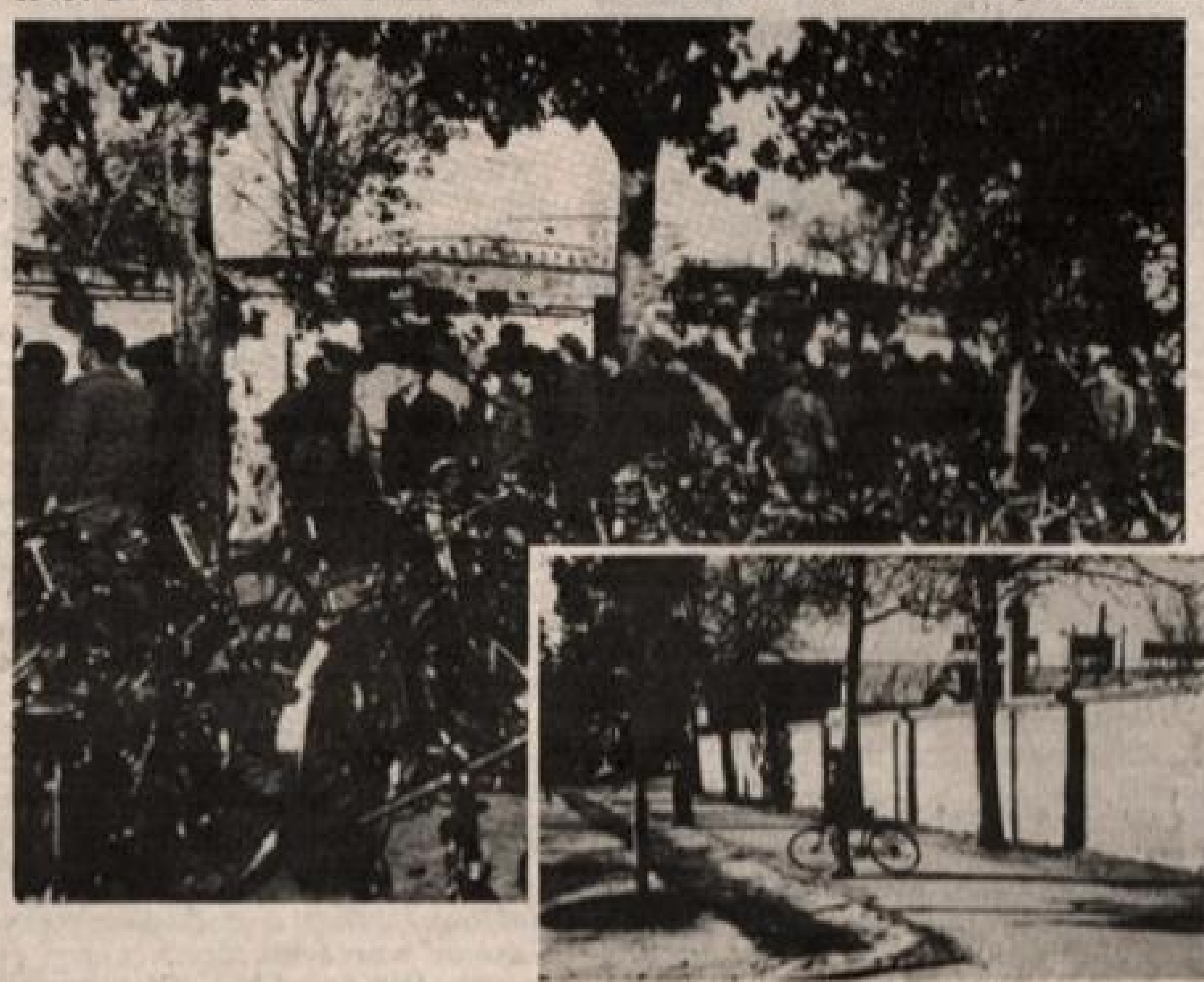
Das bisher wohl informativste Buch über die neuere chinesische Dissidenten-Szene ist kürzlich in deutscher Übersetzung im Münchner Verlag Simon & Magiera erschienen. Sein Titel: „Die demokratische Bewegung in China — Revolution im Sozialismus?". die Originalausgabe war 1980 in dänischer Sprache herausgekommen.

In der Folge des Rechtsputsches vom 6.10.76 und der danach zunächst verkündeten Liberalisierung konnten in Peking und einigen anderen chinesischen Großstädten Dissidentengruppen aufblühen, die auf Wandzeitungen und mit meist sehr primitiv produzierten eigenen Zeitungen Stellungnahmen allgemeiner und aktueller Art abgaben und manchmal auch einen Dialog untereinander führten. Der Höhepunkt dieser Aktivitäten lag in der Zeit vom Herbst 1978 bis zum Frühjahr 1979. In dieser kurzen Phase erfreute sich die Dissidenten-szene sich des Wohlwollens von Deng Hsiao-ping, der die Bewegung instrumentalisierte, um den 'maoistischen' Flügel im Parteiapparat zurückzudrängen und um anläßlich seiner diplomatischen Annäherung an die USA das Bild Chinas als einer sich öffnenden Gesellschaft zu präsentieren. Diese Phase relativer Toleranz und Liberalität endete ziemlich brutal im März '79, unmittelbar nach Einstellung der chinesischen Aggression gegen Vietnam. Das Recht auf Wandzeitungen wurde rigide eingegrenzt, mehrere führende Dissidenten wurden verhaftet, gegen die Verbreitung der bisher geduldeten Dissidentenzeitungen wurde mit Polizeigewalt eingeschritten.

Das Spektrum der chinesischen Dissidenten-Szene reicht(e) von Menschenrechtlern, Radikaldemokraten, Befürwortern des kapitalistischen Systems bis hin zu Positionen, die sich an Mao Tse-tung und positiv begriffenen Elementen der Geschichte der Volksrepublik anlehnten. Punktuell kam es auch zu Berührungen zwischen der Dissidenten-Szene und Randgruppen-Protesten. So gab es Kontakte zur Bewegung der arbeitslosen bzw. in die Städte zurückgekehrten (ehemals zwangsweise aufs Land geschickten) Jugendlichen und zu den Ansammlungen von 'Beschwerdeführern', die oft tagelang irgendwelche Behörden belagerten, um Klagen vorzutragen und ihr Recht zu fordern.

Bei allen Begrenztheiten innerhalb der Bewegung (speziell den verbreiteten Illusionen über die Demokratie westlicher Prägung und über den american way of life) bot sich mit der Dissidenten-Szene erstmals eine Möglichkeit, öffentlich und kontrovers auch über die Analyse der chinesischen Gesellschaft und alternative Sozialismus-Vorstellungen, über das Verhältnis Partei/Massen usw. zu diskutieren.

Das Buch „Die demokratische Bewegung in China" bietet einen ausführlichen und um Objektivität bemühten chronologischen Grundriß der Entwicklung der Dissidenten-Szene von 1976 bis 1980. Die Zeitungen der „demokratischen Bewegung" und die wichtigsten daran wirkenden Personen werden detailliert vorgestellt; auch Herstellung und Vertrieb dieser Zeitungen werden beschrieben. An einzelnen Beispielen werden unterschiedliche Gesellschaftsauffassungen und programmatische Vorstellungen innerhalb der Dissidenten-Szene gegenübergestellt. Außerdem werden mehrere relevante Texte und Artikel aus der Dissidenten-Szene dokumentiert. Das Buch bietet ein sehr ausführliches Literaturverzeichnis (ohne allerdings etwas zu Wert und Inhalt der einelnen Bücher auszusagen), eine Chronologie (von 1974 bis 1980) und ein Namenslexikon von Dissidenten und Politikern.



**Flemming Christiansen, Susanne Posborg, Anne Wedell-Wedellsborg: Die demokratische Bewegung in China – Revolution im Sozialismus?**
**Verlag Siman & Magiera, München 1980, Preis: Rund 20 DM**

## Spionage, Diversion, Konterrevolution ...

# Die DKP packt aus

**„NATO-Geheimpläne über Aktionen gegen Polen veröffentlicht – NATO-Sekretärin packt aus"**, meldete die DKP-Zeitung „UZ" am 25.6. *„Authentische Dokumente über subversive Tätigkeiten der NATO und westlicher Geheimdienste gegen Polen und andere sozialistische Länder"* seien *„jetzt"* im polnischen Fernsehen *„enthüllt"* worden. Eigentlich waren es sogar z w e i Sekretärinnen, die da „ausgepackt" hatten, nämlich Frau Lorenzen (ehem. Sekretärin bei der NATO) und Frau Goliath (ehem. Sekretärin des CDU-MdB Marx). Beide Frauen haben sich nach längerer Tätigkeit für realsozialistische Geheimdienste im März 1 9 7 9 in die DDR abgesetzt, leben dort also schon seit mehr als zwei Jahren.

Wenn man sie j e t z t mit „Enthüllungen" über „NATO-Geheimpläne" gegen Polen vorführt, gibt das Grund zum Mißtrauen. Ist ihnen diese „Enthüllung" jetzt erst eingefallen, oder halten ihre Auftraggeber die beiden Frauen als Sprachrohre für passende „Enthüllungen" zum passenden Zeitpunkt bereit ?!

Bei den jetzt präsentierten „Enthüllungen" geht es um Folgendes: Frau G o l i a t h behauptet, daß die polnische Oppositionsgruppe KOR **„auf Initiative der bundesdeutschen Geheimdienste geschaffen worden"** sei. Kolokowski und Michnik vom KOR hätten *„Geldsummen aus einem Sonderfonds"* erhalten, *„der für die Bezahlung antisozialistischer Elemente bestimmt war"*. Michnik habe *„hohe Honorare"* vom BND (Bundesnachrichtendienst) kassiert. 1977 habe sich Michnik mit dem BND-Agenten G. Baltutis, *„Leiter der BND-Abteilung in Köln, die sich auf Spionage gegen sozialistische Länder spezialisiert"*, getroffen. Diese „Enthüllungen" mußten mühelos für einen Spionage-Prozeß gegen Michnik und andere KOR-Vertreter ausreichen – und man fragt sich erneut mit Mißtrauen, warum solche brisanten „Enthüllungen" bis heute zurückgehalten wurden.

Frau L o r e n z e n *„berichtete über langfristige Bestrebungen der NATO-Geheimdienste, die Staatsordnung in sozialistischen Ländern zu untergraben"*. *„Seit 1980"* (?) führe das NATO-Kommando *„regelmäßig*(?) *Stabsübungen durch, bei denen Kriegshandlungen gegen und Überfälle auf polnisches Territorium geübt werden"*. (Da Frau Lorenzen schon seit März 1979 in der DDR lebt, muß hier entweder ein Druckfehler vorliegen – oder ihre „Enthüllung" stützt sich in diesem Punkt nicht einmal dem Anschein nach auf eigenes Wissen). Frau Lorenzen „enthüllte" außerdem, *„daß im Laufe der letzten zehn Jahre die NATO aktiv die ‚polnische Karte' gespielt habe, um Polen wirtschaftlich vom Westen abhängig zu machen. Nach dem 1972 ausgearbeiteten Plan ‚Hilex-5' wurde dabei ‚eine wichtige Rolle' den westlichen Krediten beigemessen"*. (Da ersichtlich ist, daß Polen sich in der Tat in eine sehr ungesunde Kreditpolitik verstrickt hat, fragt sich bloß noch, ob man nicht gleich die alte polnische Führung, Gierek & Co., als NATO-Agenten anklagen sollte).

Frau Lorenzen erwähnte ferner ein „NATO-Seminar", das im August 1978 stattgefunden habe. Dort seien *„konkrete Aufgaben zur Untergrabung der Wirtschaft der sozialistischen Länder und zur Senkung des Lebensniveaus der Völker der sozialistischen Länder gestellt"* worden. Konkret bezogen auf Polen sei von der NATO beschlossen worden: *„...Die Unzufriedenheit der polnischen Bevölkerung mit dem Lebensniveau zu vertiefen sowie den Nationalismus und Antisowjetismus zu verbreiten"*.

**„Es gebe keinen Zweifel, so Ursula Lorenzen, daß die ganzen Ereignisse in Polen ‚nicht ohne NATO-Hilfe' möglich geworden seien".** Mit dieser Aussage endet der „UZ"-Artikel, der sich übrigens auf eine Meldung der sowjetischen Nachrichten-Agentur TASS stützt, obwohl die „Enthüllungen" ja im p o l n i s c h e n Fernsehen vorgetragen worden sein sollen. Die Schlußfolgerung der Frau Lorenzen drückt, auf den Punkt gebracht, die klassische realsozialistische Geschichtsauffassung aus, wonach sämtliche Oppositionsbewegungen in ihrem Machtbereich das Werk raffinierter Agenten des Imperialismus sind.

„Enthüllungen" dieser denkbar primitiven Machart haben aktuell ihre Funktion beim Aufbau einer Legitimation für gewalttätige Eingriffe in Polen. Schon am 5.6. hatte die „UZ" gemeldet : **„Spionage und Diversion nehmen zu"**. Die Entwicklung in Polen werde **„von ausländischen Geheimdiensten auf jede Weise gefördert"**, hieß es da. Und unter Berufung auf *„Dokumente westlicher Spionagezentralen"* wurde behauptet: *„Immer öfter würde die Spionagetätigkeit mit politischer Diversion verbunden"*, d.h. mit „zersetzender" politischer Aktivität. Sachlich betrachtet ist diese Behauptung lächerlich, weil a l l e Geheimdienste der Welt aus gutem Grund streng zwischen Spionage und politischer Aktivität trennen. Es wäre schlicht selbstmörderisch, einen Spion durch gleichzeitige politische Oppositionstätigkeit auffällig zu machen und Angriffen auszusetzen. Aus gutem Grund hat beispielsweise auch das MfS (Ministerium für Staatssicherheit der DDR) seine Spione in der BRD als stramm rechte Sozialdemokraten oder einfältige CDU-Sekretärinnen auftreten lassen, niemals aber als linke Staatsgegner. Bloß macht es sich in der Argumentation natürlich besser, wenn man beispielsweise polnische Oppositionelle nicht bloß der „politischen Diversion" im Auftrag des BND beschuldigt, sondern auch gleich noch der „Spionage" oder gar „Militärspionage".

Die gegenwärtig zu beobachtende Zunahme und Steigerung derartiger „Enthüllungen" enthüllt letztlich nur eines: Der Moment für gewalttätige Eingriffe in Polen rückt näher.

**Kt, Hamburg**

zen drückt, auf den Punkt gebracht,

## Zwei Absagen ...

Zwei bedauerliche Absagen ereilten uns kürzlich. Die e r s t e Absage kam von der Hamburger Landesleitung der DKP. Ihr hatten wir vor ein paar Wochen angeboten, im „Arbeiterkampf" ein Interview zu den Ergebnissen des DKP-Parteitages (Ende Mai) zu machen. Dieser Einladung war zunächst im Prinzip zugestimmt worden. Jetzt wurde die Absage damit begründet, daß der KB aus Sicht der DKP doch (noch) nicht bündnisfähig sei. Der „Arbeiterkampf" habe nämlich über den Versuch berichtet, nach dem Klose-Rücktritt eine gemeinsame Erklärung von KB, Z, DKP, Bunter Liste und Grünen zu formulieren. Das hätte die DKP – aus uns unerklärlichen Gründen – lieber geheimgehalten, obwohl ja zu den damaligen Gesprächen über eine gemeinsame Reaktion ziemlich öffentlich eingeladen worden war. (Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß die DKP weniger Bedenken hatte, der Z ein Interview für deren „Bunte Zeitung" zu geben, und daß umgekehrt in der DKP-Hochschulzeitung „Kommunist" ein Interview mit einem Z-Leitungsmitglied veröffentlicht worden ist. Die DKP „kann" eben nicht mit j e d e m ...).

Die z w e i t e , nicht weniger schmerzliche Absage traf uns wie ein Keulenhieb seitens der Z-Leitung. Da wir im „Arbeiterkampf" so umfassend wie möglich über Erfahrungen von Zusammenarbeit und Auseinandersetzungen mit der DKP (örtliche Bündnisse, Wahlbündnisse usw. usf.) berichten wollen, hatten wir die Gruppe Z schriftlich gebeten, im AK ihre eigenen praktischen Erfahrungen darzustellen. Daraufhin teilte uns die Z-Leitung mit Schreiben vom 17.6. in frostiger Kürze mit: **„Betr. Eure ‚DKP-Anfrage': Zu einer solchen ‚Zusammenarbeit' haben wir weder Zeit noch Interesse, verstehen nicht einmal den Sinn der Angelegenheit".** Der S i n n einer regelmäßigen und aktuellen Berichterstattung über praktische Erfahrungen im Umgang mit der DKP ist ja auch wirklich schwer zu begreifen...

Zwei Absagen innerhalb weniger Tage – wir scheinen in einer Pechsträhne zu stecken?

## Die platonische Liebe des KBW

Beim KBW herrscht Tauwetter. Unter dem langsam schmelzenden Sekten-Eis knospen exotische Blümelein aus spontaneistischen Gärtnereien (siehe AK 203), aber einigen hartnäckigen Giftpflanzen aus der letzten Frostblüte scheint dieser „undogmatische Frühling" ebenfalls sehr gut zu bekommen.

### Vaterlandsverteidigung

Dieses Pflänzlein ist besonders weit gediehen; hatten wir vor einigen Jahren noch davon gesprochen, daß der KBW in dieser Frage „am Scheideweg" stünde, so kann davon heute keine Rede mehr sein.

In einem 20seitigen Grundsatzpapier im neuen „theoretischen Organ" des KBW breitet dessen Sekretär „Joscha" Schmierer seine Weltkriegs-Phantasien aus. Kostprobe:

*„Wie sich also zum drohenden Krieg stellen, wenn er unter den gegebe-*

*„Wie sich also zum drohenden Krieg stellen, wenn er unter den gegebenen Bedingungen ausbricht? Die Perspektive, diesen Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie umzuwandeln, ist von vornherein dadurch getrübt und illusorisch, daß die westdeutsche Bourgeoisie noch nicht mal in Westdeutschland die hauptsächlich kriegführende Macht sein wird. (...) Also wäre die erste Antwort darauf nicht die Umwandlung des Krieges in einen Bürgerkrieg, sondern ein Befreiungskrieg gegen die USA. Wie aber den führen, wenn gleichzeitig die Sowjetunion von der DDR aus ihrerseits einen Krieg um die Unterwerfung Europas führt?"*

Für den KBW gibts da nur eins: **„ (...) Die europäischen Völker (sollen) in einem solchen Krieg alles daran setzen, um zunächst die Sowjetunion zu schlagen als den gefährlichsten Feind".**

Schmierer's „Revolutionsmodell" sieht dann so aus: Nachdem (mit Hilfe der USA und der einheimischen Bourgeoisie) die UdSSR geschlagen wurde, wird (mit Hilfe der eigenen Bourgeoisie) der US-Imperialismus vertrieben und d a n a c h mit der *„eigenen Bourgeoisie abgerechnet"*. Raffiniert, gell?!

Wer die BRD gegen die „Gefahr aus dem Osten" verteidigen will, braucht natürlich Waffen. In der Friedensbewegung will der KBW deswegen *„den Kampf führen gegen jene Tendenzen, die den Kampf gegen die Kriegsgefahr unter die Losung der Entwaffnung stellen wollen"*.

Bündnispartner sind anderswo zu finden: *„Es wäre ganz falsch, sich gegenüber den verschiedenen Verteidigungskonzeptionen, die unter bürgerlichen Militärpolitikern gehandelt werden, neutral zu verhalten. Man muß diese Widersprüche ausnützen, um wirkliche Anhaltspunkte für die Volksbewaffnung zu ergreifen, die ja nicht n e b e n der Bundeswehr zu finden sind"*. Ob die „alternativen Militärfachleute" vom Schlage des CSU-Mitgliedes Mechtersheimer sich über diese Schützenhilfe freuen werden?

### Der „platonische Imperialismus"

„Bewiesen" wird diese Strategie mit einigen ideologischen Tiefflügen, wo Schmierer ausgerechnet Lenin aktualisieren will. *„Imperialismus ist Streben nach Weltherrschaft, Beherrschung und Eroberung fremder Länder, und trotz hochentwickeltem Kapitalismus ist es mit der Eroberung und Beherrschung fremder Länder durch die BRD gegenwärtig nicht weit her"*. Beleg dafür: *„Der deutsche Kolonialismus ist zerschlagen"*. Aber gerade gegen diese simple

*sche Kolonialismus ist zerschlagen".* Aber gerade gegen diese simple

Gleichung (Imperialismus = Kolonialismus) hat sich Lenin gewandt! Außerdem: Wie man auch ohne militärische Besetzung ein Land kolonialisieren und seine Geschicke bestimmen kann, zeigt sich aktuell an Beispiel BRD – Türkei. Doch das ist sicherlich zu banal für den KBW ...

Die Schlußfolgerungen dieser „Theoretiker" – trotz jahrelangem Büffeln und Pauken von Lenins „Der Imperialismus ..." – können nach dem eben Ausgeführten nicht mehr verwundern. Als Stilblüten fürs Poesiealbum sollen sie trotzdem zitiert werden: **„In Deutschland gibt es zwar Finanzkapital und dessen Herrschaft, es gibt auch Kapitalexport, aber einen deutschen Imperialismus gibt es nicht (...)". „Der europäische Imperialismus ist auf dem absteigenden Ast, er ist bereits ein mehr platonischer Imperialismus".**



### Eigentlich ...

hätte es wohl heißen sollen: Der K B W ist auf dem absteigenden Ast, er ist bereits eine mehr platonische Organisation. Die „Verteidigungsbereitschaft" gegen die „Supermacht UdSSR" ist anscheinend einer der wenigen Bezugspunkte zur Wirklichkeit. Und der hat zudem mit l i n k e r Politik gar nix zu tun.

**Jü./KB-Gruppe Freiburg**

Anmerkung:
Alle Zitate stammen aus Schmierers Aufsatz „Stellung zum drohenden Krieg und Kampf dagegen", erschienen in „Kommunismus und Klassenkampf" vom Juni 1981.

# »Welle des Antikommunismus und Antisowjetismus« in der »UZ«?

Bis vor kurzem fand man in der „UZ" der DKP nur lobende Worte über den „realen Sozialismus" und nicht einen kritischen Satz über die Verhältnisse in diesen Ländern. Begründet wurde dies z.B. von dem DKP-Chefideologen Willi Gerns mit der originellen Feststellung, das Verhältnis der DKP zum „realen Sozialismus" sei **„nicht durch k r i t i s c h e , sondern durch p r i n z i p i e l l e Solidarität bestimmt"** („UZ", 2.3. 1979). An dieser Sichtweise hält die DKP bis heute fest, was nicht zuletzt ihre absolut KPdSU- und SED– konforme Berichterstattung zu Polen zeigt.

Bis vor wenigen Monaten kamen in der „UZ" Bündnispartner der DKP (z. B. linke Sozialdemokraten) nur dann zu Wort, wenn sie sich DKP- genehm äußerten (gegen NATO-Rüstung usw.). Wenn dieselben Kräfte kritisch gegenüber Ereignissen im „realen Sozialismus" Stellung nahmen, fand derartiges nicht Eingang in die *„Zeitung der arbeitenden Menschen"*(UZ). Hier hat sich die Szene in den letzten Monaten im Zuge der „Öffnung" der DKP erheblich verändert.

### Der „UZ" - Frühling

So gab die „UZ" am 20.2. dieses Jahres ein Interview mit Abgeordneten der Bunten Liste Bielefeld (BuLi) wieder, in dem ein BuLi-Vertreter *„den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan sowie die Haltung der DKP zum äthiopischen Militärregime in Eritrea"* kritisierte und erklärte:*„ Man kann nicht ein Gesellschaftssystem, wie das der DDR, immer wieder als fortschrittlich verkaufen, - Beispiel AKW - wenn jederman weiß, daß das nicht stimmt"*.

Am 25. März dieses Jahres kam in der „UZ" im Rahmen eines Rundtischgesprächs ein linkes SPD-Mitglied zu Wort, das erklärte, ihn störe an der DKP vor allem deren *„Abhängigkeit gegenüber der DDR"*. Der SPDler bezeichnete den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan als *„Überfall"* und warf der „UZ" in bezug auf den „realen Sozialismus" vor, *„nicht kritisch genug an die Sache heran"*zugehen. Vor dem 6. Parteitag der DKP druckte die „UZ" unkommentiert eine Erklärung der eurokommunistisch orientierten „Sozialistischen Studiengruppen"(SOST) ab („UZ",20.5.1981). Anläßlich des„Festivals der Jugend" der SDAJ und des MSB (DKP-Studentenorganisation) konnte ein Leitungsmitglied der Gruppe „Z" als angeblicher Vertreter der Bunten Liste Hamburg in der „UZ" erklären: *„Mein hauptsächliches Anliegen ist es zum Beispiel, die SDAJler zu überzeugen, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie ü b e r a l l unsicher, ja menschenbedrohend ist.Ich will da Konflikte suchen, Mißverhältnisse aufzeigen ..."*. Er werde sich am „Festival der Jugend" u.a. auch mit dem Ziel beteiligen, *„mit SDAJ und MSB fruchtbar zu streiten"* („UZ",13. 6.1981). Mitte Juni konnte eine linke Gewerkschafterin in der DKP- Zeitung begründen, warum sie sich nicht in der DKP organisieren will. Als wichtigsten Punkt nannte sie dabei die Haltung der DKP zur DDR, die ihr *„sehr unkritisch und schönfärberisch erscheint"*. Sie hält die DDR *„nicht für einen real existierenden Sozialismus"*. Denn dazu würden für sie *„auch die Abschaffung jeglicher Privilegien gehören, wie sie dort Künstler, Sportler und Funktionäre genießen. Diese müssen nicht sieben Jahre auf ein Auto warten wie ein Arbeiter"*. Darüber hinaus kritisiert die Kollegin *„die Verabsolutierung der Ehe"* durch die DKP und die unkritische Übernahme von Positionen der Gewerkschaftsführung sowie die fehlende Unterstützung für Rock-Gegen-Rechts - Bündnisse, *„weil da auch 'Chaoten' mitmachen"* („UZ", 19.6.81).

Derartige Beiträge wären noch vor einem Jahr in der „UZ" nicht möglich gewesen. Die Ursachen für die offenkundigen Veränderungen in der DKP-Pressearbeit liegen wesentlich in der katastrophalen Niederlage der DKP bei der Bundestagswahl 1980 begründet (Abstieg von 0,3 auf 0,2%, d.h. auf 72 000 Stimmen – bei angeblich 48 000 eingeschriebenen Mitgliedern). Daneben dürfte auch die Entwicklung in Polen, der Zerfall der polnischen Bruderpartei, einen gewissen Eindruck auf die DKP-Führung gemacht haben. In der Presse der „realsozialistischen" Länder, z.B. im „Neuen Deutschland" der SED, sind Beiträge wie neuerdings in der „UZ" mit Kritik an AKWs, der sowjetischen Waffenhilfe gegen die Eritreer, den Privilegien von Funktionären u.ä. völlig undenkbar. Derartige Fragen werden in der DDR durchaus diskutiert - allerdings nur im privaten Kreis. Von seiten des Staates werden diese Fragen und Kritiken mit „Antisozialismus" und „Antisowjetismus" (Straftatbestände!) gleichgesetzt und ggf. entsprechend geahndet (siehe Biermann-Ausbürgerung, siehe Bahro-Inhaftierung). Ja, ist es nicht so, daß die DKP durch ihre neue Veröffentlichungspraxis *„ständige Konzessionen gegenüber antisozialistischen Kräften und ihren Forderungen"* macht und damit *„Schritt für Schritt dem Druck der internen Konterrevolution weicht"*? Stellen nicht die oben zitierten Beiträge in der „UZ" eine *„Welle des Antikommunismus und Antisowjetismus"* dar? (Zitate aus dem Brief der KPdSU-Führer an die polnische Regierungspartei von Anfang Juni 1981).

Die (zaghafte) Öffnung der „UZ" gegenüber Kritiken an der DKP und am „realen Sozialismus" dürfte in der Partei nicht unumstritten sein. Denn die Öffnung gegenüber kritischen Fragen, zu denen die DKP keine besonders überzeugenden Antworten zu bieten hat, ist nicht ohne Risiko. Die Gefahr, daß kritische Kräfte in der DKP und in ihrem Umfeld durch das „Tauwetter" in der DKP- Presse gestärkt werden, scheint mir größer zu sein als die Möglichkeit, dadurch neue Mitglieder zu gewinnen, die die DKP für eine kritische, diskussionsoffene und demokratische Organisation halten. Daher sollte man sich nicht darauf verlassen, daß der „UZ-Frühling" lange anhält. Die DKP wird sich bei all ihrer neuen Bündnis- und Pressepolitik solange den Vorwurf der Unehrlichkeit und Doppelzüngigkeit gefallen lassen müssen, wie sie an einem „Sozialismus"- Modell festhält, in dem ihre heutigen Bündnispartner das Maul zu halten hätten bzw. in den Knast gesteckt würden.

U.,RGW-Kommission

# Ferienlager 1981

**Wann:** 14. - 22. August
**Wo:** Bregenzer Berge/Österreich
**Wieviel:** 55.-- DM/45.– DM (Schüler) reine Übernachtungsgebühr.
**Geboten werden:**
Ausflugsmöglichkeiten zum Bodensee, Bergsteigen, Schwimmen, Filme, Musik-AG, Feste ...
**Diskutieren wollen wir:**
Welche Hoffnungen auf einen „echten" Sozialismus bieten sich uns noch nach dem vorläufigen Scheitern der chinesischen Kulturrevolution? Welche Gründe waren für das Scheitern maßgeblich? Führt eine „zentralistische Organisation" und die „Diktatur des Proletariats" notwendigerweise zu neuer Unfreiheit und Unterdrückung? Auf der Grundlage solider Fachkenntnis (s. die Artikel zur Kulturrevolution in den AK-Ausgaben der letzten Zeit) und verschiedener Auffassungen von Marx bis Mao wollen wir uns mit den Kritiken unserer anarchistischen Freunde und den Spontis auseinandersetzen.
**Eingeladen**
sind alle Genoss/inn/en und auch die unorganisierten Freunde des KB (z.B. AK-Leser/innen) – bevorzugt natürlich aus Baden-Württemberg. Wegen der Formalitäten (Vorbereitung, Anfahrt, Mitfahrgelegenheit) bitte wenden an:
**KB/Gruppe Freiburg,**
**c/o Buchladen Jos Fritz,**
**Wilhelmstr. 15**
**7800 Freiburg**

# Gardarem lo Larzac!

Aufruf zum internationalen Friedenstreffen im Larzac vom 17. bis zum 23. August 1981

*Korn bringt Leben – die Waffen bringen den Tod: 1974 riefen wir zu einem Erntefest auf, gegen den Waffenhandel, zur Solidarität mit der hungernden Sahel-Bevölkerung.*

*Der Krieg schien damals noch fern, und die Krise, die heute die westlichen Gesellschaften kennen, begann gerade erst.*

*Die Konfliktgefahren sind heute ernsthafter geworden – und der Krieg steht unmittelbar bevor, so sagt man uns das.*

*Aber die Völker Afrikas, Asiens und Amerikas, Schachfiguren bei der Konfrontation der großen Mächte, erleiden schon heute den Krieg.*

*Frankreich hat seinen Part dabei mit der Verschickung von Fallschirmjägern nach Afrika und mit Manöverübungen seiner Elitetruppen übernommen. Die Entwicklung der Krise verschärft andererseits auch den ökonomischen Krieg zwischen den großen Mächten.*

*Dieses Klima und die Verschärfung der Ost-West – und Nord-Süd-Spannungen gibt den Militaristen wieder Auftrieb.*

*Es dient zudem als Vorwand, um Proteste, Forderungen und Initiativen der Völker und Individuen zu ersticken, die die Krise erleiden und anders leben wollen.*

*So sieht sich der Larzac-Kampf nach 10 Jahren in seiner Orientierung bestätigt: ein Volkswiderstand gegen die Kriegslogik.*

*Deswegen geben wir nicht nach – trotz aller Pressionen, denen wir ausgesetzt sind, trotz der sogenannten „Abkommen", die hinter unserem Rücken verhandelt werden.*

*Wir verteidigen einen Lebens- und Arbeitsstil, einen Boden, dessen Reichtümer wir wieder entdeckt haben, das Recht dieser Region, über ihr Schicksal selber zu entscheiden.*

*Der Larzac ist seit 10 Jahren ein Ort der Begegnung und der Solidarität.*

*In der heutigen Situation schlagen wir eine neue FRIEDENSINITIATIVE vor.*

*wir eine neue FRIEDENSINITIATIVE vor.*

*Im Unterschied zu den vorherigen Sommerdemonstrationen handelt es sich nicht um die Durchführung einer Massenversammlung, sondern um die Anregung von Arbeitstreffen, die Auseinandersetzung, Untersuchung und Austausch ermöglichen ausgehend von unseren täglichen Kämpfen, über die Mittel, um sich dem Kriegswettlauf zu widersetzen.*

*Darum laden wir alle sozialen, gewerkschaftlichen, kulturellen, religiösen und politischen Bewegungen, Kräfte, Organisationen und Individuen ein, die in Frankreich und in anderen Ländern ihre Gedanken, ihre Praxis, ihre Erfahrungen und ihre Suche nach Alternativen zusammentragen wollen. Um eine tiefergehende Arbeit zu ermöglichen, werden diese internationalen Treffen für den Frieden eine Woche lang dauern, vom Montag, den 17. August, ab 17 Uhr bis zum Sonntag, den 23. August, abends. Es gibt sehr viele Gründe, gegen den Krieg zu sein, und sehr viele Möglichkeiten, die Situation wieder umzukehren. Wir schlagen drei Schwerpunkte für die Debatten vor, drei von denen, wofür wir uns seit 10 Jahren engagiert haben:*

*1. Das Wettrüsten, insbesondere die Frage der Atomwaffen, die Militarisierung der Gesellschaft, die Kriegsdrohungen und Erpressungen der Großmächte. Wie kann der Stimme derjenigen, die sich wie im Larzac der Ausweitung des militärischen Lagers, der Staatslogik widersetzen, Gehör verschafft werden? Wie kann jedem Individuum seine Verantwortung als Bürger zurückgegeben werden?*

*2. Der Hunger in der Welt, die Nutzung der natürlichen Ressourcen und das Überleben des Menschen. Wie kämpfen für eine solidarische Welt? Müssen dazu nicht Initiativen entwickelt und miteinander konfrontiert werden, die sich der Profitlogik, der Logik des Kriegs und der Ausbeutung beherrschter Länder widersetzen? Was uns betrifft, fahren wir fort, aus einem Plateau einen Ort zu machen, der nicht zum Testen neuer Waffen, die der III. Welt verkauft werden sollen, dient, sondern einen Ort, wo wir Lebensmittel produzieren wollen, um den Hunger in diesen Ländern mit zu bekämpfen.*

*3. Der Angriff auf die Freiheiten und die Demokratie. Gegenüber Staaten, die über unser Leben verfügen, ohne uns zu konsultieren, die hier ihre Repressionskräfte schicken, dort ihre*




*Interventions- oder Besetzungstruppen, mußten viele Bewegungen wie die unsrige über den Individualismus und die traditionellen Differenzen hinaus Widerstandsgemeinschaften und neue Kampfmittel schaffen. Wir mußten gar, in mancher Angelegenheit, die Gesetze mißachten, ohne allerdings die Spirale der Gewalt weiter zu drehen, um die Freiheit und die Gerechtigkeit zu verteidigen, die von der herrschenden Ordnung erstickt werden.*

**Landarbeiter des LARZAC**
**Unterstützerbewegung des LARZAC**
**(Juni 1981)**

*allerdings die Spirale der Gewalt*

(Juni 1981)



... *se') mit angelegt sein*" müsse. Auf seiner weiteren Suche nach den historischen Ursprüngen des „Exterminismus" stößt Bahro zunächst auf die Tatsache, daß bereits um 1750 die Weichen für die Entwicklung des heutigen Systems, d.h. für den Aufstieg des Industriekapitalismus, gestellt worden seien. Aber *„das Phänomen"* reiche ja weit hinter den Kapitalismus zurück. *„Der europäische Gesellschaftskörper ist von weither für seine kapitalistische Verfassung disponiert gewesen"*, d.h. die europäischen Gesellschaften der Antike trugen schon die sich Jahrhunderte später mit historischer Zwangsläufigkeit entwickelnden Keime des Industriekapitalismus und damit des „Exterminismus" in sich. Aber noch weiter rast Rudolf Bahro in die Geschichte zurück: **„Es spricht vieles dafür, daß schon der Übergang von den mutterrechtlichen Sammlerinnen- und Jägerkulturen zur patriarchalischen Acker- und Städtebauergesellschaft, parallel zum Nomadendasein, der ‚Sündenfall' war"**. Bahro oder der Setzer scheint da, was die historischen Zusammenhänge angeht, ein bißchen durcheinander gekommen zu sein, aber das macht gar nichts, denn gleich geht es weiter zur nächsten Station auf Bahros Reise in die Vergangenheit: „ ... *Dabei kam dieser Übergang an so vielen mehr oder weniger voneinander unabhängigen Orten und Zeitpunkten zustande, daß man ihn zweifellos als g e s e t z m ä ß i g , also u n a u s w e i c h l i c h in der Gattungsanlage vorgebildet ansehen muß*" (Hervorhebung von mir – kt.). Gemeint ist, daß der „Übergang ... zur patriarchalischen Acker- und Städtebauergesellschaft" sich gesetzmäßig aus der vorhergehenden Geschichte der menschlichen Evolution (Entwicklung) ergeben haben muß.

W e n n das aber so ist, hat Bahro unrecht, gerade diesen gesetzmäßig notwendigen „Übergang" als den ... F u n d a m e n t a l mit Kritik der menschlichen Natur beginnen". Wir müßten uns *„gegen den Rat aller Aufklärung doch auf die Suche nach dem Bösen in uns selber machen"*. Ein interessantes Thema, aber Bahro schürft diesbetreffend gar nicht besonders tief, sondern kommt direkt auf sein zentrales Anliegen zu sprechen: den bösen Klassenkampf. **„Die drohende Katastrophe hängt offenbar mit jener sozialen Dynamik zusammen, die dahin trieb, daß alle schriftlich überlieferte Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen wurde ... Wenn es so ist, dann bleiben wir mit der Orientierung am Klassenkampf als Lösungsweg in dem Zirkel befangen, aus dem wir ausbrechen müssen".**

Bahros Schlußfolgerung ist keineswegs so glatt-logisch, wie er sie darstellen möchte. Rudolf Bahro wird wohl immer noch zustimmen, daß das tiefere Übel nicht der Klassenkampf ist, sondern die E x i s t e n z von Klassen, die den Klassenkampf *„gesetzmäßig, also unausweichlich"* hervorbringt. Die „soziale Dynamik", von der Bahro in Zusammenhang mit der drohenden Katastrophe spricht, ist erst einmal die Existenz von Klassen und weitergehend, der private Besitz an den Prodiktionsmitteln. Folglich muß man, um die drohende Katastrophe abzuwenden, den Privatbesitz an den Produktionsmitteln beseitigen. Das wiederum ist gar nichts anderes als die zentrale Schlußfolgerung der Kritik der politischen Ökonomie und des wissenschaftlichen Sozialismus überhaupt. Man kann zwar immer noch darauf beharren, daß der Privatbesitz an den Produktionsmitteln seinerseits bloß Produkt des „Bösen in der menschlichen Natur" sei, nämlich des Strebens nach privater Aneignung von Dingen und Lebewesen. Das bringt aber bei der aktuellen Aufgabe, nämlich das atomare Finale zu stoppen, kein Schrittchen weiter. Wo es poli-

## Technisch-organisatorische Hinweise zum internationalen Friedenstreffen im Larzac, 17 - 23. August 1981

Zur Vorbereitung: Wenn ihr an den Treffen interessiert seid und sie mit vorbereiten wollt, teilt das bei den unten genannten Adressen mit.
Schreibt bitte, was ihr genauer übernehmen wollt, welche Themen euch interessieren, über welche Themen ihr gerne mit anderen Menschen diskutieren möchtet. Wenn ihr Mitglieder einer Gruppe, einer Bewegung oder einer Organisation seid, wenn ihr bei einer Zeitung mitarbeitet: schlagt uns eure Diskussionsvorstellungen vor. Nehmt möglichst Kontakt mit weiteren Gruppen oder Individuen in der BRD auf. Macht das Treffen bekannt!

Sagt Bescheid, welche Verantwortung ihr bei entsprechenden Themen/Initiativen übernehmen würdet. Die Larzac-Komitees können euch dann Kontakte zu Gruppen oder Individuen vermitteln, die u.U. zum gleichen Thema arbeiten. Unter Umständen könntet ihr lokale Vorbereitungsgruppen bilden!?

Die Larzac-Komitees in Frankreich werden sich bemühen, euch einen Rundbrief zuzuschicken zum Stand der technischen und inhaltlichen Vorbereitungen. Dieser Rundbrief wird allen zugeschickt, die der unten genannten Adresse 20 DM zuschicken.

Vorbereitungstreffen in Frankreich:
Samstag, den 11., und Sonntag, den 12. Juli.
Vom 3. bis zum 16. August:
Technische und politische Vorbereitung im Larzac selber.

### Wie kommt ihr zum Larzac?

Per Flugzeug: die nächstgelegenen Flughäfen sind Montpellier und Toulouse.
Per Bahn: Von der BRD aus über Straßburg/Lyon Richtung Beziers; dort müßt ihr umsteigen nach Millau.
Von Belgien aus: über Paris (Austerlitz, bzw. Lyon-Bahnhof) Richtung Beziers.
Von der Schweiz aus: über Lyon, Richtung Beziers, nach Millau umsteigen.
Von Italien aus: über Marseille, in Beziers nach Millau umsteigen.
Von Spanien aus: über Toulouse Richtung Montpellier, in Beziers umsteigen nach Millau.
Der Bahnhof von Millau ist 10 km von der Larzac-Ebene entfernt.
Mit den Auto: Richtung Montpellier, 5 km vor dem Ort La Cavalerie befolgt bitte die Verkehrshinweise (Pfeile etc. ...) der Larzac-Komitees. Wenn ihr nach Millau reinfahrt, nehmt die Richtung Montpellier und befolgt dann die Pfeile.

### Unterkunft

Das Internationale Friedenstreffen wird auf der Larzac-Ebene stattfinden, 10 km von der Stadt Millau entfernt. Zur Unterkunft werden Zeltplätze organisiert sowie verschiedene Wasservorrichtungen. Wenn ihr ankommt, bekommt ihr eine Karte der Larzac-Ebene mit allen notwendigen Details. Die nächstliegenden Hotels sind in Millau, Creissels, Nat. Allerdings sind sie zu dieser Jahreszeit meist überfüllt. Was Essen und Trinken betrifft: es werden Mini-Lebensmittelläden auf der Ebene sein, wo unter anderem lokale Produkte verkauft werden.

### Nicht nur „Arbeit" ist vorgesehen...

Sondern: Filme werden vorgeführt, Musiker, Sänger, Theatergruppen sind vorgesehen, Ausstellungen werden aufgebaut etc....
Selbstverständlich ist das auch so gedacht und erhofft, daß ihr euch selber was einfallen laßt.

**Adressen:**
**Paysans du Larzac**
**Potensac du Larzac**
**12oo3 Millau**

**Comité Larzac**
**14, Rue de Nanteuil**
**75015 Paris**
**Tel.: 531.43.38 (Mittwoch abends!)**

**Frankreich-Kommission**